



2018

Bericht zur Wirkungsorientierung 2017

gemäß § 68 (5) BHG 2013 iVm. § 7
(5) Wirkungscontrollingverordnung

Bericht zur Wirkungsorientierung 2017

gemäß § 68 (5) BHG 2013 iVm. § 7
(5) Wirkungscontrollingverordnung

Wien, 2018

Impressum

Medieninhaberin, Verlegerin und Herausgeberin:
Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (BMöDS)
Sektion III – Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation
Sektionschefin Mag.^a Angelika Flatz
Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien
www.bmoeds.gv.at

Verlags- und Herstellungsort: Wien, Oktober 2018
Redaktion und Gesamtumsetzung: Mag. (FH) Stefan Kranabetter, Abteilung III/C/9
Grafiken: Lekton Grafik & Web development
Fotonachweis: BKA/Regina Aigner (Cover, Seiten: 49, 73, 95, 105, 121, 135, 141, 157, 171, 193, 203, 225, 241, 255, 261, 267, 279, 291, 299, 305, 311, 339, 351, 383, 425, 437, 447, 467, 479, 501, 519, 527), BMöDS/Johannes Zinner (Seite 3), Bohmann Verlag / Richard Tanzer (Seite 7), BKA/Andy Wenzel (Seite 331, 409, 485)
Gestaltung: BKA Design & Grafik
Druck: AV+ Astoria Druckzentrum GmbH

Alle Rechte vorbehalten: Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung der Medieninhaberin unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk sowie der Verarbeitung und Einspeicherung in elektronische Medien, wie z. B. Internet oder CD-Rom.

Diese Publikation steht unter www.oeffentlicherdienst.gv.at/publikationen zum Download zur Verfügung.

Rückmeldungen:
Ihre Überlegungen zu vorliegender Publikation übermitteln Sie bitte an: iii9@bmoeds.gv.at.
Bestellung von Druckexemplaren per E-Mail an iii9@bmoeds.gv.at.

ISBN: 978-3-903097-22-3

Vorwort

Österreich ist ein lebenswertes Land und damit das auch so bleibt, sind Anstrengungen auf allen staatlichen Ebenen notwendig. Wir können uns auf ein starkes Sozialsystem verlassen, das aber treffsicherer und effizienter werden muss. Wir haben einen guten Wirtschaftsstandort, der aber im Vergleich mit unseren Nachbarn wettbewerbsfähiger werden muss. Wir leben in einer freien und solidarischen Gesellschaft, die vor dem Hintergrund der massiven Migrationsbewegungen mehr denn je herausgefordert ist, den sozialen Frieden im Land auch in Zukunft zu gewährleisten. Die Menschen in Österreich leisten täglich Großartiges, damit wir unseren Lebensstandard erhalten können. Ihre Leistungen sind das Kapital, mit welchem sich unser Lebensstandard sichern und weiter ausbauen lässt. Diese Leistungen müssen sich auch für jeden individuell wieder lohnen.

Diese Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, diesen hohen Ansprüchen gerecht zu werden und Konzepte zu entwickeln, die dazu geeignet sind, den hohen Lebensstandard in unserem Land nachhaltig zu sichern. In diesem Prozess spielt der gesamte öffentliche Dienst als Umsetzer eine wichtige und entscheidende Rolle. Dieses Bewusstsein gilt es insbesondere in der Verwaltung selbst zu schärfen. Verwaltung und Bürokratie darf kein Selbstzweck sein. Die Wirkungen, die wir mit unseren geplanten Maßnahmen erzielen wollen, müssen wohl überlegt und die Konsequenzen unseres Handelns und der gesetzten Maßnahmen stets überprüft werden.

Ein international anerkanntes und nachgeahmtes Instrument, das dazu geeignet ist, ist die Wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung. Sie kann ein Hebel zur Erreichung der gewünschten Zielsetzungen sein. Wenn man das Instrument ernst nimmt, bietet es im Rahmen einer vorausschauenden Planung sowohl Transparenz, als auch im Zuge der anschließenden Überprüfung der Ergebnisse die Möglichkeit, gewonnene Erkenntnisse, im Sinne eines Lernprozesses, für zukünftige Vorhaben zu nutzen. Dazu muss es unser aller Anliegen sein, dieses Instrument weiterzuentwickeln, zu stärken und verantwortungsvoll einzusetzen.

Sämtliche Handlungen, die in Bezug auf die Wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung gesetzt werden, dienen der effektiveren Gestaltung staatlicher Aktivitäten. Da dieser Prozess aber kein einseitiger sein darf, dient vor allem ein ambitionierter Austausch sowohl mit der Öffentlichkeit, als auch innerhalb der Verwaltung dazu, die Ergebnisse noch besser und zielgerichteter darstellen zu können und die Steuerungswirkung der gesetzten Maßnahmen weiter zu erhöhen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam sämtliche Herausforderungen bewältigen können. Aus diesem Grund lade ich Sie herzlichst dazu ein, den vorliegenden Bericht als Anlass zu nehmen, in den Diskurs zu treten, um in weiterer Folge die Umsetzung der am besten geeigneten Lösungen garantieren zu können. Nur so können wir unser gemeinsames Ziel erreichen: Österreich nachhaltig zu verbessern.



Heinz-Christian Strache

Heinz-Christian Strache
Vizekanzler und Bundesminister für
öffentlichen Dienst und Sport

Inhalt

Einleitung	7
1 Der Bericht zur Wirkungsorientierung 2017	8
2 Rahmenbedingungen der Berichtslegung	10
2.1 Änderung in den Zuständigkeiten der haushaltsleitenden Organe.....	10
2.2 Erhöhung der Aussagekraft des Berichtswesens.....	14
2.3 Empfehlungen aus der externen Evaluierung des Bundeshaushaltsgesetzes.....	17
3 Ergebnisse der Evaluierung der Wirkangaben des BFG 2017	
je Untergliederung – Fact-sheets	19
3.1 Zusammenfassung der Ergebnisse der Evaluierung	19
3.2 Gesamtüberblick Wirkungsziele und Kennzahlen.....	24
3.3 Lesehilfe und Legende.....	46
 Bundeskanzleramt	 49
UG 10 Bundeskanzleramt	49
UG 25 Familien und Jugend	73
UG 32 Kunst und Kultur	95
 Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz	 105
UG 20 Arbeit	105
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	121
UG 22 Pensionsversicherung	135
UG 24 Gesundheit	141
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung	 157
UG 30 Bildung	157
UG 31 Wissenschaft und Forschung	171
 Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort	 193
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	193
UG 40 Wirtschaft	203
 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres	 225
UG 12 Äußeres	225

Bundesministerium für Finanzen	241
UG 15 Finanzverwaltung	241
UG 16 Öffentliche Abgaben	255
UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte	261
UG 44 Finanzausgleich	267
UG 45 Bundesvermögen	279
UG 46 Finanzmarktstabilität	291
UG 51 Kassenverwaltung	299
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	305
Bundesministerium für Inneres	311
UG 11 Inneres	311
UG 18 Asyl/Migration	331
Bundesministerium für Landesverteidigung	339
UG 14 Militärische Angelegenheiten	339
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	351
UG 42 Landwirtschaft, Natur und Tourismus	351
UG 43 Umwelt, Energie und Klima	381
Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport	407
UG 17 Öffentlicher Dienst und Sport	407
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	421
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	421
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	433
Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz	443
UG 13 Justiz und Reformen	443
Parlamentsdirektion	463
UG 02 Bundesgesetzgebung	463
Präsidentschaftskanzlei	475
UG 01 Präsidentschaftskanzlei	475
Rechnungshof	481
UG 06 Rechnungshof	481

Verfassungsgerichtshof	497
UG 03 Verfassungsgerichtshof	497
Verwaltungsgerichtshof	515
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	515
Volksanwaltschaft	523
UG 05 Volksanwaltschaft	523
4 Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern	538
4.1 Nationale und internationale Einbettung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern	538
4.2 Zielgegenstände der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.....	540
4.3 Tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern und das System der Wirkungsorientierung.....	540
4.4 Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung.....	541
4.5 Zusammenfassung.....	548
5 Schlussbemerkungen und Ausblick	553
Abbildungsverzeichnis	555

Einleitung

Staatliches Handeln erzeugt Wirkung. Um garantieren zu können, dass durch staatliche Aktivitäten auch die gewünschten gesellschaftlichen Auswirkungen erzielt werden, wurde in Österreich mit der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung ein systematischer Ansatz entwickelt. Dieser besteht im Wesentlichen aus zwei unmittelbar miteinander verknüpften Instrumenten: der Wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung und der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA).

Der Ihnen vorliegende Bericht behandelt die Wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung. Im Fokus dieses, im Jahr 2013 erfolgreich implementierten Instruments, steht das jährliche Budget. Dabei geht es nicht um die schlichte Allokation von Budgetmitteln, sondern um die Festlegung konkreter Wirkungsziele, damit zusammenhängender ambitionierter Indikatoren sowie geeigneter Maßnahmen, durch deren Umsetzung erwünschte Wirkungen in der Gesellschaft realisiert werden können. Auf der Basis der in diesem Bericht präsentierten Ergebnisse wird ein Lernprozess gestartet, an dessen Ende weitere Verbesserungen des Verwaltungshandelns stehen.

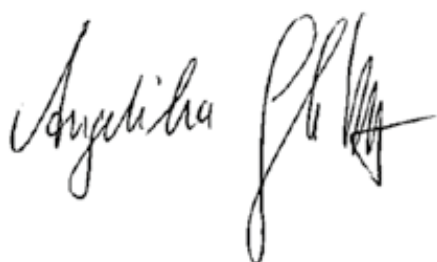
Der kontinuierliche Lernprozess ist nicht nur für die Weiterentwicklung der Wirkungsinformationen der jeweiligen Ressorts und obersten Organe von Bedeutung. Vielmehr wird das gesamte System auf der Grundlage von internen Erfahrungen und externen Analysen fortlaufend verbessert. Die seitens des Nationalrates beschlossene und von der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), dem International Monetary Fund (IMF) und der Universität Klagenfurt durchgeführte Evaluierung der Haushaltsrechtsreform 2013 – im Rahmen derer die Wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung eingeführt wurde – stellt eine wichtige Stütze für die Entwicklungsschritte dar, die in weiterer Folge zu einer Stärkung des Systems und noch festeren Verankerung in der österreichischen Verwaltung führen werden.

Sowohl die Weiterentwicklung des Systems als auch dessen Implementierung in der österreichischen Verwaltung sind von einem wesentlichen Faktor abhängig: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es ist dem großen Engagement der jeweiligen Aufgabenträgenden zu verdanken, dass der Paradigmenwechsel im Verwaltungsdenken überhaupt erst möglich wurde und somit der entwickelte Ansatz mit Leben erfüllt wird, positive Dynamiken entstehen können. Ein lebendiges System ist essentiell, damit staatliches Handeln keinen Selbstzweck darstellt.

Ich bin davon überzeugt, dass der österreichische Ansatz zur Wirkungsorientierten Verwaltungsführung vorbildhaft ist. Obgleich diese Ansicht auch international geteilt wird, ist es mir ein besonderes Anliegen, auch Sie davon zu überzeugen. Aus diesem Grund lade ich Sie ein, sich ein Bild zu machen, interessante Einblicke zu erhalten und in einen intensiven Austausch mit uns zu treten.



Mag.ª Angelika Flatz



Sektionschefin Mag.ª Angelika Flatz
Leiterin der Sektion „Öffentlicher
Dienst und Verwaltungsinnovation“

1 Der Bericht zur Wirkungsorientierung 2017

Der vorliegende Bericht zur Wirkungsorientierung ist die fünfte Ausgabe seit Einführung der Wirkungsorientierung im Jahr 2013. Dieser jährliche Bericht präsentiert dabei einen konzisen Zwischenbericht über die Entwicklungen des vergangenen Jahres und deren Bewertung hinsichtlich der ursprünglichen Zielsetzungen.

Wie bereits in der Vergangenheit wurden bewährte Aspekte im Aufbau des Berichts beibehalten und durch sinnvolle neue Elemente ergänzt. Kapitel 2 stellt die Rahmenbedingungen vor, unter denen der Bericht in diesem Jahr weiterentwickelt und erstellt wurde. Wesentlich sind dabei die Änderungen der Zuständigkeiten der haushaltsleitenden Organe, die signifikante Änderungen in der Struktur des Berichts begründen. Darüber hinaus werden Neuerungen im Rahmen der Berichterstattung dargestellt und wird auf die Ergebnisse der nunmehr aufliegenden, extern durchgeführten Evaluierung der rechtlichen Grundlage für die Einführung der Wirkungsorientierung – das Bundeshaushaltsgesetz – eingegangen.

Zu Beginn des Kapitels 3 findet sich eine Zusammenfassung der aktuellen Evaluierungsergebnisse, eine Darstellung der Entwicklung der vergangenen Jahre und ein tabellarischer Gesamtüberblick zu sämtlichen Wirkungszielen und Kennzahlen. Im Anschluss daran folgt der Hauptteil des Berichts: die detaillierten Evaluierungsergebnisse der Ressorts und obersten Organe. Hier finden sich wesentliche Angaben zur jeweiligen Untergliederung sowie Bewertungen und Erläuterungen der Wirkungsziele und ihrer Kennzahlen. Eine darüber hinausgehende Darstellung der Evaluierungsergebnisse von Maßnahmen sowie eine detaillierte grafische Übersicht über die Entwicklung einzelner Kennzahlen werden unter www.wirkungsmonitoring.gv.at veröffentlicht.

Im Anschluss an die Darstellung der Evaluierungsergebnisse der Ressorts und obersten Organe, wird im Kapitel 4 der Fokus auf die Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern gerichtet, die ein konstituierendes Element der Wirkungsorientierung darstellt. Im Rahmen des vorliegenden Berichts findet sich die Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. Um der Bedeutung der Querschnittsmaterie gerecht zu werden, wird über die Zusammenfassung im Bericht zur Wirkungsorientierung hinaus erstmals das gesamte Kapitel zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Form eines eigenen Berichtsteils an das Parlament übermittelt. Diese Gesamtfassung enthält sämtliche Ausführungen und detaillierte Evaluierungsergebnisse. Sowohl die Zusammenfassung des Kapitels im Rahmen des Berichts zur Wirkungsorientierung als auch das gesamte Kapitel zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern werden in gedruckter Form und online veröffentlicht.

Den Abschluss des Berichts stellt das Kapitel 5 dar, im Rahmen dessen ein Ausblick auf Herausforderungen und Potenziale für die Zukunft der Wirkungsorientierung geboten wird.

Um den vielfältigen Ansprüchen der Leserinnen- und Leserschaft entgegenzukommen, wird der Bericht zur Wirkungsorientierung analog zu den Vorjahren in verschiedensten Formaten veröffentlicht. Der klassische Druckbericht findet sich in digitaler Form zum Download auch auf der Website www.oeffentlicherdienst.gv.at. Hier finden sich einzeln downloadbare und gegenüber der Druckvariante ergänzte Kapitel zu den jeweiligen Ressorts und obersten Organen. Schlussendlich findet sich auf www.wirkungsmonitoring.gv.at eine umfassende und interaktive Darstellung aller Ergebnisse sämtlicher bis dato evaluierter Wirkangaben aus Bundesvoranschlägen inklusive der Evaluierungsergebnisse zu den Wirkungsfolgenabschätzungen der Ressorts.

Abbildung 1: Berichte zur Wirkungsorientierung



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

2 Rahmenbedingungen der Berichtslegung

Der Bericht zur Wirkungsorientierung 2017 – welcher die Evaluierungsergebnisse der Wirkungsziele und dazugehöriger Kennzahlen des Bundesvoranschlags 2017 enthält – wurde (gegenüber den Vorjahren) unter geänderten Rahmenbedingungen erstellt, welche (teilweise) im vorliegenden Produkt ihren Niederschlag finden. So gingen mit dem Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle 2017 (BGBl. I Nr. 164/2017) zum einen Änderungen von Ressortbezeichnungen und zum anderen Verschiebungen inhaltlicher Kompetenzen einher. Zudem wurden die Ergebnisse der durch das Parlament in § 121 Abs. 24 BHG 2013 vorgegebenen und durch den Bundesminister für Finanzen beauftragten externen Evaluierung des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 im Juni 2018 veröffentlicht.

In weiterer Folge werden im Rahmen des gegenständlichen Berichtskapitels die geänderten Ressortzuständigkeiten dargestellt, welche sich auf den Aufbau des Gesamtberichts auswirken, Erweiterungen der aktuellen Berichterstattung gegenüber den Vorjahren erläutert sowie die Kernergebnisse der genannten externen Evaluierung dargestellt.

2.1 Änderung in den Zuständigkeiten der haushaltsleitenden Organe

Auch wenn der gegenständliche Bericht jene Wirkangaben beinhaltet, welche im Jahr 2016 seitens der damals für die jeweiligen Politikfelder verantwortlichen haushaltsleitenden Organe geplant wurden, erfordert es der Anspruch an eine aktuelle und nachvollziehbare Berichterstattung, dass die Darstellung der Evaluierungsergebnisse nunmehr sowohl dem geltenden Bundesministeriengesetz als auch der Logik des Bundesvoranschlags 2018 folgt.

Im Sinne der Verständlichkeit werden nachstehend die Veränderungen, welche sich durch die Bundesministeriengesetz-Novelle 2017 und den Bundesvoranschlag 2018 ergeben haben, dargestellt.

Bezeichnung der Bundesministerien seit 8. Jänner 2018 (Stand BGBl. I Nr. 164/2017) und zugeordnete Untergliederungen gemäß BVA 2018

Bundesministerium	Untergliederung(en) gemäß BVA 2018
Bundeskanzleramt (BKA)	10, 25, 32
Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK)	20, 21, 22, 24
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)	30, 31
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW)	33, 40
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)	12
Bundesministerium für Finanzen (BMF)	15, 16, 23, 44, 45, 46, 51, 58
Bundesministerium für Inneres (BMI)	11, 18
Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)	14
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT)	42, 43
Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (BMöDS)	17
Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	13
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)	34, 41

Bezeichnung der Bundesministerien im Jahr 2017 und zugeordnete Untergliederungen gemäß BVA 2017

Bundesministerium	Untergliederung(en) gemäß BVA 2017
Bundeskanzleramt (BKA)	10, 32
Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK)	20, 21, 22
Bundesministerium für Bildung (BMB)	30
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)	12
Bundesministerium für Familien und Jugend (BMFJ)	25
Bundesministerium für Finanzen (BMF)	15, 16, 23, 44, 45, 46, 51, 58
Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF)	24
Bundesministerium für Inneres (BMI)	11
Bundesministerium für Justiz (BMJ)	13
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)	42, 43
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMVLS)	14
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)	34, 41
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW)	31, 33, 40

Wie sich großteils bereits aus den veränderten Bezeichnungen ergibt, waren mit der Bundesministeriengesetz-Novelle 2017 auch Kompetenzänderungen verbunden. So hat sich die Zuständigkeit für den Bereich des Tourismus vom BMDW (vormals BMWFW) in das nunmehrige BMNT (vormals BMLFUW) verschoben. Der Bereich der Gesundheit wurde vom vormaligen Bundesministerium für Gesundheit und Frauen in das nunmehrige BMASGK übertragen. Neben weiteren Änderungen findet sich beispielsweise auch das Politikfeld „Wissenschaft“ nicht mehr im BMDW (vormals BMWFW), sondern im BMBWF (vormals BMB) wieder.

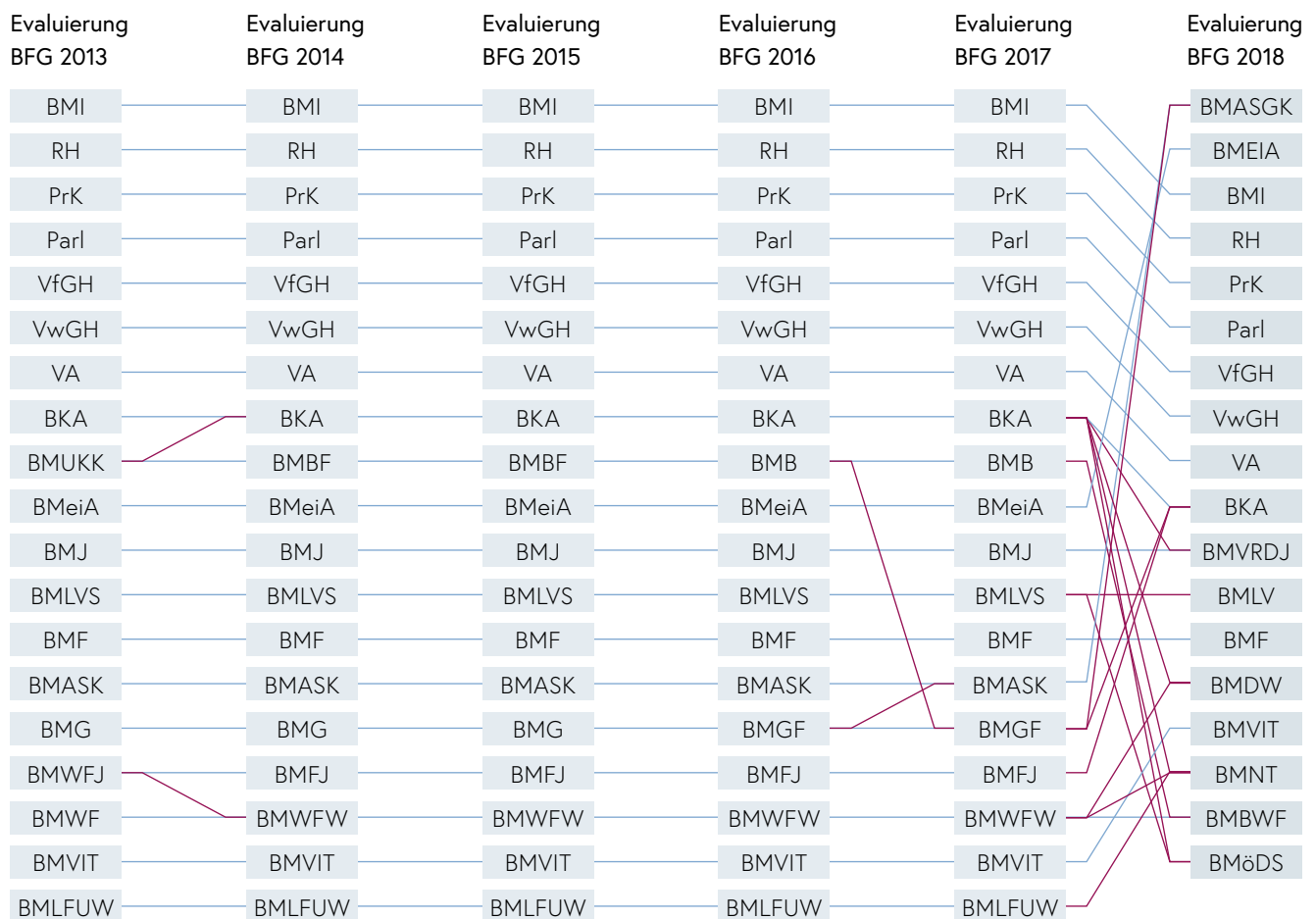
Vor diesem Hintergrund wurde der aktuell vorliegende Bericht nach der seit 8. Jänner 2018 geltenden Ressortverteilung aufgebaut:

- Sofern sich Untergliederungen in andere Zuständigkeitsbereiche verschoben haben, werden diese bei dem nunmehr zuständigen Ressort ausgewiesen. So findet sich die Untergliederung 25 (Familien und Jugend) im Kapitel des Bundeskanzleramts dargestellt.
- Haben sich die Zuständigkeiten einzelner Wirkungsziele verändert, wird das, bzw. werden betroffene Wirkungsziele am jeweiligen Ende der neu zuständigen Untergliederung dargestellt. Dies gilt beispielsweise für das vormalige Wirkungsziel 4 „Verbesserung der umfassenden Gleichstellung einschließlich der ökonomischen Gleichstellung der Frauen [...]“ der im BVA 2017 ausgewiesenen Untergliederung 24 (Gesundheit und Frauen). Dieses Wirkungsziel stellt im aktuellen Bericht einen Bestandteil der Untergliederung 10 (Bundeskanzleramt) dar. Selbige Situation trifft auch bei dem Wirkungsziel 5 der vormaligen Untergliederung 14 (Militärische Angelegenheit und Sport) zu. Das Wirkungsziel „Steigerung der Zahl, bzw. des Anteils der Menschen in Österreich, die gesundheitsfördernde Bewegung treiben [...]“ finden Sie in der Untergliederung 17 „Öffentlicher Dienst und Sport“ des gleichnamigen Bundesministeriums.
- Während es bei den oben angeführten beiden Konstellationen lediglich zu Verschiebungen kommt, beinhaltet der vorliegende Bericht jedoch auch Fälle, in welchen sich die Verantwortung für ein Wirkungsziel inklusive der dazugehörigen Kennzahlen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2017 nunmehr auf mehrere Ressorts aufteilt. Ein Beispiel hierfür stellt das Wirkungsziel 2 „Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Politik und Unternehmen [...]“ der Untergliederung 10 dar. Dieses Wirkungsziel wird unter anderem durch die Kennzahlen:
 - 10.2.1 Anzahl der österreichischen Verwaltungseinrichtungen, welche über ein gültiges Gütesiegel des Common-Assessment-Frameworks (CAF-Gütesiegel) verfügen,
 - 10.2.2 Rasche Beantwortung von Bürgerinnen- und Bürgeranfragen aller Art durch das Bürgerinnen- und Bürgerservice und
 - 10.2.4 Nutzung der Handy-Signatur durch Bürgerinnen und Bürgerüberprüfbar gemacht. Zumal die Kennzahl 10.2.1 seit 2018 jedoch in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für öffentlichen Dienst und Sport fällt und die

Kennzahl 10.2.4 der Verantwortung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort unterliegt, kommt es in diesem (wie in ähnlich gelagerten Fällen) zur Doppelausweisung im Bericht. Das genannte Wirkungsziel 2 wird daher nicht nur in der Untergliederung 10 (BKA), sondern auch innerhalb der Untergliederungen 17 (BMöDS) und 40 (BMDW) dargestellt.

Einen detaillierten Überblick über die im aktuellen Bericht beinhalteten Wirkangaben, bei welchen sich Zuständigkeitsänderungen ergeben haben, entnehmen Sie bitte der unter Punkt 3.2 ausgewiesenen Tabelle. Einen ersten Eindruck zu den Zuständigkeitsänderungen der letzten Jahre gewinnen Sie durch die nachstehende Abbildung, aus welcher ersichtlich wird, welche Ressorts nunmehr für Politikteilbereiche gemäß dem Bundesfinanzgesetz 2018 neu verantwortlich sind.

Abbildung 2: Zuständigkeitsänderungen im Mehrjahresvergleich



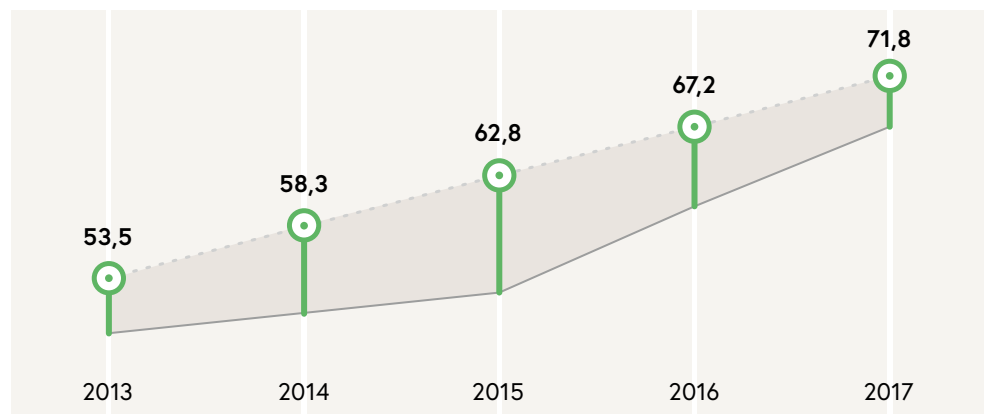
Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

2.2 Erhöhung der Aussagekraft des Berichtswesens

Die Weiterentwicklung des adressatinnen- und adressatengerechten Berichtswesens (Druckbericht, elektronische Berichterstattung, Digitales Reporting unter www.wirkungsmonitoring.gv.at, Print on Demand) ist der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingsstelle des Bundes im Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (Sektion III) ein großes Anliegen.

Um den Informationsgehalt des wirkungsorientierten Berichtswesens zu erhöhen, wurden bereits in der Vergangenheit entscheidende erste Schritte gesetzt. So werden seit 30.10.2015 auf der Website www.wirkungsmonitoring.gv.at sowohl die Evaluierungsergebnisse der Wirkangaben der Bundesvoranschläge als auch jene, Wirkungsorientierter Folgenabschätzungen übersichtlich dargestellt. In einer weiteren Ausbauphase der Website wurden sowohl historische Daten der Kennzahlen als auch Plandaten dargestellt – im Zuge dieses digitalen Reportings war es demnach bereits in der Vergangenheit möglich, die Entwicklung einzelner Kennzahlen im Zeitverlauf zu betrachten.

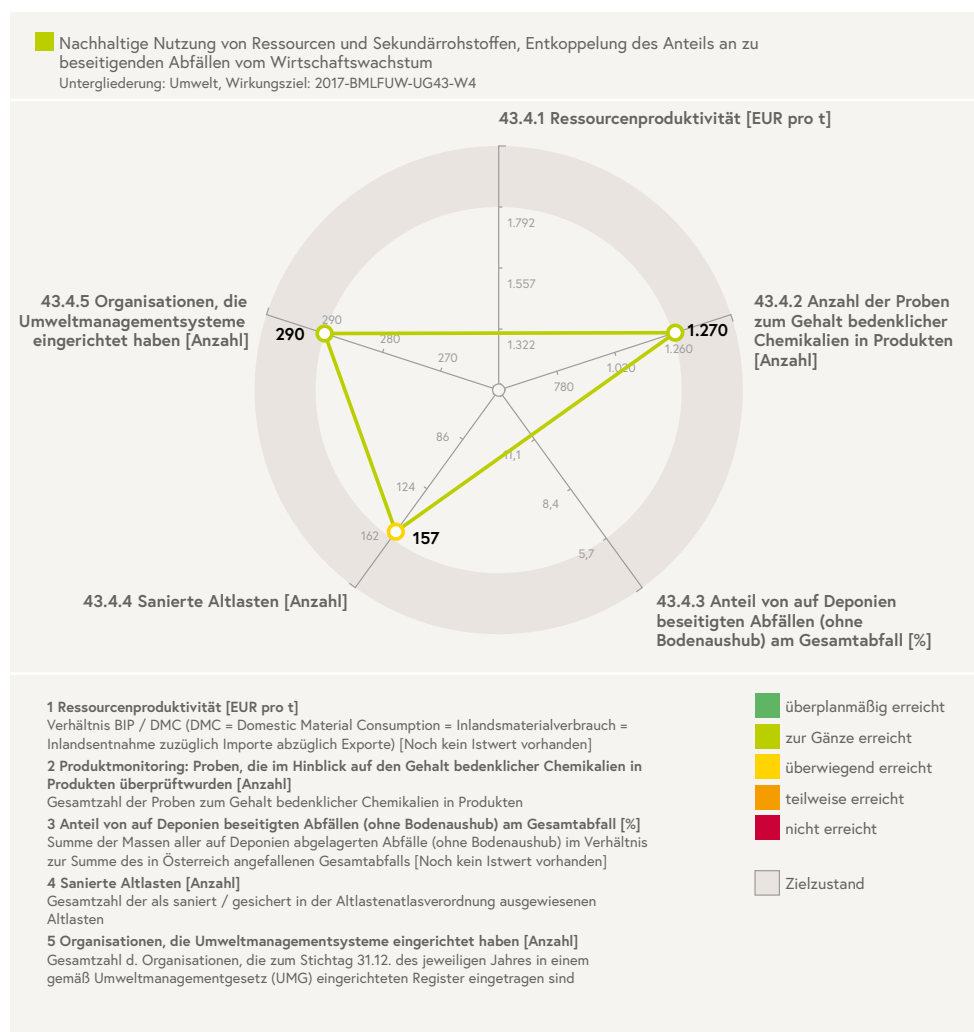
Abbildung 3: Beispiel einer Kennzahl im Jahresverlauf unter www.wirkungsmonitoring.gv.at



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

Im Gegensatz zur Berichterstattung unter www.wirkungsmonitoring.gv.at werden im Rahmen der jährlichen Druckberichte – bereits beginnend mit dem Wirkungsorientierungsbericht 2013 – die einzelnen Wirkungsziele der Ressorts und obersten Organe und deren Zielerreichungsgrade inklusive der zugeordneten Kennzahlen – in Form eines Netzdiagramms – grafisch aufbereitet.

Abbildung 4: Beispiel einer Visualisierung im aktuellen Bericht zur Wirkungsorientierung 2017



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

Der gewählte Visualisierungsansatz bringt den Vorteil mit sich, dass der jeweilige Zielerreichungsgrad des Wirkungsziels, wie auch jener der dem Wirkungsziel zugewiesenen Kennzahlen, auf einen Blick ersichtlich ist. Was aus der Darstellung jedoch nicht hervorgeht, ist, wie sich die Zielwerte und die Ist-Werte über die Jahre hinweg entwickelt haben. Diese bis dato in den Druckberichten fehlenden Informationen erleichtern die Beurteilung des jeweiligen Ambitionsniveaus der Kennzahlen bzw. das Erkennen von deren Entwicklungstendenzen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die ressortübergreifende Wirkungscontrollingstelle im BMöDS entschlossen, im aktuellen Bericht zur Wirkungsorientierung neben dem bekannten und etablierten Visualisierungsansatz eine zusätzliche tabellarische Darstellung zu den einzelnen Kennzahlen aufzunehmen.

Abbildung 5: Tabellarische Darstellung der Kennzahlen im aktuellen Bericht zur Wirkungsorientierung 2017

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
43.4.1	ZIEL	1.630	1.584	1.650	1.720	1.792	1.870
	IST	1.666	1.749	1.785	n. v.	n. v.	
43.4.2	ZIEL	800	1.000	1.200	1.250	1.260	1.280
	IST	n. v.	950	1.200	1.250	1.270	
43.4.3	ZIEL	n. v.	3,00	3,00	5,30	5,70	7,00
	IST	6,00	5,90	6,50	7,10	n. v.	
43.4.4	ZIEL	131	144	149	161	162	168
	IST	135	141	147	152	157	
43.4.5	ZIEL	280	280	280	285	290	270
	IST	265	282	286	287	290	

Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

Sofern innerhalb der jeweiligen – unterhalb des visualisierten Wirkungsziels – ausgewiesenen Datentabellen Ziel- oder Istzustände nicht verfügbar (n.v.) sein sollten, kann das mehrere Gründe haben. Fehlen bspw. Zielzustände aus der Vergangenheit, wurde die betroffene Kennzahl in der Regel erst in einem Bundesvoranschlag nach jenem des Jahres 2013 als Indikator im Rahmen der Wirkungsorientierung aufgenommen. Sind Zielzustände für das Jahr 2018 nicht vorhanden, wird die Kennzahl im BVA 2018 bzw. BVA 2019 nicht mehr fortgeführt; alternativ hat sich die Berechnungsmethode so gravierend geändert, dass die Einzelwerte über die Jahre nicht mehr vergleichbar sind. Werden für ein Jahr keine Istzustände ausgewiesen, wurde die betreffende Kennzahl im jeweiligen Beobachtungszeitraum nicht erhoben bzw. sind deren Istzustände noch nicht verfügbar – dies ist insbesondere bei erhebungsintensiven Kennzahlen, wie etwa groß angelegten Befragungen, der Fall.

2.3 Empfehlungen aus der externen Evaluierung des Bundeshaushaltsgesetzes

Wie eingangs dargelegt, hatte der Bundesminister für Finanzen gemäß dem seitens des Parlaments beschlossenen § 121 Abs. 24 BHG 2013 eine externe Evaluierung des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 bis spätestens fünf Jahre nach dessen Inkrafttreten – somit bis längstens 2017 – zu beauftragen.

Ausgehend von den Zielsetzungen der Haushaltsrechtsreform (HHRR) und den Inhalten des BHG 2013 wurden verschiedene Themenschwerpunkte und Fragestellungen für die externe Evaluierung abgeleitet und im Einvernehmen mit dem parlamentarischen Beirat zur HHRR definiert. Da das Themenspektrum der HHRR sehr umfangreich ist, wurden die zentralen Evaluierungsthemen zu drei Arbeitspaketen (AP) zusammengefasst und zwischen Februar 2017 und März 2018 von drei Organisationen bearbeitet:

- International Monetary Fund (IMF) – AP 1 (u. a. mittelfristige Finanzplanung, Vollzugsberichte, Wirkungsorientierung),
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) – AP 2 (u. a. Budgetplanung, Rücklagensystem, Budgetstruktur, Budgetunterlagen, Wirkungsorientierung)
- Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (AAU) – AP 3 (doppisches Rechnungswesen)

Die jeweiligen Einzelevaluierungsberichte und auch der zusammenfassende Endbericht wurden im Juni 2018 fertiggestellt und auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen¹ veröffentlicht, wobei jene Empfehlungen, welche das Thema der Wirkungsorientierung betreffen, sich in erster Linie aus den seitens des International Monetary Fund und der Organisation for Economic Co-operation and Development vorgenommenen Evaluierungen ergeben.

Auch wenn die Evaluierungsergebnisse einige Optimierungspotenziale aufzeigen, wird dennoch ein grundsätzlich positives Bild des österreichischen Systems der Wirkungsorientierung – insbesondere im internationalen Vergleich – gezeichnet. So wird im zusammenfassenden Endbericht auf Seite 35 festgestellt, dass die Qualität der Wirkungsziele in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Ein Erfolg, der wohl auf die steigende Erfahrung der handelnden Akteurinnen und Akteure, auf die Beratungs- und Unterstützungsleistungen der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle im BMöDS und auch auf die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema durch die Abgeordneten zum Nationalrat, sei es im parlamentarischen Beirat zur Haushaltsrechtsreform oder im Rahmen der Budgetunterausschüsse, zurückzuführen ist. Weiters wird auf Seite 37 ausgeführt, dass Österreich auf Grund des gewählten übergreifenden Ansatzes zur Sicherstellung der

1 Siehe: <https://www.bmf.gv.at/budget/haushaltsrechtsreform/externe-evaluierung-bundeshaushaltsrecht.html>.

Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Haushaltsführung als international führendes Beispiel angesehen wird. Diese Position gilt es in Zukunft zu halten.

Auch das Instrument der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) war Gegenstand der Evaluierung. Die Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) bewertet das WFA-System im internationalen Vergleich als weit entwickelt, da es sowohl eine Abschätzung ex-ante als auch umfangreiche Evaluierungen ex-post vorsieht. Gleichzeitig werden die bereits in der Vergangenheit gesetzten Optimierungsschritte gewürdigt, indem die Einführung der vereinfachten WFA – die mit 1.4.2015 in Kraft getreten ist – als wichtiger Schritt zur Straffung des Verfahrens und zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands angesehen wird.

Auf Basis der innerhalb der letzten 5 Jahre gewonnenen Erfahrungen mit dem System der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung, den geführten internationalen Diskursen und dem regelmäßigen Austausch mit relevanten Stakeholderinnen und Stakeholdern in Österreich, kann festgestellt werden, dass der nunmehr vorliegende Endbericht keine Überraschungen betreffend die vorgeschlagenen Weiterentwicklungsschritte innerhalb des Systems Wirkungsorientierung beinhaltet:

- So wird empfohlen, die Budgetunterlagen – inklusive der darin enthaltenen Wirkinformationen – aussagekräftiger, lesbarer zu gestalten und die Wirkinformationen stärker mit den Budgetmitteln sowie übergeordneten Strategien zu verknüpfen. Zudem wird die Meinung vertreten, dass die Öffentlichkeit stärker in die Erarbeitung der im Budget ausgewiesenen Wirkungsziele einbezogen werden und die Diskussion der Wirkangaben im Parlament intensiver erfolgen könnte.
- Auch die jährlichen Wirkungscontrollingberichte wären – so eine Empfehlung – im Sinne der Aussagekraft zu straffen. Zudem wäre das digitale Berichtswesen zu überarbeiten.
- Die österreichischen Bemühungen im Bereich der Gleichstellung werden honoriert. Verbesserungspotenziale werden seitens der Evaluatorinnen und Evaluatoren jedoch in einer stärkeren Verknüpfung zu den Budgetmitteln als auch in der Schaffung einer konkreteren ressortübergreifenden Strategie gesehen.
- Hinsichtlich der jährlichen Wirkungscontrollingberichte – sei es der Bericht zur Wirkungsorientierung, oder der Bericht über die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA) – wird die Erstellung von Executive Summaries empfohlen. Betreffend die WFA wird zudem eine zentrale Veröffentlichung aller WFA-pflichtigen Vorhaben sowie eine Qualitätssicherung bei vereinfachten WFAs vorgeschlagen.

In weiterer Folge gilt es nun, die einzelnen Empfehlungen mit allen am System beteiligten Akteurinnen und Akteuren zu diskutieren und schrittweise umzusetzen. Es geht darum, das Instrument Wirkungsorientierung noch steuerungsrelevanter zu gestalten und dessen Akzeptanz bei allen Nutzerinnen- und Nutzergruppen zu erhöhen; eine Aufgabe, welcher sich die ressortübergreifende Wirkungscontrollingstelle im BMöDS mit aller Expertise und großem Einsatz stellen wird.

3 Ergebnisse der Evaluierung der Wirkangaben des BFG 2017 je Untergliederung – Fact-sheets

3.1 Zusammenfassung der Ergebnisse der Evaluierung

Die jährliche Evaluierung und die damit einhergehende Einschätzung von Zielerreichungsgraden mittelfristiger Wirkungsziele und Kennzahlen ergeben eine Momentaufnahme, die den jeweiligen Etappenfortschritt abbildet und keine abschließende Bewertung darstellt. Für eine Gesamtbeurteilung intendierter Wirkungen braucht es einen mittel- bis längerfristigen Beobachtungszeitraum und damit verbunden den Zugriff auf längerfristige Datenreihen. Ziel der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle des Bundes im Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport muss daher weiterhin bleiben, die Analysemöglichkeiten und die damit verbundene erleichterte Interpretierbarkeit von steuerungsrelevanten Daten beständig zu professionalisieren. Auch aus diesem Grund wurden bereits im letzten Jahr auf der Webseite www.wirkungsmonitoring.gv.at die Wirkangaben – insbesondere die Kennzahlen auf der Untergliederungsebene – für interessierte Leserinnen und Leser im Zeitverlauf aufbereitet. Mittlerweile wurden sämtliche Evaluierungsergebnisse (BFG 2013 bis 2017) elektronisch zur Verfügung gestellt und im Zeitverlauf aufbereitet. Darüber hinaus werden auch die Plandaten des aktuellen BFG 2018 zur tiefergehenden Information visualisiert.

Die nachstehenden Ausführungen stellen eine Kurzzusammenfassung der seitens der haushaltsleitenden Organe vorgenommenen Evaluierungen der Wirkangaben des BFG 2017² dar.

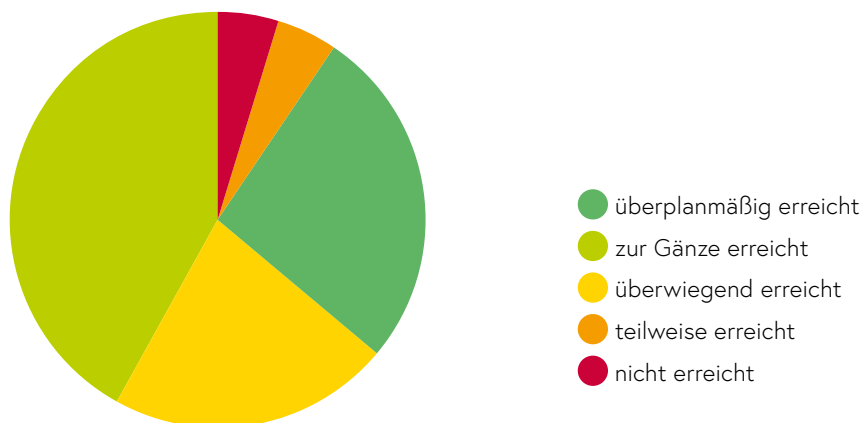
2 Die Zusammenfassung beschränkt sich auf Wirkungsziele und Kennzahlen auf Untergliederungsebene. Die Ergebnisse von Globalbudgetmaßnahmen werden auf der Webseite www.wirkungsmonitoring.gv.at sowie im Rahmen der einzelnen Ressortberichte unter www.oeffentlicherdienst.gv.at veröffentlicht. Aufgrund der gewählten Contentvisualisierung weicht die Anzahl der Kennzahlen auf Untergliederungsebene, welche im Rahmen des gegenständlichen Berichts ausgewiesen wird, von jener im BFG 2017 ab. Grund hierfür ist, dass nach Geschlechtern getrennte Kennzahlen separat dargestellt und gezählt werden.

Wirkungsziele

Der Bericht enthält – gegliedert nach den haushaltsleitenden Organen und den 35 Untergliederungen (beginnend mit Seite 3) – die Monitoringergebnisse von 124 Wirkungszielen. Auch wenn der Planungshorizont von Wirkungszielen mittelfristig ausgelegt ist, erfolgt eine jährliche Bewertung der jeweiligen Zielerreichungsgrade durch die Ressorts und obersten Organe sowie das gesetzlich verpflichtende Monitoring durch die ressortübergreifende Wirkungscontrollingstelle des Bundes im Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass 85 Wirkungsziele (68,5%; 2016: 68,6%) als „überplanmäßig erreicht“ bzw. „zur Gänze erreicht“ bewertet wurden. Bei weiteren 27 Zielen (21,8%; 2016: 20,3%) wurde die intendierte Wirkung als „überwiegend“ eingetreten ausgewiesen. Lediglich bei 12 Wirkungszielen (9,7%; 2016: 9,4%) wurde der Zielerreichungsgrad mit „nicht erreicht“ bzw. „teilweise erreicht“ klassifiziert.

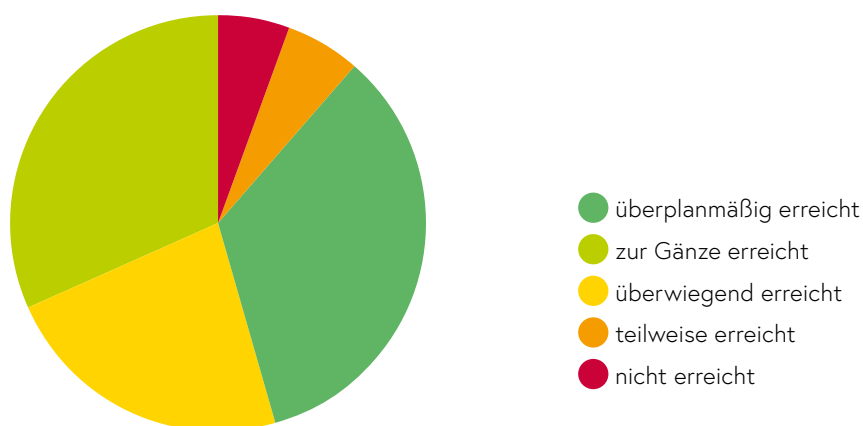
Abbildung 6: Wirkungsziele – Zielerreichungsgrade



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

Betrachtet man die Zielerreichungsgrade der insgesamt 35 Gleichstellungsziele, zeigt sich ein ähnliches Bild. Während 23 Ziele (65,7%) als „überplanmäßig erreicht“ bzw. „zur Gänze erreicht“ eingestuft werden, wurden acht Ziele (22,9%) als „überwiegend erreicht“ bewertet. Vier Ziele (11,4%) wurden „nicht“ bzw. nur „teilweise erreicht“.

Abbildung 7: Gleichstellungsziele – Zielerreichungsgrade



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

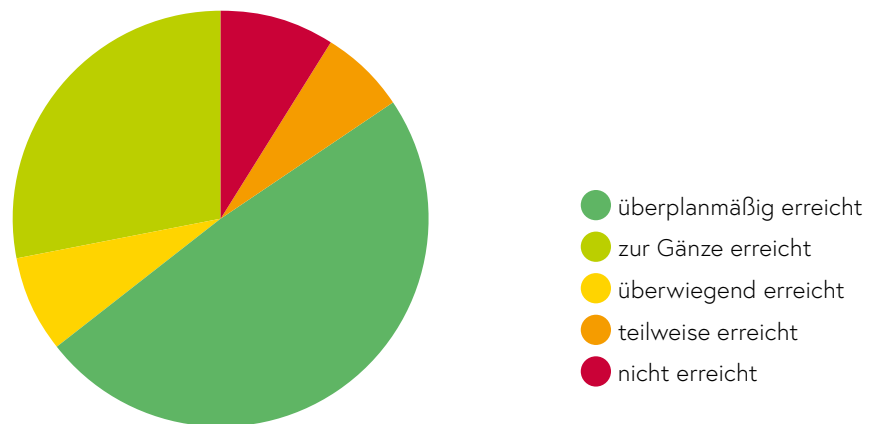
Kennzahlen auf Wirkungszielebene

Im gegenständlichen Bericht werden neben den Wirkungszielen auch Ergebnisse für 363 Kennzahlen auf der Ebene der Untergliederungen dargestellt. Für weitere 27 Kennzahlen (6,9% aller Kennzahlen des BFG 2017) liegen zum Zeitpunkt der Berichtslegung noch keine Ist-Zustände für das Jahr 2017 vor.

Während die Erreichung der Wirkungsziele an sich (bspw. „überplanmäßig erreicht“ oder „zur Gänze erreicht“) auf einer Selbsteinschätzung der jeweils haushaltsleitenden Organe beruht, werden die Zielerreichungsgrade der jeweiligen Wirkungskennzahlen standardisiert und automatisiert – wie bereits in den Vorjahren – berechnet.

Die Zielerreichungsgrade der Kennzahlen zeichnen über alle Untergliederungen hinweg ein positives Bild. Von 363 Kennzahlen (bei welchen Ist-Zustände verfügbar sind) wurden 278 (76,6%) „überplanmäßig erreicht“ bzw. „zur Gänze erreicht“. Lediglich in 57 Fällen (15,7%) kam es zu „keiner“ bzw. nur zu einer „teilweisen“ Zielerreichung.

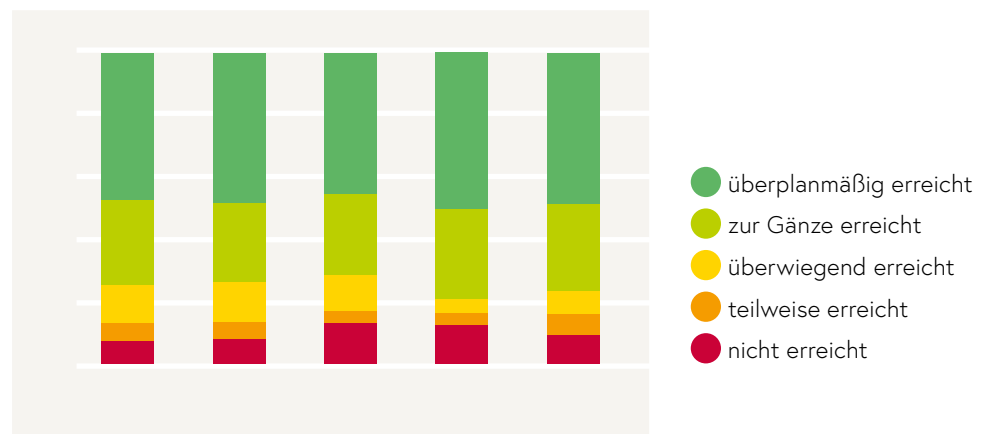
Abbildung 8: Kennzahlen auf Wirkungszielebene – Zielerreichungsgrade



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

Im Vergleich zu den Evaluierungsergebnissen der Kennzahlen des BFG 2016, zeigt sich, dass der Anteil der „überplanmäßig erreichten“ bzw. „zur Gänze erreichten“ Kennzahlen leicht gesunken ist, während mehr Kennzahlen teilweise oder überwiegend erreicht wurden.

Abbildung 9: Entwicklung der Kennzahlen im Zeitverlauf



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

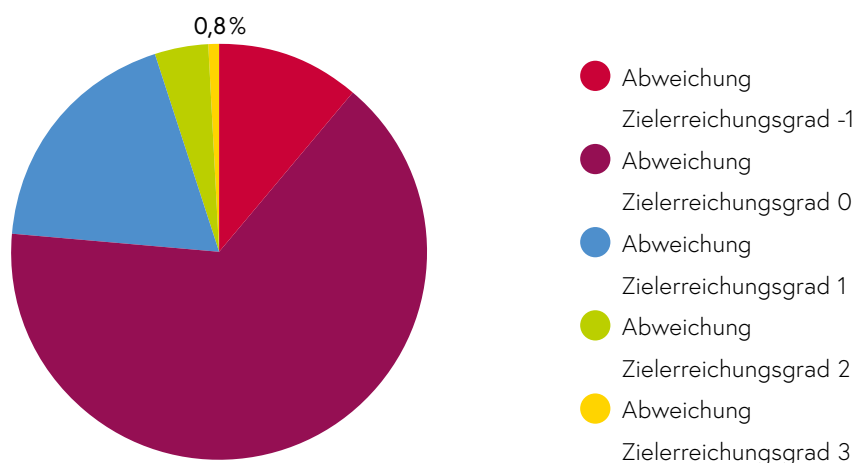
Bedingt dadurch, dass die Bewertung der Wirkungszielerreichung eine Selbsteinschätzung der haushaltsleitenden Organe darstellt und keiner standardisierten Berechnung unterliegt, wurde im Zuge der Erstellung des vorliegenden Berichts, die Korrelation der Zielerreichungsgrade der Wirkungsziele mit jenen der dazugehörigen Kennzahlen überprüft.

Für die Überprüfung wurde die in Verwendung befindliche Bewertungsskala auf ein Schulnotensystem umgelegt („überplanmäßig erreicht“ entspricht der Note 1, „zur

Gänze erreicht“ der Note 2 usw.). Die Bewertung der Wirkungszielerreichung wurde anschließend dem Mittelwert der dazugehörigen Kennzahlen gegenübergestellt.³

Die diesbezügliche Auswertung zeigt, dass der Mittelwert der Kennzahlenbewertung in 78 Fällen (65%; 2016: 59,2%) jenem der Zielerreichungsgrade der Wirkungsziele entspricht. In 37 Fällen (30,1%) kommt es zu einer Abweichung von +/- 1 gegenüber dem Zielerreichungsgrad (bspw. Zielerreichungsgrad des Wirkungsziels „zur Gänze erreicht“ bei einem Mittelwert der Kennzahlenbewertungen von „überplanmäßig erreicht“). Die Minderheit stellen jene sechs Wirkungsziele (4,9%) dar, welche um zwei Stufen besser bewertet wurden als die zugeordneten Kennzahlen (in einem Fall auch 3 Stufen besser bewertet).

Abbildung 10: Korrelationen Zielerreichungsgrade – Bewertung Kennzahlen




Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

3 Die Überprüfung wurde bei jenen 123 Wirkungszielen durchgeführt, bei welchen mindestens ein Ist-Wert einer Kennzahl für das Jahr 2017 ausgewiesen wird.

3.2 Gesamtüberblick Wirkungsziele und Kennzahlen

Legende

überplanmäßig erreicht	teilweise erreicht
zur gänze erreicht	nicht erreicht
überwiegend erreicht	keine Daten verfügbar

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BKA	UG 10	Bundeskanzleramt als attraktiver und moderner Dienstgeber 	Themen im risikoorientierten Jahresrevisionsplan betreffend Optimierungsmöglichkeiten im Organisations- und Prozessmanagement		7
			Ausbildungstage pro MitarbeiterIn der Zentralstelle des Bundeskanzleramts (gesamt)		8
			Ausbildungstage pro Mitarbeiterin der Zentralstelle des Bundeskanzleramts		8
			Ausbildungstage pro Mitarbeiter der Zentralstelle des Bundeskanzleramts		8
			Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts		8
			Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts (Frauen)		8
			Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts (Männer)		9
			Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen (A1/7–9)		9
			Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen (A1/4–6)		9
			Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen (A2/5–8)		9
			Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen (A3/5–8)		9
		Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung, Politik und Unternehmen	Verwaltungseinrichtungen mit gültigem CAF-Gütesiegel	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 40 ausgewiesen.	12
			Rasche Beantwortung von BürgerInnenanfragen aller Art durch das BürgerInnenservice		12
			Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB)		12
			Nutzung der Handy-Signatur durch BürgerInnen		12
			Nutzung der elektronischen Informationsservices der Statistik Austria		13


Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BKA	UG 10	Das Bundeskanzleramt als inhaltlicher Impulsgeber, Koordinator und Brückenbauer. 	Steigerungsrate bei Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank (pro Jahr)	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 42 ausgewiesen.	16
			Durchlaufzeitraum von der Erstellung (ab finalem Datenstand) bis zur Übermittlung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission		16
			Anteil an EPSA-Auszeichnungen an österreichische Verwaltungseinrichtungen		16
		Das Ressort Bundeskanzleramt als Garant und Weiterentwickler der Rechtsstaatlichkeit	Anteil der Berichtigungen der Entscheidungen im Bundesverwaltungsgericht	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10 und der UG 13 ausgewiesen.	20
			Hoher Anteil erfolgreich abgeschlossener Prüfverfahren gemäß § 30 Datenschutzgesetz 2000		20
			Zugriffszahlen auf Dokumente im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS)		20
			Aufkommen an Beratungen betreffend den erweiterten Kompetenzbereich der Gleichbehandlungsanwaltschaft		20
		Forcierung und Koordination umfassender Gleichstellung sowie Weiterentwicklung der Antidiskriminierung und Eindämmung von Gewalt 	Sicherstellung der Beratung und Betreuung von gewaltbetroffenen Frauen in den Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird das vormalige Wirkungsziel Nr. 4 der UG 24 nunmehr bei der UG 10 ausgewiesen.	23
			Frauenanteil in Aufsichtsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist		23
			Anteil der politischen Bezirke, die über zumindest eine geförderte Frauenberatungseinrichtung verfügen		24
			Gender Pay Gap (Eurostat Indikator)		24
	UG 25	Lasten- und Leistungsausgleich zwischen kinderlosen Personen und Eltern mit Unterhaltspflichten	FLAF – Die Finanzierungsfähigkeit vom FLAF erhalten	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird die UG 25 nunmehr beim Bundeskanzleramt ausgewiesen.	35
			FLAF -Jährlicher Abgang/Überschuss – Prognose über die finanzielle Entwicklung des Familienlastenausgleichsfonds – FLAF		35
			Erhöhung der Familienbeihilfe		35
			Gesamtfertilitätsrate		35

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BKA	UG 25	Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	Väterbeteiligung am Kinderbetreuungsgeldbezug (alle Varianten)		38
			Wiedereinstiegsrate		38
			Kinderbetreuungsquoten für unter 3-jährige Kinder		38
			Anteil der unter 3-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen		38
			Anteil der 3–6-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen		38
		Familienhilfe	Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen (Klient/innen)		41
			Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen (Beratungen)		41
		Stärkung beider Elternteile in der gewaltfreien Erziehung, Vermeidung von physischer, psychischer und sexueller Gewalt	Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten (z. B.: Seminare, Vorträge)		43
			Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at		43
			Besucher/innenzahlen auf www.gewaltinfo.at		43
			Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt (Klient/innen)		43
			Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt (Beratungen)		43

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BKA	UG 25	Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit	Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (weiblich)		46
			Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (männlich)		46
			Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (Gesamt)		47
			Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (weiblich)		47
			Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (männlich)		47
			Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (Gesamt)		47
			Partizipation Jugendl. an der Entwickl./Durchf. von ho. Ressort geförd. (B-JFG) Projekten (weiblich)		47
			Partizipation Jugendl. an der Entwickl./Durchf. von ho. Ressort geförd. (B-JFG) Projekten (männlich)		48
			Partizipation Jugendlicher an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten (Gesamt)		48
			Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (weiblich; z. B.. Pfadfinderführerin, Jugendleiterin, etc.)		48
			Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (männlich; z. B.. Pfadfinderführer, Jugendleiter, etc.)		48
			Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (gesamt; z. B.. Pfadfinderführer/in, Jugendleiter/in, etc.)		48
	UG 32	Stärkere Verankerung der Kunst und Kultur in der Gesellschaft 	Frauenanteil der Einzelpersonenförderung		57
			Einzelmobilitäten der Kunschtchaffenden in das Ausland		57
			Nachwuchsförderung: Anteil von Frauen an den Startstipendien		57
			Nachwuchsförderung: Anteil von Männern an den Startstipendien		57
			Internationale Verleiheinsätze von innovativen Filmen, welche von der Filmabteilung des Bundeskanzleramts gefördert werden		57
		Nachhaltige Absicherung von kulturellem Erbe und besserer Zugang zu Kunst- und Kulturgütern für die Öffentlichkeit.	Anteil von Kindern und Jugendlichen an den Besucherinnen und Besuchern der Bundesmuseen		60
			Reichweite der kulturellen Angebote der österreichischen Bundestheater (Burgtheater, Staatsoper, Volksoper)		60
			Österreichweite Sicherung einheitlicher Standards im Denkmalschutz		60

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMASGK	UG 20	Schutz der Gesundheit und Sicherheit der ArbeitnehmerInnen	Kontrolleffizienzquote		108
			Quote der Arbeitsunfälle – Gesamt		108
			Quote der Arbeitsunfälle – Frauen		108
			Quote der Arbeitsunfälle – Männer		108
		Verbesserung der Erwerbsintegration älterer ArbeitnehmerInnen (50+)	Beschäftigungsquote Ältere (50–64 Jahre)		110
			Arbeitslosenquote Ältere 50+		111
		Forcierung der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und in Folge dessen Senkung der Jugendarbeitslosigkeit	Lehrstellensuchende		113
			gemeldete offene Lehrstellen		113
			Arbeitslosenquote Jugendliche (15–24 Jahre)		113
		Dämpfung negativer Auswirkungen einer abgeschwächten Konjunktur auf die Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote Männer		116
			Arbeitslosenquote Frauen		116
			Arbeitslosenquote insgesamt (Frauen und Männer)		116
			Beschäftigungsquote 20–64 Jahre (Frauen und Männer)		116
		Frauen und Wiedereinsteigerinnen werden verstärkt am Erwerbsleben beteiligt 	Beschäftigungsquote Frauen (15 bis 64 Jahre)		119
			Beschäftigungsquote Frauen (25 bis 44 Jahre)		119
			Arbeitslosenquote Frauen (25 bis 44 Jahre)		119
	UG 21	Sicherung und Weiterentwicklung des Pflegevorsorgesystems (insb. Pflegegeld, Pflegekarengeld und Förderung der 24-Stunden Betreuung)	Richtversorgungsgrad		125
			Unterstützung gem. § 21a BPGG an pflegende Angehörige		125
			DauerbezieherInnen einer Unterstützung zur 24-Stunden-Betreuung gem. § 21b Bundespflegegeldgesetz		125
			Bezieherinnen von Pflegekarengeld		125
			Personen mit Anspruch auf Pflegegeld		125
		Verstärkung d. Eingliederung v. Menschen m. Behind. i.d. allgem. Arbeitsmarkt, um d. Gleichst. in allen Lebensbereichen weiter zu verbessern	Anteil der Einigungen im Schlichtungsverfahren (Bund)		128
			Anteil der begünstigten Behinderten in einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis an der Gesamtzahl der begünstigten Behinderten		128
		Verbesserung der Chancen von Frauen mit Behinderung auf Einstellung in sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse 	Differenz zwischen d. Anteil der Frauen a.d. beschäft. begünst. Behinderten u. dem Anteil d. Frauen a.d. begünst. Behinderten		130

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMASGK	UG 21	Stärkung der Rechtsposition der VerbraucherInnen und Sicherstellung einer effektiven Durchsetzung	Ausmaß der Realisierung der konsumentenrechtspolitischen Forderungen		131
			Erfolgsquote der Verfahren des Vereins für Konsumenteninformation		131
		Erhöhung der ökonomischen und gesellschaftlichen Beteiligung der Europa 2020 Zielgruppe	Armutsgefährdete, erwerbslose und materiell besonders benachteiligte Menschen ("Deprivierte")		133
	UG 22	Anhebung des durchschnittlichen faktischen Pensionsantrittsalters	Durchschnittliches Pensionsantrittsalter		137
		Erhöhung des Anteils der Frauen, die einen Anspruch auf Eigenpension erwerben 	Anteil der Frauen, die eine Eigenpension bekommen		139
			Anteil der Frauen an AusgleichszulagenbezieherInnen		139
			Anteil der Männer an AusgleichszulagenbezieherInnen		139
	UG 24	Gesundheitsstrukturpolitik	Krankenhaustätigkeit in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird die UG 24 nunmehr beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz ausgewiesen.	146
			Anteil ausgewählter tagesklinisch erbrachter Leistungen in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten		146
			Präoperative Verweildauer in Krankenanstalten bei geplanten Operationen		146
			Belagstage pro Einwohnerinnen und Einwohner		147
			Verwendung des öffentlichen Gesundheitsportals		147
		Gewährleistung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zur Gesundheitsversorgung 	Teilnahme von Frauen an der Gesundenuntersuchung		149
			Teilnahme von Männern an der Gesundenuntersuchung		149
			Teilnahmerate von Frauen zwischen 45 und 70 Jahren am bundesweiten Brustkrebs-Screening		149
		Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit	Verbrauch von Obst		152
			Verbrauch von Gemüse		152
			Senkung des Zuckerverbrauchs		152
			Impfbeteiligung für Masern, Mumps und Röteln (MMR)		152
			MRSA-Rate (MRSA=Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus)		153
		Tiergesundheit und Tierschutz	lebensmittelbedingte Krankheitsausbrüche		155
			Beanstandungsquote bei Probenziehungen		155
			gesundheitsschädliche Proben		155
			Tiergesundheitsstatus Österreichs		155
			Tierschutz macht Schule		155

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMBWF	UG 30	Erhöhung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler	Abschlussquote in der Sekundarstufe II		162
			Anteil der Jugendlichen, welche sich im Schuljahr nach Erfüllung der Schulpflicht in einer weiteren Ausbildung befinden		162
			Quote der Aufstiegsberechtigten		162
			Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Bildungsstandards erreichen bzw. übertreffen (Mathematik 8. Schulstufe)		162
			Anteil StudienanfängerInnen an Hochschulen mit Berufsreifeprüfung		163
		Verbesserung der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungswesen 	Teilnehmende an Basisbildung für Erwachsene		166
			Personen, die einen Pflichtschulabschluss nachgeholt haben (Absolventinnen und Absolventen)		166
			Anteil der Schülerinnen und Schüler in geschlechts-untypischen Schulformen (10. Schulstufe)		166
			Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistungen der Schülerinnen und Schüler		167
		Steigerung der Effektivität und Effizienz in der Bildungsverwaltung	Anteil der Personalausgaben für die Schulverwaltung an den gesamten Personalausgaben		169
			Schulversuche je Schule		169
			Anteil der Kustodiate an AHS/BMHS, die autonom von der Schule vergeben werden können		169
	UG 31	Hebung des tertiären Bildungsniveaus	Abschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird die UG 31 nunmehr beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgewiesen.	176
			Tertiärquote		176
			Durchschnittliche Höhe der Studienbeihilfe		176
			Anfängerinnen- und Anfängeranteil bei den 20 frequentiertesten Studienrichtungen		176
			Rekrutierungsquote/Wahrscheinlichkeitsfaktor zur Studienaufnahme		176

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMBWF	UG 31	Schaffung eines in Lehre und Forschung national abgestimmten, international wettbewerbsfähigen Hochschul- und Forschungsraumes	Joint Degree/ Double Degree/ Multiple Degree Programme an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen		179
			Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (Frauen)		179
			Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (Männer)		179
			Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (gesamt)		180
			Beteiligungsanteil von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus Österreich an den EU-Forschungsrahmenprogrammen		180
			Betreuungsrelation an öffentlichen Universitäten		180
			Anzahl der veröffentlichten Forschungsinfrastrukturen auf der BMBWF-Forschungsinfrastrukturdatenbank		180
		Bewusstsein für Wissenschaft und Forschung	Wissenschaftskommunikation: Veranstaltungen, Werbemittel, Votings		183
			Wissenschaftskommunikation: Seitenaufrufe bzw. Zugriffe auf Servicewebsites des BMBWF sowie Social Media Kanälen		183
			Responsible Science – Wirkung auf institutioneller Ebene		183
			Responsible Science – Personenebene		183
			Wissenschaftspreise		183
	Ausgeglichene Geschlechterverhältnisse		Professorinnenanteil		187
			Quotengerecht besetzte universitäre Leitungsorgane		187
			Frauenanteil in den Organen der Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria		187
			Frauenanteil bei den Laufbahnstellen an Universitäten (tenure track)		188
	Sicherstellung eines hohen Grads an Spitzenforschung durch erfolgreiche Teilnahme am EU Forschungsrahmenprogramm		ERC-Grants		190
			EU-Rückfluss-Indikator		190

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMDW	UG 33	Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Unternehmen durch weitere Intensivierung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft	Anzahl F&E-durchführender Einheiten im Unternehmenssektor		196
			Steigerung Anteil KMU mit interner Innovation		197
			Aufstieg von der Gruppe der Verfolger ("Innovation Follower") in die Führungsgruppe ("Innovation Leader")		197
		Steigerung der Neugründung von wissens- und forschungsintensiven Unternehmen	Steigerung wissens- und forschungsintensiver Neugründungen		199
		Bessere Nutzung des in Österreich vorhandenen Potenzials an Fachkräften, insbesondere durch Erhöhung des Anteils von Frauen in FTI 	Steigerung des Anteils von Frauen in leitenden Positionen bei FFG Programmen		201
			Steigende Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen		202
	UG 40	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	Unternehmensdemographie: Stabilisieren und Steigern des in den letzten Jahren schwankenden Unternehmensgründungsniveaus	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 40 und der UG 42 ausgewiesen.	208
			Unternehmensdemographie: Überlebensrate von Unternehmen (bezogen auf drei Jahre nach Neugründung)		208
			Reduktion der Abhängigkeit von den drei größten Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich, Niederlande)		208
		Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes	Halten der Betriebsansiedlungen über den Median der letzten 10 Jahre (2006 bis 2015) = 201		212
			Halten der Anzahl der Beschäftigten bei neuen Betriebsansiedlungen über den Median der letzten 10 Jahre (2006 bis 2015) = 1.905		212
			Insgesamt im Jahr positiv abgelegte Lehrabschlussprüfungen		212
		Stärkung der österreichischen Außenwirtschaft	Erhöhung der Exportquote		215
			Steigerung exportierender österreichischer Unternehmen		215
			Erhöhung des Warenexportanteils in Staaten außerhalb der EU		215
		Förderung von Frauen in Unternehmen und Stärkung von deren Führungskompetenz 	Frauenanteil an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen		219
			Teilnehmerinnen am Programm "Zukunft.Frauen"		219
			Registrierungen in der Aufsichtsrätinnendatenbank		219

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMDW	UG 40	Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung, Politik und Unternehmen	Verwaltungseinrichtungen mit gültigem CAF-Gütesiegel	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 40 ausgewiesen.	223
			Rasche Beantwortung von BürgerInnenanfragen aller Art durch das BürgerInnenservice		223
			Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB)		223
			Nutzung der Handy-Signatur durch BürgerInnen		223
			Nutzung der elektronischen Informationsservices der Statistik Austria		223
BMEIA	UG 12	Optimierung d. Hilfestellung für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausl. sowie d. Betreuung d. ständig im Ausl. lebend. ÖsterreicherInnen	Aufrufe von relevanten Webinhalten für AÖ/ö. Reisende		227
			Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anfragen		227
		Sicherst. öst. Interessen in den Bereichen Außen-, Europa-, Sicherheitspolitik und in Wirtschaftsfragen; Stärkung von Frauen/ Kinderrechten 	Vorbereitete Staatsbesuche/Arbeitstreffen oberster Staatsorgane		230
			Initiativen im Rahmen von europ. und int. Foren		230
			Initiativen zur Stärkung von Menschen-, Frauen & Kinderrechten		230
			Initiativen zur Stärkung von Menschen-, Frauen & Kinderrechten (Kinder)		231
			Initiativen zur Stärkung von Menschen-, Frauen & Kinderrechten (Frauen)		231
			Maßnahmen zur Förderung österr. Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittländern		231
			Anzahl der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen		231
		Beurteilung seitens der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund betreffend des Integrationsklimas in der Gesellschaft	Entwicklung des Integrationsklimas		233
		Verringerung Armut, Festigung Frieden und Sicherheit, Erhaltung Umwelt unter Berücksichtigung Geschlechtergleichstellung u. Behinderungen 	Vorhaben: Wasserzugang, Einkommensschaffung, Armutsverringerung		236
			Anteil der Programme/Projekte der OEZA zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern		236
			Übereinstimmung der OEZA Qualitätskriterien mit budgetierten Mitteln		236
			Vorhaben die zu Frieden und Sicherheit beitragen		237
			Anteil der Programme/Projekte der OEZA, die zum Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen beitragen		237

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMEIA	UG 12	Prägung eines innovativ-kreativen Österreichbildes; Fokus auf europ. Grundsatz „Einheit in der Vielfalt“ und interkult./interrelig. Dialog 	Veranstaltungen von österreichischen Auslandskulturinstitutionen		239
			Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden (Frauen)		239
			Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden (Männer)		239
			Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden (Gesamt)		239
			Anzahl der Orte, an denen Veranstaltungen durchgeführt werden		240
			Anzahl der Kooperationspartner für kulturelle und wissenschaftliche Projekte im Ausland		240
BMF	UG 15	Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen	Gesamtstaatliches strukturelles Defizit		245
			Strukturelles Defizit Bund		245
			Staatsschuldenquote		245
	UG 15	Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung und Stärkung der Abgabemoral	Zeitgerechte Abgabenerrichtung		247
			Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden hinsichtlich der Qualität der Leistungen der Finanzverwaltung		247
	UG 15	Sicherstellung der lfr. u. nachhaltigen Aufgabenerfüllung des Ressorts durch motivierte, leistungsfähige und leistungsbereite Bedienstete 	Flexible Arbeits(zeit)modelle – Teleworkingquote		249
			Betriebliches Gesundheitsmanagement – Work Ability Index (WAI) in ausgewählten Dienststellen		250
			Gender-Gap bei Fortbildungsmaßnahmen		250
	UG 15	Erweiterung der elektronischen Serviceleistungen der Finanzverwaltung (E-Government) für Bürgerinnen, Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung	Finanz-Online-Benutzerinnen und Benutzer		252
			Elektronische Steuererklärungen im „Privaten Bereich“		252
			Elektronische Steuererklärungen im „Betrieblichen Bereich“		252
			Elektronische Zustellungen von Steuerbescheiden		252
	UG 16	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs mit einem weiter optimierten Steuersystem im internat. Kontext mit Aufkommensrelevanz	Platzierung Österreichs im Weltbank-Ranking		258
			„gender pay gap“ (Vergleichswerte von ganzjährig Vollbeschäftigten)		260
			Anteil der Frauen an der Teilzeitbeschäftigung		260
	UG 16	Gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit wie auch der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen/Männern wird durch das Abgabensystem unterstützt 	„gender pay gap“ auf Bruttolohnstunden gemäß Eurostat		260

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMF	UG 23	Nachhaltige Finanzierbarkeit des Beamtenpensionssystems	Einhaltung des Bundesfinanzrahmens in der UG 23		264
		Angemessene Altersversorgung und finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit der Beamtinnen und Beamten im Ruhestand	Die Mittel für die Auszahlung werden rechtzeitig bereitgestellt		265
			Die Mittel für die Auszahlung werden in voller Höhe bereitgestellt		265
	UG 44	Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen	Gesamtstaatliches strukturelles Defizit		271
			Staatsschuldenquote		271
			Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit		271
		Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots in den Ländern 	Kinderbetreuungsquoten für unter 3-jährige Kinder		273
			Anteil der unter 3-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen		274
			Anteil der 3–6-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen		274
		Sicherstellung einer möglichst getreuen, vollständigen und einheitlichen Darstellung der finanziellen Lage	Anzahl der zwischen den Gebietskörperschaften inhaltlich harmonisierten Kontenbeschreibungen		276
		Erreichung eines einfachen, transparenten und aufgabenorientierten Finanzausgleichs	Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit		278
	UG 45	Sicherung der Stabilität der Euro-Zone	Zusätzliche Kapitalabrufe		282
		Verringerung des unternehmerischen Risikos bei Exportgeschäften und bei Investitionen	Haftungsübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten		283
			Anzahl der Geschäfte die aus dem Soft Loan Gesamtportfolio unterstützt werden		284
		Anhebung des Frauenanteils in Aufsichtsräten von BMF Unternehmensbeteiligungen 	Frauenanteil in den Aufsichtsgremien von BMF Unternehmensbeteiligungen		285

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMF	UG 45	Erhaltung und graduelle weitere Verbesserung der hohen Qualität der Leistungen und der Effizienz der IFIs und der Qualität der ODA 	Operationelle Qualität der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/IDA		288
			Organisatorische Effizienz der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/IDA		288
			Operationelle Qualität der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der AfDB/AfDF		288
			Organisatorische Effizienz der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der AfDB/AfDF		289
			Gleichstellungsindikatoren der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der WB/IDA und AfDB/AfDF		289
	UG 46	Stabilisierung der Banken und des Finanzsektors sowie Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	Ausständiges Partizipationskapital in Euro		294
			Ausständiges Partizipationskapital in Prozent		294
		Abdeckung der Verwertungsverluste unter der Prämisse möglichst geringer Stützungserfordernisse seitens des Bundes bei Abbaueinheiten	Zahlungen des Bundes an Abbaueinheiten zur Abdeckung der Verwertungsverluste		296
	UG 51	Langfristige Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Bundes	Nicht durchgeführte Zahlungen		302
			Kontostand am Hauptkonto des Bundes		302
		Aufrechterhaltung der sehr hohen Kreditqualität der Kassenveranlagungen des Bundes.	Kapitalrückflüsse inklusive Zinsen		303
BMI	UG 58	Bereitstellung der erforderl. Finanzierungsmittel bei risikoaverser Grundausrichtung zu geringen mittel- bis langfr. Finanzierungskosten	Renditen der Republik Österreich für langfristige (ca. 10-jährige) staatliche Schuldverschreibungen		308
			Bereitstellungsgebühr für Kreditlinien bei Banken		310
		Langfristige Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Bundes			
	UG 11	Beibehaltung des hohen Niveaus der Inneren Sicherheit	Subjektives Sicherheitsgefühl		317
			Better Life Index – Kategorie Sicherheit		317
			Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden		317
		Sicherstellung einer nachhaltigen Bekämpfung der Kriminalität in Österreich	Gesamtkriminalität/100.000 EW		321
			Aufklärungsquote		321
			Vertrauen in die Polizei		321

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMI	UG 11	Verbesserter Schutz vor Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Minderjährige 	Wirksamkeit Betretungsverbot		325
			Gewaltdelikte (Täter-Opfer Beziehung) /100.000 EW		325
			Aufklärungsquote Gewaltdelikte		321
		Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Organisation und der Produktivität des BMI	Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BMI (Frauen)		328
			Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BMI (Männer)		328
			Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BMI		328
			Direktleistungen für Bürgerinnen und Bürger		328
			Frauenanteil in der Sicherheitsexekutive		329
	UG 18	Geordneter, rechtsstaatlicher Vollzug und qualitativ hochwertiges Management in den Bereichen Asyl, Fremdenwesen und der legalen Migration	Anzahl der gesamten Außerlandesbringungen	Aufgrund der geänderten Budgetstruktur wird das vormalige Wirkungsziel Nr. 4 der UG 11 nunmehr bei der UG 18 ausgewiesen.	335
			Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an der Gesamtzuwanderung nach Österreich		335
BMLV	UG 14	Gewährleistung der staatlichen Souveränität	Bereitgestellte Reaktionskräfte für Einsätze und Unterstützungsleistungen des ÖBH		342
			Geschützte Mobilität bei der Jägertruppe		342
			Bereitgestellte Milizeinheiten zum Schutz kritischer Infrastruktur		342
		Inlandseinsätze und Katastrophenhilfe	Bereitstellung militärischer Kräfte mit 24-stündiger Marschbereitschaft		344
			Kräfte für Katastrophenhilfeeinsätze sowie Unterstützungsleistungen (z. B. im Rahmen der Flüchtlingskrise) im Inland		344
		Internationale Friedenssicherung und humanitäre Hilfe	Einsatz von Kräften im Ausland		346
			Bereitgestellte Kräfte für das internationale Krisenmanagement		346
			Bereitstellung von Expertinnen und Experten für internationale Einsätze		346
		Attraktiver Dienstgeber für Frauen und Männer 	Freiwillige Meldung von Männern und Frauen für die Kaderanwärterausbildung		349
			Evaluierung von internationalen militärischen Organisationselementen		349
			Steigerungsrate bei den Soldatinnen im Österreichischen Bundesheer		349
			Grad der Zufriedenheit der Grundwehrdiener		349

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMNT	UG 42	Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und der Lebensräume vor den Naturgefahren Hochwasser, Lawinen, Muren, Steinschlag und Hangrutschungen	Deckungsgrad der aktuellen Gefahrenzonenpläne und Abflussuntersuchungen		357
			Anteil der Schutzwälder mit ausreichend hoher Schutzwirkung		357
			Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Wasser		357
			Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Feststoffe (Geschiebe, Holz, Schnee, Fels und Rutschungsmasse)		357
			Jährlich hochwasserfreigestellte Gebäude seit dem Jahr 2013 mit einem Mindestschutz vor einhundert-jährlichem Hochwasser		358
		Nachhaltige Entwicklung eines vitalen ländlichen Raumes	Produktionswert der Landwirtschaft		361
			Entwicklung der Agrarausfuhren		361
			Entwicklung der Biodiversitätsflächen in der landwirtschaftlich genutzten Fläche		361
			Anteil der Betriebe mit Betriebssitz im Berggebiet an den landwirtschaftlichen Betrieben mit flächen- und/oder tierbezogenen Förderanträgen		362
		Nachhaltige Sicherung der Wasserressourcen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch und Natur	Konzentrationsänderung ausgewählter chemischer Stoffe in Oberflächengewässern		364
			Einhaltung der Qualitätsziele für Nitrat und Pestizide im Grundwasser		364
			Summe der hydromorphologisch sanierten Gewässerabschnitte		364
		Nachhaltige Stärkung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Lebensraumes Wald	Mobilisierte Holzmenge unter nachhaltigen Rahmenbedingungen (§ 1 FG)		367
			Von holz- und rindenbrütenden Käfern betroffene Gesamtfläche		367
			Jährliche Netto-Speicherung von CO ₂ -Äquivalenten in Holzprodukten aus heim. Einschlag und Produktion		368
		Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Schülerinnen und Schülern in den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen 	Anteil der weiblichen Schülerinnen an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen		371
			Anteil der männlichen Schüler an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen		371
			Anteil der weiblichen Maturantinnen an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen		371
			Anteil der männlichen Maturanten an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen		371

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMNT	UG 42	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	Unternehmensdemographie: Stabilisieren und Steigern des in den letzten Jahren schwankenden Unternehmensgründungsniveaus	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 40 und der UG 42 ausgewiesen.	374
			Unternehmensdemographie: Überlebensrate von Unternehmen (bezogen auf drei Jahre nach Neugründung)		374
			Reduktion der Abhängigkeit von den drei größten Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich, Niederlande)		374
		Das Bundeskanzleramt als inhaltlicher Impulsgeber, Koordinator und Brückenbauer. 	Steigerungsrate bei Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank (pro Jahr)	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 42 ausgewiesen.	378
			Durchlaufzeitraum von der Erstellung (ab finalem Datenstand) bis zur Übermittlung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission		378
			Anteil an EPSA-Auszeichnungen an österreichische Verwaltungseinrichtungen		378
	UG 43	Stärkung der Umwelttechnologien, green jobs und der ökologischen Beschaffung zur Steigerung der Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum	Umsatz österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunternehmen		388
			Umweltbeschäftigte		388
			Export von Umwelttechnologien		388
			Berücksichtigung der Kriterien des Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung (naBe) in Verträgen der Bundesbeschaffung GmbH (BBG)		389
		Klimaschutz: Weniger Treibhausgase, mehr erneuerbare Energie und Stärkung der Rolle der Frau im Klimaschutz 	Treibhausgase (THG) gemäß THG-Emissionsinventur für den Nicht-Emissionshandelsbereich		391
			Umgesetzte betriebliche, private und kommunale klima- und energierelevante Projekte (UFI, KLI.EN)		391
			Kraftfahrzeuge mit alternativen Antrieben		391
			Projekte zur Stärkung der Rolle der Frau im Klimaschutz		392
		Erhaltung und Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität und Biodiversität	Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub		394
			Biodiversität: geschützte Flächen		394
			Organisationen, die Umweltmanagementsysteme eingerichtet haben		394
			Einwohnerinnen und Einwohner, die durch Verkehrslärm einem 24 h Durchschnittslärmpegel ausgesetzt sind		394

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMNT	UG 43	Nachhaltige Nutzung von Ressourcen und Sekundärrohstoffen, Entkoppelung des Anteils an zu beseitigenden Abfällen vom Wirtschaftswachstum	Ressourcenproduktivität		398
			Anzahl der Proben zum Gehalt bedenklicher Chemikalien in Produkten		398
			Anteil von auf Deponien beseitigten Abfällen (ohne Bodenaushub) am Gesamtabfall		398
			Sanierte Altlasten		399
			Organisationen, die Umweltmanagementsysteme eingerichtet haben		399
		Sicherung der Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser und der umweltgerechten Entsorgung der Abwässer	An die öffentliche Wasserversorgung angeschlossene Einwohnerinnen und Einwohner		402
			An die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossene Einwohnerinnen und Einwohner		402
			Abwasserreinigungsleistung Stickstoffentfernung		402
			Abwasserreinigungsleistung Phosphorentfernung		402
			Erhobene Leitungslängen Wasserleitung und Kanal inklusive Leitungszustand		402
		Stärkung der Versorgungssicherheit und Entwicklung der Ressourceneffizienz bei Energie und mineralischen Rohstoffen	Erreichung des Energieverbrauchsziels gemäß EEEffG	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird das vormalige Wirkungsziel Nr. 4 der UG 40 nunmehr bei der UG 43 ausgewiesen	405
			Erhöhung des Anteiles erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch mit dem Zielwert 34% im Jahr 2020		405
BMöDS	UG 17	Förderung von Breiten- und Spitzensport 	Internationale Topplatzierungen von österreichischen Sportlerinnen und Sportlern	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird das vormalige Wirkungsziel Nr. 5 der UG 14 nunmehr bei der UG 17 ausgewiesen.	411
			Bewegungseinheiten in Kindergärten und Volksschulen		411
		Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung, Politik und Unternehmen	Verwaltungseinrichtungen mit gültigem CAF-Gütesiegel	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 40 ausgewiesen.	414
			Rasche Beantwortung von BürgerInnenanfragen aller Art durch das BürgerInnenservice		414
			Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB)		414
			Nutzung der Handy-Signatur durch BürgerInnen		414
			Nutzung der elektronischen Informationsservices der Statistik Austria		415
		Das Bundeskanzleramt als inhaltlicher Impulsgeber, Koordinator und Brückenbauer. 	Steigerungsrate bei Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank (pro Jahr)	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 42 ausgewiesen.	418
			Durchlaufzeitraum von der Erstellung (ab finalem Datenstand) bis zur Übermittlung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission		418
			Anteil an EPSA-Auszeichnungen an österreichische Verwaltungseinrichtungen		418

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMVIT	UG 34	Steigerung der FTI-Intensität des Unternehmenssektors	Unternehmen im Sektor Forschung und Entwicklung (F&E)		425
			VZÄ in F&E (Unternehmenssektor)		425
			Wissensintensität Wirtschaft		425
BMVIT	UG 34	Entwicklung von Technologien für eine moderne, effiziente, leistungsfähige und sichere Infrastruktur	VZÄ im kooperativen Bereich des Unternehmenssektors		427
			Patenterteilungen		428
		Gleichstellung im FTI-Sektor 	Anteil weibl. Beschäftigte in F&E		430
	Entwicklung der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor		430		
	UG 41	Verbesserung der Verkehrssicherheit	Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden		436
			Durchzuführende Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung		437
		Sicherung der Mobilität v. Menschen, Gütern u. Informationen unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer u. wirtschaftl. Nachhaltigkeit	Anteil schadstoffarmer Lastkraftwagen (LKW) an der Gesamtfahrleistung		439
			Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-Personenverkehr (PV) AG		439
		Sicherstellung der Gendergerechtigkeit in der Mobilität u. eines gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu allen Verkehrsdienstleistungen 	Durchgeführte Genderanalysen		441
BMVRDJ	UG 13	Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens	Verurteilungsquote Österreichs beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Zivil-und Strafsachen		447
			Verhältnis der Eingewiesenen zu den Entlassenen in bzw. aus eine/r Betreuungsmaßnahme gemäß §21 Abs. 2 StGB		447
			Messung der tatsächlichen Anhaltezeit in einer Maßnahme		447
			Anzahl der in Justizkooperationsprojekte eingebrachten Expertentage		447
			Vernehmungen mit Beiziehung eines „Verteidigers in Bereitschaft“		447

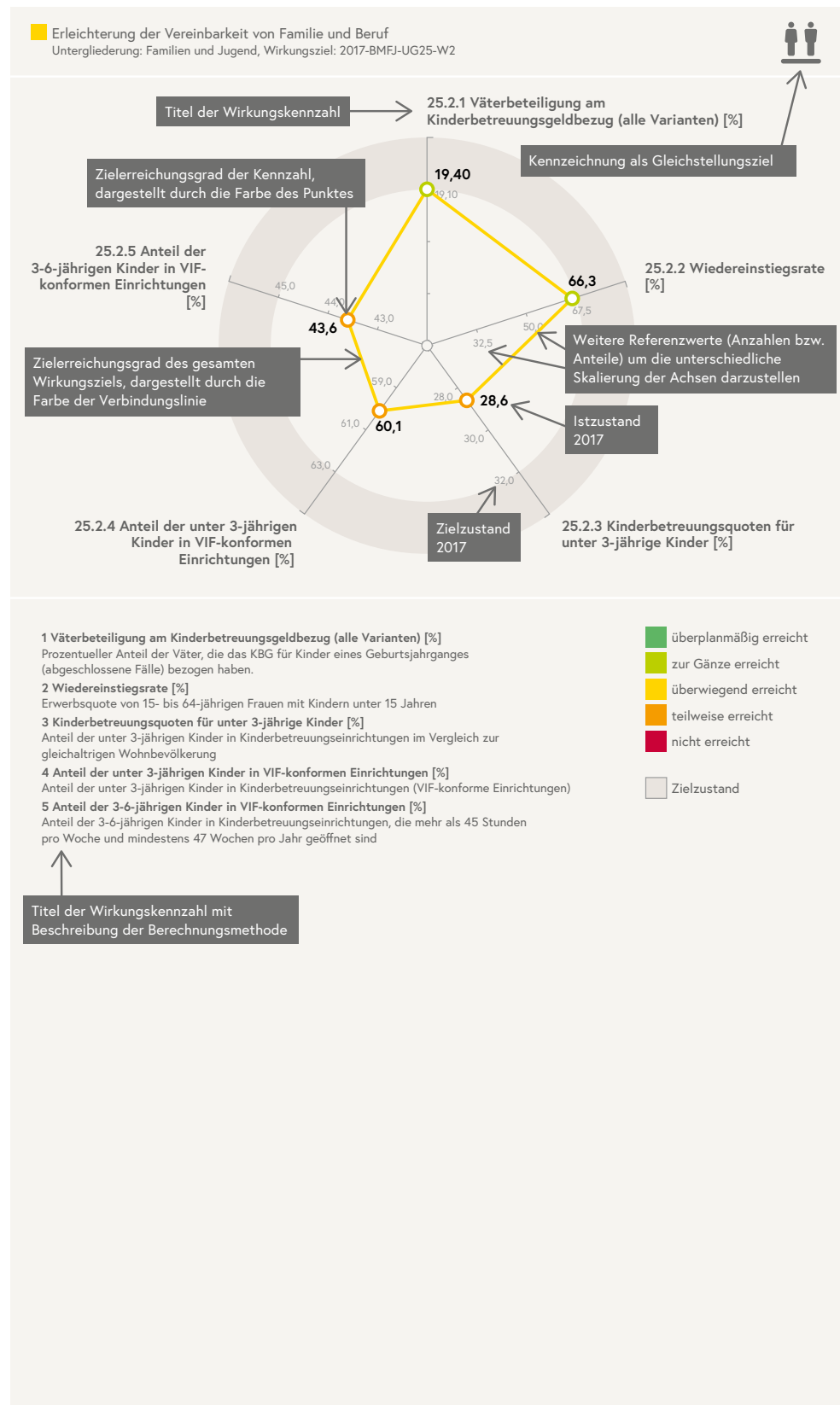
Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
BMVRDJ	UG 13	Zugang zum Recht	Verhältnis von Gerichtsgebäuden mit zentraler erster Anlaufstelle für Informationen („Servicecenter“)		450
			Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter im Strafprozess in die gängigsten Fremdsprachen		450
			Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter im Zivilprozess in die gängigsten Fremdsprachen		450
		Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer	Position Österreichs im europäischen Vergleich der Verfahrensdauer „streitiger Scheidungssachen“		453
			Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge		453
			Die von Gerichtssachverständigen und -dolmetscher/innen im elektronischen Weg eingebrachten Dokumente		453
			Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen		453
		Moderne Justizverwaltung	Verfahrensdauer in den Bereichen Obsorge und Besuchsrecht an Standorten mit Familiengerichtshilfe		455
			Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen		455
			Bezirksgerichte mit weniger als 4 Richterinnen;- Vollzeitäquivalenten		455
			Bundesweit im Bereich der Justiz eingerichteten Teamassistenzen		455
		Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug 	Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen		458
			Beschäftigungsdauer männliche Strafhäftlinge		458
			Beschäftigungsdauer weibliche Strafhäftlinge		458
			Zertifizierte Ausbildungskurse für männliche Insassen		458
			Zertifizierte Ausbildungskurse für weibliche Insassen		458
		Das Ressort Bundeskanzleramt als Garant und Weiterentwickler der Rechtsstaatlichkeit	Anteil der Berichtigungen der Entscheidungen im Bundesverwaltungsgericht	Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10 und der UG 13 ausgewiesen.	461
			Hoher Anteil erfolgreich abgeschlossener Prüfverfahren gemäß § 30 Datenschutzgesetz 2000		461
			Zugriffszahlen auf Dokumente im Rechtssystem des Bundes (RIS)		461
			Aufkommen an Beratungen betreffend den erweiterten Kompetenzbereich der Gleichbehandlungsanwaltschaft		461

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
Parl	UG 02	Sicherung der hohen Servicequalität für MandatarInnen und Klubs zur Schaffung von Gestaltungsräumen im parlamentarischen Verfahren	Zufriedenheit mit den Serviceleistungen der Parlamentsdirektion		467
			Informationsbereitstellung: Portalverfügbarkeit www.parlament.gv.at		467
		Kompetenz- und Kommunikationszentrum für Parlamentarismus und Demokratie für die interessierte Öffentlichkeit	Anzahl der externen Zugriffe auf die Homepage des Parlaments		469
			Jugendliche TeilnehmerInnen an der Demokratiewerkstatt		469
			Wissenschaftliche Veranstaltungen/Projekte/Publicationen in der Wissenschaftsgemeinde		469
Parl	UG 02	Bewusstseinsbildung für die Bedeutung der Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterdemokratie 	Anteil der weiblichen jugendlichen Teilnehmerinnen an der Demokratiewerkstatt		470
			Veranstaltungen mit genderspezifischen Bezug		471
			Genderspezifische Artikel in der "Demokratiewerkstatt aktuell"		472
		Europäisierung des österreichischen Parlaments und Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb der Union	Anteil der weiblichen Referentinnen und Expertinnen bei Veranstaltungen		472
			Zeitspanne bis zur Verfügbarkeit von EU-Ratsdokumenten		474
PrK	UG 01	Unterstützung / Sensibilisierung für die Bedeutung demokratischer Prozesse, sozialer Ausgewogenheit und Gleichstellung von Frauen und Männern 	Organisation von/Teilnahme an EU-Konferenzen		474
			Veranstaltungen (Sensibilisierung Demokratie&Gleichstellung)		478
		Unterstützung bei der Vertretung der Republik nach außen durch internationale Begegnungen und Kontakte auf hoher staatlicher Ebene	Internationale Begegnungen des Bundespräsidenten		479

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
RH	UG 06	Wirkungsvolle Beratung des Nationalrates und der Landtage durch den Rechnungshof auf Basis von Gebarungüberprüfungen zur Umsetzung von Reformen	Zufriedenheit der Abgeordneten des NR und der LT mit der Beratungsleistung, Aktualität der Themen und Verständlichkeit der Berichte		486
			Bezugnahmen von Abgeordneten des NR auf den RH		486
			In RH-Ausschüssen behandelte Querschnittsprüfungen		486
			Durchgeführte Follow-up-Überprüfungen		487
		Schaffung von Transparenz über den Einsatz öffentlicher Mittel und die finanzielle Nachhaltigkeit des Gesamtstaates	Einladung des Rechnungshofs zu Ausschüssen der Allgemeinen Vertretungskörper		490
			Pressemeldungen über den Rechnungshof (Printmedien, Onlinemedien und elektronische Medien)		490
			Durchgeführte Workshops mit Abgeordneten des Nationalrates zum Bundesrechnungsabschluss		490
		Schaffung von Transparenz bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sowie bei der Diversität 	Empfehlungen mit Gleichstellungsaspekten		492
			Empfehlungen mit Diversitätsaspekt		492
RH	UG 06	Wirksame öffentliche Finanzkontrolle durch Stärkung der Kooperation mit anderen Kontrollinstitutionen	Doppelprüfungen von Rechnungshof und Landesrechnungshöfen		495
			Veranstaltungen zum Wissensaustausch mit anderen Kontrollinstitutionen betreffend die Prüfungsmethodik		495
			Teilnahme des RH an INTOSAI-Veranstaltungen		495
VfGH	UG 03	Gewährleistung der Verfassungsmäßigkeit des staatlichen Handelns	Verfahrensdauer		501
			Relation der erledigten zu den eingegangenen Fällen		502
			Anteil der Berichtigungen		502
		Stärkung des Bewusstseins für die besondere rechtsstaatliche Bedeutung des Verfassungsgerichtshofs	Zugriffe auf die Homepage		505
			Kommunikation des Pressesprechers über Twitter		505
			Kontakte mit ausländischen Verfassungsgerichten und Internationalen Institutionen		505
			Tag der offenen Tür		506
			Kontakte mit inländischen Institutionen		506
		Umfassende Modernisierung des Verfassungsgerichtshofs	Vollelektronische interne Aktenbearbeitung		508
			AbsolventInnen Ausbildungsprogramm		509
			Vollelektronische Einbringung von Anfragen und Anliegen		509

Ressort	UG	Wirkungsziel	Kennzahl	Kommentar	Seite
VfGH	UG 03	Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern 	Steigerung der Telearbeitsplätze unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien (weiblich)		512
			Steigerung der Telearbeitsplätze unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien (männlich)		512
			Telearbeitsplätze		512
			Steigerung der Anzahl der Telearbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (weiblich)		513
			Steigerung der Anzahl der Telearbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (männlich)		513
			Telearbeitsstunden		513
VwGH	UG 04	Steigerung der Effizienz des Rechtsschutzes	Reduktion der Zahl der länger als 1 Jahr anhängigen Verfahren		518
			Reduktion der Zahl der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei		518
		Erleichterung der Kommunikation der Verfahrensparteien mit dem Verwaltungsgerichtshof	Anteil der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen		519
			Judikaturdokumentation		520
		Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern 	Telearbeitsplätze		522
			Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen (weiblich)		522
			Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen (männlich)		522
VA	UG 05	Annäherung an eine ausgewogene gendergemäße Verteilung zwischen Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführern 	Anteil der von Frauen eingebrachten Beschwerden am gesamten Beschwerdeaufkommen im Jahr 2017		528
		Intensivierung der unabhängigen Verwaltungskontrolle im internationalen Bereich	IOI Mitglieder		531
		Sicherstellung eines wirksamen und unabhängigen Überwachungs- und Präventionsmechanismus	Leistungsprozesse		533
		Beibehaltung der hohen Qualität der Prüftätigkeit der Volksanwaltschaft sowie des formlosen, kostenlosen und einfachen Zugangs zur VA	Persönliche und/oder telefonische Kontakte durch den eigens eingerichteten Auskunftsdienst der Volksanwaltschaft		536

3.3 Lesehilfe und Legende

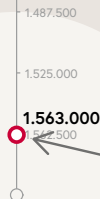


Erhöhung der ökonomischen und gesellschaftlichen Beteiligung der Europa 2020 Zielgruppe
 Untergliederung: Soziales und Konsumentenschutz, Wirkungsziel: 2017-BMASK-UG21-W5

Zielerreichungsgrad des gesamten Wirkungsziels (Darstellung bei einachsigen Charts). Diese kann von der Zielerreichung der Kennzahl (Farbe des Punktes) auch bei einachsigen Charts abweichen (aufgrund von zusätzlichen Erkenntnissen, die das Ressort / oberste Organ in seine Beurteilung einfließen lässt).

21.5.1 Armutsgefährdete, erwerbslose und materiell besonders benachteiligte Menschen ("Deprivierte") [Anzahl]

Titel der Wirkungskennzahl



Zielerreichungsgrad der Kennzahl, dargestellt durch die Farbe des Punktes

1 Armutsgefährdete, Erwerbslose, materiell besonders benachteiligte Menschen „Deprivierte“ [Anzahl]
 Anzahl Armutsgefährdete, Erwerbslose und materiell besonders benachteiligte Menschen ("Deprivierte"), EU-2020-Zielgruppe



Bundeskanzleramt

UG 10

Bundeskanzleramt

Leitbild der Untergliederung

Als Bindeglied zwischen den Gebietskörperschaften, dem Parlament und den Bundesverwaltungsstellen schafft das Bundeskanzleramt den Rahmen für eine aktive Regierungspolitik. Aufgrund seiner Koordinationsfunktion leistet es einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der europäischen Zukunft. Es ist zuständig für die staatliche Verfassung, vertritt die Republik Österreich vor Gerichtshöfen und sichert die Rechtsstaatlichkeit insbesondere durch das Bundesverwaltungsgericht, die Datenschutzbehörde und die Gleichbehandlungsanwaltschaft. Das Bundeskanzleramt agiert als Reformmotor und Informationsdrehscheibe sowohl für die BürgerInnen und Unternehmen als auch für die öffentliche Verwaltung Österreichs auf Basis der ständigen Weiterentwicklung von (elektronischen) Verwaltungsservices. Es trägt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen einer effektiven und effizienten Verwaltung, insbesondere in Bezug auf Personal und Steuerung. Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie die Gestaltung von Rahmenbedingungen zur Förderung von Diversität sind dem Bundeskanzleramt sowohl ein Auftrag als auch ein Anliegen. Wir tragen weiters die Verantwortung für die Koordination der frauen- und gleichstellungspolitischen Strategien der Bundesregierung.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Sowohl die Kennzahlenergebnisse auf Ebene der Wirkungsziele als auch die Ergebnisse der Globalbudgetmaßnahmen sprechen für eine positive Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung 10. Die inhaltliche Ausrichtung der Wirkungsziele deckt viele politisch-strategische Schwerpunktsetzungen ab, die im Jahr 2017 für das Bundeskanzleramt auf Grund des damals gültigen Regierungsprogramms bzw. des Strategieberichts zum Bundesfinanzrahmengesetz 2017–2020 relevant waren. Weiterführende Informationen können den Gesamtbeurteilungen der jeweiligen Wirkungsziele entnommen werden.

Wirkungsziel Nr. 1

Das Bundeskanzleramt als attraktiver und moderner Dienstgeber. Angestrebte Wirkung: motiviertes, engagiertes und entsprechend der Aufgabenanforderungen qualifiziertes Personal in einem effizienten Organisationsrahmen – mit optimierten Geschäftsprozessen und Ressourceneinsatz – sicherstellen. Die Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie die Förderung der Diversität von den Bediensteten sind feste Bestandteile der Organisationskultur des Bundeskanzleramts



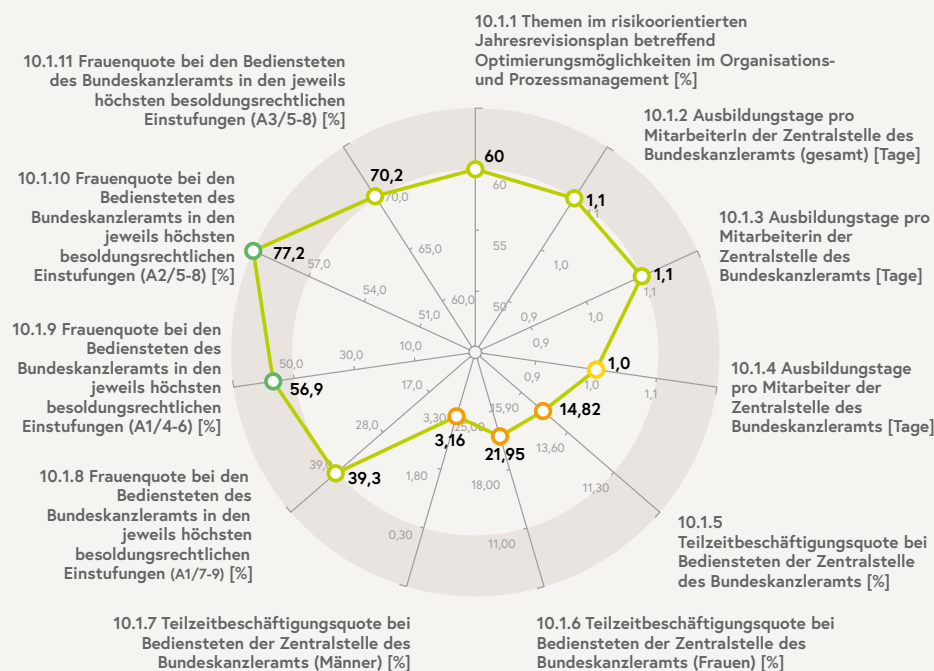
wirksamkeitsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Infolge des verhältnismäßig hohen Altersdurchschnitts beim Personal des Bundeskanzleramts und der restriktiven Personal- und Budgetpolitik des Bundes ist es nach wie vor geboten, den Organisationsrahmen im Bundeskanzleramt effizient zu gestalten und im Wettbewerb um die besten MitarbeiterInnen am Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben. Die Prüfungsschwerpunkte der Innenrevision des Bundeskanzleramts, im Hinblick auf Organisations- bzw. Prozessmanagement, sollen dazu beitragen, dass die Effizienz der Organisation stetig optimiert werden kann.

Ergebnis der Evaluierung

Bundeskanzleramt als attraktiver und moderner Dienstgeber
 Untergliederung: Bundeskanzleramt, Wirkungsziel: 2017-BKA-UG10-W1



- 1 Anteil an Themen im Rahmen des risikoorientierten Jahresrevisionsplans, welche auf Optimierungsmöglichkeiten im Organisations- bzw. Prozessmanagement abzielen [%]
 Prozentanteil der Themen im Jahresrevisionsplan der Innenrevision betreffend Optimierungsmöglichkeiten im Organisations- und Prozessmanagement
- 2 Ausbildungstage pro MitarbeiterIn der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [Tage]
 Durchschnittliche Anzahl an Ausbildungstagen pro MitarbeiterIn des Bundeskanzleramts pro Jahr
- 3 Ausbildungstage pro MitarbeiterIn der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [Tage]
 Durchschnittliche Anzahl an Ausbildungstagen pro MitarbeiterIn des Bundeskanzleramts pro Jahr
- 4 Ausbildungstage pro Mitarbeiter der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [Tage]
 Durchschnittliche Anzahl an Ausbildungstagen pro Mitarbeiter des Bundeskanzleramts pro Jahr
- 5 Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [%]
 Prozentueller Anteil der teilzeitbeschäftigten Bediensteten der Zentralstelle bezogen auf die Gesamtzahl der Bediensteten der Zentralstelle
- 6 Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts (Frauen) [%]
 Prozentueller Anteil der teilzeitbeschäftigten weibl. Bediensteten der Zentralstelle bezogen auf die Gesamtzahl der weibl. Bediensteten der Zentralstelle
- 7 Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts (Männer) [%]
 Prozentueller Anteil der teilzeitbeschäftigten männl. Bediensteten der Zentralstelle bezogen auf die Gesamtzahl der männl. Bediensteten der Zentralstelle
- 8 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A1/7-9) [%]
 Prozentueller Frauenanteil bei Bediensteten des Ressorts Bundeskanzleramt in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen
- 9 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A1/4-6) [%]
 Prozentueller Frauenanteil bei Bediensteten des Ressorts Bundeskanzleramt in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen
- 10 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A2/5-8) [%]
 Prozentueller Frauenanteil bei Bediensteten des Ressorts Bundeskanzleramt in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen
- 11 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A3/5-8) [%]
 Prozentueller Frauenanteil bei Bediensteten des Ressorts Bundeskanzleramt in den jeweils höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen

- überplanmäßig erreicht
- zur Gänze erreicht
- überwiegend erreicht
- teilweise erreicht
- nicht erreicht
- Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	50	60	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	60	60	
10.1.2	ZIEL	n. v.	n. v.	1,17	1,17	1,10	1,10
	IST	1,15	1,15	1,01	1,12	1,10	
10.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1,17	1,10	1,10
	IST	n. v.	1,23	1,08	1,29	1,10	
10.1.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1,17	1,10	1,10
	IST	n. v.	1,05	0,90	0,81	1,00	
10.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	11,42	11,42	11,30	n. v.
	IST	13,35	13,47	11,68	12,81	14,82	
10.1.6	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	11,12	11,00	n. v.
	IST	n. v.	13,24	11,37	n. v.	21,95	
10.1.7	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	0,30	0,30	n. v.
	IST	n. v.	0,23	0,31	n. v.	3,16	
10.1.8	ZIEL	n. v.	32,0	38,5	38,5	39,0	50,0
	IST	47,1	35,0	35,0	35,2	39,3	
10.1.9	ZIEL	n. v.	n. v.	49,0	49,0	50,0	50,0
	IST	51,8	50,8	50,8	58,3	56,9	
10.1.10	ZIEL	n. v.	n. v.	57,0	57,0	57,0	60,0
	IST	58,3	62,5	63,8	78,7	77,2	
10.1.11	ZIEL	n. v.	n. v.	70,5	70,5	70,0	70,0
	IST	71,1	68,3	71,7	67,9	70,2	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.1.1 Anteil an Themen im Rahmen des risikoorientierten Jahresrevisionsplans, welche auf Optimierungsmöglichkeiten im Organisations- bzw. Prozessmanagement abzielen [%]

Die positive Entwicklung der Kennzahl ist darauf zurückzuführen, dass die Innenrevision des Bundeskanzleramts die mit der Kennzahl verfolgte Zielsetzung sowohl bei der Erstellung des Jahresrevisionsplans als auch bei dessen Umsetzung stets mitberücksichtigte.

10.1.2 Ausbildungstage pro MitarbeiterIn der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [Tage]

Gegenüber dem Vorjahr (Ist-Wert 2016 gesamt = 1,12) konnte das Kennzahlenniveau annähernd gehalten werden. Auch das Geschlechterverhältnis bei der Inanspruchnahme von Aus- und Weiterbildungstagen kann als ausgewogen betrachtet werden. Für einen positiveren Kennzahlenverlauf wirkten sich der hohe Arbeitsanfall aufseiten der MitarbeiterInnen und die daraus resultierende knappe Zeit für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen hinderlich aus. Weitere Faktoren, die den Kennzahlenverlauf im Jahr 2017 beeinflusst haben, sind nicht bekannt.

Letztlich ist die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen aber von der Freiwilligkeit der MitarbeiterInnen abhängig. Es sollte nach Möglichkeit auf eine ausgewogene Arbeitsverteilung bzw. Arbeitseinteilung geachtet werden. Mittelfristig wird die Inanspruchnahme von drei bis vier Ausbildungstagen pro MitarbeiterIn und Jahr angestrebt.

10.1.3 Ausbildungstage pro Mitarbeiterin der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [Tage]

Erläuterung der Kennzahlenentwicklung, siehe Kennzahl 10.1.2.

10.1.4 Ausbildungstage pro Mitarbeiter der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [Tage]

Der Zielzustand betreffend männliche Bedienstete wurde knapp verfehlt und ist daher mit „überwiegend erreicht“ zu beurteilen. Diese Entwicklung zeigt Handlungsbedarf für die Zukunft auf, um männliche Bedienstete im Sinne der Gleichstellung verstärkt zur Aus- und Weiterbildung zu motivieren. Weiterführende Erläuterung der Kennzahlenentwicklung, siehe Kennzahl 10.1.2.

10.1.5 Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts [%]

Aufgrund der neuen politischen Schwerpunktsetzungen, welche sich insbesondere aus dem aktuellen Regierungsprogramm ergeben, rückt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Bedienstete des Bundeskanzleramts in den Fokus der Geschlechtergleichstellung. Ab dem Bundesvoranschlag 2018 wird dieser Schwerpunkt mit folgenden Wirkungsangaben verfolgt: Kennzahl zum Wirkungsziel 1 betreffend Teleworkingquote, Maßnahme auf Ebene des Globalbudgets 10.1 betreffend Audit berufundfamilie.

10.1.6 Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts (Frauen) [%]

Erläuterung der Kennzahlenentwicklung, siehe Kennzahl 10.1.5.

10.1.7 Teilzeitbeschäftigungsquote bei Bediensteten der Zentralstelle des Bundeskanzleramts (Männer) [%]

Erläuterung der Kennzahlenentwicklung, siehe Kennzahl 10.1.5.

10.1.8 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A1/7–9) [%]

Es handelt sich hierbei um eine Wirkungszielkennzahl, welche auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern abstellt. Die Besetzung der freien Planstellen mit neuen MitarbeiterInnen ergibt sich aus der Aufnahmepolitik des Bundeskanzleramts. Dabei wird die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern so weit als möglich berücksichtigt.

10.1.9 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A1/4–6) [%]

Es handelt sich hierbei um eine Wirkungszielkennzahl, welche auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern abstellt. Die Besetzung der freien Planstellen mit neuen MitarbeiterInnen ergibt sich aus der Aufnahmepolitik des Bundeskanzleramts. Im Sinne der Geschlechtergleichstellung hätte das Bundeskanzleramt bei Stellenausschreibungen in dieser Besoldungsgruppe bei gleicher Qualifikation männliche Bewerber bevorzugt aufzunehmen.

10.1.10 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A2/5–8) [%]

Erläuterung der Kennzahlenentwicklung, siehe Kennzahl 10.1.9.

10.1.11 Frauenquote bei den Bediensteten des Bundeskanzleramts in jenen höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen, wo Frauen unterrepräsentiert sind (A3/5–8) [%]

Erläuterung der Kennzahlenentwicklung, siehe Kennzahl 10.1.9.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Was den mit dem Wirkungsziel angestrebten effizienten Organisationsrahmen anbelangt, so führten die stärkere Fokussierung der Innenrevision auf Optimierungsmöglichkeiten im Organisations- und Prozessmanagement und die daraus resultierenden Empfehlungen bereits zu zahlreichen Verbesserungen und Synergieeffekten. Qualifiziertes Personal entsprechend der Aufgabenanforderungen soll auch in Zukunft und vor allem durch zielgerichtete Ausbildungsmaßnahmen sichergestellt werden. Es wird verstärkt darauf geachtet, dass diese im MitarbeiterInnengespräch festgelegt werden. Aber auch Potenzialanalysen mit abschließenden Analysegesprächen leisten einen Beitrag, dass

MitarbeiterInnen an zielgerichteten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen. Dabei wurde und wird besonders auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern geachtet. Diesbezügliche Kennzahlen wurden im von der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle (vormals BKA, nunmehr BMöDS) moderierten Prozess zur Gesamtkoordination Gleichstellung abgestimmt.

Obgleich im Jahr 2017 die Wirkungszielkennzahl 10.1.3 und die Maßnahme 1 des Globalbudgets 10.1 (=Potenzialanalysen) nur teilweise erreicht wurden, rechtfertigen überplanmäßige Beurteilungen bei der Wirkungszielkennzahl 10.1.4 die Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels mit „zur Gänze erreicht“.

Wirkungsziel Nr. 2

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 40 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0002.html

Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung, Politik und Unternehmen. Angestrebte Wirkung: hoher Nutzen der (elektronischen) Informations- und Serviceleistungen des Ressorts

Umfeld des Wirkungszieles

Wie bereits in den Jahren zuvor, war auch 2017 eine sehr hohe Nachfrage der BürgerInnen nach umfassender Information über Staat, Verwaltung und Regierungsarbeit zu verzeichnen. Es bleibt daher prioritäres Ziel des Bundeskanzleramts bzw. Bundespressediensts, diese Informationen schnell, aktuell und präzise bereitzustellen. Angesichts immer knapper werdender Budgetmittel und Personalressourcen wird in der Verwaltung der Trend zu Shared Services bestehen bleiben und die Servicefunktionen des Bundespressediensts im Bereich Foto- und Videoservice und Grafik sowie jene der Sektion III Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation (nunmehr BMöDS) z. B. im Bereich Aus- und Weiterbildung an der Verwaltungsakademie des Bundes weiterhin gut angenommen werden.

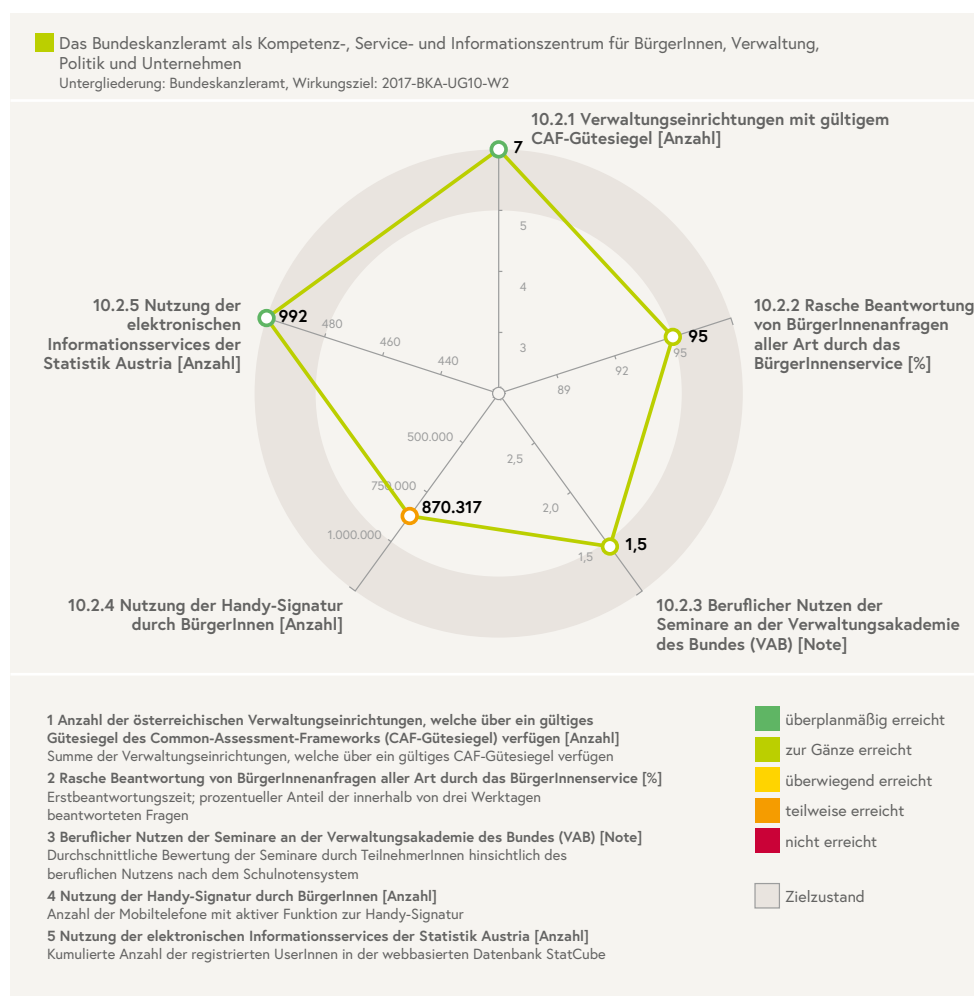
Laut dem jüngsten OECD-Bericht „Governance at a Glance 2017“ ist ein steiler Anstieg bei der Nutzung digitaler Verwaltungsservices innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten feststellbar. Im Jahr 2016 nutzten etwa 36 % der BürgerInnen in den OECD-Ländern die auf Internetseiten öffentlicher Verwaltungseinrichtungen abrufbaren Online-Formulare. Um diesem Trend zu begegnen, muss das Angebot digitaler Verwaltungsservices sukzessive erweitert und der Zugang für BürgerInnen vereinfacht werden. Vor diesem Hintergrund setzte das Bundeskanzleramt unter anderem die Content-Syndizierung bei Lebenssachverhalten auf der Internetseite help.gv.at erfolgreich um.

Qualitätsmanagement sichert zielorientiertes, effizientes und effektives Vorgehen in der Bundesverwaltung. Um erfolgreiches Arbeiten bei verändernden Rahmenbedingungen garantieren zu können, muss auch das Instrument des Qualitätsmanagements ständig weiterentwickelt werden. Um den dynamischen Umwelten gerecht werden zu können, erfolgte eine Spezifizierung des Qualitätsmanagementinstrumentes Common Assessment Framework (CAF): Im Zuge dieses Anpassungsprozesses wurde

nach dem Vorbild des „CAF-Wirkungsorientierung“ der „CAF-Diversität“ entwickelt. Darüber hinaus – wohl auch auf die eingangs beschriebenen Rahmenbedingungen zurückzuführen – ist ein verstärkter Trend innerhalb der österreichischen Verwaltung in Richtung neuer innovativer Denk- und Steuerungsansätze spürbar. Diese Entwicklung wurde beispielsweise durch die nachhaltige Verankerung der Konferenz zum Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor („Innovate“) als auch durch die Schaffung eines Innovationslabors („GovLabAustria“) aufgegriffen.

Es ist zu erwarten, dass die Datenbank STATCube der Statistik Austria hinsichtlich der Anzahl an NutzerInnen ihren Plafond erreicht hat. Die Rahmenbedingungen für weitere Entwicklungen zur Verbesserung des Angebots für NutzerInnen sind durch die Strategie 2020 der Bundesanstalt vorgegeben. Schwerpunkte werden in der Weiterentwicklung des grafischen und kartographischen Angebots und in der Entwicklung von Apps für mobile Geräte zur Darstellung statistischer Ergebnisse liegen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	4	4	5	7
	IST	4	4	5	8	7	
10.2.2	ZIEL	80	96	96	95	95	95
	IST	95	96	96	95	95	
10.2.3	ZIEL	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,5
	IST	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	
10.2.4	ZIEL	184.602	400.000	550.000	750.000	1.000.000	n. v.
	IST	251.440	440.971	586.097	735.051	870.317	
10.2.5	ZIEL	n. v.	n. v.	370	400	480	800
	IST	175	311	429	658	992	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.2.1 Anzahl der österreichischen Verwaltungseinrichtungen, welche über ein gültiges Gütesiegel des Common-Assessment-Frameworks (CAF-Gütesiegel) verfügen [Anzahl]

Die überplanmäßige Erreichung ist auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mehrerer CAF-AnwenderInnen-Organisationen aus dem Sozialbereich zurückzuführen, welche den Gütesiegelprozess gemeinsam durchführten. Vor dem Hintergrund der dreijährigen Gültigkeit des Gütesiegels wurde der Zielwert für das Jahr 2018 wiederum auf sieben gesetzt und soll mittelfristig einen Wert von zehn erreichen.

10.2.2 Rasche Beantwortung von BürgerInnenanfragen aller Art durch das BürgerInnenservice [%]

Dank der effizient gestalteten Leistungsprozesse des BürgerInnenservices gelang es, das hohe Volumen an Anfragen in der angestrebten Zeit zu beantworten.

10.2.3 Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) [Note]

Der für 2017 angestrebte Zielkorridor konnte nicht nur erreicht, sondern auf diesem hohen Niveau noch leicht verbessert werden, unter anderem auf Grund der großen Relevanz der Seminarinhalte für die Bundesbediensteten und der hohen Qualität der Seminarorganisation.

10.2.4 Nutzung der Handy-Signatur durch BürgerInnen [Anzahl]

Aufgrund der Nationalratswahlen 2017, des Regierungswechsels und der daraus resultierenden neuen kurzfristigen Schwerpunktsetzungen kam es zu einer Verzögerung der E-ID-Umsetzung (elektronische Identität). Diese Verzögerung war dafür ausschlaggebend, dass der Zielzustand nur teilweise erreicht werden konnte. Dennoch entwickelt sich

die Handy-Signatur positiv. Gerade die neu eingeführte Möglichkeit, Volksbegehren elektronisch zu unterstützen führte dazu, dass im Mai 2018 bereits über eine Million aktive Handy-Signaturen registriert waren. Die tendenzielle Dynamik scheint sich, wenn auch nicht auf dem zuletzt hohen Niveau, so aber grundsätzlich fortzusetzen. Es ist zu erwarten, dass die neue Online-Plattform oesterreich.gv.at mittelfristig einen Anstieg der UserInnenzahlen bewirken wird.

10.2.5 Nutzung der elektronischen Informationsservices der Statistik Austria [Anzahl]

Durch intensive Promotion der Datenbank, Erweiterungen des Datenangebots und Verbesserungen der Usability konnte der für 2017 angestrebte Zielzustand deutlich übertroffen werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

In einer Gesamtbetrachtung wurde das Wirkungsziel, ein Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung und Unternehmen anzubieten, in vollem Umfang erreicht. Die Serviceangebote entfalteten einen hohen Nutzen. So wurde beispielsweise das verwaltungsspezifische Qualitätsmanagementinstrument Common Assessment Framework (CAF) aktiv zur Weiterentwicklung der Verwaltungsorganisationen genutzt. Das CAF-Gütesiegel zur Zertifizierung des Prozesses wurde mit einem Ist-Wert von 7 gegenüber einem Zielwert von 5 in einem stärker als erwarteten Ausmaß von Organisationen angestrebt und auch erreicht. Weiters wurde die Bundesstrategie Wissensmanagement („Wissenssicherung bei Personalabgang“) über Netzwerktreffen und Schulungsangebote etabliert und das digitale Reporting im Rahmen der Wirkungsorientierung weiter professionalisiert. Im Bereich e-Government wurde die angestrebte Anzahl der für die Handy-Signatur freigeschalteten Mobiltelefone auf Grund leicht verzögerter Umsetzung der elektronischen Identität (e-ID) zwar knapp verfehlt. Allerdings lassen sowohl die 2017 geschaffene Online-Antragsmöglichkeit auf help.gv.at für Verwaltungsverfahren in den häufigsten Lebenssituationen als auch die bis Mai 2018 gestiegene Anzahl an Handy-Signatur-Freischaltungen auf eine positive Entwicklung dieses Bereichs schließen. Die Reichweite der Informationskampagne des Bundeskanzleramts sowie die hohe Auslastung des BürgerInnenservice zeigen, dass der Bundespressedienst dem Wirkungsziel nach umfassender Information der österreichischen Bevölkerung gerecht wird. Eine wertvolle Ergänzung zum bestehenden Informationsangebot des Bundeskanzleramts ist das hausintern produzierte Livestreaming von Pressekonferenzen des Bundeskanzlers, welches insbesondere von den MedienvertreterInnen gut angenommen wird. Die Ergebnisse aus den Feedbackgesprächen und andere Kontakte mit NutzerInnen zeichnen nach wie vor ein positives Bild über die Qualität der Daten von Statistik Austria. Der Statistik Austria ist es durch die nach wie vor intensive Promotion der Datenbank STATCube und deren Anreicherung um weitere Sachmaterien gelungen, erneut eine deutliche und in diesem Umfang nicht zu erwartende Steigerung bei der Nachfrage dieser Publikationsschiene zu erreichen.

Wirkungsziel Nr. 3

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 42 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0003.html

Das Bundeskanzleramt als inhaltlicher Impulsgeber, Koordinator und Brückenbauer. Angestrebte Wirkung: Koordination der Regierungs- und Europapolitik, Sicherstellung einer modernen und effizienten Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie diverser Menschen und Zielgruppen (= Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Förderung von Diversität)

Umfeld des Wirkungszieles

Eine proaktive, effiziente Vertretung der österreichischen Interessen erfordert eine verstärkte ressortübergreifende Koordination durch das Bundeskanzleramt sowie eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU-2020 Strategie und dem Nationalen Reformprogramm.

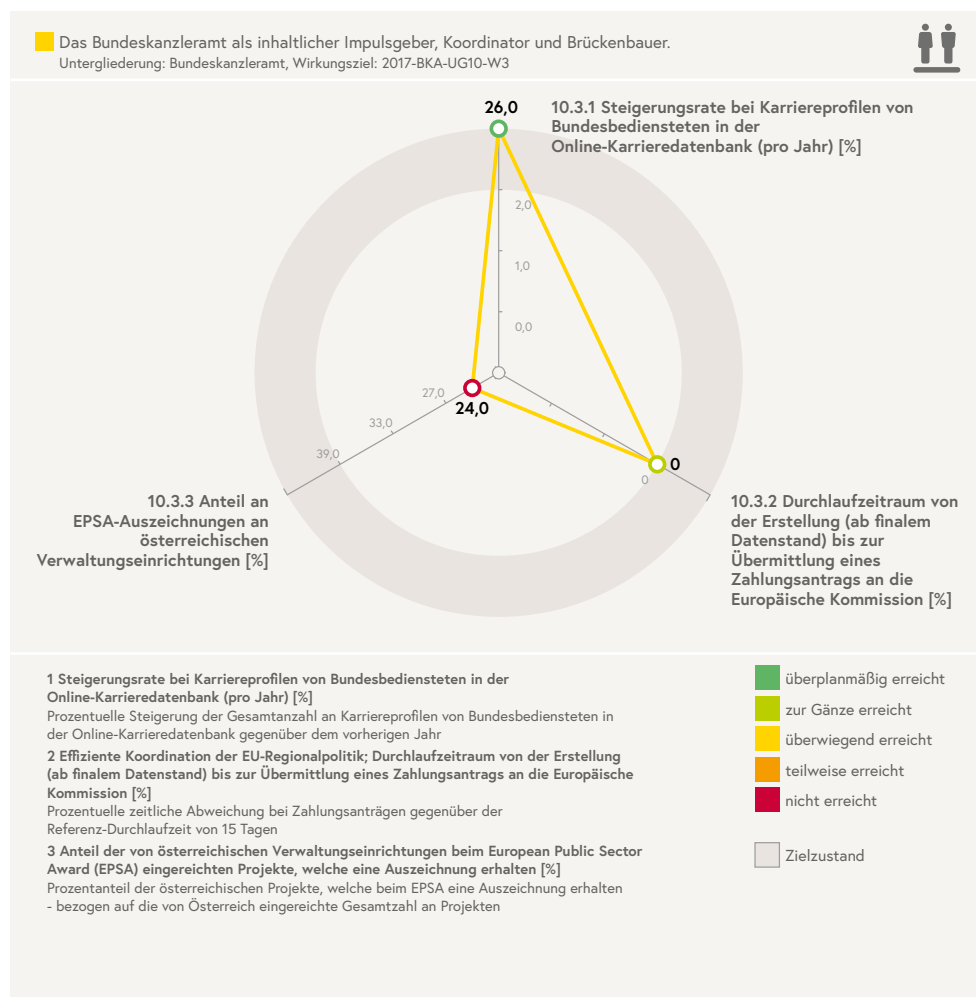
Die Jobbörse der Republik Österreich mit der Online-Karrieredatenbank wurde zur Erzielung von Synergieeffekten von Beginn an als Shared Service aufgebaut. Sie unterstützt die Ressorts umfassend im Recruitingprozess. Die Anzahl der Karriereprofile in der Jobbörse konnte weiter erhöht werden. Dies ist von hoher Bedeutung, um die Personalabgänge auf Grund der demografischen Struktur des Bundesdiensts durch Besetzungen mit geeigneten Bundesbediensteten entgegen wirken zu können. Im Fokus des Cross Mentoring Programms des Bundes stehen motivierte, an Karriere interessierte MitarbeiterInnen. Als Instrument der Personalentwicklung bietet es den TeilnehmerInnen die Möglichkeit, ihren Standort zu bestimmen, um sich anschließend im Sinne eines festzulegenden Ziels weiterzuentwickeln. Im Zeitraum 2005 bis Juni 2017 haben 1030 Mentorinnen/Mentoren und Mentees aus allen Bundesministerien und der Parlamentsdirektion am Programm teilgenommen.

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein in der österreichischen Bundesverfassung verankertes Ziel. Demgemäß sind über Jahre hinweg kontinuierliche Verbesserungen in Bezug auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern wahrnehmbar (Rückgang des Gender-Pay-Gaps von 21,8% im Jahr 2006 auf 15,9% im Jahr 2016; Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von 62,2% im Jahr 2006 auf 67,7% im Jahr 2016) – dieser Weg wurde auch im Jahr 2017 weiterverfolgt. Da es sich bei diesem Vorhaben um eine Querschnittsmaterie handelt, die sämtliche Politikbereiche umfasst, muss das gemeinsame Vorgehen aller Ministerien und oberster Organe durch das Bundeskanzleramt (2017) bzw. das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (ab 2018) koordiniert werden, um die Entwicklung voranzutreiben.

Auch bei knapper werdenden Ressourcen stellen Verwaltungspreise und die daran anschließenden Transferveranstaltungen ein kostengünstiges Instrument dar, um Innovationen vor den Vorhang zu holen und eine Übertragung der Ideen auf andere Verwaltungseinrichtungen zu ermöglichen. Eine proaktive, effiziente Vertretung der österreichischen Interessen erfordert eine verstärkte ressortübergreifende Koordination durch das Bundeskanzleramt sowie eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU-2020 Strategie und dem Nationalen Reformprogramm. Im Mittelpunkt der europäi-

schen Regionalpolitik standen die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Abschluss der Strukturfondsperiode 2007 – 2013 in Funktion der Bescheinigungsbehörde für die neun EFRE-Regionalprogramme und den drei grenzüberschreitenden Programmen AT-HU, AT-CZ, SK-AT, der Abschluss von Designierungsverfahren der Programmbehörden verschiedener EFRE-Programme sowie die Umsetzung des EFRE-Österreich-Programms 2014 – 2020 einschließlich der Vorbereitung und Durchführung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission. Zum Abschluss der Strukturfondsperiode 2007 – 2013 müssen auch die Prüfungen und Abschlussberichte der Prüfbehörde ordnungsgemäß und zeitgerecht erfolgen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2	2	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	1,5	34	26	
10.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	0	0	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	0	0	0	
10.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	39	n. v.
	IST	45	n. v.	39	n. v.	24	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.3.1 Steigerungsrate bei Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank (pro Jahr) [%]

Aufgrund der hohen Anzahl an Stellenausschreibungen wurden überdurchschnittlich viele Bedienstete motiviert, ein Karriereprofil anzulegen.

10.3.2 Effiziente Koordination der EU-Regionalpolitik; Durchlaufzeitraum von der Erstellung (ab finalem Datenstand) bis zur Übermittlung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission [%]

Trotz eines herausfordernden Umfelds, das durch überbordende administrative Anforderungen der Europäischen Kommission im Zuge des Designierungsverfahrens, wesentliche personelle Änderungen bei den Programmbehörden und Verschiebung von Kompetenzen für Kohäsionspolitik bzw. EFRE vom Bundeskanzleramt zum Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus auf Basis der BMG-Novelle 2017 gekennzeichnet waren, konnte 2017 die Designierungsprüfung für die Programmbehörden fristgerecht abgeschlossen, ein Zahlungsantrag eingebracht und somit das n+3 Ziel für 2017 erreicht werden.

10.3.3 Anteil der von österreichischen Verwaltungseinrichtungen beim European Public Sector Award (EPSA) eingereichten Projekte, welche eine Auszeichnung erhalten [%]

Generell ist anzumerken, dass sich die Entwicklung der Kennzahl als unzureichend stabil herausgestellt hat und nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächliche Qualität der Einreichungen zulässt. Für den BVA 2018 wurde die Berechnungsmethode der Kennzahl daher abgeändert. Hinsichtlich des Jahres 2017 ist zu vermerken, dass der Zielzustand auf Basis der Ergebnisse der Vergangenheit zu hoch angesetzt wurde. Eine qualitative Betrachtung des Abschneidens der österreichischen Verwaltung beim EPSA 2017 zeigt jedoch, dass diese sogar sehr gut war. Das Projekt „Open Heart“ der Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg erzielte einen Hauptpreis und das Projekt „Talents for Austria“ der Stadtgemeinde Trofaiach wurde ebenfalls für einen Preis nominiert. Der dennoch (im Vergleich zum Zielwert) niedrige Wert der Kennzahl ergibt sich lediglich aus der

erfreulich hohen Anzahl der österreichischen Einreichungen (die bei der Berechnung im Nenner stehen) sowie aus der Tatsache, dass im Jahr 2017 in Summe deutlich weniger Best-Practice-Zertifikate als 2015 vergeben wurden (34 gegenüber 64). Aus den genannten Gründen wird die Berechnungsmethode ab dem BVA 2018 adaptiert.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die ressortübergreifende Abstimmung von Strategien und Positionen in Zusammenhang mit der effektiven Vertretung der Interessen Österreichs in allen Politikbereichen wurde erfolgreich umgesetzt.

Durch die erfolgte Steigerung an Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank werden die für die Personaleinstellung zuständigen Bediensteten weiter unterstützt, die freien Stellen mit Personen zu besetzen, welche bereits Erfahrung im Bundesdienst gesammelt haben.

Die zentrale Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Rahmen der Wirkungsorientierung erfolgt gemäß Bundesministeriengesetz durch die ressortübergreifende Wirkungscontrollingstelle des Bundes im Bundeskanzleramt (2017) bzw. im Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (ab 2018). In einem horizontal-partizipativen Prozess wurde durch die Nutzung von Themenclustern (Arbeitsmarkt und Bildung, Entscheidungspositionen und -prozesse, Infrastruktur und Umwelt, Familie und Beruf, Schutz vor Gewalt, Gesundheit sowie Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung) und durch Metaindikatoren (wie dem Gender Pay Gap, dem Beschäftigungsausmaß oder dem relativen Anteil von Frauen in Aufsichtsgremien an denen der Bund mit 50 Prozent und mehr beteiligt ist etc.) Weiterentwicklungen sowohl initiiert als auch gemessen und berichtet. Dieser österreichische Weg wurde im vergangenen Jahr auf internationaler Ebene mehrmals als Best Practice Beispiel (IWF, OECD) angeführt (siehe unter anderem <http://www.oecd.org/gender/governance/toolkit/government/assessment-of-gender-impact/normative-frameworks/>). Auf die inhaltlichen Schwerpunkte und Fortschritte im Rahmen dieses Koordinierungsprozesses wird im Kapitel zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern dieses Berichts näher eingegangen.

Die Rolle als Impulsgeber für eine moderne und effiziente Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Chancengleichheit wird auch durch die Auswahl der Kategorien für den Österreichischen Verwaltungspreis wahrgenommen. Neben Themen wie moderne Führung und Steuerung, innovatives Service Design und Kooperation wird auf die Aspekte Gleichstellung, Diversität und Integration besonders Wert gelegt. Für einen nachhaltigen Austausch sorgt auch die Projektdatenbank www.verwaltungspreis.gv.at, die inzwischen über 400 Projekteinträge umfasst.

Durch die Organisation des österreichischen Verwaltungspreises und die Unterstützung beim europäischen Verwaltungspreis EPSA (European Public Sector Award) sowie beim internationalen Wettbewerb UNPSA (United Nations Public Service Award) wird Austausch und Vernetzung in Lernplattformen gefördert und die Übertragung gelungener Projekte unterstützt. Die Tatsache, dass beim EPSA ein österreichisches Projekt einen

der drei Hauptpreise gewann, ein weiteres Projekt für einen Preis nominiert wurde und drei Best Practice-Zertifikate erreicht wurden, ist Beleg für die hohe Innovationskraft der österreichischen Verwaltung – auch im europäischen Vergleich.

Eine effiziente Koordination der europäischen Regionalpolitik wurde insbesondere über die Reform des Verwaltungs- und Kontrollsystems für das EFRE-Regionalprogramm Österreich 2014 – 2020 erreicht. Auch die Jahresberichte 2016 über die Prüftätigkeit ergingen fristgerecht an die Europäische Kommission. Was den Meilenstein „Durchführung der Designierungsprüfungen“ zur Maßnahme „Ex-Post-Prüftätigkeit im Rahmen der Abwicklung des EFRE“ auf Ebene des Globalbudgets 10.03 anbelangt, so wurden alle wesentlichen Programme, bei denen finanzielle Verluste im Fall von Verzögerungen gedroht hätten, zeitgerecht geprüft und designed, so dass Zahlungsanträge an die Europäische Union gestellt werden können.

Das Wirkungsziel wird gesamthaft mit „überwiegend erreicht“ beurteilt, weil der infolge externer Faktoren nicht erreichten Wirkungszielkennzahl betreffend Verwaltungspreisverleihungen EPSA (Kennzahl 10.3.3) und der überwiegend erreichten Maßnahme betreffend EFRE-Ex-Post-Prüftätigkeit (Maßnahme 2, Globalbudget 10.03) die überplanmäßig bzw. zur Gänze erreichten Wirkungszielkennzahlen 10.3.1 und 10.3.2 sowie die zur Gänze erreichten Maßnahmen betreffend Diversity-Atlas (Maßnahme 4, Globalbudget 10.01) und betreffend EFRE-Zahlungsanträge (Maßnahme 1, Globalbudget 10.03) gegenüberstehen.

Wirkungsziel Nr. 4

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10 und der UG 13 ausgewiesen.

Das Ressort Bundeskanzleramt als Garant und Weiterentwickler der Rechtsstaatlichkeit. Angestrebte Wirkung: hoher Nutzen der Rechtsberatung und -vertretung, der Legistik sowie der Dokumentation des Rechts; standardisierte und qualitätsgesicherte Abläufe in Verfahren der Datenschutzbehörde und in Rechtsmittelverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht; verbesserter Zugang zum Gleichbehandlungsrecht



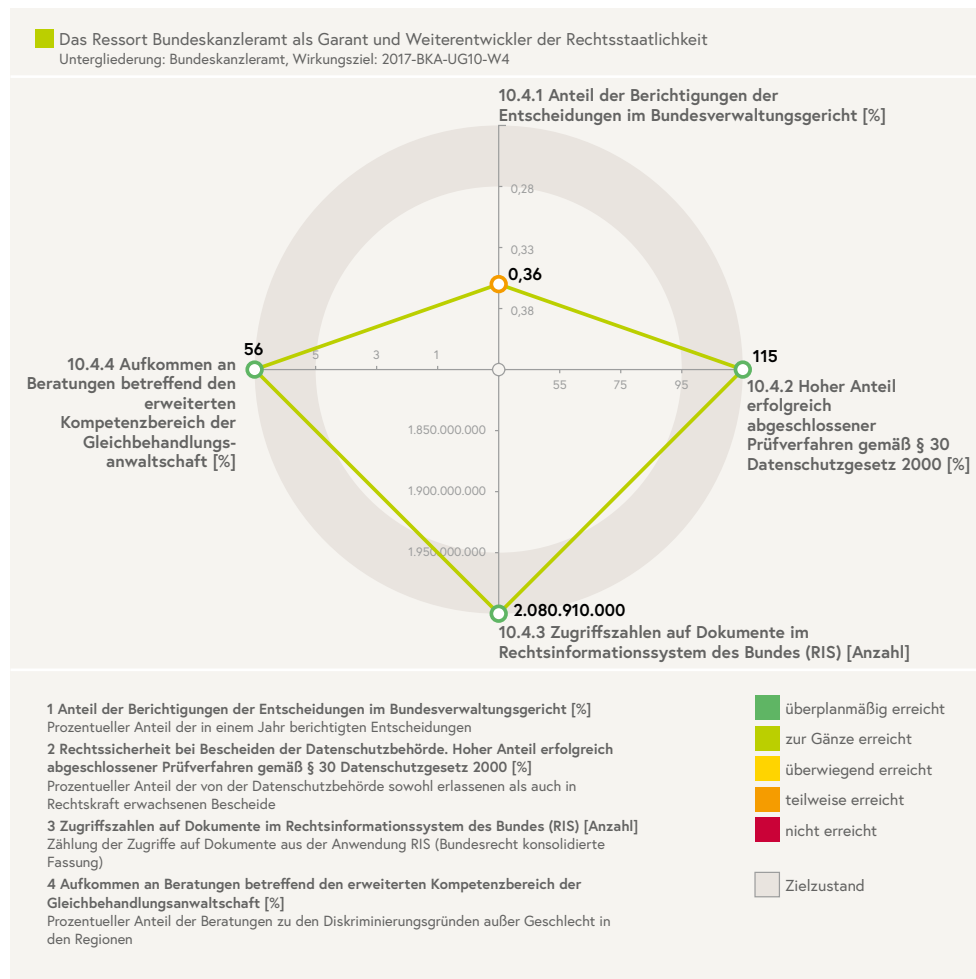
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0004.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Anzahl an Verfahren im Bundesverwaltungsgericht weist insbesondere auch auf Grund der Migrationswelle der letzten Jahre eine steigende Tendenz auf. Die Nachfrage nach elektronisch abrufbaren Rechtsinformationen steigt ebenfalls stetig an. Der Arbeitsschwerpunkt der Datenschutzbehörde stand im Jahr 2017 ganz im Zeichen der am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen Datenschutz-Grundverordnung der EU: Vorbereitung für die Vornahme einer neuen Personal- und Geschäftseinteilung samt neuen Akten- und Zuteilungsplänen, Abhaltung von Vorträgen, Abhaltung von Workshops für die MitarbeiterInnen betreffend die aktuellen Entwicklungen im nationalen sowie europäischen Datenschutzrecht, Teilnahme an Subgroupmeetings der Art. 29 Datenschutz-Gruppe, Weiterentwicklung bzw. Anpassung des Newsletters der Datenschutzbehörde, Umsetzung des legistischen Vorhabens „white list“.

Im Bereich der Gleichbehandlungsanwaltschaft ist eine stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft für das Thema Diskriminierung feststellbar. Verstärkt durch Medienkampagnen (z.B. metoo) ergibt sich stetig steigender Bedarf an Beratungs- und Informationsleistungen zu diesem Thema.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	0,70	0,70	0,28	n. v.
	IST	n. v.	0,54	0,28	0,30	0,36	
10.4.2	ZIEL	n. v.	n. v.	80,0	85,0	95,0	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	94,0	94,2	115,0	
10.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	1.800.000.000	1.900.000.000	1.950.000.000	1.720.000.000
	IST	1.175.042.653	1.602.289.100	1.739.992.027	1.838.140.373	2.080.910.000	
10.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	5,00	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	56,00	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.4.1 Anteil der Berichtigungen der Entscheidungen im Bundesverwaltungsgericht [%]

Es kam zu einem Anstieg der Kennzahl im Vergleich zum Ist-Zustand 2016, wobei auch die Zahl der Entscheidungen 2017, insbesondere im Bereich Fremdenwesen und Asyl, gestiegen ist.

10.4.2 Rechtssicherheit bei Bescheiden der Datenschutzbehörde. Hoher Anteil erfolgreich abgeschlossener Prüfverfahren gemäß § 30 Datenschutzgesetz 2000 [%]

Aufgrund der hohen Bescheidqualität der Datenschutzbehörde konnte das Ziel übertroffen werden.

10.4.3 Zugriffszahlen auf Dokumente im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) [Anzahl]

Die Anzahl der Zugriffe auf die Anwendung RIS betrug im Jahr 2017 genau genommen 2.080.905.036. Infolge einer automatischen Rundung auf 10.000er-Stellen im elektronischen Reporting-Tool fällt der oben genannte Ist-Zustand geringfügig höher aus als er tatsächlich ist. Obgleich im Erläuterungsfeld zur Kennzahl 10.4.3 im Bundesvoranschlag 2017 angeführt wurde, dass sich bei den Zugriffszahlen ein Plafond abzeichnet, konnte der Zielzustand 2017 übertroffen werden. Ein Erklärungsansatz für die hohe Nutzungsfrequenz der Anwendung RIS besteht darin, dass die abrufbaren Dokumente des Bundesrechts in der konsolidierten Fassung vom Bundeskanzleramt stets auf den aktuellen Stand gehalten werden.

10.4.4 Aufkommen an Beratungen betreffend den erweiterten Kompetenzbereich der Gleichbehandlungsanwaltschaft [%]

Die der Kennzahl zugrundeliegende Verordnung sieht vor, dass die Regionalbüros in Innsbruck für die Regionen Vorarlberg, Tirol und Salzburg, in Graz für die Region Steiermark, in Klagenfurt für die Region Kärnten und in Linz für die Region Oberösterreich nunmehr für die Beratung und Unterstützung zu allen Diskriminierungsgründen neben Geschlecht zuständig sind – und zwar für ethnische Zugehörigkeit, Religion und Weltanschauung, Alter und sexuelle Orientierung in der Arbeitswelt und ethnische Zugehörigkeit und Geschlecht beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen. Diese Verordnung ist erst mit 1.7.2017 in Kraft getreten. Daher wurden bei der Berechnung des Ist-Zustands das Beratungsvolumen zu Diskriminierungsgründen außer Geschlecht in den eingangs erwähnten örtlichen Zuständigkeitsbereichen der Regionalbüros und in den Zeiträumen 1.7.-31.12.2016 und 1.7.-31.12.2017 miteinander verglichen. Die prozentuelle Steigerung fiel sehr hoch aus, obwohl der öffentliche Fokus infolge der metoo-Kampagne weiterhin auf Geschlecht gelegen ist und die Regionalbüros faktisch nur von September bis Dezember 2017 Zeit hatten, die neuen Gründe bekannt zu machen. Es zeigt sich, dass das neue Beratungsangebot vor Ort jedenfalls zu einer Erhöhung der Beratungszahlen führt und der Bedarf da ist.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Bundeskanzleramt leistete im Jahr 2017 einen hohen Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit in Österreich. Dies wird durch die nachstehenden Ausführungen zu den Wirkungsangaben untermauert, welche eine Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels 4 mit „zur Gänze erreicht“ rechtfertigen.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) konnte den mit der Kennzahl 10.4.1 angestrebten Anteil der Berichtigungen bei Entscheidungen trotz gestiegener Verfahrenszahl immerhin teilweise erreichen. Dies ist insbesondere auf die vorbildliche Prozessorganisation im BVwG zurückzuführen, welche auch 2017 die Zertifizierung nach ISO 9001 erhielt – siehe zur Gänze erreichte Maßnahme 5 zum Globalbudget 10.01. Die Rechtssicherheit bei Bescheiden der Datenschutzbehörde hat, wie die positive Entwicklung der Kennzahl 10.4.2 zeigt, überdurchschnittlich zugenommen. Dank der stets aktuellen Dokumente des Bundesrechts konnte der Zielzustand der Kennzahl 10.4.3 hinsichtlich Abfragen im Rechtsinformationssystem (RIS) übertroffen werden. Im Bereich der Regionalbüros der Gleichbehandlungsanwaltschaft ist ein hoher Bedarf an Beratungsleistungen zu den Diskriminierungsgründen neben Geschlecht feststellbar, was sich in der deutlich übertroffenen Kennzahl 10.4.4 manifestiert.

Wirkungsziel Nr. 4

Verbesserung der umfassenden Gleichstellung einschließlich der ökonomischen Gleichstellung der Frauen, Weiterentwicklung der Antidiskriminierung und Eindämmung von Gewalt

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel nicht mehr in der UG 24 ausgewiesen.

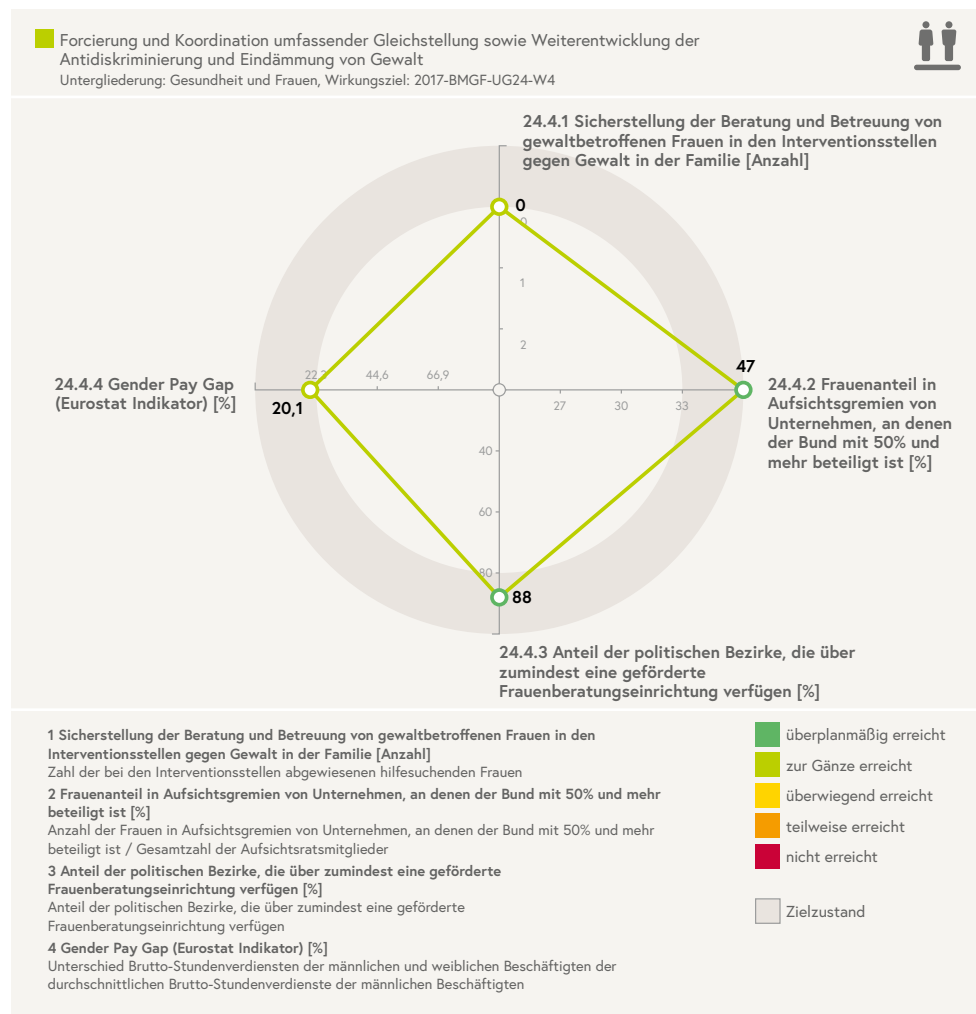
Umfeld des Wirkungszieles

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch immer nicht erreicht. Geschlechterstereotype prägen nach wie vor viele Gesellschaftsbereiche. Der Verdienst von Frauen liegt – trotz gradueller Reduktion – um 20 % unter jenem der Männer. Frauen sind in den unteren Einkommensgruppen überrepräsentiert. Fünf von zehn Frauen arbeiten Teilzeit. Jede 5. Frau in Österreich ist laut einer Studie von Gewalt in der Familie betroffen. Die Zahl der Frauen, die Unterstützung in den Gewaltschutzzentren/Interventionsstellen suchen, ist steigend. Neue Herausforderungen stellen sich auch mit der zunehmenden Zahl von Frauen und Mädchen mit Fluchterfahrung.



wirksamkeitsmonitoring.gv.at/2017-BMGF-UG-24-W0004.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
24.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	0	0	n. v.
	IST	0	0	0	0	0	
24.4.2	ZIEL	25	27	29	31	33	35
	IST	25	37	38	40	47	
24.4.3	ZIEL	n. v.	75	75	80	80	80
	IST	n. v.	85	85	85	88	
24.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	21,8	22,3	n. v.
	IST	23,0	22,9	n. v.	21,7	20,1	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

24.4.1 Sicherstellung der Beratung und Betreuung von gewaltbetroffenen Frauen in den Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie [Anzahl]

Eine wesentliche Voraussetzung für ein chancengleiches, selbstbestimmtes Leben ist ein Leben frei von Gewalt. Auch in Zukunft soll sichergestellt sein, dass jede gewaltbetroffene Frau, die sich an eine Interventionsstelle/Gewaltschutzzentrum wendet, beraten und betreut und keine abgewiesen wird. Die Gewaltschutzzentren/Interventionsstellen haben den Auftrag, Opfer häuslicher Gewalt beiderlei Geschlechts zu betreuen, der Anteil der weiblichen Opfer beträgt dabei jeweils mehr als 80 %. Die Zahl der Personen, die sich an die Interventionsstellen wenden, ist steigend:

2013: 16.258 Klient/innen (14.225 Frauen und 2.033 Männer). Der Anteil der betroffenen Frauen beträgt 87,5 %, der Anteil der betroffenen Männer 12,5 %.

2014: 16.732 Klient/innen (14.375 Frauen und 2.357 Männer). Der Anteil der betroffenen Frauen beträgt 85,9 %, der Anteil der betroffenen Männer 14,1 %.

2015: 17.105 Klient/innen (14.654 Frauen und 2.451 Männer). Der Anteil der betroffenen Frauen beträgt 85,7 %, der Anteil der betroffenen Männer 14,3 %.

2016: 17.681 Klient/innen (14.764 Frauen und 2.917 Männer). Der Anteil der betroffenen Frauen beträgt 83,5 %, der Anteil der betroffenen Männer 16,5 %.

2017: 17.974 Klient/innen (15.012 Frauen und 2.962 Männer). Der Anteil der betroffenen Frauen beträgt 83,5 %, der Anteil der betroffenen Männer 16,5 %.

24.4.2 Frauenanteil in Aufsichtsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist [%]

Die österreichische Bundesregierung verpflichtete sich per Ministerratsbeschluss vom 15. März 2011, den Frauenanteil in Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen der Bund mit 50 % oder mehr beteiligt ist, bis 31. Dezember 2013 auf 25 % zu erhöhen. Bis 31. Dezember 2018 soll die Beteiligung der Frauen auf 35 % angehoben werden. Um die Vorbildwirkung des Bundes zu unterstreichen und das Bewusstsein für die Vorteile einer stärkeren Einbindung von Frauen zu erhöhen, hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Umsetzung dieser Quotenregelung jährlich zu überprüfen und den gemeinsamen Fortschrittsbericht dem Ministerrat vorzulegen. Die Kennzahl ist ein Durchschnittswert über alle Bundes-Unternehmen. Da kein Unternehmen aus der Verpflichtung zur Frauenquote entlassen ist, nur weil andere Unternehmen diese bereits übererfüllen, wird auch erhoben, wie viele Unternehmen die Quote noch nicht erfüllen. 135 der 289 vom Bund entsandten Aufsichtsratsmitglieder sind Frauen! Damit betrug

der Bundes-Frauenanteil in den 54 betroffenen Unternehmen im Berichtszeitraum 2017 durchschnittlich 46,7%. Im Vergleich zum Vorjahr (40,3%) bedeutet das einen Anstieg um 6,4 Prozentpunkte.

Die überwiegende Zahl, nämlich 37 Unternehmen, erfüllen bereits die bis Ende 2018 umzusetzende Bundes-Frauenquote von 35% oder liegen sogar darüber. 17 Unternehmen weisen eine Bundes-Frauenquote zwischen 25% und 35% auf, von denen wiederum 7 Unternehmen mit 33% Frauenanteil der 35%-Quote schon sehr nahe kommen. Alle 54 Unternehmen erfüllen die Ende 2013 zu erreichende Quote von 25%; 2016 erfüllten immerhin 8 Unternehmen die 25%-Quote noch nicht.

24.4.3 Anteil der politischen Bezirke, die über zumindest eine geförderte Frauenberatungseinrichtung verfügen [%]

Der Ausbau der Beratungs- und Betreuungsangebote für Frauen ist im für den Berichtszeitraum geltenden Regierungsprogramm festgelegt. Die flächendeckende Versorgung mit niederschwelligen Frauenberatungseinrichtungen ist ein Indikator dafür, inwieweit der niederschwellige, wohnortnahe Zugang für Frauen und Mädchen österreichweit gewährleistet ist. Grundsätzliches Ziel ist es, dass jeder politische Bezirk über zumindest eine geförderte Frauenberatungseinrichtung verfügt. Der Zielwert von 80% ist ein Mindestwert, der jedenfalls nicht unterschritten und nach budgetärer Möglichkeit übertroffen werden soll. Durch die Wiedereröffnung des Frauenberatungsangebots in Horn sowie die Auflassung des Bezirks „Wien Umgebung“ per 1.1.2017 hat sich der Ist-Wert 2017 gegenüber dem Vorjahr von 85% auf rund 88% erhöht.

Frauenberatungseinrichtungen werden von Ländern/Gemeinden kofinanziert. Ein allfälliger Ausfall von Fördermitteln der Länder/Gemeinden kann aus den Fördermitteln für Frauenprojekte nicht kompensiert werden. Aufgrund der regionalen Bedeutung der Frauenberatungseinrichtungen liegt die Entscheidung über den Bedarf und damit über die Weiterführung letztlich bei den regional verantwortlichen Gebietskörperschaften. Der Frauenministerin kommt die Rolle der Impulsgeberin und des Kofinanciers zu.

24.4.4 Gender Pay Gap (Eurostat Indikator) [%]

Basis für die Berechnung des EU-Indikators „Gender Pay Gap“ ist die Verdienststrukturerhebung, die in der gesamten Europäischen Union alle vier Jahre nach harmonisierten Standards durchgeführt wird (zuletzt 2014, veröffentlicht im Juli 2016). Die Werte zwischen den Erhebungen werden geschätzt. In Österreich betrug der Gender Pay Gap 20,1% im Jahr 2016 (21,7% 2015). Damit konnte der Wert gegenüber den Vorjahren weiter verringert werden, liegt aber weiterhin über dem EU-Durchschnitt von 16,2% (2016). Seit 2008 verringerte sich der österreichische Gender Pay Gap um 5 Prozentpunkte, der EU-Durchschnitt um 1,1 Prozentpunkte. Die Entwicklung der Kennzahl Gender Pay Gap ist multifaktoriell bedingt und wird im Wirkungsbericht 2017, Kapitel „Tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern“ im Cluster „Arbeitsmarkt und Bildung“ ressortübergreifend evaluiert.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Bezogen auf den im Jahr 2017 angestrebten Erfolg konnten die positiven Ergebnisse abgesichert bzw. positive Ergebnisse fortgeführt werden. Es wurden alle Wirkungszielkennzahlen zur Gänze erreicht und alle Maßnahmen auf Ebene des Globalbudgets 24.04 planmäßig umgesetzt.

Trotz steigender Nachfrage wurden auch 2017 alle rat- und hilfesuchenden Frauen in den Gewaltschutzzentren/Interventionsstellen betreut. Der Versorgungsgrad mit niederschwelligen Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen konnte gegenüber dem Vorjahr sogar leicht gesteigert werden. Der Frauenanteil in Aufsichtsgremien von Bundes-Unternehmen wurde um 6,4 Prozentpunkte weiter gesteigert und übertraf im Durchschnitt den gesetzten Zielwert um rund 14 Prozentpunkte. Der Gender Pay Gap konnte graduell weiter geschlossen werden, womit die Zielrichtung stimmt, jedoch die Anstrengungen zur Beschleunigung des Prozesses fortgesetzt werden müssen.

Die Online-Plattform „Meine Technik“ erhöhte mit ihrem stetigen Wachstum an aktuellen Projekten und Beiträgen die Servicequalität für Frauen und Mädchen. Der dem Parlament vorgelegte Bericht zum Abbau von Benachteiligungen von Frauen 2015/16 zeigte ressortübergreifend das Bemühen der Bundesregierung um Gleichstellung, aber auch weiterhin bestehende Defizite auf. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung der Gleichstellung von Frauen und Männern wurde fortgesetzt. Der Endbericht über den Nationalen Aktionsplan (NAP) zum Schutz der Frauen vor Gewalt steht der Öffentlichkeit online zur Verfügung. Zusätzlich zu den zum größten Teil umgesetzten, mehr als 60 Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) umfassenden NAP wurden weitere nicht im NAP festgelegte Aktivitäten zur Gewaltprävention und zum Schutz der Opfer ergriffen. Einige Themenschwerpunkte werden auch nach Ende der Laufzeit weitergeführt. Die Wirkungen frauen- und gleichstellungsspezifischer Maßnahmen sind vielfältig und werden oft erst stark zeitverzögert erkennbar. Es wird davon ausgegangen, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen und vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen die gewählten Wirkungszielkennzahlen und Maßnahmen auf Ebene des Globalbudgets 24.04 jene sind, die zur Erreichung des Wirkungsziels beitragen.

Bundeskanzleramt

UG 25

Familien und Jugend

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird die UG 25 nunmehr beim Bundeskanzleramt ausgewiesen.

Leitbild der Untergliederung

Familien sind das feste Fundament unserer Gesellschaft und werden in all ihren vielfältigen Formen von uns respektiert und unterstützt. Familien erbringen mit ihren Erziehungs- und Betreuungsaufgaben für Kinder und pflegebedürftige Familienmitglieder für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Generationen wichtige und wertvolle Leistungen. Daher hat gerade auch in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft die Familienpolitik einen zentralen Stellenwert. Schwerpunkte sind: – Verstärkter Lasten- und Leistungsausgleich im Interesse der Familie, Verringerung der Armutsgefährdung der Familien, – Verbesserung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien mit nicht selbsterhaltungsfähigen Kindern und betreuungspflichtigen Angehörigen, – Finanzielle und ideelle Unterstützung bzw. Anerkennung der Familien in ihrer Aufgabenstellung, – Einbindung junger Menschen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Homepage des Bundeskanzleramtes, Sektion Familien und Jugend (Publikationen)

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/service/publikationen.html>

Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus (für Geburten ab 1. März 2017)

[https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:4db0df38-2bc9-40fd-ba84-13e890d9d3b4/KBG-Brosch%C3%BCre%20f%C3%BCr%20Geburten%20ab%201.3.2017%20\(Stand%20September%20201.pdf](https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:4db0df38-2bc9-40fd-ba84-13e890d9d3b4/KBG-Brosch%C3%BCre%20f%C3%BCr%20Geburten%20ab%201.3.2017%20(Stand%20September%20201.pdf)

Familien in Zahlen (ÖIF)

http://www.oif.ac.at/publikationen/weitere_publikationen/familien_in_zahlen

Familienkompass

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/service/publikationen/familie/Familien-Kompass.html>

Familie – kein Platz für Gewalt!(?)20 Jahre gesetzliches Gewaltverbot in Österreich

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:a9aee3c4-d0cb-476a-ad28-a0f4b5fbb809/gewaltverbot.pdf>

Das Recht auf eine gewaltfreie Kindheit: 25 Jahre gesetzliches Gewaltverbot – eine Zwischenbilanz

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:cf6bc384-8306-46f5-a6c0-724de34f924d/Gewaltfr%20Kindheit.pdf>

Familienland Österreich

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/service/publikationen/familie/Familienland--sterreich.html>

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit – Ein Überblick

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:fb242b6-c139-4e15-a125-208e8a43bb55/Au%C3%9Ferschulische%20Kinder-%20und%20Jugendarbeit%20in%20%C3%96sterreich.pdf>

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen – 25 Jahre Kinderrechtskonvention 2014

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:9f167cbc-e663-4f07-a726-f200748bf8d7/KinderrechteWeb.pdf>

Fokus Jugend 2018 – ein Überblick in Zahlen (ÖIF)

http://www.oif.ac.at/fileadmin/OEIF/andere_Publikationen/Fokus_Jugend_2018.pdf

Jugendstrategie – Strategische Ziele 2013–2020

https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:6f133860-6a81-4519-8a64-875d3496e056/jugendstrategie_-_strategische_ziele_2013_-_2020.pdf

7. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, 2017, Teil A – Wissen um junge Menschen in Österreich

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:0b15f787-55d2-43c8-8cb6-d815adf44149/7.%20Jugendbericht%20Teil%20A.pdf>

7. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, 2017, Teil B – Better-Life-Index Jugend

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:a49a222c-af66-400e-a02f-7f65d672af1d/7.%20Jugendbericht%20Teil%20B%20final.pdf>

7. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, 2017, Teil C – Österreichische Jugendstrategie

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/dam/jcr:4db3a339-7a41-4f2e-b3f7-fcba36b9dc8e/7.%20Jugendbericht%20Teil%20C%20final.pdf>

Forschungsberichte und Studien der letzten Jahre (Bereich Familie)

<https://www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/familie/familienforschung/forschungsberichte-studien.html>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Mit dem Lasten- und Leistungsausgleich für Eltern sollen die Grundlagen für ein stabiles Familienleben geschaffen und Familien unterstützt werden. Die Bereitstellung von finanziellen Transferleistungen – insbesondere zum Ausgleich der Unterhaltslasten für noch nicht selbsterhaltungsfähige Kinder – steht im Fokus der in Rede stehenden Aktivitäten. In diesem Zusammenhang wird eine nachhaltige Sicherstellung der Mittel des FLAF Basis für die diesbezügliche konstruktiv-erfolgreiche Umsetzung sein.

Die Erhöhung der Familienbeihilfe, die beginnend mit Juni 2014 in drei Etappen durchgeführt wurde bzw. wird, ist auch in Bezug auf das Jahr 2017 wirksam und bewirkt eine deutliche Anhebung der finanziellen Förderung der Familien. Durch die Erhöhung der Geschwisterstaffelung bei der Familienbeihilfe und des Zuschlags zur Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder werden besondere Familiensituationen verstärkt berücksichtigt. Wenngleich auf Grund der Senkung des Dienstgeberbeitrags grundsätzlich eine Verringerung der Mittel für den FLAF verursacht wird, wird sich der Schuldenstand des FLAF im Hinblick auf die prognostiziert-gute Konjunktur in Verbindung mit einer erwartet-expandierenden Beschäftigungslage tendenziell rückläufig entwickeln.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der größten Herausforderungen, zahlreiche Maßnahmen werden gesetzt um Österreich zu einem familienfreundlichen Land zu machen. Entscheidend dafür ist die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen für Wahlfreiheit in Sachen Lebensform, Berufsleben und Kinderbildung und -betreuung. Grundstein dafür legen die Ausbauoffensive hinsichtlich Kinderbildung und -betreuung und Maßnahmen zur Erhöhung der Väterbeteiligung in der Kinderbetreuung. Um die Bedeutung einer familienfreundlichen Arbeits- und Lebenswelt noch mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu stellen und um wesentliche Stakeholder zu vernetzen sowie Bewusstsein für die Vereinbarkeits-Thematik zu schaffen, wurde beispielsweise die Initiative „Unternehmen für Familien“ ins Leben gerufen. Familienfreundlichkeit ist der Schlüssel für Wachstum und die Zukunftsfähigkeit Österreichs.

Die Bemühungen um den Ausbau elementarer Bildung wurden auch 2017 unter Kostenbeteiligung des Bundes fortgesetzt. Obwohl es im Kindergartenjahr 2017/18 die höchste jemals erreichte Anzahl an unter 3-Jährigen in außerhäuslicher Betreuung gegeben hat, ist die entsprechende Kennzahl (Betreuungsquote) nicht im erwarteten Ausmaß gestiegen, weil gleichzeitig die gleichaltrige Wohnbevölkerung (Steigerung der Geburtenzahlen, Zuwanderung) stärker angestiegen ist. Da das Barcelona-Ziel bei den 3- bis 6-Jährigen längst erreicht ist und sich die Betreuungsquote auf hohem Niveau stabilisiert, wird diese Kennzahl ab dem Budgetjahr 2017 nicht mehr herangezogen. Neu sind die Kennzahlen, die Aufschluss darüber geben sollen, wie viele Kinder Einrichtungen besuchen, deren Öffnungszeiten mit einer Vollzeitbeschäftigung ihrer Eltern vereinbar sind. Auch hier hat sich der Trend nach oben fortgesetzt, wenngleich die Steigerung in den Zielwerten zu optimistisch eingeschätzt wurde.

Familien werden im Familienhärteausgleich in einer finanziellen Notsituation unterstützt, wenn das soziale Netz für die Bewältigung des Problems nicht ausreicht.

Für finanziell schwächere Personen ermöglicht die einkommensabhängige Unterstützung in der Familienhospizkarenz die Inanspruchnahme.

Die Bereitstellung von Informationen, Bildungs- und Beratungsangeboten zu Erziehungsfragen und bei familiären Problemlagen stärkt die Erziehungskraft der Familien, es wird Problemen vorgebeugt bzw. bei deren Bewältigung geholfen, wodurch sich auch positive Effekte für eine gewaltfreie Kindererziehung ergeben.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen und die Förderung ihrer Entwicklung als eigenständige Persönlichkeiten, um ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen und ihre produktiven und kreativen Potenziale für gemeinschaftliches und gesellschaftliches Engagement zu nutzen, bilden einen besonderen jugendpolitischen Handlungsschwerpunkt.

Mit diesem Grundverständnis eng verknüpft sind zwei wesentliche Prinzipien einer erfolgreichen Jugendpolitik:

Erstens gilt es stets die Bedürfnisse und Anliegen der jungen Menschen selbst einzubeziehen. Nicht eine „Politik FÜR“ sondern eine „Politik MIT“ Jugendlichen ist anzustreben. Zweitens kann Jugendpolitik nicht in einem Ressort alleine festgemacht werden.

Vielmehr ist Jugend in allen Politikbereichen von Bedeutung und zu berücksichtigen. Mit der „Österreichischen Jugendstrategie“ wird dieses Ziel der Abstimmung und Koordination verfolgt. Wesentlich ist, dass dieses Wirkungsziel nicht auf einen quantifizierbaren Zielzustand abstellt, sondern letztlich auf die Qualität des Prozesses, der Teil der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und Befindlichkeit in Österreich ist.

Wirkungsziel Nr. 1

Lasten- und Leistungsausgleich zwischen kinderlosen Personen und Eltern mit Unterhaltspflichten



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMFJ-UG-25-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

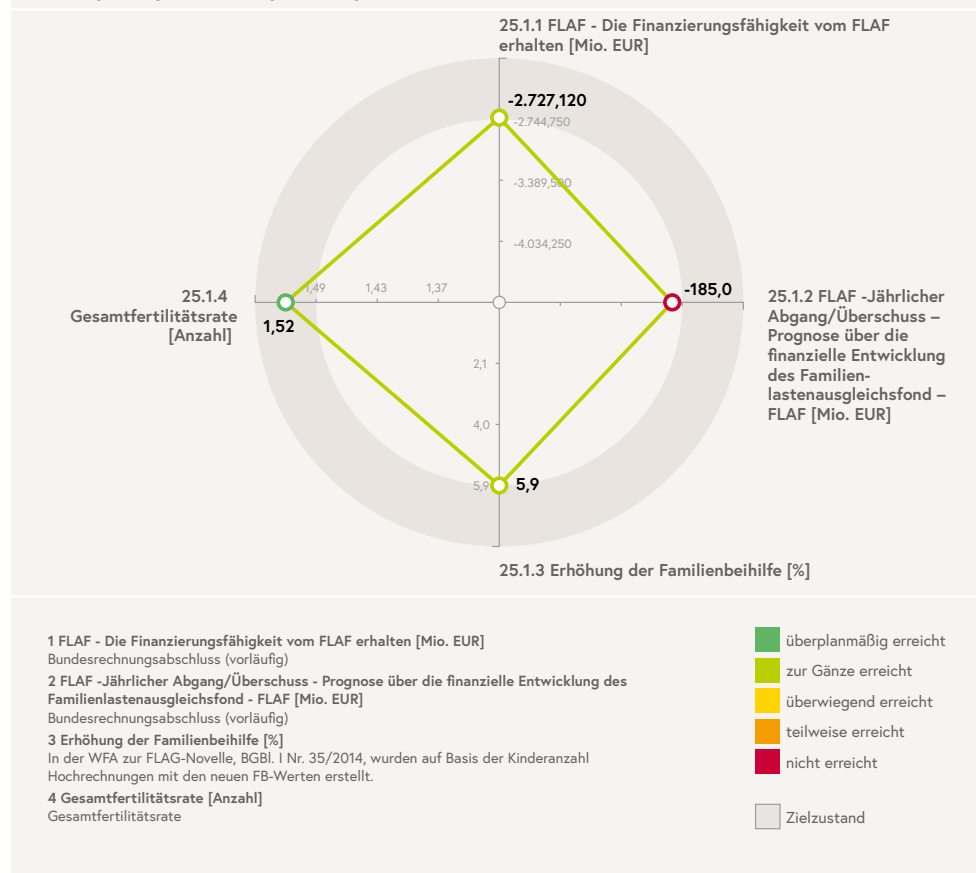
Intention des Wirkungszieles ist, dass durch den Lasten- und Leistungsausgleich für Eltern die Grundlagen für ein stabiles Familienleben geschaffen werden und Familie auch „leistbar“ gemacht wird. Die Bereitstellung von finanziellen Transferleistungen – insbesondere zum Ausgleich der Unterhaltslasten für noch nicht selbsterhaltungsfähige Kinder – steht im Fokus der Aktivitäten zur Zielerreichung.

Eine nachhaltige Sicherstellung der Mittel des FLAF ist Basis für die Zielerreichung.

Der FLAF, mit rund 7 Milliarden an Gebarungsvolumen, weist im Wesentlichen eine unveränderte Struktur – sowohl hinsichtlich der Einnahmenseite als auch Ausgaben- und Finanzierungsströme – auf. Als ausgabenseitige Verbesserung sei die Erhöhung der Familienbeihilfe um 1,9 % ab 1.1.2016 hervorgehoben, die auch im Jahr 2017 ein zusätzliches Ausgabenvolumen von rund 190,5 Millionen € bewirkt hat.

Ergebnis der Evaluierung

■ Lasten- und Leistungsausgleich zwischen kinderlosen Personen und Eltern mit Unterhaltspflichten
Untergliederung: Familien und Jugend, Wirkungsziel: 2017-BMFJ-UG25-W1



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
25.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	<-2.996,081	-2.642,038	-2.744,750	-3.020,792
	IST	-3.376,490	-2.996,081	-2.643,629	-2.542,170	-2.727,120	
25.1.2	ZIEL	n. v.	n. v.	>300,00	300,00	-102,00	-293,67
	IST	277,76	380,41	352,45	101,46	-185,00	
25.1.3	ZIEL	n. v.	4,0	4,0	5,9	5,9	7,8
	IST	n. v.	4,0	4,0	5,9	5,9	
25.1.4	ZIEL	1,44	1,44	1,44	1,49	1,49	1,53
	IST	1,44	1,46	1,49	1,53	1,52	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

25.1.1 FLAF – Die Finanzierungsfähigkeit vom FLAF erhalten [Mio. EUR]

Einnahmenseitig wird der FLAF insbesondere durch Beiträge der Dienstgeber sowie – nach bestimmten Verteilungsschlüsseln – aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Wesentliche Ausgabenbereiche auf Geldleistungsseite sind die Familienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld sowie auf Sachleistungsseite die Bereiche Schulbücher und Freifahrten. Darüberhinaus werden aus Mitteln des FLAF auch eine Reihe von sozialversicherungsrechtlichen Leistungen (mit)finanziert (z. B. Wochengeld, Krankenversicherung bei Kinderbetreuungsgeldbezug, Pensionsbeiträge für Kindererziehung, Unterhaltsvorschüsse etc.).

Die negative Gebarungssituation des FLAF ist darauf zurückzuführen, dass der Schuldenstand trotz mehrjähriger Überschüsse noch nicht abgebaut werden konnte.

25.1.2 FLAF -Jährlicher Abgang/Überschuss – Prognose über die finanzielle Entwicklung des Familienlastenausgleichsfond – FLAF [Mio. EUR]

Einnahmenseitig wird der FLAF insbesondere durch Beiträge der Dienstgeber sowie – nach bestimmten Verteilungsschlüsseln – aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Wesentliche Ausgabenbereiche auf Geldleistungsseite sind die Familienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld sowie auf Sachleistungsseite die Bereiche Schulbücher und Freifahrten. Darüberhinaus werden aus Mitteln des FLAF auch eine Reihe von sozialversicherungsrechtlichen Leistungen (mit)finanziert (z. B. Wochengeld, Krankenversicherung bei Kinderbetreuungsgeldbezug, Pensionsbeiträge für Kindererziehung, Unterhaltsvorschüsse etc.).

Der Abgang im Jahr 2017 ist darauf zurückzuführen, dass der Dienstgeberbeitrag gesenkt wurde und daher die Einnahmen des FLAF niedriger waren als dessen Ausgaben.

25.1.3 Erhöhung der Familienbeihilfe [%]

Mit Juli 2014 wurde die Familienbeihilfe um 4 % erhöht (der Zuschlag wegen erheblicher Behinderung um 8,4 %); mit Jänner 2016 wurde die Familienbeihilfe um weitere 1,9 % erhöht; diese Anpassung ist auch für das Jahr 2017 wirksam.

25.1.4 Gesamtfertilitätsrate [Anzahl]

Die Geburtenrate ist – nachdem ab dem Jahr 2011 eine ansteigende Tendenz zu verzeichnen war – im Vergleich zum Vorjahr fast gleich geblieben, was auch mit verbesserten Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammenhängen könnte.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die finanzielle Situation des FLAF (Reservefonds für Familienbeihilfen) hat durch die Senkung des Dienstgeberbeitrags keine positive Entwicklung genommen und es wurden Abgänge verzeichnet. Der Schuldenstand des FLAF wird sich im Hinblick auf die prognostiziert-gute Konjunktur in Verbindung mit einer erwartet-expandierenden Beschäftigungslage tendenziell rückläufig entwickeln. Mit der Erhöhung der Familien-

beihilfe – beginnend ab dem zweiten Halbjahr 2014 (+4 %) und in einem weiteren Schritt ab 2016 (weitere +1,9 %) – konnte die Familienförderung ausgeweitet und der Intention des Wirkungszieles entsprochen werden. Die Gesamtfertilitätsrate ist – nachdem ab dem Jahr 2011 eine ansteigende Tendenz zu verzeichnen war – im Vergleich zum Vorjahr fast gleich geblieben.

Wirkungsziel Nr. 2



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMFJ-UG-25-W0002.html

Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

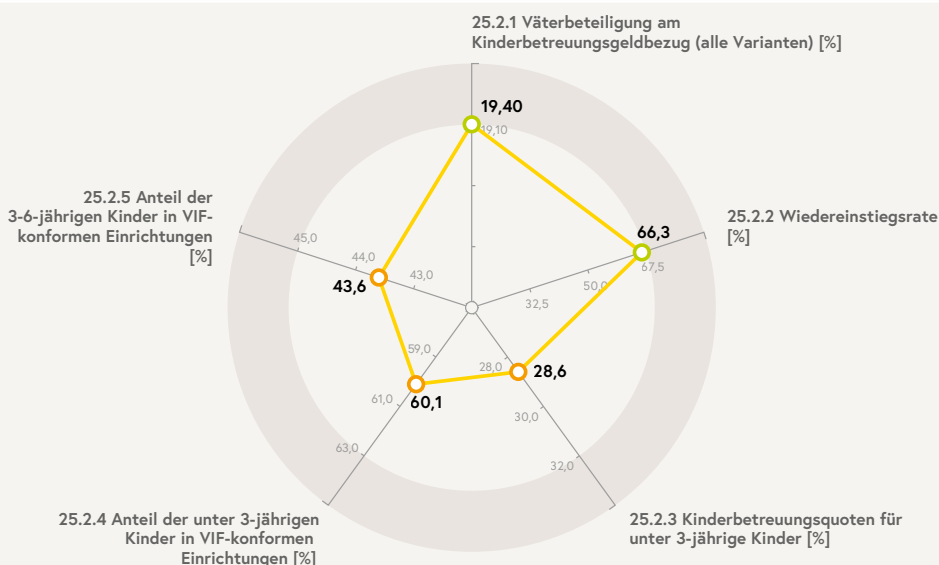
Umfeld des Wirkungszieles

Das Kinderbetreuungsgeld mit seinen verschiedenen Bezugsvarianten zählt zu den maßgeblichen Rahmenbedingungen, die es Eltern erleichtern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Eine weitere unabdingbare Voraussetzung für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen und Tageseltern, das mit einer Vollzeitbeschäftigung der Eltern vereinbar ist.

Das Wirkungsziel wurde – soweit es die Kennzahlen zur Kinderbildung und -Betreuung betrifft – auch 2017 in Zusammenarbeit mit dem BMF (UG 44) umgesetzt. Für die vorliegende Evaluierung erfolgte wie auch in den vergangenen Jahren in Abstimmung mit dem BMF (UG44).

Ergebnis der Evaluierung

■ Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 Untergliederung: Familien und Jugend, Wirkungsziel: 2017-BMFJ-UG25-W2



1 Väterbeteiligung am Kinderbetreuungsgeldbezug (alle Varianten) [%]
 Prozentueller Anteil der Väter, die das KBG für Kinder eines Geburtsjahrganges (abgeschlossene Fälle) bezogen haben.

2 Wiedereinstiegsrate [%]
 Erwerbsquote von 15- bis 64-jährigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren

3 Kinderbetreuungsquoten für unter 3-jährige Kinder [%]
 Anteil der unter 3-jährigen Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung

4 Anteil der unter 3-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen [%]
 Anteil der unter 3-jährigen Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen (VIF-konforme Einrichtungen)

5 Anteil der 3-6-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen [%]
 Anteil der 3-6-jährigen Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen, die mehr als 45 Stunden pro Woche und mindestens 47 Wochen pro Jahr geöffnet sind

■ überplanmäßig erreicht
 ■ zur Gänze erreicht
 ■ überwiegend erreicht
 ■ teilweise erreicht
 ■ nicht erreicht

■ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
25.2.1	ZIEL	18,00	18,00	18,00	19,00	19,10	19,30
	IST	17,19	17,03	18,12	19,01	19,40	
25.2.2	ZIEL	66,3	67,0	67,0	67,0	67,5	67,6
	IST	66,8	66,5	65,0	66,1	66,3	
25.2.3	ZIEL	25,0	25,0	28,0	30,0	32,0	32,0
	IST	25,1	25,9	27,4	27,9	28,6	
25.2.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	62,0	63,0	62,0
	IST	60,9	61,6	n. v.	59,6	60,1	
25.2.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	43,0	45,0	47,0
	IST	38,9	42,1	n. v.	43,2	43,6	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

25.2.1 Väterbeteiligung am Kinderbetreuungsgeldbezug (alle Varianten) [%]

Es wurde über verschiedenste Kanäle über die Bezugsmöglichkeiten der Leistung informiert.

Längerfristige Beobachtungen zeigen eine gewisse Schwankungsbreite – was auch die Abweichung von der Zielerreichung begründet. Vermutlich hängt Väterbeteiligung auch von Arbeitsmarktbedingungen ab.

25.2.2 Wiedereinstiegsrate [%]

Die Erwerbstätigenquote der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren ist geringfügig unter dem Zielwert geblieben. Die Abweichung ist laut Statistik Austria jedoch statistisch nicht signifikant und liegt innerhalb der 95%-igen Normalverteilung. Zu berücksichtigen ist, dass auch die jeweilige Arbeitsmarktlage Einfluss auf die Erwerbstätigenquote hat.

25.2.3 Kinderbetreuungsquoten für unter 3-jährige Kinder [%]

Die Betreuungsquote ist seit Beginn der Mitfinanzierung des Bundes (2008) 14,6 Prozentpunkte gestiegen und hat im Jahr 2017 unter Berücksichtigung der von Tageseltern betreuten Kinder 28,6% betragen. Aufgrund des weiteren deutlichen Anstiegs der Wohnbevölkerung im Jahr 2017 ist sie im Vergleich zu 2016 aber nur mehr um 0,7%-Punkte gestiegen, weshalb trotz deutlichem Anstieg der Zahl der betreuten Kinder (+ 3.111) der prognostizierte Zielwert nicht erreicht werden konnte.

25.2.4 Anteil der unter 3-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen [%]

Seit Beginn der Kostenbeteiligung des Bundes (2008) hat sich der Anteil der unter 3-Jährigen, die in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen versorgt werden, die dem Vereinbarkeitsindikator Familie entsprechen von 54,6% auf 60,1% erhöht. Im Jahr 2017 ist der Anteil zwar um 0,5%-Punkte gestiegen der prognostizierte Wert konnte aber nicht erreicht werden.

25.2.5 Anteil der 3–6-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen [%]

Seit Beginn der Kostenbeteiligung des Bundes (2008) hat sich der Anteil der unter 3- bis 6-Jährigen, die in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen versorgt werden, die dem Vereinbarkeitsindikator Familie entsprechen von 20,8% auf 43,6% erhöht. Im Jahr 2017 ist der Anteil zwar um 0,4%-Punkte gestiegen der prognostizierte Wert konnte aber nicht erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde gesamt gesehen verbessert – die Väterbeteiligung beim Kinderbetreuungsgeld ist zwar bei einzelnen Pauschalvarianten etwas niedriger als erwartet, was jedoch auf Schwankungsbreiten im längerfristigen Vergleich zurückgeführt wird und vermutlich auch von Arbeitsbedingungen abhängt, aber insgesamt, bei Einbeziehung des einkommensabhängigen KBG steigt.

Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist seit Beginn der Mitfinanzierung des Bundes (2008) um 14,6 Prozentpunkte gestiegen. Aufgrund des deutlichen Anstiegs der gleichaltrigen Wohnbevölkerung in den Jahren 2016 und 2017 hat sich die jährliche Erhöhung der Betreuungsquote verlangsamt, weshalb trotz deutlichem Anstieg der Zahl der betreuten Kinder der prognostizierte Zielwert nicht erreicht werden konnte. Da die Betreuungsquote außerdem nur die tatsächlich betreuten Kinder erfasst (freie Plätze in Einrichtungen bleiben bei der Berechnung außer Betracht), hängt diese Zahl nicht nur vom Angebot an Betreuungsplätzen, sondern auch von der Bereitschaft der Eltern zur Inanspruchnahme derselben ab. Auch die Ausweitung der Öffnungszeiten in Richtung einem mit einer Vollzeitbeschäftigung der Eltern zu vereinbarem Umfang hat Erfolge erzielt, wenn auch nicht im angestrebten Ausmaß.

Das Wirkungsziel „Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist als Gleichstellungsziel ausgewiesen. Die relevanten Kennzahlen sind mit jenen der BKA-Sektion Frauen, dem BMF, dem BMVRDJ, dem VfGH und dem VwGH in einem Cluster zusammengefasst. Die Koordination erfolgt über das BKA, Sektion Familien und Jugend. Die Darstellung erfolgt in einem eigenen Bericht.

Wirkungsziel Nr. 3

Verringerung von familiären Notlagen und Unterstützung von Familien bei der Krisenbewältigung, Vermeidung innerfamiliärer Konflikte bei Trennung und Scheidung



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMFJ-UG-25-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

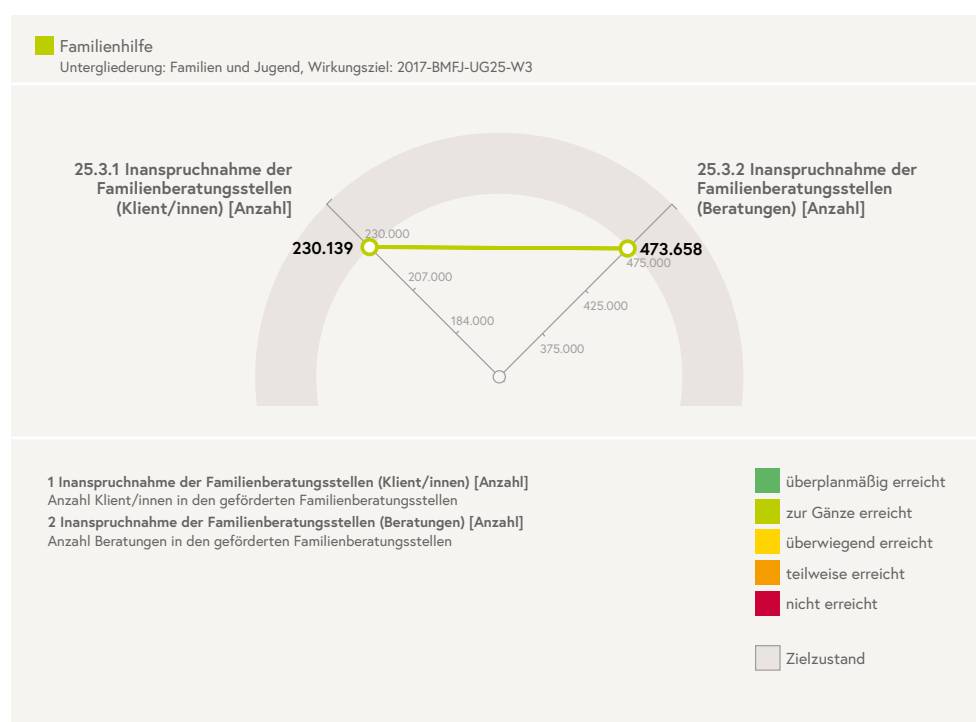
Das veränderte Geschlechterverständnis, die Überalterung der Gesellschaft, die Vielfalt der Lebens- und Familienformen unterschiedlicher Zugang zu Bildung und ähnliche Entwicklungen bringen neue Fragestellungen für unsere Gesellschaft mit sich. Mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Belastung und Druck am Arbeitsplatz, komplexe und häufig konfliktanfällige zwischenmenschliche Beziehungen, Probleme in der Kindererziehung und finanzielle Sorgen – Herausforderungen des täglichen Lebens können von vielen Menschen nicht ohne professionelle Unterstützung bewältigt werden.

Können Familien ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen, sind – ohne Gegensteuerung durch Unterstützungsmaßnahmen der Gesellschaft – im Bereich Finanzen, Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit u. a. Kosten von rd. € 2 Mio. pro Kind im Lebensverlauf zu erwarten. Von einer Trennung oder Scheidung betroffene Eltern und Kinder sollen bei der

Lösung von Konflikten im Zusammenhang mit Scheidung, Trennung, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen unterstützt werden, um negative Trennungsfolgen zu vermeiden.

Die Dotierung der Personalkostenförderung in der Familienberatung konnte 2017 um weitere € 500.000 angehoben werden (4 % Budgeterhöhung gegenüber 2016). Damit konnten die Personalkostensteigerungen seit 2007 (kollektivvertraglich vorgesehene Lohnerhöhungen – als Richtwert Gehaltskostensteigerung öffentlicher Dienst 2007–2017: 20,3 % – Förderbudgeterhöhung 2007–2017: 13 %) teilweise weiter abgefangen werden. Anfang 2017 wurde darüber hinaus mit VO BGBl. II Nr. 21/2017 die Honorarobergrenze für selbständige Berater/innen, die seit 1997 bei € 37 (ATS 500) eingefroren war auf € 50 angehoben. Trotz dieser schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wurde als ambitioniertes Ziel jeweils das Erreichen des Niveaus der letzten Jahre für die Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen angesetzt („Halten der“ oder „stabile“ Inanspruchnahme).

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
25.3.1	ZIEL	226.500	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000
	IST	233.400	231.400	226.260	229.554	230.139	
25.3.2	ZIEL	479.000	479.000	479.000	475.000	475.000	475.000
	IST	479.400	474.100	465.505	473.784	473.658	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

25.3.1 Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen (Klient/innen) [Anzahl]

Die Anzahl der Klient/innen ist 2017 gegenüber 2016 minimal gestiegen und erreicht nun den Zielwert. In den letzten fünf Jahren blieb die Anzahl der Klient/innen in den Familienberatungsstellen mit einer Schwankungsbreite von +1,5 % (2013) bis -2 % (2015) gegenüber dem Ist-Wert 2013 (230.000 Klient/innen) konstant.

25.3.2 Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen (Beratungen) [Anzahl]

In den letzten fünf Jahren ist die Anzahl der Beratungen in den Familienberatungsstellen relativ konstant geblieben. Nach einem Rückgang der Beratungen 2015 gegenüber dem Ist-Wert 2012 (479.000 Beratungen) um 2,8 % ist die Anzahl der Beratungen 2016 wieder gestiegen und erreicht auch 2017 99,7 % des Zielwerts 2017 von 475.000 Beratungen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Bereitstellung des vielfältigen Beratungsangebots der Familienberatungsstellen stärkt die Kompetenz von Familien. Die Effekte der Beratungsleistungen können nicht laufend geprüft werden, weil dafür aufwändige Studien notwendig sind. Die stabile Inanspruchnahme der Familienberatungsangebote durch die Bevölkerung legt jedoch nahe, dass sowohl das Bewusstsein für diverse familiäre Problemfelder geschaffen als auch die Hemmschwellen zur Inanspruchnahme von professioneller Unterstützung beseitigt wurden. Diese professionelle Beratung beugt negativen gesellschaftlichen Effekten, die aus familiären Konfliktsituationen entstehen können, vor.

Wirkungsziel Nr. 4

Stärkung beider Elternteile in der gewaltfreien Erziehung, Vermeidung von physischer, psychischer und sexueller Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen



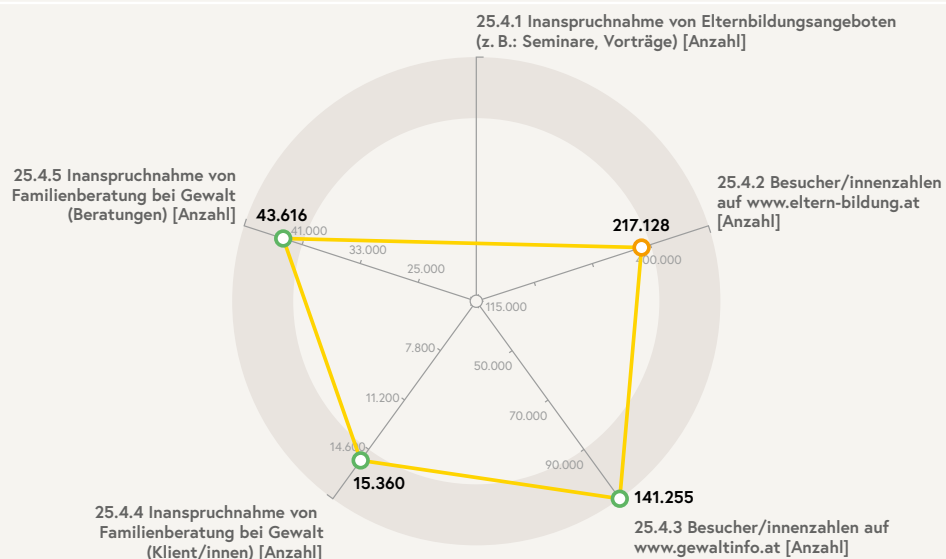
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMFJ-UG-25-W0004.html

Umfeld des Wirkungszieles

Neben dem Wissen um kindliche Bedürfnisse und altersgemäße Erziehung bzw. der Beratung bei familiären Problemen sind auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie Arbeitslosigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnsituation u.ä. für die Erziehungssituation in einer Familie maßgeblich. Für die Verbreitung von Wissen (Elternbildung) ist es wichtig, die Bildungsbedürfnisse der Eltern zu berücksichtigen und ein umfassendes Angebot zur Verfügung zu stellen, das sich unterschiedlicher Methoden (Veranstaltungen, Publikationen, Internet etc.) bedient und niederschwellig zugänglich ist.

Ergebnis der Evaluierung

■ Stärkung beider Elternteile in der gewaltfreien Erziehung, Vermeidung von physischer, psychischer und sexueller Gewalt
Untergliederung: Familien und Jugend, Wirkungsziel: 2017-BMFJ-UG25-W4



1 Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten (z.B.: Seminare, Vorträge) [Anzahl]
Fallzahlen der Inanspruchnahme [Noch kein Istwert vorhanden]

2 Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at [Anzahl]
Besucher/innenzahlen der Homepage

3 Besucher/innenzahlen auf www.gewaltinfo.at [Anzahl]
Besucher/innenzahlen der Homepage

4 Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt (Klient/innen) [Anzahl]
Anzahl Klient/innen zu Beratungsinhalten "Kindesmissbrauch, sexuelle Gewalt gegen Kinder/ Frauen/ andere Familienangehörige, sexuelle Gewalt gegen Frauen"

5 Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt (Beratungen) [Anzahl]
Anzahl der Beratungen zu den Beratungsinhalten "Kindesmissbrauch, sexuelle Gewalt gegen Kinder/ Frauen/ andere Familienangehörige, sexuelle Gewalt gegen Frauen"

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
25.4.1	ZIEL	125.000	100.000	100.000	105.000	115.000	n. v.
	IST	115.600	114.800	n. v.	n. v.	n. v.	
25.4.2	ZIEL	334.000	500.000	600.000	300.000	400.000	n. v.
	IST	700.000	300.000	n. v.	n. v.	217.128	
25.4.3	ZIEL	30.000	35.000	37.000	90.000	90.000	n. v.
	IST	48.000	75.000	90.150	246.669	141.255	
25.4.4	ZIEL	14.987	15.200	17.670	14.600	14.600	n. v.
	IST	15.400	14.600	14.151	14.664	15.360	
25.4.5	ZIEL	39.000	46.000	46.000	41.000	41.000	n. v.
	IST	41.700	41.000	37.954	41.000	43.616	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

25.4.1 Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten (z. B.: Seminare, Vorträge) [Anzahl]

Besucherzahlen liegen erst mit Abrechnung aller Förderungen des Jahres 2017 Ende 2018 vor. Die Kennzahlen liegen derzeit nicht vor, weshalb die Entwicklung nicht dargestellt werden kann. In den vergangenen Jahren war die Zahl der Teilnehmer/innen an geförderten Veranstaltungen deutlichen Schwankungen unterworfen, da einerseits das Veranstaltungsangebot davon abhängt, wie viele zusätzliche Fördermittel (z. B. Länder) dafür lukriert werden konnten und andererseits die Teilnehmerzahl von der Art der durchgeführten Veranstaltungen abhängt. 2016 haben insgesamt 268.936 Personen an Elternbildungsveranstaltungen von geförderten Elternbildungsträgern teilgenommen. Es ist zu erwarten, dass auch 2017 der Zielzustand erreicht werden kann.

25.4.2 Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at [Anzahl]

Nach einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung über Jahre sind die Zugriffszahlen ab Herbst 2013 sprunghaft angestiegen und haben sich zwischen 2013 (700.161) und 2014 (1.608.780) mehr als verdoppelt, sodass langsam klar wurde, dass diese Zahlen auf fehlerhaften Messergebnissen beruhten. 2015 wurde daher das Messinstrument geändert und 2016 die Website relauncht. Seit der Überarbeitung der Seite ist wieder ein Aufwärtstrend bei den Zugriffen zu beobachten. Das Messinstrument sollte nunmehr valide Daten liefern. Die Zielzustände wurden auf Grund dieser technischen Pannen im BVA 2017 angepasst, waren aber trotzdem zu ambitioniert.

25.4.3 Besucher/innenzahlen auf www.gewaltinfo.at [Anzahl]

Die Website wurde im November 2011 neu eingerichtet. Seither sind die Zugriffszahlen kontinuierlich gestiegen, wobei sich diese Entwicklung seit 2014 beschleunigt hat und 2016 einen unerwarteten Höhepunkt erreicht hat. 2017 sind die Zugriffszahlen ohne valide Erklärung wieder gesunken.

25.4.4 Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt (Klient/innen) [Anzahl]

Die gegenüber 2016 um 4,7% gestiegene Anzahl von Klient/innen zum Thema Gewalt in der Familie kann entweder auf stärkere Gewaltbetroffenheit oder auf die erhöhten Beratungsressourcen zurückzuführen sein.

25.4.5 Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt (Beratungen) [Anzahl]

Die gegenüber 2016 um 6,5% gestiegene Anzahl von Beratungen zum Thema Gewalt in der Familie kann entweder auf stärkere Gewaltbetroffenheit oder auf die erhöhten Beratungsressourcen zurückzuführen sein.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Durch die Bereitstellung von Informationen, Bildungs- und Beratungsangeboten zu Erziehungsfragen und bei familiären Problemlagen wird die Erziehungskraft der Familien gestärkt, Problem vorgebeugt bzw. bei deren Bewältigung geholfen, wodurch sich auch positive Effekte auf die Vermeidung von Gewalt in der Kindererziehung ergeben. Die Effekte von Bildungsarbeit auf Erziehungsverhalten können nicht laufend geprüft werden, weil dafür aufwändige Studien notwendig sind. Die Entwicklung der Kennzahlen hängt nicht nur vom Ressourceneinsatz des BKA, welcher gleich bleibt, sondern auch von anderen Faktoren (Förderbudget anderer Gebietskörperschaften, Einfluss von Suchmaschinen auf Besuche von Webangeboten etc.) ab. Aus diesen Gründen wird das Wirkungsziel ab dem BVA 2018 nicht mehr angeführt.

Wirkungsziel Nr. 5



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMFJ-UG-25-W0005.html

Schutz von Kindern und Jugendlichen und Förderung ihrer Entwicklung als eigenständige Persönlichkeiten, um ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen und ihre produktiven und kreativen Potenziale für gemeinschaftliches und gesellschaftliches Engagement zu nutzen

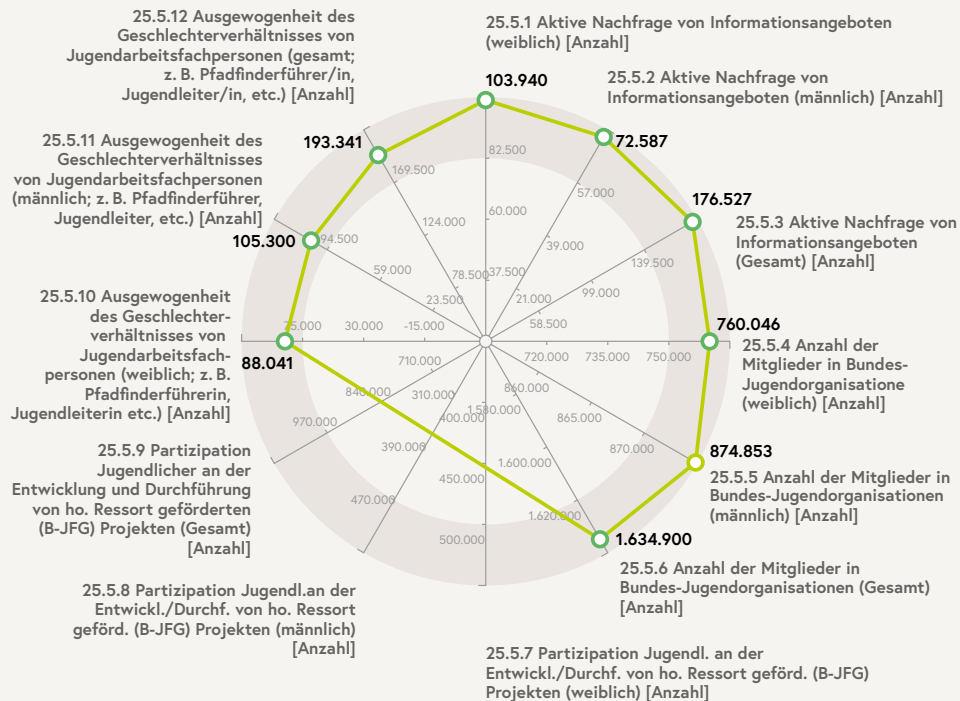
Umfeld des Wirkungszieles

Auf Grund des Budgetpfades und der im Bundes-Jugendförderungsgesetz festgeschriebenen Förderhöhen, die seit Inkrafttreten nicht valorisiert wurden, ist der Spielraum für Gestaltungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Das Umfeld des Wirkungszieles ist dominiert von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Im Sinne der gesamtgesellschaftlich anzustrebenden Gleichstellung von Männern und Frauen ergeben sich aus der Genderpolitik auch im Bereich der Jugend wichtige Ziele und Grundsätze wie z. B. die jeweilige Erhaltung der Geschlechterverhältnisse der Mitglieder bzw. der Jugendarbeitsfachpersonen. Diese Gleichstellungszielsetzung wird aktuell von einem Großteil der geförderten Kinder- und Jugendorganisationen nicht nur umgesetzt, sondern aktiv unterstützt und mitgetragen.

Ergebnis der Evaluierung

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit

Untergliederung: Familien und Jugend, Wirkungsziel: 2017-BMFJ-UG25-W5



1 Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (weiblich) [Anzahl]

Fallzahlen der Inanspruchnahme der Angebote an Informations- und Weiterbildungsleistungen der Jugendeinrichtungen

2 Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (männlich) [Anzahl]

Fallzahlen der Inanspruchnahme der Angebote an Informations- und Weiterbildungsleistungen der Jugendeinrichtungen

3 Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (Gesamt) [Anzahl]

Fallzahlen der Inanspruchnahme der Angebote an Informations- und Weiterbildungsleistungen der Jugendeinrichtungen

4 Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (weiblich) [Anzahl]

Anzahl der weiblichen Mitglieder in den Bundes-Jugendorganisationen

5 Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (männlich) [Anzahl]

Anzahl der männlichen Mitglieder in den Bundes-Jugendorganisationen

6 Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (Gesamt) [Anzahl]

Anzahl der weiblichen und männlichen Mitglieder in den Bundes-Jugendorganisationen

7 Partizipation Jugendl. an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten (weiblich) [Anzahl]

Anzahl der weiblichen Projektteilnehmenden der geförderten Jugendorganisationen [Noch kein Istwert vorhanden]

8 Partizipation Jugendl. an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten (männlich) [Anzahl]

Anzahl der männlichen Projektteilnehmenden der geförderten Jugendorganisationen [Noch kein Istwert vorhanden]

9 Partizipation Jugendl. an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten (Gesamt) [Anzahl]

Anzahl der weiblichen und männlichen Projektteilnehmenden der geförderten Jugendorganisationen [Noch kein Istwert vorhanden]

10 Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (weiblich; zB. Pfadfinderführerin, Jugendleiterin, etc.) [Anzahl]

Anzahl der weiblichen Jugendarbeitsfachpersonen

11 Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (männlich; zB. Pfadfinderführer, Jugendleiter, etc.) [Anzahl]

Anzahl der männlichen Jugendarbeitsfachpersonen

12 Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (gesamt; zB. Pfadfinderführer/in, Jugendleiter/in, etc.) [Anzahl]

Anzahl der weiblichen und männlichen Jugendarbeitsfachpersonen

überplanmäßig erreicht

zur Gänze erreicht

überwiegend erreicht

teilweise erreicht

nicht erreicht

Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
25.5.1	ZIEL	87.634	86.238	84.657	82.500	82.500	80.000
	IST	86.238	84.657	92.491	93.033	103.940	
25.5.2	ZIEL	64.037	56.078	57.486	57.000	57.000	70.000
	IST	56.078	57.486	63.147	68.424	72.587	
25.5.3	ZIEL	151.671	142.316	142.143	139.500	139.500	150.000
	IST	142.316	142.143	155.638	161.457	176.527	
25.5.4	ZIEL	707.232	710.047	741.223	750.000	750.000	750.000
	IST	710.047	741.223	753.068	748.517	760.046	
25.5.5	ZIEL	819.204	830.856	863.939	870.000	870.000	870.000
	IST	830.856	863.939	878.889	871.974	874.853	
25.5.6	ZIEL	1.526.436	1.540.903	1.605.162	1.620.000	1.620.000	1.620.000
	IST	1.540.903	1.605.162	1.631.957	1.620.491	1.634.900	
25.5.7	ZIEL	350.105	502.007	500.000	500.000	500.000	500.000
	IST	502.007	898.874	857.423	660.470	n. v.	
25.5.8	ZIEL	321.213	472.060	470.000	470.000	470.000	470.000
	IST	472.060	848.633	839.923	668.189	n. v.	
25.5.9	ZIEL	671.318	974.067	970.000	970.000	970.000	970.000
	IST	974.067	1.747.507	1.697.346	1.328.659	n. v.	
25.5.10	ZIEL	102.999	101.791	75.000	75.000	75.000	75.000
	IST	101.791	74.619	75.726	76.102	88.041	
25.5.11	ZIEL	114.706	113.237	94.500	94.500	94.500	94.500
	IST	113.237	98.027	95.833	97.313	105.300	
25.5.12	ZIEL	217.705	215.028	169.500	169.500	169.500	169.500
	IST	215.028	168.646	171.559	173.415	193.341	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

25.5.1 Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (weiblich) [Anzahl]

In den vergangenen Jahren war ein leicht steigender Trend festzustellen. Jugendliche fragen verstärkt psychosoziale und arbeitsmarktpolitische Themen nach, wie Orientierung in Lebenszusammenhängen oder im Bereich Arbeit und Mobilität. In diesen Segmenten ist auch ein Anstieg der Anfragen in den Jugendinformationsstellen zu verzeichnen.

25.5.2 Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (männlich) [Anzahl]

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.1 verwiesen.

25.5.3 Aktive Nachfrage von Informationsangeboten (Gesamt) [Anzahl]

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.1 verwiesen.

25.5.4 Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (weiblich) [Anzahl]

Im Jahr 2017 ist zwar wieder eine Bundes-Jugendorganisation herausgefallen, jedoch verlagern einige Jugendorganisationen ihre Aktivitäten von kleinen speziellen Projekten hin zu größeren breitenwirksamen Angeboten der Jugendarbeit, was zu einer leichten Steigerung der Mitgliederzahlen führt.

25.5.5 Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (männlich) [Anzahl]

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.4 verwiesen.

25.5.6 Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen (Gesamt) [Anzahl]

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.4 verwiesen.

25.5.7 Partizipation Jugendlicher an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten (weiblich) [Anzahl]

Die Projektberichte der Fördernehmer (Abrechnungen der Förderungen des Jahres 2017) liegen noch nicht zur Gänze vor, daher kann noch kein Ist-Zustand 2017 gemeldet werden.

Die Förderung von Projekten der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ist im Bundesgesetz über die Förderung der außerschulischen Jugendberziehung und Jugendarbeit (Bundes-Jugendförderungsgesetz, B-JFG) sowie in den dazu erlassenen Richtlinien zur Förderung der außerschulischen Jugendberziehung und Jugendarbeit grundsätzlich geregelt. Neben den dort definierten Voraussetzungen für die Gewährung einer Förderung sind die allgemein anerkannten Standards der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, wie sie beispielsweise im Kompetenzrahmen für die Kinder- und Jugendarbeit, der für die Zuordnung von Qualifikationen und Qualifikationsangeboten zum Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) erarbeitet wurde, beschrieben sind, zu berücksichtigen. Zu den wesentlichen Aspekten der Projektarbeit in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit zählen dementsprechend, neben den im § 3 des B-JFG genannten Grundsätzen der Jugendarbeit, die Ausrichtung auf die Schaffung von Lerngelegenheiten, die Vernetzung sowie die Multi-Stakeholder-Orientierung. Unter anderem dadurch resultiert die Abhängigkeit der Umsetzung von Projekten der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit von einer Vielzahl externer Faktoren.

Die teilweise großen Abweichungen von Jahr zu Jahr erklären sich daraus, dass viele der Projekte und Vorhaben der bundesweit tätigen und aus Bundesmitteln geförderten Jugendorganisationen von weiteren Geldgebern und Drittmitteln (z. B. andere Ministerien oder Länder) abhängig sind. Bei einem Ausfall dieser Drittmittel können die betroffenen Projekte und Vorhaben teilweise nicht jährlich, sondern in größeren Abständen oder gar nur einmalig durchgeführt werden. Dies wiederum führt zu den teils deutlichen Einbrüchen in der Statistik.

25.5.8 Partizipation Jugendlicher an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten (männlich) [Anzahl]

Die Projektberichte der Fördernehmer (Abrechnungen der Förderungen des Jahres 2017) liegen noch nicht zur Gänze vor, daher kann noch kein Ist-Zustand 2017 gemeldet werden.

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.7 verwiesen.

25.5.9 Partizipation Jugendlicher an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten (Gesamt) [Anzahl]

Die Projektberichte der Fördernehmer (Abrechnungen der Förderungen des Jahres 2017) liegen noch nicht zur Gänze vor, daher kann noch kein Ist-Zustand 2017 gemeldet werden.

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.7 verwiesen.

25.5.10 Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (weiblich; z. B. Pfadfinderführerin, Jugendleiterin etc.) [Anzahl]

Jugendarbeitsfachpersonen sind fachlich qualifizierte Personen, die in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit haupt- oder ehrenamtlich tätig sind. In Österreich werden für die in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen unterschiedliche Bezeichnungen verwendet, wie z. B. Fachkraft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendinformationsarbeiter/in, Jugendarbeiter/in, Jugendbetreuer/in, Jugendleiter/in oder Kinder- und Jugendgruppenleiter/in. Der Kompetenzrahmen für die Kinder- und Jugendarbeit, welcher für eine Zuordnung von Qualifikationen und Qualifikationsangeboten zum Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) erarbeitet wurde, beschreibt einzelne Kompetenzbereiche von in der Kinder- und Jugendarbeit Tätigen in einer einheitlichen Form und beinhaltet die Offene Jugendarbeit sowie die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit.

In den vergangenen Jahren war ein leicht steigender Trend der Anzahl sowohl weiblicher wie auch männlicher Jugendarbeitsfachpersonen festzustellen. Speziell die Durchführung von Projekten der Jugendarbeit – und damit ein wesentlicher Einsatzbereich für Jugendarbeitsfachpersonen – ist jedoch stark von Fördermitteln Dritter, also einem ho. nicht kontrollierbaren Umfeldfaktor, abhängig. Das Geschlechterverhältnis bleibt im Trend über die Jahre nicht ganz, aber doch weitgehend ausgewogen und damit der Zielsetzung entsprechend.

25.5.11 Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (männlich; z. B. Pfadfinderführer, Jugendleiter etc.) [Anzahl]

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.10 verwiesen.

25.5.12 Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (gesamt; z. B. Pfadfinderführer/in, Jugendleiter/in etc.) [Anzahl]

Es wird auf die Erläuterung der Entwicklung bei der Kennzahl 25.5.10 verwiesen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Jugendpolitisches Wirkungsziel ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen und die Förderung ihrer Entwicklung als eigenständige Persönlichkeiten, um ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen und ihre produktiven und kreativen Potenziale für gemeinschaftliches und gesellschaftliches Engagement zu nutzen. Mit diesem Grundverständnis eng verknüpft sind zwei wesentliche Prinzipien einer erfolgreichen Jugendpolitik: Erstens gilt es stets die Bedürfnisse und Anliegen der jungen Menschen selbst einzubeziehen. Nicht eine „Politik FÜR“, sondern eine „Politik MIT“ Jugendlichen ist anzustreben. Zweitens kann Jugendpolitik nicht in einem Ressort alleine festgemacht werden. Vielmehr ist Jugend in allen Politikbereichen von Bedeutung und zu berücksichtigen. Mit der „Österreichischen Jugendstrategie“ wird dieses Ziel der Abstimmung und Koordination verfolgt. Wesentlich ist, dass dieses Wirkungsziel nicht auf einen quantifizierbaren Zielzustand abstellt, sondern letztlich auf die Qualität des Prozesses, der Teil der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und Befindlichkeit in Österreich ist. Die Problematik der Quantifizierbarkeit ergibt sich – wie bei den jeweiligen Kennzahlen ausgeführt – aus den verschiedenen externen Einflussfaktoren und gesamtgesellschaftlichen Trends (z. B. die im Bereich der Jugendinformation nachgefragten Themen oder die Verschiebung hin zu größeren Projekten der Jugendarbeit).

Bundeskanzleramt

UG 32

Kunst und Kultur



Leitbild der Untergliederung

Das Bundeskanzleramt gestaltet die Rahmenbedingungen für das Schaffen und Vermitteln von Kunst und Kultur. Kunst und Kultur sind in all ihren traditionellen und innovativen sowie materiellen und immateriellen Formen unserer sich ständig verändernden Lebenswelt präsent. Ein offener Kunst- und Kulturbegriff fördert das Verstehen und Erleben der Welt und den Respekt vor anderen. Er ermöglicht die Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen und unterstreicht die persönliche Verantwortung des Einzelnen, unabhängig von sozialer, ethnischer oder religiöser Herkunft. Kunst und Kultur tragen wesentlich zum gesellschaftlichen Diskurs und zur Ausbildung einer kritischen Öffentlichkeit bei. Je mehr Verständnis dafür geschaffen werden kann, desto mehr Gewicht erhalten Inhalte und deren Ausgestaltung gegenüber der Frage der Finanzierung künstlerischer und kultureller Vorhaben.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Kunst- und Kulturbericht 2017

<https://www.kunstkultur.bka.gv.at/kunst-und-kultur-berichte>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Im Kunst- und Kulturbereich sind in nahezu sämtlichen Kategorien, die für die Wirkungsmessung ausschlaggebend sind, positive Trends zu verzeichnen. Beide Wirkungsziele wurden erreicht. Von den acht Kennzahlen konnte bei sechs ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt, eine Kennzahl planmäßig realisiert und eine Kennzahl überwiegend zielgerecht umgesetzt werden. Besonders positive Entwicklungen zeigen sich beispielsweise im Bereich der Einzelmobilitäten der Kunstschaffenden ins Ausland und bei der österreichweiten Sicherung einheitlicher Standards im Denkmalschutz. Auch in den Bereichen der Gleichstellung konnte die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortgeführt werden. 2017 wurde in der Einzelpersonenförderung die 50% Marke erreicht, wobei in einzelnen Förderbereichen, insbesondere im Bereich der Nachwuchsförderung, diese Marke sogar um 9% überschritten wurde. Auch der Trend der steigenden Anzahl an Besucherinnen und Besuchern in den Bundesmuseen konnte erfreulicherweise fortgesetzt werden.

Wirkungsziel Nr. 1

Nachhaltige Verankerung von zeitgenössischer Kunst in der Gesellschaft sowie Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen für Kunstschaffende

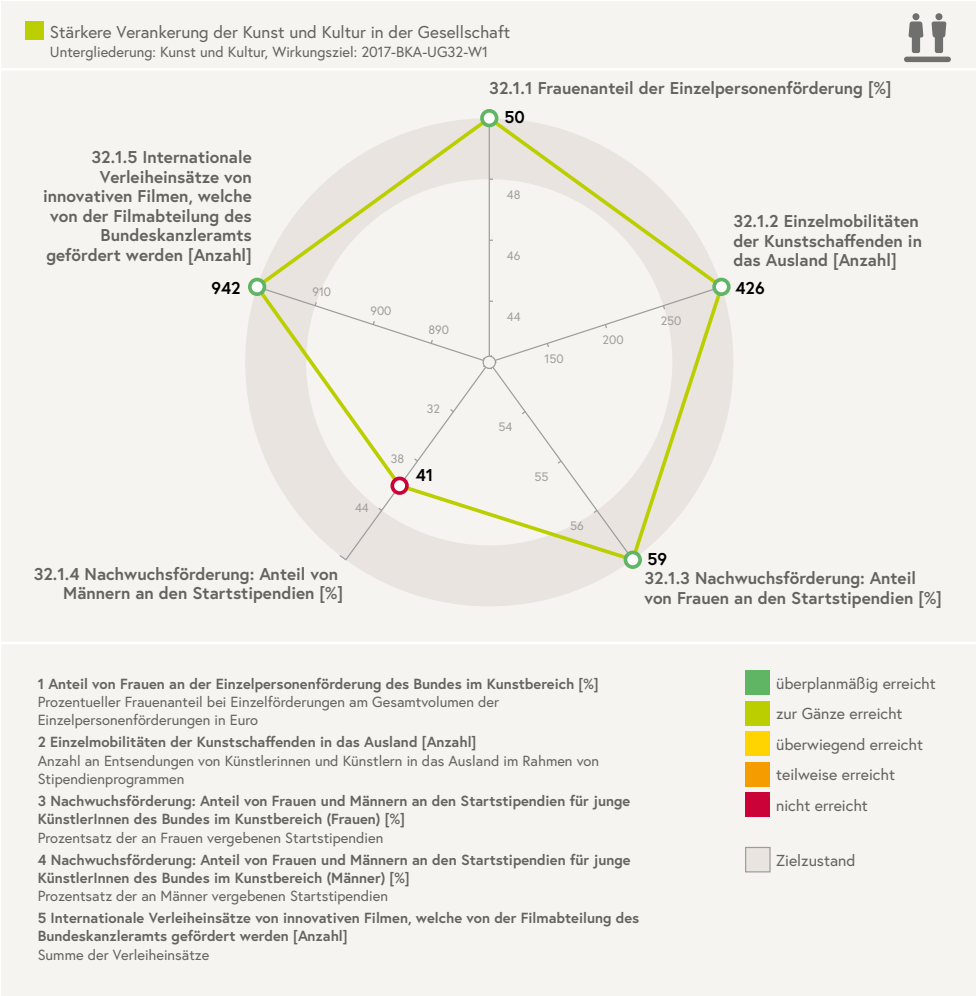


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-32-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Kunst ist Teil des österreichischen Selbstverständnisses und darüber hinaus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Freiheit des kulturellen und kreativen Schaffens ist nicht nur Voraussetzung für eine facettenreiche und qualitätsvolle Kunst- und Kulturlandschaft, sie ist zugleich eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Künstlerische Positionen zu Fragen unserer Zeit sind auch wichtige Beiträge zur Diagnose gesellschaftlicher Herausforderungen und zur Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit. Daher ist es besonders wichtig, stabile Rahmenbedingungen für Kunstschaffende und für die Entfaltung zeitgenössischer Kunst zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere auch die künstlerische Nachwuchsförderung und die Stärkung der Präsenz österreichischer Künstlerinnen und Künstler im Ausland sowie die gendergerechte Verteilung von Förderungsmitteln. Das Wirkungsziel entspricht der Entwicklung auf gesamteuropäischer Ebene, im Zuge derer der zeitgenössischen Kunst eine besondere Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zukommt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
32.1.1	ZIEL	47	47	47	48	48	49
	IST	47	49	49	49	50	
32.1.2	ZIEL	217	217	217	250	250	250
	IST	280	294	220	352	426	
32.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	60	57	56	55
	IST	57	63	65	53	59	
32.1.4	ZIEL	n. v.	n. v.	40	43	44	45
	IST	43	37	35	47	41	
32.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	896	903	910	910
	IST	931	896	900	941	942	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

32.1.1 Anteil von Frauen an der Einzelpersonenförderung des Bundes im Kunstbereich [%]

Im 10jährigen Vergleich zeigt sich, dass die genderspezifischen Maßnahmen greifen, die in der Sektion Kunst und Kultur gesetzt wurden. 2007 lag der Anteil der Frauen im Bereich der Einzelpersonenförderungen bezogen auf die ausgeschütteten Beträge über alle Sparten gesehen bei 43 %, 2017 lag der Wert bei 50 %.

32.1.2 Einzelmobilitäten der Kunstschaaffenden in das Ausland [Anzahl]

Die Anzahl der 2017 im Rahmen von Stipendienprogrammen ins Ausland entsandten Künstlerinnen und Künstler lag weit über dem angestrebten Zielwert. Vor allem im Bereich „Bildende Kunst“ hat sich der Bereich überdurchschnittlich gut entwickelt: 279 aller ins Ausland entsandten Kunstschaaffenden kamen aus dieser Sparte. Die Maßnahme leistet einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Vernetzung und Präsentation österreichischer Kunst im Ausland.

32.1.3 Nachwuchsförderung: Anteil von Frauen und Männern an den Startstipendien für junge KünstlerInnen des Bundes im Kunstbereich (Frauen) [%]

2017 wurden 56 von 95 Startstipendien an junge Künstlerinnen vergeben, wobei die Sparte „Bildende Kunst“ in diesem Jahr mit 74 % einen besonders hohen Anteil von Frauen aufweist und somit auch zum überdurchschnittlich hohen Prozentsatz von 59 beiträgt. Im Bereich „Musik und Darstellende Kunst“ wiederum liegt der Frauenanteil bei 46 %.

32.1.4 Nachwuchsförderung: Anteil von Frauen und Männern an den Startstipendien für junge KünstlerInnen des Bundes im Kunstbereich (Männer) [%]

2017 wurden 39 Startstipendien an junge Künstler vergeben, das entspricht einem Anteil von 41 %. Der Männeranteil gesamt lag damit knapp unterhalb des angestrebten Schwellenwertbereichs der Kennzahl (43 bis 50 %), weswegen der automatisch errechnete Zielerreichungsgrad „nicht erreicht“ zu relativieren wäre. Der Zielerreichungsgrad dieser Kennzahl wird bei der Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels 1 geringer gewichtet. Zu berücksichtigen ist der 2017 besonders hohe Anteil von Frauen bei der Vergabe von Startstipendien in der Sparte „Bildende Kunst“.

32.1.5 Internationale Verleiheinsätze von innovativen Filmen, welche von der Filmabteilung des Bundeskanzleramts gefördert werden [Anzahl]

Seit 2016 wird neben dem konventionellen Verleih an internationalen Kinos und Film-schauen auch der Anteil an Online-Verleihen in die Berechnung der Kennzahl aufgenommen, um das geänderte Userverhalten besser abzubilden. Daraus resultiert – wie im Vorjahr – die deutliche Abweichung zum nur auf dem konventionellen Verleih basierenden Planwert.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Von den fünf Kennzahlen, die zum Wirkungsziel beitragen, wurden vier überplanmäßig umgesetzt. Sehr positiv haben sich die genderspezifischen Maßnahmen der letzten Jahre ausgewirkt. Bei der Einzelpersonenförderung konnte ein Frauenanteil von 50 % erreicht werden. Die Anzahl der 2017 im Rahmen von Stipendienprogrammen ins Ausland entsandten Künstlerinnen und Künstler lag weit über dem angestrebten Zielwert, vor allem im Bereich Bildende Kunst. Auch die Maßnahmen, die zum Wirkungsziel beitragen – wie etwa Beratungsworkshops zum EU-Programm „Kreatives Europa“ – konnten planmäßig umgesetzt werden.

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein in der österreichischen Bundesverfassung verankertes Ziel. Es handelt sich dabei um eine Querschnittsmaterie, die von der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle zentral koordiniert wird. In diesen Prozess ist das Bundeskanzleramt laufend eingebunden.

Wirkungsziel Nr. 2



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-32-W0002.html

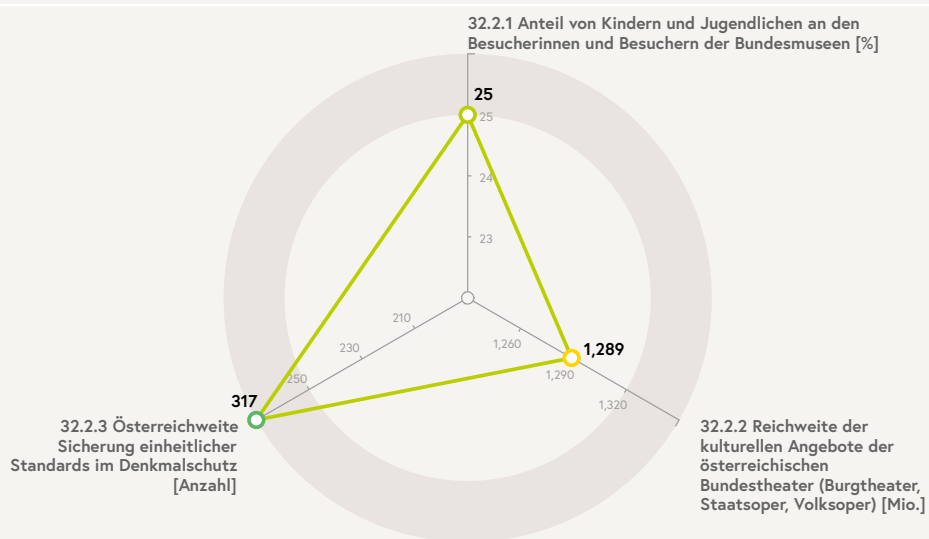
Nachhaltige Absicherung der staatlichen Kultureinrichtungen sowie Unterstützung derselben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, Absichern des kulturellen Erbes sowie Sicherstellen eines breiten Zugangs zu Kunst- und Kulturgütern für die Öffentlichkeit

Umfeld des Wirkungszieles

Das kulturelle Erbe Österreichs nachhaltig abzusichern und den Zugang der Öffentlichkeit zu Kunst und Kultur zu verbessern sind kontinuierliche Anstrengungen des Ressorts. Das Wirkungsziel entspricht auch der Entwicklung auf gesamteuropäischer Ebene. Mit dem Europäischen Kulturerbejahr 2018 wurde seitens der Europäischen Kommission ein Schwerpunkt unter dem Motto „Unser Erbe: Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft“ gesetzt. Kulturerbe hat außerdem wachsende Bedeutung als Querschnittsmaterie in vielen Politikbereichen wie etwa Bildung, Tourismus oder Kreativ- und Kulturwirtschaft. Maßnahmen im Bereich Baukultur und Denkmalschutz leisten wichtige Beiträge zu diesem Wirkungsziel. Mit der Einführung des Freien Eintritts für Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren in die Bundesmuseen und in die Österreichische Nationalbibliothek wurde im Jahr 2009 ein kulturpolitischer Schritt für niederschweligen Zugang zu Kunst und Kultur gesetzt, dessen Fortführung ein erklärtes Ziel ist.

Ergebnis der Evaluierung

Nachhaltige Absicherung von kulturellem Erbe und besserer Zugang zu Kunst- und Kulturgütern für die Öffentlichkeit.
 Untergliederung: Kunst und Kultur, Wirkungsziel: 2017-BKA-UG32-W2



1 Anteil von Kindern und Jugendlichen an den Besucherinnen und Besuchern der Bundesmuseen [%]

Prozentueller Anteil der unter 19-jährigen und in Österreich wohnhaften Besucherinnen und Besuchern in Bundesmuseen

2 Reichweite der kulturellen Angebote der österreichischen Bundestheater (Burgtheater, Staatsoper, Volksoper) [Mio.]

Summe der Besucherinnen und Besucher an Veranstaltungen der Bundestheater während der Spielzeit

3 Österreichweite Sicherung einheitlicher Standards im Denkmalschutz [Anzahl]

Anzahl der jährlichen Unterschutzstellungen durch das Bundesdenkmalamt

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
32.2.1	ZIEL	n. v.	25,0	25,0	25,0	25,0	n. v.
	IST	n. v.	25,0	23,4	25,0	25,0	
32.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1,320	1,320	1,320
	IST	n. v.	1,319	1,319	1,317	1,289	
32.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	250	250	250	250
	IST	523	226	167	319	317	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

32.2.1 Anteil von Kindern und Jugendlichen an den Besucherinnen und Besuchern der Bundesmuseen [%]

Die Bundesmuseen und die Österreichische Nationalbibliothek konnten 2017 über 5,6 Millionen Besucherinnen und Besucher zählen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um neuerliche 7%. Auch die Anzahl der Kinder und Jugendlichen (unabhängig vom Herkunftsland) konnte neuerlich um 1% gesteigert werden. Der Anteil der U19-Besucherinnen und -Besucher aus Österreich ist konstant geblieben. Neben dem Freien Eintritt für U19-Besucherinnen und -Besucher bieten die Bundesmuseen und die ÖNB ein breites Angebot an Vermittlungsprogrammen für Kinder und Jugendliche, das ebenfalls zur Attraktivität der Häuser für diese Zielgruppe beiträgt.

32.2.2 Reichweite der kulturellen Angebote der österreichischen Bundestheater (Burgtheater, Staatsoper, Volksoper) [Mio.]

Wie in den Vorjahren umfassten die Spielpläne der Bühnen in der Saison 2016/17 ein innovatives und pluralistisches Angebot in den Genres Oper, Operette, Musical, Ballett und Sprechtheater. Eine kürzlich durchgeführte Publikumsstudie zeigt einen sehr hohen Bekanntheitsgrad der österreichischen Bundestheater, hohe Zufriedenheit mit dem Angebot und eine hohe Wiederbesuchsabsicht. Niederschlag finden diese stabilen und erfreulichen Umstände in der Anzahl der Besucherinnen und Besucher, die in der Saison 2016/17 mit 1.298.483 im langjährigen Mittel liegt.

32.2.3 Österreichweite Sicherung einheitlicher Standards im Denkmalschutz [Anzahl]

Die Entwicklung des Bereich erfolgt kontinuierlich positiv, wodurch das Ziel 2017 überplanmäßig erreicht werden konnte. Dazu trug auch bei, dass Verfahren, die bereits im Jahr 2016 eingeleitet worden waren, im Jahr 2017 abgeschlossen wurden. Die Zahl der Unterschutzstellungen lag damit um 26,8% höher als der geplante Zielwert.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Beim gegenständlichen Wirkungsziel wurde eine Kennzahl überplanmäßig, eine planmäßig und eine überwiegend erreicht. Sehr positiv haben sich die Unterschutzstellungen im Denkmalschutz entwickelt, damit wird der Trend aus 2016 fortgesetzt. Die Bundesmuseen und die Österreichische Nationalbibliothek konnten 2017 über 5,6 Millionen Besucherinnen und Besucher zählen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um neuerliche 7%. Auch die Anzahl der Kinder und Jugendlichen (unabhängig vom Herkunftsland) konnte neuerlich um 1% gesteigert werden. Der Anteil der U19-Besucherinnen und -Besucher aus Österreich ist bei Fortführung des freien Eintritts für Kinder und Jugendliche in Bundesmuseen konstant geblieben. Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher in den Bundestheatern liegen bei konstant hohem künstlerischem Niveau des Angebots im langjährigen Durchschnitt. Die notwendige Finanzierung der Erfüllung des

kulturpolitischen Auftrags konnte durch ausgeglichene Mehrjahresplanungen (Dreijahresplanungen) im Bundestheaterkonzern mittelfristig sichergestellt werden. Auch weitere Maßnahmen, die zum Wirkungsziel beitragen – wie etwa die Eröffnung des Weltmuseums oder die Erstellung der Baukulturellen Leitlinien des Bundes – konnten planmäßig umgesetzt werden.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

UG 20
Arbeit

Leitbild der Untergliederung

Wir betreiben aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit sowie Förderung von Beschäftigung und sichern die Existenz der Arbeitslosen. Wir verbessern Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durch Bewusstseinsbildung und effiziente Durchsetzung des ArbeitnehmerInnenschutzes.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Das Jahr 2017 ist durch ein hohes wirtschaftliches Wachstum (BIP-Zuwachs real von +2,9%) und einem damit verbundenen hohen Beschäftigungswachstum gekennzeichnet. Die registrierte unselbständige Beschäftigung erhöhte sich im Jahresschnitt um rund +68.500, die selbständige Beschäftigung um rund +3.900. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank 2017 gegenüber 2016 um rund -17.300 im Jahresdurchschnitt. Damit erhöhte sich das unselbständige Arbeitskräftepotenzial 2017 um jahresdurchschnittlich rund +51.100. Diese günstige Entwicklung führte insgesamt dazu, dass die für das Jahr 2017 im BFG gesetzten Wirkungsziele betreffend Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten beinahe vollständig erreicht werden konnten. Diese positive Entwicklung führt aber auch vor Augen, dass die Aufschwungstendenzen am Arbeitsmarkt nicht alle Gruppen gleich ausgeprägt erreichen. So ist die registrierte Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe 50+ 2017 noch leicht angestiegen, ebenso die Arbeitslosigkeit von Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen. Bei den älteren Arbeitssuchenden spielt hier allerdings auch die Tatsache eine Rolle, dass diese erwerbstätigen Alterskohorten ansteigend sind, also auch absolut mehr ältere Personen am Erwerbsleben beteiligt sind. Ausdruck davon ist auch, dass die Registerarbeitslosenquote der Älteren 2017 bereits um -0,2%-Punkte gesunken ist. Ebenso ist es ein Faktum, dass gesundheitliche Vermittlungseinschränkungen mit höherem Alter häufiger auftreten. Als ein weiterer Problembereich ist anzuführen, dass 2017 die Langzeitbeschäftigungslosigkeit noch nicht signifikant gesenkt werden konnte. Auch ist die AMS Vormerkung von Personen mit Asylberechtigung oder subsidiärem Schutz merklich angewachsen. Im Jahr 2017 wiesen rund 44% der arbeitslos vorgemerkten Personen keinen oder maximal eine Pflichtschulausbildung aus, die Arbeitslosenquote für diesen Personenkreis betrug fast 25%. Somit verbleiben wichtige Handlungsfelder für die Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik.

Wirkungsziel Nr. 1

Schutz der Gesundheit und Sicherheit der ArbeitnehmerInnen

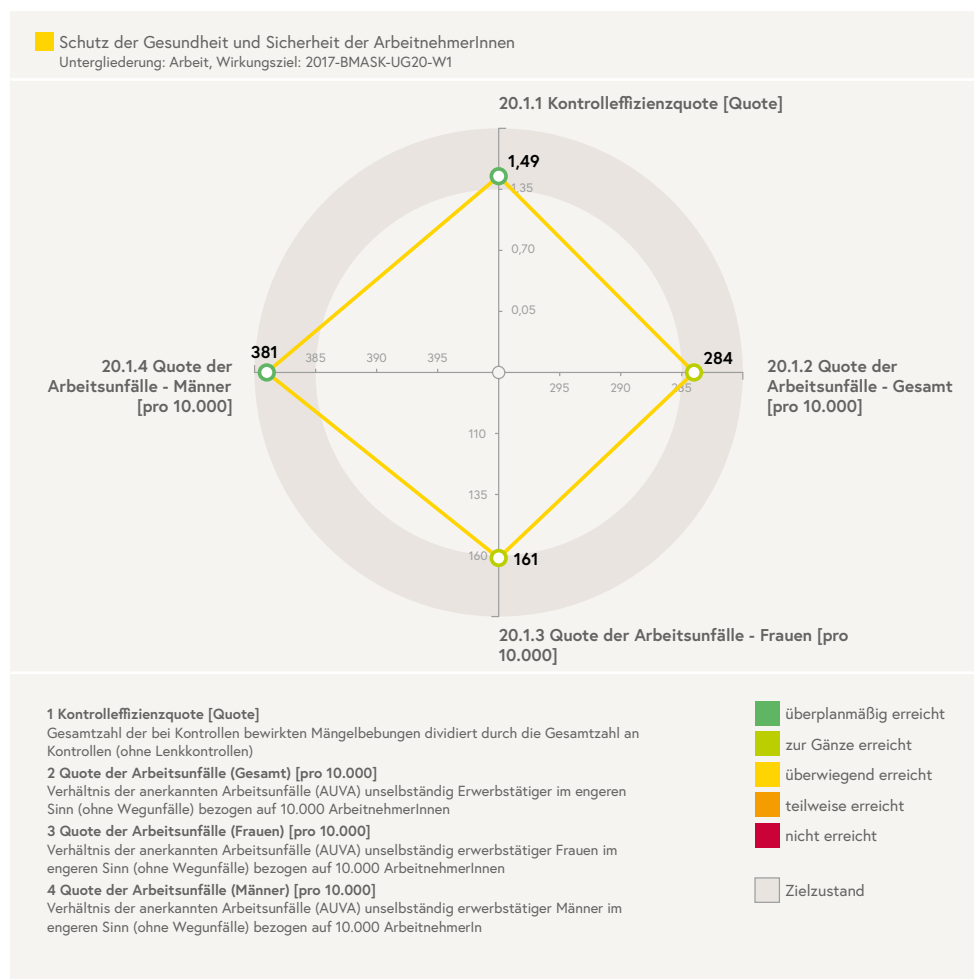
Umfeld des Wirkungszieles

Die Arbeitswelt befindet sich in einem umfassenden Wandel. Dazu zählen unter anderem der Strukturwandel, der verstärkt durch den Dienstleistungssektor und die Digitalisierung geprägt wird. Weiters sind komplexere Arbeitsanforderungen und ein verändertes Erwerbsverhalten festzustellen. Zudem führt der demografische Wandel dazu, dass die Herausforderungen der Arbeitswelt mit einer älteren Erwerbsbevölkerung bewältigt werden müssen. Die Betriebsstruktur in Österreich umfasst vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen, die oft auf Unterstützung angewiesen sind. Im Umfeld einer allgemeinen Entbürokratisierungsdebatte werden sowohl die Rechtsvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Arbeit als auch die Tätigkeit der Arbeitsinspektion politisch verstärkt hinterfragt. Für das Budget 2018/2019 wurde eine neue Kennzahl festgelegt, die auch die Wirkung der Beratung darstellen soll.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-20-W0001.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
20.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1,00	1,35	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	1,32	1,43	1,49	
20.1.2	ZIEL	≤350,0	≤300,0	290,0	290,0	285,0	283,0
	IST	305,2	300,3	288,0	286,6	284,0	
20.1.3	ZIEL	n. v.	170,0	170,0	170,0	160,0	160,0
	IST	165,7	165,0	161,0	162,1	161,0	
20.1.4	ZIEL	n. v.	430,0	410,0	410,0	385,0	383,0
	IST	417,1	408,6	390,0	385,6	381,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

20.1.1 Kontrolleffizienzquote [Quote]

Die Kontrolleffizienzquote ist gestiegen. Dies liegt insbesondere an der zielgerichteten Auswahl der zu kontrollierenden Unternehmen. Für das Budget 2018/2019 wurde ein neue Kennzahl festgelegt, die auch die Wirkung der Beratung darstellen soll.

20.1.2 Quote der Arbeitsunfälle (Gesamt) [pro 10.000]

Grundsätzlich sinkt die Arbeitsunfallquote in Österreich, wobei diese Senkung in den letzten Jahren sehr flach verlaufen ist. So ist eine Senkung der Arbeitsunfallquote fast ausschließlich durch die Reduktion der Arbeitsunfälle bei männlichen Beschäftigten möglich. Bei Frauen ist die Arbeitsunfallquote während der letzten Jahre vergleichsweise niedrig. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Männer häufiger in Branchen mit höheren Unfallgefahren arbeiten.

20.1.3 Quote der Arbeitsunfälle (Frauen) [pro 10.000]

Bei Frauen ist die Arbeitsunfallquote während der letzten zehn Jahre vergleichsweise stabil niedrig. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Frauen häufiger in Branchen mit niedrigeren Unfallgefahren arbeiten, womit das Verbesserungspotenzial gegenüber Männern etwas geringer ist.

20.1.4 Quote der Arbeitsunfälle (Männer) [pro 10.000]

Männer arbeiten häufiger in Branchen mit höheren Unfallgefahren. Insbesondere hier liegt Potenzial für eine weitere Senkung der Quote.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Zielerreichung erfolgt durch laufende Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dies wird durch eine Beseitigung von Schutzdefiziten erreicht, wozu die laufende Tätigkeit der Arbeitsinspektion im Rahmen von Kontrollen, Beratungen und Teilnahme an Ge-

nehmungsverfahrens als Partei beiträgt. Als Maßnahmen zur verstärkten Zielerreichung werden angewandt: Eine effiziente Gestaltung und Steuerung der Kernleistungserbringung der Arbeitsinspektion, verstärkte interdisziplinäre Kooperation mit relevanten Stakeholdern im Rahmen der ArbeitnehmerInnenschutzstrategie und Berücksichtigung der Breitenwirkung einschlägig aufbereiteter Fachinformationen über das Internet. Diese zielgerichteten Maßnahmen sind der Grund, warum das Wirkungsziel 2017 überwiegend erreicht wurde. Sie wurden deshalb auch in den Regelbetrieb übernommen.

Wirkungsziel Nr. 2

Verbesserung der Erwerbsintegration älterer ArbeitnehmerInnen (50+)

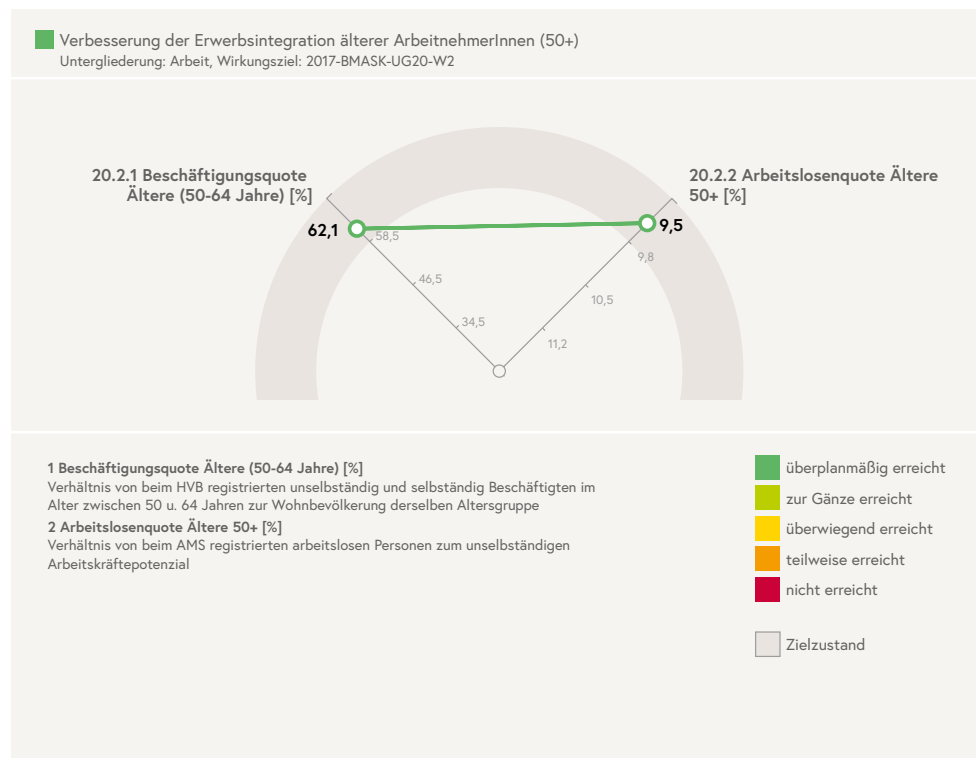
Umfeld des Wirkungszieles

Die unselbständige wie selbständige Beschäftigung von Personen mit 50 und mehr Jahren steigt in Österreich deutlich an, was sich auch in steigenden Beschäftigungsquoten niederschlägt. Die erhöhte Erwerbsbeteiligung resultiert zum einen aus dem Anstieg des durchschnittlichen faktischen Pensionsantrittsalters durch veränderte Pensionsregelungen. Und sie ist zum anderen ein Resultat davon, dass die Erwerbsquoten von Frauen derjenigen Kohorten, die das 50. Lebensjahr überschreiten, Jahr für Jahr höher werden, was im Wesentlichen auf eine veränderte gesellschaftliche Einstellung zur Erwerbsaktivität von Frauen zurückzuführen ist. Bei höherer Erwerbsbeteiligung erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass Personen einer Altersgruppe auch mit Arbeitslosigkeit konfrontiert werden. Im Falle von älteren Personen kommt hinzu, dass es zwar wie für alle anderen Altersgruppen zehntausende Arbeitsaufnahmen aus registrierter AMS-Vormerkung gibt (2017: 116.616), der Zeitraum bis zur Arbeitsaufnahme für Arbeitssuchende über 49 Jahren aber im Durchschnitt länger dauert. Wenn Arbeitslosigkeit eintritt, kann es für Teile dieser Gruppe von Arbeitssuchenden sehr schwierig werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hauptgründe hierfür sind unter anderem gesundheitliche Beeinträchtigungen und betriebliche Einstellpraxen. Deshalb erhöhte sich bei steigender Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen im Zeitraum 2015 bis 2017 gleichzeitig auch noch leicht die registrierte Arbeitslosigkeit dieser Personengruppe. Bei sowohl steigender Beschäftigung als auch steigender Arbeitslosigkeit sank die Register-Arbeitslosenquote der Altersgruppe 50+ 2017 auf 9,5% (-0,2%-Punkte gegenüber 2016).



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-20-W0002.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
20.2.1	ZIEL	≥51,50	≥56,00	≥57,00	≥58,00	≥58,50	≥66,00
	IST	55,00	56,4	58,6	60,4	62,1	
20.2.2	ZIEL	≤7,2	≤8,6	≤8,6	≤9,8	≤9,8	≤9,3
	IST	8,2	9,1	9,7	9,7	9,5	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

20.2.1 Beschäftigungsquote Ältere (50–64 Jahre) [%]

Wegen der im Vergleich zu den Wirtschafts- und Arbeitsmarktprognosen bei Festlegung der Ziele real günstigeren Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung führte der deutliche Zuwachs der Beschäftigungsquoten der Männer im Alter von 60 bis 64 Jahren und der Frauen im Alter von 55 bis 59 Jahren zu einem beschleunigten Gesamtzuwachs der Beschäftigungsquoten. Retrospektiv betrachtet wurde daher der im BFG 2016 definierte Zielwert bereits 2015 erreicht. Die Beschäftigungsquote Älterer erhöhte sich 2017 auf 62,1%. Für 2018 ist ein weiterer Anstieg zu erwarten.

20.2.2 Arbeitslosenquote Ältere 50+ [%]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Registerarbeitslosenquote der Personengruppe von 50 und mehr Jahren im Jahresdurchschnitt 6,6%. Im Jahr 2009 erhöhte sich diese Arbeitslosenquote auf 7,5%, dieser Wert wurde in der Folge erst 2013 mit 8,2% übertroffen, der Ist-Wert 2015 wie 2016 betrug 9,7%. Das Jahr 2017 markiert einen Wendepunkt: die Arbeitslosenquote Älterer sinkt auf 9,5%; das Sinken der Quote wird durch den starken Beschäftigungsanstieg in der Altersgruppe bewirkt.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Sowohl die angestrebten Beschäftigungskennzahlen des Wirkungsziels, als auch die Zielsetzung der Stabilisierung der Altersarbeitslosigkeit, gemessen an der Arbeitslosenquote, konnten überplanmäßig erreicht werden. Die eingesetzten Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsfähigkeit, wie gesundheitsfördernde Initiativen (fit2work), Qualifizierung von älteren ArbeitnehmerInnen, die Arbeitsvermittlung und die Ausweitung der AMS Beschäftigungsförderungen für Ältere wurden angenommen, reichten jedoch im Umfang nur knapp aus, um die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von älteren Arbeitssuchenden zu stabilisieren. Der Erfolg des Maßnahmeneinsatz ist zudem vor dem Hintergrund der Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials und des guten wirtschaftlichen Wachstums (BIP-Wachstum 2017 in Höhe von real 2,9%) zu sehen.

Wirkungsziel Nr. 3

Forcierung der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und in Folge dessen Senkung der Jugendarbeitslosigkeit

Umfeld des Wirkungszieles

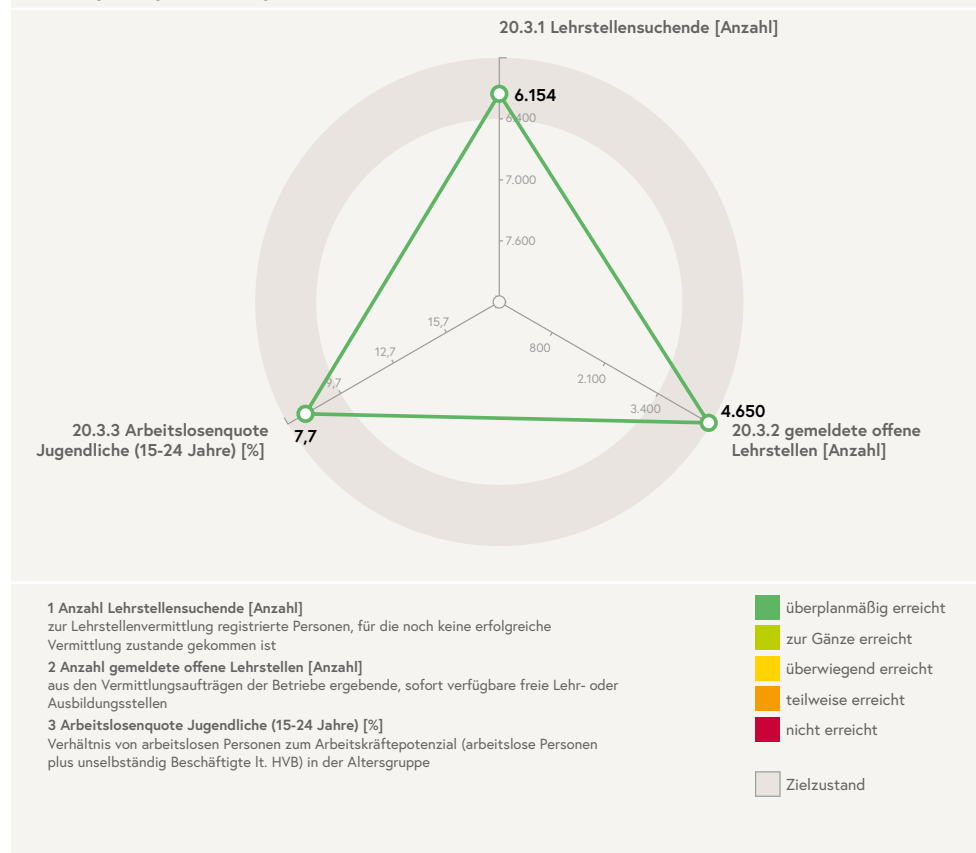
Sowohl die Zielsetzung der Gewährleistung eines garantierten Lehr- oder Ausbildungsplatzes für Jugendliche, als auch die Zielsetzung der Senkung der Arbeitslosenquote der Jugendlichen konnte überplanmäßig erreicht werden. Die betriebliche Lehrausbildung ist in einer Jahresdurchschnittsbetrachtung gemäß WKO-Statistik zwar seit 2008 im Sinken begriffen. Bei den Lehrlingen im ersten Lehrjahr ist aber seit Herbst 2016 wieder eine Steigerung zu erkennen. Die Zahl der überbetrieblichen Lehrausbildungen liegt seit 2010 relativ stabil bei rund 9.000 Personen im Jahresdurchschnitt, konnte von 2013 bis 2016 noch ausgeweitet werden und verzeichnete 2017 einen leichten Rückgang gegenüber 2016. Die registrierte Arbeitslosigkeit von jungen Menschen bis 25 Jahre verringerte sich im Jahresdurchschnitt 2017 um rund 14,5% gegenüber dem Vorjahr unterstützt durch Geburtenjahrgänge mit schwächerer quantitativer Besetzung und den initiierten Betreuungs- und Ausbildungsangeboten.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-20-W0003.html

Ergebnis der Evaluierung

■ Forcierung der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und in Folge dessen Senkung der Jugendarbeitslosigkeit
Untergliederung: Arbeit, Wirkungsziel: 2017-BMASK-UG20-W3



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
20.3.1	ZIEL	≤5.700	≤5.700	≤5.700	≤6.450	≤6.400	≤6.100
	IST	5.727	6.067	6.256	6.369	6.154	
20.3.2	ZIEL	≥3.400	≥3.400	≥3.400	≥3.350	≥3.400	≥4.200
	IST	3.420	3.244	3.335	3.717	4.650	
20.3.3	ZIEL	≤7,0	≤8,0	≤8,0	≤9,8	≤9,7	≤7,0
	IST	8,1	8,7	9,2	8,9	7,7	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

20.3.1 Anzahl Lehrstellensuchende [Anzahl]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Zahl der beim AMS zur Lehrstellenvermittlung registrierten, sofort verfügbaren Personen ohne Einstellungszusage im Jahresdurchschnitt 5.695. Im Jahr 2009 erhöhte sich dieser Wert auf 5.944. Diese Größenordnung wurde in der Folge erst 2014 mit 6.067 übertroffen, der Ist-Wert 2015 betrug 6.256 Lehrstellensuchende, mit leicht steigender Tendenz. Ohne überbetriebliche Lehrausbildung des AMS wäre dieser Wert jedoch deutlich höher, im Jahresdurchschnitt beteiligten sich rund 8.500 Personen an Lehrausbildungs-Lehrgängen im Rahmen dieser Einrichtungen. Im Jahr 2016 erhöhte sich die Zahl der jahresdurchschnittlich beim AMS Lehrstellensuchenden leicht auf 6.369, im Jahr 2017 sank sie auf 6.154.

20.3.2 Anzahl gemeldete offene Lehrstellen [Anzahl]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Zahl der beim AMS gemeldeten sofort verfügbaren offenen Lehrstellen im Jahresdurchschnitt 3.633. Im Jahr 2009 verringerte sich dieser Wert auf 3.279. Die Größenordnung der jahresdurchschnittlich gemeldeten offenen Lehrstellen ist im Mehrjahresvergleich relativ stabil. Im Jahr 2016 betrug der jahresdurchschnittliche Wert an sofort verfügbaren beim AMS gemeldeten offenen Lehrstellen 3.717. Im Jahr 2017 gab es jahresdurchschnittlich 4.650 beim AMS gemeldete offene Lehrstellen, was den Höchstwert in der jüngeren Vergangenheit darstellt.

20.3.3 Arbeitslosenquote Jugendliche (15–24 Jahre) [%]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Registerarbeitslosenquote der Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 6,3%. Im Jahr 2009 erhöhte sich diese Arbeitslosenquote auf 8,1%, dieser Wert wurde in der Folge erst 2013 mit 8,1% wieder erreicht, der Ist-Wert 2015 beträgt 9,2%, der Ist-Wert 2016 sinkt auf 8,9% Jugendarbeitslosenquote und im Jahr 2017 auf 7,7%.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Zielsetzung eines garantierten Lehr- oder Ausbildungsplatzes konnte durch die vom AMS finanzierte Bereitstellung der überbetrieblichen Lehrausbildungsplätze erreicht werden. Zusätzlich wurde als vorbereitendes Angebot für einen (Wieder-)Einstieg in den Ausbildungsbereich der Ausbau der Produktionsschulen in enger Kooperation zwischen Sozialministeriumservice und AMS forciert. Die gesetzten Maßnahmen und der Instrumenteneinsatz vom Jugendcoaching, über die Produktionsschulen bis hin zu den überbetrieblichen Lehrausbildungs-Lehrgängen haben sich grundsätzlich bewährt. Ein weiterer Schritt zur Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung ist die Ausbildungsverpflichtung bis zum 18. Lebensjahr. Trotz der teilweisen Erfolge bleibt die Integration in den ersten Arbeitsmarkt vor allem für Jugendliche mit geringer oder fehlender Ausbildung über den Pflichtschulabschluss hinaus eine gesellschaftliche Herausforderung.



wirkungsmonitoring.
gv.at/2017-BMASK-UG-
20-W0004.html

Wirkungsziel Nr. 4

Dämpfung negativer Auswirkungen einer abgeschwächten Konjunktur auf die Arbeitslosigkeit und in weiterer Folge langfristige Senkung der Arbeitslosigkeit

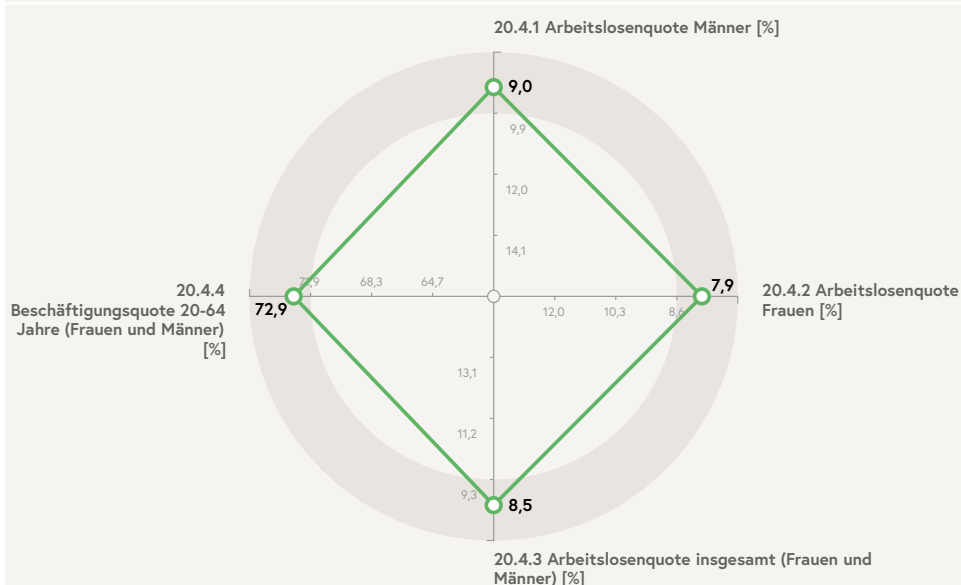
Umfeld des Wirkungszieles

Die unselbständige wie selbständige Beschäftigung steigt in Österreich deutlich an, was sich auch in steigenden Beschäftigungsquoten niederschlägt. Das Arbeitsangebot erhöhte sich zudem durch veränderte Pensionszugangsregelungen und Zuwanderung zusätzlich.

Bei höherer allgemeiner Erwerbsbeteiligung erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass Personen auch mit Arbeitslosigkeit konfrontiert werden. Im Falle von älteren Personen kommt hinzu, dass der Zeitraum bis zur Arbeitsaufnahme für Arbeitssuchende aber im Durchschnitt länger dauert. Wenn Arbeitslosigkeit eintritt, kann es für Teile dieser Gruppe und für gering qualifizierte Arbeitssuchende sehr schwierig werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bei den Jugendlichen sinkt die Zahl der Arbeitssuchenden jedoch infolge schwächerer Jahrgangskohorten bereits ab 2016. Bei insgesamt deutlich steigender Beschäftigung sank 2017 auch die registrierte Arbeitslosigkeit inklusive AMS Schulungsteilnahmen um rund 3 %, die Arbeitslosenquoten reduzierten sich somit ebenso und waren für die Gruppe der Jugendlichen bereits merklich rückläufig. Die Zielsetzungen 2017 bei den Arbeitslosenquoten konnten vollständig erreicht werden.

Ergebnis der Evaluierung

■ Dämpfung negativer Auswirkungen einer abgeschwächten Konjunktur auf die Arbeitslosigkeit
Untergliederung: Arbeit, Wirkungsziel: 2017-BMASK-UG20-W4



1 Arbeitslosenquote Männer [%]

Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. HVB) - Männer

2 Arbeitslosenquote Frauen [%]

Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. HVB) - Frauen

3 Arbeitslosenquote insgesamt (Frauen und Männer) [%]

Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. HVB)

4 Beschäftigungsquote 20-64 Jahre (Frauen und Männer) [%]

Verhältnis von beim HVB registrierte unselbständ. u. selbstständige Beschäftigte im Alter zwischen 20 und 64 Jahren zur Wohnbevölkerung der selben Altersgruppe

- überplanmäßig erreicht
- zur Gänze erreicht
- überwiegend erreicht
- teilweise erreicht
- nicht erreicht

□ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
20.4.1	ZIEL	≤7,40	≤8,50	≤8,50	≤9,90	≤9,90	≤8,30
	IST	8,2	9,0	9,8	9,7	9,0	
20.4.2	ZIEL	≤6,50	≤7,50	≤7,50	≤8,70	≤8,60	≤7,40
	IST	7,0	7,6	8,3	8,3	7,9	
20.4.3	ZIEL	≤7,00	≤7,90	≤7,90	≤9,40	≤9,30	≤7,90
	IST	7,6	8,4	9,1	≤9,1	8,5	
20.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	≥71,80	≥71,9	≥73,90
	IST	71,4	71,5	71,6	71,9	72,9	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

20.4.1 Arbeitslosenquote Männer [%]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Registerarbeitslosenquote der Männer im Jahresdurchschnitt 6,1%. Im Jahr 2009 erhöhte sich diese Arbeitslosenquote auf 8,0%, dieser Wert wurde in der Folge erst 2013 mit 8,2% übertroffen, der Ist-Wert 2015 beträgt 9,8%, 2016 9,7%. 2017 sank die Arbeitslosenquote der Männer deutlich auf 9,0%.

20.4.2 Arbeitslosenquote Frauen [%]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Registerarbeitslosenquote der Frauen im Jahresdurchschnitt 5,6%. Im Jahr 2009 erhöhte sich diese Arbeitslosenquote auf 6,4%, dieser Wert wurde in der Folge erst 2012 mit 6,5% übertroffen, der Ist-Wert 2015 und 2016 beträgt 8,3%. Im Jahr 2017 sank die Arbeitslosenquote der Frauen deutlich auf 7,9%.

20.4.3 Arbeitslosenquote insgesamt (Frauen und Männer) [%]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Registerarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 5,9%. Im Jahr 2009 erhöhte sich diese Arbeitslosenquote auf 7,4%, dieser Wert wurde in der Folge erst 2013 mit 7,6% übertroffen, der Ist-Wert 2015 und 2016 beträgt 9,1%. Im Jahr 2017 sank die Arbeitslosenquote (Männer und Frauen) deutlich auf 8,5%.

20.4.4 Beschäftigungsquote 20–64 Jahre (Frauen und Männer) [%]

Die Beschäftigungsquote auf Registerdatenbasis der 20- bis 64-Jährigen betrug 2015 71,6%, 2016 71,9% und erhöhte sich 2017 auf 72,9%. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind die Altersgruppen zwischen 50 und 64 Jahren.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Erfolg der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist vor dem Hintergrund der Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials einerseits und des deutlich höheren wirtschaftlichen Wachstums andererseits zu beurteilen. Das BIP-Wachstum 2017 fiel mit real +2,9% beinahe doppelt so hoch aus wie im Jahr 2016 (+1,5%). Dieses verbesserte Wirtschaftswachstum ermöglichte einen größeren Beschäftigungszuwachs als angenommen, was wiederum wesentlich die Erreichung der BFG-Ziele hinsichtlich der Arbeitslosenquoten unterstützte. Die klassischen Instrumente der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wie die Höherqualifizierung von Arbeitssuchenden, die gezielte Arbeitsvermittlung und temporäre Lohnzuschüsse für die Einstellung von Arbeitslosen konnten in diesem Umfeld noch nicht verhindern, dass die absolute Zahl der älteren Arbeitssuchenden im Jahresdurchschnitt weiter anstieg, wiewohl im zweiten Halbjahr 2017 auch hier eine Trendwende zu verzeichnen ist. Die Arbeitslosenquoten waren 2017 wegen der verbesserten Beschäftigungslage bereits durchgehend sinkend.

Wirkungsziel Nr. 5

Frauen und Wiedereinsteigerinnen werden verstärkt am Erwerbsleben beteiligt

Umfeld des Wirkungszieles

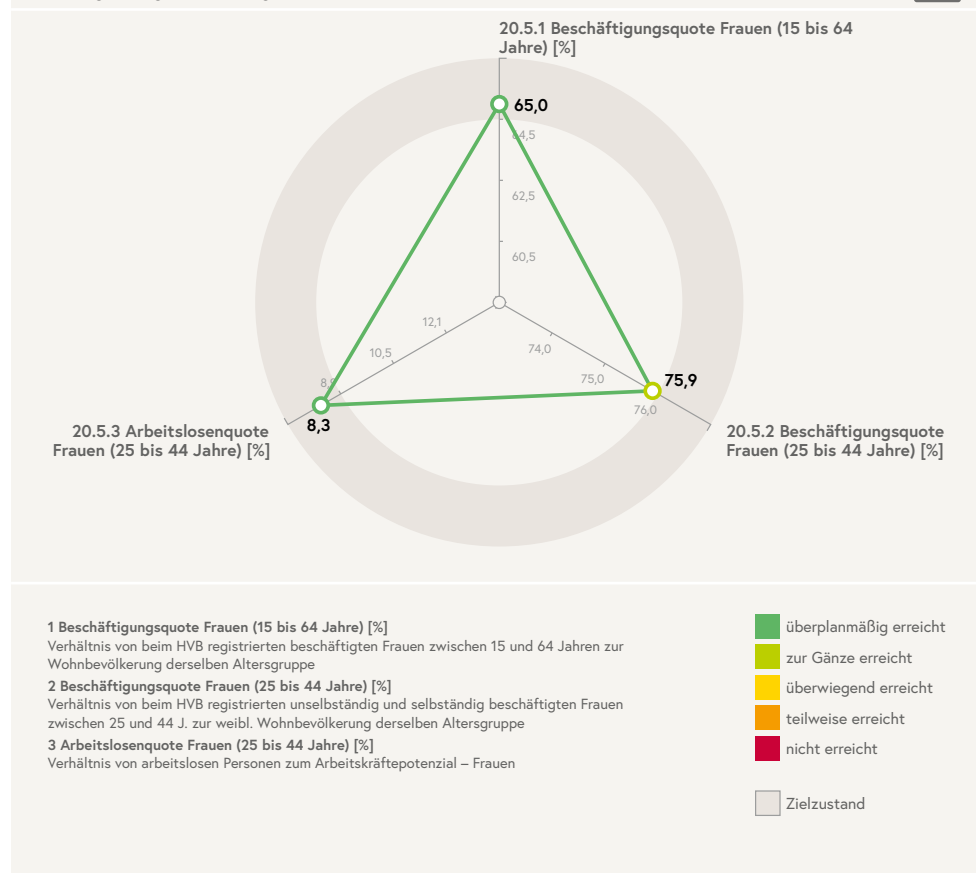
Die unselbständige wie selbständige Beschäftigung von Frauen steigt in Österreich deutlich an, was sich auch in steigenden Beschäftigungsquoten niederschlägt. Frauen mittleren und älteren Alters weisen eine höhere Erwerbsbeteiligung auf als in den Generationen davor, was im Wesentlichen auf eine veränderte gesellschaftliche Einstellung zur Erwerbsaktivität von Frauen zurückzuführen ist. Jüngere Frauen verbleiben hingegen tendenziell länger im Bildungssystem. Bei höherer Erwerbsbeteiligung erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass Personen mit Arbeitslosigkeit konfrontiert werden. Im Falle von älteren Personen kommt hinzu, dass der Zeitraum bis zur Arbeitsaufnahme für Arbeitsuchende im Durchschnitt länger dauert. Wenn Arbeitslosigkeit eintritt, kann es für Teile dieser Gruppe und für gering qualifizierte Arbeitssuchende sehr schwierig werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bei deutlich steigender Frauen-Beschäftigung sank 2017 auch die registrierte Arbeitslosigkeit inklusive AMS Schulungsteilnahmen um rund 1,8 %, die Arbeitslosenquoten reduzierten sich somit ebenso. Die Zielsetzung 2017 bei der Arbeitslosenquote konnte vollständig erreicht werden. Das Beschäftigungsquotenziel für die Frauen der Altersgruppe 25 bis 44 Jahre konnte annähernd erreicht werden, das Ziel für die Altersgruppe 15 bis 64 Jahre vollständig erreicht werden.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-20-W0005.html

Ergebnis der Evaluierung

■ Frauen und Wiedereinsteigerinnen werden verstärkt am Erwerbsleben beteiligt
 Untergliederung: Arbeit, Wirkungsziel: 2017-BMASK-UG20-W5



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
20.5.1	ZIEL	≥61,50	≥63,60	≥64,00	≥64,50	≥64,50	≥65,50
	IST	63,3	63,5	63,8	64,1	65,0	
20.5.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	≥76,00	≥76,0	≥76,00
	IST	77,1	76,7	76,2	75,7	75,9	
20.5.3	ZIEL	≤6,50	≤7,50	≤7,50	≤8,70	≤8,90	≤7,80
	IST	7,2	7,9	8,6	8,8	8,3	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

20.5.1 Beschäftigungsquote Frauen (15 bis 64 Jahre) [%]

Insbesondere der deutliche Zuwachs der Beschäftigungsquote der Frauen im Alter von 50 bis 60 Jahren beschleunigte den Gesamtzuwachs der Beschäftigungsquote.

20.5.2 Beschäftigungsquote Frauen (25 bis 44 Jahre) [%]

Die Beschäftigungsquote auf Registerdatenbasis der Frauen in der Altersgruppe 25 bis 44 Jahre ist in mittelfristiger Perspektive annähernd stabil um den Wert von 76 % schwankend. Insbesondere in der Gruppe der 30- bis 34-jährigen Frauen sinkt die Erwerbsbeteiligung, weil in höherem Maße Karenzierungen zu verzeichnen sind.

20.5.3 Arbeitslosenquote Frauen (25 bis 44 Jahre) [%]

Auf dem Vorkrisenniveau 2008 betrug die Registerarbeitslosenquote der Frauen in der Altersgruppe 25 bis 44 Jahre im Jahresdurchschnitt 5,7 %. Im Jahr 2009 erhöhte sich diese Arbeitslosenquote auf 6,5 %. Dieser Wert wurde in der Folge erst 2012 mit 6,7 % übertroffen und erreichte 2016 mit 8,8 % einen Höchstwert. Im Jahr 2017 war ein deutlicher Rückgang auf 8,3 % Registerarbeitslosenquote zu verzeichnen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Vor dem Hintergrund des deutlich höheren Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums 2017 und den gesetzten wirtschaftspolitischen Initiativen sowie arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sank die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit 2017 inklusive AMS Schulungsteilnahmen von Frauen aller Altersgruppen um rund 1,8 %. Die Arbeitslosigkeit von Frauen ab 45 Jahren erhöhte sich noch leicht gegenüber dem Vorjahr 2016. Die Arbeitslosenquoten waren 2017 wegen der verbesserten Beschäftigungslage bereits durchgehend sinkend.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

UG 21

Soziales und Konsumentenschutz

Leitbild der Untergliederung

Wir sorgen für die Verfügbarkeit eines vielfältigen und bedarfsgerechten Angebots an Pflege und Betreuung und für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung – insbesondere durch berufliche Integration. Wir unterstützen VerbraucherInnen, indem wir ihre Rechtsposition gegenüber Unternehmen stärken und ihre Rechte durchsetzen. Wir arbeiten für eine gerechte Teilhabe von armutsgefährdeten und von Ausgrenzung bedrohter Menschen.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Die Reduktion von armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen im Rahmen der EU-2020 Strategie ist auch nach Beendigung der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Rückgang der Arbeitslosigkeit eine große Herausforderung. Die Zahl der Haushalte mit geringer Erwerbsbeteiligung stagniert auf hohem Niveau, als Teilgruppe der EU-2020-Strategie hat dies Auswirkungen auf die Zielerreichung. Trotz der hohen Umverteilung durch die öffentliche Hand über Sozialleistungen, konnten im Jahr 2017 keine weiteren Personen aus Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung geführt werden: Mit der Reduktion von 136.000 Personen im Beobachtungszeitraum ging die Zahl gegenüber dem Vorjahr leicht zurück und damit hat sich Österreich von der Erreichung des EU-2020 Ziels etwas entfernt. Die qualitätsvolle Pflege und Betreuung konnte gesichert werden. Sie wird in Anbetracht der demographischen Entwicklung auch in Zukunft eine zentrale Herausforderung darstellen. Insgesamt gestaltet sich die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt angesichts der konjunkturellen und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen weiterhin sehr schwierig. Im Bereich Konsumentenschutz erfolgt die Rechtsgestaltung in weiten Teilen durch europäische Rechtsakte, wobei durchaus Spielräume für die nationale Umsetzung vorhanden sind. Was die gerichtliche Durchsetzung betrifft, zeigt sich, dass auch diese einen maßgeblichen Beitrag zur Klärung von Rechtsfragen und damit zur Rechtsfortbildung beiträgt. Sie kann aber auch Defizite aufdecken, die den Bedarf an weiterer Rechtsgestaltung im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sichtbar machen.

Wirkungsziel Nr. 1

Sicherung und Weiterentwicklung des Pflegevorsorgesystems (insb. Pflegegeld, Pflegekarenzgeld und Förderung der 24-Stunden Betreuung), um durch eine qualitätsvolle Betreuung und Pflege den betroffenen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und deren Angehörige zu unterstützen

Umfeld des Wirkungszieles

Zur Erreichung der im Regierungsabkommen formulierten Zielsetzungen werden die finanziellen Mittel vor allem zur nachhaltigen Finanzierung der Langzeitpflege und deren qualitätsvollen Weiterentwicklung, wie etwa durch Maßnahmen zur Unterstützung der pflegenden Angehörigen und der Förderung der 24-Stunden-Betreuung, eingesetzt. Im Jahr 2017 hatten im Monatsdurchschnitt 456.650 Personen – das sind mehr als 5 % der österreichischen Bevölkerung – einen Anspruch auf Pflegegeld, 25.300 Personen haben im Monatsdurchschnitt eine Förderung der 24-Stunden-Betreuung erhalten. Herausforderungen für die kommenden Jahre stellen nach wie vor die demografische Entwicklung und damit einhergehend längere Phasen der Pflegebedürftigkeit, die Zunahme der Anzahl von Personen mit demenziellen Beeinträchtigungen und das Erfordernis von Maßnahmen zur Prävention durch eine verstärkte Gesundheitsförderung, dar. Überdies wird auf die veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen durch die Zunahme von Singlehaushalten und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen und einem damit verbundenen Rückgang der informellen Pflege Bedacht zu nehmen sein. Im Regierungsprogramm ist eine Erhöhung des Pflegegeldes ab der Pflegegeldstufe 4 vorgesehen. In weiterer Folge soll eine Wertsicherung durch eine jährliche Valorisierung angestrebt werden. In Umsetzung der Empfehlungen der parlamentarischen Enquete-Kommission „Würde am Ende des Lebens“ wurde zur Koordination im Bereich Hospiz- und Palliativ-care vom Ministerrat am 15.12.2015 ein Hospiz- und Palliativforum eingesetzt. Aufgabe dieses ist u. a. die Mitarbeit bei der Entwicklung einer Regelfinanzierung für Hospiz- und Palliativeinrichtungen, was letztendlich eine Verbesserung der Situation betroffener Menschen herbeiführen soll.

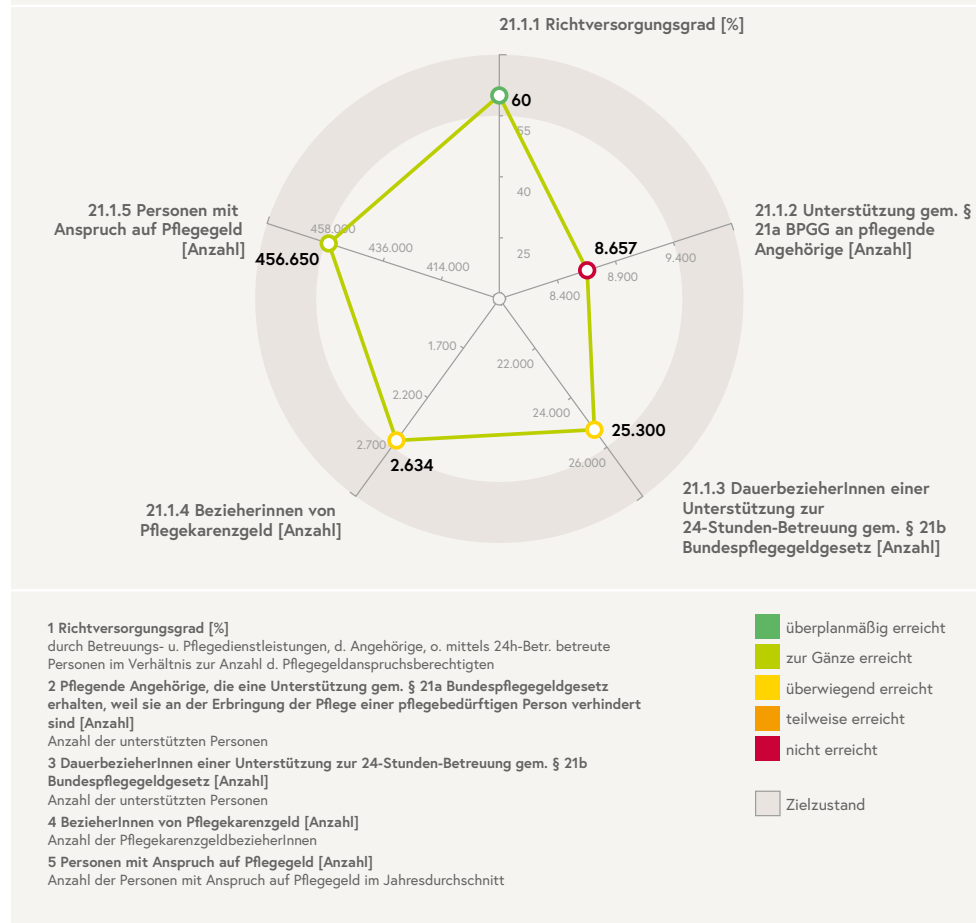


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-21-W0001.html

Ergebnis der Evaluierung

■ Sicherung und Weiterentwicklung des Pflegevorsorgesystems (insb. Pflegegeld, Pflegekarenzgeld und Förderung der 24-Stunden Betreuung)

Untergliederung: Soziales und Konsumentenschutz, Wirkungsziel: 2017-BMASK-UG21-W1



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
21.1.1	ZIEL	n. v.	55	55	55	55	60
	IST	n. v.	55	55	55	60	
21.1.2	ZIEL	7.200	9.200	9.200	9.200	9.400	9.300
	IST	9.064	9.200	8.645	8.964	8.657	
21.1.3	ZIEL	<15.000	<18.000	<20.000	<24.000	<26.000	26.700
	IST	16.600	19.300	21.900	23.800	25.300	
21.1.4	ZIEL	n. v.	2.500	2.500	2.500	2.700	2.700
	IST	n. v.	2.321	2.577	2.616	2.634	
21.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	456.000	458.000	460.000
	IST	n. v.	n. v.	455.298	454.897	456.650	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

21.1.1 Richtversorgungsgrad [%]

Mit der Verlängerung des Pflegefonds, BGBl. I Nr. 22/2017, wurde der bis dahin geltende Zielwert von 55% auf 60% erhöht. Dieser Zielwert wurde von allen Ländern erreicht bzw. überschritten.

21.1.2 Pflegende Angehörige, die eine Unterstützung gem. § 21a Bundespflegegeldgesetz erhalten, weil sie an der Erbringung der Pflege einer pflegebedürftigen Person verhindert sind [Anzahl]

Mit Wirkung vom 1. Jänner 2017 wurden die jährlichen Höchstzuwendungen für nahe Angehörige, die eine minderjährige pflegebedürftige Person oder eine Person mit demenzieller Beeinträchtigung pflegen um € 300.- erhöht, sodass die jährliche Höchstzuwendung bis zu € 2.500.- betragen kann. Damit soll den besonderen Belastungen der Angehörigen, die diesen Personenkreis pflegen und betreuen, Rechnung getragen werden. Dadurch ist auch eine Zunahme der Anzahl von Personen, die eine Zuwendung erhalten werden, zu erwarten. Infolge einer Systemumstellung im Sozialministeriumservice von Fonds-SAP auf HV-SAP mit 1.1.2018 musste aus organisatorisch erforderlichen Gründen die Eingabemöglichkeit in das frühere System mit 5.12.2017 beendet werden. Der Ist-Zustand 2017 von 8.657 Zuwendungen beinhaltet daher nur die von 1.1.2017 bis 4.12.2017 gewährten Zuwendungen, weshalb der Vergleich mit den Vorjahren nicht aussagekräftig ist.

21.1.3 DauerbezieherInnen einer Unterstützung zur 24-Stunden-Betreuung gem. § 21b Bundespflegegeldgesetz [Anzahl]

Auch im Jahr 2017 wurde die 24-Stunden-Betreuung gut angenommen. Mit durchschnittlich 25.300 BezieherInnen pro Monat im Jahr 2017 lag die Prognose in der Mitte des angenommenen unteren und oberen Schwellenwertes.

21.1.4 BezieherInnen von Pflegekarenzgeld [Anzahl]

Der angestrebte Zielzustand wurde nicht ganz erreicht, weil Pflegekarenz, Pflegezeit, Familienhospizkarenz und Familienhospizzeit in etwas geringerem Ausmaß in Anspruch genommen wurden als erwartet. Trotzdem ist eine geringfügige Steigerung im Vergleich zum Jahr 2016 festzustellen.

21.1.5 Personen mit Anspruch auf Pflegegeld [Anzahl]

Im Jahr 2015 bezogen durchschnittlich 455.298 pflegebedürftige Personen ein Pflegegeld, im Jahr 2016 durchschnittlich 454.987. Die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher eines Pflegegeldes ist im Jahr 2017 weiterhin gestiegen und betrug 456.650. Die Leistung wurde von mehr pflegebedürftigen Menschen in Anspruch genommen, allerdings nicht im prognostizierten Ausmaß. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist mit einer Zunahme in den nächsten Jahren zu rechnen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Um die in Österreich bestehende sehr gute Qualität in der Langzeitpflege abzusichern und weiterzuentwickeln wurden bereits in den vergangenen Jahren mehrere Maßnahmen gesetzt, wie etwa kostenlose pensionsversicherungsrechtliche Absicherung für pflegende Angehörige ab der Pflegegeldstufe 3; Möglichkeit einer Pflegekarenz und Pflegezeit mit einem Rechtsanspruch auf ein Pflegekarenzgeld; Gewährung von Zuwendungen zu den Kosten für die Ersatzpflege bei Verhinderung der Hauptpflegeperson; Hausbesuche bei PflegegeldbezieherInnen im Rahmen der Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege durch diplomierte Pflegefachkräfte, seit 1.1.2015 auch auf Wunsch der Betroffenen; Durchführung von Angehörigengesprächen bei psychischen Belastungen pflegender Angehöriger; Entwicklung einer Demenzstrategie; Erhöhung des Pflegegeldes um 2% mit Wirkung vom 1. Jänner 2016. Für eine einheitliche Beurteilung des Pflegebedarfs von Kindern und Jugendlichen und aus Gründen der Rechtssicherheit wurde eine eigene Verordnung über die Beurteilung des Pflegebedarfs von Kindern und Jugendlichen (Kinder-Einstufungsverordnung zum Bundespflegegeldgesetz – Kinder-EinstV), die mit Wirkung vom 1. September 2016 in Kraft getreten ist, erlassen. Als wichtiger Schritt erfolgt auch die weitere Umsetzung der Demenzstrategie. Was die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger betrifft, wurde vom Sozialministerium eine Studie zur „Situation pflegender Angehöriger“ an die Institute für Pflegewissenschaft und Soziologie an der Universität Wien in Auftrag gegeben. Die Studie fokussiert darauf, eine Größenordnung über die Anzahl und umfassende Beschreibung der Gruppe pflegender Angehöriger, die Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen für pflegebedürftige Personen im häuslichen Umfeld als auch im stationären Setting übernehmen und im städtischen und ländlichen Bereich leben, zu schaffen. Besonderes Augenmerk wird insbesondere auch auf die Situation, Betreuung und den Umgang mit demenziell beeinträchtigten Personen gelegt. Auf Grund der am 1.1.2017 in Kraft getretenen Novelle zum Pflegefondsgesetz werden für die Erweiterung der Angebote der Hospiz- und Palliativbetreuung für die Dauer der Finanzausgleichsperiode 2017 bis 2021 zusätzlich 18 Millionen Euro jährlich zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln soll auch ein weiterer Schritt gesetzt werden, um Menschen ein würdevolles Sterben auch in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Wirkungsziel Nr. 2

Verstärkung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt, um in der Gleichstellung behinderter Menschen in allen Bereichen des Lebens weitere Verbesserungen zu erzielen

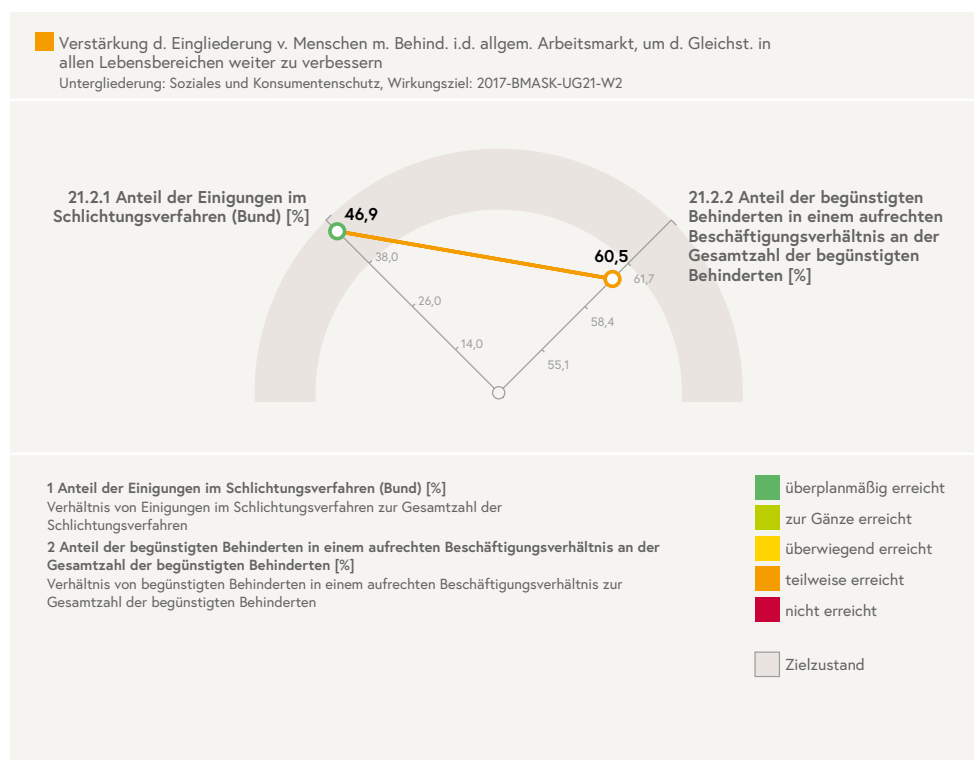


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-21-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Berufliche Teilhabe ist ein wesentlicher Parameter um weiterführend soziale und umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Menschen mit Behinderung sind trotz genereller Entspannung am Arbeitsmarkt überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
21.2.1	ZIEL	50,0	40,0	42,0	33,0	38,0	38,0
	IST	38,0	31,0	42,0	35,5	46,9	
21.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	61,9	61,7	62,0
	IST	63,0	62,7	62,3	61,0	60,5	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

21.2.1 Anteil der Einigungen im Schlichtungsverfahren (Bund) [%]

Der Anteil der Einigungen im Schlichtungsverfahren hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab, die vom Sozialministerium nicht beeinflusst werden können. Wenn man die längerfristige Entwicklung betrachtet, bewegt sich die Einigungsquote meist zwischen 40 und 50 %. Die niedrigen Werte 2014 (31 %) und 2016 (rd. 35 %) dürften „Ausreißer nach unten“ sein.

21.2.2 Anteil der begünstigten Behinderten in einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis an der Gesamtzahl der begünstigten Behinderten [%]

Positive Wirtschaftsentwicklungen schlagen sich bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung verzögert nieder. Angesichts der weiterhin positiven Wirtschaftsprognosen ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung zu erwarten.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Bei den Schlichtungsverfahren konnte das Ziel überplanmäßig erfüllt werden. Im Bereich der beruflichen Teilhabe waren trotz Ausbau und Weiterentwicklung der Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen diese Personen auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Situation überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Umschwung ist angesichts der Wirtschaftsentwicklung zu erwarten. Außerdem legt das Regierungsprogramm für die XXVI. GP einen Schwerpunkt auf die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und sieht hierfür eine Vielzahl von Maßnahmen vor.

Wirkungsziel Nr. 3

Verbesserung der Chancen von Frauen mit Behinderung auf Einstellung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

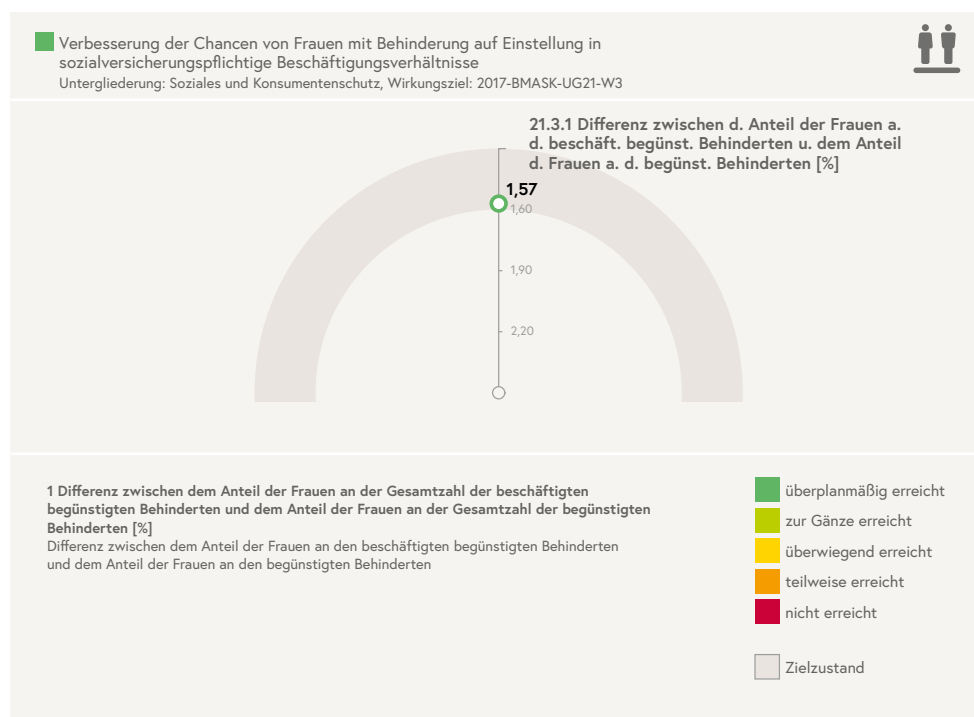


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-21-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Menschen mit Behinderung sind trotz genereller Entspannung am Arbeitsmarkt überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Ende Mai 2018 waren 12.036 Personen mit Behinderungen, davon 4.756 Frauen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit insbesondere von Frauen ist mit minus 3,2% (Veränderung gegenüber dem Vorjahr) entgegen dem allgemeinen Trend weniger rückläufig als bei Männern (minus 6,4%).

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
21.3.1	ZIEL	0,00	1,00	0,80	1,80	1,60	1,60
	IST	1,95	1,80	1,60	1,70	1,57	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

21.3.1 Differenz zwischen dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der beschäftigten begünstigten Behinderten und dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der begünstigten Behinderten [%]

Nach einem Ist-Zustand von 1,7% im Jahr 2016 konnte im Jahr 2017 eine positive Entwicklung auf 1,57% erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Analog zur gesamtösterreichischen Arbeitsmarktsituation sind Frauen mit Behinderungen innerhalb der Personengruppe der begünstigten Behinderten benachteiligt. Dem Wirkungsziel 3 kommt zur Beseitigung des Umstandes eine wesentliche Bedeutung zu. Nach einem Ist-Zustand von 1,7% im Jahr 2016 konnte im Jahr 2017 eine positive Entwicklung auf 1,57% erreicht werden.

Wirkungsziel Nr. 4

Stärkung der Rechtsposition der VerbraucherInnen und Sicherstellung einer effektiven Durchsetzung

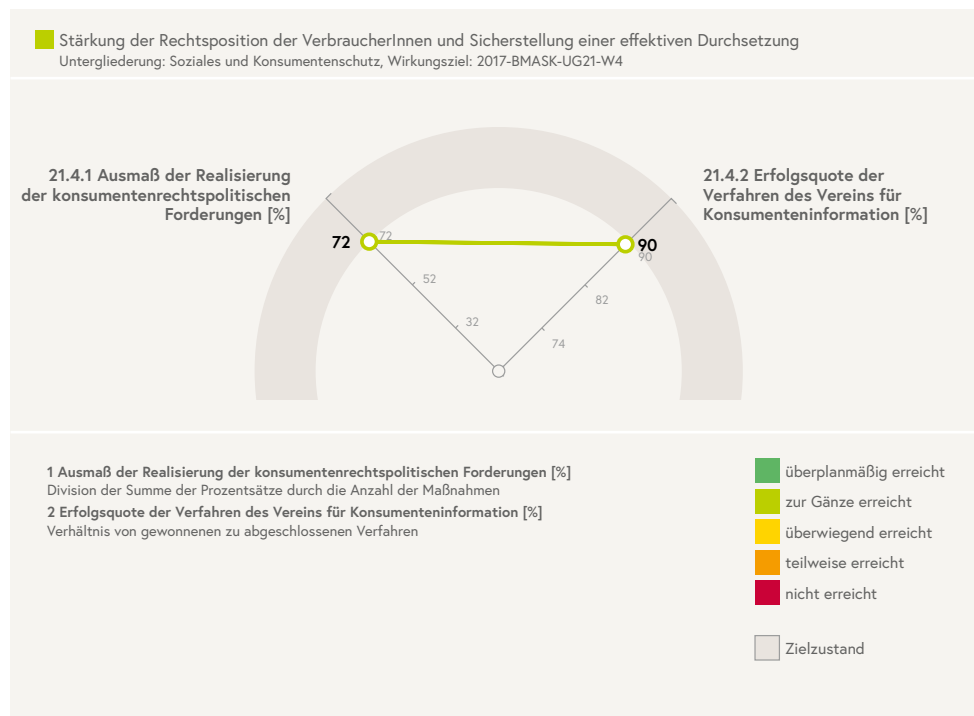
Umfeld des Wirkungszieles

Viele nationale Maßnahmen stehen in engstem Zusammenhang mit Entwicklungen auf EU Ebene, die nur teilweise beeinflussbar sind. Die Initiativen der Europäischen Kommission wurden teilweise verzögert vorgelegt. Im Bereich Produktsicherheit waren die Verhandlungen im Rat blockiert. Innerstaatlich ist die Koordinierung konsumentenfreundlicher Positionen weiterhin schwierig, da die Belastungen für die Wirtschaft häufig als gewichtiger als die Stärkung der Konsumentenrechte angesehen werden. Dazu kommt, dass die Federführung für die vertragsrechtlichen EU-Richtlinienvorschläge nicht beim BMASGK liegt.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-21-W0004.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
21.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	75	72	72	70
	IST	75	60	80	88	72	
21.4.2	ZIEL	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0
	IST	87,0	91,0	89,2	89,0	90,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

21.4.1 Ausmaß der Realisierung der konsumentenrechtspolitischen Forderungen [%]

Die Maßnahmen betreffend die Vollziehung der Gesetze in der Federführung des BMASGK wurden zur Gänze erreicht. Soweit die Meilensteine von europäischen Entwicklungen abhängig waren, war der Zielerreichungsgrad geringer. Insgesamt konnte aber der Zielerreichungsgrad zur Gänze eingehalten werden.

21.4.2 Erfolgsquote der Verfahren des Vereins für Konsumenteninformation [%]

Die Zusammenarbeit mit dem VKI ist weiterhin ausgezeichnet. Es konnten wichtige Rechtsfragen geklärt und zahlreiche Rechtswidrigkeiten abgestellt werden. Die Erfolgsquote wurde vollständig erreicht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Wirkungsziel wurde vollständig erreicht. Die Durchsetzung der Verbraucherrechte in Zusammenarbeit mit dem Verein für Konsumenteninformation funktioniert weiterhin ausgezeichnet. Soweit die Vollziehung nationaler Gesetze betroffen ist, wurden die Ziele vollständig erreicht. In einigen Fällen sind die Maßnahmen stark von europäischen Entwicklungen abhängig, die nur zum Teil beeinflussbar sind. Auch innerstaatlich wiegen die Anliegen der Wirtschaft häufig mehr als verbraucherpolitische Argumente.

Wirkungsziel Nr. 5



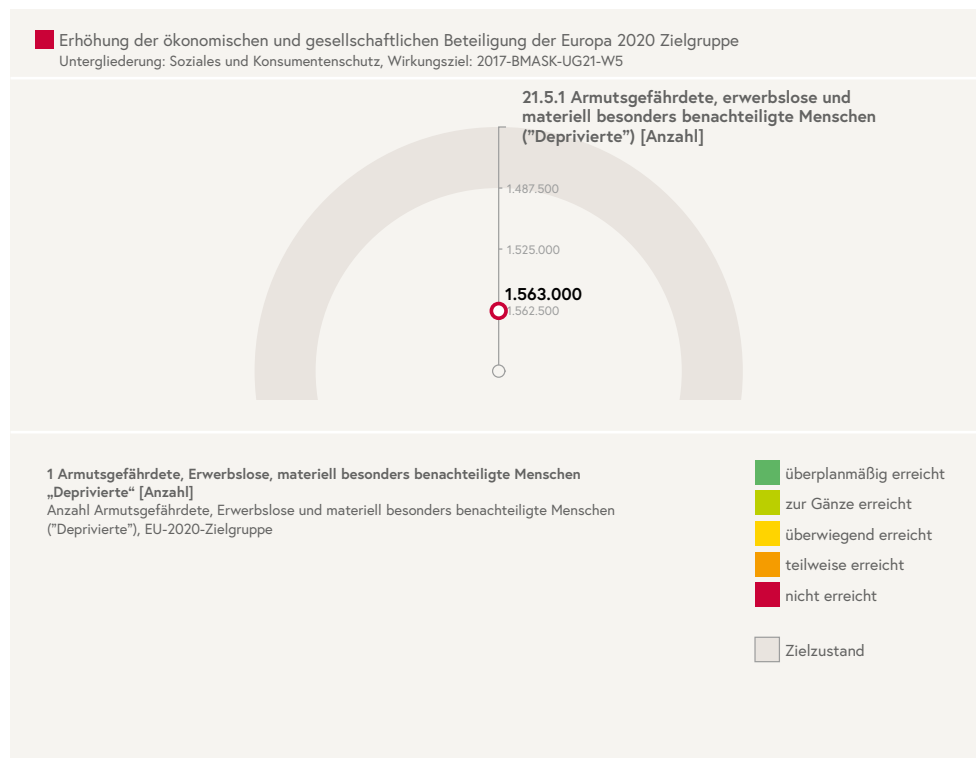
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-21-W0005.html

Erhöhung der ökonomischen und gesellschaftlichen Beteiligung von armutsgefährdeten und von Ausgrenzung bedrohten Personen, die nur begrenzt am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können

Umfeld des Wirkungszieles

Im Rahmen der EU-2020 Strategie sollen in Österreich 235.000 Personen aus Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung geführt werden. Damit sollen mehr Menschen am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die angestrebte Reduktion entspricht einer linearen Verteilung von 23.500 Personen jährlich und ist auf Grund der vergangenen Wirtschaftskrise mit der einhergegangenen hohen Arbeitslosigkeit eine Herausforderung. Daher kommt der Umverteilung durch die öffentlichen Haushalte über Sozialleistungen ein umso wichtigerer Stellenwert zu.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
21.5.1	ZIEL	n. v.	n. v.	1.572.750	1.536.500	1.487.500	1.464.000
	IST	1.572.000	1.609.000	1.551.202	1.542.290	1.563.000	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

21.5.1 Armutsgefährdete, Erwerbslose, materiell besonders benachteiligte Menschen „Deprivierte“ [Anzahl]

Bis zum Jahr 2017 konnten insgesamt 136.000 Personen aus Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung geführt werden. Dies entspricht 68 % der angestrebten Reduktion von 235.000 Personen im vorletzten Jahr des Beobachtungszeitraums. Die positiven Tendenzen der ersten Jahre bei der Zielerreichung wurden durch die langfristigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit der damit einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit gedämpft und sind damit die Gründe für die Nichterreichung des Ziels im Jahr 2017. Insgesamt kam es im letzten Jahr zu einem leichten Anstieg der Zahl der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten, die Änderungen liegen allerdings innerhalb der Schwankungsbreite.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Mit dem Jahr 2017 konnten insgesamt 136.000 Personen aus Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung geführt werden. Dies entspricht 68 % der angestrebten Reduktion von 235.000 Personen im vorletzten Jahr des Beobachtungszeitraums. Die positiven Tendenzen der ersten Jahre bei der Zielerreichung sind durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit der einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit Gründe für die Nichterreichung des Ziels. Insgesamt kam es im letzten Jahr zu einem leichten Anstieg der Zahl der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten, die Änderungen liegen allerdings innerhalb der Schwankungsbreite.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

UG 22

Pensionsversicherung

Leitbild der Untergliederung

Wir sorgen für die Sicherung des staatlichen Pensionssystems und damit für den Erhalt des Lebensstandards im Alter.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Durch eine Reihe von Maßnahmen („Kontoerstgutschrift“, Information für pensionsnahe Jahrgänge über die zu erwartenden Pensionshöhe, „Rehabilitation vor Pension“, „fit2work“ und andere Maßnahmen im Bereich der vorzeitigen Alterspension), wurde erreicht, dass die Versicherten länger in Beschäftigung bleiben können. Dadurch wird das beitragsabhängige staatliche Pensionssystem gestärkt und den Einzelnen eine verbesserte Pensionsleistung ermöglicht. Weitere Impulse ergaben sich aus dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2016: Beitragshalbierung bei Aufschub des Pensionsantritts, Verbesserung im Ausgleichszulagen (AZ)-Recht für Pensionsberechtigte mit einem Versicherungsverlauf von mehr als 30 Beitragsjahren und ein Rechtsanspruch auf berufliche Maßnahmen der Rehabilitation.

Wirkungsziel Nr. 1

Anhebung des durchschnittlichen faktischen Pensionsantrittsalters

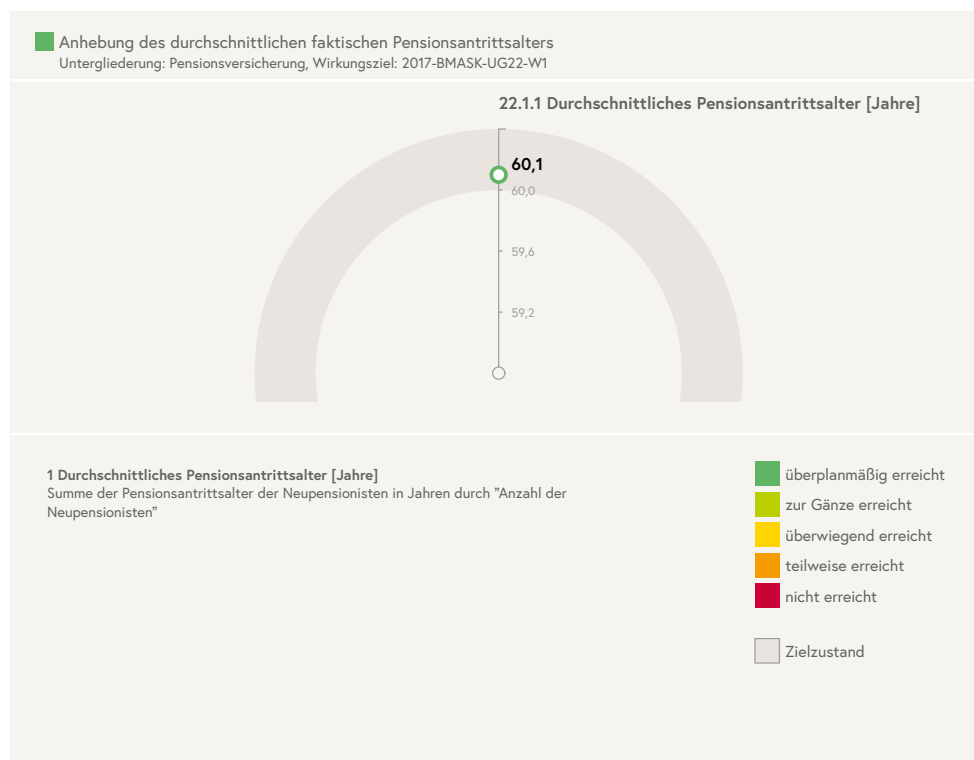


[wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-22-W0001.html](https://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMASK-UG-22-W0001.html)

Umfeld des Wirkungszieles

Vorrangig sollen die im Budgetbegleitgesetz 2011 (Härtefallregelung), 2. Stabilitätsgesetz 2012 (Anhebung des Tätigkeitsschutzes, Verschärfung bei der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer, Kontoerstgutschrift) und dem Sozialrechtsänderungsgesetz 2012 (Rehabilitationsgeld, Rehab vor Pension) gesetzten Maßnahmen den versicherten Personen erlauben, länger im Arbeitsprozess zu verbleiben und somit einen ausreichenden Pensionsanspruch zu erwerben.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
22.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	59,8	59,9	60,0	60,1
	IST	58,5	59,6	60,2	59,9	60,1	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

22.1.1 Durchschnittliches Pensionsantrittsalter [Jahre]

Im Jahr 2016 (59,9 Jahre) ergab sich in Folge von Effekten durch Aufschiebungsmaßnahmen, insbesondere aus dem Jahr 2015 (60,2 Jahre), ein temporärer, leichter Rückgang des Antrittsalters. Im Jahr 2017 erhöhte sich das Pensionsantrittsalter um 0,2 Jahre auf 60,1 Jahren. Damit wurde der angestrebte Zielzustand für das Jahr 2018 (XXV. Legislaturperiode) wieder erreicht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Im Regierungsübereinkommen der XXV. Legislaturperiode wurde als Ziel für das Jahr 2018 ein Pensionsantrittsalter von 60,1 Jahre vereinbart. Dieses Ziel wurde 2017 bereits erreicht.



wirkungsmonitoring.
gv.at/2017-BMASK-UG-
22-W0002.html

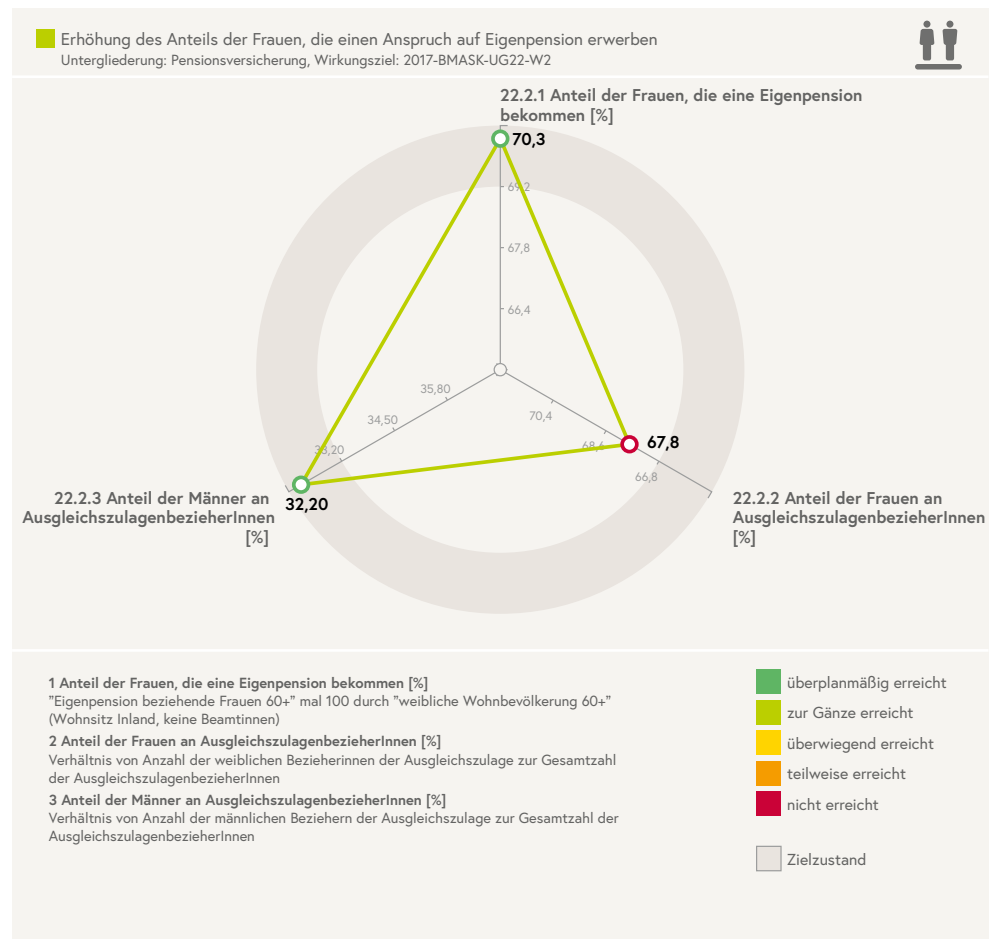
Wirkungsziel Nr. 2

Erhöhung des Anteils der Frauen, die einen Anspruch auf Eigenpension erwerben

Umfeld des Wirkungszieles

Durch die im Budgetbegleitgesetz 2011 (Härtefallregelung), 2. Stabilitätsgesetz 2012 (Anhebung des Tätigkeitsschutzes, Verschärfung bei der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer, Kontoerstgutschrift) und dem Sozialrechtsänderungsgesetz 2012 (Rehabilitationsgeld, Rehab vor Pension) gesetzten Maßnahmen, wird die Möglichkeit eröffnet, zusätzliche Pensionsansprüche zu erwerben. Weitere Impulse ergaben sich aus dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2016: Beitragshalbierung bei Aufschub des Pensionsantritts, Verbesserung im Ausgleichszulagen (AZ)-Recht für Pensionsberechtigte mit einem Versicherungsverlauf von mehr als 30 Beitragsjahren.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
22.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	68,5	68,8	69,2	70,0
	IST	67,6	68,2	68,9	69,6	70,3	
22.2.2	ZIEL	67,40	67,00	66,80	66,97	66,80	n. v.
	IST	67,30	67,44	67,60	67,61	67,80	
22.2.3	ZIEL	32,60	33,00	33,20	33,03	33,20	n. v.
	IST	32,70	32,56	32,40	32,39	32,20	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

22.2.1 Anteil der Frauen, die eine Eigenpension bekommen [%]

Im Jahr 2017 hatten 847.894 Frauen ab dem Regelpensionsalter eine Eigenpension. Laut Herbstprognose der Statistik Austria beläuft sich die Anzahl der weiblichen Bevölkerung 60+ im Jahr 2017 auf 1.205.624. Dieser Wert wurde als Berechnungsbasis herangezogen.

22.2.2 Anteil der Frauen an AusgleichszulagenbezieherInnen [%]

Die Anzahl der AZ-Bezieherinnen im Jahresdurchschnitt reduzierte sich von 148.190 im Jahr 2015 auf 144.029 im Jahr 2016 und weiter auf 143.910 im Jahr 2017. Dies entspricht absolut einem Wert von 4.280 Fällen. Im Vergleich dazu war der Rückgang bei den männlichen AZ-Beziehern im selben Zeitraum absolut 2.631 Fälle. Die Entwicklung ist daher grundsätzlich positiv zu sehen, auch wenn sich der prozentuelle Anteil der Frauen nicht verbesserte. Der Rückgang bei den männlichen AZ-Beziehern wurde ursprünglich nicht in dieser Höhe erwartet. Ein Grund liegt in der Einführung von „Rehab vor Pension“. Davor haben junge – meist männliche – Invalide eine Invaliditätspension und in ca. 20 % der Fälle dazu auch eine Ausgleichszulage erhalten. Dies hat zu einem überproportionalen Rückgang bei den männlichen Beziehern geführt. Der Bezug oder der Nicht-Bezug einer Ausgleichszulage lässt keinen Rückschluss auf den Erfolg bei dem gegenständlichen Ziel zu. Außerdem sieht der Rechnungshof die Darstellung der Kennzahl als Verhältnis an sich als problematisch an, da jeglicher Anstieg oder Rückgang bei den männlichen/weiblichen AZ-Beziehern den Erfolg dieser Kennzahl beeinflusst (RH_Follow-Up-Überprüfung zur Gewährung von Ausgleichszulagen). Aus diesen Gründen wird auf die Darstellung dieser Kennzahlen ab dem Jahr 2018 verzichtet.

22.2.3 Anteil der Männer an AusgleichszulagenbezieherInnen [%]

Die Anzahl der AZ-Bezieher reduzierte sich von 71.098 im Jahr 2015 auf 68.990 im Jahr 2016 und weiter auf 68.467 im Jahr 2017. Dies entspricht einem Rückgang von 2.631 Fällen. Der Bezug oder der Nicht-Bezug einer Ausgleichszulage lässt keinen Rückschluss auf den Erfolg bei dem gegenständlichen Ziel zu. Außerdem sieht der Rechnungshof die Darstellung der Kennzahl als Verhältnis an sich als problematisch an, da jeglicher Anstieg

oder Rückgang bei den männlichen/weiblichen AZ-Beziehern den Erfolg dieser Kennzahl beeinflusst (RH_Follow-Up-Überprüfung zur Gewährung von Ausgleichszulagen). Aus diesen Gründen wird auf die Darstellung dieser Kennzahlen ab dem Jahr 2018 verzichtet.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Hatten im Jahr 2010 noch 726.229 Frauen im Alter von 60+ eine Eigenpension, so erhöhte sich diese Zahl im Jahr 2017 auf 847.894. Dies entspricht einem Plus von 121.665 bzw. 16,75%. Gleichzeitig verringert sich die Anzahl der Ausgleichszulagenbezieherinnen von 163.304 im Jahr 2010 auf 143.910 im Jahr 2016. Dies entspricht einer Verringerung von 19.394 Fällen bzw. 11,88%. Die Entwicklung ist daher positiv zu beurteilen.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

UG 24

Gesundheit

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird die
UG 24 nunmehr beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Konsumentenschutz ausgewiesen.

Leitbild der Untergliederung

Unser Ziel ist es, der gesamten Bevölkerung ein Leben in Gesundheit zu ermöglichen. Dabei verstehen wir Gesundheit als Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein als Fehlen von Krankheit und Gebrechen. Dies streben wir unter Wahrung des Solidaritätsprinzips, unter Berücksichtigung des Alters und Geschlechts, ohne Unterscheidung nach Bildung, Status sowie unabhängig vom Wohnort und ethnischer Zugehörigkeit in Zusammenarbeit mit allen PartnerInnen des Gesundheitswesens an. Um dieses Ziel zu erreichen, sorgen wir für eine auf hohem Niveau qualitätsgesicherte, flächendeckende, leicht zugängliche und finanzierbare Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung für die gesamte Bevölkerung. Wirkungsvolle Gesundheitsförderung und -vorsorge beruht auch auf der Vermeidung von Gesundheitsrisiken und dem Schutz der VerbraucherInneninteressen sowie der Gewährleistung der Tiergesundheit und des Tierschutzes.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Das öffentliche Gesundheitsportal, das gleichzeitig auch ELGA-Zugangsportal ist, wurde im Jahr 2017 sowohl funktional als auch inhaltlich weiterentwickelt. Funktional wurden in Umsetzung des mit dem Relaunch entwickelten Konzepts weitere themenspezifische Microsites entwickelt und Verbesserungen der Benutzbarkeit vorgenommen. In inhaltlicher Hinsicht wurden neben der Qualitätssicherung des bestehenden Content zahlreiche neue Themen ergänzt. Die Zugriffszahlen weisen eine deutlich höhere Zunahme als prognostiziert aus. Die dezentralen Standorte der ELGA-Ombudsstelle sind vollständig eingerichtet und haben in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich die Tätigkeit aufgenommen. Weitere Krankenanstalten wurden im Laufe des Jahres an ELGA angebunden und der Rollout in den niedergelassenen Bereich operativ und logistisch vorbereitet. Das für die Bevölkerung entwickelte Webtool „kliniksuche.at“ wurde im April 2016 veröffentlicht. Es handelt sich um die Darstellung von Leistungen der österreichischen Krankenhäuser, die einer qualitativen Bewertung unterzogen wurden und somit der Bevölkerung eine transparente Information über die Krankenanstalten geben. Datengrundlage sind die Krankenhausroutinedaten und die Daten der Plattform „Qualitätsberichterstattung“.

Die ausgewählten Themengebiete werden je Krankenhaus in den Kategorien Anzahl behandelter Fälle, Kriterien für den Aufenthalt (z. B. Verweildauer, Tagesklinik, Operationstechnik) und Kriterien zum Krankenhaus (z. B. Patientinnen / Patienten-Befragung, oder Meldesystem für im Krankenhaus erworbene Infektionen vorhanden) dargestellt. Die Informationen auf Kliniksuche werden laufend erweitert und weiter entwickelt, mit Stand Mai 2018 sind bereits 30 der wichtigsten Themengebiete abrufbar, z. B. Gallenblasen-Entfernung, Herzschrittmacher, Leistenbruch, Gebärmutter-Entfernung oder Hüftprothese.

Der Schutz der Konsumentinnen / Konsumenten und der faire Wettbewerb entlang der Lebensmittelkette einschließlich Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit erfordern ein System amtlicher Kontrollen. Dieses amtliche Kontrollsystem sorgt dafür, dass die Unternehmerinnen / Unternehmer ihren Verpflichtungen nachkommen. Entlang der Lebensmittelkette integriert der Mehrjährige integrierte Kontrollplan die amtlichen Lebensmittelkontrollen, die Futtermittelkontrollen, die Tiergesundheitsüberwachung, die Tierschutzkontrollen und die Pflanzengesundheitsüberwachung. Durch eine risiko-basierte Vorgangsweise und durch eine hohe Qualität der amtlichen Kontrollen kann mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen, Effizienz und Effektivität bestmöglich erreicht werden. Die Kernziele sind die Gewährleistung sicherer Lebensmittel zur Vermeidung lebensmittelbedingter Krankheiten und die Gewährleistung von einwandfreien Waren (wie z. B. Lebensmittel, Futtermittel und Pflanzen).

Die Gesundheitsziele sollen eine Grundlage für eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik bieten. Zur Darlegung eines konkreten Strategie- und Maßnahmenkonzeptes wurden zu sechs Gesundheitszielen von intersektoral besetzten Arbeitsgruppen, Berichte mit konkreten Wirkungszielen, Maßnahmen und Indikatoren zusammengestellt: „Gemeinsam Gesundheitsförderliche Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen“, „Gesundheitliche Chancengerechtigkeit für alle Menschen in Österreich sicherstellen“, „Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken“, „Gesundes Aufwachsen für Kinder und Jugendliche bestmöglich gestalten“, „Gesunde und sichere Bewegung im Alltag fördern“ und „Psychosoziale Gesundheit fördern“. Eine Arbeitsgruppe zum Gesundheitsziel „Luft, Wasser, Boden und Lebensräume für künftige Generationen sichern“ hat 2017 intensiv gearbeitet und wird 2018 ihr Strategie- und Maßnahmenkonzept vorlegen. Zu vier Zielen („Lebens- und Arbeitsbedingungen“, „Chancengerechtigkeit“, „Gesundheitskompetenz“ und „Gesundes Aufwachsen“) wurden 2017 erste Updates zu den laufenden Maßnahmen vorgenommen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMGF-UG-24-W0001.html

Wirkungsziel Nr. 1

Im Rahmen der Gesundheitsstrukturpolitik Sicherstellung einer auf höchstem Niveau qualitätsgesicherten, flächendeckenden, leicht zugänglichen und solidarisch finanzierten integrierten Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung, ohne Unterscheidung beispielsweise nach Bildung, Status und Geschlecht

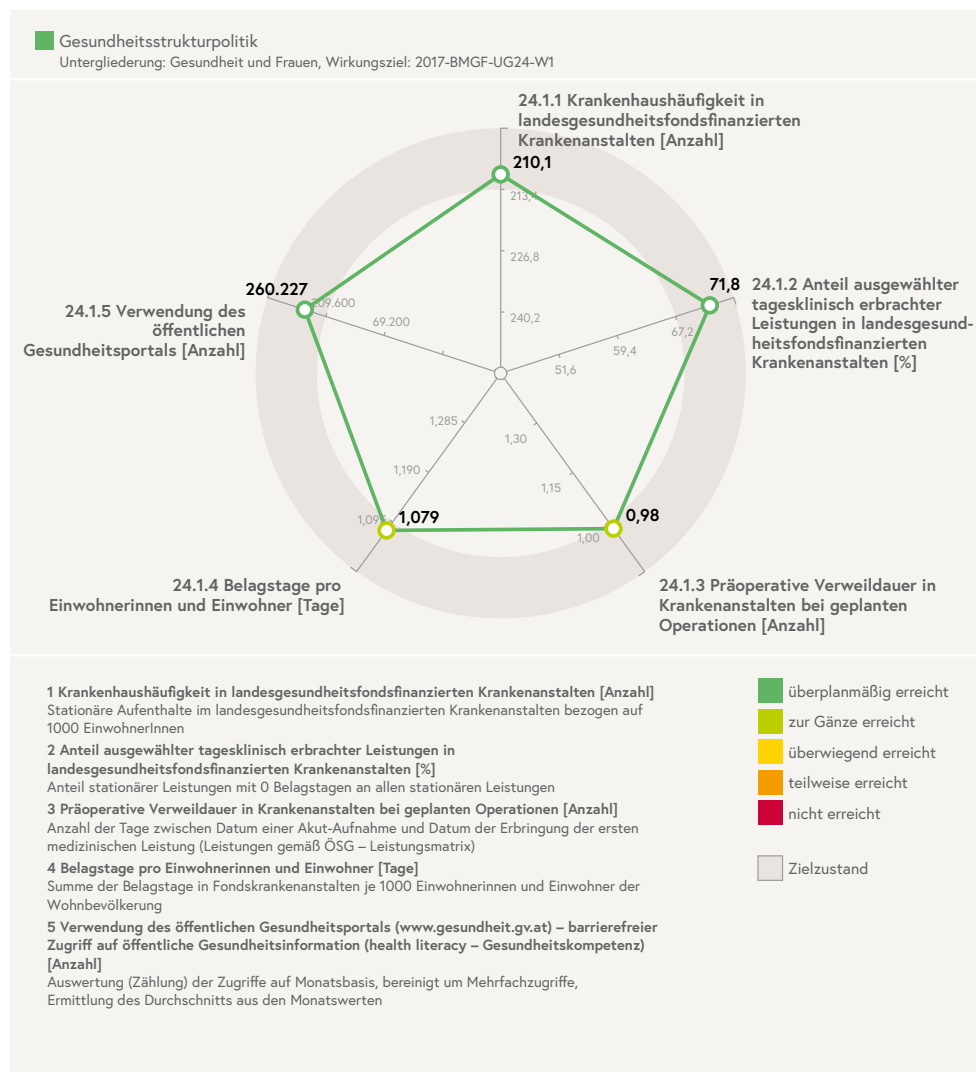
Umfeld des Wirkungszieles

Um optimale Versorgungsstrukturen und die erforderlichen Leistungen sowie deren nachhaltige Finanzierung auch für kommende Generationen garantieren zu können, haben sich Bund, Länder und Sozialversicherungen im Jahr 2013 auf eine Reform des österreichischen Gesundheitswesens geeinigt. Kern dieser Reform ist die partnerschaftliche Zielsteuerung-Gesundheit, die ein gemeinsames, vertraglich fixiertes Zielsteuerungssystem für die Gesundheitsversorgung vorsieht und somit zu einer echten Kooperation zwischen den Partnern Bund, Bundesländern und Sozialversicherung führt. Damit werden erstmals über alle Sektoren der Gesundheitsversorgung hinweg – für den Bereich der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, für die selbstständigen Ambulatorien und für die Spitäler – gemeinsame Zielausrichtungen und Qualitätsparameter, eine gemeinsame sektorenübergreifende Planung und eine gemeinsame Finanzverantwortung vereinbart. Zur konkreten Umsetzung der gemeinsam vereinbarten operativen Ziele und Maßnahmen wurden die Bundes-Zielsteuerungskommission und die Landes-Zielsteuerungskommissionen eingerichtet. Ende 2016 sind gleichzeitig mit dem Abschluss des Finanzausgleichs für die Jahre 2017 bis 2021 alle erforderlichen Gesetze bzw. Novellen sowie die Bund-Länder-Vereinbarungen zur konsequenten Weiterführung der Gesundheitsreform (Zielsteuerung-Gesundheit) beschlossen worden. Zentrale Zielsetzung der Reform ist die Stärkung der ambulanten Gesundheitsversorgung, insbesondere der Primärversorgung. Die Rahmenbedingungen für die Gesundheitsberufe sollen durch stärker multiprofessionell und interdisziplinär ausgerichtete Zusammenarbeit verbessert und die Ausbildung in Lehrpraxen implementiert werden. Weitere Reformschwerpunkte betreffen Prozess- und Ergebnisqualität von Gesundheitsdienstleistungen sowie den Bereich eHealth und Gesundheitstelematik. Integraler Bestandteil der Zielsteuerung-Gesundheit ist auch in der neuen Periode die Finanzzielsteuerung, die auf ein weiteres nachhaltig finanzierbares Wachstum der Gesundheitsausgaben sowie die Festlegung von Ausgabenobergrenzen abzielt.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Elektronische Gesundheitsakte wurden Ende 2012 geschaffen. Neben der technischen Umsetzung der Systemkomponenten von ELGA wurden das Zugangsportal und die Widerspruchsstelle zur Wahrnehmung der Rechte durch die Bürgerinnen/Bürger eingerichtet. ELGA ist Ende 2015 schrittweise in öffentlichen Spitälern in der Steiermark und in Wien in Betrieb gegangen. Die ELGA-Anwendung „e-Medikation“ startete im Mai 2016 in der Steiermark. Seit dem Jahr 2017 wird ELGA sukzessive im niedergelassenen Bereich sowie in Apotheken implementiert.

Die technischen und organisatorischen Vorbereitungen für das Pilotprojekt Telefon- und webbasiertes Erstkontakt- und Beratungsservice (TEWEB) mit der Kurzrufnummer „1450“ wurden abgeschlossen, der Pilotbetrieb in drei Bundesländern startete im April 2017.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
24.1.1	ZIEL	229,2	226,7	224,2	221,8	209,0	204,0
	IST	227,7	222,0	216,0	213,0	210,1	
24.1.2	ZIEL	48,5	50,3	52,2	60,0	67,2	n. v.
	IST	53,5	58,3	62,8	67,2	71,8	
24.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	1,02	1,00	1,00	n. v.
	IST	1,06	1,04	1,02	1,01	0,98	
24.1.4	ZIEL	n. v.	n. v.	1,152	1,131	1,354	1,329
	IST	1,199	1,487	1,413	1,380	1,079	
24.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	168.009	185.009	209.600	230.000
	IST	138.607	152.900	190.090	213.301	260.227	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

24.1.1 Krankenhaushäufigkeit in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten [Anzahl]

Die Daten 2017 sind vorläufige Ergebnisse; die endgültigen Ergebnisse werden erst im Herbst 2018 vorliegen und können davon abweichen. Die Entwicklung des Indikators geht langsam aber stetig in die richtige Richtung. Ziel ist es, Bereiche der Gesundheitsversorgung vom stationären in den ambulanten Sektor zu verlagern und die in Österreich sehr hohe Krankenhaushäufigkeit an den europäischen Durchschnitt heranzuführen. (Hinweis: Der Indikator wurde mit Zielsteuerungsvertrag 2017–2021 geändert, der geänderte Indikator wurde bereits im Zuge der Erstellung des BVA 2018/2019 gemeldet.)

24.1.2 Anteil ausgewählter tagesklinisch erbrachter Leistungen in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten [%]

Die Daten 2017 sind vorläufige Ergebnisse; die endgültigen Ergebnisse werden erst im Herbst 2018 vorliegen und können davon abweichen. Die überaus dynamische Entwicklung des Indikators ist darauf zurückzuführen, dass vorhandene Potenziale zur tagesklinischen Leistungserbringung im Zuge verschiedener Maßnahmen der Gesundheitsreform vermehrt ausgeschöpft werden. (Hinweis: Der Indikator wurde mit Zielsteuerungsvertrag 2017–2021 geändert, der geänderte Indikator wurde bereits im Zuge der Erstellung des BVA 2018/2019 gemeldet.)

24.1.3 Präoperative Verweildauer in Krankenanstalten bei geplanten Operationen [Anzahl]

Die Daten 2017 sind vorläufige Ergebnisse; die endgültigen Ergebnisse werden erst im Herbst 2018 vorliegen und können davon abweichen. Die präoperative Verweildauer gibt Hinweise darauf, in wie weit ein Patient schon präoperativ abgeklärt für eine Operation im Krankenhaus aufgenommen wird. Ziel ist eine möglichst kurze präoperative Verweildauer (nicht mehr als 1

Tag). Das Ziel wurde 2017 erreicht. (Hinweis: Der Indikator ist im Zielsteuerungsvertrag 2017–2021 nicht mehr enthalten und wurde im Zuge der Erstellung des BVA 2018/2019 gestrichen.)

24.1.4 Belagstage pro Einwohnerinnen und Einwohner [Tage]

Die Daten 2017 sind vorläufige Ergebnisse; die endgültigen Ergebnisse werden erst im Herbst 2018 vorliegen und können davon abweichen. Der Indikator gibt Auskunft über die durchschnittliche Länge von Krankenhausaufenthalten. Ziel ist die Reduzierung der Dauer bzw. eine vermehrte tagesklinische und ambulante Behandlung. Die Entwicklung des Indikators geht in den letzten Jahren in die richtige Richtung. (Hinweis: Der Indikator wurde mit Zielsteuerungsvertrag 2017–2021 geändert, der geänderte Indikator wurde bereits im Zuge der Erstellung des BVA 2018/2019 gemeldet.)

24.1.5 Verwendung des öffentlichen Gesundheitsportals (www.gesundheit.gv.at) – barrierefreier Zugriff auf öffentliche Gesundheitsinformation (health literacy – Gesundheitskompetenz) [Anzahl]

Im Zeitverlauf zeigen die Zugriffszahlen eine deutlich steigende Tendenz. Allerdings wurde im Zuge des Relaunch Ende 2016 auch das Statistiktool ersetzt. Welches und gegebenenfalls inwieweit die eingesetzten Statistiktools konsistentere Ergebnisse liefern, kann erst nach zwei- bis dreijähriger Verwendung des aktuell eingesetzten Statistiktools abgeschätzt werden. Im BFG wurden daher die Werte für den Zielzustand 2018 und den mittelfristigen Zielzustand vorerst nur geringfügig angehoben.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Gesundheitsversorgung ist ein Grundbedürfnis und zählt zur Daseinsvorsorge. Dementsprechend ist die Entwicklung der Versorgungsstruktur derart zu steuern, dass alle Arten der notwendigen Versorgung für die gesamte Bevölkerung auf höchstmöglichem Qualitätsniveau auch in Zukunft zur Verfügung stehen, leicht zugänglich sind und gleichzeitig deren Finanzierbarkeit gewährleistet bleibt. Die Integration der derzeit – wegen unterschiedlicher Zuständigkeiten, Finanziers und Finanzierungssysteme – noch teilweise fragmentierten Versorgungsstrukturen zu einer möglichst friktionsfreien und nahtlosen Versorgung (von der Vorsorge und Prävention über die ambulante und stationäre Akutversorgung bis zur ambulanten und stationären Rehabilitation und Langzeitversorgung) ist das Ziel der laufenden österreichischen Gesundheitsreform. Damit entspricht Österreich den europäischen und internationalen (EU, WHO) Entwicklungsempfehlungen für die Gesundheitssysteme der Zukunft (z. B. WHO – Health 2020). Wesentliche Schritte der Gesundheitsreform in diese Richtung sind die Stärkung einer umfassenden Primärversorgung und der ambulanten und tagesklinischen Fachversorgung bei gleichzeitiger Reduzierung der stationären Krankenhausaufenthalte (Österreich weist EU-weit die höchste Krankenhaushäufigkeit auf). Wesentliche Elemente einer integrierten Versorgung sind verbesserte Information, Kommunikation und Kooperation zwischen Gesundheitsdiensteanbieterinnen/-anbietern und Patientinnen / Patienten sowie zwischen den GesundheitsdiensteanbieterInnen unter-

einander. Dies soll durch einen verstärkten Einsatz von eHealth-Tools unterstützt werden (z. B. ELGA).

Wirkungsziel Nr. 2



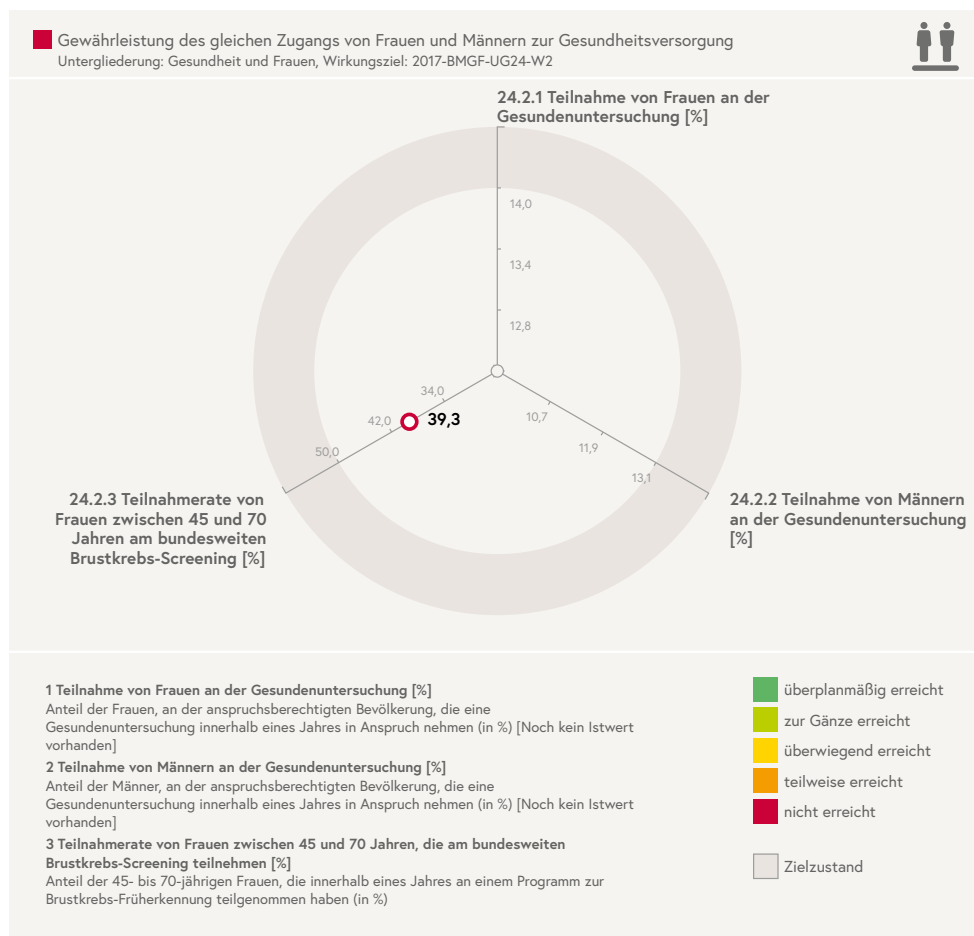
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMGF-UG-24-W0002.html

Im Rahmen des Gleichstellungsziels Gewährleistung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zur Gesundheitsversorgung mit speziellem Fokus auf genderspezifische Vorsorge- und Präventionsprogramme. Prioritär ist die Verbesserung der Gesundheit beider Geschlechter unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und des Gesundheitsverhaltens

Umfeld des Wirkungszieles

Um die genderspezifische Gleichstellung weiter zu entwickeln, ist die Erhebung von genderspezifischen Daten eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Verbesserung der frauen- und männerbedürfnisgerechten gesundheitlichen Versorgung. Frauen und Männer weisen Unterschiede in den Symptomen mancher Krankheiten auf und reagieren unterschiedlich auf die gleichen medizinischen Behandlungen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
24.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	>14,0	>14,0	>14,0	>14,3
	IST	13,8	14,0	13,7	14,3	n. v.	
24.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	>13,1	>13,1	>13,1	>13,2
	IST	12,9	13,0	12,6	13,1	n. v.	
24.2.3	ZIEL	n. v.	45,0	48,0	49,0	>50,0	> 50,5
	IST	n. v.	n. v.	42,0	43,0	39,3	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

24.2.1 Teilnahme von Frauen an der Gesundenuntersuchung [%]

Es kann keine Aussage getroffen werden, da die Zahlen für das Jahr 2017 über die Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchung frühestens im Herbst 2018 vorliegen.

24.2.2 Teilnahme von Männern an der Gesundenuntersuchung [%]

Es kann keine Aussage getroffen werden, da die Zahlen für das Jahr 2017 über die Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchung frühestens im Herbst 2018 vorliegen.

24.2.3 Teilnahmerate von Frauen zwischen 45 und 70 Jahren, die am bundesweiten Brustkrebs-Screening teilnehmen [%]

Im Jahr 2017 konnte die Teilnahmerate von 50 % der Kernzielgruppe von 45- bis 70 jährigen Frauen, die sich dem Brustkrebs-Früherkennungsprogramm unterziehen noch nicht erreicht werden. Grundsätzlich haben die Frauen in der Kernzielgruppe in einem 2-Jahres-Intervall Anspruch auf eine Früherkennungsmammographie im Rahmen des BKFP. D.h. die Betrachtung eines einzelnen Jahres ist nicht gänzlich korrekt, sondern immer die Betrachtung von zwei Jahren gemeinsam, also 2016 gemeinsam mit 2017. Hier zeigt sich ein stabiler Wert gegenüber den Vorjahren.

Darüber hinaus sind noch nicht sämtliche Mammographien des Jahres 2017, v.a. aus dem intramuralen Bereich im Rahmen der BKFP-Dokumentation übermittelt. Hier sind noch leichte Steigerungen in der Rate zu erwarten.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die genderdifferenzierte Aufbereitung der Gesundheitsdaten wurde in den jeweiligen Maßnahmen zur Gleichstellung berücksichtigt. Daten zur Inanspruchnahme der Gesundenuntersuchung von Frauen und Männern für das Jahr 2017 liegen derzeit noch nicht vor.

Betreffend das Brustkrebs-Screening haben die Frauen in der Kernzielgruppe in einem 2-Jahres-Intervall Anspruch auf eine Früherkennungsmammographie. D.h.

die Betrachtung eines einzelnen Jahres ist nicht gänzlich korrekt, sondern immer die Betrachtung von zwei Jahren gemeinsam, also 2016 gemeinsam mit 2017. Hier zeigt sich ein stabiler Wert gegenüber den Vorjahren. Darüber hinaus sind noch nicht sämtliche Mammographien des Jahres 2017, v.a. aus dem intramuralen Bereich im Rahmen der BKFP-Dokumentation übermittelt. Hier sind noch leichte Steigerungen in der Rate zu erwarten. Grundsätzlich sind die Teilnahme-Raten gemessen an den Vorgaben der EU-Guidelines noch nicht gänzlich zufriedenstellend, das BKFP wird aber laufend weiterentwickelt und mit der verstärkten Integration der Vertrauensärzte (Gynäkologie und Allgemeinmedizin) in das Programm ist ebenfalls mit höheren Teilnahmeraten zu rechnen.

Wirkungsziel Nr. 3



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMGF-UG-24-W0003.html

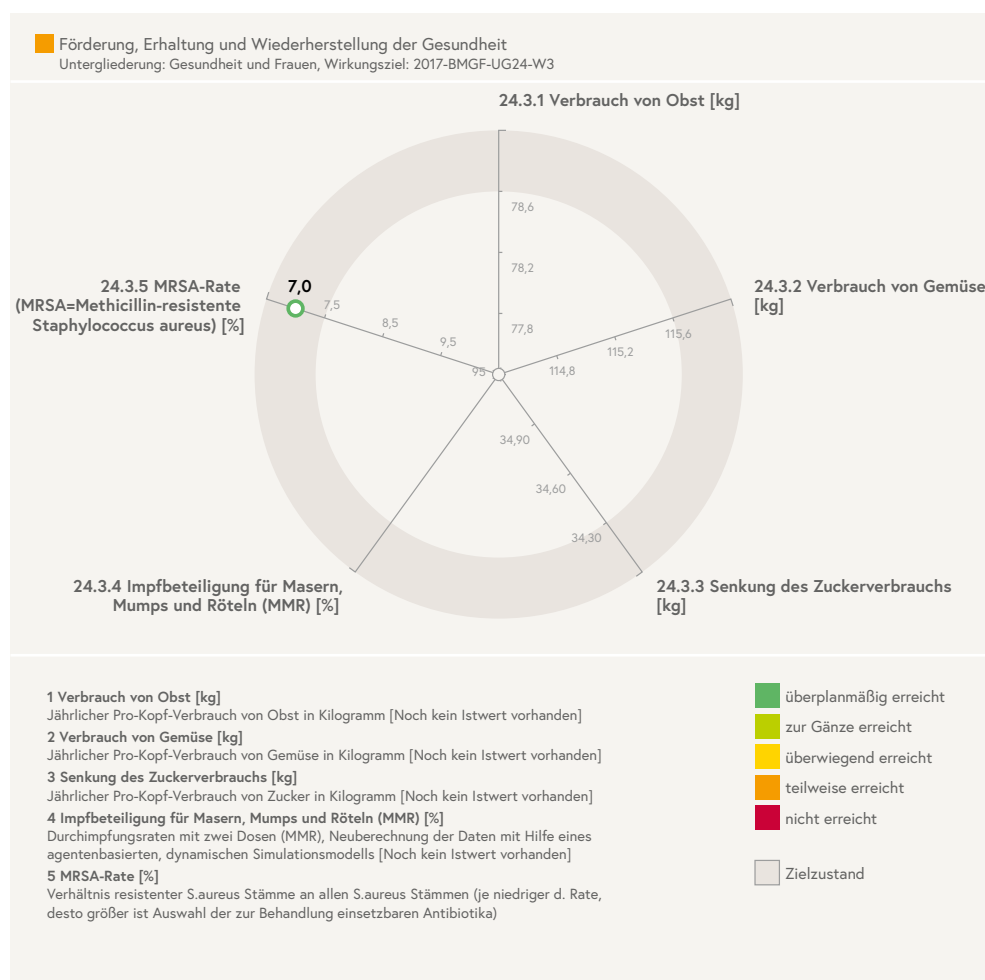
Sicherstellung der Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der gesamten Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung von Infektionskrankheiten, chronischen und psychischen Erkrankungen sowie unter Bedachtnahme auf spezielle Zielgruppen (z. B. Kinder)

Umfeld des Wirkungszieles

Gesundheit ist ein anerkanntes Menschenrecht und verfassungsrechtlich verankert. Um die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten, zu fördern und wiederherzustellen sind die Verhütung und Bekämpfung, ebenso, wie die Überwachung von Infektionskrankheiten unabdingbar. Zeitgerechte und wirkungsvolle Eingriffe in den Verlauf eines epidemiologischen Geschehens sind notwendig, um den Infektionsschutz und Infektionsverhütung ermöglichen zu können. Die ständig steigende Zahl von Lebensstil-assoziierten Krankheiten (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfall, Herzinfarkt, Diabetes, chronische Lungenerkrankungen), Krebs und die demographische Entwicklung erfordern eine Anpassung von Rahmenbedingungen, insbesondere in der Beobachtung zur Entwicklung von nicht übertragbaren Erkrankungen. Durch die Förderung der Prävention, in enger Abstimmung mit den Empfehlungen der WHO und EU, bemüht sich das Ministerium, Menschen eine Modifikation ihres Lebensstils leichter zu ermöglichen. Es wurden z.B. Initiativen wie der nationale Aktionsplan Ernährung und der nationale Aktionsplan Bewegung gesetzt. Ebenso leisten die Gesundheitsziele Österreich einen Beitrag, um Krankheiten vorzubeugen. Auch bei bereits eingetretenen chronischen Krankheiten müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Behandlungsqualität und zur Schaffung der erforderlichen Versorgungsstrukturen gesetzt werden, um Patientinnen und Patienten eine Behandlung, die dem Stand des Wissens entspricht, zu gewährleisten. Sukzessiver Aufbau von themenspezifischen epidemiologischen Gesundheitsberichten unter besonderer Berücksichtigung von Genderaspekten bildet eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung einer adäquaten Versorgung in Bezug auf die häufigsten chronischen Krankheiten (Herz- und Kreislauferkrankungen). Schutzimpfungen gehören zu den wichtigsten und wirksamsten präventiven Maßnahmen, die in der Medizin zur

Verfügung stehen. Krankheiten, die nur von Mensch zu Mensch übertragen werden, z.B. Poliomyelitis, Hepatitis B, Masern oder Keuchhusten, können bei einer anhaltend hohen Durchimpfungsrate eliminiert werden. Entsprechend der UN-Konvention vom 20. November 1989 haben Kinder das Recht auf beste Gesundheitsversorgung. Dazu gehört auch der Schutz vor Erkrankungen, die durch Impfung vermeidbar sind. Den Eltern obliegt es, die Schutzimpfungen bei ihren Kindern vornehmen zu lassen. Die derzeitige epidemiologische Situation in Österreich erfordert vor allem Anstrengungen zur Reduktion des Erkrankungsrisikos an Keuchhusten und Masern. Durch die zuletzt in das kostenfreie Impfprogramm übernommene 9-fach-Impfung gegen Humane Papillomaviren ist nun ein erweiterter Schutz gegen die durch diese Erreger hervorgerufenen (Krebs-) Erkrankungen zu erwarten.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
24.3.1	ZIEL	77,9	78,0	78,0	78,5	78,6	80,7
	IST	78,0	78,3	79,1	n. v.	n. v.	
24.3.2	ZIEL	111,1	111,0	111,0	114,2	115,6	115,8
	IST	113,5	115,3	111,6	n. v.	n. v.	
24.3.3	ZIEL	36,6	36,6	36,6	35,0	34,3	28,5
	IST	36,0	34,4	33,3	n. v.	n. v.	
24.3.4	ZIEL	95,0	95,0	95,0	95,0	95,0	95,0
	IST	95,0	95,0	89,0	84,0	n. v.	
24.3.5	ZIEL	8,5	7,5	7,0	7,5	7,5	7,0
	IST	9,1	7,8	7,5	7,1	7,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

24.3.1 Verbrauch von Obst [kg]

Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen Sektor beziehen sich auf einen Zeitraum von 1. Juli des ausgewiesenen Kalenderjahres bis zum 30. Juni des Folgejahres. Für das Jahr 2017 bezieht sich die Versorgungsbilanz auf den Zeitraum von 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018.

Aufgrund der beschriebenen Systematik sind die Ist-Daten für das Jahr 2017 noch nicht verfügbar.

24.3.2 Verbrauch von Gemüse [kg]

Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen Sektor beziehen sich auf einen Zeitraum von 1. Juli des ausgewiesenen Kalenderjahres bis zum 30. Juni des Folgejahres. Für das Jahr 2017 bezieht sich die Versorgungsbilanz auf den Zeitraum von 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018.

Aufgrund der beschriebenen Systematik sind die Ist-Daten für das Jahr 2017 noch nicht verfügbar.

24.3.3 Senkung des Zuckerverbrauchs [kg]

Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen Sektor beziehen sich auf einen Zeitraum von 1. Juli des ausgewiesenen Kalenderjahres bis zum 30. Juni des Folgejahres. Für das Jahr 2017 bezieht sich die Versorgungsbilanz auf den Zeitraum von 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018.

Aufgrund der beschriebenen Systematik sind die Ist-Daten für das Jahr 2017 noch nicht verfügbar.

24.3.4 Impfbeteiligung für Masern, Mumps und Röteln (MMR) [%]

Die Daten für 2017 werden derzeit evaluiert, es liegen noch keine Ergebnisse vor.

24.3.5 MRSA-Rate [%]

Seit 2014 ist ein leichter Rückgang der MRSA-Rate zu verzeichnen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Bis zum Jahr 2032 bilden die Gesundheitsziele Österreich den Handlungsrahmen für eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik. Es wird dabei angestrebt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die alle Menschen dabei unterstützen, ihre Lebensgewohnheiten zu verbessern und gesund zu bleiben. 2017 wurde der bisherige Umsetzungsstand aller Gesundheitsziele-Maßnahmen erhoben. Von 148 gemeldeten Maßnahmen, die in insgesamt 4 Arbeitsgruppen (zu den Zielen 1, 2, 3, und 6) erarbeitet wurden, sind 133 Maßnahmen bereits umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung.

Bezüglich der Kennzahlen zum Verbrauch von Obst und Gemüse beziehungsweise zur Senkung des Zuckerverbrauchs bezieht sich der Ist-Zustand 2017 auf den Zeitraum 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018 (für Obst und Gemüse) sowie auf den Zeitraum 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018 (Zucker). Um die Ernährungssituation der Bevölkerung zu verbessern werden vielfältige Maßnahmen, wie etwa die Erstellung und kostenlose Bereitstellung von Broschüren, oder die Optimierung von Verpflegungsangeboten, auf Verhaltens- und Verhältnisebene durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein langfristiges Ziel.

Wirkungsziel Nr. 4

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel nunmehr in der UG 10 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMGF-UG-24-W0004.html

Wirkungsziel Nr. 5

Vorsorgender Schutz der Verbraucherinnen- und Verbrauchergesundheit insbesondere durch sichere Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und kosmetische Mittel sowie durch ausreichende klare Informationen zur Lebensmittelqualität und Ernährung. Sicherstellung der Tiergesundheit und des Tierschutzes, um den VerbraucherInnenerwartungen gerecht zu werden und den Tier- und Warenverkehr zu gewährleisten.



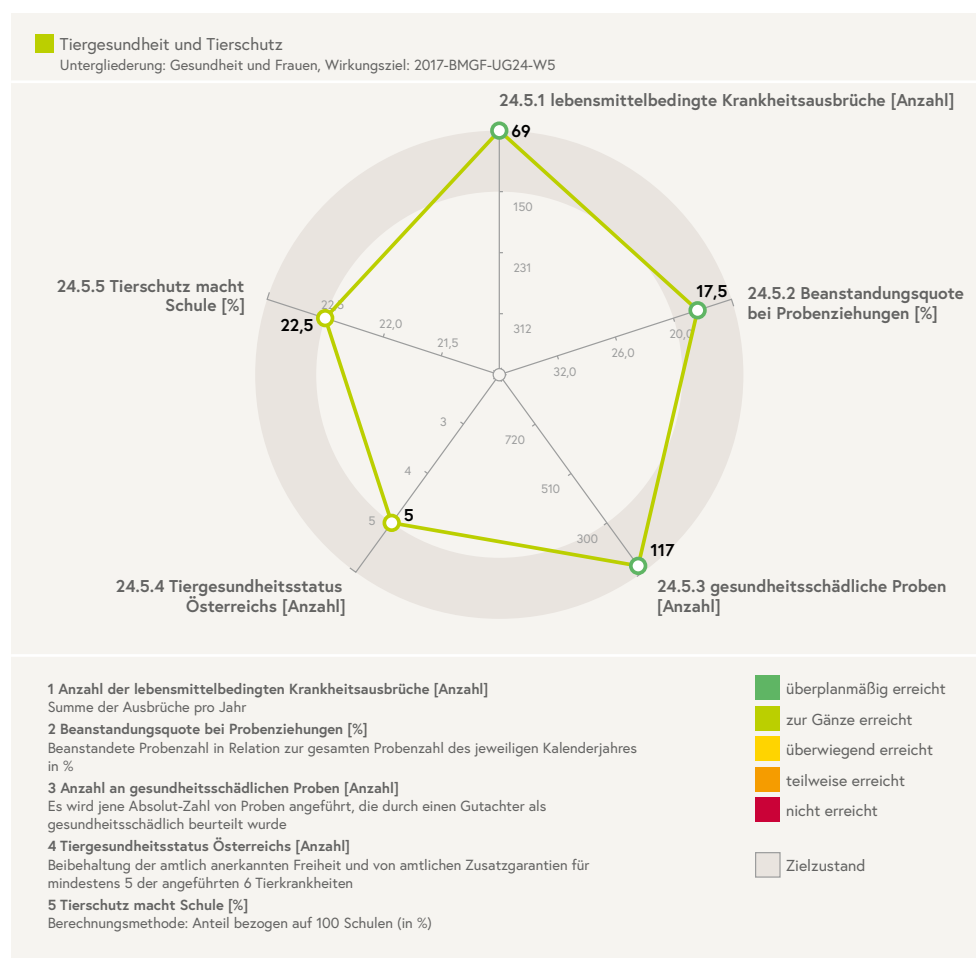
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMGF-UG-24-W0005.html

Umfeld des Wirkungszieles

Eines der zentralen Anliegen des am 1.1.2005 in Kraft getretenen Tierschutzgesetzes ist die Förderung des Tierschutzes durch Bund, Länder und Gemeinden. Ein weiteres zentrales Anliegen besteht darin, das Verständnis der Öffentlichkeit und insbesondere der Jugend für den Tierschutz zu wecken und zu vertiefen. Der Verein „Tierschutz macht Schule“ wurde auf Initiative des BMGF im Jahre 2006 gegründet. Die Ver-

mittlung von tierschutzrelevanten Themen an Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist für die Gesellschaft von großer Bedeutung. Die pädagogische Wirkung betrifft nicht nur den richtigen Umgang mit Tieren, sondern auch die Kenntnis von tier- und bedürfnisgerechter Haltung der Tiere. Tierschutzunterricht stärkt auch das Mitgefühl, die Eigenverantwortlichkeit und die Bereitschaft, die Konsequenzen für sein Verhalten zu tragen. Die nachgewiesene Freiheit der österreichischen Rinderpopulation von Rindertuberkulose und Rinderbrucellose sowie der Schaf- und Ziegenpopulation von *Brucella melitensis* – Erreger von Krankheiten, welche vom Tier und dessen Produkten (z. B. Milch) auch auf den Menschen übertragen und bei diesem schwere Krankheiten hervorrufen können – dient dem Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Menschen, die aus beruflichen Gründen engen Kontakt mit den genannten Tieren haben. Durch die zusätzliche Erfassung handelsrelevanter Tierkrankheiten, wie infektiöser Boviner Rhinotracheitis (IBR) des Rindes, oder der Aujeszky'schen Krankheit (AK) des Schweines, wird durch die Erreichung des Wirkungsziels auch sichergestellt, dass der Export sowie der innergemeinschaftliche Handel mit lebenden Tieren und deren Produkten bestmöglich veterinärfachlich unterstützt werden.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
24.5.1	ZIEL	n. v.	n. v.	<150	<150	<150	<110
	IST	133	96	78	80	69	
24.5.2	ZIEL	n. v.	n. v.	<20,0	<20,0	<20,0	<20,0
	IST	14,8	15,9	16,6	16,9	17,5	
24.5.3	ZIEL	n. v.	n. v.	<300	<300	<300	<300
	IST	117	93	93	145	117	
24.5.4	ZIEL	6 von 7	5 von 6	5	5	5	5
	IST	6	6	6	6	5	
24.5.5	ZIEL	20,0	21,0	22,0	22,0	22,5	n. v.
	IST	20,0	21,0	26,0	23,0	22,5	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

24.5.1 Anzahl der lebensmittelbedingten Krankheitsausbrüche [Anzahl]

Im Jahr 2017 wurden 69 lebensmittelbedingte Ausbrüche erkannt. Im Zusammenhang mit diesen 69 Ausbrüchen standen 227 Erkrankte – erfreulicherweise bedeutend weniger als im Jahr 2016 (436 Personen) und in jedem Jahr davor. Dadurch hat sich die Inzidenz von betroffenen Personen in Verbindung mit lebensmittelbedingten Krankheitsausbrüchen von 5,0 je 100.000 Bevölkerung im Jahr 2016 auf 2,6 je 100.000 im Jahr 2017 fast halbiert.

2017 wurden vier Bundesländer-übergreifende Ausbrüche bekannt und abgeklärt.

24.5.2 Beanstandungsquote bei Probenziehungen [%]

Die Entwicklung der letzten beiden Jahre zeigte einen Anstieg von 16,6 % auf 17,5 %. Dieser Anstieg ist auf Proben mit Kennzeichnungsmängeln und irreführenden Informationen zurückzuführen. Eine weitere steigende Tendenz ist nicht zu erwarten.

24.5.3 Anzahl an gesundheitsschädlichen Proben [Anzahl]

Der Anteil an als gesundheitsschädlich beurteilten Proben ist seit 2015 gleichbleibend niedrig. Ein wesentlicher Anstieg ist nicht zu erwarten.

24.5.4 Tiergesundheitsstatus Österreichs [Anzahl]

Es ist gelungen den ausgezeichneten Tierseuchenstatus Österreichs weiterhin aufrechtzuerhalten.

24.5.5 Tierschutz macht Schule [%]

Bisher wurden die erreichten Schulen dokumentiert. In den Folgejahren werden alle Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 18 Jahren, die Materialien von „Tierschutz macht Schule“ verwenden, erfasst.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der angestrebte Erfolg wurde im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kennzahlen (3 Kennzahlen überplanmäßig erreicht) in Verbindung mit den Maßnahmen (überplanmäßig sowie überwiegend erreicht) zur Gänze erreicht. Im Einzelnen ist zu bemerken, dass Bildungsarbeit ein Entwicklungsprozess ist. Der Bildungsauftrag des Vereins „Tierschutz macht Schule“ gem. § 2 Tierschutzgesetz umfasst nicht nur Schulen, sondern auch Kindergärten, Horte und Lehrlingsausbildungsstätten. Der Nachweis eines offiziell anerkannten und international bekannten hervorragenden Tiergesundheitsstatus spiegelt das gute Funktionieren des gesamten österreichischen Veterinärsystems wider. Zur Erreichung und Aufrechterhaltung dieses Status ist das Zusammenwirken aller Ebenen des österreichischen Veterinärsystems erforderlich.

Dies beinhaltet:

- die entsprechende Normensetzung
- die diesbezügliche fachliche Vertretung in EU- und internationalen Gremien (OIE) durch die zentrale Veterinärbehörde im Ministerium
- die Organisation der erforderlichen Maßnahmen zum Nachweis und zur Aufrechterhaltung des Tiergesundheitsstatus auf Länderebene sowie
- die korrekte Umsetzung der dafür erforderlichen Maßnahmen in den tierhaltenden Betrieben durch die Amtstierärztinnen und Amtstierärzte.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung

UG 30
Bildung

Leitbild der Untergliederung

Das Bundesministerium für Bildung gestaltet die Rahmenbedingungen für umfassende Bildung mit dem Bildungsniveau und der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit als wesentliche strategische Handlungsfelder und versucht dabei, möglichst effektive und effiziente Strukturen und Abläufe in der Bildungsverwaltung sicherzustellen.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Neue Mittelschule

<https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/bw/nms/index.html>

Die Neue Oberstufe

<https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/ba/nost/index.html>

Gleichstellung von Mädchen und Buben / Geschlechtsspezifische Bildungsfragen

<https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/ba/gs/index.html>

Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Bildungswesens

<https://www.bifie.at/>

Portal für Lehren und Lernen Erwachsener

<https://erwachsenenbildung.at/>

Schulqualität Allgemeinbildung

<http://www.sqa.at/>

Qualitätsinitiative Berufsbildung

<https://www.qibb.at/home.html>

Bildungsreform

<https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/autonomie/index.html>

Blog zur Schulautonomie

<https://www.schulautonomie.at/>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Im Bildungsbereich sind in der Mehrzahl der Kategorien, die für die Wirkungsmessung ausschlaggebend sind, positive Trends zu verzeichnen. Von den drei Wirkungszielen des BMBWF wurde eines zur Gänze und zwei überwiegend erreicht. Von den zehn Globalbudgetmaßnahmen konnten vier zur Gänze plankonform umgesetzt werden. Fünf Globalbudgetmaßnahmen konnten überwiegend zielgerecht und eine teilweise zielgerecht umgesetzt werden.

Positive Entwicklungen zeigen sich beispielsweise beim Anteil der Jugendlichen, die sich auch nach der Schulpflicht in einer weiteren Ausbildung befinden, bei den Erfolgsquoten in der Sekundarstufe II oder beim Nachholen von Bildungsabschlüssen. Auch im Bereich der Gleichstellung konnte eine – wenn auch geringe – Zunahme des Anteils der SchülerInnen in geschlechtsuntypischen Schulformen verzeichnet werden. Eine – wenn auch geringe – positive Entwicklung kann auch im Bereich der Chancengerechtigkeit beobachtet werden. Allerdings zeigt sich ebenso, dass die Bildungschancen in Österreich immer noch ungleichmäßig verteilt sind und weiterhin konsequent an der Verbesserung der Ergebnisse gearbeitet werden muss. Die Unterschiede hinsichtlich der Kompetenzniveaus, die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und jene ohne Migrationshintergrund bei empirischen Leistungsstudien erreichen, stellen weiterhin eine Herausforderung für das Bildungssystem dar.

Schulautonome Gestaltungsspielräume und autonome Schwerpunktsetzungen, welche durch die Bildungsreform 2017 ermöglicht werden, müssen konsequent am Bedarf der Schülerinnen und Schüler sowie des schulischen Umfelds ausgerichtet werden. Dies erfordert eine neue Steuerungslogik im österreichischen Schulsystem, die durch die Reformvorhaben schrittweise umgesetzt wird.

Auch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik, internationaler Wettbewerb und gesteigerte Leistungsanforderungen an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger erfordern die laufende Weiterentwicklung des Bildungssystems, um bestmögliche Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten im Sinne des Erhalts des Wohlfahrtssystems, der Standortsicherung und des sozialen Zusammenhalts zu gewährleisten.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMB-UG-30-W0001.html

Wirkungsziel Nr. 1

Erhöhung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler und von Zielgruppen in der Erwachsenenbildung

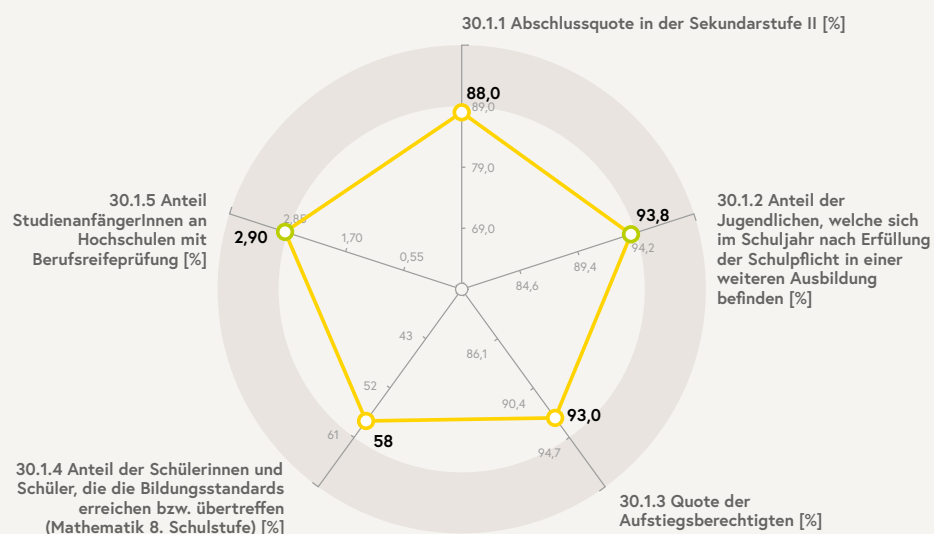
Umfeld des Wirkungszieles

Die Entwicklung des Bildungsstandes der Bevölkerung zeigt einen stetigen Anstieg des Bildungsniveaus. Seit dem Jahr 2001 hat sich der Anteil an Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die höchstens einen Pflichtschulabschluss erreicht haben, von 26 % auf 19 % verringert. Ein Vergleich der Altersgruppen (30–34-Jährige und 60–64-Jährige) zeigt ebenfalls, dass jüngere Kohorten ein wesentlich höheres Bildungsniveau aufweisen als ältere. So schlossen bspw. 16 % der 30–34-Jährigen höchstens die Pflichtschule ab (60–64-Jährige: 27 %) und 19 % eine Hochschule (60–64-Jährige: 7 %). Dies zeigt, dass Schülerinnen und Schüler, die heute in das Schulsystem eintreten, so gute Chancen haben wie keine Generation davor höhere Abschlüsse zu erreichen. Auch die Zahl der frühen SchulabgängerInnen konnte seit den 90er Jahren kontinuierlich reduziert werden und liegt 2017 mit 7,4 % unter dem europäischen Durchschnitt (EU-28: 10,6 %).

Werden zur Bewertung der Entwicklung des Bildungsniveaus statt formaler Abschlüsse Ergebnisse der nationalen und internationalen Kompetenzmessungen herangezogen, zeigt sich ein ähnliches Muster im Hinblick auf die Unterschiede zwischen den Altersgruppen. So verfügen jüngere Altersgruppen über höhere Lese- und Mathematikkompetenzen als ältere Altersgruppen. In der Entwicklung der Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sind Hinweise auf einen Aufwärtstrend erkennbar. Die nationalen Bildungsstandards in Mathematik auf der 8. Schulstufe zeigen, dass die Risikogruppe im Bereich Mathematik etwas kleiner wurde (von 17 % im Jahr 2012 auf 15 %) die Spitzengruppe hingegen größer (2012: 5 %; 2017: 6 %). Die Punktezahl im gesamtösterreichischen Durchschnitt stieg um 7 Punkte. Diese Veränderungen sind zum größten Teil Ergebnis von besseren Leistungen in den Allgemeinen Pflichtschulen (APS). Weiterhin als Herausforderung zu sehen sind die stagnierenden Gruppenunterschiede nach Geschlecht, Migrationsgrund oder familiärer Herkunft. Eine spezielle Herausforderung ergab sich in den letzten Jahren aus dem temporär verstärkten Zuzug von Flüchtlingen nach Österreich und den daraus resultierenden Bildungsaufgaben von der Volksschule bis in den Bereich der Erwachsenenbildung die es auch in den nächsten Jahren im Bildungsbereich zu berücksichtigen gilt.

Ergebnis der Evaluierung

Erhöhung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler
Untergliederung: Bildung, Wirkungsziel: 2017-BMB-UG30-W1



1 Abschlussquote in der Sekundarstufe II [%]

Personen, die erstmals einen Sekundarstufe II-Abschluss erreicht haben + die entsprechende Altersgruppe (18-20-Jährige)

2 Anteil der Jugendlichen, welche sich im Schuljahr nach Erfüllung der Schulpflicht in einer weiteren Ausbildung befinden [%]

Jugendliche mit erfüllter Schulpflicht und weiterem Schulbesuch + Jugendliche, die im Vorjahr die Schulpflicht erfüllt haben

3 Quote der Aufstiegsberechtigten [%]

SchülerInnen (ab der 5. Schulstufe) mit Aufstiegsberechtigung bzw. erfolgreichem Abschluss + Alle SchülerInnen ab der 5. Schulstufe

4 Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Bildungsstandards erreichen bzw. übertreffen (Mathematik 8. Schulstufe) [%]

Anteil der Schülerinnen, die die BIST erreichen bzw. übertreffen / Gesamtzahl der getesteten SchülerInnen

5 Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an Hochschulen (Univ., FH, PH) mit Berufsreifeprüfung [%]

StudienanfängerInnen an Hochschulen mit Berufsreifeprüfung / Altersgruppe der 18 - 22-Jährigen

überplanmäßig erreicht

zur Gänze erreicht

überwiegend erreicht

teilweise erreicht

nicht erreicht

Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
30.1.1	ZIEL	87,1	88,9	89,0	89,0	89,0	89,4
	IST	87,8	89,0	n. v.	n. v.	88,0	
30.1.2	ZIEL	93,0	93,5	93,7	93,8	94,2	94,4
	IST	93,6	93,8	n. v.	n. v.	93,8	
30.1.3	ZIEL	94,2	94,4	94,5	94,5	94,7	94,7
	IST	93,3	94,6	94,1	n. v.	93,0	
30.1.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	45,0	61,0	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	58,0	
30.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	2,85	2,95
	IST	2,39	2,49	2,66	2,84	2,90	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

30.1.1 Abschlussquote in der Sekundarstufe II [%]

Zur Beurteilung des Zielwerts wurde auf Grund der teilweise gesetzlich festgelegten Zeitläufe (Bildungsdokumentation) und der sich daraus ergebenden Datenaktualität als zuletzt verfügbarer Ist-Wert jener des Schuljahres 2015/16 herangezogen. Dieser Wert (89,0%) wurde 2017 nur überwiegend erreicht. Der leichte Fall der Abschlussquote im Vergleich zum Vorjahr beträgt 1,0%-Punkte. Dieser lässt sich durch leicht sinkende Abschlussquoten in der AHS und BHS (Zentralmatura) sowie den Berufsschulen und Lehrabschlüssen begründen.

30.1.2 Anteil der Jugendlichen, welche sich im Schuljahr nach Erfüllung der Schulpflicht in einer weiteren Ausbildung befinden [%]

Zur Beurteilung des Zielwerts wurde auf Grund der teilweise gesetzlich festgelegten Zeitläufe (Bildungsdokumentation) und der sich daraus ergebenden Datenaktualität als zuletzt verfügbarer Ist-Wert jener des Schuljahres 2016/17 herangezogen. Der Zielzustand 2017 wurde mit 94,2% berechnet. Dieser Wert wurde 2017 zur Gänze erreicht (93,8%) und bedeutet gegenüber dem ersten verfügbaren Wert 2008 einen Anstieg von 1,2%. Bis zum Mittelfristigen Zielzustand 2025 wird ein weiterer Anstieg um 2,2% erwartet.

30.1.3 Quote der Aufstiegsberechtigten [%]

Zur Beurteilung des Zielwerts wurde auf Grund der teilweise gesetzlich festgelegten Zeitläufe (Bildungsdokumentation) und der sich daraus ergebenden Datenaktualität als zuletzt verfügbarer Ist-Wert jener des Schuljahres 2014/15 (94,1%) herangezogen. Der Zielzustand 2017 wurde mit 94,7% berechnet. Dieser Wert wurde 2017 nur überwiegend erreicht (93%) und bedeutet gegenüber dem vorangegangenen Jahr (94,1%) einen Rückgang um 1,1%. Die Quote stieg im beobachteten Zeitraum (Schuljahr 2006/07 bis 2014/15) nur moderat. Nach einem starken Anstieg 2013/14 ist nun ein Rückgang zu beobachten. Rückgänge sind vor allem in der Neuen Mittelschule und der Berufsschule zu beobachten.

30.1.4 Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Bildungsstandards erreichen bzw. übertreffen (Mathematik 8. Schulstufe) [%]

Die Bildungsstandardüberprüfung in Mathematik der 8. Schulstufe ergab, wie auch schon jene im Jahr 2012, einen Anteil an Schülerinnen und Schüler, die die Bildungsstandards erreichen bzw. übertreffen von 58%. Die prospektive Schätzung des Zielzustandes von 61% wurde nicht erreicht. Positiv im Vergleich zu der Erhebung 2012 ist zu erwähnen, dass die Risikogruppe im Bereich Mathematik etwas kleiner wurde (von 17% im Jahr 2012 auf 15%) und die Spitzengruppe hingegen größer (2012: 5%; 2017: 6%). Die Punktezahl im gesamtösterreichischen Durchschnitt stieg um 7 Punkte. Diese Veränderungen sind zum größten Teil Ergebnis von besseren Leistungen in den Allgemeinen Pflichtschulen (APS).

Weiterhin als Herausforderung zu sehen sind die stagnierenden Gruppenunterschiede nach Geschlecht, Migrationsgrund oder familiärer Herkunft.

30.1.5 Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an Hochschulen (Univ., FH, PH) mit Berufsreifeprüfung [%]

Diese Kennzahl weist über den gesamten Beobachtungszeitraum eine steigende Entwicklung auf. Im Wesentlichen kann die steigende Quote auf die Zunahme von Studienanfängerinnen und Studienanfänger mit Berufsreifeprüfung an Universitäten begründet werden. Aber auch an den Pädagogischen Hochschulen wächst der Anteil beständig. Der Anstieg war unter Männern deutlich höher als bei Frauen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Bildungsniveau der Schülerinnen und Schüler in Österreich hat sich weiter erhöht. Die Indikatoren dieses Wirkungsziels sowie die gesetzten Maßnahmen des Ressorts lassen annehmen, dass sich die bisher beobachtete Entwicklung auch weiterhin, wenn auch moderat, fortsetzen wird. Der generelle Trend zu höherer schulischer Bildung zeigt sich unter anderem durch den nach wie vor steigenden Anteil jener Jugendlichen, die sich im Schuljahr nach Erfüllung der Schulpflicht in einer weiteren Ausbildung befinden. Auch die Abschlussquoten in der Sekundarstufe II blieben stabil, auch wenn leicht sinkende Abschlüsse in der AHS und BHS sowie den Berufsschulen und Lehrabschlüssen im Blick behalten werden müssen. Insbesondere in der AHS werden daher auch weiterhin Interventionen, die einem vorzeitigen Schulabbruch entgegenwirken, wie z.B. der Einsatz spezieller Diagnose- und daran anknüpfender Förderinstrumente, eine Rolle spielen. Auch die Zahl der qualifizierten Lerndesignerinnen und Lerndesigner an den NMS Standorten, die Lehrkräfte in pädagogischen Fragen unterstützen, konnte im letzten Jahr erhöht werden. Der alternative Zugang zu den Hochschulen über die Berufsreifeprüfung wird ebenfalls stetig von mehr Personen genutzt, was eine direkte Wirkung der Maßnahme „Lehre + Matura“ bzw. der damit in Zusammenhang stehenden Förderinstrumente darstellt. Im Rahmen der Erwachsenenbildung zeigt sich ebenfalls eine steigende Tendenz der Absolventinnen und Absolventen, die einen Pflichtschulabschluss nachholen.

Auf Grund des bereits erreichten hohen Bildungsniveaus bzw. der auch im OECD-Vergleich hohen Quote an Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe II sind jedoch nur moderate Anstiege in den kommenden Jahren zu erwarten. Es bleibt allerdings auch weiterhin ein zentrales Ziel, trotz der zunehmenden Heterogenität der Schülerinnen- und Schülerpopulation und den zusätzlichen Herausforderungen auf Grund der verstärkten Migrationsbewegungen einen weiteren Anstieg des Bildungsniveaus zu gewährleisten. Sprachfördermaßnahmen im Pflichtschulbereich und an allgemein bildenden höheren und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Sprachstandsfeststellungen sind erste Instrumente, die dazu dienen sich diesen Herausforderungen zu stellen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMB-UG-30-W0002.html

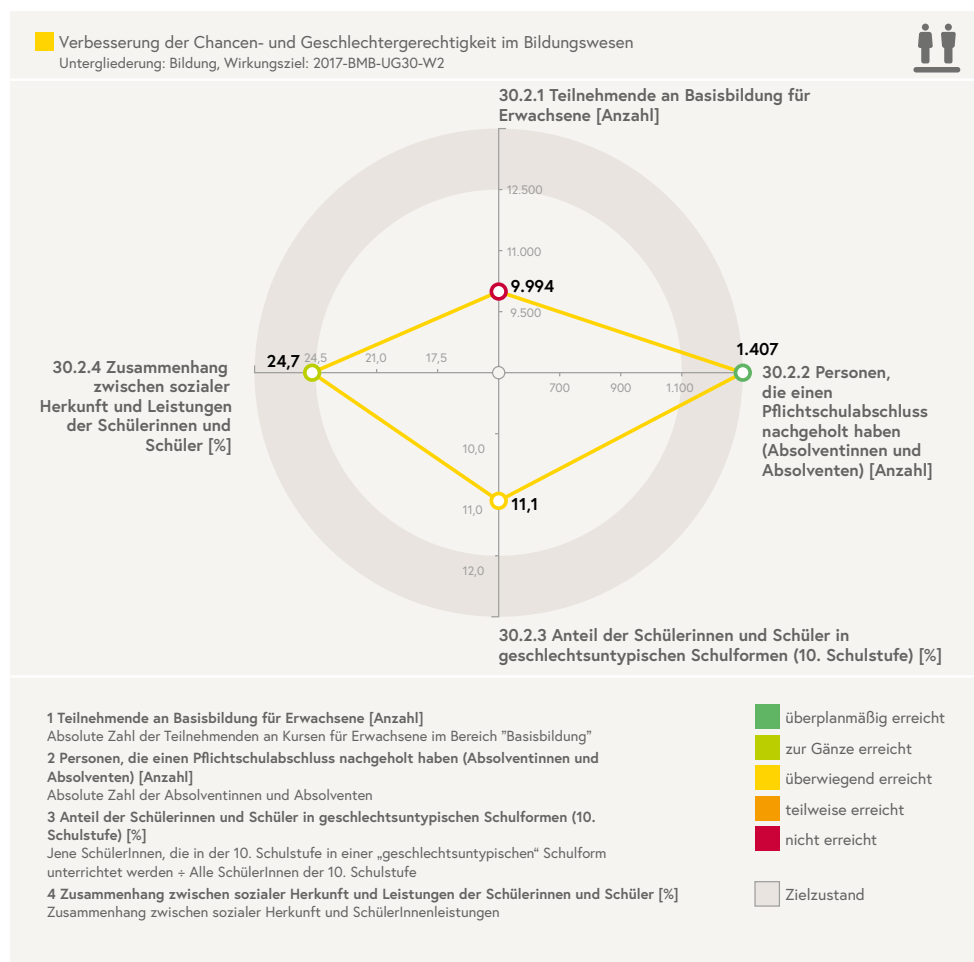
Wirkungsziel Nr. 2

Verbesserung der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungswesen

Umfeld des Wirkungszieles

Die Verbesserung der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungssystem stellt eine kontinuierliche Anstrengung des Ressorts dar. In der Wahl des Schultyps im oberen Sekundarbereich bestehen jedoch weiterhin große Differenzen zwischen Mädchen und Burschen. So wählt die relative Mehrheit der Burschen weiterhin die Lehre (ca. 34%) als weiterführende Ausbildung (ca. 30% aller Burschen die eine Ausbildung des Sekundarbereiches II besuchen), während Mädchen am häufigsten eine Berufsbildende höhere Schule (ca. 26%) besuchen. Weiters sind persistente Geschlechterdifferenzen auch in der Verteilung der Kompetenzen zu erkennen. Im Durchschnitt weisen Mädchen einen Lesekompetenzvorsprung auf ihre männlichen Altersgenossen auf, der etwa einem Schuljahr entspricht. In der Mathematik hingegen beträgt der durchschnittliche Kompetenzvorsprung der Burschen noch immer in etwa ein halbes Schuljahr. Neben dem Geschlecht zeigt sich auch die familiäre Herkunft weiterhin als bedeutender Einflussfaktor für den Bildungserfolg. Die PISA-Studie legt bspw. nahe, dass die Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern in Österreich stärker von der familiären Herkunft abhängt als in anderen Ländern. Migrationshintergrund oder eine andere Erstsprache als Deutsch nehmen ebenfalls weiterhin Einfluss auf den Bildungserfolg, unabhängig davon ob formale Abschlüsse oder Kompetenzen zur Beurteilung herangezogen werden (siehe bspw. BIST-Mathematik-Ergebnisse der 8. Schulstufe: Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund haben eine mehr als doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit die Bildungsstandards in Mathematik nicht zu erreichen als Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund). Die letztgenannten Einflussfaktoren sind in der Population der SchülerInnen heute häufiger zu finden als noch vor einigen Jahren. So hatten im Jahr 2006 16% der SchülerInnen eine andere Erstsprache als Deutsch, während dieser Anteil im Jahr 2016/17 25% betrug.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
30.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	12.500	12.500	n. v.
	IST	7.699	7.771	9.740	n. v.	9.994	
30.2.2	ZIEL	990	990	990	1.100	1.100	1.100
	IST	822	1.126	979	1.085	1.407	
30.2.3	ZIEL	10,6	11,2	11,3	11,4	12,0	12,0
	IST	10,2	10,4	10,7	11,0	11,1	
30.2.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	24,5	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	24,6	24,7	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

30.2.1 Teilnehmende an Basisbildung für Erwachsene [Anzahl]

Aufgrund eines Darstellungsirrtums in der Ursprungsberechnung kam es zu Fehleinschätzungen des Zielzustandes 2017. Laut Erläuterungen zur 15a-Vereinbarung der Initiative Erwachsenenbildung ist der angestrebte Zielwert in der Basisbildung für eine Programmperiode von 3 Jahren 12.600 Teilnahmen. Aufgrund der Entwicklung der Teilnahmen (2017: 9.994, 2016: 10.812, 2015: 9.740 Teilnehmende) sowie vor dem Hintergrund der hohen Flexibilität in der Angebotsgestaltung wird der zukünftige jährliche Zielwert mit 9.000 Teilnehmenden festgelegt.

30.2.2 Personen, die einen Pflichtschulabschluss nachgeholt haben (Absolventinnen und Absolventen) [Anzahl]

Die Erfolge im Programmbereich Nachholen des Pflichtschulabschlusses müssen in einem mehrjährigen Rahmen betrachtet werden. Viele TeilnehmerInnen schließen die Pflichtschulabschlussprüfungen erst einige Zeit (1 bis 2 Jahre) nach dem Kursende ab. Daher kann es in der Jahresbetrachtung zu unterschiedlichen Erfolgen und überplanmäßigen Zielerreichungen kommen.

30.2.3 Anteil der Schülerinnen und Schüler in geschlechtsuntypischen Schulformen (10. Schulstufe) [%]

Der Anteil der Mädchen und Burschen in einer „geschlechtsuntypischen Schulform“ stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich leicht an, d. h. immer mehr Mädchen besuchen Schulformen, die ursprünglich als „typisch männlich“ klassifiziert worden waren („typisch männliche Schulform“ = dort, wo der Anteil der Mädchen unter 33,3% lag) und umgekehrt. Diese Entwicklung begründet sich in höheren Anteilen in den Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und den Berufsschulen. In den Berufsbildenden mittleren Schulen waren höhere Anteile besonders in den Sozialberuflichen Schulen und den Schulen für wirtschaftliche Berufe beobachtbar. Im Bereich der Berufsbildenden höheren Schulen zeigen Technische und Gewerbliche höhere Schulen, Land- und forstwirtschaftliche höhere Schulen sowie Höhere Schulen für wirtschaftliche Berufe verbesserte Anteile. Der Anteil der Mädchen steigt kräftiger als jener der Buben.

Die Definition des Indikators wurde dahingehend verändert, dass nun Mittlere Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung nicht mehr in den Indikator eingehen. Die Zeitreihe wurde auf Basis der geänderten Definition neu berechnet. Im BVA 2017 wurden jedoch noch die Zielwerte nach der alten Berechnungsmethode gesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr (Schuljahr 2015/2016 auf 2016/2017) zeigt sich eine weitere – wenn auch mit 0,1% recht geringe – Zunahme des Anteils der SchülerInnen in geschlechtsuntypischen Schulformen, wobei der Anteil der SchülerInnen in geschlechtstypischen Schulformen rückläufig ist.

Im langjährigen Trend steigt der Anteil etwas kräftiger unter Mädchen als den Buben.

30.2.4 Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistungen der Schülerinnen und Schüler [%]

Aufgrund der verbesserten Datenlage, standen für den Indikator des BVA 2017 Datensätze für 4 Studien zur Verfügung. Dadurch verringert sich der gemessene Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und SchülerInnen-Leistungen im Vergleich zur WIST-Berichterstattung des Vorjahres. Der minimale Anstieg des Indikators ist daher eher auf den technischen Hintergrund des Indikators zurückzuführen. Nichtsdestotrotz stellt der Zusammenhang von Leistung und sozialer Herkunft im Bildungsbereich damit nach wie vor eine große Herausforderung für Schule und Unterricht dar.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Indikatoren des Wirkungsziels haben sich positiv im Sinne des Zielwerts entwickelt. Die Geschlechtersegregation auf der 10. Schulstufe ist etwas zurückgegangen und der Anteil von Schülerinnen und Schülern in geschlechtsuntypischen Schulformen gestiegen. Zur Erhöhung des Anteils von Mädchen in geschlechtsuntypischen Ausbildungen wurden gezielt Aktionen und Programme, wie z.B. Qualifizierungsmaßnahmen für eine geschlechtssensible Pädagogik, eine gezieltere Bildungs- und Berufsberatung, Aktionstage wie der „Girls day“ und besondere Entwicklungsprogramme an berufsbildenden Schulen, umgesetzt. Die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen wird vom BMBWF außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts (Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Bundesministerium für Landesverteidigung, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus) im so genannten Cluster Arbeitsmarkt und Bildung verfolgt. In diesem Zusammenhang wird durch den Ausbau ganztägiger Schulformen angestrebt, Frauen verbesserte Teilhabechancen am Arbeitsmarkt zu eröffnen. Bis 2032 soll die Betreuungsquote von 22 % im Schuljahr 2015/16 auf 40 % erhöht werden. Die Entwicklung der Indikatoren, die den Abbau von Bildungshindernissen messen, ist ebenfalls positiv. Das Angebot zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses wird fast vollständig ausgeschöpft – ein wichtiger Hinweis darauf, dass die entsprechende Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern mit den damit verbundenen Finanzierungsinstrumenten eine gravierende Lücke geschlossen hat. Je nach Indikator kann von einem weiteren Anstieg ausgegangen werden, sofern dieser nicht strukturell begrenzt ist (bspw. begrenzte Teilnehmer/innenzahl).



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMB-UG-30-W0003.html

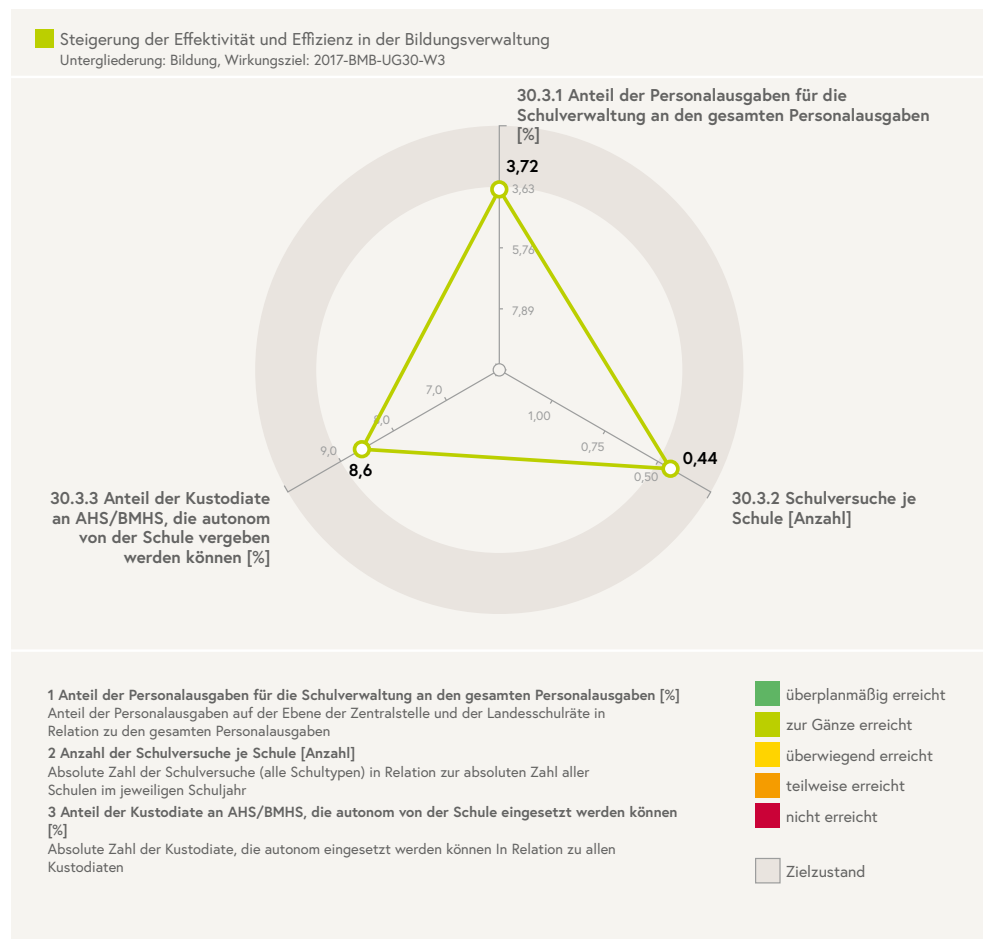
Wirkungsziel Nr. 3

Steigerung der Effektivität und Effizienz in der Bildungsverwaltung

Umfeld des Wirkungszieles

Die Effektivität und Effizienz der Bildungsverwaltung ist im größeren Kontext der am 17.11.2015 von der Bundesregierung beschlossenen Bildungsreform zu sehen. Mit dem Schulrechtsänderungsgesetz 2016 wurde bereits die Reform der Grundschule umgesetzt, die eine Vielzahl von verwaltungsintensiven Schulversuchen im Bereich der alternativen Leistungsbeurteilung überflüssig gemacht hat. Als größtes Reformvorhaben wurde mit dem Bildungsreformgesetz 2017 eine erweiterte Schulautonomie und die Neugestaltung der Schulbehördenorganisation implementiert. Diese Maßnahmen werden auf Grund der Konzentration von Verantwortlichkeiten und der weitreichenden Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse in organisatorischen Belangen an die Schulen positive Auswirkungen auf die Effektivität und Effizienz in der Schulverwaltung haben.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
30.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	3,63	3,63	3,60
	IST	3,63	3,67	3,57	3,66	3,72	
30.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	0,80	0,50	n. v.
	IST	0,93	0,93	0,92	0,77	0,44	
30.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	9,0	9,0	n. v.
	IST	8,7	8,8	8,9	8,0	8,6	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

30.3.1 Anteil der Personalausgaben für die Schulverwaltung an den gesamten Personalausgaben [%]

Der Ist-Zustand 2017 (3,72 %) ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass mit 1.1.2017 die bis dahin in das BIFIE ausgelagerten Agenden rund um die zentrale Reifeprüfung in die Zentralstelle übernommen wurden, was eine Verschiebung von Sachaufwand in Personalaufwand bewirkte. Bereinigt um diese Organisationsänderung beträgt der Ist-Zustand für 2017 lediglich 3,61 %, womit der Zielzustand sogar unterschritten wäre.

30.3.2 Anzahl der Schulversuche je Schule [Anzahl]

Mit dem Wegfall der Schulversuche zur alternativen Leistungsbeurteilung in der Grundschule durch das Schulrechtsänderungsgesetz 2016 hat sich die Anzahl der Schulversuche gegenüber dem Ausgangswert mehr als halbiert. Damit ist der mittelfristige Zielzustand bereits dauerhaft unterschritten. Mit dem Bildungsreformgesetz 2017 wurden darüber hinaus die Schulversuche neu geregelt. Bestehende Schulversuche enden spätestens mit dem Schuljahr 2024/25.

30.3.3 Anteil der Kustodiate an AHS/BMHS, die autonom von der Schule eingesetzt werden können [%]

Der Ist-Zustand 2017 (8,6 %) ist im Vergleich zu den letzten Jahren mit geringfügigen Abweichungen relativ konstant geblieben. Mit dem Bildungsreformgesetz 2017 wurde ein neues Modell für Kustodiate implementiert, mit dem ab dem Schuljahr 2018/19 rund 75 % der verfügbaren Ressourcen den Schulleitungen zum autonomen Einsatz übertragen werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Entwicklung der Indikatoren verläuft planmäßig. Mit der Überführung der alternativen Leistungsbeurteilung in der Grundschule vom Versuchsstadium in das Regelschulwesen ist es zu einem weiteren signifikanten Rückgang der Anzahl an Schulversuchen gekommen. Der Anteil der Kustodiate, die autonom von den Schulen eingesetzt werden können, ist

weiterhin konstant auf einem geringen Niveau. Ein Wandel hin zum weitgehend schulautonomen Einsatz wird durch das Bildungsreformgesetz 2017 mit dem Schuljahr 2018/19 vollzogen. Der Anteil der Personalausgaben für die Schulverwaltung an den gesamten Personalausgaben ist zwar im Jahr 2017 gestiegen, dies ist jedoch auf eine Verlagerung der Agenden der zentralen Reifeprüfung in das BMBWF zurückzuführen, wodurch für die Zukunft weitere Synergieeffekte zu erwarten sind.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung

UG 31

Wissenschaft und Forschung

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird die UG 31 nunmehr beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgewiesen.

Leitbild der Untergliederung

Wir tragen Verantwortung für Wissenschaft, Forschung und Hochschulbildung als unverzichtbare Basis des Gemeinwohls, der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit in Österreich und gestalten maßgeblich die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche und künstlerische Kreativität und Ideenreichtum, erfolgreiche Forschung und gesellschaftliche Innovation.

Wir leisten wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung des nationalen wie europäischen Hochschul- und Forschungsraums und positionieren Österreich international im Kreis der aufstrebenden Forschungsnationen. Nachwuchsförderung und die Förderung von wissenschaftlichen Karrieren haben für uns höchste Priorität.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Statistisches Taschenbuch 2017

https://bmbwf.gv.at/fileadmin/user_upload/wissenschaft/publikationen/Statistisches_Taschenbuch_2017_PDF_138_Seiten_.pdf

Gesamtösterreichischer Universitätsentwicklungsplan 2019–2024

https://www.bmbwf.gv.at/fileadmin/user_upload/wissenschaft/publikationen/guep/2019-2024_GUEP_Langversion.pdf

Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2017

https://www.bmvit.gv.at/innovation/publikationen/technologieberichte/downloads/ftb_2017.pdf

Dossier Angaben zur Wirkungsorientierung aus den Bundesfinanzgesetzen 2018 und 2019

https://www.bmbwf.gv.at/fileadmin/user_upload/wissenschaft/publikationen/Dossier_WiOr_2018_19.pdf

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Im Jahr 2017 konnten in einigen der zentralen Wirkungsbereiche der Untergliederung gute Fortschritte gemacht werden: Insbesondere die international hochkompetitive Spitzenforschung war in Österreich sehr erfolgreich, wie nicht zuletzt die Einwerbung von ERC Grants zeigte, die sich deutlich stärker als erwartet entwickelt hat. Auch in der generellen Akademisierung Österreichs, also in der Verbreitung akademischer Bildung in der Bevölkerung, konnten die Zielwerte mit einer Tertiärquote von 40,8 % erneut übertroffen werden. Nicht ganz erreicht wurde die anvisierte Zahl der Studienabschlüsse, auch wenn mit über 50.000 Abschlüssen insgesamt der erfreuliche Trend in Richtung Akademisierung angehalten hat (wobei der derzeitige Stand der Abschlüsse noch nicht als endgültig zu betrachten ist). Auch bei der Rekrutierungsquote, konnte der Zielwert 2017 nahezu erreicht werden. Maßgeblich dazu beigetragen hat zweifellos die gut ausgebaute Studienbeihilfe, die vielen Studierenden aus vorwiegend bildungsfernen Schichten das Studium überhaupt erst ermöglicht. 2017 konnten bei den Kennzahlen zur Qualität der Studien gute Fortschritte erzielt werden, da insbesondere das Betreuungsverhältnis, aber auch die Internationalisierung von Studienprogrammen die Zielsetzungen sogar übertroffen haben. Auch im Bereich der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern konnten wie in den letzten Jahren gute Fortschritte erzielt werden. Die gläserne Decke im Universitätsbereich ist zwar immer noch vorhanden, doch sind die universitären Karrierepfade bei weitem nicht mehr so männlich dominiert wie noch vor wenigen Jahren. Auch im Bereich der universitären Leitungsgremien (z.B. Rektorate) konnten Frauen schon sehr viel besser Fuß fassen, und der Gender Pay Gap zwischen Universitätsprofessorinnen und -professoren ist 2017 sehr stark zurückgegangen.

Trotz großer Anstrengungen im Bereich der Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit mit Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung konnte die erwünschte Breitenwirkung noch nicht ganz erreicht werden, wobei insbesondere die webbasierte Wissenschaftskommunikation überplanmäßig gute Resultate geliefert hat. Noch verbesserungswürdig ist die Verteilung der Studierenden auf die angebotenen Studien. Durch die Kumulierung auf einigen wenigen Studienrichtungen („Massenstudien“) kann die Qualität der Lehre gefährdet werden. Hier wurde der Zielwert noch deutlich verfehlt.



wirkungsmonitoring.
 gv.at/2017-BMFW-UG-
 31-W0001.html

Wirkungsziel Nr. 1

Qualitäts- bzw. kapazitätsorientierte sowie Bologna-Ziele-konforme Erhöhung der Anzahl der Bildungsabschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten

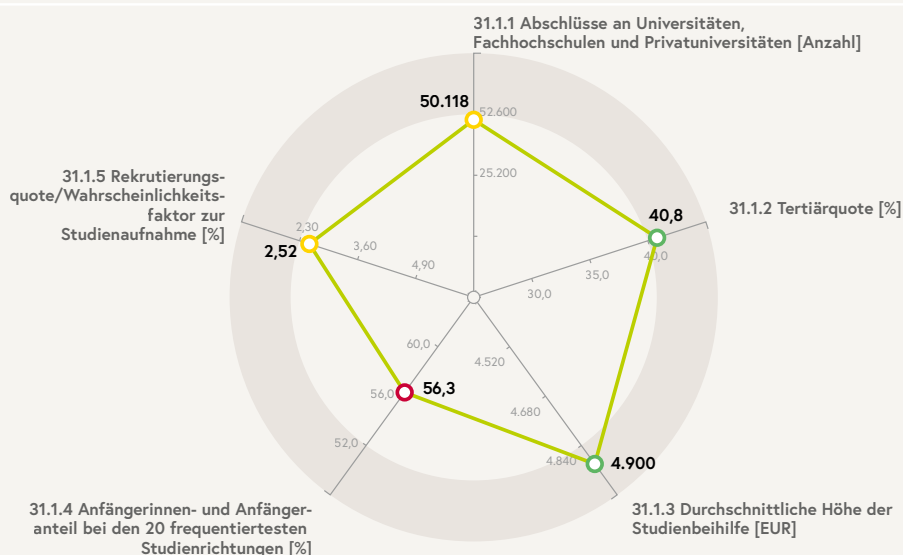
Umfeld des Wirkungszieles

Da Österreich wirtschaftlich vor allem auf Humanressourcen setzen kann, ist die Hebung des Bildungsniveaus ein extrem wichtiger Wettbewerbs- und Standortfaktor. In diesem Kontext zeigte sich, dass sich 2017 der positive Trend zur stärkeren Akademisierung Österreichs fortsetzte. Sichtbar wurde das insbesondere dadurch, dass die Tertiärquote mit 40,8 % schon deutlich über dem in der Strategie Europa 2020 festgelegten Zielwert für Österreich (38 %) lag. Im Sinne der sozialen Durchmischung der Studierendenpopulation kann eine akzeptable Bilanz festgestellt werden: während die durchschnittliche Höhe der Studienförderung, die als Katalysator für den Bildungsaufstieg aus sozial schwachen Schichten fungiert, auch 2017 wieder und vor allem mit dem bisher höchsten Zuwachs angehoben werden konnte, musste im Vergleich zu 2016 eine leichte Verschlechterung der Rekrutierungsquote diagnostiziert werden. Diese geht vor allem auf eine negative Entwicklung bei den Universitäten (weniger Studienanfänger/innen mit Vätern ohne Matura bei einem tendenziellen Rückgang der Studienanfänger/innen insgesamt) und ein Stagnieren bei den traditionell sozial ausgeglicheneren FH zurück. Die beiden Kennzahlen „Abschlüsse an Universitäten, FH und PU“ und der Anfänger/innenanteil bei den 20 frequentiertesten Studienrichtungen konnten bis dato noch nicht vollständig erhoben werden, wobei derzeit dennoch von über 50.000 Abschlüssen auszugehen ist, wodurch sich die Ausweitung der tertiären Bildung zeigt, da noch vor 10 Jahren deutlich unter 40.000 tertiäre Abschlüsse pro Jahr die Regel waren. Die Maßnahmen zur Verteilung der Studienanfängerinnen und -anfänger weg von den 20 frequentiertesten Studienrichtungen scheint aus derzeitiger Sicht noch nicht ausreichend gegriffen zu haben, weswegen hier immer noch die Gefahr von „Massenstudien“ besteht.

Ergebnis der Evaluierung

■ Hebung des tertiären Bildungsniveaus

Untergliederung: Wissenschaft und Forschung, Wirkungsziel: 2017-BMWFW-UG31-W1



1 Abschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten [Anzahl]
Summe der Studienabschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten je Studienjahr

2 Tertiärquote [%]

Anteil der 30-34jährigen mit einem tertiären oder gleichwertigen Bildungsabschluss an der Gesamtbevölkerung

3 Durchschnittliche Höhe der Studienbeihilfe [EUR]

Durchschnittliche Höhe der Studienbeihilfe

4 Anfängerinnen- und Anfängeranteil bei den 20 frequentiertesten Studienrichtungen [%]

Anteil der ordentlichen neu begonnenen Studien aus den 20 frequentiertesten Studien an allen neu begonnenen Studien an öffentlichen Universitäten

5 Rekrutierungsquote/Wahrscheinlichkeitsfaktor zur Studienaufnahme [%]

Verhältnis der jeweiligen Rekrutierungsquote von "bildungsnahen" zu "bildungsfernen" Studienanfängerinnen und -anfängern.

■ überplanmäßig erreicht

■ zur Gänze erreicht

■ überwiegend erreicht

■ teilweise erreicht

■ nicht erreicht

■ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
31.1.1	ZIEL	51.000	53.000	55.000	56.000	52.600	54.400
	IST	50.871	48.410	49.288	51.532	50.118	
31.1.2	ZIEL	40,0	40,0	40,0	39,0	40,0	40,5
	IST	39,3	40,0	38,7	40,1	40,8	
31.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	4.770	4.840	6.000
	IST	4.680	4.700	4.760	4.800	4.900	
31.1.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	52,0	52,0	54,0
	IST	54,6	54,7	55,8	56,6	56,3	
31.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2,40	2,30	2,28
	IST	2,60	2,48	2,38	2,43	2,52	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

31.1.1 Abschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten [Anzahl]

Zum Erhebungszeitpunkt kann hier nur ein vorläufiger Ist-Zustand angegeben werden (Datenstand Juni 2018).

31.1.2 Tertiärquote [%]

Nur, wenn in der (erwerbstätigen) Bevölkerung ein ausreichend hohes Bildungsniveau vorherrscht können wissenschaftliche Erkenntnisse und Innovationen zum Zwecke der Produktivitätssteigerung in ökonomische Prozesse integriert und absorbiert werden. Eine höhere ökonomische Produktivität stellt einen zentralen Wettbewerbsfaktor dar, individuell erhöht ein entsprechendes Bildungsniveau die Beschäftigungsfähigkeit. Mit 40,8% wurde 2017 die höchste jemals in Österreich gemessene Tertiärquote erreicht, womit sowohl die Vorgaben aus der EU-Strategie Europa 2020 als auch die in der Wirkungsorientierung festgelegten Zielwerte überschritten werden konnten.

31.1.3 Durchschnittliche Höhe der Studienbeihilfe [EUR]

Soziale Selektion im Bildungsbereich bringt große Herausforderungen mit sich, sowohl was den sozialen Ausgleich in der Bevölkerung betrifft, als auch was die jeweils individuellen Aufstiegschancen auf dem Bildungsweg angeht. Um dem entgegenzuwirken, gleicht die Studienbeihilfe einen großen Teil des Phänomens der „Bildungsvererbung“ aus: Die Studienbeihilfe trägt massiv zur sozialen Durchmischung der Studierenden bei – alle, die studieren wollen und die entsprechenden Fähigkeiten dafür aufbringen, sollen grundsätzlich die Möglichkeit dazu erhalten, ohne dass soziale oder regionale Barrieren dies ausschließen. Um diesen Steuerungseffekt zu erreichen, muss die Studienbeihilfe natürlich eine gewisse Mindesthöhe haben, um ein sorgenfreies Studieren zu ermöglichen – aus diesem Grund wurde die Kennzahl der durchschnittlichen Höhe der Studienbeihilfe gewählt. Durch verschiedene legislative Maßnahmen (z. B. die Anhebung der Beihilfe für ältere Studierende, da Studierende in Österreich im Durchschnitt älter sind als Studierende in anderen EU-Staaten) kann die Verteilung der Studienbeihilfe als sozial sehr treffsicher angesehen werden, wodurch ein Bildungsaufstieg auch aus der sogenannten bildungsfernen Schicht ermöglicht wird.

31.1.4 Anfängerinnen- und Anfängeranteil bei den 20 frequentiertesten Studienrichtungen [%]

Zum Erhebungszeitpunkt kann hier nur ein vorläufiger Ist-Zustand angegeben werden (Datenstand Juni 2018).

31.1.5 Rekrutierungsquote/Wahrscheinlichkeitsfaktor zur Studienaufnahme [%]

Der bisher beste Ist-Wert 2015 von 2,38 war der in den letzten 10 Jahren niedrigste beobachtete Wert, weswegen der Zielwert 2017 zu optimistisch angesetzt wurde. Die

Trendwende derzeit geht auf eine negative Entwicklung bei den Universitäten (weniger Studienanfänger/innen mit Vättern ohne Matura bei einem tendenziellen Rückgang der Studienanfänger/innen insgesamt) und ein Stagnieren bei den FH zurück.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Kern des Wirkungszieles befasst sich mit der weiterhin notwendigen verstärkten Akademisierung Österreichs. Auch wenn hier schon gute Fortschritte erzielt wurden, wie nicht zuletzt die Tertiärquote beweist, konnten doch nicht alle Aspekte des Zieles realisiert werden. Insbesondere im Output-Bereich, also bei den Studienabschlüssen, konnte der Zielwert noch nicht erreicht werden. Dabei darf aber keineswegs vergessen werden, dass die Zahl der Studienabschlüsse in den letzten sechs Jahren um gut 14 % angestiegen ist (2011: 43.922 Studienabschlüsse). Auch ist ein Teil der Verschlechterung bei der Verteilung der Studienanfängerinnen und -anfänger in Richtung der weniger frequentierten Studienrichtungen auf die geänderte Zählweise im Rahmen der Einführung der „Pädagog/innenbildung neu“ zurückzuführen, und nicht auf einen etwaigen Run auf die frequentierteren Studien. Insbesondere im Bereich der Reduktion der sozialen Selektion, die den zweiten Kern des Wirkungszieles darstellt, wurde viel erreicht: Bei der Rekrutierungsquote konnte der Zielzustand beinahe erreicht werden, was ein deutliches Zeichen dafür ist, dass die soziale Durchmischung besser wird. Dies geschieht nicht zuletzt durch die sozial sehr treffsichere Studienbeihilfe, die deutlich ausgebaut wurde.

Wirkungsziel Nr. 2

Schaffung eines in Lehre und Forschung national abgestimmten, international wettbewerbsfähigen Hochschul- und Forschungsraumes



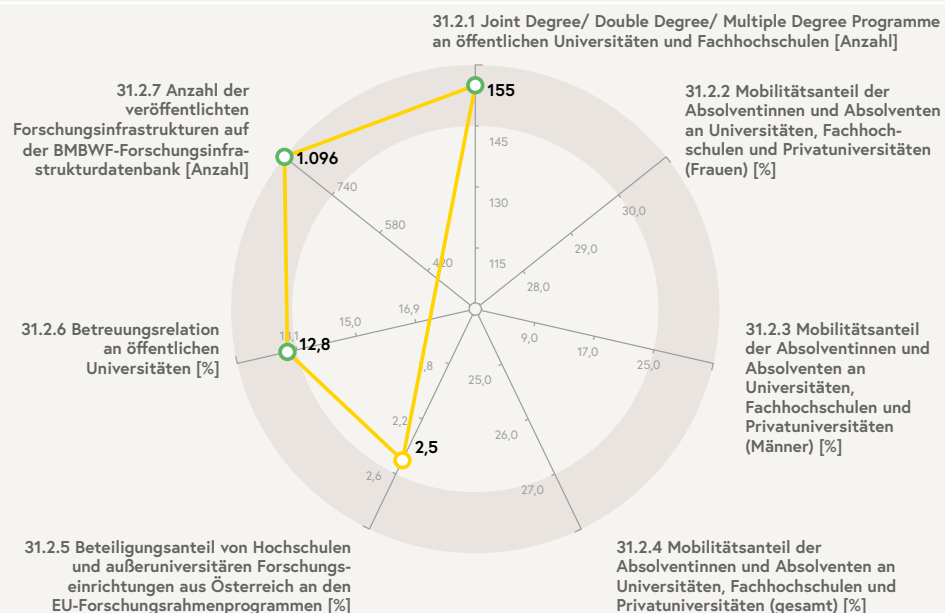
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-31-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Angesichts eines dynamisch wachsenden Hochschulsektors, was insbesondere im letzten Jahrzehnt in steigenden Studierendenzahlen seinen Ausdruck fand und der zunehmenden internationalen Vernetzung und der damit einhergehenden Notwendigkeit, die für die Hochschul- und Forschungslandschaft eingesetzten Ressourcen synergetisch zu nutzen und damit auch die Sichtbarkeit im internationalen Kontext zu verbessern, ist eine koordinierte Steuerung des Hochschul- und Forschungsraumes unumgänglich. Gerade in Zeiten begrenzter Ressourcen ist es besonders essentiell, die vorhandenen Infrastrukturen optimal auszunutzen und durch steuerndes Eingreifen ein Höchstmaß an Koordination der beteiligten Akteure anzustreben. Dabei ist aber natürlich immer auf die Einbettung in den internationalen Kontext zu achten, da gerade im Wissenschafts- und Forschungsbereich die Internationalisierung ein zentrales Gebot der Stunde ist.

Ergebnis der Evaluierung

■ Schaffung eines in Lehre und Forschung national abgestimmten, international wettbewerbsfähigen Hochschul- und Forschungsraumes
 Untergliederung: Wissenschaft und Forschung, Wirkungsziel: 2017-BMWFW-UG31-W2



1 Anzahl der internationalen Joint Degree/ Double Degree/ Multiple Degree Programme an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen [Anzahl]

Wissensbilanzkennzahl 2.A.2, Einnmeldungen der Fachhochschulbetreiber zu entsprechenden Programmen

2 Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (Frauen) [%]

Anteil der Absolventinnen, die einen studienrelevanten Auslandsaufenthalt absolviert haben [Noch kein Istwert vorhanden]

3 Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (Männer) [%]

Anteil der Absolventen, die einen studienrelevanten Auslandsaufenthalt absolviert haben [Noch kein Istwert vorhanden]

4 Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (gesamt) [%]

Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die einen studienrelevanten Auslandsaufenthalt absolviert haben [Noch kein Istwert vorhanden]

5 Beteiligungsanteil von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus Österreich an den EU-Forschungsrahmenprogrammen [%]

Beteiligungsanteil für Organisationen aus Österreich der Organisationstypen "HES" (Higher Education) und "REC" (Research Organisations)

6 Betreuungsrelation an öffentlichen Universitäten [%]

Prüfungsaktive Studierende je Lehrperson

7 Anzahl der veröffentlichten Forschungsinfrastrukturen auf der BMWFW

Forschungsinfrastrukturdatenbank [Anzahl]

■ überplanmäßig erreicht

■ zur Gänze erreicht

■ überwiegend erreicht

■ teilweise erreicht

■ nicht erreicht

■ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
31.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	140	145	155
	IST	115	122	131	141	155	
31.2.2	ZIEL	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	n. v.
	IST	25,1	24,2	23,5	n. v.	n. v.	
31.2.3	ZIEL	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	n. v.
	IST	22,5	21,5	n. v.	n. v.	n. v.	
31.2.4	ZIEL	27,4	27,4	27,4	27,0	27,0	27,0
	IST	25,1	24,2	23,5	23,6	n. v.	
31.2.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2,6	2,6	2,6
	IST	2,6	2,5	2,7	2,6	2,5	
31.2.6	ZIEL	13,1	13,1	13,1	13,1	13,1	13,1
	IST	13,1	13,0	13,0	n. v.	12,8	
31.2.7	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	700	740	860
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	799	1.096	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

31.2.1 Anzahl der internationalen Joint Degree/ Double Degree/ Multiple Degree Programme an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen [Anzahl]

International vernetzte Lehr- und Forschungseinrichtungen, Lehrende und Studierende sind eine Grundvoraussetzung für einen attraktiven Wissenschafts- und Forschungsstandort, der sich dem globalen Wettbewerb stellen kann. Durch die Ausweitung von entsprechenden internationalen (Studien-)Programmen steigen sowohl das Niveau der heimischen Ausbildung als auch die internationale Sichtbarkeit im Wettbewerb um die besten Köpfe. Sowohl die öffentlichen Universitäten (93 entsprechende Programme) als auch die Fachhochschulen (62 Programme) waren 2017 sehr aktiv, um eine Internationalisierung des Studienangebotes zu erreichen.

31.2.2 Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (Frauen) [%]

Durch die Berechnungsweise der Kennzahl sind die Daten immer erst ein Jahr verzögert verfügbar, somit liegt noch kein Ist-Wert 2017 vor.

31.2.3 Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (Männer) [%]

Durch die Berechnungsweise der Kennzahl sind die Daten immer erst ein Jahr verzögert verfügbar, somit liegt noch kein Ist-Wert 2017 vor.

31.2.4 Mobilitätsanteil der Absolventinnen und Absolventen an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (gesamt) [%]

Durch die Berechnungsweise der Kennzahl sind die Daten immer erst ein Jahr verzögert verfügbar, somit liegt noch kein Ist-Wert 2017 vor.

31.2.5 Beteiligungsanteil von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus Österreich an den EU-Forschungsrahmenprogrammen [%]

Ein Beteiligungsanteil von 2,5% bedeutet, dass Österreich innerhalb der EU-28 den 10. Rang einnimmt, der angestrebte Zielwert von 2,6% konnte beinahe erreicht werden.

31.2.6 Betreuungsrelation an öffentlichen Universitäten [%]

Mit dem starken Wachstum des Hochschulsektors gehen auch zunehmende prüfungsaktive Studien einher. Um die Betreuungsrelation konstant zu halten, müssen die Professorinnen bzw. Professoren und Äquivalente im selben Ausmaß ansteigen. 2017 ist es gelungen gegenzusteuern (Maßnahmen wie das Qualitätspaket Lehre) und trotz der dynamischen Entwicklung des Hochschulsektors den Zielzustand bei der Betreuungsrelation zu erreichen.

31.2.7 Anzahl der veröffentlichten Forschungsinfrastrukturen auf der BMWFW Forschungsinfrastrukturdatenbank [Anzahl]

Hierbei handelt es sich um (über)regionale Kooperationen zwischen Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen im Bereich der oftmals kostenintensiven Großforschungsinfrastruktur. Dadurch werden Synergien gehoben und Kosten gesenkt und ein wertvoller Beitrag zur Vernetzung von Forschungseinrichtungen geleistet. Die deutliche Übererfüllung des Zielwertes lässt darauf schließen, dass das Angebot der Forschungsinfrastrukturdatenbank als Kooperationsplattform sehr gut angenommen wird. Da wissenschaftlicher Fortschritt auch sehr stark vom interinstitutionellen Austausch lebt, trägt die Forschungsinfrastrukturdatenbank einen wichtigen Teil zur Weiterentwicklung des österreichischen Forschungsraumes bei.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Dieses Wirkungsziel unterstützt neben der Abstimmung der österreichischen Hochschullandschaft auch die Internationalisierung der Wissenschaftsakteure in Österreich. Im Rahmen der Leistungsvereinbarungen 2016 – 2018 wurde erstmals ein eigenes Kapitel zur Rolle der Universitäten im Europäischen Forschungsraum vorgesehen. Damit wird dieses Wirkungsziel mit der strategischen EU-Positionierung jeder Universität verknüpft, was sich auch in der großen Zahl an internationalen Joint / Double / Multiple Degree Programmen ablesen lässt, wobei hier auch die Fachhochschulen einen wichtigen Beitrag leisten. Leider liegen zur Mobilität der Studierenden noch keine Daten vor, allerdings entsprach die Beteiligung der österreichischen Forschenden im Bereich der genehmigten EU-Forschungsrahmenprogramme beinahe vollständig dem gesetzten Zielwert. Insbesondere das Übererfüllen der angestrebten Betreuungsrelation kann als

Erfolg verbucht werden, zumal die seit Jahren wachsende Studierendenpopulation große Anforderungen an das hochschulische Lehrsystem stellt. Auch die deutlich größere Zahl an Einträgen in der Forschungsinfrastrukturdatenbank, die auf eine verhältnismäßig hohe Kooperationsbereitschaft in der österreichischen Forschungslandschaft hindeutet, stellt dem Koordinierungsgrad des österreichischen Forschungsraumes ein gutes Zeugnis aus.

Wirkungsziel Nr. 3

Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit mit Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung sowie die Entwicklung und Erschließung der Künste

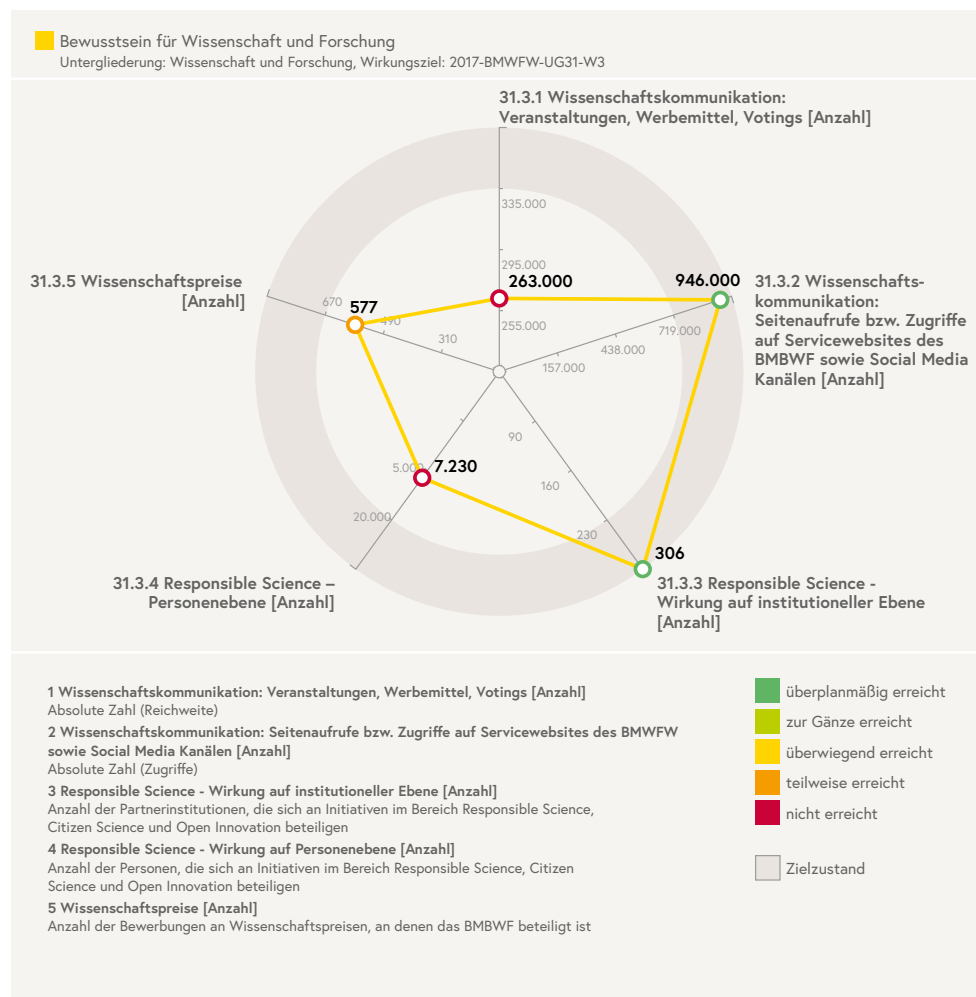


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMFWF-UG-31-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Das Bewusstsein für Wissenschaft und Forschung ist für die Wissensgesellschaft enorm wichtig. 2013 wurde dazu im Auftrag des BMBWF eine empirische Erhebung durchgeführt, bei der fast 60 % der Befragten angaben, sehr oder eher an Wissenschaft und Forschung interessiert zu sein. Nichtsdestotrotz gibt es auf diesem Gebiet weiterhin einen Aufholbedarf, denn in der Wissensgesellschaft ist die breite Akzeptanz für Beiträge von Wissenschaft und Forschung zur gesellschaftlichen Entwicklung und zum Erhalt der Standortattraktivität von größter Wichtigkeit. In einer Eurobarometer-Umfrage wurde ebenfalls 2013 erhoben, dass sich 69 % der Österreicherinnen und Österreicher über Wissenschaft und Forschung schlecht informiert fühlen. Dieser Trend ist keine neue Entwicklung, gefährdet aber den Aufbau einer nachhaltigen und tragfähigen Wissensgesellschaft in Österreich. Gerade die jüngst durchlaufene und annähernd überwundene Wirtschaftskrise hat sehr deutlich gezeigt, dass sich Österreich in erster Linie über sein hervorragend ausgebildetes Humankapital im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Diese Humankapitalbasis erfordert aber eine kontinuierliche Pflege und weiteren Aufbau, und damit die feste Verankerung von Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
31.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	300.000	335.000	335.000
	IST	232.100	263.200	321.900	333.000	263.000	
31.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	633.000	719.000	911.000
	IST	476.800	578.100	766.000	904.100	946.000	
31.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	350	230	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	108	n. v.	306	
31.3.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	40.000	20.000	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	4.000	n. v.	7.230	
31.3.5	ZIEL	n. v.	n. v.	550	600	670	700
	IST	186	452	650	791	577	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

31.3.1 Wissenschaftskommunikation: Veranstaltungen, Werbemittel, Votings [Anzahl]

2015 wurden durch das „Jahr der Forschung“ sehr starke und breit gestreute Akzente in der Wissenschaftskommunikation gesetzt, die auf breites Publikumsinteresse trafen, und die auch noch 2016 nachwirkten. Die Zielwertdefinition für 2016 ging daher von einem überhöhten Niveau aus, dementsprechend konnte der sehr ambitioniert gesetzte Zielwert nicht erreicht werden.

31.3.2 Wissenschaftskommunikation: Seitenaufrufe bzw. Zugriffe auf Service-websites des BMWFW sowie Social Media Kanälen [Anzahl]

Neben den klassischen Serviceseiten kann gerade das für die Themen Wissenschaft und Forschung sehr wichtige jüngere Publikum besonders treffsicher in Social Media Kanälen angesprochen werden. Dabei sind bereits große Reichweiten erzielt worden, bzw. sind noch weitere Ausbauschritte geplant.

31.3.3 Responsible Science – Wirkung auf institutioneller Ebene [Anzahl]

Der Zielwert für 2017 war vorsichtig-realistisch angenommen worden, aber die laufenden Projekte konnten mit verschiedenen Programmaktivitäten erfreulicherweise überplanmäßig viele Partnerinstitutionen erreichen, weswegen das Ziel deutlich übererfüllt wurde.

31.3.4 Responsible Science – Wirkung auf Personenebene [Anzahl]

Der Grund für die Zielverfehlung liegt darin, dass das Programm RESPONSE 2017 nicht wie ursprünglich geplant starten konnte.

31.3.5 Wissenschaftspreise [Anzahl]

Für die meist jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wird durch Wissenschaftspreise ein Forum bereitgestellt, sich und ihre Arbeit zu präsentieren. Damit wird ihnen die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit zuteil, um sie weiterhin zu Bestleistungen zu motivieren. Dieserart dienen die Wissenschaftspreise auch als Kommunikationsmultiplikator in die Gesellschaft. Eine gewisse Bandbreite an Bewerbungen und folglich die Möglichkeit, gesetzte Zielwerte zu verfehlen, liegen in der Natur der Sache.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung kann als eines der zentralen Wirkungsfelder des BMBWF angesehen werden. Um eine aktive Thematisierung von Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft zu erreichen, muss über die herkömmlichen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit und PR hinausgegangen werden. Die Wissenschaftskommunikation ist als dauerhafter Prozess angelegt, wobei die für 2017 definierten Zielwerte überwiegend erreicht werden konnten.

Der steigende Zulauf zu Veranstaltungen wie der „Langen Nacht der Forschung“ oder jenen der „Aula der Wissenschaften“ sprechen hier eine deutliche Sprache: 2016 haben über 180.000 Menschen das Angebot der „Langen Nacht der Forschung“ genutzt, auch die wissenschaftlichen Veranstaltungen im Rahmen der Aula der Wissenschaften haben in den letzten Jahren permanente Steigerungen bei den Besucherinnen- und Besucherzahlen verzeichnet, und Online-Angebote wie der Forschungsatlas oder die Abstimmungen zum Wissenschaftsbuch des Jahres erzeugen kontinuierlich hohes Interesse. Auch der Zustrom zu den Kinder- und Jugenduniversitäten zeigt das ungebremsste und steigende Interesse an Wissenschaft und Forschung: Waren es im Jahr 2008 rund 14.500 Kinder und Jugendliche, so sind es 2017 bereits rund 34.000 Kinder und Jugendliche, die an den Aktivitäten teilgenommen haben. Im Bereich der direkten Kommunikation zwischen Forschung und Gesellschaft (Responsible Science) wurden allerdings noch nicht die gewünschten Fortschritte erzielt: So konnte 2017 zwar die geplante Zahl der beteiligten Institutionen, aber nicht die Zahl der beteiligten Menschen erreicht werden. Dies liegt daran, dass das Programm RESPONSE 2017 nicht wie ursprünglich geplant starten konnte.

Wirkungsziel Nr. 4



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMFWF-UG-31-W0004.html

Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen und Gremien sowie beim wissenschaftlichen/künstlerischen Nachwuchs

Umfeld des Wirkungszieles

Die Entwicklung der Gleichstellungspolitik in Wissenschaft und Forschung hängt eng mit dem gesellschaftlichen Wandel, der Restrukturierung der globalen Wissenschaftslandschaft, Veränderungen der europäischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik und ihren nationalen Ausprägungen zusammen. Die Weiterentwicklung des österreichischen Hochschulsystems, etwa durch den „Gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplan“, die „Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung“, das Projekt „Zukunft Hochschule“, die Umsetzung einer kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung oder die Einführung des Kollektivvertrags für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Universitäten und die damit einhergehende Etablierung von Laufbahnstellen als langfristige Karriereperspektiven für wissenschaftliches/künstlerisches Personal, eröffnet weitere Steuerungs- bzw. Implementierungsmöglichkeiten für Gleichstellungsaktivitäten. Das Gleichstellungsziel des BMFWF (UG 31 Wissenschaft und Forschung) ist auf europäische Vorgaben zur Geschlechtergleichstellung abgestimmt und liefert einen nationalen Beitrag zur Umsetzung der ERA Roadmap (Priorität 4: Gender Equality and Gender Mainstreaming).

Die europäischen Zielsetzungen sind auf den Abbau bestehender Ungleichgewichte zu Lasten der Frauen ausgerichtet und sollen insbesondere folgende Veränderungen erwirken:

- Erhöhung des Frauenanteils in allen Bereichen und auf allen Hierarchieebenen in Wissenschaft und Forschung
- Integration der Dimension Geschlecht/Gender in alle (internen) Steuerungsstrukturen verbunden mit dem Abbau von Barrieren für Frauen in Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen
- Einbindung der Dimension Geschlecht/Gender in Forschung und forschungsgeleitete Lehre

Im europäischen Vergleich hat Österreich in den vergangenen Jahren aufgeholt: So konnte etwa die gläserne Decke beim universitären Forschungspersonal von 2010 bis 2013 überdurchschnittlich reduziert werden: Während im Schnitt der EU-28 in diesem Zeitraum die gläserne Decke für Frauen kaum geringer wurde (von 1,8 auf 1,75), sank sie in Österreich von 2,04 auf 1,76 („She Figures“ 2015, aktuellere Daten liegen derzeit nicht vor). Der Wert 1 bedeutet beim Glasdecken-Index, dass der Frauenanteil in Führungspositionen (Grade A) den beim gesamten Personal (Grade A,B,C) widerspiegelt, was auf gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer hindeutet. Je höher der Wert über 1 hinausgeht, desto „dicker“ ist die gläserne Decke und desto unwahrscheinlicher ist es für Frauen, in Führungspositionen zu gelangen.

Beim Frauenanteil in Führungspositionen in der (Grundlagen-)Forschung (Grade A Positions) hat sich Österreich bis 2013 dem EU-28 Schnitt von 20,9 % angenähert und liegt bei 20,3 % („She Figures“ 2015).

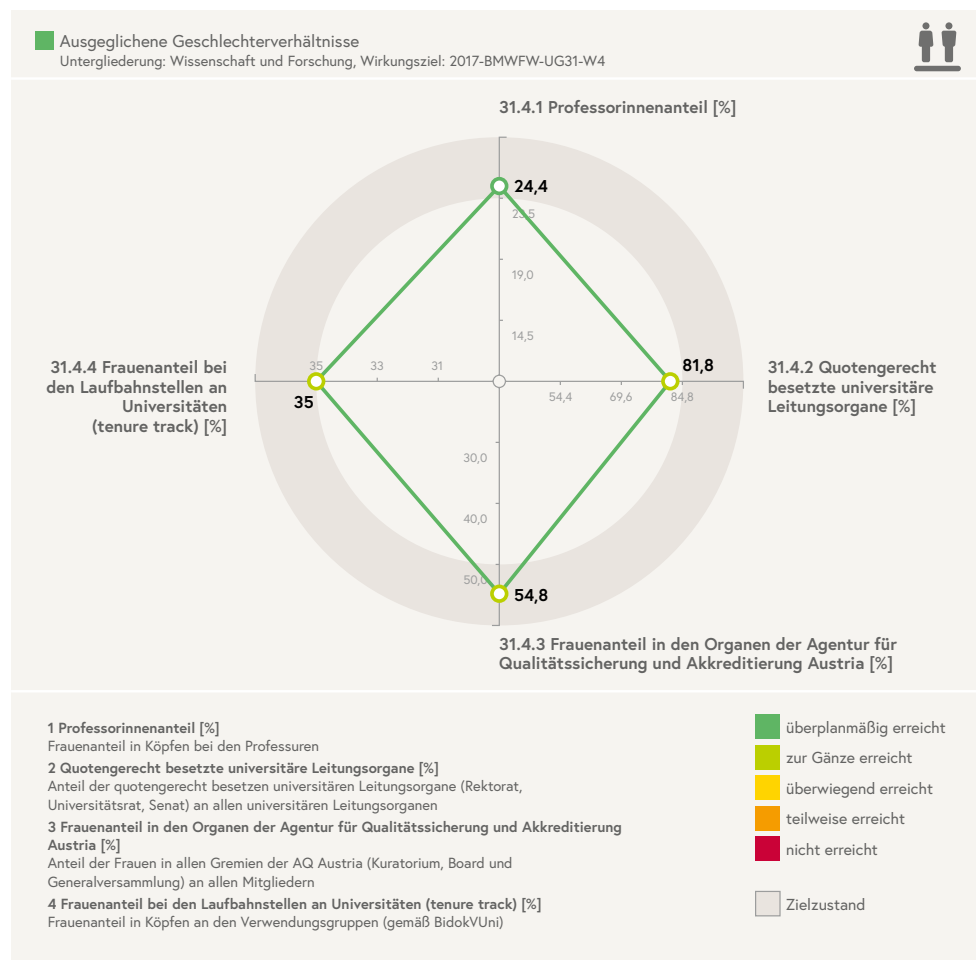
Auch bei der Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien im Forschungsbereich (Forschungs- und Entwicklungskommissionen, Vorstände, Ausschüsse, Versammlungen sowie Räte) liegt Österreich über dem europäischen Durchschnitt: Der Frauenanteil bei den Mitgliedern solcher Entscheidungsgremien liegt bei 38 %, bei der Leitung solcher Gremien im Jahr 2014 bei 27 % (Vergleich EU-28: 28 % bei den Mitgliedern und 22 % bei den Leitungsfunktionen; „She Figures“ 2015).

Auf nationaler Ebene gilt es daher weiterhin, die Wirkung bestehender Gleichstellungsinstrumente und -maßnahmen durch eine stetige Weiterentwicklung und konsequente Umsetzung zu verbessern, damit die kontinuierliche Entwicklung in Richtung Geschlechtergerechtigkeit bei Führungspositionen, Entscheidungsgremien sowie beim wissenschaftlichen/künstlerischen Nachwuchs im kompetenzrechtlichen Bereich des Ressorts weiter voranschreitet.

Im Zuge des vom BMÖDS initiierten ressortübergreifenden Abstimmungsprozesses der Gleichstellungsziele wurde eine inhaltliche Clusterung der Gleichstellungsziele aller Ressorts nach Themenbereichen vorgenommen. Das Gleichstellungsziel der UG 31 wurde dabei den Clustern „Arbeitsmarkt und Bildung“ und „Gleichstellung in Entscheidungspositionen und -Prozessen“ zugeordnet. Bei ersterem Cluster setzt sich das BMBWF das Ziel, eine geschlechtergerechte Bezahlung (Gender Pay Gap) in wissenschaftlichen/künstlerischen Führungspositionen herzustellen sowie die vorhandene Geschlechtersegregation nach Studienfeldern kontinuierlich abzubauen. Beim Cluster „Gleichstellung in Entscheidungspositionen und -Prozessen“ liegen die Zielsetzungen insbesondere in

der geschlechtergerechten Besetzung von universitären Kollegialorganen, aber auch im Abbau der „gläsernen Decke“ an öffentlichen Universitäten.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
31.4.1	ZIEL	22,0	23,0	23,0	23,5	23,5	25,6
	IST	22,2	22,5	22,6	23,7	24,4	
31.4.2	ZIEL	n. v.	n. v.	75,8	84,8	84,8	84,8
	IST	83,3	80,3	89,4	83,3	81,8	
31.4.3	ZIEL	45,0	45,0	45,0	>50,0	>50,0	n. v.
	IST	50,0	52,4	52,4	52,4	54,8	
31.4.4	ZIEL	33,37	35,00	35,00	34,50	35,00	36,50
	IST	33,40	33,00	33,80	35,30	35,00	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

31.4.1 Professorinnenanteil [%]

Professorinnen und Professoren gelten im Wissenschafts- und Forschungsbereich als Führungspersonal. Hier gibt es tatsächlich noch einen relativ großen Aufholbedarf, was die geschlechtergerechte Verteilung der Positionen betrifft, doch der Entwicklungspfad der Kennzahlen deutet klar auf die bereits erreichten Verbesserungen hin: So lag der Anteil der unbefristeten Professorinnen noch 2008 bei 16,1%. In nur neun Jahren konnte eine Steigerung um 8,3 Prozentpunkte (bzw. 51%) auf nunmehr 24,4% erreicht werden. Da es sich um bestehende Professuren und somit um aufrechte Beschäftigungsverhältnisse handelt, können Verbesserungen in der Relation nur über Neubestellungen auf Grund von Pensionierungen/Emeritierungen bzw. Neueinrichtungen erreicht werden. Insofern ist die inzwischen erreichte Steigerung des Professorinnenanteils als erfolgreicher Zwischenschritt zu betrachten.

31.4.2 Quotengerecht besetzte universitäre Leitungsorgane [%]

Jeweils ein Universitätsrat und ein Universitätssenat haben die geplante Zielsetzung für 2017 verfehlt: An der Universität Linz ist beim Universitätsrat unvorhergesehen ein weibliches Mitglied ausgeschieden. Damit konnte die gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote nicht mehr erfüllt werden. Mittlerweile ist dieser Universitätsrat (neue Funktionsperiode ab 1.3.2018) aber wieder quotengerecht besetzt.

Bezüglich der Senate wurden die Folgen der Umstellung der gesetzlichen Mindestfrauenquote bei der Zielwertfestlegung unterschätzt. Diese erhöhte sich durch die UG-Novelle BGBl. I Nr. 21/2015 von einem gesetzlichen Mindestfrauenanteil von 40% auf den Mindestfrauenanteil von 50%. Konkret bedeutet das ein (bei 18 Mitgliedern) bzw. zwei zusätzliche weibliche Mitglieder (bei 26 Mitgliedern) zur Quotenerfüllung. Einige Universitäten verfehlten die erforderliche Geschlechterparität nur knapp (Universität Wien, Medizinische Universität Innsbruck, Universität Mozarteum Salzburg: jeweils ein weibliches Mitglied zu wenig).

31.4.3 Frauenanteil in den Organen der Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria [%]

Akkreditierung Austria [%]

Die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria ist gemäß Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz verantwortliches Organ zur Akkreditierung von Fachhochschulen und Privatuniversitäten sowie deren Studien(-gängen), daher ist eine geschlechtergerechte Besetzung leitender Organe der AQ-Austria von Bedeutung. In den letzten Jahren konnten hier relativ ausgeglichene Geschlechterverhältnisse gehalten werden.

31.4.4 Frauenanteil bei den Laufbahnstellen an Universitäten (tenure track) [%]

Durch einen höheren Frauenanteil bei den entfristeten Laufbahnstellen erhöht sich die Chance, dass mittelfristig auch der Frauenanteil bei den Professuren ansteigt, da die Laufbahnstellen ein wesentliches Sprungbrett für eine nachhaltige Karriere in Richtung Professur bilden. Bemerkenswert ist dabei, dass bei den Assistenzprofessuren bereits ein Frauenanteil von beinahe 40 % erreicht wurde. Das zeigt, dass Laufbahnstellen besonders in jüngster Zeit zu einem hohen Ausmaß mit Frauen besetzt wurden. Ferner wird damit die Wirkung universitärer Maßnahmen zur Förderung von hochqualifizierten Frauen mittels Laufbahnstellen belegt.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Deutliche Fortschritte sind bezüglich Präsenz von Frauen in Wissenschaft und Forschung feststellbar: Zunehmend mehr Frauen studieren, schließen ihr Studium ab und arbeiten in Wissenschaft und Forschung – genau genommen liegen bei den Studierenden und den Erstabschlüssen die Frauen bereits vor den Männern. Trotz dieser Steigerungen gibt es insbesondere in wissenschaftlichen/künstlerischen Führungspositionen nach wie vor einen Aufholbedarf, nimmt doch der Frauenanteil entlang der Karrierestufen hin zur Professur sukzessive ab.

Damit begründen sich auch die gewählten Wirkungszielkennzahlen zur Erhöhung des Frauenanteils an Laufbahnstellen sowie bei den Professuren. Von 2016 (23,7%) auf 2017 (24,4%) konnte beim Professorinnenanteil eine Steigerung um 0,7 Prozentpunkte erreicht werden. Der Frauenanteil bei Laufbahnstellen konnte bei etwa 35 % gehalten werden. Diese Wirkung konnte u. a. durch eine Verzahnung der Instrumente „Wirkungsorientierte Budgetierung“ sowie „Universitäre Leistungsvereinbarung“ erreicht werden: Mit den Universitäten wurden als Beiträge zu den Wirkungszielen im Rahmen der Leistungsvereinbarungsperiode 2016–2018 verbindliche Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils bei Laufbahnstellen und Professuren vereinbart.

Durch eine kontinuierliche Steigerung des Frauenanteils bei den unbefristeten Laufbahnstellen (Tenure Track) wird bereits beim hochqualifizierten wissenschaftlichen/künstlerischen Nachwuchs angesetzt, um eine nachhaltige Steigerung des Frauenanteils bei Professuren zu gewährleisten.

Ebenso essentiell ist Geschlechtergerechtigkeit in Entscheidungspositionen und -prozessen: Daher ist seit 2009 im Universitätsgesetz (UG) eine verpflichtende Frauenquote für universitäre Kollegialorgane verankert. Die Umsetzung dieser Verpflichtung wird durch die Kennzahl 31.4.2 abgebildet. Hier wird ersichtlich, dass der überwiegende Teil der universitären Leitungsorgane (Rektorate, Senate, Universitätsräte) inzwischen quoten- und damit geschlechtergerecht besetzt ist. Für die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (AQ Austria), die das verantwortliche Organ zur Akkreditierung von Fachhochschulen und Privatuniversitäten sowie von deren Studien(-gängen) ist, wird in der UG 31 die geschlechterparitätische Zusammensetzung der Gremien als Ziel festgelegt. Der Frauenanteil in den Gremien der AQ Austria (Generalversammlung, Board, Kuratorium) lag 2017 bei 54,8 %, es konnte also ein Frauenanteil von mindestens 50 % gehalten werden.

Wirkungsziel Nr. 5

Sicherstellung eines hohen Grads an Spitzenforschung durch erfolgreiche Teilnahme am EU-Forschungsrahmenprogramm



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-31-W0005.html

Umfeld des Wirkungszieles

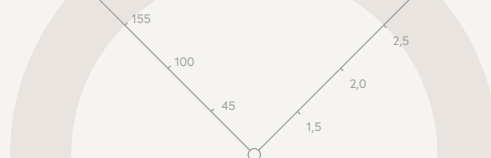
Hochkompetitive Spitzenforschung wird durch die erfolgreiche Teilnahme an nationalen (z. B. Förderungen des FWF, COMET-Programm der FFG) und internationalen (Spitzenforschungs-)Förderungsprogrammen dokumentiert. Nationale Förderprogramme für exzellente Grundlagenforschung bilden eine wichtige Basis für Spitzenleistungen auf internationalem Niveau. Die Förderung von Nachwuchsforschenden, z. B. der START Preis des FWF ist dabei besonders hervorzuheben, ist für aufstrebende Talente eine wichtige Voraussetzung für Erfolge bei der Einwerbung von Fördermitteln aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm. Forschende, die auf eine Förderhistorie beim FWF verweisen können, haben auch höhere Erfolgchancen beim Wettbewerb um ERC Grants. Der EU-Rückfluss-Indikator weist seit Jahren eine konstant positive Entwicklung Österreichs im europäischen Vergleich auf. Österreich zählt damit zu den Nettoprofiten der EU-Forschungsförderung. Die Werte des Indikators über die letzten Jahre zeigen deutlich, dass die österreichischen FTI-Akteure durch ihren Einsatz, durch die geschaffenen und stetig adaptierten Rahmenbedingungen und die Servicierung durch die FFG im EU-Forschungsrahmenprogramm reüssieren können und somit einen wertvollen Beitrag auf nationaler und internationaler Ebene leisten. Damit kommt Österreich dem Ziel, 1,5 Milliarden Euro bis 2020 aus dem Rahmenprogramm zu lukrieren, einen wesentlichen Schritt weiter. Die in diesem Zusammenhang gesetzten Maßnahmen ergeben eine optimale Vernetzung österreichischer Innovationsakteure auf den unterschiedlichen Stufen der Forschungs- und Innovationskette.

Ergebnis der Evaluierung

■ Sicherstellung eines hohen Grads an Spitzenforschung durch erfolgreiche Teilnahme am EU Forschungsrahmenprogramm
Untergliederung: Wissenschaft und Forschung, Wirkungsziel: 2017-BMWFW-UG31-W5

31.5.1 ERC-Grants [Anzahl]

205



31.5.2 EU-Rückfluss-Indikator [%]

1 ERC Grants [Anzahl]

Anzahl der Principal Investigators (vertraglich fixierte ERC-Grants nach Jahr der Vertragserstellung) an österreichischen Gastinstitutionen; kumuliert seit 2007

2 EU-Rückfluss-Indikator [%]

Anteil Österreichs an EU-28 für die ausgezahlten Rückflüsse am EU-Budget im Bereich Forschung, kumuliert auf das jeweils laufende Rahmenprogramm [Noch kein Istwert vorhanden]

überplanmäßig erreicht
zur Gänze erreicht
überwiegend erreicht
teilweise erreicht
nicht erreicht

□ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
31.5.1	ZIEL	70	110	120	140	155	200
	IST	101	119	130	166	205	
31.5.2	ZIEL	2,65	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
	IST	2,52	2,33	2,64	2,69	n. v.	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

31.5.1 ERC Grants [Anzahl]

Hier kann erfreulicherweise eine Übererfüllung des gesetzten Zieles konstatiert werden, was insbesondere Rückschlüsse auf die hohe Qualität der heimischen Spitzenforschung zulässt.

31.5.2 EU-Rückfluss-Indikator [%]

Laut Mitteilung der europäischen Kommission kann mit einer Veröffentlichung der Ist-Werte für 2017 erst im Herbst 2018 gerechnet werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Fokussierung auf die Sicherstellung eines hohen Grades an Spitzenforschung ist für die Positionierung Österreichs als international attraktiver und wettbewerbsfähiger Forschungsstandort essentiell. Sie ist Teil der Umsetzung der von der Bundesregierung am 8. März 2011 beschlossenen Strategie für Forschung, Technologie und Innovation mit dem Ziel, bis 2020 im Rahmen der EU 2020 Strategie den Aufstieg Österreichs in die Gruppe der Innovation Leader zu schaffen. Spitzenforschung wird unter anderem durch die erfolgreiche Teilnahme an Horizon 2020 dokumentiert. Dabei spielt die Einwerbung von ERC Grants aus Sicht der Grundlagenforschung eine entscheidende Rolle, handelt es sich dabei doch um die renommierteste, begehrteste und international sichtbarste EU-Spitzenforschungsförderung für Pionierforschung. ERC Grants fungieren somit auch als „Qualitätssiegel“ für österreichische Forscherinnen und Forscher, welches infolge auch die Forschungseinrichtungen, an denen die Forscherinnen und Forscher tätig sind, international als Standorte für Spitzenforschung ausweist. Die exzellenten Forscherinnen und Forscher in Österreich waren 2017 bei der Einwerbung von ERC Grants überdurchschnittlich erfolgreich.

Mit 205 Grants hält Österreich im internationalen Vergleich innerhalb der EU eine Position im guten Mittelfeld an 9. Stelle, in Relation zur Bevölkerungsgröße innerhalb der EU sogar den 5. Platz (24 ERC Grants pro Mio. Einwohner).

Das gesetzte Ziel wurde somit übererfüllt, wozu die Maßnahmen des BMBWF beigetragen haben, die FFG unterstützt die österreichischen Forschungsinstitutionen, die jeweiligen Programme und Strukturen bestmöglich zu nutzen, und so ein Maximum an Rückfluss zu sichern. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die öffentlichen Universitäten durch Verankerungen in den Leistungsvereinbarungen verpflichtet, exzellenzbezogene Maßnahmen im Bereich Forschung und in der Entwicklung und Erschließung der Künste (EEK) zu forcieren, welche auch die Steigerung von geeigneten Kooperationen mit anderen Universitäten und Forschungseinrichtungen umfassen. Im Weiteren erfolgt diesbezüglich auch ein laufendes Monitoring im Rahmen von Begleitgesprächen zur Umsetzung der jeweiligen Leistungsvereinbarungen. Der EU-Rückfluss-Indikator ist derzeit leider noch nicht bekannt, eine Veröffentlichung wurde vonseiten der EU-Kommission erst für den Herbst 2018 in Aussicht gestellt. Die Erfahrung der letzten Jahre lässt aber erwarten, dass Österreich im Forschungsbereich zu den Nettoprofiten zählt, so lag Österreich 2016 an 9. Stelle im Ranking der Rückflussempfänger von Horizon 2020. Die äußerst erfreuliche Entwicklung bei den ERC Grants lässt hier bis zum Vorliegen valider Daten vermuten, dass sich strukturell an der Nettoempfängerposition Österreichs 2017 nichts geändert hat.

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschafts- standort

UG 33

Wirtschaft (Forschung)

Leitbild der Untergliederung

Das BMWFW ist Impulsgeber und maßgeblicher Unterstützer für die unternehmensbezogene angewandte Forschung, Technologie und Innovation und konzentriert seine Aktivitäten auf jene Felder, in denen die Voraussetzungen für eine langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und eine Sicherung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze sowie des Wirtschaftsstandortes Österreich geschaffen werden. Das BMWFW unterstützt mit seinen Programmen und Maßnahmen die Ziele der Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation (FTI), wonach Österreich in den nächsten Jahren zu den innovativsten Ländern der EU aufsteigen und sich langfristig in der Gruppe der „Innovation Leader“ etablieren soll, das heißt in der Gruppe jener Länder, die an der Wissensgrenze forschen und an der technologischen Grenze produzieren.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Forschungs- und Technologiebericht 2018

https://www.bmdw.gv.at/Innovation/InnovationsUndTechnologiepolitik/Documents/ftb_2018_dt_BF_gesamt_bf.pdf

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

An den ambitionierten Zielen der 2011 präsentierten Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (FTI-Strategie) wird weiterhin festgehalten, auch wenn sich die globalen und nationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren stark verändert haben, was zu notwendigen Budgetkonsolidierungen und Sparzwängen geführt hat, die zum Zeitpunkt der Erstellung der FTI-Strategie in dieser Art noch nicht vorausszusehen waren.

Die für die UG 33 verwendeten Kennzahlen wurden – soweit sie für das Jahr 2017 bereits vorliegen – überwiegend erreicht und zum Teil überplanmäßig erfüllt.

Nach einem besonders guten Ergebnis im EIS 2017 liegt der Innovation Summary Index SII im EIS 2018 bei 115 % des EU-Durchschnitts. Der angestrebte Zielwert wurde somit erreicht. Österreich befindet sich nach Platz sieben im EIS 2017 nun auf Platz 10, bleibt aber in der eng beieinanderliegenden Gruppe der „strong innovators“. Ein Vor-

dringen in die Gruppe der Innovation Leader (SII mindestens 120 % des EU-Durchschnitts, das sind LU, UK, NL, FI, DK, SE) bis 2020 bleibt erreichbar.

Zum Teil deutlich übertroffen wurden zudem die Zielwerte für die Anzahl der forschenden Unternehmen und die Steigerung wissens- und forschungsintensiver Neugründungen. Das zeigt, dass die in den vergangenen Jahren im Zuge der Umsetzung der FTI-Strategie gesetzten Maßnahmen zu greifen beginnen:

So tragen u. a. die Erhöhung der F&E-Ausgaben und die Förderung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft zu einer Verbesserung im European Innovation Scoreboard bei. Die gezielte Adressierung bislang nicht forschungsaktiver Unternehmen durch den Innovationsscheck sowie die verstärkte Förderung von Dienstleistungsinnovationen führt zu einer Steigerung der Anzahl systematisch F&E betreibender Unternehmen. Weiters ist eine positive Dynamik bei der Neugründung von wissens- und forschungsintensiven Unternehmen zu verzeichnen. Auch der Anteil von Frauen in leitenden Positionen in FFG-geförderten Forschungsprojekten wächst beständig.

Wirkungsziel Nr. 1

Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Unternehmen durch weitere Intensivierung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, durch Verbreiterung der Innovationsbasis und durch Ausbau des Technologietransfers



wirksamonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-33-W0001.html

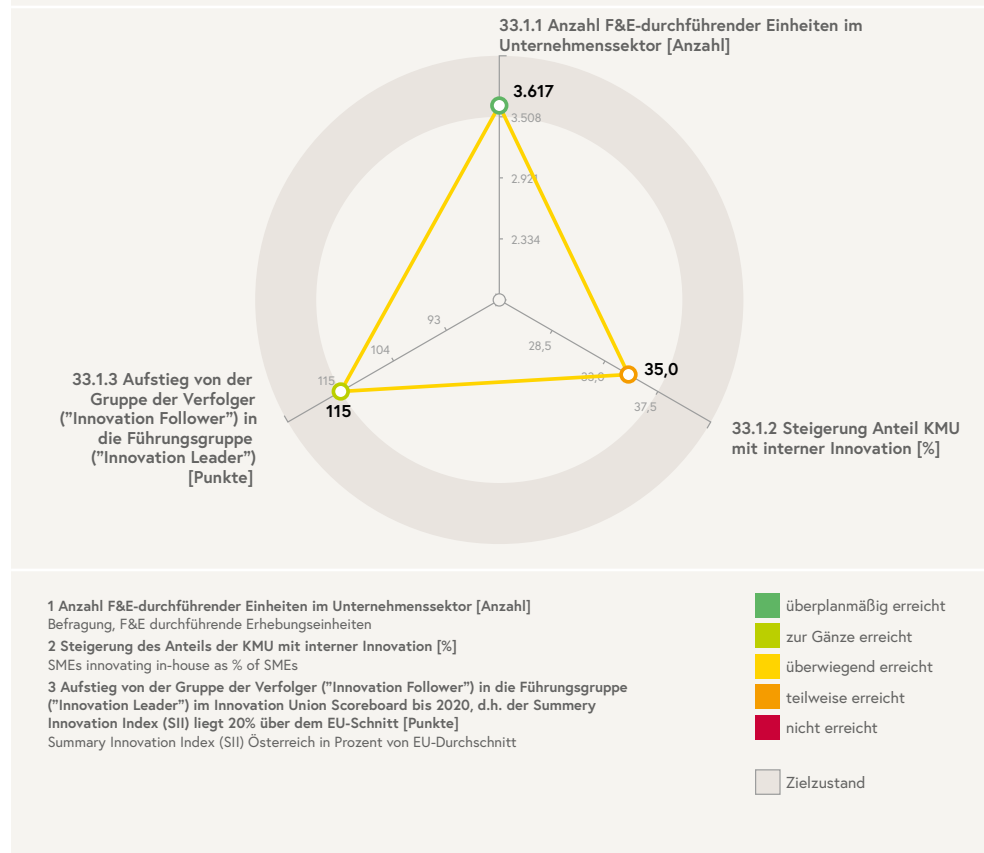
Umfeld des Wirkungszieles

Österreich zeichnet sich durch ein relativ hohes BIP pro Kopf und eine weiterhin vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit aus. Gegenüber den Vorjahren hat sich auch die Innovationsperformance deutlich verbessert. Der Innovation Summary Index SII liegt im EIS 2018 bei 115 % des EU-Durchschnitts, der angestrebte Zielwert wurde somit erreicht. Österreich befindet sich nach Platz sieben im EIS 2017 nun auf Platz 10, bleibt aber in der eng beieinanderliegenden Gruppe der „strong innovators“. Ein Vordringen in die Gruppe der Innovation Leader (SII mindestens 120 % des EU-Durchschnitts, das sind LU, UK, NL, FI, DK, SE) bis 2020 bleibt erreichbar. Das zeigt, dass die in den vergangenen Jahren gesetzten Maßnahmen zu greifen beginnen.

Wesentliche Beeinflussungen des Umfelds durch externe Faktoren (wie z.B. wirtschaftliche Entwicklung, EU-Rahmenprogramm, globaler Wettbewerb) sowie von Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben (intern) sind seit Planung der Wirkungsziele und Maßnahmen nicht zu verzeichnen.

Ergebnis der Evaluierung

■ Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Unternehmen durch weitere Intensivierung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft
Untergliederung: Wirtschaft (Forschung), Wirkungsziel: 2017-BMWFW-UG33-W1



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
33.1.1	ZIEL	>2.970	>3.305	>3.372	3.439	3.508	3.578
	IST	3.316	3.316	3.326	3.617	3.617	
33.1.2	ZIEL	36,6	36,8	37,0	37,3	37,5	37,7
	IST	36,3	31,8	31,8	35,0	35,0	
33.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	113	115	117
	IST	108	105	113	119	115	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

33.1.1 Anzahl F&E-durchführender Einheiten im Unternehmenssektor [Anzahl]

Aus den Ergebnissen der letzten F&E-Erhebungen ist eine positive Entwicklung bei der Anzahl der F&E betreibenden Unternehmen ablesbar, die sich mit den Ergebnissen der F&E-Erhebung 2015 fortsetzt. Die F&E-Erhebung 2017 wird im Sommer 2019 veröffentlicht werden. Zielpfad laut FTI-Strategie: +10% bis 2013 und +25% bis 2020 (ca.

+2% pro Jahr) ausgehend von Ist-Wert 2.946 im Jahr 2010 (bzw. 2009). Maßnahmen des BMDW (ehemals BMWFW) wie die gezielte Adressierung bislang nicht forschungsaktiver Unternehmen durch den Innovationsscheck sowie die verstärkte Förderung von Dienstleistungsinnovationen tragen zu dieser positiven Entwicklung bei.

33.1.2 Steigerung des Anteils der KMU mit interner Innovation [%]

Vor dem Jahr 2014 wurde der Zielwert erreicht, dann ist der Wert für Österreich wie auch für viele andere Länder inklusive Deutschland deutlich gesunken. 2016 und 2017 wurde wieder das ursprüngliche Niveau erreicht. Österreich hat sich von Rang 10 auf Rang 7 verbessert, die angestrebte Steigerung ist jedoch nicht eingetreten. Die Ursache liegt möglicherweise in der Volatilität der zu Grunde liegenden Befragung im Rahmen des Community Innovation Survey (CIS).

33.1.3 Aufstieg von der Gruppe der Verfolger („Innovation Follower“) in die Führungsgruppe („Innovation Leader“) im Innovation Union Scoreboard bis 2020, d.h. der Summery Innovation Index (SII) liegt 20% über dem EU-Schnitt [Punkte]

Durch eine Änderung der Berechnung des SII 2016 und eine Revision des EIS 2017 sind die Ist-Zustände 2015 und 2016 nicht mit den Zielwerten vergleichbar. Ab dem Jahr 2016 erfolgt die Darstellung daher in Prozent des EU-Durchschnitts.

Der Innovation Summary Index SII liegt im EIS 2018 bei 115% des EU-Durchschnitts, der Zielwert wurde somit erreicht. Österreich befindet sich nach Platz sieben im EIS 2017 nun auf Platz 10, bleibt aber in der eng beieinanderliegenden Gruppe der „strong innovators“.

Die grundsätzlich positive Entwicklung spiegelt stark die in den vergangenen Jahren erfolgte Umsetzung von Fördermaßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung wider: Österreich weist eine sehr innovative Unternehmenslandschaft auf. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben ihre Innovationsaktivitäten messbar erhöhen können, was sich sowohl bei den Produkt- und Prozessinnovationen als auch bei den organisatorischen Innovationen (Geschäftsmodellen) zeigt. Der private Sektor liegt bei den F&E-Ausgaben und bei den Schutzanmeldungen von geistigem Eigentum ganz vorne dabei.

Der 3. Platz bei den Unternehmen, die ICT-Training für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anbieten, ist ein Hinweis, dass Digitalisierung in die Unternehmensstrategien hereingeholt wird. Auch der relativ gute Wert beim lebensbegleitenden Lernen (8. Platz) unterstreicht die Notwendigkeit einer ständigen Weiterbildung in einer wissensbasierten Gesellschaft.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die vom BMDW in den vergangenen Jahren gesetzten Förderungsschwerpunkte wie insbesondere die Förderung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft sowie Maßnahmen zur Adressierung bislang nicht forschungsaktiver Unternehmen durch den Innovationsscheck und die verstärkte Förderung von Dienstleistungsinnovationen tragen

zu einer positiven Entwicklung des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes bei, die sich auch in einer positiven Entwicklung der gewählten Kennzahlen widerspiegelt:

Der Zielwert für die Anzahl systematisch Forschung und Entwicklung betreibender Unternehmen wurde deutlich übertroffen.

Der Zielwert für den Summary Innovation Index (SII) wurde erreicht, ein Vordringen in die Gruppe der Innovation Leader bis 2020 bleibt erreichbar.

Die Zielwerte für den Anteil der KMU mit interner Innovation und für innovative KMU, die mit anderen Partnern kooperieren, wurde trotz deutlicher Verbesserung gegenüber dem Jahr 2015 nicht erreicht. Beim Anteil von innovativen KMU, die mit anderen Partnern zusammenarbeiten, konnte wieder das Niveau von 2014 erreicht und der Zielwert übertroffen werden.

Wirkungsziel Nr. 2

Steigerung der Neugründung von wissens- und forschungsintensiven Unternehmen

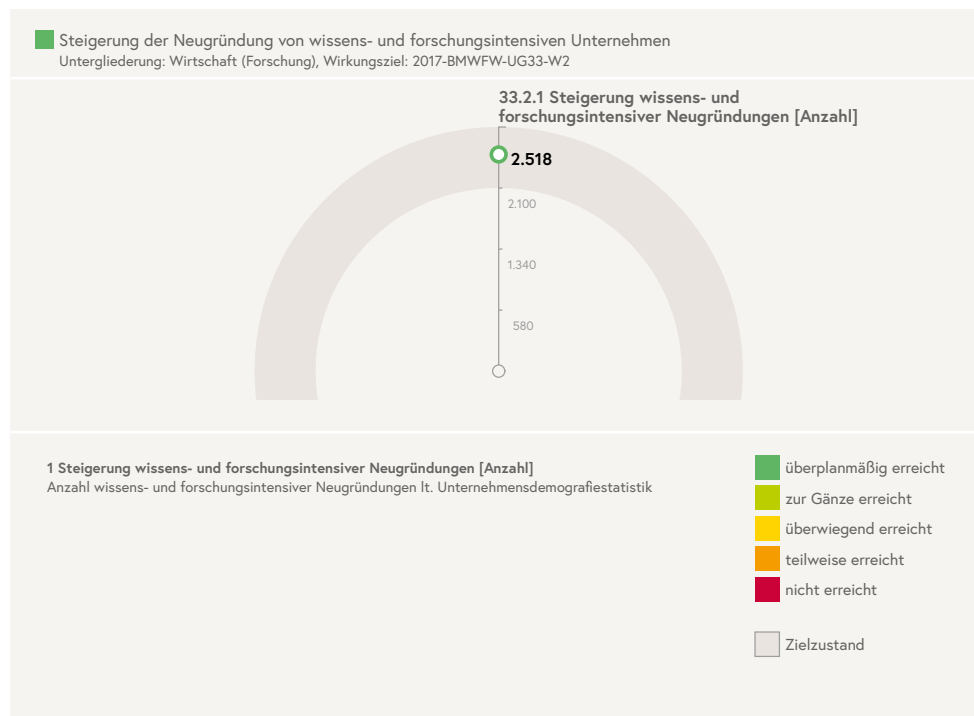
Umfeld des Wirkungszieles

Unternehmensgründungen tragen maßgeblich zur Weiterentwicklung des Wirtschaftssystems bei und kurbeln den Arbeitsmarkt an. Österreich hat in den letzten Jahren im Hinblick auf die Gründerzahlen international aufgeholt, allerdings besteht noch Luft nach oben. Demgegenüber hat Österreich in internationalen Rankings bei der Nachhaltigkeit von Unternehmensgründungen immer eine Spitzenposition eingenommen. Die Voraussetzungen, um auf dem internationalen Markt eine führende Rolle zu spielen, sind gut. Entscheidend ist dabei, das Umfeld für Gründerinnen und Gründer kontinuierlich zu verbessern, Innovationen und Finanzierungen zu unterstützen und den Unternehmergeist im Land zu fördern.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-33-W0002.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
33.2.1	ZIEL	1.590	1.640	1.690	2.040	2.100	2.550
	IST	1.864	2.523	2.518	2.518	2.518	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

33.2.1 Steigerung wissens- und forschungsintensiver Neugründungen [Anzahl]

Zielpfad laut FTI-Strategie: +3 % pro Jahr ausgehend von Ist-Wert 2011 laut Schätzung in FTI-Strategie (Quelle: Rat für Forschung und Technologieentwicklung/Joanneum Research).

Für das Jahr 2013 wurde mit den nun exakt erhobenen Daten aus der Unternehmensdemografiestatistik eine Anzahl von 1.864 wissens- und forschungsintensiven Neugründungen mit mindestens einen unselbständig Beschäftigten ermittelt. Dieser liegt deutlich über der ursprünglichen Schätzung von rund 1.500 wissens- und forschungsintensiven Neugründungen pro Jahr bzw. über dem daraus abgeleiteten Zielzustand 2016. Für 2016 und die Folgejahre wurde mit dem BFG 2017 daher der Zielpfad angepasst (+3 % p.a. ausgehend vom Ist-Wert 2013). Beim Zielzustand 2017 handelt es sich um jenen Wert, welcher im BVA 2017 ausgewiesen wird. Der IST-Wert für 2017 entspricht dem Wert in der Statistik zur Unternehmensdemografie 2015 (vorläufiger Wert), STATISTIK AUSTRIA, erstellt am 25.08.2017.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Statistik über die Anzahl der wissens- und forschungsintensiven Unternehmensneugründungen wurde auf Basis der Novelle zur Unternehmensdemografiestatistik-Verordnung erstmals ab dem Berichtsjahr 2011 gemäß den Qualitätsrichtlinien der Bundesanstalt Statistik Austria erstellt. Im August 2017 wurden die Werte für die Jahre 2011–2015 veröffentlicht, die Werte für 2016 werden Mitte des Jahres 2018 vorliegen. Für die Jahre 2016 und 2017 lagen somit noch keine Werte vor, als IST-Wert wurde daher jeweils der Wert für 2015 herangezogen. Für das Jahr 2015 wurde eine vorläufige Anzahl von 2.518 wissens- und forschungsintensiven Neugründungen mit mindestens einem unselbstständig Beschäftigten ermittelt. Dieser Wert liegt deutlich über dem mit dem BFG 2017 nach oben revidierten Zielwert für 2016 und ist ein Indiz dafür, dass die in den letzten Jahren gesetzten Maßnahmen im Gründungsbereich Wirkung zeigen.

Wirkungsziel Nr. 3



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-33-W0003.html

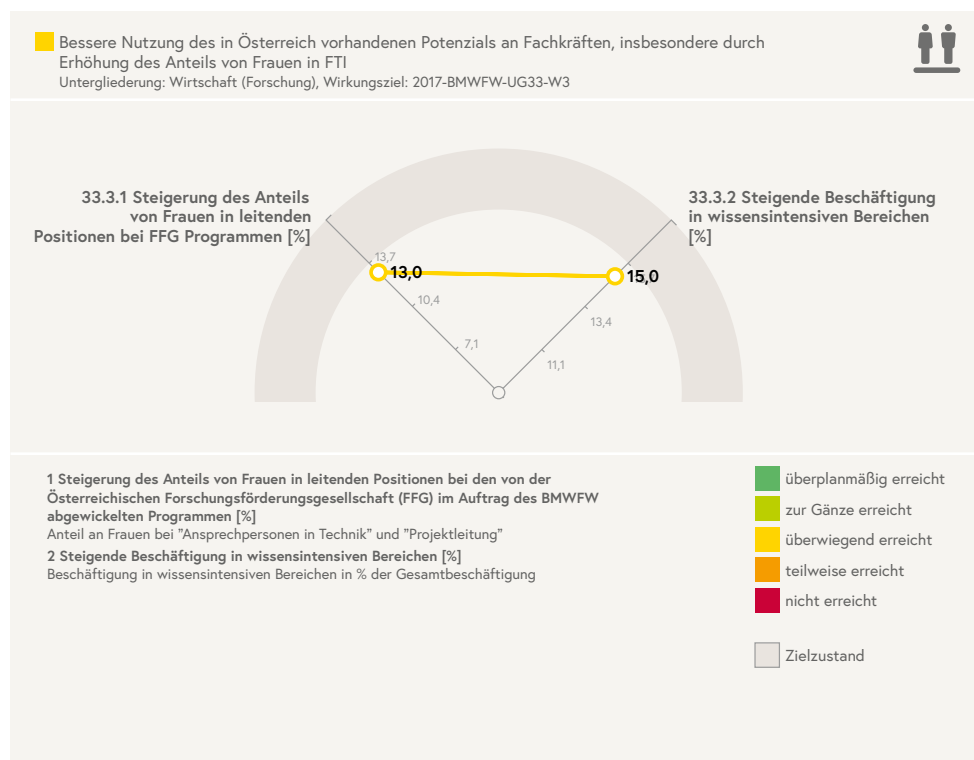
Bessere Nutzung des in Österreich vorhandenen Potenzials an Fachkräften, insbesondere durch Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung, Technologie und Innovation.

Umfeld des Wirkungszieles

Österreich kann in Sachen Chancengleichheit und Gender in FTI Fortschritte verzeichnen – sowohl auf Ebene der Repräsentanz von Frauen in Forschungsteams als auch auf Ebene der Berücksichtigung von Gender in Forschungsinhalten und Technologieentwicklung. Mehrere Analysen zeigen deutlich, wie wesentlich eine konsequente Förderpolitik zu diesen Fortschritten beigetragen hat (vgl. Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2015, Kapitel 5.2). Der Anteil von Frauen als Wissenschaftler/innen steigt in Österreich insgesamt langsam, in der außeruniversitären Forschung hat er zwischen 2004 und 2013 von 20 % auf 25 % zugenommen. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Erhöhung des Forscherinnenanteils haben die von BMVIT und BMDW geförderten COMET-Zentren geleistet, da hier besonders darauf Bedacht genommen wird, dass die geförderten Einrichtungen Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung umsetzen.

Beeinflussungen des Umfelds durch externe Faktoren (wie z. B. wirtschaftliche Entwicklung, EU-Rahmenprogramm, globaler Wettbewerb) sowie von Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben (intern) sind seit Planung der Wirkungsziele und Maßnahmen nicht zu verzeichnen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
33.3.1	ZIEL	12,0	12,4	12,9	13,3	13,7	14,1
	IST	12,5	12,9	13,0	13,4	13,0	
33.3.2	ZIEL	14,8	15,0	15,2	15,4	15,7	15,9
	IST	14,2	14,6	14,7	14,6	15,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

33.3.1 Steigerung des Anteils von Frauen in leitenden Positionen bei den von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) im Auftrag des BMWFW abgewickelten Programmen [%]

Nachdem der Anteil von Frauen in leitenden Positionen in Forschungsprojekten, die von der FFG im Auftrag des BMDW gefördert werden, bis 2011 bei rund 11% stagniert war, konnte durch Maßnahmen wie der Berücksichtigung von Gender-Kriterien bei der Projektbewertung bei allen Förderprogrammen und Einführung eines verpflichtenden Gendermoduls im Qualifizierungsprogramm „Forschungskompetenzen für die Wirtschaft“ seither eine deutliche Erhöhung erreicht werden. Im Jahr 2017 war ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Bei detaillierter Betrachtung zeigt sich jedoch, dass der Anteil von Frauen in nahezu allen Programmen zugenommen hat. Der Rückgang ist in erster Linie

dadurch zu erklären, dass in Programmen mit unterdurchschnittlicher Frauenbeteiligung besonders hohe Projektzahlen zu verzeichnen waren. Am Ziel von 15 % im Jahr 2020 und dem entsprechenden Zielpfad wird festgehalten.

33.3.2 Steigende Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen [%]

Eine steigende Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen ist in den letzten Jahren kaum erkennbar, der ambitionierte Zielwert wurde trotz leichter Steigerung gegenüber dem Vorjahr nicht ganz erreicht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Nachdem der Anteil von Frauen in leitenden Positionen in BMDW-geförderten Forschungsprojekten bis 2011 bei rund 11 % stagniert war, konnte durch Maßnahmen wie Berücksichtigung von Gender-Kriterien bei der Projektbewertung seither eine deutliche Erhöhung erreicht werden. Am Ziel von 15 % im Jahr 2020 und dem entsprechenden Zielpfad wird festgehalten. Eine Steigerung der Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen konnte nicht erreicht werden, wobei dies nur in geringem Ausmaß durch Maßnahmen der UG 33 beeinflussbar ist.

Die Abstimmung erfolgt im Rahmen des Berichts zur WO (Berichtskapitel zur „Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern“) im Rahmen des Themenclusters und auch regelmäßig direkt mit dem BMVIT (UG 34).

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschafts- standort

UG 40
Wirtschaft

Leitbild der Untergliederung

In den Jahren besonderer wirtschaftlicher Herausforderungen ist es wichtig, für die Zukunft Wachstumsimpulse zu setzen. Die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich ist angesichts der globalen Konkurrenz eine wesentliche Herausforderung der nächsten Jahre. Das Ziel des BMWFW ist es, den Wirtschaftsstandort Österreich weiter zu verbessern, Wachstum zu forcieren und einen stabilen Aufschwung sicherzustellen.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Internationalisierungsoffensive „go international“

<https://www.bmdw.gv.at/Aussenwirtschaft/internationalisierungsoffensive>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Im Jahr 2017 konnte die österreichische Wirtschaft getragen von der allgemeinen guten Weltwirtschaftslage mit +3,0% stark zulegen. Dabei zeigten sich der private Konsum (+1,4%) als auch der Außenhandel als wesentliche Konjunkturstütze. So legten die Warenexporte um kräftige +6,1% zu, während diese 2016 nur mit +1,3% stiegen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen zeigten einen deutlichen Wachstumsschub mit +8,2%, wenn diese auch 2016 mit 8,6% sogar noch stärker wuchsen (2015: +1,5%). Dafür konnten Bauinvestitionen mit +2,6% ein deutlicheres Plus als noch im Jahr zuvor vorweisen (+1,1%). Die gute konjunkturelle Lage spiegelte sich auch in einem Anstieg des Beschäftigungswachstums von +2,0% wieder und führte zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,5% (2016: 6,0%). Die Inflationsrate (HVPI) lag in Österreich 2017 bei +2,2% und somit weiterhin deutlich über dem Schnitt der Eurozone von 1,6%.

Der Bereich der Neugründungen von Unternehmen entwickelte sich weiterhin positiv. Im Vergleich zum Vorjahr gab es ein Plus von 1,9 Prozentpunkten. Ferner konnte die staatliche Betriebsansiedlungsagentur Austrian Business Agency (ABA) im Jahr 2017 mit einem neuen Rekordwert 344 ausländische Unternehmen in Österreich bei der Ansiedlung betreuen, womit 2.672 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Neben den Neugründungen und Investitionen aus dem Ausland bleibt die Überlebensrate von Unternehmen im internationalen Vergleich auf einem sehr hohen Niveau. Acht von zehn Unternehmen bestehen noch nach drei Jahren am Markt. Ferner unterstützt auch der

Bereich Eich- und Vermessungswesen durch Erfüllung internationaler Standards sowie die Burghauptmannschaft Österreich durch die laufende Instandhaltung sowie Instandsetzung der im Zuständigkeitsbereich befindlichen historischen Gebäude die Zielsetzung einer Erhöhung der Attraktivität des heimischen Wirtschaftsstandorts. Im Bereich der Lehrlingsausbildung haben die einzelnen Maßnahmen und Aktivitäten dazu beigetragen, dass die Lehre nach wie vor ein attraktiver Ausbildungsweg für Jugendliche ist. Die Zahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr (Lehrling/innen) steigt seit 2016 gegenüber den Vorjahren wieder an. Seit Herbst 2017 ist die Zunahme gegenüber dem Vorjahreswert sogar deutlich sichtbar. Dieser Trend setzte sich auch in den ersten Monaten 2018 fort (Plus 3,6 % per Ende Mai 2018). In weiterer Folge hat sich daher auch der – vor allem demographisch bedingte – Rückgang der Lehrlingszahlen insgesamt nicht weiter fortgesetzt bzw. wird es in den kommenden Jahren wieder zu einem Anstieg kommen. Durch verschiedene Maßnahmen und Angebote werden in den folgenden Jahren gezielt derzeit noch zum Teil unterrepräsentierte Gruppen (z. B. Frauen in untypischen Berufen, ältere Personen, Personen mit AHS Matura sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund) angesprochen und unterstützt. Hinsichtlich der Themen Versorgungssicherheit und Entwicklung der Ressourceneffizienz bei Energie und mineralischen Rohstoffen wird auf Basis des 2014 in Kraft getretenen Energieeffizienzgesetzes das Ziel einer kontinuierlichen Energieeinsparverpflichtung konsequent weiterverfolgt. Die Anstrengungen werden darüber hinaus durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energie gemäß Ökostromgesetz und der Fortführung der thermischen Sanierung unterstützt. Im Bereich Tourismus haben die getroffenen Maßnahmen dazu beigetragen, dass der österreichische Tourismus wettbewerbsfähig bleibt und Arbeitsplätze sichert. Die Anzahl der exportierenden österreichischen Unternehmen konnten im Rahmen der Außenwirtschaft wesentlich gesteigert werden. Dies wurde unter anderem durch eine aktive Unterstützung von Investoren bei der Erschließung von Auslandsmärkten begünstigt.

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 40 und der UG 42 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-40-W0001.html

Wirkungsziel Nr. 1

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft mit Fokus auf KMU und Tourismusunternehmen.

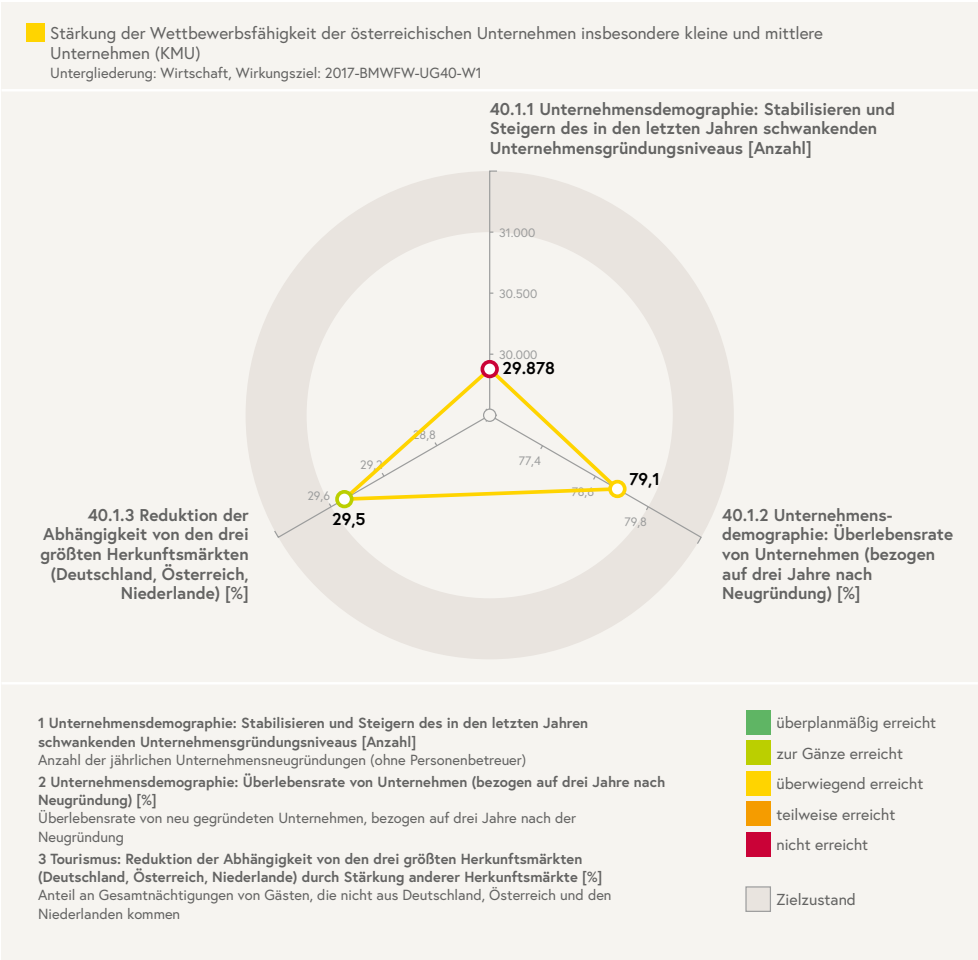
Umfeld des Wirkungszieles

Wirtschaftsforscher wie zuletzt das WIFO schätzen das Konjunkturklima zunehmend optimistisch ein. Sichtbares Zeichen ist ein seit der zweiten Jahreshälfte 2017 spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit am österreichischen Arbeitsmarkt. Die hohe Beschäftigungsdynamik des Vorjahres verstärkte sich zu Jahresbeginn nochmals. Aufgrund der hohen Dynamik im 1. Halbjahr wird die österreichische Wirtschaft 2018 insgesamt um 3,2% wachsen. Die Expansion wird im 2. Halbjahr und 2019 etwas schwächer sein, das Wirtschaftswachstum verringert sich 2019 auf +2,2%.

Der Global Competitiveness Report des Weltwirtschaftsforums ermittelt für Österreich einen guten Rang 18 (von 137), was einer weiteren Verbesserung von einem Platz entspricht.

Der Tourismus ist von vielen externen Faktoren wie z.B. der internationalen Wirtschaftsentwicklung, der Kaufkraft in Herkunftsmärkten, politischen Entwicklungen, Terroranschlägen, dem Wetter usw. betroffen. Die Auswirkungen dieser sind aber vorab nur schwer bzw. gar nicht zu prognostizieren.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
40.1.1	ZIEL	28.656	30.000	30.500	31.000	31.000	31.000
	IST	28.213	28.211	28.438	29.327	29.878	
40.1.2	ZIEL	n. v.	79,6	79,8	79,8	79,8	79,8
	IST	n. v.	79,1	79,1	79,1	79,1	
40.1.3	ZIEL	27,8	28,1	29,0	29,3	29,6	n. v.
	IST	27,8	28,6	29,3	28,9	29,5	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

40.1.1 Unternehmensdemographie: Stabilisieren und Steigern des in den letzten Jahren schwankenden Unternehmensgründungsniveaus [Anzahl]

Bei der Zahl der Gründungen ist seit 2012 ein Aufwärtstrend sichtbar. So gab es 2017 ein Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr (Ist-Zustand 2017: 29.878; +551). Zwar wurde der sehr ambitionierte Zielwert nicht erreicht, der Trend der steigenden Gründungszahlen ist dennoch sichtbar und dient als Auftrag, den Unternehmergeist weiter zu fördern.

Zusätzlich hängen die Gründungszahlen stark von konjunkturellen Entwicklungen ab. Aber auch in der konjunkturellen Hochphase ist feststellbar, dass der Anstieg neuer Unternehmensgründungen zunehmend schwieriger wird. Ausgehend von einem sehr hohen Unternehmensneugründungsniveau wurde ein Erreichen bzw. Halten des ambitionierten Zielwertes der Unternehmensgründungen als Erfolg angenommen.

Durch Initiativen der letzten Jahre wurden wichtige Impulse gesetzt und eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Standortes Österreich realisiert (z.B. Crowdfunding; das Fördern neuer Inkubatoren; verbesserte Fördervoraussetzungen im Neugründungs-Förderungsgesetz – NeuFÖG; Ausweitung auf Garantien für KMU).

40.1.2 Unternehmensdemographie: Überlebensrate von Unternehmen (bezogen auf drei Jahre nach Neugründung) [%]

Die Zahl wird nur alle zwei Jahre erhoben (letztmalig 2016; Ist-Zustand 2017: 79,1). Die Überlebensrate ist in Österreich bereits sehr hoch und stellt auch im europäischen Vergleich einen Spitzenwert dar. Der Zielwert von 79,8 % wurde nur knapp verfehlt – dies ist angesichts der hohen Nachhaltigkeit der Gründungen in Österreich trotzdem ein höchst positives Ergebnis. So sind nach 3 Jahren noch knapp 8 von 10 Unternehmen aktiv. Das Halten dieses Niveaus stellt bereits ein Ziel an sich dar.

Durch die Fortführung und Weiterentwicklung der bestehenden Unterstützungsmaßnahmen zum Aufbau von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung mit Fokus auf KMU wurden die entsprechenden Rahmenbedingungen weiter verbessert, die den Unternehmen das Wirtschaften erleichtern und damit auch die Überlebensrate positiv beeinflussen.

40.1.3 Tourismus: Reduktion der Abhängigkeit von den drei größten Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich, Niederlande) durch Stärkung anderer Herkunftsmärkte [%]

Die Zahl der Übernachtungen erreichte ein neues Rekordvolumen von insgesamt 144,50 Mio. und lag damit über dem bisherigen Höchstwert des Jahres 2016. Der Anteil der drei wichtigsten Herkunftsmärkte (Deutschland, Österreich und Niederlande) an den Gesamtübernachtungen konnte im Jahr 2017 von 71,1 % auf 70,5 % reduziert werden, was im Umkehrschluss eine Zunahme von Gästen aus anderen Ländern bedeutet. Angestrebt wurde ein Zielzustand von 29,6 % Gästenübernachtungen aus diesen anderen Ländern, erreicht wurden 29,5 %. Hintergrund dafür ist, dass 2017 vor allem auf Grund der geopolitischen Lage

ein weiteres Ausnahmejahr mit starkem Gästeanstieg aus den genannten, traditionellen Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich und Niederlande) war.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Kennzahlen „Gründungsrate“ und „Überlebensrate“ bilden die Entwicklung der Unternehmensgründungen ab, welche von konjunkturellen und maßnahmenorientierten Faktoren (Förderungspolitik, Verbesserung des rechtlichen Umfeldes etc.) abhängig ist.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Zahl der Gründungen mit 29.878 (ohne Personenbetreuer; vorläufiger Wert mit Stand Jänner 2018) weiterhin steigend ist – ein Plus von 1,9 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Überlebensrate von Unternehmen bleibt seit 2012 im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau (8 von 10 Unternehmen bestehen noch nach 3 Jahren am Markt). Durch Initiativen der letzten Jahre wurden wichtige Impulse in einer konjunkturell schwachen Phase gesetzt und eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Standortes Österreich realisiert (z.B. Crowdfunding; das Fördern neuer Inkubatoren; verbesserte Fördervoraussetzungen im Neugründungsförderungsgesetz – NeuFÖG; Ausweitung der Garantien für KMU). Durch die Finanzierungsleistung der aus Unterstützungsmassnahmen im Bereich KMU-FG konnte ein zusätzliches Investitionsvolumen ausgelöst werden.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Österreich im Global Competitiveness Report seinen guten Rang bestätigen bzw. sogar im Vergleich zum Vorjahr sein Ranking um einen Platz verbessern konnte. Österreich liegt nun auf dem guten 18. Rang (von 137). Erfolgsfaktoren bilden der hohe Entwicklungsstand der Unternehmen, eine gute Ausbildung, qualitative Infrastruktur und hochentwickelte Institutionen. Insbesondere in den Säulen Innovation und Infrastruktur kann Österreich mit den Rängen 13 bzw. 14 besser abschneiden als im Gesamtindex. Für die Zukunft gilt es jedoch vor allem zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich die Chancen der neuen Technologien zu nutzen und Unterstützung durch Verbesserung der Wachstumsbedingungen des Unternehmenssektors sowie Förderung von Unternehmensgründungen anzubieten. Neben einer Erhöhung der kurz- und langfristigen Beschäftigungschancen soll auch der Digitalisierungsgrad zum Wohle für die Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung gesteigert werden. Dafür werden Angebote für Bürger/innen und Unternehmen im Bereich E-Government im Sinne einer Vereinfachung von Behördenwegen und zur Entbürokratisierung ausgebaut.

Zudem wurde am weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energie gemäß Ökostromgesetz und der Fortführung der thermischen Sanierung gearbeitet. Die thermische Sanierung wird trotz ambitionierter Förderkriterien sehr gut angenommen, sodass allein im Jahr 2017 im Bereich der Betriebe und des privaten Wohnbaus ein Investitionsvolumen von rund 332 Millionen Euro ausgelöst werden konnte.

Im Bereich Tourismus unterstreichen rund 145 Millionen Nächtigungen im Jahr 2017 die Bedeutung des Tourismuslandes Österreich. Wesentlich dafür waren das kontinuierliche Tourismusmarketing der Österreich Werbung und gezielte Investitionsanreize für die kleinstrukturierten heimischen Tourismusbetriebe über die Österreichische

Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H. Ein weiterer Faktor der positiven Entwicklung war die enge Zusammenarbeit aller Player im Tourismus.

Wirkungsziel Nr. 2

Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-40-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Zu Betriebsansiedlungen: Die staatliche Betriebsansiedlungsagentur Austrian Business Agency (ABA) unterstützt internationale Investoren bei ihren Betriebsansiedlungen in Österreich. Deutschland war mit 118 Unternehmen auch 2017 wieder Investorenland Nummer Eins und zeichnete damit für rund ein Drittel aller ABA-Projekte verantwortlich. Italien mit 26 Neuansiedlungen – traditionell zweitwichtigstes Investorenland – musste sich diesmal den Platz mit gleich zwei weiteren Ländern teilen: gegenüber 2016 war Österreich für Schweizer Unternehmen 2017 noch um einiges attraktiver – 26 entschieden sich für den Standort (2016: 17), ebenso zog es 26 Unternehmen aus Slowenien nach Österreich – 2016 waren es 16.

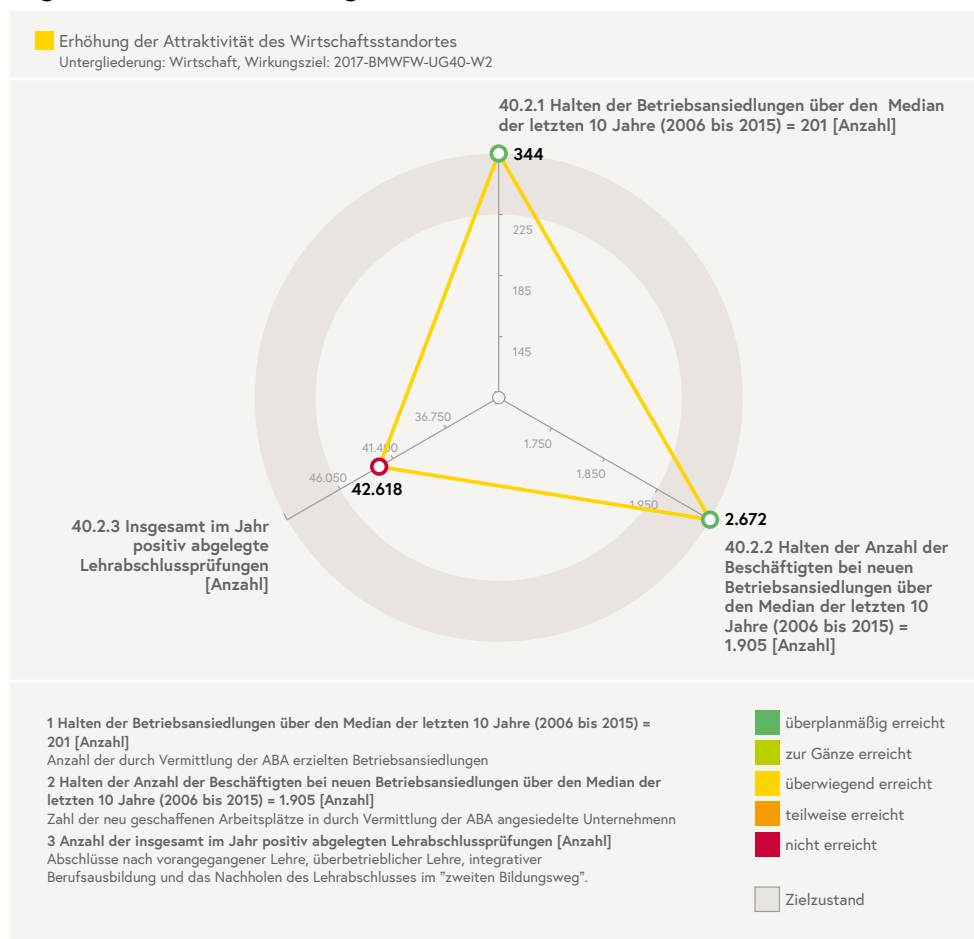
Besonders groß war das Interesse im Vorjahr seitens Unternehmen aus den CEE (Zentral- und Osteuropa)/SEE (Südosteuropa)-Ländern. War der Trend der Betriebsansiedlungen aus diesen Ländern bereits seit rund zehn Jahren kontinuierlich steigend, so betrug ihr Anteil 2017 mit 99 Unternehmen sogar knapp ein Drittel aller neuen ABA-Ansiedlungen. Am stärksten waren darunter Slowenien (26 Unternehmen), Ungarn (18 Unternehmen), die Slowakei (14 Unternehmen) und Russland (11 Unternehmen) vertreten. Gleichbleibend hoch war das Engagement aus China: elf chinesische Unternehmen kamen 2017 mit Unterstützung der ABA nach Österreich.

Von den angesiedelten Unternehmen betreiben 34 am Standort Österreich Forschung und Entwicklung, 22 Unternehmen sind Produktionsunternehmen, elf Unternehmen bearbeiten von Österreich aus noch weitere Märkte.

Zu Berufsausbildung: Die Zahl der Lehrlinge ist ein Indikator für Investitionen in Humanressourcen. Aufgrund der demographischen Entwicklung (sinkende Zahl der 15-Jährigen seit 2007) wurde es für Unternehmen zunehmend schwieriger, geeignete Jugendliche für die Ausbildung zu finden. In diesem Zusammenhang stellt auch der regionale Skills-Mismatch eine Herausforderung dar, da in den westlichen Bundesländern, wo die Lehrlingsausbildung traditionell stärker verankert ist als insb. in Wien, offene Lehrstellen teilweise nicht besetzt werden können. Zielgruppenspezifisch zeigt sich auch, dass die Lehre als Ausbildungsweg bei Migranten und Älteren unterrepräsentiert ist. In Summe erklärt sich aus diesen Bedingungen die sinkende Gesamtzahl der Lehrlinge in den Jahren bis 2017. Gemäß der Lehrlingsstatistik der WKÖ war 2017 gegenüber 2016 wieder ein leichter Anstieg der Lehranfänger/innen (+3,1% inkl. „Überbetriebliche Lehrausbildung“ und + 4,1% nur in Ausbildungsbetrieben) zu verzeichnen. Ebenso bleibt auch weiterhin die Lehre quantitativ der bedeutendste Ausbildungsweg auf Ebene der 10. Schulstufe (2016/2017: 36% der Schüler/innen) und behält damit ihren Stellenwert

für Ausbildung von Fachkräften in Österreich. (Details der Entwicklungen sind u.a. im Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung 2016 – 2017, Dornmayr / Litschel / Löffler, Herausgeber: ibw / öibf, Wien 2018 sowie „Lehrlingsausbildung im Überblick 2017 – Strukturdaten, Trends und Perspektiven“, Dornmayer / Nowak, Herausgeber: ibw, Wien 2017 dargestellt).

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
25.4.1	ZIEL	>183	200–240	210–250	218	225	305
	IST	228	276	297	319	344	
25.4.2	ZIEL	>1.822	>1.770 – 1.870	>1.840 – 1.940	1.900	1.950	2.550
	IST	1.479	2.645	2.613	2.622	2.672	
25.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	>47.046	46.080	46.050	45.000
	IST	46.743	47.046	46.111	44.411	42.618	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

40.2.1 Halten der Betriebsansiedlungen über den Median der letzten 10 Jahre (2006 bis 2015) = 201 [Anzahl]

In den Märkten Armenien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Schweiz, Slowakei und Slowenien konnten jeweils historische Höchstergebnisse erzielt werden.

Unter den Branchen sind industrienähe Dienstleistungen (51) und IT /Telekom/ Software (49) am stärksten vertreten.

Besonders gefragt war auch 2017 der Startup-Standort Österreich: Hier erhöhte sich die Zahl der angesiedelten Jungunternehmen um mehr als 30 % von 18 auf 24.

40.2.2 Halten der Anzahl der Beschäftigten bei neuen Betriebsansiedlungen über den Median der letzten 10 Jahre (2006 bis 2015) = 1.905 [Anzahl]

Die durchschnittliche Zahl von Arbeitsplätzen pro Ansiedlung sank zwar abermals leicht, allerdings konnten zwei beschäftigungsintensive Projekte aus Frankreich – darunter ein Automobilzulieferer – realisiert werden. Auch qualitativ hochwertige Projekte wie ein Forschungszentrum eines chinesischen Automobilherstellers oder die Produktentwicklung für einen koreanischen Maschinenbauer waren mit relativ vielen neuen Arbeitsplätzen verbunden.

40.2.3 Anzahl der insgesamt im Jahr positiv abgelegten Lehrabschlussprüfungen [Anzahl]

Der Rückgang der erfolgreich abgelegten Lehrabschlussprüfungen ist insbesondere durch das demografisch bedingte Sinken der Lehrlingszahlen (2007: 126.831 Lehrlinge; 2017: 97.512 Lehrlinge) in den letzten 10 Jahren begründet. Zudem fiel auch der kompensatorische Effekt durch Lehrabschlüsse im „zweiten Bildungsweg“ (außerordentliche Antritte auf Grund Berufserfahrung etc.) geringer aus als erwartet (2007 9.394 positive Lehrabschlüsse; 2017: 11.122 positive Lehrabschlüsse). Bei einer personenbezogenen Betrachtung der Prüfungserfolge, bei welcher die Basis alle Lehrabsolvent/innen eines Jahres sind, die auch bis zum Ende des Folgejahrs keinen weiteren Lehrvertrag abgeschlossen haben, ist die Erfolgsquote (Anteil der Lehrlinge mit einer positiven Lehrabschlussprüfung) in den letzten Jahren (bis 2017) sukzessive leicht angestiegen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die zum Ministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ressortierende Betriebsansiedlungsagentur ABA – Invest in Austria konnte auch 2017 zur Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes mit einem neuerlich erfolgreichen Jahr beitragen. Die Zahl der 2017 von ABA und den Regionalgesellschaften bei der Ansiedlung in Österreich betreuten ausländischen Unternehmen stieg gegenüber dem Vorjahr von 319 um weitere 7,8 Prozent auf den neuen Höchstwert von 344 Unternehmen. Die mit den Neuansiedlungen verbundene Investitionssumme legte um 2,6 % auf 723,85 Millionen

Euro (2016: 705,22 Euro) zu und die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze verzeichnete mit 2.672 einen leichten Zuwachs von 1,9 % gegenüber dem Vorjahr (2016: 2.622).

Die Lehre ist ein wichtiger Faktor zur Ausbildung von qualifizierten Fachkräften und trägt wesentlich dazu bei, das Arbeitskräftepotenzial zur Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes zu nutzen. Da es sich bei dem Indikator bezüglich Lehrabschlussprüfungen um Absolutwerte handelt, hat der Rückgang der Lehrlingszahlen seit 2007, hauptsächlich bedingt durch die demographische Entwicklung, wesentlichen Einfluss auf die Zahl der bestandenen Lehrabschlussprüfungen. Durch verschiedene Maßnahmen (z. B. „Clearingstelle Lehrabschlussprüfung“, Prüfer/innen-Schulungen, kostenlose Vorbereitungskurse etc.) wurden Schritte gesetzt, die Qualität der Lehrabschlussprüfungen und die Vorbereitung auf die Prüfung zu verbessern. Der Anteil der Lehrabsolvent/innen mit einer positiven Lehrabschlussprüfung ist seit 2010 sukzessive leicht angestiegen (vgl. ibw: „Lehrlingsausbildung im Überblick 2017“). Insgesamt zeigt sich, dass die Lehre im Vergleich zu anderen Bildungswegen der Sekundarstufe II die höchste Abschlussquote (Abbruchs- und Erfolgsquote) aufweist: Rund 75 % der Lehrling/innen beenden ihre Ausbildung mit einer positiven Lehrabschlussprüfung (vgl.: BMS: 58 %; BHS 59 %; AHS Oberstufe: 73 %) (Daten: Statistik Austria „Bildungsbezogenes Erwerbskarrierenmonitoring: Ausbildungsabgänger/innen der Schuljahre 2008/09 bis 2010/11). Seit 2014 steigt der Anteil der Lehrling/innen in Ausbildungsbetrieben gegenüber den Vorjahren kontinuierlich an. Dieser Trend setzte sich auch in den ersten Monaten 2018 fort. Im Mai 2018 starteten um 3,6 % mehr Jugendliche eine Lehre als im Mai 2017. Weiters zeigt sich auch bei der genderspezifischen Berufswahl eine positive Entwicklung, da sich mehr Frauen insb. für einen technischen Lehrberuf entscheiden (z. B.: „Elektrotechnik/Elektronik“: 2012: 4,4 %, 2017: 5,2 %; „Bau/Architektur/Gebäudetechnik“: 2012: 6,3 %, 2017: 7,0 %; „Maschinen/Fahrzeuge/Metall“: 2012: 5,5 %, 2017: 7,2 %. Die Analyse des Arbeitsmarktstatus 18 Monate nach Ausbildungsende verdeutlicht weiters die direkte Berufseinmündung der Lehrausbildung: 18 Monate nach Lehrabschluss im Jahr 2013/2014 waren 73 % aller Lehrabsolventen erwerbstätig (Vgl.: z. B. BHS 41 %, BMS 38 %, AHS 5 %).

Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen sorgt durch die Bereitstellung von moderner Geodaten- und Messtechnikinfrastruktur, insbesondere durch aktuelle Geobasisdaten für das gesamte Bundesgebiet sowie durch die internationale Anerkennung für alle Kalibrier- und Messmöglichkeiten für eine qualitative Basis der Attraktivität des heimischen Wirtschaftsstandortes.

Die Burghauptmannschaft Österreich unterstützt durch die laufende Instandhaltung sowie Instandsetzung der im Zuständigkeitsbereich befindlichen historischen Gebäude die Zielsetzung der Erhöhung der Attraktivität des heimischen Wirtschaftsstandorts. Zusätzlich trägt die BHÖ durch die Präsentation des kulturellen Erbes und der historischen Bauten zur Förderung der öffentlichen Wahrnehmung bei.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-40-W0003.html

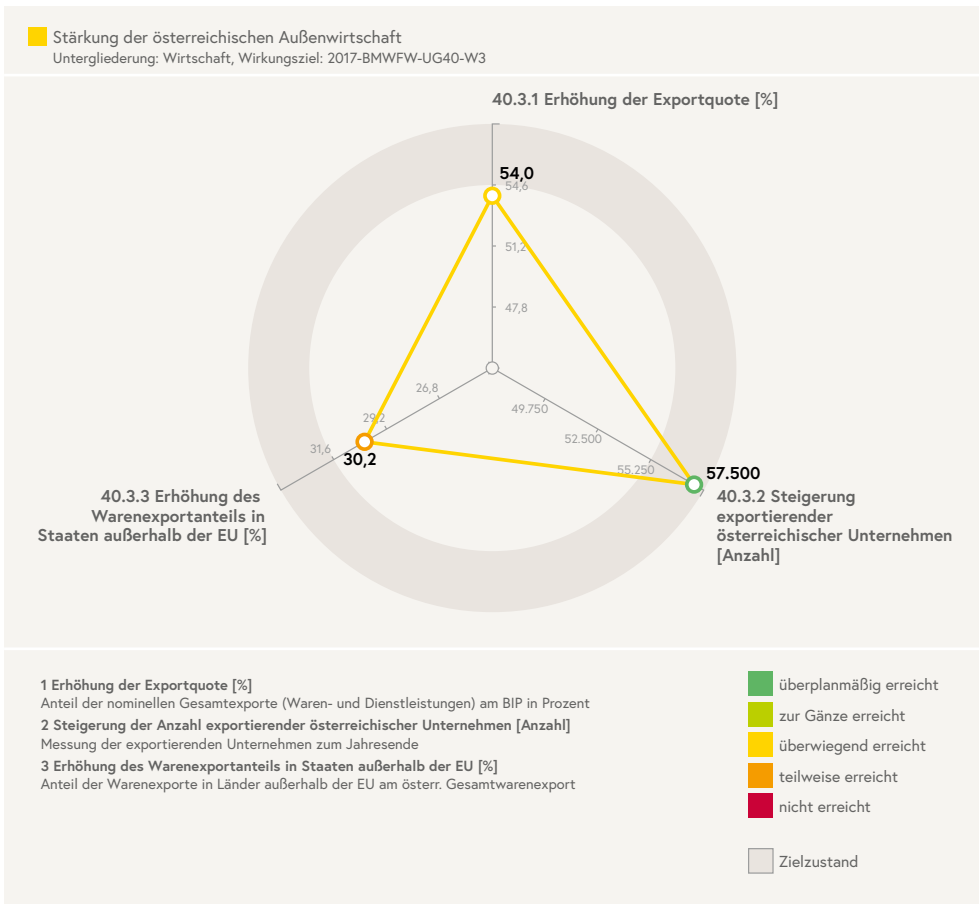
Wirkungsziel Nr. 3

Stärkung der österreichischen Außenwirtschaft

Umfeld des Wirkungszieles

Die österreichische Außenwirtschaft (AW) trägt wesentlich zu Wachstum und Beschäftigung bei und sichert damit Wohlstand. Im langjährigen Schnitt wird rund ein Drittel des Wirtschaftswachstums durch Nettoexporte von Waren und Dienstleistungen generiert. Jeder zweite Arbeitsplatz in Österreich hängt direkt oder indirekt vom Export ab; eine zusätzliche Million Euro an Exporten schafft acht Arbeitsplätze. Exportieren stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen: Studien zeigen, dass Exportfirmen nicht nur, gemessen am Umsatz und an der Beschäftigung, größer sind als nicht exportierende Firmen, sondern auch um 77 % mehr investieren, produktiver sind und um 23 % höhere Löhne zahlen. Die Außenwirtschaft ist so Motor für eine zukunftsorientierte und innovative österreichische Wirtschaft. Die AW-Performance hängt allerdings auch von Faktoren ab, die von der österreichischen AW-Politik nicht beeinflusst werden können, wie z. B. von der Nachfrageentwicklung in wichtigen Zielmärkten.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
40.3.1	ZIEL	57,10	58,40	60,40	54,60	54,60	54,80
	IST	53,50	53,40	52,90	52,30	54,00	
40.3.2	ZIEL	43.000	48.000	49.750	53.500	55.250	60.000
	IST	47.000	50.000	52.200	53.500	57.500	
40.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	31,3	31,4	31,6	30,1
	IST	31,0	31,2	30,9	30,5	30,2	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

40.3.1 Erhöhung der Exportquote [%]

Die Kennzahl berechnet sich anhand des Anteils der nominellen Gesamtexporte (Waren und Dienstleistungen) am Bruttoinlandsprodukt in Prozent.

Die Abweichung des vorläufigen Ist-Zustandes 2017 (der endgültige Ist-Zustand liegt voraussichtlich erst im Dezember 2018 vor) vom Zielzustand resultiert aus einem stärkeren Wachstum des BIP als erwartet. Die Exporte wuchsen ebenfalls stärker als angenommen, aber nicht in dem gleichen Ausmaß.

40.3.2 Steigerung der Anzahl exportierender österreichischer Unternehmen [Anzahl]

Die Umsetzung des „go international“-Clusters „How to do business abroad“ gestaltete sich so erfolgreich, dass dies eine weit stärkere Dynamik bei der Anzahl der Exporteure bewirkte, als erhofft.

40.3.3 Erhöhung des Warenexportanteils in Staaten außerhalb der EU [%]

Der Ist-Zustand 2017 basiert auf den Außenhandelsdaten vom Juni 2018. Die angenommene jährliche Steigerung des Anteils der Exporte außerhalb der EU von zirka 0,14 Prozentpunkten konnte nicht erreicht werden. Die Abweichung des Ist-Zustands 2017 von seinem Zielzustand spiegelt wider, dass Exporte in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union um +8,7% stiegen und Exporte in Drittstaaten um +7,3%. Das schwächere Wachstum in den Drittstaaten resultiert aus Rückgängen in die EFTA, insbesondere die Schweiz (-163 Mio. Euro), und in den Nahen Osten, vor allem Saudi-Arabien (-211 Mio. Euro).

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Außenwirtschafts-Politik (AW-Politik) versucht, Unternehmen bei der Wahrnehmung von Chancen auf internationalen Märkten zu unterstützen. Wichtigstes Instrument ist die Internationalisierungsoffensive „go international“, die das BMDW gemeinsam mit der Außenwirtschaftsorganisation der WKÖ (AWA) abwickelt (AW-Ergebnisse werden allerdings auch von in diesem Rahmen nicht steuerbaren Faktoren – wie z. B. Wechselkursschwankungen und konjunkturellen Entwicklungen in Zielmärkten – beeinflusst.). Der derzeitige „go international“-Vertrag läuft bis 2019, die bisherige Umsetzung ist durchwegs erfolgreich. So konnte der geplante Zielwert von 55.250 für die Maßnahme „Steigerung der Anzahl exportierender österreichischer Unternehmen“ für das Jahr 2017 mit einem Ist-Zustand von 57.500 erheblich übertroffen werden. Auch der für die Maßnahme „Unterstützung von Investoren bei der Erschließung von Auslandsmärkten“ angenommene Zielwert von 420 wurde mit dem Ist-Zustand 2017 von 591 (Jahresdurchschnitt berechnet auf Grund des Ergebnisses nach 34 Monaten) übertroffen.

Wirkungsziel Nr. 4



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-40-W0004.html

Aufgrund der geänderten Ressortzuständigkeiten wird das Wirkungsziel Nr. 4 nunmehr bei der UG 43 ausgewiesen.

Wirkungsziel Nr. 5

Förderung von Frauen in Unternehmen, insbesondere Erhöhung des Frauenanteils in staatsnahen Betrieben (in Aufsichtsratspositionen) und Stärkung ihrer Führungskompetenz



wirksamkeitsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-40-W0005.html

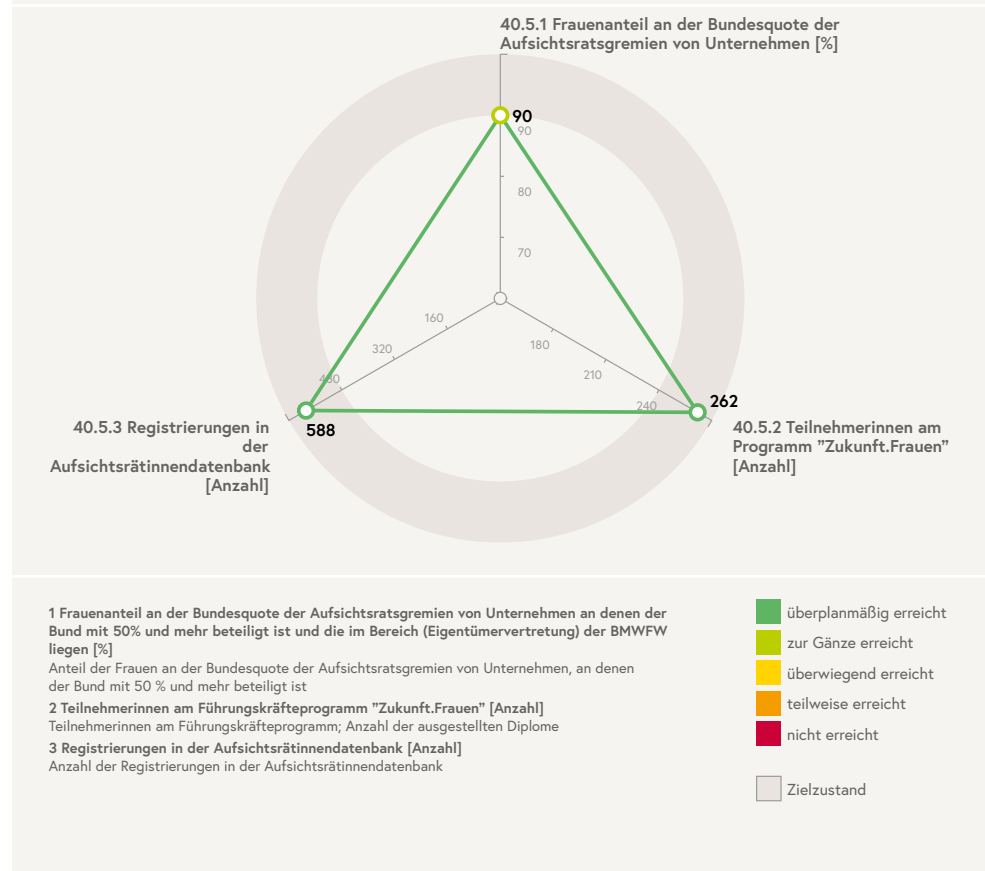
Umfeld des Wirkungszieles

Der Staat nimmt hierbei eine Vorreiterrolle ein – dadurch ergibt sich eine Dynamik für den Privatbereich. Der privatwirtschaftliche Sektor soll auf die positiven ökonomischen Effekte, die durch eine stärkere Einbindung von Frauen in führende Positionen erzielt werden, aufmerksam gemacht werden.

Mit der Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten staatsnaher Betriebe kommt dem Staat eine Vorbildwirkung zu. Die Entwicklungen der letzten Jahre in den Aufsichtsräten der staatsnahen Unternehmen zeigen, dass sich eine solche Maßnahme positiv auf den Frauenanteil auswirkt, indem eine beschleunigte Entwicklung feststellbar ist. Neben den erhöhten Karrierechancen für Frauen wirkt sich eine Frauenquote in Aufsichtsräten positiv auf die Stärkung des Wettbewerbes und des Standortes Österreich aus. Für weitere Fortschritte wird die ab 1. Jänner 2018 geltende gesetzliche Frauenquote von 30 % in börsennotierten Unternehmen und Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sorgen.

Ergebnis der Evaluierung

■ Förderung von Frauen in Unternehmen und Stärkung von deren Führungskompetenz
Untergliederung: Wirtschaft, Wirkungsziel: 2017-BMWFW-UG40-W5



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
40.5.1	ZIEL	25,0	25,0	35,0	35,0	35,0	35,0
	IST	25,0	25–35	25–35	35,0	35,0	
40.5.2	ZIEL	60	150	170	190	240	280
	IST	130	152	176	190	262	
40.5.3	ZIEL	>199	380	410	450	480	600
	IST	300	400	439	450	588	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

40.5.1 Frauenanteil an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich (Eigentümerversretung) der BMWFW liegen [%]

Das BMDW (vormals BMWFW) hat in seinen 9 Unternehmen im Durchschnitt die Quote von 35 % erreicht, diese liegt bereits bei 49 %. In 8 von 9 Unternehmen wird die Vorgabe von 35 % erfüllt. 1 von 9 Unternehmen liegt bei 30 %, alle Unternehmen erfüllen die Vorgabe von 25 %, die bis zum 31. Dezember 2013 zu erreichen war. Durch die neue Ressortzuteilung im Zuge der BMG-Novelle 2017 ist das BMDW nach dem 8. Jänner 2018 Eigentümerressort von nur noch 4 Unternehmen, welche alle 2017 die Quote von 35 % erfüllen und sogar einen Durchschnitt von 52,38 % aufweisen.

40.5.2 Teilnehmerinnen am Führungskräfteprogramm „Zukunft.Frauen“ [Anzahl]

Der erste Durchgang startete im Herbst 2010 (Laufzeit bis März 2011). Geplant war ursprünglich nur je 1 Durchgang pro Jahr, auf Grund der starken Nachfrage wurden (außer im Jahr 2014) jährlich – oft kurzfristig – zwei Durchgänge durchgeführt. So haben auch 2016 2 Durchgänge stattgefunden, obwohl man zum Zeitpunkt der Planung der Zielzustände 2016 von nur einem Durchgang ausgegangen war.

Es wurden bislang 13 Durchgänge abgeschlossen. Der 14. Durchgang soll im Herbst 2018 starten. Mit Stand März 2018 gibt es 287 Absolventinnen.

40.5.3 Registrierungen in der Aufsichtsrätinnendatenbank [Anzahl]

Kontinuierliche Entwicklung: In die Datenbank können sich Absolventinnen von Zukunft.Frauen und ähnlichen Programmen sowie Frauen mit bestehenden und ehemaligen Aufsichtsratsmandaten eintragen.

Die Zahl der Eintragungen hängt somit auch von der Zahl der abgeschlossenen Durchgänge von Zukunft.Frauen und der damit zusammenhängenden Zahl der Absolventinnen ab.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das BMDW (vormals BMWFW) hat in seinen 9 Unternehmen im Durchschnitt die Quote von 35 % erreicht. Diese liegt bereits bei 49 %. In 8 von 9 Unternehmen wird die Vorgabe von 35 % erfüllt. 1 von 9 Unternehmen liegt bei 30 %, alle Unternehmen erfüllen die Vorgabe von 25 %, die bis zum 31. Dezember 2013 zu erreichen war. Die Nachfrage am Führungskräfteprogramm Zukunft.Frauen ist ungebrochen. Mit März 2018 gibt es 287 Absolventinnen, im Herbst 2018 startet der nächste Durchgang. Die wachsende Zahl an Absolventinnen von Zukunft.Frauen und qualifizierten Frauen in Aufsichtsratspositionen trägt auch zum weiteren Anstieg der Registrierungen in der Aufsichtsrätinnen-Datenbank bei. Das Potenzial an qualifizierten Frauen für Führungs- und Aufsichtsratspositionen ist damit weiter steigend und trägt damit auch zur positiven Entwicklung des Wirkungsziels bei.

Die Abstimmung erfolgt zum einen im Rahmen des Berichts zur Wirkungsorientierung (Berichtskapitel zur „Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern“) im Rahmen des Themenclusters und auch im Rahmen des MRV über den Fortschrittsbericht über den Frauenanteil in Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen der Bund mit 50 % oder mehr beteiligt ist. Dazu werden regelmäßig die anderen Ressorts eingebunden.

Wirkungsziel Nr. 2

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, UG 17 und der UG 40 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0002.html

Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung, Politik und Unternehmen. Angestrebte Wirkung: hoher Nutzen der (elektronischen) Informations- und Serviceleistungen des Ressorts

Umfeld des Wirkungszieles

Wie bereits in den Jahren zuvor, war auch 2017 eine sehr hohe Nachfrage der BürgerInnen nach umfassender Information über Staat, Verwaltung und Regierungsarbeit zu verzeichnen. Es bleibt daher prioritäres Ziel des Bundeskanzleramts bzw. Bundespressediensts, diese Informationen schnell, aktuell und präzise bereitzustellen. Angesichts immer knapper werdender Budgetmittel und Personalressourcen wird in der Verwaltung der Trend zu Shared Services bestehen bleiben und die Servicefunktionen des Bundespressediensts im Bereich Foto- und Videoservice und Grafik sowie jene der Sektion III Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation (nunmehr BMöDS) z. B. im Bereich Aus- und Weiterbildung an der Verwaltungsakademie des Bundes weiterhin gut angenommen werden.

Laut dem jüngsten OECD-Bericht „Governance at a Glance 2017“ ist ein steiler Anstieg bei der Nutzung digitaler Verwaltungsservices innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten feststellbar. Im Jahr 2016 nutzten etwa 36 % der BürgerInnen in den OECD-Ländern die auf Internetseiten öffentlicher Verwaltungseinrichtungen abrufbaren Online-Formulare. Um diesem Trend zu begegnen, muss das Angebot digitaler Verwaltungsservices sukzessive erweitert und der Zugang für BürgerInnen vereinfacht werden. Vor diesem Hintergrund setzte das Bundeskanzleramt unter anderem die Content-Syndizierung bei Lebenssachverhalten auf der Internetseite help.gv.at erfolgreich um.

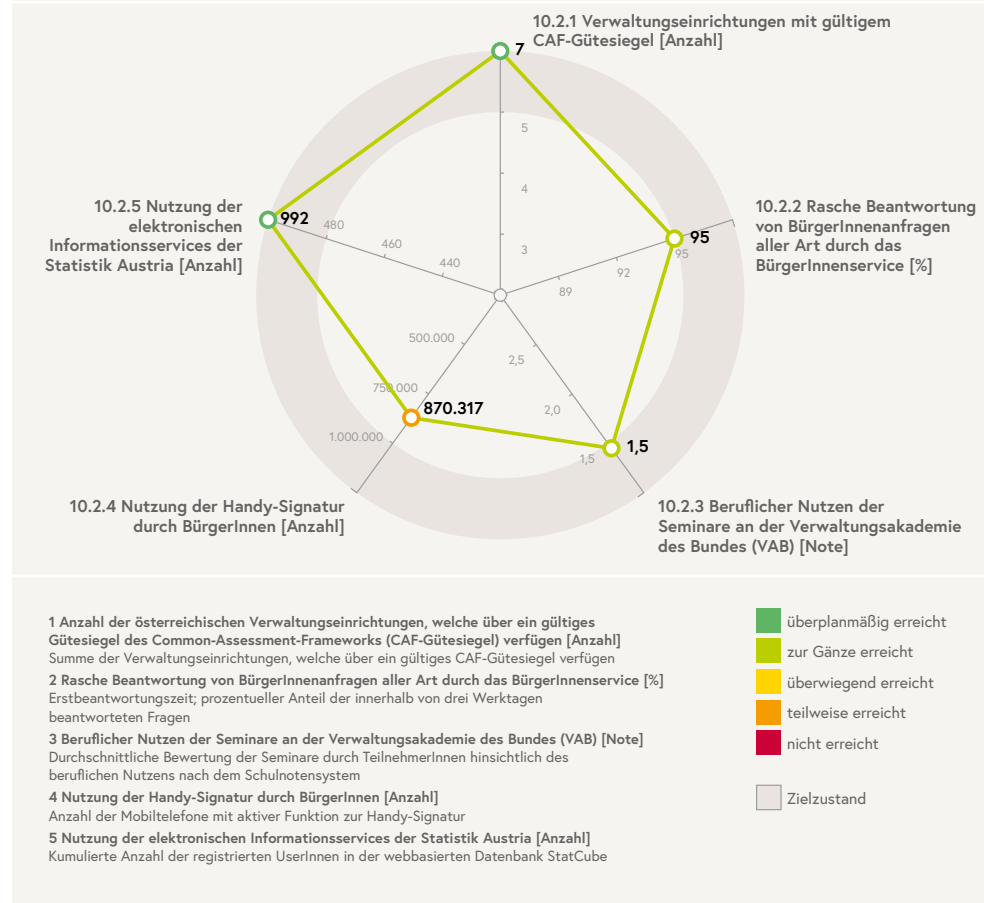
Qualitätsmanagement sichert zielorientiertes, effizientes und effektives Vorgehen in der Bundesverwaltung. Um erfolgreiches Arbeiten bei verändernden Rahmenbedingungen garantieren zu können, muss auch das Instrument des Qualitäts-

managements ständig weiterentwickelt werden. Um den dynamischen Umwelten gerecht werden zu können, erfolgte eine Spezifizierung des Qualitätsmanagementinstrumentes Common Assessment Framework (CAF): Im Zuge dieses Anpassungsprozesses wurde nach dem Vorbild des „CAF-Wirkungsorientierung“ der „CAF-Diversität“ entwickelt. Darüber hinaus – wohl auch auf die eingangs beschriebenen Rahmenbedingungen zurückzuführen – ist ein verstärkter Trend innerhalb der österreichischen Verwaltung in Richtung neuer innovativer Denk- und Steuerungsansätze spürbar. Diese Entwicklung wurde beispielsweise durch die nachhaltige Verankerung der Konferenz zum Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor („Innovate“) als auch durch die Schaffung eines Innovationslabors („GovLabAustria“) aufgegriffen.

Es ist zu erwarten, dass die Datenbank STATCube der Statistik Austria hinsichtlich der Anzahl an NutzerInnen ihren Plafond erreicht hat. Die Rahmenbedingungen für weitere Entwicklungen zur Verbesserung des Angebots für Nutzerinnen und Nutzer sind durch die Strategie 2020 der Bundesanstalt vorgegeben. Schwerpunkte werden in der Weiterentwicklung des grafischen und kartographischen Angebots und in der Entwicklung von Apps für mobile Geräte zur Darstellung statistischer Ergebnisse liegen.

Ergebnis der Evaluierung

■ Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung, Politik und Unternehmen
Untergliederung: Bundeskanzleramt, Wirkungsziel: 2017-BKA-UG10-W2



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	4	4	5	7
	IST	4	4	5	8	7	
10.2.2	ZIEL	80	96	96	95	95	95
	IST	95	96	96	95	95	
10.2.3	ZIEL	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,5
	IST	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	
10.2.4	ZIEL	184.602	400.000	550.000	750.000	1.000.000	n. v.
	IST	251.440	440.971	586.097	735.051	870.317	
10.2.5	ZIEL	n. v.	n. v.	370	400	480	800
	IST	175	311	429	658	992	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.2.1 Anzahl der österreichischen Verwaltungseinrichtungen, welche über ein gültiges Gütesiegel des Common-Assessment-Frameworks (CAF-Gütesiegel) verfügen [Anzahl]

Die überplanmäßige Erreichung ist auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mehrerer CAF-AnwenderInnen-Organisationen aus dem Sozialbereich zurückzuführen, welche den Gütesiegelprozess gemeinsam durchführten. Vor dem Hintergrund der dreijährigen Gültigkeit des Gütesiegels wurde der Zielwert für das Jahr 2018 wiederum auf sieben gesetzt und soll mittelfristig einen Wert von zehn erreichen.

10.2.2 Rasche Beantwortung von BürgerInnenanfragen aller Art durch das BürgerInnenservice [%]

Dank der effizient gestalteten Leistungsprozesse des BürgerInnenservices gelang es, das hohe Volumen an Anfragen in der angestrebten Zeit zu beantworten.

10.2.3 Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) [Note]

Der für 2017 angestrebte Zielkorridor konnte nicht nur erreicht, sondern auf diesem hohen Niveau noch leicht verbessert werden, unter anderem auf Grund der großen Relevanz der Seminarinhalte für die Bundesbediensteten und der hohen Qualität der Seminarorganisation.

10.2.4 Nutzung der Handy-Signatur durch BürgerInnen [Anzahl]

Aufgrund der Nationalratswahlen 2017, des Regierungswechsels und der daraus resultierenden neuen kurzfristigen Schwerpunktsetzungen kam es zu einer Verzögerung der E-ID-Umsetzung (elektronische Identität). Diese Verzögerung war dafür ausschlaggebend, dass der Zielzustand nur teilweise erreicht werden konnte. Dennoch entwickelt sich die Handy-Signatur positiv. Gerade die neu eingeführte Möglichkeit, Volksbegehren elektronisch zu unterstützen führte dazu, dass im Mai 2018 bereits über eine Million aktive Handy-Signaturen registriert waren. Die tendenzielle Dynamik scheint sich, wenn auch nicht auf dem zuletzt hohen Niveau, so aber grundsätzlich fortzusetzen. Es ist zu erwarten, dass die neue Online-Plattform oesterreich.gv.at mittelfristig einen Anstieg der UserInnenzahlen bewirken wird.

10.2.5 Nutzung der elektronischen Informationsservices der Statistik Austria [Anzahl]

Durch intensive Promotion der Datenbank, Erweiterungen des Datenangebots und Verbesserungen der Usability konnte der für 2017 angestrebte Zielzustand deutlich übertroffen werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

In einer Gesamtbetrachtung wurde das Wirkungsziel, ein Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für BürgerInnen, Verwaltung und Unternehmen anzubieten, in vollem Umfang erreicht. Die Serviceangebote entfalteten einen hohen Nutzen. So wurde beispielsweise das verwaltungsspezifische Qualitätsmanagementinstrument Common Assessment Framework (CAF) aktiv zur Weiterentwicklung der Verwaltungsorganisationen genutzt. Das CAF-Gütesiegel zur Zertifizierung des Prozesses wurde mit einem Ist-Wert von 7 gegenüber einem Zielwert von 5 in einem stärker als erwarteten Ausmaß von Organisationen angestrebt und auch erreicht. Weiters wurde die Bundesstrategie Wissensmanagement („Wissenssicherung bei Personalabgang“) über Netzwerktreffen und Schulungsangebote etabliert und das digitale Reporting im Rahmen der Wirkungsorientierung weiter professionalisiert. Im Bereich e-Government wurde die angestrebte Anzahl der für die Handy-Signatur freigeschalteten Mobiltelefone auf Grund leicht verzögerter Umsetzung der elektronischen Identität (e-ID) zwar knapp verfehlt. Allerdings lassen sowohl die 2017 geschaffene Online-Antragsmöglichkeit auf help.gv.at für Verwaltungsverfahren in den häufigsten Lebenssituationen als auch die bis Mai 2018 gestiegene Anzahl an Handy-Signatur-Freischaltungen auf eine positive Entwicklung dieses Bereichs schließen. Die Reichweite der Informationskampagne des Bundeskanzleramts sowie die hohe Auslastung des BürgerInnenservice zeigen, dass der Bundespressedienst dem Wirkungsziel nach umfassender Information der österreichischen Bevölkerung gerecht wird. Eine wertvolle Ergänzung zum bestehenden Informationsangebot des Bundeskanzleramts ist das hausintern produzierte Livestreaming von Pressekonferenzen des Bundeskanzlers, welches insbesondere von den MedienvertreterInnen gut angenommen wird. Die Ergebnisse aus den Feedbackgesprächen und andere Kontakte mit NutzerInnen zeichnen nach wie vor ein positives Bild über die Qualität der Daten von Statistik Austria. Der Statistik Austria ist es durch die nach wie vor intensive Promotion der Datenbank STATCube und deren Anreicherung um weitere Sachmaterien gelungen, erneut eine deutliche und in diesem Umfang nicht zu erwartende Steigerung bei der Nachfrage dieser Publikationsschiene zu erreichen.

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

UG 12
Äußeres

Leitbild der Untergliederung

Wir vertreten die österreichischen Interessen in der EU und in der Welt, fördern Österreich als Amtssitz und Konferenzort und vermitteln ein zeitgemäßes Österreichbild im Ausland. Wir unterstützen ÖsterreicherInnen, die im Ausland in Notsituationen geraten, leisten unseren Beitrag zur Bekämpfung von Armut und zur Festigung von Frieden und Sicherheit und fördern Integration als maßgeblichen Beitrag zu Freiheit, Wohlstand und sozialem Frieden.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Die Wirkungsziele waren ambitioniert, die Maßnahmen und Vorgaben konnten aber trotz budgetärer Engpässe weitgehend erreicht werden. Es bestehen zahlreiche exogene Faktoren, welche durch das BMEIA nur eingeschränkt gesteuert werden können. Diese wurden jedoch insbesondere deshalb in Kauf genommen, da durch Änderungen keine Zeitvergleiche mehr gegeben wären.

Wirkungsziel Nr. 1

Optimierung der Hilfestellung für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausland sowie der Betreuung der ständig im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMEIA-UG-12-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

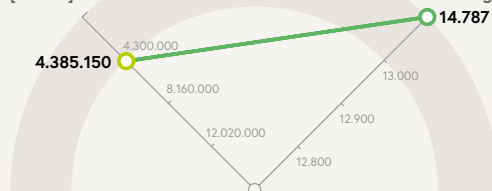
Der erhöhte Informationsbedarf der Bevölkerung konnte durch organisatorische Maßnahmen voll abgedeckt werden. Die internationale Sicherheitslage stellt einen wesentlichen Faktor für die Nachfrage der Hilfestellung dar. Hier kam insbesondere der raschen Information und Hilfestellung bei den Terroranschlägen in der Türkei, Frankreich und Belgien wesentliche Bedeutung zu.

Ergebnis der Evaluierung

■ Optimierung d. Hilfestellung für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausl. sowie d. Betreuung d. ständig im Ausl. lebend. ÖsterreicherInnen
Untergliederung: Äußeres, Wirkungsziel: 2017-BMEIA-UG12-W1

12.1.1 Aufrufe von relevanten Webinhalten für AÖ/ö. Reisende [Anzahl]

12.1.2 Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anfragen [Anzahl]



1 Anzahl der Zugriffe (page views) betreffend die für AuslandsösterreicherInnen (AÖ) sowie österreichische Reisende relevanten Webinhalte [Anzahl]

Anzahl der Zugriffe betreffend die für AÖ und österreichische Reisende relevanten Webinhalte

2 Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anfragen [Anzahl]

Anzahl der von der Hotline des Bürgerservice betreuten Anfragen

■ überplanmäßig erreicht
■ zur Gänze erreicht
■ überwiegend erreicht
■ teilweise erreicht
■ nicht erreicht

□ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
12.1.1	ZIEL	1.898.538	1.700.000	1.700.000	3.800.000	4.300.000	4.100.000
	IST	2.482.655	3.141.218	4.309.400	4.602.240	4.385.150	
12.1.2	ZIEL	13.000	13.000	13.000	15.500	13.000	13.000
	IST	12.896	13.061	15.841	16.304	14.787	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

12.1.1 Anzahl der Zugriffe (page views) betreffend die für AuslandsösterreicherInnen (AÖ) sowie österreichische Reisende relevanten Webinhalte [Anzahl]

Die im Vergleich zum Vorjahresergebnis leicht sinkenden Zahlen ergeben sich durch die auf Grund von Terroranschlägen verminderte Reisetätigkeit in Risikoländer.

12.1.2 Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anfragen [Anzahl]

Der Ist-Zustand mit rund 14.800 liegt im mehrjährigen Durchschnitt der Zahl der angenommenen Anrufe, woran sich auch die Zielvorgabe orientiert. Qualitativ betrachtet und im Verhältnis zur absolut mehr oder weniger gleich bleibenden Zahl der entgegen genommenen Anrufe steigend waren auch Anfragen hinsichtlich der Sicherheit in den von internationalem Terror betroffenen EU-Staaten zu verzeichnen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die ÖsterreicherInnen unternehmen im Jahr circa zehn Millionen Auslandsreisen; über 450.000 österreichische StaatsbürgerInnen halten sich für einen längeren Zeitraum im Ausland auf. Krisen- und Katastrophenszenarien betreffen immer mehr ÖsterreicherInnen im Ausland. Das Ziel wurde überplanmäßig erreicht. Dies wurde insbesondere durch die seit mehreren Jahren erfolgreich etablierte Bürgerservice-Hotline, aber auch durch die erstklassig aufbereiteten und aktuell gehaltenen Reiseinformationen sowie durch die permanente Betreuung von ÖsterreicherInnen im Ausland erzielt. Reiseinformationen über die Sicherheit in Ländern mit erhöhter Terrorbedrohung waren insbesondere verstärkt zu verzeichnen. Die diesbezügliche Zusammenarbeit in der EU zur Sicherstellung eines optimalen Krisen- und Katastrophenmanagements wurde verstärkt.

Wirkungsziel Nr. 2



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMEIA-UG-12-W0002.html

Sicherstellung der außen-, sicherheits-, europa- und wirtschaftspolitischen Interessen Österreichs in Europa und in der Welt. Weiterer Ausbau des Standortes Österreich als Amtssitz und Konferenzort sowie der Beziehungen zu den internationalen Organisationen. Umfassende Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern

Umfeld des Wirkungszieles

Das Umfeld des Wirkungsziels ist geprägt durch die anhaltende Ukraine-Krise und die Entwicklung in Afrika. Das BMEIA setzt sich aktiv im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN-MRR) und der VN-Generalversammlung sowie in anderen internationalen Organisationen (z.B. UNESCO, OSZE, EuR) für die Schwerpunkte Österreichs im Menschenrechtsbereich ein und verfolgt traditionell konkrete Initiativen im Besonderen zum Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit, zur Förderung der Medienfreiheit und zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten, zur Förderung und Schutz von Rechten besonders schutzwürdiger Personen und Gruppen. Die Förderung und der Schutz der Rechte von Kindern und die Verbesserung der Menschenrechtssituation von Frauen sind dabei langjährige zentrale Anliegen der österreichischen Außenpolitik.

Sicherst. öst. Interessen in den Bereichen Außen-, Europa-, Sicherheitspolitik und in Wirtschaftsfragen; Stärkung von Frauen/Kinderrechten
 Untergliederung: Äußeres, Wirkungsziel: 2017-BMEIA-UG12-W2

12.2.1 Vorbereitete Staatsbesuche/Arbeitstreffen oberster Staatsorgane [Anzahl]

12.2.2 Initiativen im Rahmen von europ. und int. Foren [Anzahl]

12.2.3 Initiativen zur Stärkung von Menschen-, Frauen & Kinderrechten [Anzahl]

12.2.4 Initiativen zur Stärkung von Menschen-, Frauen & Kinderrechten (Kinder) [Anzahl]

12.2.5 Initiativen zur Stärkung von Menschen-, Frauen & Kinderrechten (Frauen) [Anzahl]

12.2.6 Maßnahmen zur Förderung österr. Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittländern [Anzahl]

12.2.7 Anzahl der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen [Anzahl]

Legende:

- überplanmäßig erreicht
- zur Gänze erreicht
- überwiegend erreicht
- teilweise erreicht
- nicht erreicht
- Zielzustand

1 Anzahl der unter inhaltlicher Federführung des BMEIA vorbereiteten Staatsbesuche und Arbeitstreffen oberster Staatsorgane [Anzahl]
 Anzahl der vorher. Staatsbesuche/ Arbeitstreffen oberster Staatsorgane (HBPHBK, Vizekanzler, anderer Regierungsmitglieder) im In-u.Ausland

2 Anzahl der Initiativen zur Umsetzung des Wirkungszieles im Rahmen von europäischen und internationalen Foren, wie z.B. EU-Ministerräte sowie sonstige multilaterale Treffen auf MinisterInnenebene im Zuständigkeitsbereich des BMEIA [Anzahl]
 Ermittlung der Gesamtzahl aller Initiativen im Rahmen von europäischen und internationalen Foren

3 Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat [Anzahl]
 Ermittlung der Gesamtzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte

4 Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat (Kinder) [Anzahl]
 Ermittlung der Gesamtzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte

5 Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat (Frauen) [Anzahl]
 Ermittlung der Gesamtzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte

6 Anzahl von Maßnahmen zur Förderung österreichischer Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittländern (zB. Vorsprache bei Behörden, Beratung von Firmen) innerhalb und außerhalb der EU [Anzahl]
 Ermittlung der Gesamtzahl

7 Anzahl der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen [Anzahl]
 Auswertung der Gesamtheit der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
12.2.1	ZIEL	335	327	327	291	311	280
	IST	290	271	294	380	320	
12.2.2	ZIEL	235	240	250	250	271	290
	IST	225	287	284	278	311	
12.2.3	ZIEL	29	33	30	35	35	40
	IST	31	41	40	40	52	
12.2.4	ZIEL	5	5	4	5	5	5
	IST	8	10	11	8	7	
12.2.5	ZIEL	5	5	4	5	5	5
	IST	5	9	7	5	13	
12.2.6	ZIEL	1.300	1.350	1.300	1.100	2.600	2.700
	IST	1.879	1.838	2.542	2.578	2.668	
12.2.7	ZIEL	6.220	6.220	6.220	7.500	7.700	7.800
	IST	7.762	8.075	8.133	8.862	8.958	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

12.2.1 Anzahl der unter inhaltlicher Federführung des BMEIA vorbereiteten Staatsbesuche und Arbeitstreffen oberster Staatsorgane [Anzahl]

Die Entwicklung ist teilweise abhängig von den Staatsbesuchen und Arbeitstreffen des Bundespräsidenten und anderer Fachressorts. Diese Größe kann nicht beeinflusst werden.

12.2.2 Anzahl der Initiativen zur Umsetzung des Wirkungszieles im Rahmen von europäischen und internationalen Foren, wie z. B. EU-Ministerräte sowie sonstige multilaterale Treffen auf MinisterInnenebene im Zuständigkeitsbereich des BMEIA [Anzahl]

Die Abweichung ergibt sich durch allgemeine internationale Entwicklungen, die eine verstärkte Aktivität im europäischen Rahmen bedingten; aus diesem Grund fand eine Vielzahl an österreichischen Initiativen auf europäischer Ebene statt.

12.2.3 Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat [Anzahl]

Der Einsatz für die Menschenrechte ist ein Kernanliegen der Außenpolitik Österreichs. Auch 2017 konnte der Zielwert der Kennzahl wieder übertroffen werden. Insbesondere waren Initiativen für die Rechte von Frauen und Kindern erneut ein Anliegen, weshalb die Zahlen des Zielzustandes 2017 übertroffen werden konnten.

12.2.4 Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat (Kinder) [Anzahl]

Der Einsatz für die Menschenrechte ist ein Kernanliegen der Außenpolitik Österreichs. Auch 2017 konnte der Zielwert der Kennzahl Initiativen zur Stärkung von Kinderrechten eingehalten werden.

12.2.5 Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat (Frauen) [Anzahl]

Der Einsatz für die Menschenrechte ist ein Kernanliegen der Außenpolitik Österreichs. Auch 2017 konnte der Zielwert der Kennzahl Initiativen zur Stärkung von Frauenrechten eingehalten werden.

12.2.6 Anzahl von Maßnahmen zur Förderung österreichischer Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittländern (z. B. Vorsprache bei Behörden, Beratung von Firmen) innerhalb und außerhalb der EU [Anzahl]

Die stärkere Unterstützung der Wirtschaft als Priorität erklärt, was letztlich mit der Bündelung der Unterstützungsmaßnahmen für die Betriebe in der Abteilung Unternehmensservice ein konkretes strukturelles Ergebnis brachte. Dieser Fokus auf konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der österreichischen Wirtschaft im Ausland findet nun auch in den wachsenden Interventionen zugunsten der Wirtschaft seinen sichtbaren Niederschlag, da im Bereich des Unternehmensservices vermehrt Anfragen und somit auch Initiativen gegenüber Drittländern erfolgten.

12.2.7 Anzahl der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen [Anzahl]

Die Anzahl der Konferenztage hat sich gegenüber der Planung erhöht. Sie ist von externen Faktoren abhängig, da die Internationalen Organisationen sich nicht an der Planung des BMEIA orientieren.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Großteil der Kennzahlen wurde überplanmäßig erreicht. Wesentlich erhöht wurden die Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte und die Anzahl der Konferenztage. Auch der Fokus auf konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der österreichischen Wirtschaft im Ausland findet nun auch in den wachsenden Interventionen zugunsten der Wirtschaft seinen sichtbaren Niederschlag. Zusätzlich wurden unter anderem vier Durchgänge des sehr erfolgreichen „Austrian Leadership Program“ Besucherprogramms mit rund 90 Teilnehmern aus wichtigen Zielländern der österreichischen Wirtschaft zur Etablierung von Netzwerken und für die Standortsicherung in Österreich durchgeführt. Zu Initiativen im Bereich der Frauenrechte zu Gleichstellung und Gewalt gegen Frauen koordiniert sich das BMEIA mit den in diesen Bereich zuständigen Ressorts und arbeitet unter anderem im Rahmen interministerieller Arbeitsgruppen auch eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Das BMEIA beteiligt sich aktiv an den verschiedenen bestehenden Dialogformaten und begleitet aktiv mit dem BKA den Umsetzungsprozess von Menschenrechtsempfehlungen, die Österreich von internationalen Monitoring-instrumenten erhalten hat.

Wirkungsziel Nr. 3



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMEIA-UG-12-W0003.html

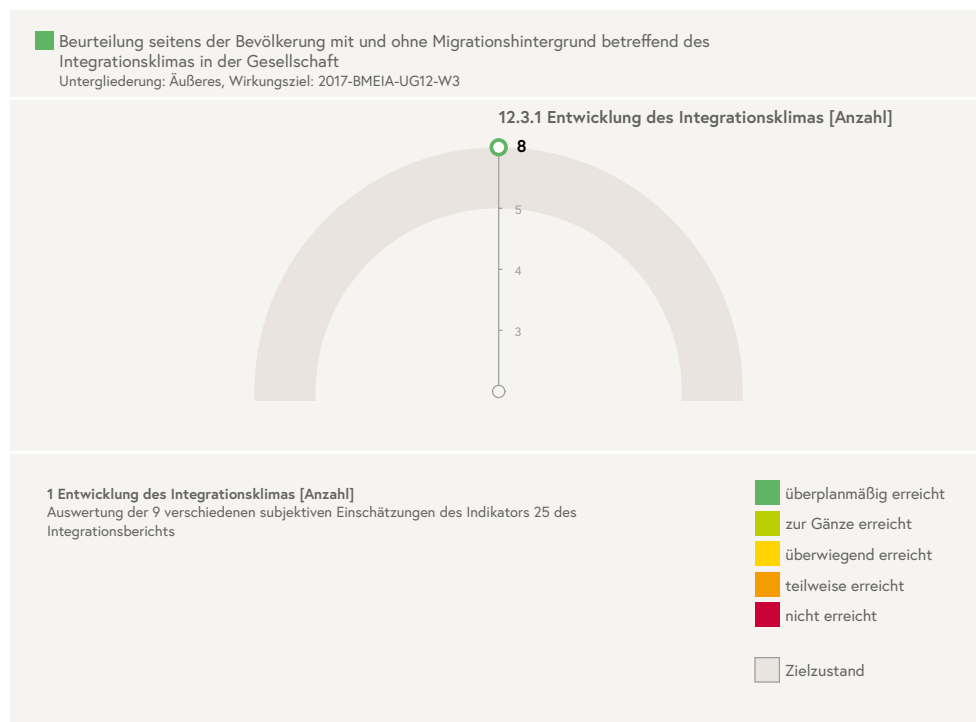
Erwirken von Integrationsmaßnahmen für ein gesellschaftlich vielfältiges Zusammenleben von rechtmäßig in Österreich aufhaltigen MigrantInnen mit der Aufnahmegesellschaft, wobei besonders eine eigenverantwortliche und auch aktive Teilnahme am öffentlichen Leben gefördert und gefordert wird sowie eine auf Sachlichkeit orientierte Verstärkung des Integrationsverständnisses gegenüber der Öffentlichkeit zu berücksichtigen ist

Umfeld des Wirkungszieles

2010 meinten rund 68% der Befragten, dass „die Integration von Migrantinnen und Migranten eher schlecht oder sehr schlecht funktioniert“. In den Folgejahren reduzierte sich dieser Wert auf rund 51% (2014) und betrug 2016 noch 52%. Seit damals trübte sich die Stimmung aber deutlich ein. Eine Zunahme des Integrationspessimismus um 12 Prozentpunkte ist bedeutsam, die Eintrübung der Stimmung nicht zu übersehen. Die Stimmung ist noch immer besser als im Jahr 2010, aber nicht mehr weit davon entfernt. Die Einschätzung der Integrationsprozesse wird sowohl bei der Bevölkerung mit als auch bei jener ohne Migrationshintergrund insgesamt noch als gut bewertet: Acht der neun Fragestellungen des Indikators 25 weisen erneut eine positive Ausrichtung aus – siehe „migration & integration 2016“, S. 92ff. Strukturelle Merkmale, welche die Einschätzung der Integration in Österreich beeinflussen, sind generell das Alter, der Bildungsabschluss und die soziale Lage der Befragten. 2017 hat der Integrationspessimismus alle erfasst, auch die Qualifizierten und gut Verdienenden. Lediglich die 15- bis 19-Jährigen weichen davon ab und zeichnen sich durch einen ausgeprägten Integrationsoptimismus aus. Jüngere Personen mit guter Schulbildung und einer gesicherten sozialen Existenz sind in

der Regel integrationsoptimistisch, während Ältere, schlecht Ausgebildete und Personen, die sich in einer sozial prekären Lage befinden, integrationspessimistisch sind.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
12.3.1	ZIEL	8	>5	>5	5	5	5
	IST	8	8	8	8	8	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

12.3.1 Entwicklung des Integrationsklimas [Anzahl]

2010 meinten rund 68% der Befragten, dass „die Integration von Migrantinnen und Migranten eher schlecht oder sehr schlecht funktioniert“. In den Folgejahren reduzierte sich dieser Wert auf rund 51% (2014) und betrug 2016 noch 52%. Seit damals trübte sich die Stimmung aber deutlich ein. Eine Zunahme des Integrationspessimismus um 12 Prozentpunkte ist bedeutsam, die Eintrübung der Stimmung nicht zu übersehen. Die Stimmung ist noch immer besser als im Jahr 2010, aber nicht mehr weit davon entfernt. Die Einschätzung der Integrationsprozesse wird sowohl bei der Bevölkerung mit als auch bei jener ohne Migrationshintergrund insgesamt noch als gut bewertet: Acht der neun Fragestellungen des Indikators 25 weisen erneut eine positive Ausrichtung aus – siehe „migration & integration 2016“, S. 92ff. Strukturelle Merkmale, welche die Einschätzung der Integration in Österreich beeinflussen, sind generell das Alter, der Bildungsabschluss

und die soziale Lage der Befragten. 2017 hat der Integrationspessimismus alle erfasst, auch die Qualifizierten und gut Verdienenden. Lediglich die 15- bis 19-Jährigen weichen davon ab und zeichnen sich durch einen ausgeprägten Integrationsoptimismus aus. Jüngere Personen mit guter Schulbildung und einer gesicherten sozialen Existenz sind in der Regel integrationsoptimistisch, während Ältere, schlecht Ausgebildete und Personen, die sich in einer sozial prekären Lage befinden, integrationspessimistisch sind.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Wiederum waren die Flüchtlingszuwanderung und die gesellschaftliche Aufnahme der Geflohenen im Jahr 2017 beherrschendes Thema der Migrations- und Integrationspolitik, auch wenn sich im Vergleich zum Vorjahr die Zuwanderung von Asylsuchenden aus Drittstaaten stark verringerte: Die Zahl der Asylanträge war 2016 mit 42.285 Fällen etwa halb so hoch wie 2015 (88.300), lag jedoch deutlich über den Werten von 2012 und 2013 (jeweils rund 17.500) und auch 2014 (28.100). Weiterhin kamen viele Flüchtlinge aus Regionen nach Österreich, die weder geographisch noch historisch als Nachbarregionen zu bezeichnen sind und, ebenfalls ist davon auszugehen, dass es sich um eine dauerhafte Zuwanderung handelt, nicht um ein „Weiterwandern“. Damit stellen die Förderung der sprachlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration, insbesondere durch Werte- und Orientierungskurse den zentralen Einflussfaktor für eine gelingende Integration von MigrantInnen dar. Die Maßnahme „Förderung der sprachlichen (Deutsch als Fundament), der beruflichen und der gesellschaftlichen Integration (Werte und Engagement für Österreich)“ trug im Jahr 2017 wesentlich für die positive Entwicklung bei.

Wirkungsziel Nr. 4



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMEIA-UG-12-W0004.html

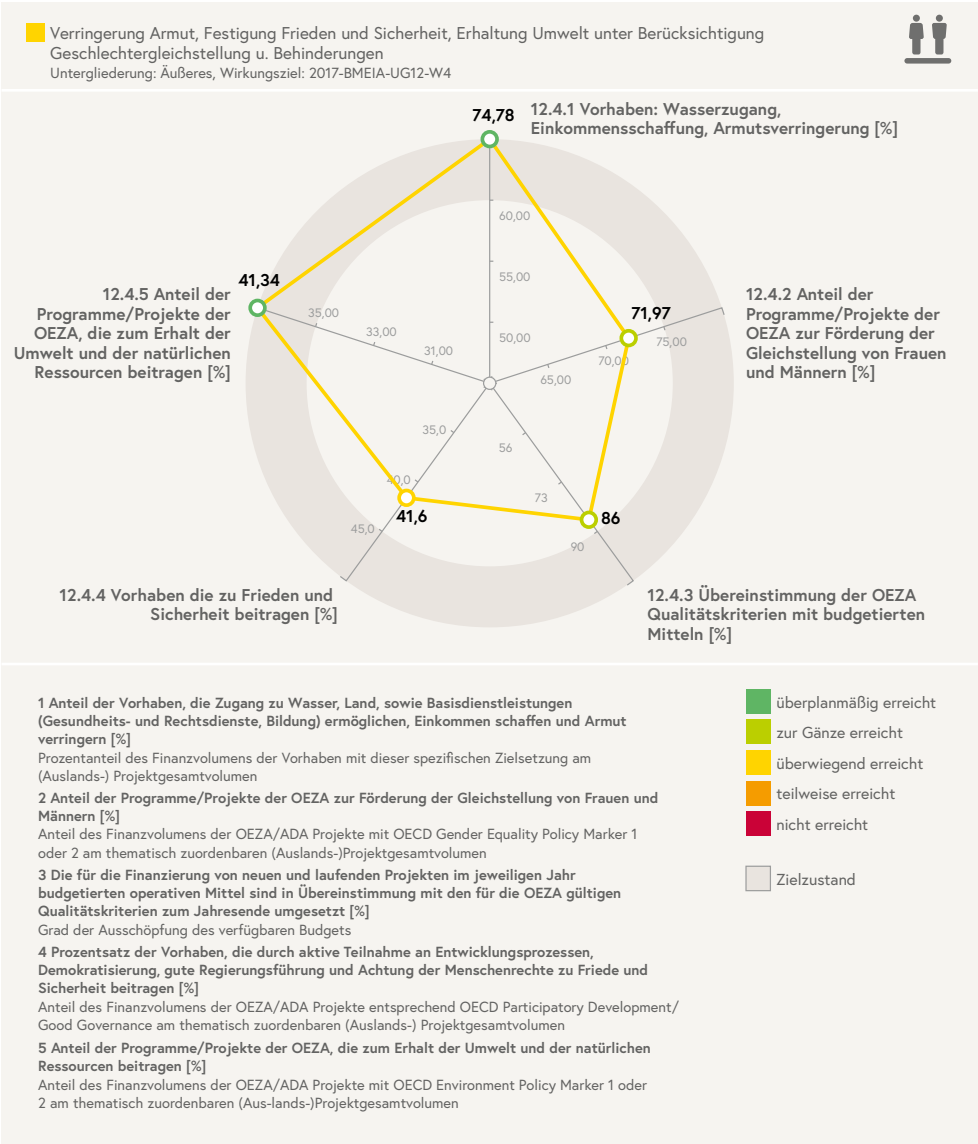
Nachhaltige Verringerung der Armut, Festigung von Frieden und menschlicher Sicherheit sowie Erhaltung der Umwelt in den Partnerländern im Rahmen der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie den Bedürfnissen von Kindern und Menschen mit Behinderung wird dabei in besonderer Weise Rechnung getragen

Umfeld des Wirkungszieles

Österreich engagiert sich in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft solidarisch in der Bekämpfung der Armut, für Frieden und Demokratie und für den Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Österreich leistet mit seiner vorhandenen Expertise und langjährigen Erfahrung einen effektiven Beitrag zum Erreichen der neuen nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen. Insbesondere wird dabei die gleichberechtigte Teilhabe und Mitsprache von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess gefördert. Dies ist für die Armutsbekämpfung in den Partnerländern wesentlich und trägt auch zu geschlechtersensiblen Lösungen bei der Anpassung an und beim Umgang mit dem Klimawandel bei. Dabei können Synergien mit den Zielen und

Bemühungen anderer Stakeholder (z. B. Finanzministerium, Parlament; Nichtregierungsorganisationen; Privatwirtschaft) hergestellt werden.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
12.4.1	ZIEL	60,00	60,00	60,00	60,00	60,00	60,00
	IST	64,00	69,00	65,28	61,31	74,78	
12.4.2	ZIEL	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00
	IST	61,00	65,67	66,13	72,33	71,97	
12.4.3	ZIEL	95	95	95	90	90	90
	IST	89	90	79	75	86	
12.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	45,00	45,00	n. v.
	IST	36,38	20,54	38,80	37,95	41,60	
12.4.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	35,00	35,00
	IST	25,62	23,44	36,64	47,80	41,34	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

12.4.1 Anteil der Vorhaben, die Zugang zu Wasser, Land sowie Basisdienstleistungen (Gesundheits- und Rechtsdienste, Bildung) ermöglichen, Einkommen schaffen und Armut verringern [%]

Die Differenz ergibt sich zum Teil aus einer Präzisierung/Bereinigung der Sektoren, die hier eingerechnet werden. Die ADA unterstützt insbesondere Projekte und Programme im Bereich Wasser von ausgewählten globalen Organisationen sowie in den Schwerpunktländern Albanien, Moldau, Mosambik, Palästina und Uganda.

12.4.2 Anteil der Programme/Projekte der OEZA zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern [%]

Mit Umsetzung der überarbeiteten Gender-Strategie ist ein Ansteigen der Ist-Werte gegenüber 2015 erfolgt. Auch einschlägige Trainings haben zu einem höheren Ist-Wert gegenüber 2015 geführt.

12.4.3 Die für die Finanzierung von neuen und laufenden Projekten im jeweiligen Jahr budgetierten operativen Mittel sind in Übereinstimmung mit den für die OEZA gültigen Qualitätskriterien zum Jahresende umgesetzt [%]

Die geringere Ausschöpfung des Budgets ist zum einen auf Verzögerungen bei Projektimplementierungen, Berichtslegungen der Vertragspartner und Prüfung von Abrechnungen zurückzuführen, die verspätete Auszahlungen zur Folge haben. Zum anderen werden eingehende Gelder in der Gewinn- und Verlustrechnung des Eingangsjahres erfasst, unabhängig davon, ob sie für dieses Jahr oder für Folgejahre bestimmt sind.

12.4.4 Prozentsatz der Vorhaben, die durch aktive Teilnahme an Entwicklungsprozessen, Demokratisierung, gute Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte zu Friede und Sicherheit beitragen [%]

Der Zielzustand wurde überwiegend erreicht. So ist es gelungen, etwa 41,6% des gesamten Finanzvolumens für Vorhaben bereitzustellen, die durch aktive Teilnahme an Entwicklungsprozessen, Demokratisierung, gute Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte zu Friede und Sicherheit beitragen.

12.4.5 Anteil der Programme/Projekte der OEZA, die zum Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen beitragen [%]

Ein höheres Ergebnis wurde in den Jahren 2016 und 2017 deswegen erreicht, da es in diesen Jahren einen höheren Anteil von Programmen/Projekten der OEZA gab, die zum Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen beigetragen haben. Dies kann sich von Jahr zu Jahr verändern, und zum Beispiel im Folgejahr viel niedriger sein, obwohl alle Projekte geprüft werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Ziel wurde überwiegend erreicht. Der Prozentsatz der Vorhaben, die Zugang zu Wasser, Land sowie Basisdienstleistungen (Gesundheits- und Rechtsdienste, Bildung) ermöglichen, Einkommen schaffen und Armut verringern, wurde gegenüber dem Basisjahr 2010 wesentlich gesteigert. Ergänzend erfolgte eine Präzisierung bzw. Bereinigung der Sektoren, die eingerechnet werden. Die Umsetzung der überarbeiteten Gender-Strategie wird zu einem weiteren Ansteigen der Ist-Werte führen. Im Bereich der Programme zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern koordiniert sich das BMEIA mit den in diesen Bereich zuständigen Ressorts und arbeitet unter anderem im Rahmen interministerieller Arbeitsgruppen auch eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Das BMEIA beteiligt sich aktiv an den verschiedenen bestehenden Dialogformaten und begleitet aktiv mit dem BKA den Umsetzungsprozess von Menschenrechtsempfehlungen, die Österreich von internationalen Monitoringinstrumenten erhalten hat.

Wirkungsziel Nr. 5



wirkungsmonitoring.
gv.at/2017-BMEIA-UG-
12-W0005.html

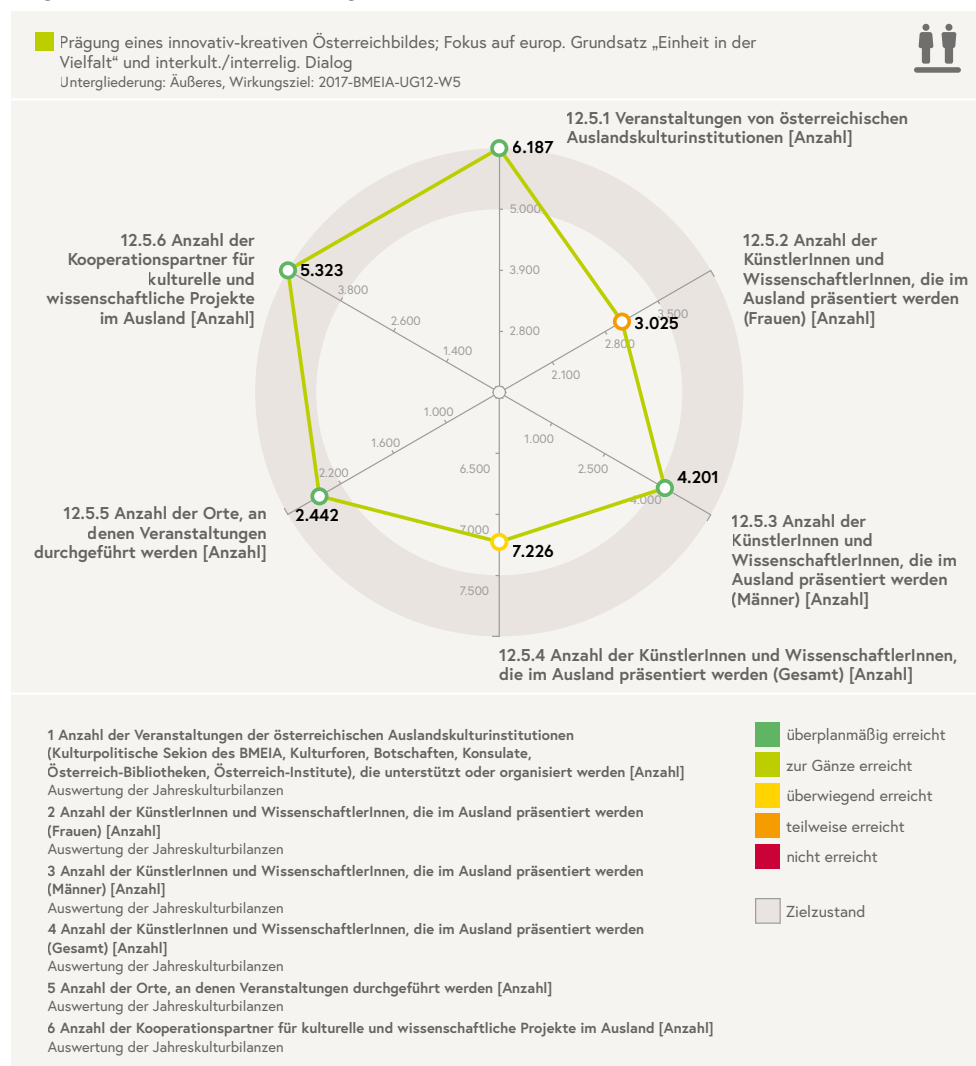
UG 12

Prägung eines innovativ-kreativen Österreichbildes im Rahmen der Auslandskulturpolitik. Dem europäischen Grundsatz „Einheit in der Vielfalt“ sowie dem interkulturellen und interreligiösen Dialog wird dabei in besonderer Weise Rechnung getragen

Umfeld des Wirkungszieles

Es ist vor allem die Kultur, die das Bild Österreichs in der Welt prägt. Dies eröffnet die Chance, auch „Kulturdiplomatie“, d. h. die kulturellen Außenbeziehungen als „soft power“ und wesentliche Säule der Außenpolitik einzusetzen. Der Fokus der Auslandskulturarbeit liegt auf der Vermittlung der zeitgemäßen Aspekte des kulturellen und wissenschaftlichen Schaffens. Damit soll erreicht werden, dass Österreich auf Basis seiner reichen Kulturgeschichte international auch als zukunftsweisendes und -gestaltendes Land wahrgenommen wird. Das BMEIA ist der größte Kulturveranstalter Österreichs im Ausland.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
12.5.1	ZIEL	5.000	4.500	4.500	5.000	5.000	5.000
	IST	5.473	6.076	6.489	6.221	6.187	
12.5.2	ZIEL	3.029	3.090	3.152	3.225	3.500	3.500
	IST	3.590	3.557	3.450	3.965	3.025	
12.5.3	ZIEL	4.471	3.660	3.598	4.275	4.000	4.000
	IST	5.180	5.072	5.136	5.080	4.201	
12.5.4	ZIEL	7.500	6.750	6.750	7.500	7.500	7.500
	IST	8.770	8.629	8.586	9.045	7.226	
12.5.5	ZIEL	800	720	720	2.200	2.200	2.200
	IST	2.258	2.725	2.579	2.334	2.442	
12.5.6	ZIEL	3.420	3.420	3.200	3.800	3.800	3.800
	IST	4.332	4.644	4.750	4.810	5.323	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

12.5.1 Anzahl der Veranstaltungen der österreichischen Auslandskulturinstitutionen (Kulturpolitische Sektion des BMEIA, Kulturforen, Botschaften, Konsulate, Österreich-Bibliotheken, Österreich-Institute), die unterstützt oder organisiert werden [Anzahl]

Die Überreichung des Ziels ist Ausdruck des großen Engagements der Auslandskulturinstitutionen bei stagnierendem Gesamtbudget.

12.5.2 Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden (Frauen) [Anzahl]

In Hinblick auf das noch nicht erreichte Ziel einer ausgewogenen Genderbilanz, ist eine größere Balance zwischen Frauen und Männern weiterhin das Ziel.

12.5.3 Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden (Männer) [Anzahl]

In Hinblick auf das noch nicht erreichte Ziel einer ausgewogenen Genderbilanz, ist eine größere Balance zwischen Frauen und Männern weiterhin das Ziel.

12.5.4 Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden (Gesamt) [Anzahl]

Rückläufige Anzahl der präsentierten KünstlerInnen/WissenschaftlerInnen im Vergleich zum Ist-Zustand des Vorjahres, die v. a. mit geringerer Anzahl an Auftritten von Großorchestern und -chören erklärbar ist. Diese Auftritte lassen sich schwer durch das BMEIA steuern.

12.5.5 Anzahl der Orte, an denen Veranstaltungen durchgeführt werden [Anzahl]

Die starke Überreichung des Ziels bzw. weitere Steigerung der Ist-Zahlen war bedingt durch besonderes Engagement der Auslandskulturinstitutionen, an möglichst vielen Orten im Ausland präsent zu sein.

12.5.6 Anzahl der Kooperationspartner für kulturelle und wissenschaftliche Projekte im Ausland [Anzahl]

Starker Anstieg als Ausdruck einer wachsenden Vernetzung der Auslandskulturinstitutionen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

2017 konnten die Zielvorgaben hinsichtlich der Anzahl der Veranstaltungen, der Projektpartner und der Orte, an denen Veranstaltungen der österreichischen Auslandskulturinstitutionen durchgeführt werden, überreicht werden. Auch die Ist-Zahlen im Bereich der Orte, an denen Veranstaltungen durchgeführt wurden und der Kooperationspartner sind weiter gestiegen. Die Anzahl der Veranstaltungen (gesamt) hat minimal (-34) abgenommen.

Bundesministerium für Finanzen

UG 15

Finanzverwaltung

Leitbild der Untergliederung

Wir sind eine leistungsorientierte, effiziente und innovative Organisation und tragen die Mitverantwortung für die Sicherung der finanziellen Interessen der Republik Österreich. Strategieorientierung aber auch Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie selbstverständliche Beachtung von Gleichbehandlung betonen unsere offensive Vorbildrolle. Als lernende Organisation soll die Qualität unserer Arbeit Maßstab unserer Tätigkeit sein.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

In der Untergliederung 15 haben sich die Wirkungsziele im Vergleich zur letztjährigen Evaluierung der Angaben zur Wirkungsorientierung im Wesentlichen positiv entwickelt bzw. sind auf hohem Niveau konstant geblieben.

Im Bereich des Wirkungsziels 1 wurden alle Kennzahlen überplanmäßig erreicht. Im Ergebnis waren der gesamtstaatliche Maastricht-Saldo, der gesamtstaatliche strukturelle Saldo und die Staatsschuldenquote besser als zum Planungszeitpunkt angenommen.

Beim Wirkungsziel 2 blieb die Kennzahl betreffend der zeitgerechten Abgabenträchtigung auf hohem Niveau konstant. Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) setzt in allen Bereichen Maßnahmen, um zum einen das Aufkommen zu sichern und zum anderen die Qualität der Leistungen für die Kundinnen und Kunden aufrechtzuerhalten. Als moderne Verwaltung ist das BMF aber auch stets bemüht, die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern stetig weiterzuentwickeln.

Das Wirkungsziel 3 wurde im Bundesfinanzgesetz 2017 erstmals als Gleichstellungsziel im Sinne des § 4 (3) Angaben zur Wirkungsorientierung-VO ausgewiesen. Bei der diesbezüglichen Kennzahl „Gender-Gap bei Fortbildungsmaßnahmen“ zeigen die Werte eine positive Entwicklung, unter anderem bedingt durch vermehrte zielgruppenspezifische Angebote in den Dienststellen des Finanzressorts (beispielsweise Finanzämter, Zollämter).

Auch beim Wirkungsziel 4 ist die Entwicklung positiv. Einzig bei der Kennzahl „Elektronische Zustellung von Steuerbescheiden“ wurde der Zielwert knapp nicht erreicht. Da ab 2016 neben den Steuerbescheiden auch Buchungsmitteilungen und

Benachrichtigungen elektronisch zugestellt werden können, wurden diese in die Berechnung des Ist-Zustandes mitaufgenommen (der Zielzustand 2017 bezieht sich nur auf Steuerbescheide). Da die elektronische Quote bei diesen neuen Zustellungsarten erst bei 40 % liegt, sinkt die gemeinsame Quote im Jahr 2017 auf 46 %. Es ist aber mit einem kontinuierlichen Anstieg der elektronischen Quoten in den nächsten Jahren zu rechnen.

Wirkungsziel Nr. 1

Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen, wie z. B. die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit



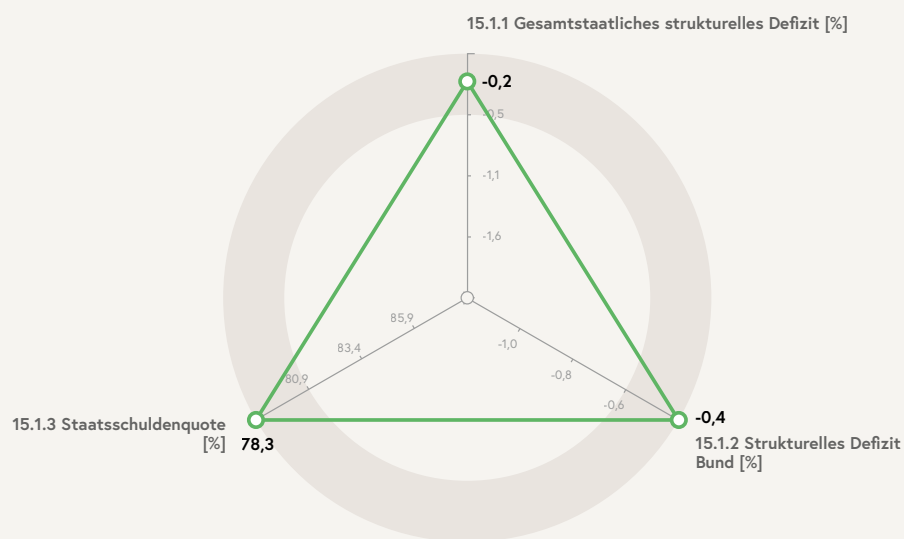
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-15-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Konjunktur verlief 2017 deutlich besser als bei der Erstellung des Voranschlags erwartet. Statt dem angenommenen realen BIP-Wachstum von 1,5 % betrug das Wachstum 2017 tatsächlich 2,6 %. Die budgetpolitischen Herausforderungen blieben dennoch groß, weil in Erwartung der Nationalratswahlen im Herbst 2017 noch unterjährig große Ausgabenprogramme beschlossen wurden, die das Budget auch 2018 noch belasten werden.

Ergebnis der Evaluierung

■ Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen
Untergliederung: Finanzverwaltung, Wirkungsziel: 2017-BMF-UG15-W1



1 Gesamtstaatliches strukturelles Defizit (nach Herausrechnung von Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung) [%]

Europäische Kommission und ESGV 2010, Struktureller Saldo nach Herausrechnung von Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung

2 Strukturelles Defizit Bund (nach Herausrechnung von Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung) [%]

ESVG 2010, Struktureller Saldo nach Herausrechnung von Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung

3 Staatsschuldenquote [%]

Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010 – Stand: September 2018)

■ überplanmäßig erreicht
■ zur Gänze erreicht
■ überwiegend erreicht
■ teilweise erreicht
■ nicht erreicht

□ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
15.1.1*	ZIEL	-1,1	-1,0	-0,9	-0,5	-0,5	-0,5
	IST	-1,7	-0,7	0,0	-0,3	-0,2	
15.1.2*	ZIEL	-1,1	-1,1	-0,9	-0,7	-0,6	-0,5
	IST	-1,2	-1,2	-0,2	-0,6	-0,4	
15.1.3	ZIEL	74,5	79,2	77,6	83,2	80,9	74,5
	IST	81,3	84,0	84,4	83,0	78,3	

* Ist-Werte unter Zugrundelegung der WIFO-Outputlückenschätzung vom März 2018

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

15.1.1 Gesamtstaatliches strukturelles Defizit (nach Herausrechnung von Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung) [%]

Der strukturelle Saldo betrug 2016 nach Herausrechnung der Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung -0,3 % des BIP. 2017 lag dieser Wert bei -0,2 %, was einer Verbesserung um 0,1 Prozentpunkte entspricht. Die vorwiegend auf konjunkturelle Effekte zurückführbare Verbesserung des Maastricht-Saldos wirkt sich durch die Herausrechnung dieser Effekte auf den strukturellen Saldo nicht aus.

15.1.2 Strukturelles Defizit Bund (nach Herausrechnung von Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung) [%]

Der strukturelle Saldo des Bundes betrug 2016 -0,6 % des BIP, 2017 lag er bei -0,4 %, was einer Verbesserung um 0,2 Prozentpunkten entspricht. Die vorwiegend auf konjunkturelle Effekte zurückführbare Verbesserung des Maastricht-Saldos wirkt sich durch die Herausrechnung dieser Effekte auf den strukturellen Saldo nicht aus.

15.1.3 Staatsschuldenquote [%]

Der Schuldenstand hat sich von 2016 auf 2017 um 4,7 % des BIP reduziert. Die positive Entwicklung ist neben dem raschen Abbau der Assets verstaatlichter Abbaubanken, auch der guten Konjunktur (dem starken nominellen BIP-Wachstum) und einer BIP-Revision von Statistik Austria im September 2017 geschuldet.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Im Ergebnis war der gesamtstaatliche Maastricht-Saldo mit -0,8 % des BIP deutlich besser als zum Planungszeitpunkt und noch zuletzt im Oktober 2017 (in der an die Europäische Kommission übermittelten Übersicht über die Haushaltsplanung) angenommen.

Der gesamtstaatliche strukturelle Saldo betrug 2017 -0,6 % des BIP (bei Zugrundelegung der Outputlücke des WIFO vom März 2018). Berücksichtigt man die außerordentlichen Zusatzausgaben für die Migrationsbewegungen seit 2015, lag der strukturelle Saldo bei -0,2 % des BIP.

Der Schuldenstand lag Ende 2017 bei 78,3 % des BIP. Bedingt durch die gute konjunkturelle Entwicklung (starkes BIP-Wachstum), eine BIP-Revision der Statistik Austria im September 2017, durch das (konjunkturbedingt) deutlich niedrigere Defizit sowie dem positiv verlaufenden Abbau von Vermögenswerten staatlicher Abbaubanken verbesserte sich der Schuldenstand gegenüber der Planung im Oktober 2016 deutlich.

Wirkungsziel Nr. 2



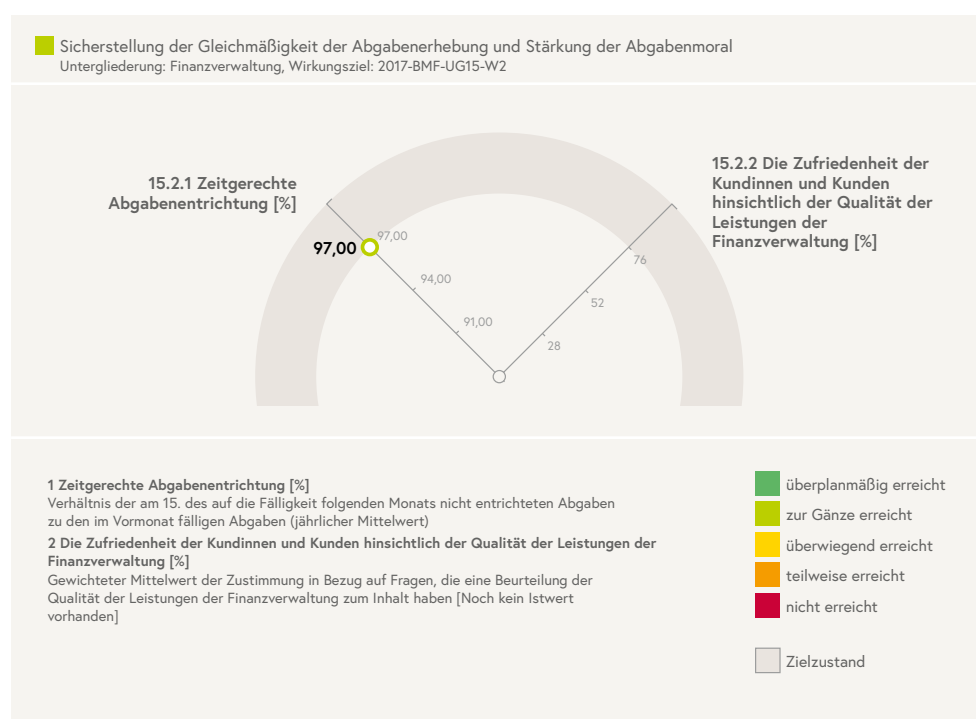
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-15-W0002.html

Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung und Stärkung der Abgabemoral

Umfeld des Wirkungszieles

Das Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013–2018 gab hier die strategische Richtung der Bekämpfung von Steuerbetrug vor. Österreich unterstützt aktiv die Anstrengungen auf internationaler Ebene im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung. Im Jahr 2017 wurden die im Steuerreformgesetz 2015/16 beschlossenen Maßnahmen fortgeführt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
15.2.1	ZIEL	97,00	97,00	97,00	97,00	97,00	97,00
	IST	97,00	97,04	96,99	96,85	97,00	
15.2.2	ZIEL	n. v.	76,00	n. v.	n. v.	76,00	76,00
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

15.2.1 Zeitgerechte Abgabentrachtung [%]

Die Abgabentrachtungsquote konnte auch 2017 trotz steigendem Gesamtabgabenaufkommen auf einem hohen Niveau konstant bei rund 97% gehalten werden. Die zwei Schlüsselindikatoren, die wesentlich zur Erreichung des Zielwertes beitragen blieben ebenfalls 2017 stabil. Bei der Umsatzsteuer betrug die Abgabentrachtungsquote 96,47% und bei der Lohnsteuer 99,46%.

15.2.2 Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden hinsichtlich der Qualität der Leistungen der Finanzverwaltung [%]

Im Jahr 2017 kam es zu keiner Kundinnen- und Kundenbefragung, da diese nur alle 5 Jahre durchgeführt wird. Im Jahr 2018 findet wieder eine Kundinnen- und Kundenbefragung statt.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Finanzverwaltung konnte die vorgesehenen Maßnahmen umsetzen und so das Wirkungsziel positiv beeinflussen. Die Finanzverwaltung setzt in allen Bereichen Maßnahmen, um zum einen das Aufkommen zu sichern und zum anderen die Qualität der Leistungen für die Kundinnen und Kunden aufrechtzuerhalten. Als moderne Verwaltung ist das BMF aber auch stets bemüht, die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht nur aufrechtzuerhalten sondern stetig weiterzuentwickeln. Mit der Einführung der Einzelaufzeichnungs-, Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht sowie der Implementierung des Kontenregisters im Jahr 2016 wurden wesentliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung umgesetzt, die auch im Jahr 2017 fortgeführt wurden. Durch die erstmalige antragslose Arbeitnehmerveranlagung (2017) und der automatisierten Übermittlung von Spendendaten (2018) wurde die Umsetzung bedarfsorientierter Services als auch die Forcierung der Automatisierung und Digitalisierung zur positiven Beeinflussung der Steuerehrlichkeit weiter ausgebaut. Das Qualitätsniveau der Rechtsprechung konnte durch das Bundesfinanzgericht aufrecht gehalten werden.

Aufgrund der Implementierung eines neuen Wirkungsziels in der UG 15 wird das Gleichstellungsziel „Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung und Stärkung der Abgabemoral“ ab dem BFG 2017 nicht mehr als Gleichstellungsziel gem. § 4 (3) Angaben zur Wirkungsorientierung-VO ausgewiesen.

Wirkungsziel Nr. 3



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-15-W0003.html

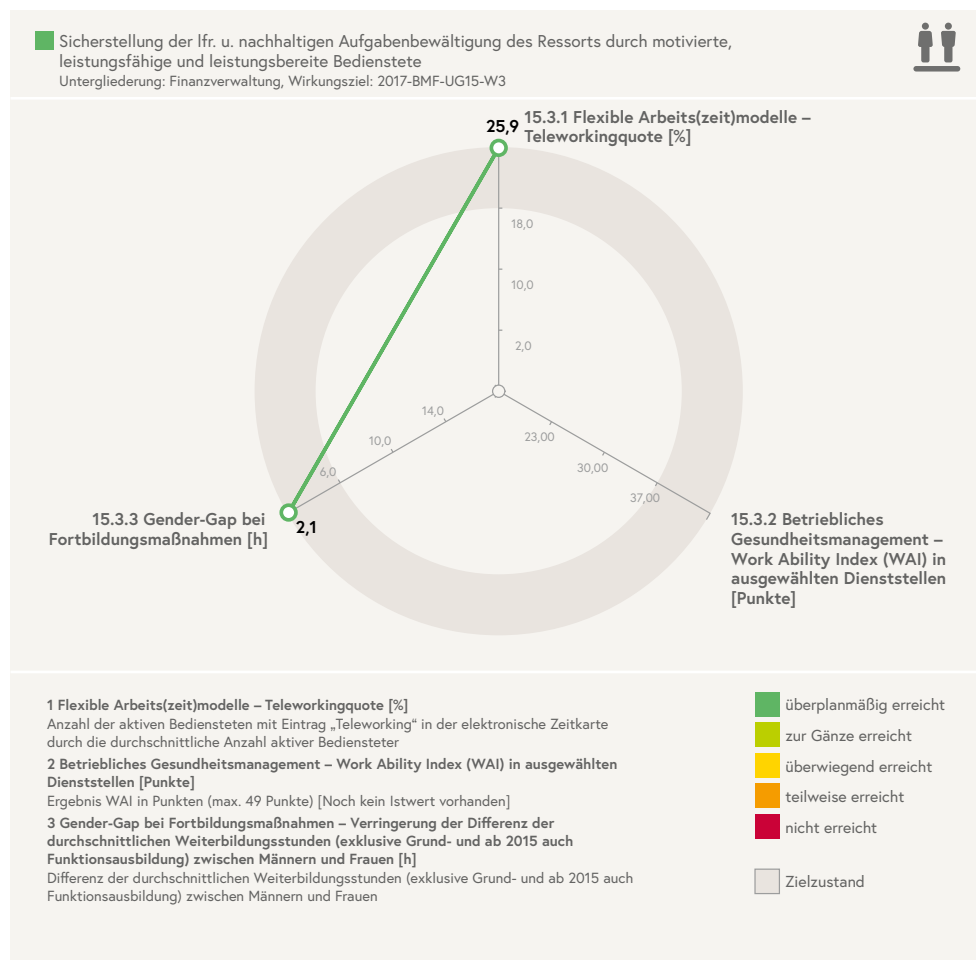
Sicherstellung der langfristigen und nachhaltigen Aufgabenbewältigung des Ressorts durch motivierte, leistungsfähige und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die Bedarfe und Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger optimal erfüllen zu können

Umfeld des Wirkungszieles

Personal stellt, unter Beachtung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, die wichtigste Ressource zur optimalen Erfüllung der dem Finanzressort übertragenen Aufgaben dar.

Der demografische Wandel bringt neue Herausforderungen, insbesondere die Notwendigkeit zu neuen Vereinbarkeitsformen: die Arbeitsorganisation wird sich in Richtung „alternsgerechtes Arbeiten“ weiterentwickeln müssen, d.h. insbesondere Maßnahmen zur Arbeits(zeit)-flexibilisierung und Verminderung der gesundheitlichen Risiken müssen verstärkt werden. Frauen sind für die Bewältigung des demografischen Wandels eine wichtige Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergruppe (Bewerbungszahlen der Frauen höher, jüngere Altersstruktur). Eine unterschiedliche Behandlung wie etwa beim Weiterbildungsverhalten, stellt eine Bedrohung für die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung dar.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
15.3.1	ZIEL	17,00	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00
	IST	22,21	21,70	23,10	24,40	25,90	
15.3.2	ZIEL	38,45	38,45	38,45	38,45	37,00	37,00
	IST	38,18	37,90	n. v.	39,33	n. v.	
15.3.3	ZIEL	5,0	8,0	8,0	8,0	6,0	6,0
	IST	6,0	7,5	7,1	5,9	2,1	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

15.3.1 Flexible Arbeits(zeit)modelle – Teleworkingquote [%]

Durch die technische Ausstattung und die mittlerweile verbesserte Sensibilität der Führungskräfte wurde das Wirkungsziel überplanmäßig erreicht.

15.3.2 Betriebliches Gesundheitsmanagement – Work Ability Index (WAI) in ausgewählten Dienststellen [Punkte]

Im Jahr 2017 erfolgte keine Messung des WAI, da die betreffenden Ergebnisse nur alle 2 Jahre erhoben werden. Die nächste Messung ist für 2018 geplant, die Ergebnisse liegen Ende 2018/Anfang 2019 vor.

15.3.3 Gender-Gap bei Fortbildungsmaßnahmen – Verringerung der Differenz der durchschnittlichen Weiterbildungsstunden (exklusive Grund- und ab 2015 auch Funktionsausbildung) zwischen Männern und Frauen [h]

Gesteigerte Sensibilität der Führungskräfte und vermehrte Bereitstellung von gendergerechten Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere in den Dienststellen des Finanzressorts (beispielsweise Finanzämter, Zollämter).

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Rahmenbedingungen (wie z. B. generelle Arbeitsverdichtung, steigende Komplexität, technologische Entwicklungen, bis vor kurzem Personalknappheit, der Change vom Obrigkeits- zum Dienstleistungsstaat) haben sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft und die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat – wie den Medien zu entnehmen ist, nicht nur in der Finanzverwaltung – weiter zugenommen. Im Bereich „Teleworking“ konnte im Berichtsjahr 2017 das Ziel auf Grund der technischen Weiterentwicklung gepaart mit einer optimalen IT-Ausstattung und der darüber hinaus verstärkten Bemühungen in Richtung Vereinbarkeit „Beruf und Familie“ erreicht werden. Die im Jahr 2016 erfolgte Messung des work ability index (WAI) zeigte, dass die intensiven Bemühungen und Aktivitäten zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit Wirkung gezeigt haben – eine neuerliche Messung erfolgt 2018. Auch im Bereich „Gender-Gap bei Fortbildungsmaßnahmen“ zeigen die Werte eine positive Entwicklung – u. a. bedingt durch vermehrte zielgruppenspezifische Angebote in den Dienststellen des Finanzressorts (beispielsweise Finanzämter, Zollämter).

Dass für 2018 keine großen Änderungen der Zielwerte angedacht wurden, ist dadurch bedingt, dass derzeit nicht absehbar ist, welche Auswirkungen die Anzahl und Geschlechterverteilung der Neuaufnahmen bedeuten.

Wirkungsziel Nr. 4

Erweiterung der elektronischen Serviceleistungen der Finanzverwaltung für Bürgerinnen, Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung durch Ausbau des IT-unterstützten Serviceangebotes (E-Government)

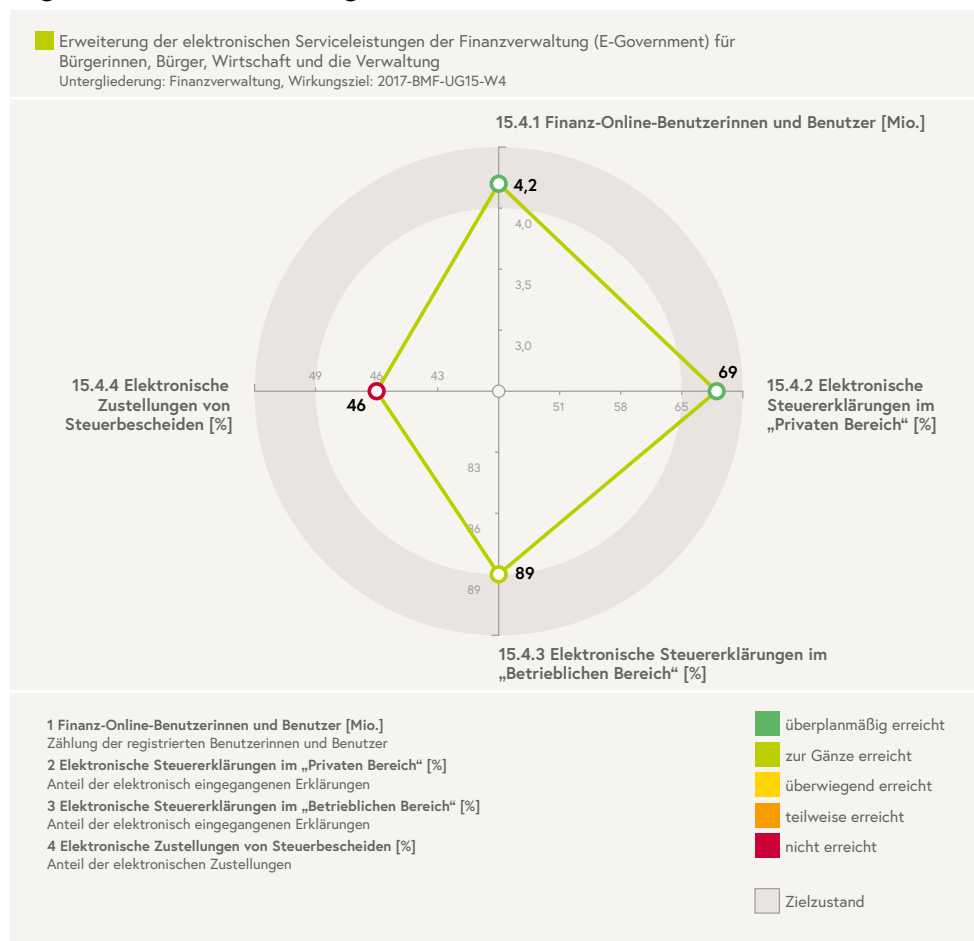


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-15-W0004.html

Umfeld des Wirkungszieles

Elektronische Services werden von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung, speziell jedoch im „Privaten Bereich“ verstärkt in Anspruch genommen. So konnten die Ziele im Bereich „FinanzOnline“ und der Steuererklärungen im „Privaten Bereich“ übertroffen werden. Die Zielerreichung der Steuererklärungen im „Betrieblichen Bereich“ ist eine Punktlandung und weist mittlerweile eine Stagnation auf. Daraus kann man schließen, dass das Ziel nicht mehr steigerbar und somit ausgereizt ist.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
15.4.1	ZIEL	3,0	3,2	3,3	3,9	4,0	4,5
	IST	3,4	3,7	3,9	4,2	4,2	
15.4.2	ZIEL	55,0	55,0	58,0	64,0	65,0	69,0
	IST	57,0	62,0	64,0	66,0	69,0	
15.4.3	ZIEL	85,0	86,0	88,0	88,0	89,0	89,0
	IST	87,0	87,0	87,0	88,0	89,0	
15.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	48,0	49,0	45,0
	IST	45,0	49,0	47,0	41,0	46,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

15.4.1 Finanz-Online-Benutzerinnen und Benutzer [Mio.]

Der Zielwert wurde leicht überschritten. Die Anzahl der Benutzerinnen und Benutzer in FinanzOnline weist ausgehend von einem sehr hohen Niveau noch immer eine steigende Tendenz auf.

15.4.2 Elektronische Steuererklärungen im „Privaten Bereich“ [%]

Der Zielwert wurde deutlich überschritten. Offensichtlich hat sich der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, der durch die elektronische Übermittlung der Steuererklärungen im „Privaten Bereich“ entsteht, nachhaltig verbreitet.

15.4.3 Elektronische Steuererklärungen im „Betrieblichen Bereich“ [%]

Der Zielwert wurde exakt erreicht. Die elektronisch eingelangten Steuererklärungen im „Betrieblichen Bereich“ zeigen für die Wirtschaft eine Stagnation auf hohem Niveau.

15.4.4 Elektronische Zustellungen von Steuerbescheiden [%]

Der Zielwert wurde knapp nicht erreicht. Da ab 2016 neben den Steuerbescheiden auch Buchungsmitteilungen und Benachrichtigungen elektronisch zugestellt werden können, wurden diese in die Berechnung des Ist-Zustandes mitaufgenommen (der Zielzustand 2017 bezieht sich nur auf Steuerbescheide). Da die elektronische Quote bei diesen neuen Zustellungsarten erst bei 40% liegt, sinkt die gemeinsame Quote im Jahr 2017 auf 46%. Es ist aber mit einem kontinuierlichen Anstieg der elektronischen Quoten in den nächsten Jahren zu rechnen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Bei den gegenständlichen 4 Kennzahlen konnte bei zwei (FinanzOnline Benutzerinnen und Benutzer bzw. Steuererklärungen im „Privaten Bereich“) die Zielerreichung übertrroffen werden. Die FinanzOnline Benutzerinnen und Benutzer weisen noch immer eine

steigende Tendenz auf. Bei den Steuererklärungen im privaten Bereich kann die deutliche Überschreitung des Zielwerts auf einen nachhaltigen Nutzen der Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen sein.

Bei der Kennzahl Elektronische Steuererklärungen im „Betrieblichen Bereich“ konnte das gesetzte Ziel zur Gänze erreicht werden. In diesem Bereich dürfte mittlerweile eine Sättigung erreicht sein.

Bei der Kennzahl Elektronische Zustellungen von Steuerbescheiden wurde der Zielwert knapp nicht erreicht. Bei der damaligen Definition des Zielwerts 2017 wurden nur Steuerbescheide berücksichtigt. Da ab 2016 neben den Steuerbescheiden auch Buchungsmitteilungen und Benachrichtigungen elektronisch zugestellt werden können, wurden diese auch in die Berechnung des Ist-Zustandes 2017 mitaufgenommen. Da die elektronische Quote bei diesen Zustellungsarten erst bei ca. 40 % liegt, sinkt die gemeinsame Quote im Jahr 2017 auf 46 %. Bei der Zustellung der elektronischen Steuerbescheide wird trotz Nichterreichung des Zieles mit einem Anstieg in den nächsten Jahren zu rechnen sein.

Bundesministerium für Finanzen

UG 16

Öffentliche Abgaben

Leitbild der Untergliederung

Der Staatshaushalt bedarf einer tragfähigen Finanzierung, die durch ein angemessenes Abgabenaufkommen zu sichern ist. Die Steuergesetze sollen Beschäftigung, Investitionen und Innovationen fördern, den Standort sichern sowie einfach und leistungsgerecht sein. Die Besteuerung erfolgt effizient, fair und gleichmäßig.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Sowohl bei den Kennzahlenergebnissen der beiden Wirkungsziele als auch bei den Ergebnissen der Globalbudgetmaßnahmen im Bereich der Untergliederung 16 wurden im Wesentlichen, unter Berücksichtigung der Nationalratswahl im Herbst 2017, die gesetzten Ziele in deren Dimensionen erreicht. Auch wenn ein Einkommensteuergesetz (EStG)-neu nicht implementiert wurde, was auf Grund der Nationalratswahl 2017 nicht möglich war, so wurden die technischen Arbeiten für ein EStG 2020 eingebracht und weitergeführt. Beim Gleichstellungsziel sollten die Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 die Entwicklungen in den Folgejahren weiterhin fördern. Zu beachten ist allerdings, dass auch andere Faktoren das Wirkungsziel beeinflussen.

Wirkungsziel Nr. 1

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch eine einfache, transparente und leistungsgerechte Gestaltung des Steuersystems im internationalen Kontext unter Wahrung eines angemessenen Abgabenaufkommens



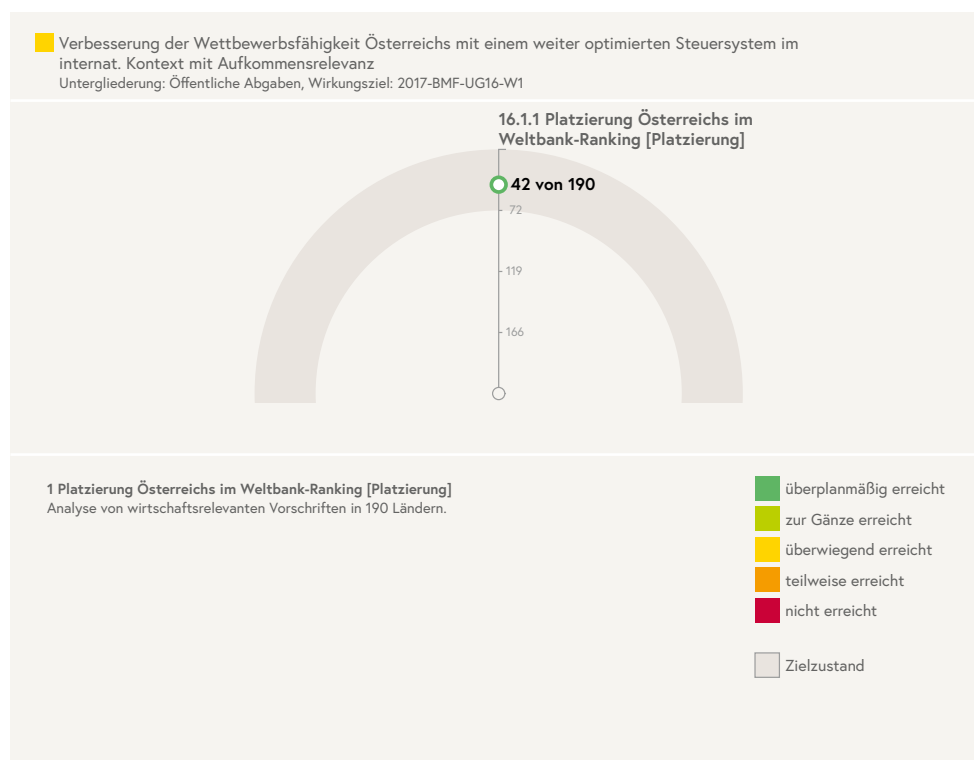
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-16-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

In einem dynamischen europäischen Umfeld hat sich auch die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich positiv dargestellt. Das Wirtschaftsklima in Österreich ist derzeit auf einem Höhepunkt, zuletzt war es im Sommer 2007 so hoch.

Das Konsumentenvertrauen ist so hoch wie zuletzt im Herbst 2007. Diese guten Stimmungen führen zu einem Anstieg des Konsums und der Investitionen. Die Steuerreform 2015/16 hat nach Jahren einer mäßigen Entwicklung den privaten Konsum angekurbelt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
16.1.1	ZIEL	99	77	77	72	72	42
	IST	77	79	72	74	42	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

16.1.1 Platzierung Österreichs im Weltbank-Ranking [Platzierung]

Durch eine neue Berechnungsmethode haben sich die Zielwerte grundsätzlich verändert. Im Bericht 2017 wurde die Teilstudie „Paying Taxes“ um einen vierten Indikator (post-filing Index) erweitert. Dieser spiegelt den Aufwand für die Vorsteuer-Rückerstattung und die Korrektur eines Fehlers in der Steuererklärung wider. Dadurch hat Österreich im Bericht 2017 (PwC/World Bank: „Paying Taxes 2017“), der auf Daten des Jahres 2015 basiert, einschließlich Verwaltungstätigkeiten nach Abgabe der Steuererklärung einen Distance-to-Frontier-Wert von 83,39 und belegt Rang 42. Unter Heranziehung der vorhergehenden Methode hätte Österreich einen Wert von 78,37 und Rang 68. Eine Korrektur des Zielwertes auf 42 für das Jahr 2018 war zielführend. Aber selbst nach alter Berechnungsmethode wäre eine Verbesserung gegenüber dem Zielwert zustandegekommen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Im Wesentlichen wurde, unter Berücksichtigung der Nationalratswahl 2017, das Ziel in seiner Dimension erreicht. Auch wenn ein EStG neu nicht implementiert wurde, was auf Grund der Nationalratswahl 2017 nicht möglich war, so wurden die technischen Arbeiten für ein EStG 2020 eingebracht und weitergeführt. Zwar wurde nur ein neues Voll-Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) abgeschlossen, jedoch 38 DBAs einer Teilrevision unterzogen. Nachdem sich der Standort Österreich im Weltbankranking („Paying Taxes“) verbessert hat, kann man davon ausgehen, dass dieses Ziel im Wesentlichen erreicht wurde.

Wirkungsziel Nr. 2

Gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit wie auch der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern wird durch das Abgabensystem unterstützt



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-16-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Mit März 2017 trat das neue Kinderbetreuungsgeld in Form eines Kinderbetreuungsgeldkontos in Kraft. Dadurch können die Eltern die Bezugsdauer und die Höhe des täglichen Kinderbetreuungsgeldes – angepasst an ihre Berufs- und Familienplanung – individueller gestalten. Es wurden auch Regelungen getroffen, um den Vätern künftig die Möglichkeit zu bieten, sich vermehrt an der Kinderbetreuung zu beteiligen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
16.2.1	ZIEL	22,0	17,8	17,5	17,2	17,1	17,0
	IST	18,2	18,0	17,3	n. v.	n. v.	
16.2.2	ZIEL	81,0	85,0	84,0	82,1	82,0	79,8
	IST	84,0	83,0	82,2	78,2	78,2	
16.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	22,5	22,2	21,4
	IST	23,0	22,9	21,7	n. v.	n. v.	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

16.2.1 „gender pay gap“ (Vergleichswerte von ganzjährig Vollbeschäftigten) [%]

Die Statistik Austria hat bis dato erst die Zahlen für 2016 (Ist-Zustand: 15,9 %) veröffentlicht. Es zeigt sich aber, dass der gender pay gap seit 2010 kontinuierlich gesunken ist (fallender Trend). Die positive Wirtschaftsentwicklung und die damit verbundene Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wirkt sich dämpfend auf den gender pay gap aus.

16.2.2 Anteil der Frauen an der Teilzeitbeschäftigung [Anteil weibl. in %]

Das Verhältnis der teilzeitbeschäftigten Frauen zu den teilzeitbeschäftigten Männern hat sich sehr gut entwickelt. Der Zielzustand wurde unterschritten, da 82 % angepeilt und schließlich 78,2 % erreicht wurden.

16.2.3 „gender pay gap“ auf Bruttolohnstunden gemäß Eurostat [%]

Eurostat hat für 2017 noch keinen Wert veröffentlicht. Aufgrund des Trends der Vorjahre und des positiven Umfelds ist aber davon auszugehen, dass der angestrebte Zielzustand erreicht worden ist.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Wie die dokumentierten Ist-Zustände der letzten Jahre zeigen, kam es im Verlauf zu einer stetigen Verbesserung des Gleichstellungsziels. In den Folgejahren sollten die Auswirkungen der Steuerreform diese Entwicklung weiterhin fördern. Zu beachten ist allerdings, dass auch andere Faktoren das Wirkungsziel beeinflussen (Kinderbetreuungseinrichtungen, Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme etc.) und damit Einfluss auf die Entwicklung der Kennzahlen haben können.

Bundesministerium für Finanzen

UG 23

Pensionen – Beamtinnen und Beamte

Leitbild der Untergliederung

Wir sichern eine eigenständige und angemessene Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten, die sich an den Entwicklungen der gesetzlichen Pensionsversicherung orientiert, wobei Angelegenheiten des Pensionsrechts der öffentlich Bediensteten in den Wirkungsbereich des BKA (nunmehr BMöDS) fallen.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Monitoring der Beamtenpensionen im Bundesdienst 2017

https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/fakten/publikationen/Pensionsmonitoring_Bericht_2017_BF.pdf?5u54gk

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Die Auszahlungen für die Leistungen sind im Wesentlichen von der jährlichen Pensionsanpassung sowie der Zahl und Struktur der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger abhängig. Diese Faktoren stehen bei Budgeterstellung noch nicht endgültig fest, sondern müssen geschätzt werden. Der Budgetvollzug 2017 wurde im Rahmen des Controllings laufend beobachtet, wobei es zu keiner Überschreitung der geplanten Auszahlungen kam. Der Erfolg 2017 war um 0,48 % niedriger als der Wert im Bundesvoranschlag. Die rechtzeitige und vollumfängliche Auszahlung der Pensionen und Pflegegelder an die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ist zu 100 % erfolgt.

Wirkungsziel Nr. 1

Nachhaltige Finanzierbarkeit des Beamtenpensionssystems

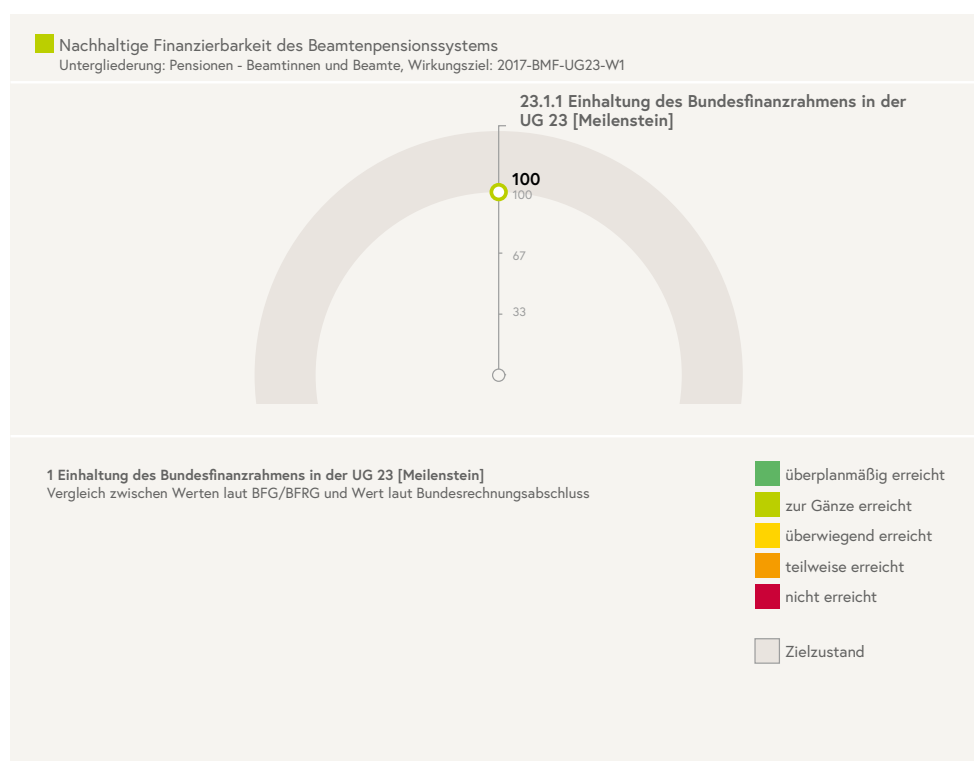


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-23-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Auszahlungen für die Leistungen sind im Wesentlichen von der jährlichen Pensionsanpassung (2017: 0,8 %) sowie der Zahl und Struktur der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger abhängig. Der Erfolg war 2017 um 0,48 % niedriger als im Bundesvoranschlag. Obwohl das BMF keine materiell-rechtliche Zuständigkeit für das Beamtenpensionsrecht hat, können durch zielgerichtete Empfehlungen auf Basis der absehbaren Entwicklung, die sich aus dem Budgetvollzug ergibt, Impulse zur Anpassung der gesetzlichen Grundlagen ausgehen. Damit wird ein Beitrag zur nachhaltigen Finanzierbarkeit des Beamtenpensionssystems geleistet. Zusätzlich wird mit dem BVA 2018 im Rahmen der Wirkungsorientierung ein Monitoring des durchschnittlichen faktischen Pensionsantrittsalters eingeführt, dessen Ergebnis in weiterer Folge an die materiell-rechtlich zuständigen Ressorts ergeht.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
23.1.1	ZIEL	100	100	100	100	100	100
	IST	100	100	100	100	100	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

23.1.1 Einhaltung des Bundesfinanzrahmens in der UG 23 [Meilenstein]

Die Auszahlungen für die Leistungen sind im Wesentlichen von der jährlichen Pensionsanpassung (2017: 0,8 %) sowie der Zahl und Struktur der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger abhängig. Diese Faktoren stehen bei Budgeterstellung noch nicht endgültig fest, sondern müssen geschätzt werden. Bei einem BVA von 9.246,2 Mrd. € wurde im Jahr 2017 ein Erfolg von 9.201,6 Mrd. € im Finanzierungshaushalt realisiert, weshalb die Einhaltung des BFRG zur Gänze erreicht werden konnte.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Im Rahmen dieses Wirkungsziels wurde die Entwicklung der Mittelverwendungen für Beamtenpensionen und Pflegegelder laufend beobachtet. Bei einer signifikanten Abweichung wären nach einer Analyse der Ursachen Maßnahmenvorschläge mit besonderer Berücksichtigung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern an das jeweilige Ressort ergangen. Aus den Indikatoren des Wirkungsziels geht hervor, dass der Budgetrahmen 2017 eingehalten wurde. Es war daher keine Übermittlung von Maßnahmenvorschlägen an das jeweils zuständige Ressort erforderlich.

Wirkungsziel Nr. 2



wirksamonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-23-W0002.html

Angemessene Altersversorgung und finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit der Beamtinnen und Beamten im Ruhestand

Umfeld des Wirkungszieles

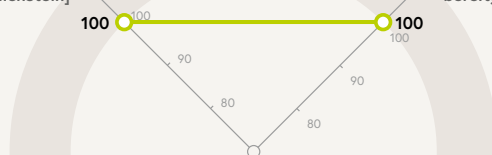
Die materiell-rechtliche Gestaltung der Pensionen der Beamtinnen und Beamten, der Pensionen für Landeslehrerinnen und Landeslehrer, der ÖBB-Pensionen und des Pflegegelds liegt auf Grund der Kompetenzverteilung gemäß Bundesministeriengesetz 1986 nicht im Zuständigkeitsbereich des BMF. Gesetzliche Änderungen werden durch das BKA (nunmehr BMöDS) sowie durch das BMASK (nunmehr BMASGK) umgesetzt. In den Verantwortungsbereich des BMF fällt die Besoldung und damit die Aufgabe, die auf Grund der einschlägigen Gesetzeslage den Anspruchsberechtigten gebührenden Mittel bereitzustellen. Auch weiterhin wird eine enge Abstimmung mit dem (ab 2018 zuständigen) BMöDS und BMASGK erfolgen. Eine Zusammenführung von inhaltlicher/legistischer Verantwortung mit der Verantwortung für die Auszahlung der Mittel wird angestrebt.

Ergebnis der Evaluierung

■ Angemessene Altersversorgung und finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit der Beamtinnen und Beamten im Ruhestand
 Untergliederung: Pensionen - Beamtinnen und Beamte, Wirkungsziel: 2017-BMF-UG23-W2

23.2.1 Die Mittel für die
Auszahlung werden rechtzeitig
bereitgestellt [Meilenstein]

23.2.2 Die Mittel für die
Auszahlung werden in voller Höhe
bereitgestellt [Meilenstein]



1 Die Mittel für die Auszahlung werden rechtzeitig bereitgestellt [Meilenstein]
 Vergleich der Termine der tatsächlichen Auszahlung mit dem Zahlungsplan
 2 Die Mittel für die Auszahlung werden in voller Höhe bereitgestellt [Meilenstein]
 Vergleich der angewiesenen Mittel mit den Monatsanforderungen

■ überplanmäßig erreicht
 ■ zur Gänze erreicht
 ■ überwiegend erreicht
 ■ teilweise erreicht
 ■ nicht erreicht
 ■ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
23.2.1	ZIEL	100	100	100	100	100	100
	IST	100	100	100	100	100	
23.2.2	ZIEL	100	100	100	100	100	100
	IST	100	100	100	100	100	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

23.2.1 Die Mittel für die Auszahlung werden rechtzeitig bereitgestellt [Meilenstein]

Gerade im Bereich der finanziellen Unterstützung ist eine rechtzeitige Bereitstellung der Mittel besonders entscheidend. Durch die 100 %ige rechtzeitige Bereitstellung der öffentlichen Mittel in voller Höhe konnte dieses Ziel auch 2017 erreicht werden.

23.2.2 Die Mittel für die Auszahlung werden in voller Höhe bereitgestellt [Meilenstein]

Gerade im Bereich der finanziellen Unterstützung ist eine vollständige Bereitstellung der Mittel besonders entscheidend. Durch die 100 %ige Bereitstellung der öffentlichen Mittel in voller Höhe konnte dieses Ziel auch 2017 erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Angelegenheiten des Pensionsrechts der Beamtinnen und Beamten fallen in den Wirkungsbereich des BKA (nunmehr BMöDS), die materiell-rechtliche Zuständigkeit beim Pflegegeld liegt beim BMASK (nunmehr BMASGK). Aufgabe des BMF ist die Besoldung und damit die Aufgabe, die auf Grund der einschlägigen Gesetzeslage den Anspruchsberechtigten gebührenden Mittel bereit zu stellen. Aufgrund der rechtzeitigen und korrekten Erstellung der Monatsvoranschläge sowie der Überweisung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse an die auszahlenden Stellen (ÖBB, Landeslehrer) konnte die fristgerechte und vollumfängliche Auszahlung 2017 zu 100 % eingehalten werden.

Bundesministerium für Finanzen

UG 44

Finanzausgleich

Leitbild der Untergliederung

Das Bundesministerium für Finanzen strebt die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und nachhaltig geordnete, öffentliche Haushalte an und erfüllt den Auftrag der Bundesverfassung (Art. 13 B-VG) zur diesbezüglichen Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Regelung des Finanzausgleichs über Kostentragung, Besteuerungsrechte, Abgabenanteile und Transfers berücksichtigt in einer Gesamtschau die Verteilung der Aufgaben auf Bund, Länder und Gemeinden.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Katastrophenfondsbericht 2016 bis 2017

https://www.bmf.gv.at/budget/finanzbeziehungen-zu-laendern-und-gemeinden/Katastrophenfondsbericht_2016-2017.pdf?6eau55

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

- Die aus gesamtsstaatlicher Sicht wichtigste Kennziffer des Wirkungsziels 1, das gesamtsstaatliche Maastricht Defizit, wurde übererfüllt.
- Das Wirkungsziel 2 „Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots in den Ländern“ wurde teilweise erreicht.
- Das Wirkungsziel 3 wurde übererfüllt: Die Harmonisierung der Rechnungslegung und Umsetzung der Voranschlags- und Rechnungslegungsverordnung 2015 (VRV 2015) konnten Bund, Länder und Gemeinden durch einen konstruktiven Austausch- und Diskussionsprozess in verschiedenen gemeinsamen Arbeitsgruppen weitergetrieben werden. Das VR-Komitee hat nach zahlreichen Arbeitssitzungen mit Vertretern der Länder und Gemeinden, des Bundesministeriums für Finanzen, des Rechnungshofs und weiterer Fachexperten sowie eines durchgeführten Begutachtungsverfahrens den Entwurf der Novelle der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) im Dezember 2017 beschlossen. Dieser Verordnungsentwurf wurde vom Bundesminister für Finanzen nach Einvernehmensherstellung mit dem Rechnungshof im Jänner 2018 erlassen.

- Das Ziel, einen einfachen, transparenten und aufgabenorientierten Finanzausgleich umzusetzen, konnte im Jahr 2017, gemessen anhand der festgelegten Kennzahl „Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit“ und Maßnahme „Umsetzung von Reformen“ übererfüllt werden.

Wirkungsziel Nr. 1

Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen, wie z.B. die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit



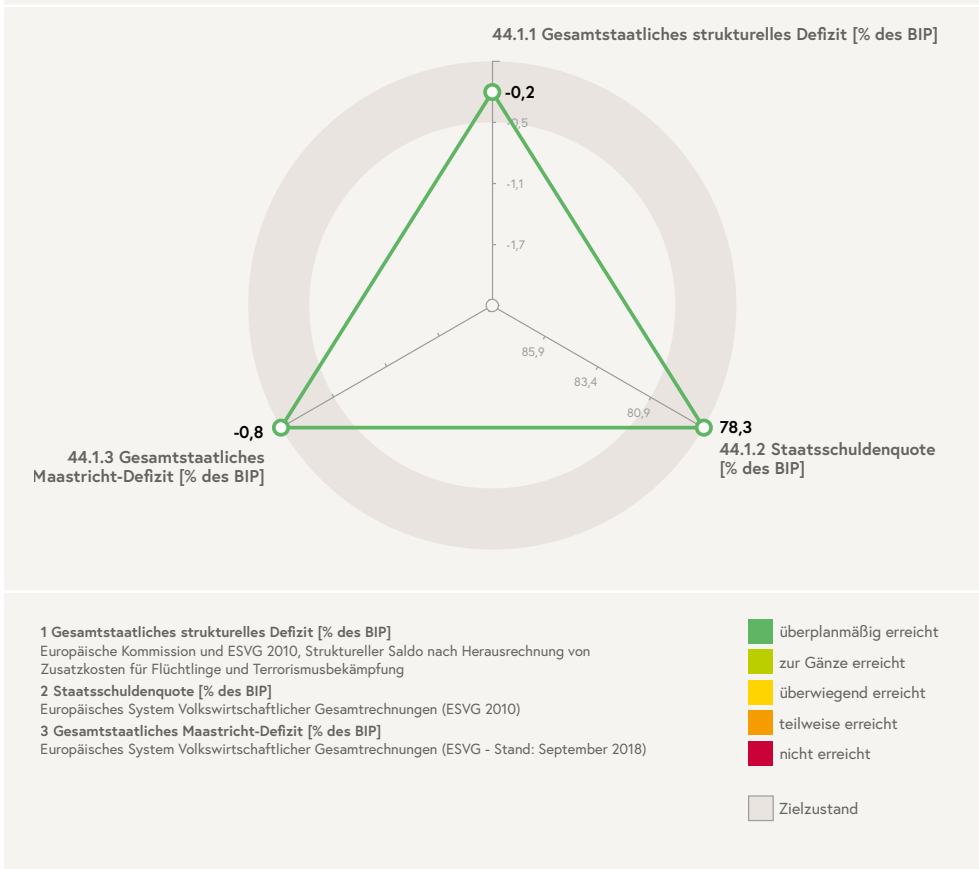
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-44-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Konjunktur verlief 2017 deutlich besser als bei der Erstellung des Voranschlags erwartet. Statt dem angenommenen realen BIP-Wachstum von 1,5 % betrug das Wachstum 2017 tatsächlich 2,6 %. Die budgetpolitischen Herausforderungen blieben dennoch groß, weil in Erwartung der Nationalratswahlen im Herbst 2017 noch unterjährig große Ausgabenprogramme beschlossen wurden, die das Budget auch 2018 noch belasten werden. Dieses Wirkungsziel wurde mit dem WZ 1 der UG 15 abgestimmt, da zwei der Kennzahlen ident sind.

Ergebnis der Evaluierung

■ Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen
Untergliederung: Finanzausgleich, Wirkungsziel: 2017-BMF-UG44-W1



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
44.1.1*	ZIEL	-1,1	-1,0	-0,9	-0,5	-0,5	-0,5
	IST	-1,7	-0,7	0,0	-0,3	-0,2	
44.1.2	ZIEL	74,5	79,2	77,6	83,2	80,9	74,5
	IST	81,3	84,0	84,4	83,0	78,3	
44.1.3	ZIEL	-2,3	n. v.	n. v.	-3,0	-3,0	-0,4
	IST	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,8	

* Ist-Werte unter Zugrundelegung der WIFO-Outputlückenschätzung vom März 2018

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

44.1.1 Gesamtstaatliches strukturelles Defizit [% des BIP]

Der strukturelle Saldo betrug 2016 nach Herausrechnung der Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung -0,3% des BIP. 2017 lag dieser Wert bei -0,2%, was einer Verbesserung um 0,1 Prozentpunkte entspricht. Die vorwiegend auf konjunkturelle Effekte zurückführbare Verbesserung des Maastricht-Saldos wirkte sich durch die Herausrechnung dieser Effekte auf den strukturellen Saldo nicht aus.

44.1.2 Staatsschuldenquote [% des BIP]

Der Schuldenstand hat sich von 2016 auf 2017 um 4,7% des BIP reduziert. Die positive Entwicklung ist neben dem raschen Abbau der Assets verstaatlichter Abbaubanken, der guten Konjunktur (dem starken nominellen BIP-Wachstum) und einer BIP-Revision von Statistik Austria im September 2017 geschuldet.

44.1.3 Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit [% des BIP]

Gemäß der budgetären Notifikation der Statistik Austria an die Europäische Kommission Ende September 2018 beträgt das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit 2017 -0,8% des BIP, nach -1,6% im Jahr 2016, und ist damit niedriger ausgefallen als im Herbst 2017 noch erwartet wurde (-0,9% des BIP). Gründe dafür sind die auf Grund der guten Konjunktur und der Arbeitsmarktlage gestiegenen Steuer- und Beitragseinnahmen z. B. im Bereich der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Die Konjunkturbelebung führte auf der Auszahlungsseite insbesondere beim Bundeszuschuss zur gesetzlichen Pensionsversicherung und bei den Arbeitslosengeldern zu einer Unterschreitung des Voranschlags. Der Bundeshaushalt profitierte auch 2017 von den außergewöhnlich niedrigen Zinsen der letzten Jahre.

Hinsichtlich der einzelnen Teilsektoren des Staates und der Bundesländer ergibt sich folgendes Bild:

Die Landesebene (ohne Wien) konnte 2017 einen Maastricht-Überschuss von 0,04% des BIP erreichen. Die Gemeindeebene (ohne Wien) verzeichnete ein geringeres Defizit i. d. H. v. -0,02% des BIP. Die Sozialversicherung weist 2017 ebenso wie in den Vorjahren einen Überschuss aus (0,10% des BIP).

Die Bundesebene konnte gegenüber 2016 (-1,26% des BIP) mit -0,88% des BIP im Jahr 2017 eine Verbesserung des Maastricht-Defizits erzielen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Im Ergebnis war der gesamtstaatliche Maastricht-Saldo mit -0,8% des BIP besser als zum Planungszeitpunkt und noch zuletzt im Oktober 2017 (in der an die EK übermittelten Übersicht über die Haushaltsplanung) angenommen.

Der gesamtstaatliche strukturelle Saldo betrug 2017 -0,6% des BIP (bei Zugrundelegung der Outputlücke des WIFO vom März 2018). Berücksichtigt man die außerordentlichen

Zusatzausgaben für die Migrationsbewegungen seit 2015, lag der strukturelle Saldo bei -0,2% des BIP.

Der Schuldenstand lag Ende 2017 bei 78,3% des BIP. Bedingt durch die gute konjunkturelle Entwicklung (starkes BIP Wachstum), eine BIP-Revision der Statistik Austria im September 2017, das (konjunkturbedingt) deutlich niedrigere Defizit sowie dem positiv verlaufenden Abbau von Vermögenswerten staatlicher Abbaubanken verbesserte sich der Schuldenstand gegenüber der Planung im Oktober 2016 deutlich.

Hinsichtlich der Ergebnisse auf Maßnahmenebene kann festgehalten werden, dass sowohl die gesetzten Ziele im Bereich des Katastrophenfonds (Finanzierung von Geschädigten sowie von Vorbeugungsmaßnahmen) als auch die Aufgaben des Österreichischen Koordinationskomitees (ÖKK) im Jahr 2017 zur Gänze erreicht wurden.

Wirkungsziel Nr. 2

Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots in den Ländern



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-44-W0002.html

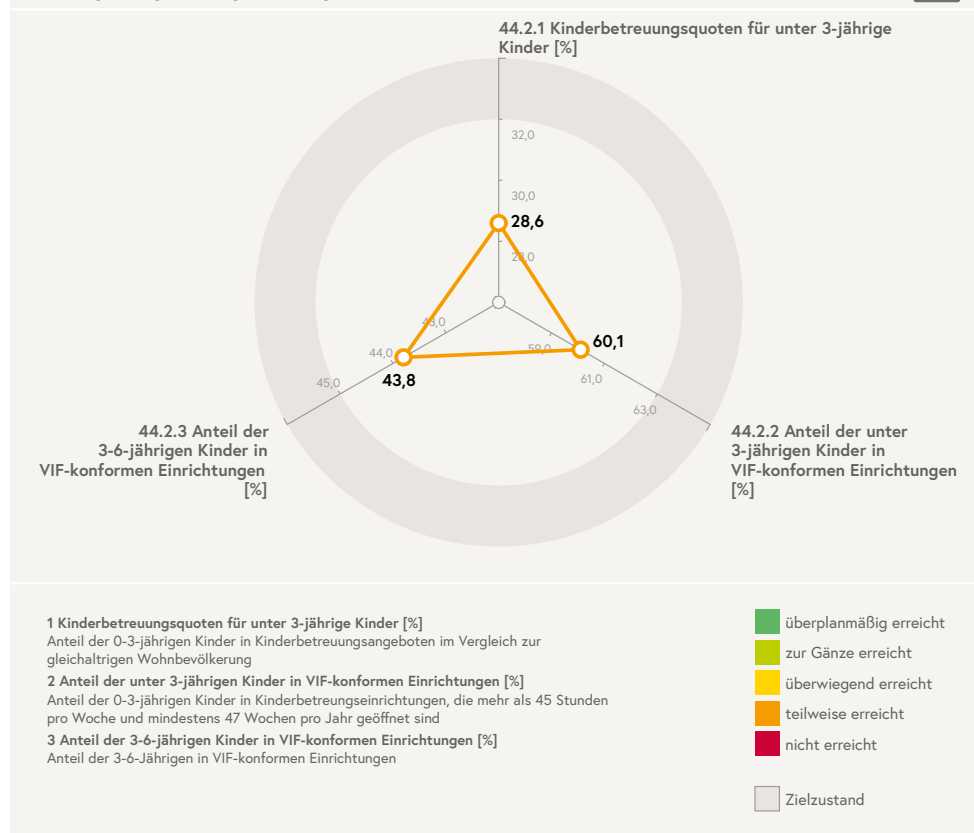
Umfeld des Wirkungszieles

Das Wirkungsziel wurde 2017 in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie und Jugend (UG 25) umgesetzt. Für die vorliegende Evaluierung erfolgte wie auch in den vergangenen Jahren eine Abstimmung zwischen dem BMF und der nun im BKA ansässigen Abteilung, die für die UG 25 verantwortlich ist.

Das Kinderbetreuungsgeld mit seinen verschiedenen Bezugsvarianten zählt zu den maßgeblichen Rahmenbedingungen, die es Eltern erleichtern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Eine weitere unabdingbare Voraussetzung für gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowie Tageseltern, das mit einer Vollzeitbeschäftigung der Eltern vereinbar ist.

Ergebnis der Evaluierung

Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots in den Ländern
Untergliederung: Finanzausgleich, Wirkungsziel: 2017-BMF-UG44-W2



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
44.2.1	ZIEL	25,0	n. v.	n. v.	30,0	32,0	32,0
	IST	25,1	25,9	27,4	27,9	28,6	
44.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	62,0	63,0	62,0
	IST	60,9	61,6	n. v.	59,6	60,1	
44.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	43,0	45,0	47,0
	IST	38,9	42,1	n. v.	43,2	43,8	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

44.2.1 Kinderbetreuungsquoten für unter 3-jährige Kinder [%]

Die Betreuungsquote ist seit Beginn der Mitfinanzierung des Bundes (2008) um 14,6 Prozentpunkte gestiegen und hat im Jahr 2017 unter Berücksichtigung der von Tageseltern betreuten Kinder 28,6% betragen. Aufgrund des weiteren deutlichen Anstiegs der Wohnbevölkerung im Jahr 2017 ist sie im Vergleich zu 2016 aber nur mehr um 0,7%-Punkte

gestiegen, weshalb trotz deutlichem Anstieg der Zahl der betreuten Kinder (+3.111) der prognostizierte Zielwert nicht erreicht werden konnte.

44.2.2 Anteil der unter 3-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen [%]

Seit Beginn der Kostenbeteiligung des Bundes (2008) hat sich der Anteil der unter 3-Jährigen, die in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen versorgt werden, die dem Vereinbarkeitsindikator Familie entsprechen von 54,6 % auf 60,1 % erhöht. Im Jahr 2017 ist der Anteil zwar um 0,5 %-Punkte gestiegen, der prognostizierte Wert konnte aber nicht erreicht werden.

44.2.3 Anteil der 3–6-jährigen Kinder in VIF-konformen Einrichtungen [%]

Seit Beginn der Kostenbeteiligung des Bundes (2008) hat sich der Anteil der 3- bis 6-Jährigen, die in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen versorgt werden, die dem Vereinbarkeitsindikator Familie entsprechen von 20,8 % auf 43,6 % erhöht. Im Jahr 2017 ist der Anteil zwar um 0,4 %-Punkte gestiegen, der prognostizierte Wert konnte aber nicht erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Bemühungen um den Ausbau elementarer Bildung wurden auch 2017 unter Kostenbeteiligung des Bundes fortgesetzt. Obwohl es im Kindergartenjahr 2017/18 die höchste jemals erreichte Anzahl an unter 3-Jährigen in außerhäuslicher Betreuung gegeben hat, ist die entsprechende Kennzahl (Betreuungsquote) nicht im erwarteten Ausmaß gestiegen, weil gleichzeitig die gleichaltrige Wohnbevölkerung (Steigerung der Geburtenzahlen, Zuwanderung) stärker angestiegen ist. Im Jahr 2017 ist sowohl der Anteil der unter 3-Jährigen (+0,5 %-Steigerung gegenüber 2016), als auch jener der 3–6-Jährigen (+0,4 %-Steigerung gegenüber 2016), die in VIF-konformen Einrichtungen betreut werden, gestiegen. Das Wirkungsziel 2 wurde deshalb „teilweise erreicht“.

Das Wirkungsziel „Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots in den Ländern“ ist als Gleichstellungsziel ausgewiesen. Die relevanten Kennzahlen sind mit jenen der BKA-Sektion Frauen, dem BMVRDJ, dem VfGH und dem VwGH in einem Cluster zusammengefasst. Die Koordination erfolgt über das BKA, Sektion Familien und Jugend. Die Darstellung erfolgt in einem eigenen Bericht.

Wirkungsziel Nr. 3

Sicherstellung einer möglichst getreuen, vollständigen und einheitlichen Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften nach dem Vorbild der Bundes-Haushaltsrechtsreform



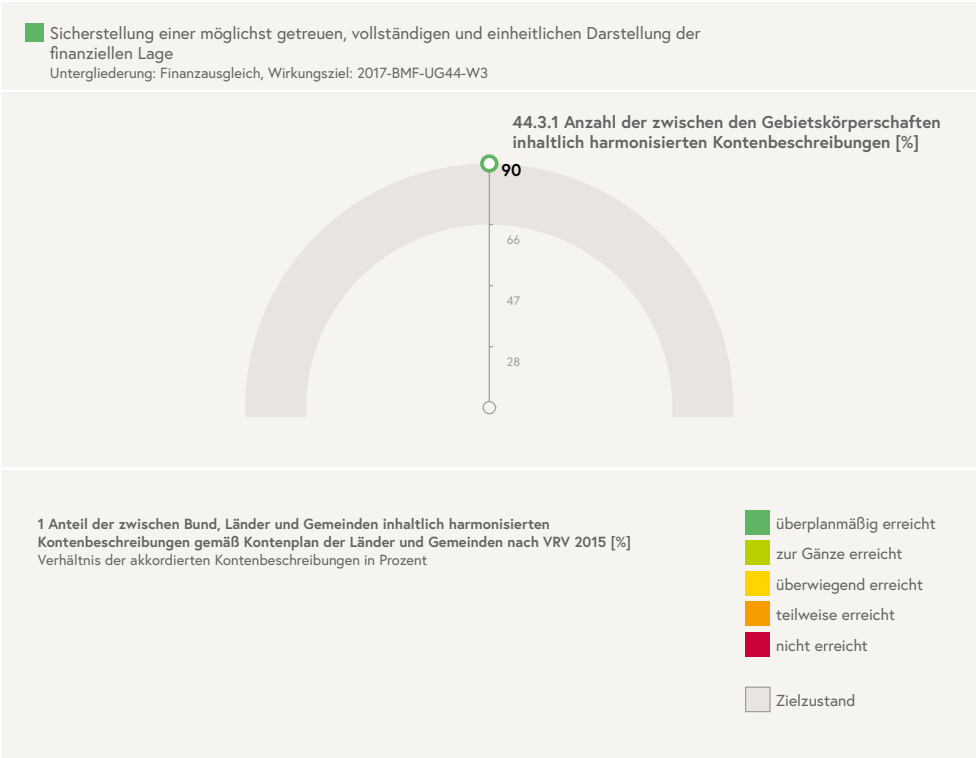
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-44-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Zur Umsetzung der im Oktober 2015 kundgemachten Voranschlags- und Rechnungsabschluss-Verordnung 2015 (VRV 2015), wurden mehrere Initiativen von Bund, Ländern und Gemeinden gesetzt:

- Das BMF setzte Vorarbeiten für den online Kontierungsleitfaden und das online Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch (oBHBH) um.
- Das Bundesministerium für Finanzen, Länder und Gemeinden haben in mehr als 30 ganztägigen Sitzungen die Kontierungsleitfäden der Länder und jener der Gemeinden mit jenem des Bundes, dort wo es sinnvoll und möglich ist, harmonisiert. Insgesamt waren bis Ende 2017 ca. 90 % der Kontenbeschreibungen zwischen den Gebietskörperschaften abgestimmt.
- Mit Mai 2018 waren 100 % der Kontenbeschreibungen zwischen den Gebietskörperschaften abgestimmt (der Kontierungsleitfaden für die Gemeinden wurde im Juni 2018 vom KDZ in Buchform veröffentlicht). Der Kontierungsleitfaden der Gemeinden ist seit Sommer 2018 online. Jener der Länder wird im Herbst 2018 online verfügbar sein.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
44.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	66,0	100,0
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	90,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

44.3.1 Anteil der zwischen Bund, Länder und Gemeinden inhaltlich harmonisierten Kontenbeschreibungen gemäß Kontenplan der Länder und Gemeinden nach VRV 2015 [%]

Das Bundesministerium für Finanzen, die Länder und Gemeinden haben in mehr als 30 ganztägigen Sitzungen die Kontierungsleitfäden der Länder und jener der Gemeinden mit jenem des Bundes harmonisiert und bis Ende 2017 ca. 90 % der Kontenbeschreibungen zwischen den Gebietskörperschaften abgestimmt.

Ein inhaltlich harmonisierter Kontierungsleitfaden der Länder und Gemeinden ist für die Vergleichbarkeit der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse nach den Regelungen der VRV 2015 eine wichtige Grundlage.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Wirkungsziel überplanmäßig erreicht wurde, da 90 % – statt wie geplant 66 % – aller Kontenbeschreibungen zwischen den Gebietskörperschaften abgestimmt wurden.

Das VR-Komitee (bestehend aus Vertretern der Gebietskörperschaften) hat nach zahlreichen Arbeitssitzungen mit Vertretern der Länder und Gemeinden, des Bundesministeriums für Finanzen, des Rechnungshofs und weiterer Fachexperten sowie eines durchgeführten Begutachtungsverfahrens den Entwurf der Novelle der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) im Dezember 2017 beschlossen. Dieser Verordnungsentwurf wurde vom Bundesminister für Finanzen nach Einvernehmensherstellung mit dem Rechnungshof im Jänner 2018 erlassen.

Die Länder und Gemeinden können nun ihre Budgets und Rechnungsabschlüsse spätestens ab dem Jahr 2020 nach den neuen Bestimmungen (Umstellung auf die 3-Komponenten-Rechnung – doppelte Buchführung) erstellen, wodurch vergleichbare Angaben über Landes- und Gemeindefinanzen geliefert werden.

Die Finanzausgleichspartner haben im Paktum über den Finanzausgleich ab dem Jahr 2017 vereinbart, ab Mitte 2017 einvernehmlich ein online Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch (oBHBH) zu erarbeiten. Das BMF stellt eine Online-Plattform, auf der der Kontierungsleitfaden und das oBHBH angeboten werden, Ländern und Gemeinden zur Verfügung und sichert somit die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Erstellung des oBHBH. Der Inhalt des Online Kontierungsleitfadens wird in gemeinsamen Arbeitsgruppen-Sitzungen für Länder und Gemeinden abgeschlossen und 2018 auf der Online Plattform veröffentlicht.

Wirkungsziel Nr. 4

Erreichung eines einfachen, transparenten und aufgabenorientierten Finanzausgleichs

Umfeld des Wirkungszieles

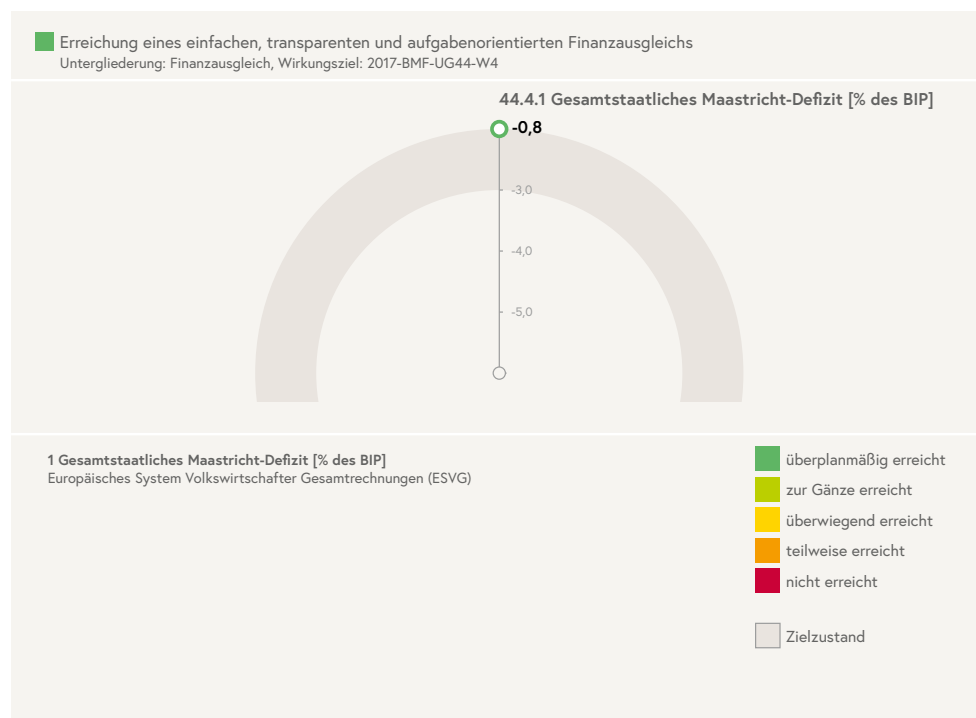
Mit dem Paktum über den Finanzausgleich ab dem Jahr 2017 wurden die Rahmenbedingungen für einen einfacheren, transparenteren und aufgabenorientierten Finanzausgleich 2017 geschaffen und weitere Reformprojekte festgelegt.

Im Jahr 2017 konnten 50 %, das sind 16 Projekte, der im FAG-Paktum beschlossenen Projekte, die vom BMF zu verantworten sind, mit Ländern, Gemeinden und den jeweiligen Fachressorts abgestimmt und umgesetzt werden.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-44-W0004.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
44.4.1	ZIEL	-2,3	n. v.	n. v.	-3,0	-3,0	-0,4
	IST	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,8	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

44.4.1 Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit [% des BIP]

Siehe dazu die Erläuterung der Entwicklung der Kennzahl 3 (Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit) des Wirkungsziels 1.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Ziel, einen einfachen, transparenten und aufgabenorientierten Finanzausgleich umzusetzen, konnte im Jahr 2017, gemessen anhand der festgelegten Kennzahl „Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit“ und Maßnahme „Umsetzung von Reformen“ realisiert werden.

Das Gesamtstaatliche Maastricht-Defizit betrug -0,8%, wodurch die Kennzahl überplanmäßig erreicht wurde. Hinsichtlich der Maßnahme „Umsetzung von Reformen“ kann festgehalten werden, dass im Jahr 2017 50% der im Verantwortungsbereich des BMF liegenden und im Paktum über den Finanzausgleich beschlossenen Projekte umgesetzt wurden.

Bundesministerium für Finanzen

UG 45

Bundesvermögen

Leitbild der Untergliederung

Das BMF ist ein zuverlässiger Partner bei der Umsetzung seiner Verpflichtungen in der EU und auf internationaler Ebene, und es trägt im Rahmen seiner Instrumente aktiv zur Standort- und Beschäftigungssicherung bei. Das BMF greift außenwirtschaftliche Interessen und Potenziale konsequent auf und stellt eine optimale Abstimmung zwischen den Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sicher.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

In der Untergliederung 45 ist die Entwicklung der Wirkungsziele im Vergleich zum Vorjahr unterschiedlich.

Beim Wirkungsziel 1 wurden die Zielwerte der dazugehörigen Maßnahmen auf Globalbudgetebene deutlich erreicht. Die Mitgliedstaaten in der Eurozone nutzten – nicht zuletzt als Ausfluss des auch vom BMF betriebenen Gruppendrucks – den nicht widrigen Wirtschaftswachstumsverlauf für eine Fortsetzung ihrer Budgetkonsolidierungen.

Das Wirkungsziel 2 betreffend „Verringerung des unternehmerischen Risikos bei Exportgeschäften und bei Investitionen“ ist in einem hohen Ausmaß von großen Projekten in zum Teil schwierigen Märkten und von der Nachfrage in den Zielländern bestimmt. Dies führt dazu, dass die Entwicklung der Neuzusagen einen volatileren Verlauf hat und nicht unbedingt synchron mit der allgemeinen Konjunktur- und Exportentwicklung verläuft.

Eine deutliche Zielerreichung im Jahr 2017 kann beim Wirkungsziel 3 betreffend die Anhebung des Frauenanteils in Aufsichtsräten von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des Bundesministeriums für Finanzen unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50 % beteiligt ist, festgestellt werden. Die Erhöhung des Frauenanteils auf über 50 % (bei einem festgelegten Zielwert von 25 %) wurde vom Bundesministerium für Finanzen als Maßnahme zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben realisiert.

Beim Wirkungsziel 4 wurden die Zielsetzungen im Wesentlichen erreicht. Bei zwei Indikatoren wurden die gesetzten Ziele leicht übererfüllt, bei zwei weiteren leicht untererfüllt und trafen in einem Fall exakt das geplante Niveau. Im Durchschnitt ergeben die erzielten Punkte eine exakte Zielerreichung. Die Schwankungen bei den individuellen

Indikatoren sind als gering einzustufen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass unter anderem die betreffenden Internationalen Institutionen im Jahr 2017 mit den Nachwirkungen großangelegter Organisationsreformen beschäftigt waren. Dabei mussten Maßnahmen geändert oder nachjustiert werden, was für Unruhe sorgte und an manchen Stellen zu Ablauffraktionen auf der organisatorischen Ebene führte.

Wirkungsziel Nr. 1

Sicherung der Stabilität der Euro-Zone

Umfeld des Wirkungszieles

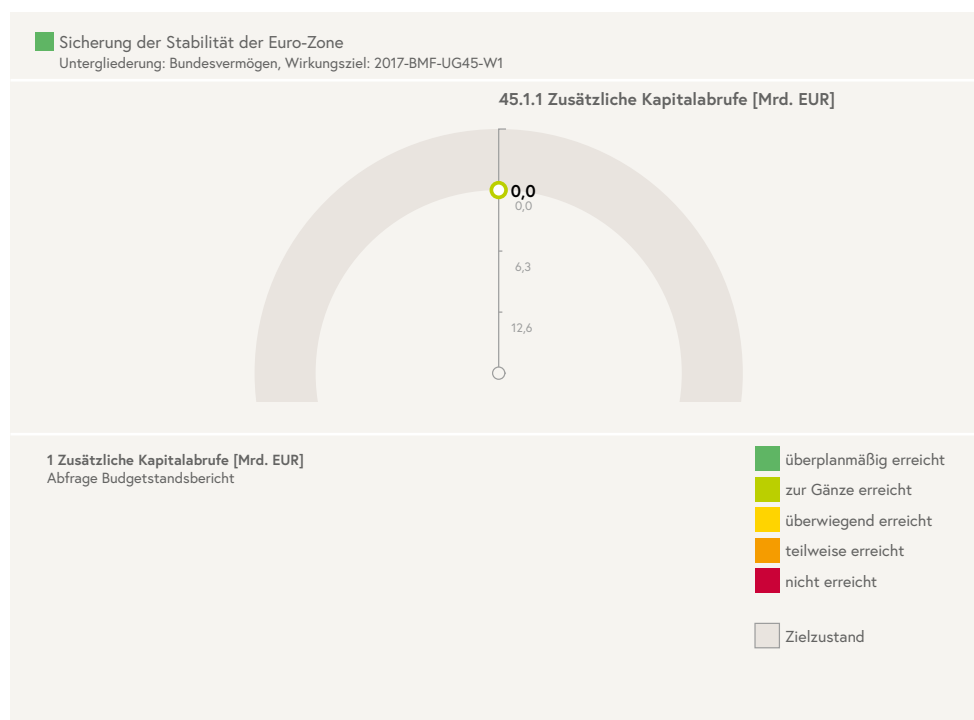
Seit Definition des Wirkungszieles im Jahr 2013 haben sich die Wachstumsaussichten in der Eurozone verbessert. Der Großteil der Eurozoneländer hat mit 2017 das BIP-Niveau der Vorkrisenzeit überschritten. Im Jahr 2017 gab es in allen Eurozoneländern positives Wirtschaftswachstum und auch für 2018 wird von der EU-Kommission für alle Eurozoneländer ein positives Wirtschaftswachstum erwartet. Bei den langfristigen Zinsen (Rendite 10jähriger Staatsanleihen) gab es 2017 bei Griechenland, Portugal und Zypern deutliche Rückgänge. Ende Mai 2018 bewegten sich die Zinsdifferenzen der Staatsanleihen von Slowenien, Spanien, Italien, Portugal und Zypern zu deutschen Bundesanleihen zwischen 0,8 und 3 Prozentpunkten, jene von Griechenland bei etwa 4 Prozentpunkten.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-45-W0001.html

UG 45

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
45.1.1	ZIEL	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	IST	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

45.1.1 Zusätzliche Kapitalabrufe [Mrd. EUR]

Im Beobachtungszeitraum kam es zu keinen zusätzlichen Kapitalabrufen durch den ESM. Die Entwicklungen in den Programmländern werden weiterhin laufend beobachtet und analysiert um eine Früherkennung etwaiger Risiken zu gewährleisten.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Österreich hat seine Konsolidierungsbemühungen erfolgreich weitergeführt. Gleichzeitig verbesserte sich die budgetäre Situation in fast allen Mitgliedstaaten der Eurozone. Für die Erreichung dieses Zieles kann das Zutun des BMF vom Wesen her nur beschränkt sein. Eine zusätzliche Inanspruchnahme des Europäischen Stabilitätsmechanismus konnte vermieden werden. Vergebene ESM-Kredite wurden in geringerem Ausmaß vorzeitig zurückbezahlt.

Wirkungsziel Nr. 2

Verringerung des unternehmerischen Risikos bei Exportgeschäften und bei Investitionen

Umfeld des Wirkungszieles

Das Garantiegeschäft des Bundes wird in hohem Ausmaß von großen Projekten in zum Teil schwierigen Märkten bestimmt. Die breite Streuung der Länder zeigt aber deutlich, dass die Exportgarantien des Bundes sowohl für kommerzielle Geschäfte, als auch für Soft Loans ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument zur Unterstützung der österreichischen Exportwirtschaft und zur Verringerung des unternehmerischen Risikos sind.

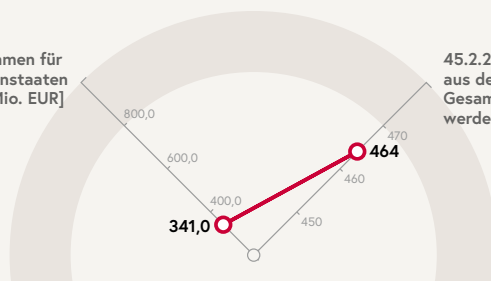


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-45-W0002.html

Ergebnis der Evaluierung

■ Verringerung des unternehmerischen Risikos bei Exportgeschäften und bei Investitionen
Untergliederung: Bundesvermögen, Wirkungsziel: 2017-BMF-UG45-W2

45.2.1 Haftungsübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten [Mio. EUR]



45.2.2 Anzahl der Geschäfte die aus dem Soft Loan Gesamtportfolio unterstützt werden [Anzahl]

1 Haftungsübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten (Schwarzmeerregion inkl. Zentralasien, Afrika und Lateinamerika) [Mio. EUR]
Soll-Ist-Vergleich

2 Anzahl der Geschäfte die aus dem Soft Loan Gesamtportfolio unterstützt werden [Anzahl]
Soll-Ist-Vergleich; Anzahl der in einem Jahr vollständig rückgezahlten Geschäftsfälle sowie neu hinzugekommenen Kredite



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
45.2.1	ZIEL	400,0	770,0	800,0	800,0	800,0	350,0
	IST	680,0	481,8	693,1	401,0	341,0	
45.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	471	470	470
	IST	482	471	477	473	464	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

45.2.1 Haftungsübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten (Schwarzmeerregion inkl. Zentralasien, Afrika und Lateinamerika) [Mio. EUR]

Die Haftungsneuübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten betrugen 2017 rd. 341 Mio. Euro. (2016: rd. 401 Mio. Euro), was auf schwierige Rahmenbedingungen und nicht vorhersehbare politische Entwicklungen zurückzuführen ist. Durch die Umsetzung bzw. Weiterentwicklung von Maßnahmen für Exportimpulse im Rahmen des AusFG sollen die ambitionierten Ziele in den kommenden Jahren wieder erreicht werden, deren Erreichung jedoch entscheidend von einzelnen Haftungsübernahmen für Großprojekte abhängt.

45.2.2 Anzahl der Geschäfte die aus dem Soft Loan Gesamtportfolio unterstützt werden [Anzahl]

Es ist eine positive Entwicklung der Kennzahl erkennbar. Aufgrund konstanter Nachfrage des Soft Loan Verfahrens werden die angenommene Zielstände in den Folgejahren zwischen 470 und 480 betragen. Allerdings ist die Anzahl der Soft Loan Finanzierungen in den jeweiligen Jahren schwer zu prognostizieren, da abgesehen von anderen Faktoren zwischen der Ausstellung einer Promesse und Umwandlung in eine Finanzierung etliche Jahre vergehen können. So ist es möglich, dass in einem Jahr mehr Finanzierungen abgeschlossen werden können und in einem anderen Jahr dementsprechend weniger. Ziel des Verfahrens bleibt die Anzahl der Geschäftsfälle möglichst konstant zu halten, um die intendierte Wirkung, die Unterstützung der österreichischen Exporteure und den Beitrag zur österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) gewährleisten zu können. Dies wird unter anderem durch Abschluss bzw. Verlängerung von Rahmenabkommen bzw. Memoranden of Understandings, Möglichkeit der Inanspruchnahme von mixed und pre-mixed credits erreicht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Weltwirtschaft zeigte 2017 eine robuste Entwicklung. Das globale Wachstum beschleunigte sich auf + 3,8%, wozu die Schwellen- und Entwicklungsländer nicht unwesentlich beitrugen. Auch die österreichische Exportwirtschaft konnte von der weltweiten positiven Entwicklung profitieren und erzielte einen neuen Ausfuhrrekord.

Allerdings sorgten politische Spannungen dafür, dass das Wachstum in manchen Regionen hinter dem Durchschnitt lag. Das Garantiegeschäft des Bundes wird im kommerziellen Bereich in hohem Ausmaß von Großprojekten in zum Teil schwierigeren Märkten und bei Soft Loans von der Nachfrage in den Zielländern bestimmt. Dies führt dazu, dass die Entwicklung der Neuzusagen einen volatileren Verlauf hat und nicht unbedingt synchron mit der allgemeinen Konjunktur- und Exportentwicklung verläuft.

Wirkungsziel Nr. 3

Anhebung des Frauenanteils in Aufsichtsräten von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des Bundesministeriums für Finanzen unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50 % beteiligt ist



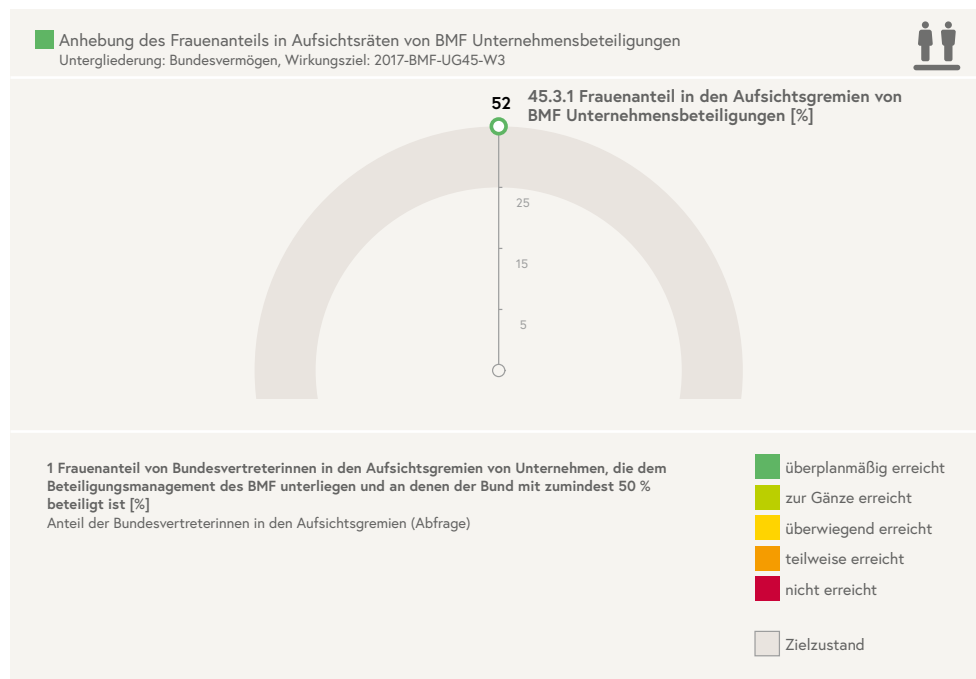
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-45-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die damalige österreichische Bundesregierung verpflichtete sich per Ministerratsbeschluss vom 15. März 2011 den Frauenanteil in Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen der Bund mit 50 % oder mehr beteiligt ist, bis 31. Dezember 2013 auf 25 % zu erhöhen. Bis 31. Dezember 2018 soll der Anteil der Frauen auf 35 % angehoben werden. In diesem Sinne soll auch auf die anderen entsendenden Stellen eingewirkt werden. Um die Vorbildwirkung des Bundes zu unterstreichen, hat sich die damalige Bundesregierung

verpflichtet, die Umsetzung dieser Quotenregelung jährlich zu überprüfen und den gemeinsamen Fortschrittsbericht dem Ministerrat vorzulegen. Das Ziel gem. Ministerratsbeschluss vom März 2011 betrifft die Jahre 2013 (25 %) und 2018 (35 %).

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
45.3.1	ZIEL	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	50,00
	IST	27,00	25,00	25,00	24,00	52,00	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

45.3.1 Frauenanteil von Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des BMF unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50 % beteiligt ist [%]

Das Ziel gem. Ministerratsbeschluss vom März 2011 betrifft die Jahre 2013 (25 %) und 2018 (35 %). Die Anzahl der Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien stieg im Vergleich von 2016 zu 2017 und führte so zu einer Erhöhung der Frauenquote auf über 50 %. Diese Maßnahme des Bundesministeriums für Finanzen zielt auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben ab.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-45-W0004.html

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Frauenanteil in Aufsichtsgremien der Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des Bundesministeriums für Finanzen unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50 % beteiligt ist, ist auf über 50 % im Jahr 2017 gestiegen. Somit übererfüllt das Bundesministerium für Finanzen den Zielwert laut Ministerratsbeschluss vom 15. März 2011 deutlich. Die Erhöhung der Frauenquote auf über 50 % wurde vom Bundesministerium für Finanzen als Maßnahme zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben realisiert.

Wirkungsziel Nr. 4

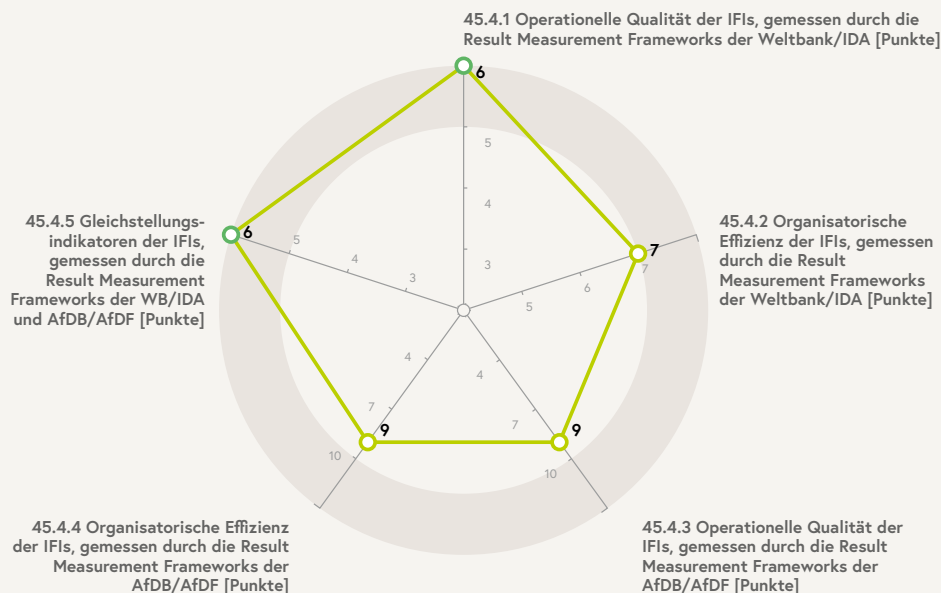
Erhaltung und graduelle weitere Verbesserung der hohen Qualität der Leistungen und der Effizienz der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und der Qualität der ODA (Official Development Assistance bzw. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) – Leistung des BMF unter Berücksichtigung der Herstellung der Gender-Chancengleichheit sowohl in der institutionellen Struktur der IFIs wie auch in deren Operationen

Umfeld des Wirkungszieles

Beide Institutionen waren 2017 mit den Nachwirkungen großangelegter Organisationsreformen beschäftigt. Maßnahmen mussten geändert oder nachjustiert werden, was für Unruhe sorgte und an manchen Stellen zu Ablauffraktionen auf der organisatorischen Ebene führte. Gleichzeitig hatte sich die Nachfrage nach Finanzierungen seit der globalen Krise bei beiden Institutionen kontinuierlich erhöht, sodass sich 2017 bereits Kapitalknappheit bemerkbar machte. Auch das hatte eine leicht beunruhigende Wirkung vor dem Hintergrund niedriger Rohstoffpreise und suboptimaler ökonomischer Entwicklung in vielen Ländern. Diese Faktoren waren der institutionellen Effizienz und der operationellen Qualität der Institutionen nicht förderlich.

Ergebnis der Evaluierung

■ Erhaltung und graduelle weitere Verbesserung der hohen Qualität der Leistungen und der Effizienz der IFIs und der Qualität der ODA
Untergliederung: Bundesvermögen, Wirkungsziel: 2017-BMF-UG45-W4



1 Operationelle Qualität der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/IDA (International Development Association) [Punkte]
Soll-Ist-Vergleich

2 Organisatorische Effizienz der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/IDA (International Development Association) [Punkte]
Soll-Ist-Vergleich

3 Operationelle Qualität der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Afrikanischen Entwicklungsbank/Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDB/AfDF) [Punkte]
Soll-Ist-Vergleich

4 Organisatorische Effizienz der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Afrikanischen Entwicklungsbank/Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDB/AfDF) [Punkte]
Soll-Ist-Vergleich

5 Gleichstellungsindikatoren der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/International Development Association (WB/IDA) und der Afrikanischen Entwicklungsbank/Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDB/AfDF) [Punkte]
Soll-Ist-Vergleich

■ überplanmäßig erreicht
■ zur Gänze erreicht
■ überwiegend erreicht
■ teilweise erreicht
■ nicht erreicht

□ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
45.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	4	4	5	4
	IST	3	3	4	5	6	
45.4.2	ZIEL	n. v.	n. v.	7	7	7	5
	IST	6	6	1	7	7	
45.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	11	11	10	9
	IST	9	11	9	11	9	
45.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	10	10	10	10
	IST	9	10	10	11	9	
45.4.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	5	5	5
	IST	n. v.	n. v.	5	3	6	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

45.4.1 Operationelle Qualität der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/IDA (International Development Association) [Punkte]

In den zehn Subindikatoren wurden die Zielsetzungen in sechs Fällen erfüllt oder übererfüllt, während in vier Fällen die Zielsetzung nur minimal unterschritten wurde bzw. keine ausreichende Datenlage gegeben war. Die Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr stammen einerseits aus einem erhöhten Anteil von Projekten mit zufriedenstellendem Entwicklungserfolg, festgestellt durch die unabhängige Evaluierung, und andererseits aus dem effizienteren Mainstreaming von Prioritäten im Gender-Bereich. Verbesserungsbedarf gibt es offenbar nach wie vor beim Mainstreaming der Klimaagenda. In keinem Fall gab es eine glatte Nichterfüllung der Zielsetzung. Dies weist auf eine gute operationelle Qualität der Weltbank/IDA hin.

45.4.2 Organisatorische Effizienz der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/IDA (International Development Association) [Punkte]

Bei neun Subindikatoren wurden die gesetzten Ziele erfüllt oder übererfüllt. Verbesserungen gab es bei der zeitgerechten Erbringung von Wissens- und Beratungsleistungen sowie bei der Auszahlungskennzahl, die auf einer rascheren Erfüllung der jeweiligen Vorbedingungen beruhen, also einer effizienteren Interaktion der Weltbank mit den Administrationen der Empfängerländer. In sieben Fällen wurde die Zielsetzung nur geringfügig unterschritten oder lagen nicht ausreichende Daten vor. In zwei Fällen wurden die Zielsetzungen nicht erreicht. Vor allem wiegt die Verschlechterung bei der Umsetzung von Evaluierungsempfehlungen in der Gestaltung neuer Projekte schwer, denn sie ist eine Belastung zukünftiger Entwicklungserfolge. Auch war 2017 die große Organisationsreform der Weltbank-Gruppe noch nicht abgeschlossen, sodass die Messung der organisatorischen Effizienz in einigen Bereichen noch Umgestaltungsverluste zu Tage brachte. Dennoch überwiegt die Zielerreichung sehr deutlich und die Beurteilung in diesem Bereich ist klar zufriedenstellend.

45.4.3 Operationelle Qualität der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Afrikanischen Entwicklungsbank/Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDB/AfDF) [Punkte]

Bei zehn Subindikatoren liegt Zielerfüllung oder -übererfüllung vor. In drei Fällen wurde die Zielsetzung nur geringfügig unterschritten oder war die Datenlage unzureichend. Bei einem Subindikator (Zugang zu Transport) wurde das Ziel nicht erreicht. Die Differenz zum Zielzustand ergibt sich aber hauptsächlich aus schlechterer Zielerreichung in den beiden Subindikatoren zur regionalen Integration (Cross-border Transport und Cross-border Energy). Die Gründe dafür können in den objektiven Bedingungen liegen (z. B. mehr Projekte in Subregionen mit bewaffneten Konflikten) oder in einer schlechteren Leistung

der für Transport zuständigen Einheit der Bank. Dennoch wird die Gesamtleistung bei der operationellen Qualität der AfDB als deutlich zufriedenstellend bewertet.

45.4.4 Organisatorische Effizienz der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Afrikanischen Entwicklungsbank/Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDB/AfDF) [Punkte]

Bei neun Subindikatoren kam es zu einer Zielerfüllung oder -übererfüllung. In zwei Fällen wurden die Zielwerte geringfügig unterschritten oder war keine ausreichende Datenlage gegeben. In keinem Subindikator kam es zu einer glatten Nichterfüllung der Ziele. Die Verschlechterung gegenüber dem Zielzustand resultiert aus einer neutralen Bewertung (0) beim Subindikator Staff Engagement Index (im Vorjahr 1), wobei hier ebenfalls die fortgesetzte Organisationsreform mit vielen unbesetzten Leitungsstellen als Grund genannt werden kann. Die Leistung in diesem Bereich wird dennoch als deutlich positiv eingestuft.

45.4.5 Gleichstellungsindikatoren der IFIs, gemessen durch die Result Measurement Frameworks der Weltbank/International Development Association (WB/IDA) und der Afrikanischen Entwicklungsbank/Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDB/AfDF) [Punkte]

Bei allen Subindikatoren wurde die Zielsetzung erreicht. Es wurden in beiden Institutionen intern durch tatsächliche Verbesserung der Gleichstellung gute Erfolge erzielt, aber auch in den Operationen und Länderstrategien die Gender-Methodologie weiter perfektioniert. In der AfDB wirkte sich die Tätigkeit einer hochrangigen Gender-Botschafterin positiv aus. Die Bemühungen der Weltbank, in den Ländern ihren Impact auf die Verbesserung der Gleichstellung zu messen, muss aber noch als experimentell betrachtet werden. Da die Zielsetzungen in beiden Institutionen erhöht werden, kann für 2018 nicht automatisch wieder mit einer 100 %-igen Zielerreichung gerechnet werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Zielsetzungen wurden bei zwei Indikatoren leicht übererfüllt, bei zwei weiteren leicht untererfüllt und trafen in einem Fall exakt das geplante Niveau. Im Durchschnitt ergeben die erzielten Punkte eine exakte Zielerreichung. Die Schwankungen bei den individuellen Indikatoren sind als gering einzustufen, insbesondere vor dem Hintergrund des oben beschriebenen eher ungünstigen Umfeldes. Die Maßnahmen werden als richtig eingeschätzt und die hochqualifizierte österreichische Vertretung in den Boards der Institutionen zeigte gute Wirkung. Die Maßnahmen setzen auf kontinuierliche längerfristige Wirkung durch das österreichische Engagement in den IFIs.

Bundesministerium für Finanzen

UG 46

Finanzmarktstabilität

Leitbild der Untergliederung

Wir sichern die Stabilität des österreichischen Finanzsektors, der ohne staatliche Unterstützung gestärkt am Markt agiert und im internationalen Wettbewerb gut positioniert ist.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Insgesamt konnten durch die gesetzten Maßnahmen die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Schutz der österreichischen Volkswirtschaft erreicht sowie beträchtliche Störungen im Wirtschaftsleben Österreichs hintangehalten werden. Sämtliche verwertbare und werthaltige Töchtereinheiten der HETA Asset Resolution AG wurden veräußert, das Restportfolio inkl. der Hypo Italientochter soll bis 2023 bestmöglich verwertet und abgebaut werden. Am 10.4.2016 hat die Finanzmarktaufsicht (FMA) in ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde gem. Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) per Bescheid Abwicklungsmaßnahmen bei der HETA mit sofortiger Wirkung angeordnet, seither werden die Eigentumsrechte von der FMA ausgeübt. Die ÖVAG wurde in eine abzuwickelnde Abbaueinheit (immigon portfolioabbau ag) und in einen Zentralorganisationsteil, der auf das neue Spitzeninstitut übertragen wurde, aufgespalten. Der Fortschritt des Abbaus der immigon konnte im Jahr 2017 vorangetrieben werden. Bisherige Teilzahlungen auf das Genussrecht des Bundes belaufen sich auf 67,4 Mio. EUR. Aufgrund von positiven Effekten von Anleiherückkaufprogrammen kann von einem Liquidationsgewinn ausgegangen werden. Der nicht veräußerte Teil der Kommunalkredit Austria AG (KA) wurde auf die KA Finanz AG (KF) übertragen und wird mit ihr ebenfalls langfristig und wertschonend abgebaut. Die FMA genehmigte im September 2017 den Betrieb der KA Finanz AG (KF) als Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG. Der aktuelle Abbauplan sieht eine Portfolioverwertung innerhalb von zehn Jahren vor.

Wirkungsziel Nr. 1

Stabilisierung der Banken und des Finanzsektors sowie Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts

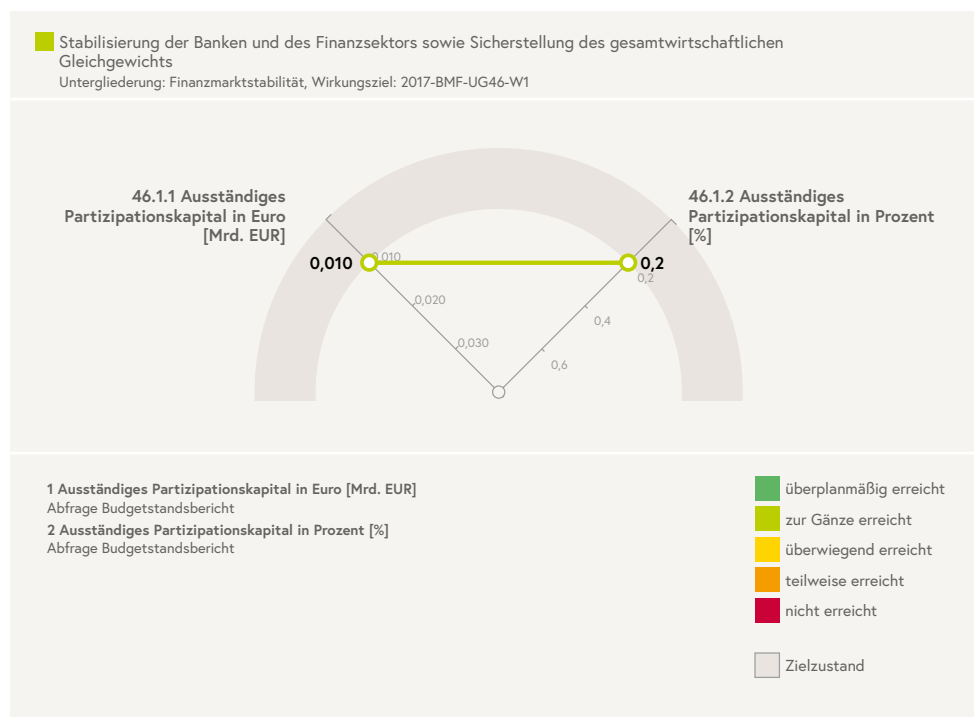


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-46-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 wurde in Österreich, wie auch EU-weit ein Bankenpaket geschnürt, das Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen für Banken und seit 2014 für Abbaueinheiten ermöglicht. Alle bisherigen Beihilfeverfahren der österreichischen Banken wurden vollständig abgeschlossen. Mit dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG), das auf der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)-Richtlinie fußt, sind seit 2015 Anteilseigner und Gläubiger vorrangig zur Verlusttragung einer in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Bank heranzuziehen. Zur Absicherung der finanziellen Solvenz des Bundeslandes Kärnten wurde 2016 ein Rückkaufprogramm landesbehafteter HETA-Schuldtitel mit einer rd. 98 prozentigen Annahmequote seitens der Gläubiger umgesetzt. Die Abbaubank KA Finanz AG (KF) und die Abbaueinheit immigon portfolioabbau ag setzen ihre Abbaustrategie fort. Der Fortschritt des Abbaus der immigon konnte im Jahr 2017 vorangetrieben werden. Die FMA genehmigte im September 2017 den Betrieb der KA Finanz AG (KF) als Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
46.1.1	ZIEL	n. v.	1,375	1,375	0,010	0,010	0,000
	IST	3,475	1,375	1,085	0,010	0,010	
46.1.2	ZIEL	80,0	29,0	29,0	0,2	0,2	0,0
	IST	72,0	29,0	23,0	0,2	0,2	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

46.1.1 Ausständiges Partizipationskapital in Euro [Mrd. EUR]

In der Restrukturierungsvereinbarung 2015 der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) wurde die Umsetzung des Zusagenkatalogs, der die Spaltung des Instituts sowie die Rückführung des staatlichen Partizipationskapitals (PS-Kapitals) vorsieht und der von der Europäischen Kommission (EK) notifiziert wurde, vereinbart. Des weiteren wurde im Verbundvertrag „neu“ u. a. auf Grund des im Jahr 2015 erneut erfolgten Kapitalschnitts (nach 2012) des staatlichen PS-Kapitals i.H.v. 96,65 % ein (besichertes) Genussrecht als Sicherheit für die vollständige Rückführung des ab der EK-Entscheidung vom 19.9.2012 noch aushaftenden PS-Kapitals i.H.v. 300 Mio. EUR vereinbart. Diese Rückführung soll spätestens im Jahr 2023 abgeschlossen sein.

46.1.2 Ausständiges Partizipationskapital in Prozent [%]

In der Restrukturierungsvereinbarung 2015 der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) wurde die Umsetzung des Zusagenkatalogs, der die Spaltung des Instituts sowie die Rückführung des staatlichen Partizipationskapitals (PS-Kapitals) vorsieht und der von der Europäischen Kommission (EK) notifiziert wurde, vereinbart. Des weiteren wurde im Verbundvertrag „neu“ u. a. auf Grund des im Jahr 2015 erneut erfolgten Kapitalschnitts (nach 2012) des staatlichen PS-Kapitals i.H.v. 96,65 % ein (besichertes) Genussrecht als Sicherheit für die vollständige Rückführung des ab der EK-Entscheidung vom 19.9.2012 noch aushaftenden PS-Kapitals i.H.v. 300 Mio. EUR vereinbart. Diese Rückführung soll spätestens im Jahr 2023 abgeschlossen sein.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Insgesamt konnten durch die gesetzten Maßnahmen die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Schutz der österreichischen Volkswirtschaft erreicht sowie beträchtliche Störungen im Wirtschaftsleben Österreichs hintangehalten werden. Sämtliche verwertbare und werthaltige Töchtereinheiten der HETA Asset Resolution AG wurden veräußert, das Restportfolio inkl. der Hypo Italientochter soll bis 2023 bestmöglich verwertet und abgebaut werden. Am 10.4.2016 hat die Finanzmarktaufsicht (FMA) in ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde gem. BaSAG per Bescheid Abwicklungsmaßnahmen bei der HETA mit sofortiger Wirkung angeordnet, seither werden die Eigentumsrechte von der FMA ausgeübt. Die ÖVAG wurde in eine abzuwickelnde Abbaueinheit

(immigon portfolioabbau ag) und in einen Zentralorganisationsteil, der auf das neue Spitzeninstitut übertragen wurde, aufgespalten. Der Fortschritt des Abbaus der immigon konnte im Jahr 2017 vorangetrieben werden. Bisherige Teilzahlungen auf das Genussrecht des Bundes belaufen sich auf 67,4 Mio. EUR. Aufgrund von positiven Effekten von Anleiherückkaufprogrammen kann von einem Liquidationsgewinn ausgegangen werden. Der nicht veräußerte Teil der Kommunalkredit Austria AG (KA) wurde auf die KA Finanz AG übertragen und wird mit ihr ebenfalls langfristig und wertschonend abgebaut. Die FMA genehmigte im September 2017 den Betrieb der KF als Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG. Der aktuelle Abbauplan sieht eine Portfolioverwertung innerhalb von 10 Jahren vor.

Wirkungsziel Nr. 2

Abdeckung der Verwertungsverluste unter der Prämisse möglichst geringer Stützungserfordernisse seitens des Bundes bei Abbaueinheiten

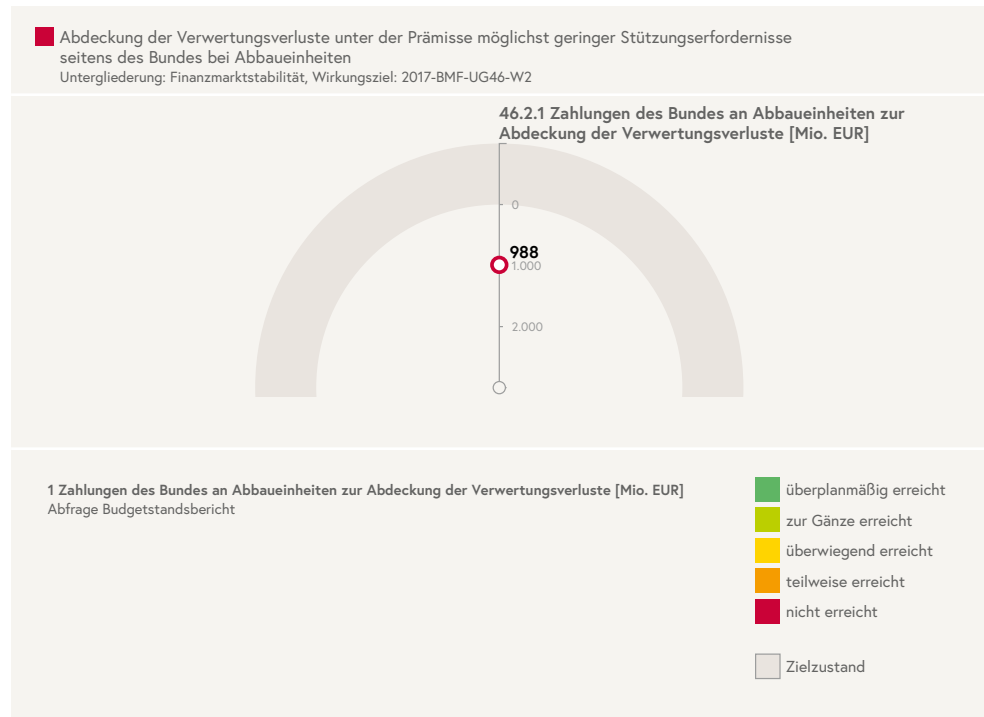
Umfeld des Wirkungszieles

Die HETA Asset Resolution AG wurde per Bescheid der FMA im März 2015 unter das Abwicklungsregime des BaSAG gestellt. Im April 2016 wurden weitere Abwicklungsmaßnahmen verhängt, u. a. eine Gläubigerbeteiligung, wodurch auch Forderungen des Bundes gegenüber der HETA geschnitten wurden. Die HETA soll bis Ende 2023 vollständig abgebaut werden. Weitere Unterstützungsmaßnahmen des Bundes sind nicht vorgesehen. Geplant war, dass die aus der Spaltung der ÖVAG hervorgehende Abbaueinheit immigon portfolioabbau ag bis Ende 2017 weitgehend abgebaut sein wird, ohne dass es weiterer Unterstützungsmaßnahmen bedarf. Im Jahresverlauf 2018 sollen plangemäß die unmittelbaren Liquidationsvorbereitungen beginnen. Der Bund rechnet mit einem positiven Liquidationserlös. Nach erfolgter Teilprivatisierung der KA im Jahr 2015 wurde der verbleibende Rest auf die KF verschmolzen und wird langfristig abgebaut.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-46-W0002.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
46.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	0	0	0	100
	IST	600	0	0	0	988	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

46.2.1 Zahlungen des Bundes an Abbaueinheiten zur Abdeckung der Verwertungsverluste [Mio. EUR]

Die Finanzmarktaufsicht genehmigte im September 2017 den Betrieb der KA Finanz AG (KF) als Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG. Zur Abdeckung möglicher Verluste der KF während des Abbauperioden wurde der KF ein nachrangiges Darlehen in Höhe von 988 Mio. EUR durch den Bund via Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ABBAG) gewährt.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Mit dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG), das auf der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)-Richtlinie fußt, sind seit Beginn 2015 Anteilseigner und Gläubiger vorrangig zur Verlusttragung einer in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Bank heranzuziehen, wodurch zukünftige Stützungsleistungen für Abbaueinheiten nur in geringem Ausmaß zu erwarten sind. Die Finanzmarktaufsicht

(FMA) als Abwicklungsbehörde gemäß BaSAG hat die Aufgabe für notleidende Banken entsprechende Maßnahmen, insbesondere Erarbeitung eines Abwicklungsplanes und eine Schuldenbeteiligung fest zu legen. Bei der immigon portfolioabbau ag wird die Abwicklung gemäß BaSAG ohne eine Schuldenbeteiligung umgesetzt. Die FMA genehmigte im September 2017 den Betrieb der Abbaubank KA Finanz AG (KF) als Abbaugesellschaft gem. § 162 BaSAG. Der aktuelle Abbauplan sieht eine Portfolioverwertung innerhalb von 10 Jahren vor.

Bundesministerium für Finanzen

UG 51

Kassenverwaltung

Leitbild der Untergliederung

Die Kernaufgabe dieser Untergliederung ist die Kassenverwaltung des Bundes, insbesondere Veranlagungen des Bundes sowie die Darstellung und Verrechnung der Rückflüsse aus der Europäischen Union.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur

www.oebfa.at

Bundesfinanzierungsgesetz

www.ris.bka.gv.at

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Beide Wirkungsziele wurden zur Gänze erreicht. Die Liquiditätsplanung wurde laufend aktualisiert. Es wurden im Jahr 2017 alle Zahlungen durchgeführt und es gab an keinem Tag im Jahr einen negativen Kontostand am Hauptkonto des Bundes. Das Kapital aus Veranlagungen wurde im Jahr 2017 zu 100 % rückerstattet, etwaige entstandene Zinsansprüche wurden in voller Höhe eingenommen. Das Zinsniveau am europäischen Geldmarkt war über das ganze Jahr 2017 hinweg negativ. Die daraus entstandenen Zinsverpflichtungen wurden geleistet.

Die Aufgaben der Untergliederung 51 sind die tägliche Planung, Vollziehung und das Monitoring der Liquidität des Bundes. Im Wege des Zahlungsverkehrs ist sicherzustellen, dass ausreichend Liquidität zur Bedienung der täglichen Zahlungen des Bundes verfügbar ist. Der Zahlungsverkehr des Bundes wird über zwei Bankverbindungen abgewickelt. Einerseits über ein Kontenpoolingsystem bei der BAWAG PSK, an welchem alle Ministerien angebunden sind, andererseits über eine Kontoverbindung bei der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Das Konto bei der OeNB wird vor allem für Finanzschuldenzahlungen verwendet.

In diesem Sinne handelt es sich bei der Untergliederung 51 in erster Linie um eine Verwaltungs-UG. Externe Faktoren (z. B. die Entwicklung auf den Kapitalmärkten) spielen hier eine untergeordnete Rolle.

Einen engen Zusammenhang gibt es zwischen der Untergliederung 51 und der Untergliederung 58. Während die Kernaufgabe der Untergliederung 51 die Kassenverwaltung des Bundes ist, ist die Kernaufgabe der Untergliederung 58 die Aufnahme und die Verwaltung der Finanzierungen des Bundes inkl. der Durchführung von Währungstauschverträgen und Portfoliorestrukturierungsmaßnahmen. Da die Ein- und Auszahlungen des Bundes im Verlauf des Jahres und auch innerhalb eines Monats oft auseinanderklaffen, müssen zu gewissen Zeiten Mittel veranlagt werden und zu anderen Zeiten Mittel kurzfristig aufgenommen werden, um die Zahlungen des Bundes zeitgerecht durchführen zu können. Die Problematik des Auseinanderklaffens der Ein- und Auszahlungen verbindet in erster Linie das Detailbudget 58.01.02 und das Detailbudget 51.01.01.

Wirkungsziel Nr. 1

Langfristige Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Bundes

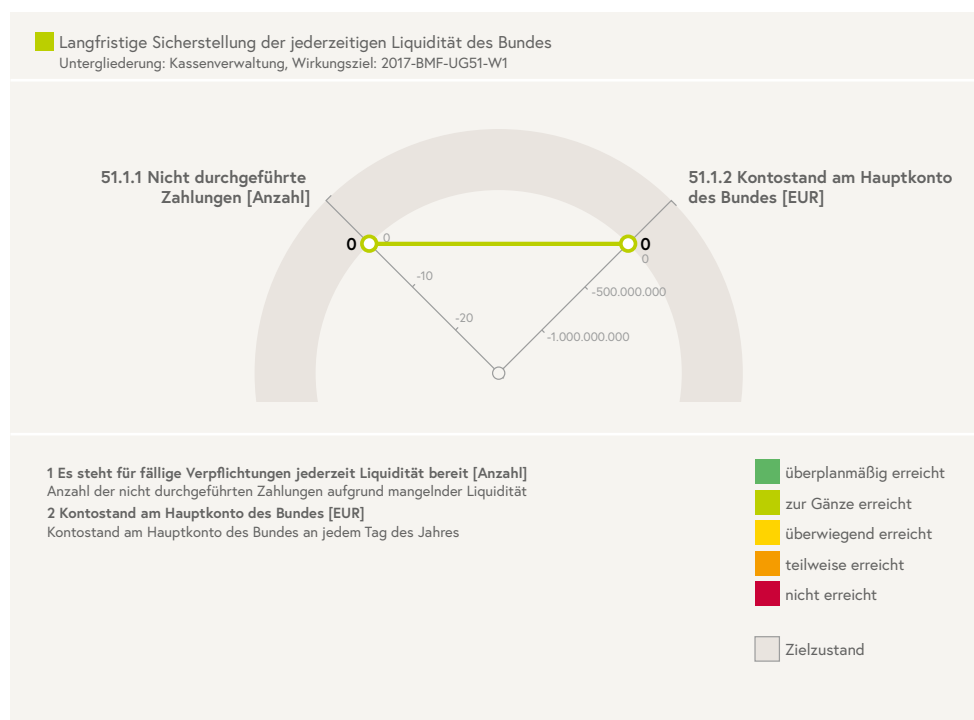
Umfeld des Wirkungszieles

Das Zinsniveau am europäischen Geldmarkt war über das ganze Jahr 2017 hinweg negativ. Der EONIA (Euro OverNight Index Average) lag im Durchschnitt bei -0,35 %, das Maximum bei -0,24 %, das Minimum bei -0,37 %. Seit 16.03.2016 beträgt der Zinssatz für eine Einlagefazilität bei der Europäischen Zentralbank -0,40 % p. a..



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-51-W0001.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
51.1.1	ZIEL	0	0	0	0	0	0
	IST	0	0	0	0	0	
51.1.2	ZIEL	>0	>0	>0	>0	>0	>0
	IST	>0	>0	>0	>0	>0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

51.1.1 Es steht für fällige Verpflichtungen jederzeit Liquidität bereit [Anzahl]

Auf Grund der vorausschauenden und laufend aktualisierten Liquiditätsplanung (Jahresplanung, Monatsplanung, Tagesplanung) konnten die Zahlungsverpflichtungen des Bundes (z. B. Ertragsanteile, Gehälter, Pensionen, Sozialausgaben) im Jahr 2017 zur Gänze durchgeführt werden. Der Bund muss jederzeit seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen können. Die Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen würde für den Bund mitunter schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen (z. B. eine Ratingverschlechterung). Da die Primärmittelleinzahlungen und Primärmittelauszahlungen im Verlauf des Jahres und auch innerhalb eines Monats oft auseinanderklaffen, müssen zu gewissen Zeiten Mittel veranlagt werden und zu anderen Zeiten Mittel aufgenommen werden (betreffend Mittelaufnahme siehe Untergliederung 58).

51.1.2 Kontostand am Hauptkonto des Bundes [EUR]

Das laufende Liquiditätsmanagement konnte sicherstellen, dass an keinem Tag im Jahr 2017 am Hauptkonto des Bundes ein negativer Kontostand ausgewiesen wurde.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Durch die vorausschauende, laufend aktualisierte Liquiditätsplanung wurde im Jahr 2017 das Wirkungsziel zur Gänze erreicht. Es wurden im Jahr 2017 alle Zahlungen durchgeführt und es gab an keinem Tag im Jahr einen negativen Kontostand am Hauptkonto des Bundes.

Wirkungsziel Nr. 2

Aufrechterhaltung der sehr hohen Kreditqualität der Kassenveranlagungen des Bundes

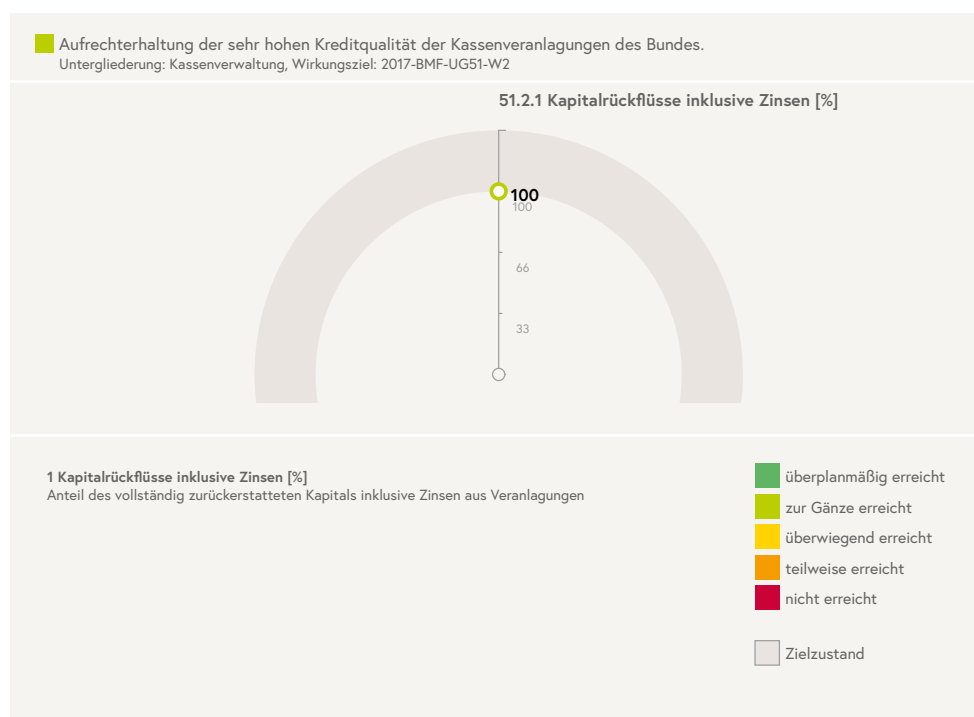
Umfeld des Wirkungszieles

Durch die nach wie vor angespannte Lage auf den Finanzmärkten stellt die Aufrechterhaltung der sehr hohen Kreditqualität bei Kassenveranlagungen des Bundes eine große Herausforderung dar.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-51-W0002.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
51.2.1	ZIEL	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	IST	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

51.2.1 Kapitalrückflüsse inklusive Zinsen [%]

Das Kapital aus Veranlagungen wurde im Jahr 2017 zu 100 % rückerstattet, etwaige entstandene Zinsansprüche wurden in voller Höhe eingekommen. Das Zinsniveau am europäischen Geldmarkt war über das ganze Jahr 2017 hinweg negativ. Die daraus entstandenen Zinsverpflichtungen wurden geleistet.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Dank der restriktiven Veranlagungspolitik und des laufenden Monitorings durch das Liquiditätsmanagement im Rahmen des verpflichtenden Regelwerks wurde das Wirkungsziel im Jahr 2017 zur Gänze erreicht. Das Kapital aus Veranlagungen wurde im Jahr 2017 zu 100 % rückerstattet, etwaige entstandene Zinsansprüche wurden in voller Höhe eingenommen. Das Zinsniveau am europäischen Geldmarkt war über das ganze Jahr 2017 hinweg negativ. Die daraus entstandenen Zinsverpflichtungen wurden geleistet.

Der Bund kontrahiert nur mit Geschäftspartnern mit hoher Bonität, um die sehr hohe Kreditqualität bei Kassenveranlagungen des Bundes aufrecht zu erhalten (inklusive Mittel, die am Konto des Bundes bei der Oesterreichischen Nationalbank gehalten werden).

Bundesministerium für Finanzen

UG 58

Finanzierungen, Währungstauschverträge

Leitbild der Untergliederung

Die Kernaufgaben dieser Untergliederung sind die Aufnahme und die Verwaltung der Finanzierungen des Bundes inkl. der Durchführung von Währungstauschverträgen und Portfoliorestrukturierungsmaßnahmen.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?67runv

Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur

www.oebfa.at

Bundesfinanzierungsgesetz

www.ris.bka.gv.at

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Beide Wirkungsziele wurden zur Gänze erreicht. Die Renditen der Republik Österreich für langfristige (ca. 10-jährige) staatliche Schuldverschreibungen lagen bezogen auf die Anzahl der Länder des Euroraumes im niedrigsten Drittel. Im Jahr 2017 wurden keine Bereitstellungsgebühren für Kreditlinien bei Banken bezahlt.

Die Aufgaben der Untergliederung 58 sind die Aufnahme und Bedienung der Finanzierungen des Bundes sowie die Durchführung von Währungstauschverträgen. Die Aufgaben werden von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) wahrgenommen. Unter Einhaltung einer risikoaversen Ausrichtung wird dem Bundesminister für Finanzen jeweils bis zum 31. Oktober eines Kalenderjahres ein Vorschlag einer Schuldenmanagementstrategie der Finanz- und sonstigen Bundesschulden einschließlich der Währungstauschverträge für die nächsten vier Jahre unterbreitet. Dieser Vorschlag enthält Korridore für Restlaufzeit und Zinsfixierungszeitraum des Finanzschuldportfolios. Ausgehend von diesem Vorschlag legt der Bundesminister für Finanzen unter Beachtung des Gebots der risikoaversen Ausrichtung gemäß § 79 Abs. 6 BHG 2013 die geschäftspolitische Ausrichtung fest. Das BFG determiniert die jährlichen Finanzierungsvolumina die zu finanzieren sind. Ein Großteil der Finanzierungen erfolgt über monatliche Bundesanleiheauktionen, wobei die Termine jeweils im Dezember des Vorjahres dem Kapitalmarkt bekannt gegeben werden. Der Bund nutzt derivative Finanzinstrumente zur Absicherung

von Wechselkursrisiken und zur Steuerung der Portfoliostruktur im Hinblick auf den Zinsfixierungszeitraum.

Die Untergliederung 58 kann als Verwaltungs-UG gesehen werden, wobei die Entwicklungen auf den Kapitalmärkten bezogen auf das Zinsniveau und die Steilheit der Zinskurven Auswirkungen mit sich bringen.

Einen engen Zusammenhang gibt es zwischen der Untergliederung 51 und der Untergliederung 58. Während die Kernaufgabe der Untergliederung 51 die Kassenverwaltung des Bundes ist, ist die Kernaufgabe der Untergliederung 58 die Aufnahme und die Verwaltung der Finanzierungen des Bundes inkl. der Durchführung von Währungstauschverträgen und Portfoliorestrukturierungsmaßnahmen. Da die Ein- und Auszahlungen des Bundes im Verlauf des Jahres und auch innerhalb eines Monats oft auseinanderklaffen, müssen zu gewissen Zeiten Mittel veranlagt werden und zu anderen Zeiten Mittel kurzfristig aufgenommen werden, um die Zahlungen des Bundes zeitgerecht durchführen zu können. Die Problematik des Auseinanderklaffens der Ein- und Auszahlungen verbindet in erster Linie das Detailbudget 58.01.02 und das Detailbudget 51.01.01.

Wirkungsziel Nr. 1

Bereitstellung der erforderlichen Finanzierungsmittel bei einer risikoaversen Grundausrichtung zu möglichst geringen mittel- bis langfristigen Finanzierungskosten



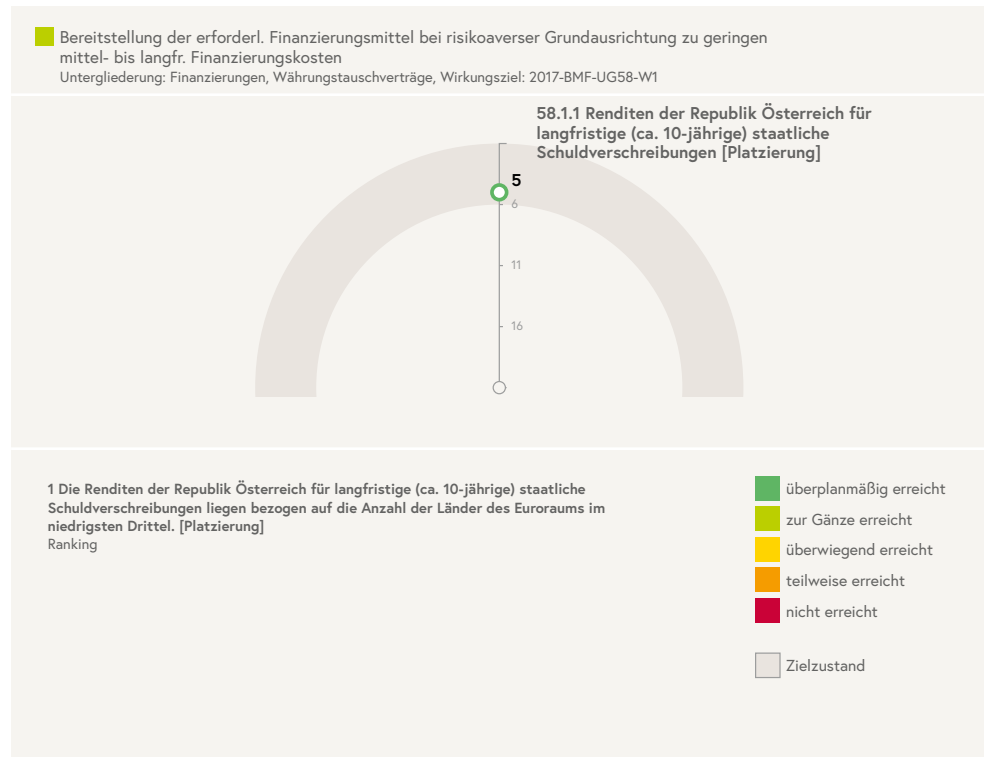
wirksamonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-58-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise in den letzten Jahren hat sich das Standing von Staaten am Finanzmarkt geändert. Österreich verfügt weiterhin über eine sehr hohe Bonität (AAA von DBRS bzw. AA+ und Aa1 von Standard & Poor's, Fitch und Moody's – alle mit stabilem Ausblick). Am Markt war das Jahr 2017 weiterhin durch ein historisch tiefes Zinsniveau gekennzeichnet, welches sich positiv auf die Schuldentragfähigkeit der Republik Österreich ausgewirkt hat.

Die Rendite für 10-jährige österreichische Bundesanleihen lag 2017 im Durchschnitt mit 0,58 % p.a. im niedrigsten Drittel der Eurozone. Der Renditeabstand zu 10-jährigen deutschen Bundesanleihen betrug im Durchschnitt 25 Basispunkte.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
58.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	6	6	6
	IST	5	5	5	6	5	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

58.1.1 Die Renditen der Republik Österreich für langfristige (ca. 10-jährige) staatliche Schuldverschreibungen liegen bezogen auf die Anzahl der Länder des Euroraums im niedrigsten Drittel. [Platzierung]

Die Renditen der Republik Österreich für langfristige (circa 10-jährige) staatliche Schuldverschreibungen lagen bezogen auf die Anzahl der Länder des Euroraumes im niedrigsten Drittel. Zurückzuführen ist das unter anderem auf die sehr hohe Bonität und das gute Standing der Republik Österreich bei den Investoren sowie auf die konservative Schuldenmanagementstrategie.

Der Zielwert ist erreicht, sobald Österreich eine Platzierung kleiner oder gleich 6 erreicht. Im Jahr 2017 lag Österreich auf dem Platz 5. In den Jahren 2013 bis 2016 lag Österreich jeweils auf Platz 5 der 19 Euroländer.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Wirkungsziel wurde zur Gänze erreicht. Die Renditen der Republik Österreich für langfristige (ca. 10-jährige) staatliche Schuldverschreibungen lagen bezogen auf die Anzahl der Länder des Euroraumes im niedrigsten Drittel.

Der Bund konnte 2017 seine Finanzierungen mit einer durchschnittlichen Verzinsung von ca. 0,43% p. a. bei einer durchschnittlichen Laufzeit von ca. 19,6 Jahren tätigen.

Die historisch günstigen Konditionen und das gute Standing Österreichs am Markt ermöglichten bei der Neuemission der 5-jährigen Bundesanleihe im September 2017 eine Kuponfestsetzung von 0% (bei einer Emissionsrendite von -0,145%). Zeitgleich wurde eine 100-jährige Bundesanleihe – die längste Benchmarkanleihe in Europa – mit einem Kupon von 2,1% begeben.

Wirkungsziel Nr. 2

Langfristige Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Bundes

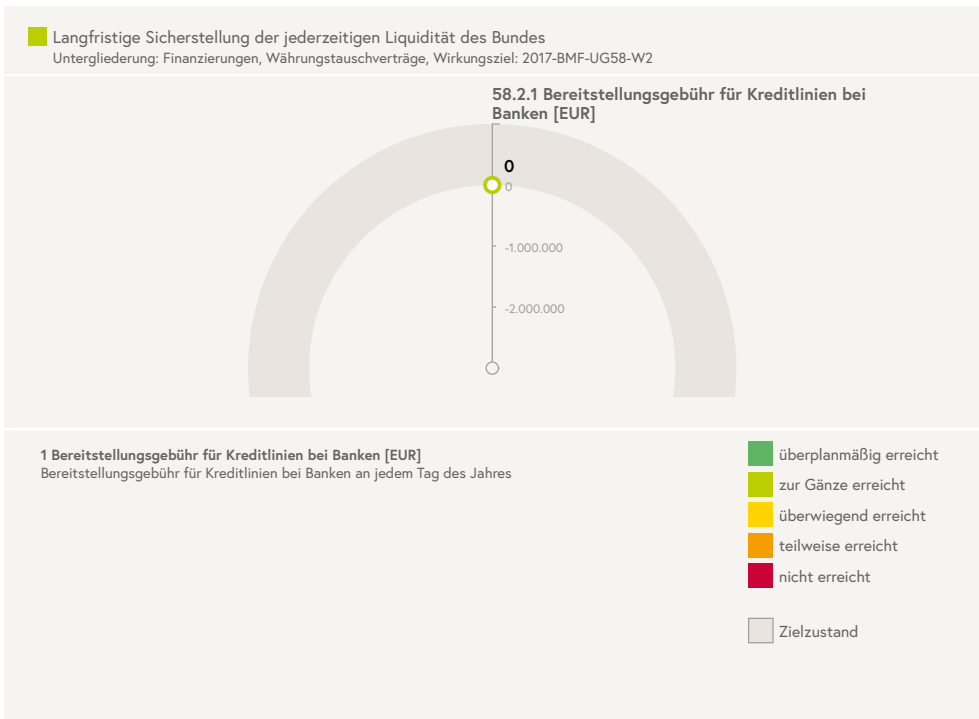
Umfeld des Wirkungszieles

Durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise in den letzten Jahren hat sich das Standing von Staaten am Finanzmarkt geändert. Österreich verfügt über eine sehr hohe Bonität. Für kurzfristige Verbindlichkeiten hat Österreich von allen vier großen Ratingagenturen das bestmögliche Rating erhalten. Am Markt war das Jahr 2017 neuerlich durch ein historisch tiefes Zinsniveau gekennzeichnet, welches sich positiv auf die Schuldentragfähigkeit der Republik Österreich ausgewirkt hat. Die Geldmarktzinsen für Austrian Treasury Bills-Emissionen waren im Jahr 2017 negativ.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMF-UG-58-W0002.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
58.2.1	ZIEL	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	IST	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

58.2.1 Bereitstellungsgebühr für Kreditlinien bei Banken [EUR]

Aufgrund der sehr hohen Bonität der Republik Österreich musste im Jahr 2017, wie schon in den Jahren davor, keine Bereitstellungsgebühr für Kreditlinien bei Banken bezahlt werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Seitens des Schuldenmanagements des Bundes werden mehrere Ansätze zur langfristigen Liquiditätssicherung verfolgt: Ausgewogenes Tilgungsprofil und somit ähnliche Refinanzierungsvolumina pro Jahr, liquide Referenzkurve von Bundesanleihen, um unterschiedliche Investorenkreise anzusprechen. Diese Maßnahmen tragen unter anderem zu einem sehr guten Rating der Republik Österreich, zu hoher Investorennachfrage und zu günstigen Finanzierungsbedingungen bei, und liefern somit einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Bundes.

Bundesministerium für Inneres

UG 11

Inneres

Leitbild der Untergliederung

Wir tragen dazu bei, Österreich zum sichersten Land der Welt zu machen. Wir bieten den Menschen Sicherheit, Hilfe und Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung. Unsere Kernleistungen in den Bereichen öffentliche Ordnung und Sicherheit, bedarfsorientierte Zuwanderung und Asyl sind ein maßgeblicher Beitrag zu Freiheit, Wohlstand und sozialem Frieden.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

OECD – Better Life Index

<http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/>

Zentrales Personenstandsregister (ZPR)

<https://www.bmi.gv.at/414/start.aspx#>

Zentrales Melderegister – ZMR

<http://www.bmi.gv.at/413/>

Ressortstrategie des BM.I INNEN.SICHER

http://www.innensicher.at/files/InnenSicher_2017_web.pdf

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

https://bundeskriminalamt.at/501/files/PKS_17_Broschuere_Web.pdf

GEMEINSAM.SICHER in Österreich

<http://www.gemeinsamsicher.at/>

Bundesministerium für Inneres

<http://www.bmi.gv.at/>

Bundeskriminalamt

<http://www.bundeskriminalamt.at/>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Sicherheit, Wohlstand, Lebensqualität und sozialer Frieden haben in Österreich hohe Wertigkeit. Die innere Sicherheit noch weiter zu verbessern, ist zentrale Aufgabe des BMI. Die Herausforderungen für die innere Sicherheit haben sich, wie auch in den letzten Jahren, nicht abgeschwächt. Zunehmende Bedrohung durch Cyberkriminalität, Extremismus und Terrorismus im europäischen Kontext, kriegerische Auseinandersetzungen, Krisen, politische Destabilisierung sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme im Umfeld der Europäischen Union haben Auswirkungen auf die innere Sicherheit Österreichs. Dazu kommt ein sich veränderndes soziales Klima durch die Nachwirkungen der Migrationskrise 2015.

Das Bundesministerium für Inneres ist mit seinen insgesamt ca. 34.700 MitarbeiterInnen Sicherheitsdienstleister Nummer eins in Österreich. Die Aufgaben reichen von der Kriminalitäts-, Terrorismus- und Korruptionsbekämpfung über Migration, Asylwesen, Krisen- und Katastrophenschutzmanagement bis hin zum Zivildienst sowie zur Durchführung von Wahlen. Das BMI ist eine moderne, kundenorientierte Institution, die Sicherheit in Österreich gestalten will. Zur qualitativen Weiterentwicklung zählt auch eine möglichst repräsentative und diverse Polizei, der Frauenanteil wird nachhaltig gesteigert und liegt im Jahr 2017 bei durchschnittlich 17%.

Trotz der unterschiedlichen zu bewältigenden Herausforderungen für die innere Sicherheit hat das BMI 2017 wichtige Erfolge bei der Erreichung seiner Wirkungsziele zu verzeichnen. Diese Erfolge sind anhand der Kennzahlen und im langfristigen Trend deutlich erkennbar und zeigen die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der strategischen Ausrichtung und damit den erfolgreichen Kurs des BMI.

Die Gesamtkriminalität in Österreich hat sich 2017 sehr positiv entwickelt, mit insgesamt 510.536 erstatten Anzeigen hat Österreich den niedrigsten Wert seit 10 Jahren verzeichnet. Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote um 4,2% auf einen Rekordwert von 50,1% gesteigert werden. Erstmals in der Geschichte Österreichs konnte die Polizei mehr als jede zweite Straftat klären.

Besonders im Bereich der Eigentumskriminalität und Gewaltkriminalität konnte ein starker Rückgang verzeichnet werden. Der Einbruchsdiebstahl in Wohnungen und Wohnhäuser ist gegenüber dem Jahr 2016 um 9% gesunken, der Diebstahl von Kraftfahrzeugen um 11,2%. In beiden Fällen stieg die Aufklärungsquote zwischen 4% und 6%. Die Anzahl an Gewaltdelikten ist ebenfalls gesunken, um 2,4% auf 42.079 Anzeigen, die Aufklärungsquote betrug hohe 85,5%.

Gewaltdelikte sind zu zwei Drittel Beziehungstaten – hier ist das Betretungsverbot nach wie vor ein wirksames polizeiliches Instrument zum Schutz von Frauen vor Gewalt im sozialen Naheverhältnis. Gefährder konnten zu über 93% nachhaltig ferngehalten werden. In weniger als 7% wurde festgestellt, dass sich Gefährder nicht an das ausgesprochene Betretungsverbot hielten. Der Weg des BMI bei der Zurückdrängung von Gewalt gegen Frauen, Minderjährige sowie Seniorinnen und Senioren auf Prävention zu setzen, konnte weiter erfolgreich beschritten werden.

Die Bedrohung unserer Cyber-Sicherheit und kritischen Infrastrukturen durch Kriminelle und staatliche Akteure wächst – durch Präventionsmaßnahmen wird hier gegengesteuert. 2017 wurde auch ein erneuter Anstieg von 28,3 % im Bereich Cybercrime verzeichnet. Die Aufklärungsquote liegt hier jedoch, angesichts der rasanten Fortschritte internetbasierter Technologien, im 3-Jahres-Schnitt auf einem konstant hohen Niveau von 41 %. Es werden zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um ein rasches und proaktives Handeln der Polizei zu gewährleisten. Mit ständiger Weiterentwicklung, Forschung und technologischem Fortschritt wird im Innenressort auf die sich teilweise rasant ändernden Kriminalitätsphänomene und volatilen Umfeldbedingungen reagiert.

Die positive Entwicklung der Sicherheitslage in Österreich zeigt sich auch am subjektiven Sicherheitsgefühl – 92 % der Bevölkerung fühlen sich sehr oder eher sicher in Österreich. Auch im gesamteuropäischen Vergleich wird Sicherheit in Österreich sehr hoch bewertet, was auch anhand der Platzierung im EU-weiten Ranking des Better Life Index (Platz 6) erkennbar ist.

Das BMI setzt hier stark auf polizeiliche Präsenz und Prävention. Im Bereich der Verkehrsraumüberwachung ist die Kontrolltätigkeit auf konstant hohem Niveau von 2,8 Millionen Kontrollstunden pro Jahr, weitere Maßnahmen insbesondere im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogramms werden gesetzt und kontinuierlich verfolgt. 2017 wurde die geringste Anzahl an Verkehrstoten seit Beginn der Aufzeichnungen registriert, obwohl der Motorisierungsgrad der Gesellschaft kontinuierlich steigt. Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden lag 2017 mit einem Wert von 34.702 deutlich unter den Vorjahreswerten und ist, insbesondere auf Grund der erhöhten Motorisierung und im Langfristtrend (2006: 39.884) positiv zu bewerten.

In Zusammenhang mit verstärkter Präventions- und Informationsarbeit in aktuellen Problemfeldern wie bspw. Cyber-Sicherheit, Gewalt- und Sexualdeliktprävention sowie Frühförderung, insbesondere auch im Rahmen der seit 1. Juni 2017 landesweit umgesetzten Initiative GEMEINSAM.SICHER, werden in der Polizei- und Präventionsarbeit neue Meilensteine gesetzt. Im Fokus stehen dabei die Nähe der Polizei zu den BürgerInnen und die gemeinsame Gestaltung der Sicherheit. Diese bürgernahe Polizeiarbeit ist geprägt durch einen regen Austausch mit den BürgerInnen sowie Kooperationspartnern, die aktiv an Lösungen von Problemen mitwirken, indem sie sicherheitsrelevante Anliegen, aber auch Vorschläge transportieren.

GEMEINSAM.SICHER in Österreich fördert den Dialog zwischen den Menschen, den Gemeinden und der Polizei. Durch eine Kommunikation aller Beteiligten auf Augenhöhe soll gemeinsam eine „Gesellschaft des Hinsehens, aber auch Handelns“ erreicht werden, dass sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das Sicherheitsvertrauen der Menschen erhöht wird.

Der technologische Fortschritt und die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft schaffen höhere Ansprüche der BürgerInnen an die öffentliche Verwaltung. Neue Formen des Informationstransfers und der Zusammenarbeit sind notwendig, um als Sicherheitsdienstleister Nummer eins in Österreich eine moderne, kundenorientierte Institution zu sein.

Der Einsatz neuer Medien ermöglicht es, Dienstleistungen über den traditionellen Weg hinaus einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, 80 % der Leistungen werden derzeit direkt für BürgerInnen erbracht. Die Registeranwendungen des BMI wie das Zentrale Melderegister oder das Zentrale Personenstandsregister werden auf Grund der hohen Nachfrage kontinuierlich ausgebaut und optimiert um einen flexibleren Zugang zu den diversen Services des BMI zur Verfügung zu stellen. Zudem werden zahlreiche Meldestellen und Informationsportale angeboten um die BürgerInnen bestmöglich über diverse sicherheitsrelevante Themen zu informieren und zu beraten. Der Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BMI liegt konstant über 90 %.

Die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags zur Stärkung des sozialen Friedens benötigt kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine umfassende Personalentwicklung in Verbindung mit einer Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung, eine nachhaltige und moderne IT-Ausstattung sowie die effiziente Bereitstellung der Ressourcen und Konsolidierung der zentralen Aufgaben- und Arbeitsorganisation ist hier der Schlüssel für weitere Erfolge.

Wirkungsziel Nr. 1

Aufrechterhaltung des hohen Niveaus der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Österreich, insbesondere durch bedarfsorientierte polizeiliche Präsenz, Verkehrsüberwachung, Schutz kritischer Infrastrukturen und internationale Kooperation



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMI-UG-11-W0001.html

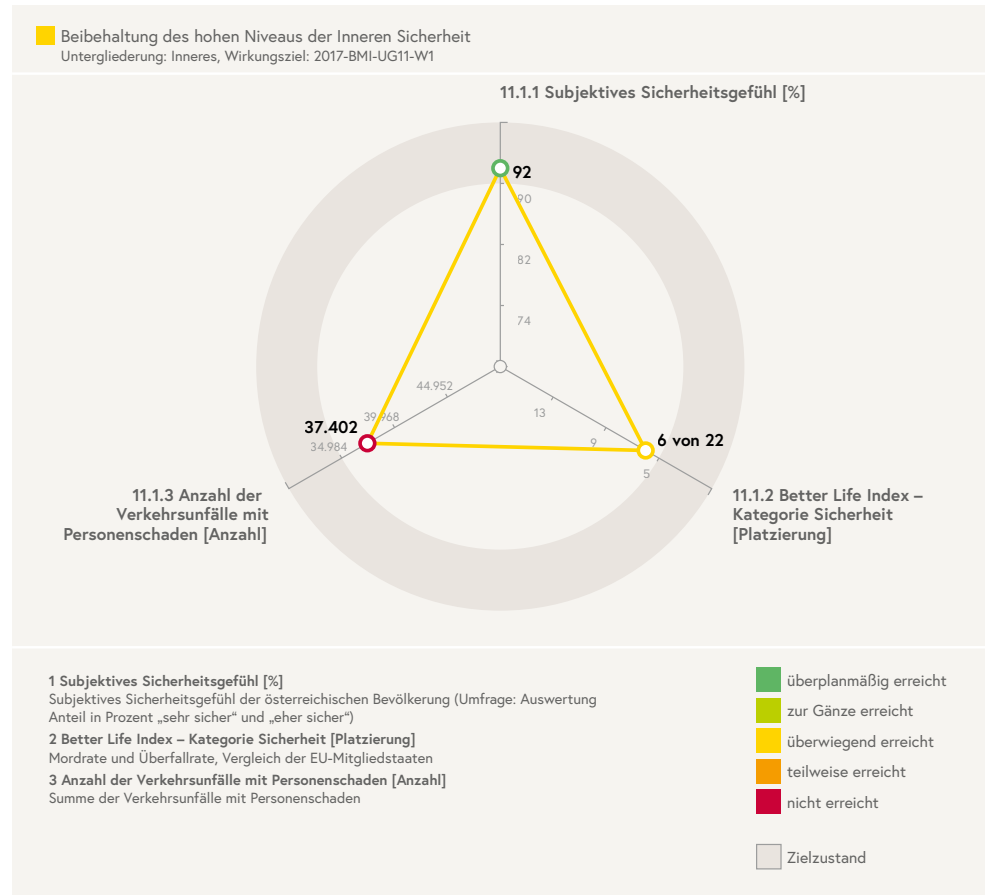
Umfeld des Wirkungszieles

Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt, dennoch stellt das zum Teil instabile sicherheitspolitische Umfeld Europas die innere Sicherheit der Europäischen Union und damit auch Österreichs vor große Herausforderungen. Der Bereich Cyber-Kriminalität, Extremismus bzw. Terrorismus und auch illegale Migration sind hier als zentrale Punkte anzuführen.

Durch die rasant wachsende Digitalisierung der Gesellschaft steigt die Abhängigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien. Das eröffnet zahlreiche neue Betätigungsfelder für Kriminelle und macht die österreichische Gesellschaft und deren kritische Infrastrukturen vulnerabel gegen Cyber-Kriminalität und Attacken in jeder Form. Dieses Umfeld ist durch die ständige Weiterentwicklung hoch volatil und erfordert ständige Weiterentwicklung in diesem Bereich. Die statistische Auswertung zeigt seit 2015 einen jährlichen Anstieg von + 30 % der Anzeigen im Bereich Cybercrime. Soziale Konflikte, unter anderem beeinflusst durch mangelhafte Integration, fördern die Polarisierung der Gesellschaft und damit auch die Neigung zu nationalistischem oder extremistischem Gedankengut. Diese Situation kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden bedrohen. Seit einigen Jahren stellt der islamistische Extremismus – insbesondere der Terrorismus dschihadistischer Prägung – auf globaler bzw. europäischer Ebene ein permanentes und gegenwärtig großes Gefährdungspotenzial

für die liberaldemokratischen Gesellschaften dar. Das bedeutet auch für Österreich eine erhöhte abstrakte Gefährdungslage hinsichtlich terroristischer Bedrohung. Das islamistisch-extremistische Spektrum umfasst unzählige Gruppen, die regional oder transnational aktiv sind. Im Fokus stehen terroristische Organisationen wie der sogenannte „Islamische Staat“ (IS), al-Qaida (AQ) oder mit diesen affillierte bzw. von diesen inspirierte Gruppen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
11.1.1	ZIEL	>80	>90	>90	>90	>90	>90
	IST	93	92	88	92	92	
11.1.2	ZIEL	<10	<5	<5	<5	<5	<5
	IST	7 von 21	7 von 21	5 von 21	n. v.	6 von 22	
11.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	35.797	34.984	34.170
	IST	38.502	39.957	37.960	38.466	37.402	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

11.1.1 Subjektives Sicherheitsgefühl [%]

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung liegt weiterhin auf konstant hohem Niveau bei 92% jener Personen, die angegeben haben sich „sehr sicher“ oder „eher sicher“ zu fühlen.

11.1.2 Better Life Index – Kategorie Sicherheit [Platzierung]

Österreich hat 2017 im EU-weiten Ranking des Better Life Indexes der OECD Platz 6 in der Dimension Sicherheit erreicht, was einen leichten Abfall gegenüber 2015 darstellt.

Die Bewertung ergibt sich aus der Auswertung des Sicherheitsgefühls am nächtlichen Heimweg (Umfrage des Gallup World Poll) und der Mordrate. In absoluten Zahlen lässt sich nur eine leichte Veränderung in der Bewertung des Sicherheitsgefühls in Österreich (2015: 81,2%, 2017: 80,7%) feststellen, die Mordrate ist mit 0,4 pro 100.000 Personen auf konstant niedrigem Niveau. Der 6. Platz ergibt sich demnach daraus, dass die restlichen Staaten beim Sicherheitsgefühl etwas zugelegt haben, wobei der Wertebereich grundsätzlich zwischen 80% und 86% liegt.

Ergänzend dazu ist zu sagen, dass – auch im Hinblick auf die nationale Umfrage zur Subjektiven Sicherheit – sich ÖsterreicherInnen in Österreich sehr sicher fühlen.

11.1.3 Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden [Anzahl]

Der Zielwert, festgelegt durch das Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020, wurde sehr ambitioniert gesetzt und konnte 2017 mit 37.402 nicht erreicht werden, liegt jedoch deutlich unter dem Vorjahreswert (2016: 38.466). Seitens des BM.I wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzt – die Kontrolltätigkeit wurde verstärkt mit dem Ziel die sichtbare Präsenz an unfallträchtigen oder gefährlichen Stellen zu verstärken. Durch punktgenaue Maßnahmen liegt das verkehrspolizeiliche Management weiterhin auf hohem Niveau. Konkret wurden 5,2 Millionen Geschwindigkeitsübertretungen geahndet, 1,7 Millionen Alkoholtests durchgeführt, insgesamt 220.000 Verstöße gegen die Gurtpflicht, Telefonieren am Steuer und Kindersicherung angezeigt. Die verkehrspolizeiliche Kontrolldichte lag bei 2,8 Millionen Kontrollstunden auf Österreichs Straßen. Die Kontrolltätigkeit zeigt Wirkung, externe Faktoren wie Straßenverhältnisse und -beschaffenheit bzw. Witterungsbedingungen beeinflussen die Unfallzahlen maßgeblich.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Ziel seit 1. Juni 2017 landesweit umgesetzten Initiative GEMEINSAM.SICHER ist es als Gesellschaft des Hinsehens und aktiven, verantwortungsvollen Handelns die Sicherheit zu fördern. Der Erfolg zeigt sich an der Entwicklung der Kennzahl „Subjektives Sicherheitsgefühl“ – dieses ist auf konstant hohem Niveau – bei 92% gefühlter Sicherheit der Bevölkerung in Österreich. Auch im EU-weiten Ranking des Better Life Index liegt Österreich auf Platz 6, wobei zwischen den vorderen Platzierungen nur geringfügige Unterschiede liegen – das Sicherheitsgefühl, in diesem Fall gemessen an der Mordrate bzw. des Sicherheitsgefühls am nächtlichen Heimweg in Österreich ist auch hier auf einem konstant hohem Niveau von 80%.

Die Polizei will zukünftig noch mehr und aktiv auf die Menschen zugehen und mit ihnen in Verbindung stehen. Aus der bürgernahen Polizeiarbeit und den regelmäßigen Vernetzungstreffen mit den Sicherheitspartnern werden von der Polizei anstehende Probleme aufgegriffen und bilden immer dann die Grundlage von Sicherheitsforen, wenn Probleme nicht nur mehrere Teilnehmer/Sicherheitspartner tangieren, sondern eine Problemlösung lediglich durch eine gemeinsame Zielsetzung der Involvierten, einer konstruktiven Maßnahmenverteilung und schlussendlich einer Umsetzung im jeweiligen Zuständigkeitsbereich bewirkt werden kann. Ziel ist es, die gewonnenen Erkenntnisse in zukünftig gleiche bzw. ähnlich gelagerte Problemstellungen einfließen zu lassen.

Ebenso werden Präventionsveranstaltungen stark nachgefragt und durchgehend sehr positiv aufgenommen – laufende Bewertungen der Präventionsveranstaltungen zu Cyber-Sicherheit und kritischen Infrastrukturen ergeben eine Note von 1,2 auf einer Skala von eins bis vier.

Im Bereich der Verkehrsunfallentwicklung liegen ebenfalls positive Ergebnisse für 2017 vor. 2017 wurde mit 414 Verkehrstoten die niedrigste Anzahl seit Beginn der Aufzeichnung 1950 registriert, seit 2013 ist Österreich fünf Jahre in Folge unter dem Schwellenwert von 500 Verkehrstoten pro Jahr. Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden lag 2017 mit einem Wert von 37.402 deutlich unter den Vorjahreswerten und ist im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl an zugelassenen KFZ– der Motorisierungsgrad in Österreich beträgt gem. Statistik Austria 555 Pkw pro 1.000 Einwohner – positiv zu sehen. Im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogramms wurden bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, insbesondere wurde die Kontrolltätigkeit verstärkt – verkehrspolizeiliche Kontrollstunden liegen auf konstant hohem Niveau von 2,8 Mio. Stunden, Kontrolltätigkeit zeigt Wirkung. Externe Faktoren (Straßenverhältnisse, Witterungsbedingungen) beeinflussen die Unfallzahlen maßgeblich.

Sicherheitsrisiken, die ihren Ursprung im Ausland haben, haben ebenfalls einen großen Einfluss auf die Lage der inneren Sicherheit in Österreich. Transnationale organisierte Kriminalität, die Mobilität der Tätergruppen, internationaler Terrorismus, Cyberkriminalität sind hier einige Problemfelder die es in diesem Zusammenhang besonders zu berücksichtigen gilt. Um erfolgreich zu sein, muss sich das BMI über die Landesgrenzen hinaus vernetzten und intensiven Austausch führen. Die laufenden und novellierten Kooperationen Österreichs mit Staaten der EU, Drittstaaten und internationalen Organisationen haben sich von 355 auf 358 erhöht. Der Anteil der Destina-

tionen der Verbindungsbeamten in den TOP-20 Herkunftsnationen von Tatverdächtigen und Asylwerbern liegt konstant auf 75 %, als neue Destination wurde die Ukraine aufgenommen. Verschiebungen in der Struktur der Herkunftsländer bzw. weitere strategische Gesichtspunkte beeinflussen die laufende Entsendung von Verbindungsbeamten – der überwiegende Anteil liegt hier jedoch in den Hotspots der Herkunftstaaten von Tatverdächtigen und Asylwerbern. Insgesamt werden 29 Destinationen betreut, Schwerpunktregion der Entsendung von Sicherheitsattachés sind die Staaten des Westbalkans und Staaten wie Jordanien, Georgien, Marokko und Griechenland.

Wirkungsziel Nr. 2

Sicherstellung einer nachhaltigen Bekämpfung der Kriminalität in Österreich

Umfeld des Wirkungszieles

Die Kriminalitätsentwicklung verläuft immer dynamischer, Kriminelle verlagern ihre Betätigungsfelder bzw. diese ändern sich in immer kürzeren Intervallen. Kriminalität entwickelt sich global, über Landesgrenzen hinaus. Dies erfordert flexible Gegenstrategien. Neben den klassischen Herausforderungen der Massenkriminalität, der Gewalt gegen Leib und Leben und der Eigentumskriminalität, sind Phänomene wie Cyber- und Wirtschaftskriminalität konsequent zu bekämpfen. Politisch und weltanschaulich motivierte Kriminalität, die sich in Extremismus und Terrorismus niederschlägt, stellt ebenfalls eine Bedrohung für die Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung dar. Die Aufrechterhaltung einer hohen objektiven und subjektiven Sicherheit durch Stärkung der Präventions- und Informationsarbeit sowie eine effektive, effiziente und zeitgemäße Kriminalitätsbekämpfung steht hier an erster Stelle.

Die Entwicklung der Kriminalität in Österreich kann anhand von Zahlen der Kriminalstatistik beobachtet werden. Hier ist ein tendenzieller Rückgang der Gesamtkriminalität zu verzeichnen (- 5,1% 2017) jedoch ein starker Anstieg im Bereich Cyber-Kriminalität (+ 28,3 %). Dieser Anstieg zeigt deutlich die Verlagerung von Kriminalität in den Cyberraum – hier wird Cyberkriminalität im engeren Sinn: Straftaten, die an IT-Systemen oder Daten, ebenso wie die steigende Nutzung des Darknets, Internetbetrug, Erpressungen im Internet, Kinderpornographie und die Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen verstanden. Aufgrund der rasant wachsenden digitalen Vernetzung zwischen Menschen, Maschinen („Internet der Dinge“) und Organisationen steigt die Abhängigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese Abhängigkeit macht unsere Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft verletzbarer gegenüber Cyber-Angriffen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure.

Die Täterstruktur ändert sich laufend, was man unter anderem anhand der Entwicklung der inländischen und fremden Tatverdächtigen erkennen kann. In vielen bedeutenden Deliktsbereichen stammen Tatverdächtige überwiegend aus dem Ausland, insbesondere Eigentumsdelikte werden von internationalen Tätergruppen begangen, organisierte grenzübergreifende Kriminalität nimmt zu, hier ist besonders die

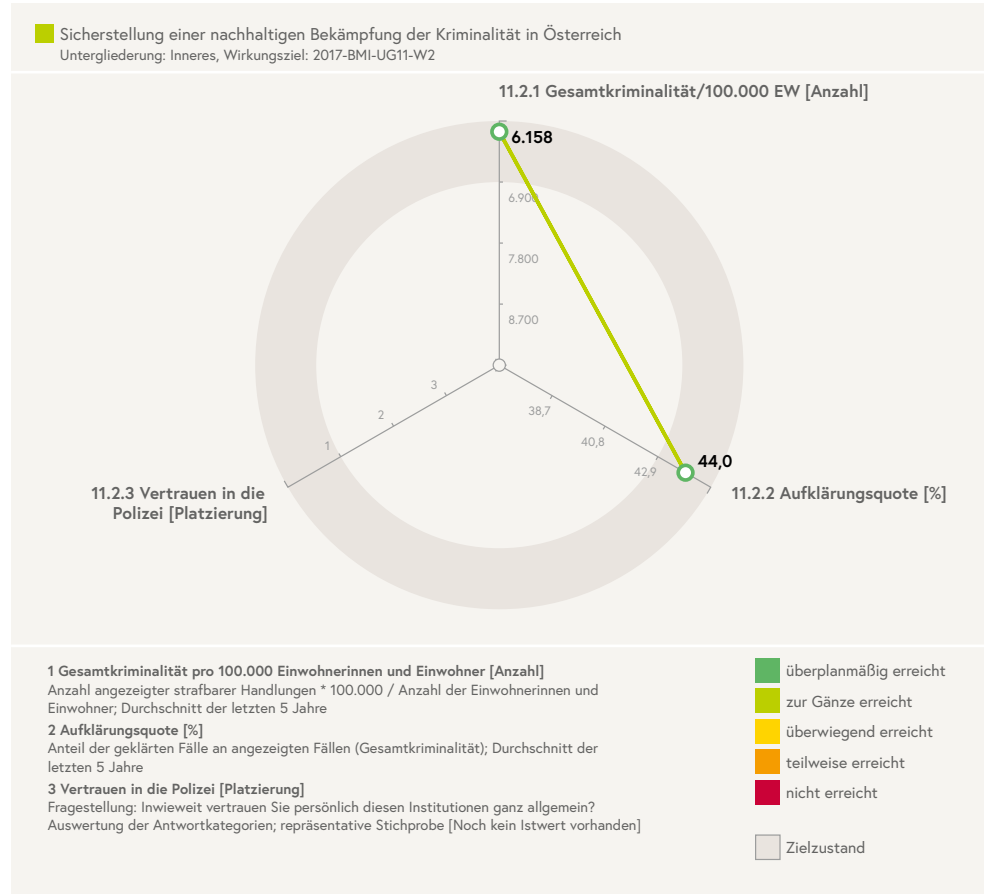


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMI-UG-11-W0002.html

internationale Zusammenarbeit und Polizeikooperation ein wichtiges Standbein in der effektiven Kriminalitätsbekämpfung.

Die Schließung der Balkanroute und das Abkommen mit der Türkei führten zu einer Reduktion der Migrationsströme. Verbunden mit der hohen Kontrolldichte und international koordinierter Ermittlungstätigkeit konnte Schlepperei erfolgreich zurückgedrängt werden. Aus diesem Grund sind die EU-Außengrenzen weiterhin wirkungsvoll zu schützen, ein sinnvolles und restriktives Grenzmanagement ist hier gefordert.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
11.2.1	ZIEL	<7.900	<7.000	<7.000	<6.900	<6.900	<6.200
	IST	6.582	6.408	6.348	6.299	6.158	
11.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	>42,8	>42,9	>43,0
	IST	42,0	42,7	43,2	43,7	44,0	
11.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1,00	≥75,00	≥75,00
	IST	n. v.	1	n. v.	1	n. v.	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

11.2.1 Gesamtkriminalität pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner [Anzahl]

Die Kennzahl zeigt die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung an und wird als Häufigkeitskennzahl pro 100.000 Einwohner für ein bestimmtes Jahr angegeben. An der Entwicklung der Kennzahl kann man den langfristigen kontinuierlichen Trend des Rückgangs angezeigter strafbarer Handlungen erkennen. Das Ziel 2017 konnte zur Gänze erreicht werden.

11.2.2 Aufklärungsquote [%]

Die Aufklärungsquote im Durchschnitt von fünf Jahren hat sich, wie in den vorangegangenen Jahren positiv entwickelt, das Ziel konnte zur Gänze erreicht werden.

11.2.3 Vertrauen in die Polizei [Platzierung]

Diese Kennzahl wurde 2017 nicht mehr durch das GfK-Institut erhoben. Ab 2018 ist die Neuvergabe der Studie zur Subjektiven Sicherheit geplant, in welche auch die Umfrage zum Vertrauen in die Polizei inkludiert wird. In vorangegangenen Erhebungen lag die Polizei stets auf dem Spitzenplatz unter den genannten Institutionen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Wirksame Vorbeugung und Bekämpfung von Kriminalität sind der Schlüssel zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in Österreich. Kriminalität verändert sich laufend und erfordert flexible Gegenstrategien. Massenkriminalität, Gewalt- und Eigentumskriminalität und insbesondere Phänomene wie Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität werden konsequent bekämpft.

2017 wurden in Österreich 510.536 Anzeigen erstattet, das bedeutet einen Rückgang um 27.256 Anzeigen oder um 5,1% im Vergleich zu 2016. Im langfristigen Zahlenvergleich sind die Anzeigen seit 2010 konstant niedrig, in den Jahren davor lagen sie immer deutlich über 570.000. 2017 war somit auch die niedrigste Anzeigenzahl der letzten zehn Jahre zu verzeichnen. Schwerpunkte liegen dabei vor allem in den Landeshauptstädten und an den Hauptverkehrsrouten bzw. in dichten Industrie- und Gewerbebezonen. Die größten Kriminalitätsfelder sind Wirtschaftsdelikte, Gewaltdelikte und auch verstärkt Delikte im Bereich Cyber-Crime. Hier ist der größte Anstieg mit + 28,3% in der Anzeigenstatistik zu verzeichnen.

Mit 50,1% konnte 2017 die höchste Aufklärungsquote der letzten zehn Jahre in Österreich erzielt werden. Seit dem Jahr 2010 liegt sie konstant über 40 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr 2016 konnte sie um 4,2% und im Vergleich zum Jahr 2008 um 11,9% gesteigert werden.

Zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung werden vor allem in den Hauptkriminalitätsfeldern, insbesondere im Bereich der Bekämpfung von Cyber-Kriminalität, Eigentumschutz, illegale Migration bzw. Schlepperei und Korruptionsprävention Maßnahmen zur Stärkung der präventiven und repressiven Mechanismen gesetzt. Der Bereich Gewaltprävention wird unter Wirkungsziel 3 näher erläutert.

Die Bekämpfung der Eigentumskriminalität insbesondere der Wohnungs- und Wohnhauseinbrüche wurde konsequent weiterverfolgt. Die Qualität der Tatortarbeit konnte weiter verbessert werden – 33,5% der daktyloskopischen Spuren bei Eigentumskriminalität mit verstärkter Eingriffsintensität waren für eine Zuordnung brauchbar. Dieser Standard soll gehalten werden durch Investitionen in technische Ausrüstung und Forschung & Entwicklung und internationale Vernetzung. Bei den nationalen und internationalen Treffern in Spurendatenbanken wurden im Jahr 2017 insgesamt 12.219 Treffer erzielt. Präventions- und Informationsarbeit ist insbesondere durch die Initiative GEMEINSAM. SICHER stark im Fokus – 2017 wurden im Bereich Eigentumskriminalität 18.602 Präventionsveranstaltungen bzw. -gespräche geführt. Ein starker Rückgang bei den Wohnraumeinbrüchen und KFZ-Diebstählen zeigt, dass die Maßnahmen zur Polizeipräsenz, Prävention und Tatortarbeit Wirkung haben.

Auch im Bereich Korruptionsprävention mit dem Ziel u. a. Netzwerke für organisierte und schwere Kriminalität frühzeitig zu schwächen, werden Erfolge erzielt. 2017 wurden 91,5% der Ermittlungsverfahren im Bereich Korruption abgeschlossen, diese machten einen geringen Anteil an der Gesamtkriminalität von 0,29 % aus.

Cybercrime ist ein globales Phänomen und kein Land kann sich von diesen weltweiten Entwicklungen abschirmen. Neue Technologien eröffnen dabei für Kriminelle weitere Angriffsziele. Im Bereich Cyber-Kriminalität ist erneut ein Anstieg der Anzeigen (2017: +28,3%, 2016: +30,9%) zu verzeichnen. Die Aufklärungsquoten sind mit 38,5% im Jahr 2017 und 38,7% im Jahr 2016 relativ hoch – das zeigt sich besonders im aktuellen 3-Jahres Durchschnitt mit 41%.

Um auf die stetig steigende Cyberkriminalität Antworten geben zu können, wird, neben ergebnisorientierten Präventionsmaßnahmen, das Cybercrime-Competence-Center (C4) im BK als moderne High-Tech-Crime-Unit ausgebaut. Grundlagenarbeit generiert In-House-Expertise, die innerhalb der Polizei in alle Einheiten weitergegeben wird. Ein zusätzliches technisches Kompetenzzentrum für Darknet und Kryptowährungen zur operativen Tätigkeit inkl. mobiler Ermittlungsteams und operative Unterstützungseinheiten kommen in Einsatz. Eine standardisierte technische Ausbildung für Cybercrime-SpezialistInnen in den Regionen soll dazu beitragen, dass umgehend die richtigen Erstmaßnahmen und Ermittlungsschritte gesetzt werden.

Kriminalitätsphänomene zeichnen sich durch eine verstärkte internationale Komponente aus. Neben internationaler Vernetzung im Bereich Sicherheit ist auch eine gemeinsame, vor allem intereuropäische Kriminalitätsbekämpfung ein wichtiges Ziel. Durch eine Vielzahl von Projekten und technischen Maßnahmen wird die österreichische Polizei in Zukunft weltweit verfügbare Informationen im Streifen- und Ermittlungsdienst vor Ort zur Verfügung stellen. Das Auslandsengagement des BMI wird verstärkt verfolgt – die Entsendung von BeamtInnen im Rahmen von FRONTEX, Grenzschutz, Streifen etc. betrug 2017 33.128 Tage, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 15%.

Wirkungsziel Nr. 3

Verbesserter Schutz vor Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Minderjährige



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMI-UG-11-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Gewalt tritt in allen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen in den verschiedensten Ausprägungen auf. In den meisten Fällen besteht eine Beziehung zwischen Täter und Opfer, zwei Drittel der Gewalttaten sind Beziehungstaten. 2017 waren es in Österreich 62,8%, das entspricht 22.990 Fällen insgesamt. Laut Weltgesundheitsorganisation ist Gewalt in der Privatsphäre eines der weltweit größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder. Wenn die Polizei hinzugerufen wird, das Opfer oder deren Umfeld sich für eine Meldung an die Polizei entscheidet oder eine konkrete Gefährdungssituation vorliegt, liegt hier oft schon eine lang andauernde Leidensgeschichte dahinter. Gerade hier besteht für die gesamte Gesellschaft eine große Verantwortung aber auch Chance, Verletzungen durch Gewalt in der Familie oder im sozialen Nahbereich zu erkennen und entsprechend zu reagieren, um somit weitere Gewalt möglichst verhindern zu können.

2017 gab es um 2,4% weniger Anzeigen im Bereich der Gewaltdelinquenz in Österreich als 2016. Die Aufklärungsquote betrug 85,5%, was eine Steigerung um 1,6% im Vergleich zu 2016 und somit den höchsten Wert der letzten zehn Jahre bedeutet.

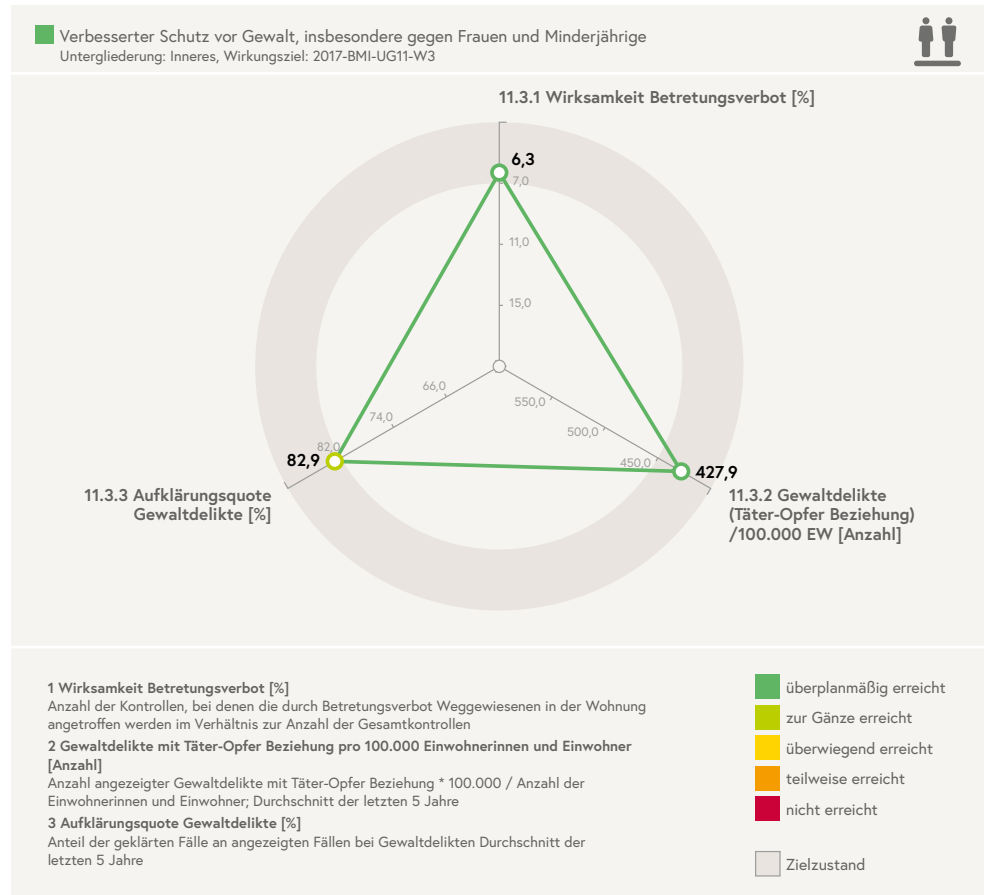
- Stark zugenommen hat der Einsatz von Hieb- und Stichwaffen bei Gewaltdelikten. 2017 wurden bereits 1.060 Anzeigen registriert, 2008 waren es noch 272.
- Im Jahr 2017 ist die Zahl der vollendeten Tötungsdelikte (§§ 75, 76 und 79 StGB) um 17,4 Prozent gestiegen. Nach dem historisch niedrigsten Niveau des Jahres 2014 (38) ist die Zahl der Anzeigen 2015 (39) und auch 2016 (46) gestiegen. Die Aufklärungsquote lag bei hohen 90,7 Prozent.
- Die Zahl der vorsätzlichen Körperverletzungen ist 2017 um 2,7% auf 39.125 Anzeigen gesunken. Der Großteil der Delikte war zwischen Inländern zu verzeichnen, diese Zahl ist aber stark rückgängig. Die Zahl der Körperverletzungen zwischen fremden Tätern und fremden Opfern steigt seit 2016 an.
- Die Zahl der Anzeigen wegen ausgewählter Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung (§§ 201, 202, 205, 206, 207, 207a und 207b StGB) ist 2017 um 0,7% leicht angestiegen und liegt 2017 bei 2.750 Anzeigen. Die Aufklärungsquote lag bei hohen 86,1%.

Gewaltprävention und -bekämpfung darf nicht nur die alleinige Aufgabe der Exekutive sein. Da eine übergreifende Zusammenarbeit aller Akteure unerlässlich ist, müssen die Ziele und Strategien, die Prozesse und Strukturen sowie die Fähigkeiten und Mittel der betreffenden Akteure unter Einbeziehung der Bürger systematisch aufeinander abgestimmt, miteinander verbunden und aktiv gestaltet werden. Dabei geht es um innovative Partnerschaften mit Betroffenen aus der Wirtschaft, Wissenschaft, den Interessenvertretungen und die stärkere Einbeziehung der BürgerInnen in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung. Für

das BMI stellt die Bekämpfung von Gewalt insbesondere gegen Frauen eine hohe Priorität dar. Hier wird der Fokus vor allem im Bereich Präventionsarbeit verstärkt.

Der Dialog mit BürgerInnen im Rahmen der Initiative GEMEINSAM.SICHER, Präventions- und Informationsarbeit sollen das Sicherheitsvertrauen stärken.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
11.3.1	ZIEL	≤10	≤7	≤7	≤7	≤7	≤7
	IST	6,5	7,2	7,7	4,6	6,3	
11.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	≤450	≤450	≤430
	IST	444,5	439,5	446,8	428,1	427,9	
11.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	≥82	≥82	≥83
	IST	81,2	81,9	82,3	83,3	82,9	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

11.3.1 Wirksamkeit Betretungsverbot [%]

Das Betretungsverbot als Instrument zum Schutz von Frauen vor Gewalt im sozialen Naheverhältnis lag 2017 etwas höher als 2016. Bei knapp sechs Prozent der Kontrollen wurde der Gefährder wieder angetroffen. Das Betretungsverbot wurde ab September 2013 auf Schulen, institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen und Horts ausgeweitet und kann ab 2016 auch unabhängig von einem Betretungsverbot für eine Wohnung oder ein Wohnhaus für diese Einrichtungen ausgesprochen werden.

11.3.2 Gewaltdelikte mit Täter-Opfer Beziehung pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner [Anzahl]

Die Anzahl an Gewaltdelikten mit Täter-Opfer-Beziehung berechnet auf 100.000 Einwohner beträgt im 5-Jahresvergleich 427,9 – der Zielwert wurde überplanmäßig erreicht.

11.3.3 Aufklärungsquote Gewaltdelikte [%]

Die Aufklärungsquote bei Gewaltdelikten im 5-Jahresvergleich liegt bei 82,9 %. Die Aufklärungsquote ist damit annähernd ident mit den durchschnittlichen Aufklärungsquoten der letzten 10 Jahre (im 5-Jahresvergleich).

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Österreich zeichnet sich durch ein enges soziales Netz aus, das zahlreiche Hilfestellungen bietet. Durch ein noch engeres Zusammenspiel aller Akteure soll es gelingen, Gewalt nicht ungesehen zu lassen, etwaige Anzeichen frühzeitig zu erkennen und die richtigen SpezialistInnen einzubeziehen. Auch für die Polizei gilt es eine noch größere Sensibilisierung für das Erkennen und den richtigen Umgang mit Gewalt und eine ständige Weiterentwicklung in diesem Bereich zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist die Studie „EinSatz – Interventionen im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes unter besonderer Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen“ zu nennen, die unterschiedliche Herangehensweisen im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen während eines Einsatzes mit häuslicher Gewalt analysiert. Die Arbeit der Polizei ist ein Puzzlestück in dem Gesamtkonzept zur Verhinderung von Gewalt. Der Know-how- und Wissenstransfer bietet große Chancen.

Die Aufrechterhaltung einer hohen objektiven und subjektiven Sicherheit durch Stärkung der Präventions- und Informationsarbeit sowie eine effektive, effiziente und zeitgemäße Kriminalitätsbekämpfung zeigen Wirkung. Die Deliktszahlen gehen kontinuierlich zurück, 2017 gab es um 2,4 % weniger Anzeigen im Bereich der Gewaltkriminalität in Österreich als 2016. Konkret ist sie im Vergleich zum Vorjahr um 1.019 Anzeigen auf 42.079 gesunken. Die Aufklärungsquote betrug 85,5 %, was eine Steigerung um 1,6 % im Vergleich zu 2016 und somit den höchsten Wert der letzten zehn Jahre bedeutet. 2017 konnten insgesamt 35.978 Anzeigen positiv abgearbeitet und somit geklärt werden.

Das Betretungsverbot ist nach wie vor ein wirksames polizeiliches Instrument zum Schutz von Frauen vor Gewalt im sozialen Naheverhältnis. Gefährder konnten zu über 93 %

nachhaltig ferngehalten werden. Der Weg des BMI, bei der Zurückdrängung von Gewalt gegen Frauen, Minderjährige sowie SeniorInnen auf Prävention zu setzen, konnte weiter erfolgreich beschritten werden. Information und Prävention ist besonders wichtig um das Dunkelfeld im Problemfeld häusliche Gewalt zu reduzieren. Nur ein geringer Prozentsatz an Gewaltdelikten im familiären Umfeld wird angezeigt. Eine starke Zivilgesellschaft und Vertrauen in Institutionen wie die Polizei spielen auch hier eine große Rolle.

Die hohe Zahl an TeilnehmerInnen an zahlreichen Präventionsveranstaltungen der Polizei bestätigt das rege Interesse. An Veranstaltungen zur Gewaltprävention im Jahr 2017 nahmen 192.409 Personen teil, zum Thema Sexualdeliktprävention wurden 13.315 Personen geschult. Auch an der Initiative Kinderpolizei nahmen 2017 33.683 SchülerInnen teil. Dabei stärken PolizistInnen das Bewusstsein der Kinder für Gefahren.

Wirkungsziel Nr. 4



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMI-UG-11-W0004.html

Aufgrund der geänderten Budgetstruktur wird das Wirkungsziel Nr. 4 nunmehr bei der UG 18 ausgewiesen.

Wirkungsziel Nr. 5



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMI-UG-11-W0005.html

Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Organisation und der Produktivität des BMI. Dienstleistungen sollen transparent, bedarfsgerecht und zielgruppenorientiert erbracht werden

Umfeld des Wirkungszieles

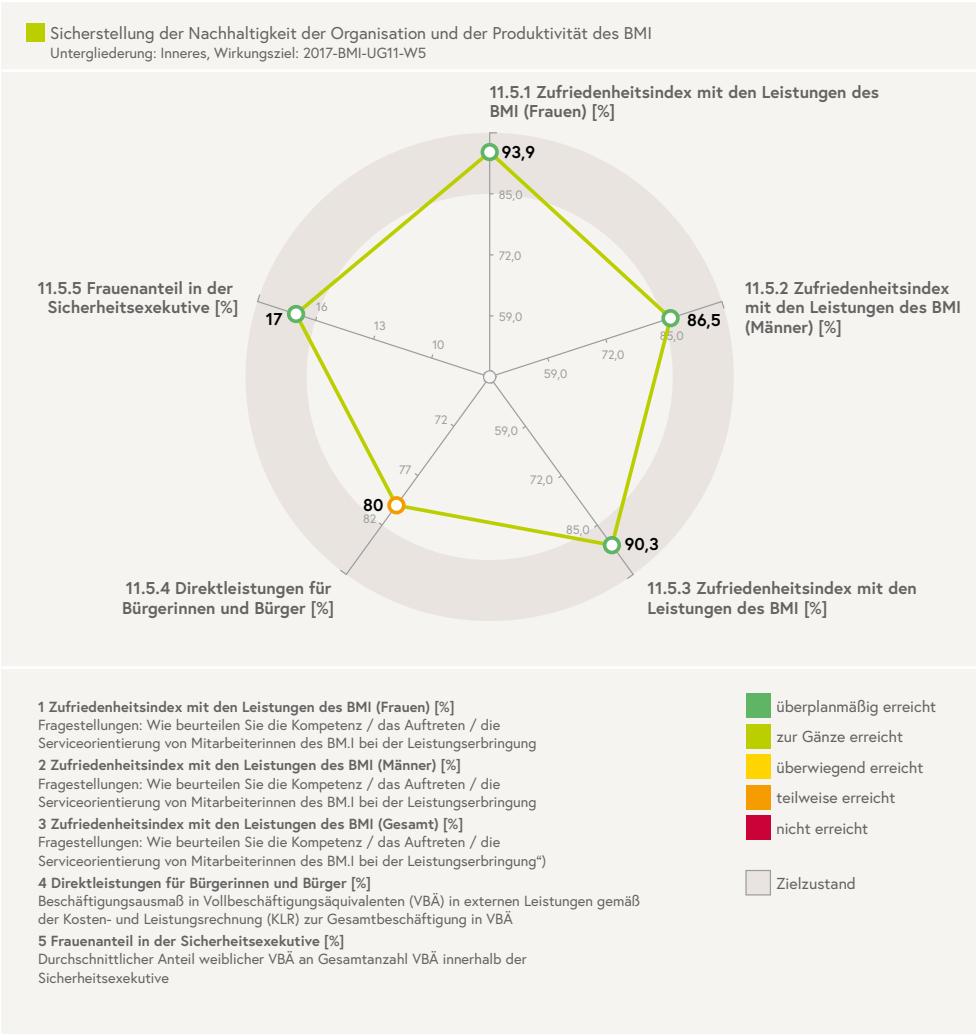
Der Einsatz neuer Medien ermöglicht eine moderne Kommunikation zwischen BürgerInnen und Behörden, diverse Dienstleistungen können einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und erleichtern deren Abwicklung. Besonders das Internet hat zu einem qualitativen Fortschritt in der Kommunikation zwischen Behörde und BürgerInnen beigetragen. Laut Statistik Austria waren 2017 89 % der Haushalte in Österreich mit einem Internetzugang ausgestattet, 88 % der Bevölkerung haben das Internet genutzt.

E-Government ermöglicht eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in gesellschaftliche Gestaltungsprozesse indem demokratische Prozesse erleichtert und Zugangsmöglichkeiten vereinfacht werden und diese schneller zur Verfügung stehen. In Zeiten der zunehmenden Digitalisierung, Vernetzung und Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft erhält auch E-Government eine immer größere Bedeutung, laut Statistik Austria nutzen bereits 62 % der Internetnutzer E-Government-Angebote.

Die Anforderungen der BürgerInnen in Bezug auf Schnelligkeit und Benutzerfreundlichkeit der Leistungen von Behörden und Institutionen steigt. Ziel ist deshalb eine proaktive, dialogorientierte, möglichst direkte Kommunikation mit der Bevölkerung

und relevanten Stakeholdern. Damit soll ein wichtiger Beitrag zur Aufgabenerfüllung geleistet werden. Der Ausbau der Register in den Bereichen Meldungen, Personenstand und Wahlen wird forciert, der laufende technologische Fortschritt erfordert eine ständige Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
11.5.1	ZIEL	n. v.	≥85,0	≥85,0	≥85,0	≥85,0	≥85,0
	IST	90,0	87,0	88,0	96,0	93,9	
11.5.2	ZIEL	n. v.	≥85,0	≥85,0	≥85,0	≥85,0	≥85,0
	IST	81,0	80,0	82,0	93,0	86,5	
11.5.3	ZIEL	>75,0	≥85,0	≥85,0	≥85,0	≥85,0	≥85,0
	IST	85,0	83,0	85,0	94,0	90,3	
11.5.4	ZIEL	≥80,0	≥82,0	≥82,0	≥82,0	≥82,0	≥82,0
	IST	81,9	81,4	80,3	80,6	80,0	
11.5.5	ZIEL	14,0	14,0	14,5	15,5	≥16,0	≥17,0
	IST	14,2	14,8	15,3	16,1	17,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

11.5.1 Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BMI (Frauen) [%]

Die Zufriedenheit von Frauen mit den Leistungen des BMI betreffend Kompetenz, Auftreten und Serviceorientierung in den Bereichen Ausstellung von Führerscheinen, Aufnahme von Diebstahlsanzeigen und der Durchführung von Präventionsveranstaltungen liegt weiterhin auf hohem Niveau. Auffällig ist die unterschiedliche Bewertung der Leistungen des BMI von Männern und Frauen.

11.5.2 Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BMI (Männer) [%]

Die Zufriedenheit von Männern mit den Leistungen des BMI betreffend Kompetenz, Auftreten und Serviceorientierung in den Bereichen Ausstellung von Führerscheinen, Aufnahme von Diebstahlsanzeigen und der Durchführung von Präventionsveranstaltungen ist gegenüber dem Vorjahr abgesunken, liegt jedoch etwas über dem Zielwert.

11.5.3 Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BMI (Gesamt) [%]

Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen des BMI betreffend Kompetenz, Auftreten und Serviceorientierung in den Bereichen Ausstellung von Führerscheinen, Aufnahme von Diebstahlsanzeigen und der Durchführung von Präventionsveranstaltungen liegt auf einem konstant hohen Niveau von über 90 % und konnte damit überplanmäßig erreicht werden.

11.5.4 Direktleistungen für Bürgerinnen und Bürger [%]

Das hohe Niveau des Anteils an Direktleistungen des BMI für BürgerInnen konnte auch 2017 großteils gehalten werden. Der Zielwert wurde überwiegend erreicht.

11.5.5 Frauenanteil in der Sicherheitsexekutive [%]

Das Ziel des BMI den Frauenanteil in der Sicherheitsexekutive nachhaltig zu steigern konnte 2017 wie auch in den Vorjahren zur Gänze erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das BMI ist eine hochkomplexe Organisation, die ständig vor neuen Herausforderungen wie den Folgen der Globalisierung, Digitalisierung, Kriminalitätsentwicklung und -phänomene uvm. steht. Um den steigenden Erwartungen der BürgerInnen an die öffentliche Verwaltung gerecht zu werden, braucht es motivierte und gut ausgebildete MitarbeiterInnen, die wichtigste Ressource des BMI. Nur dann ist es möglich, eine hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen des BMI zu erzielen. Diese liegt laut jüngster Umfrage auf einem hohen Niveau von 90 %, wobei die Zufriedenheit unter den Frauen mit 94 % am höchsten ist. Abgefragt werden dabei die Kompetenz, das Auftreten und die Serviceorientierung bei den Leistungen: Ausstellen von Führerscheinen, Aufnahme einer Diebstahlsanzeige und der Durchführung von Präventionsveranstaltungen.

Die vom BMI erbrachten Leistungen kommen in erster Linie direkt bei den BürgerInnen an: über 80 % der Leistungen werden unmittelbar für die Bevölkerung erbracht. Verwaltungstätigkeiten und Leitungsaufgaben bleiben auf das notwendige Maß beschränkt. Mehr als die Hälfte der Verwaltungsbediensteten steht in exekutivnaher Verwendung (z. B. Polizeijuristen, Bedienstete der Strafämter, Bundeskriminalamt) und bilden damit ein wichtiges Anschlussstück in einer wirksamen sicherheitspolizeilichen Aufgabenerfüllung.

Höhere Ansprüche der BürgerInnen an die öffentliche Verwaltung sowie der technologische Fortschritt machen neue Formen des Informationstransfers und Vertrauen schaffende Maßnahmen zum BMI notwendig. Es werden neue Formen der Bürgerbeteiligung und eine intensivere Vernetzung mit den BürgerInnen forciert um die Gesellschaft stärker in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung zu integrieren. Zahlreichen Meldestellen des Bundeskriminalamts sind als wichtige Kanäle des Informationstransfers zwischen Ministerium und der Bevölkerung etabliert. Ein rascher, unbürokratischer und strukturierter – nach Möglichkeit elektronischer – Informationsaustausch zwischen den Sicherheitspartnern muss sichergestellt werden. Bei den Zugriffen auf die Homepage des BMI wurde ein deutlicher Anstieg auf über 176.000 pro 100.000 EinwohnerInnen verzeichnet.

Professionalität schafft Vertrauen und Handlungssicherheit und steigert die Effizienz polizeilicher Tätigkeit. Dazu wird in die MitarbeiterInnen investiert – durch laufende Anpassung der Aus- und Weiterbildung, die von den AbsolventInnen ebenso wie den Vorgesetzten in Bezug auf ihre Praxistauglichkeit mit der Note 1,7 bzw. 1,5 bei einer Skala von 1 – 4 beurteilt wurde, kann das BMI schneller und zielgerichteter auf neue Herausforderungen reagieren. Zur qualitativen Weiterentwicklung zählt auch eine möglichst repräsentative und diverse Polizei, der Frauenanteil wird nachhaltig gesteigert und liegt im Jahr 2017 bei durchschnittlich 17 %.

Darüber hinaus wurde der Servicecharakter von Leistungen des BMI weiter ausgebaut. Mit Inkrafttreten des Personenstandsgesetzes 2013 (PStG 2013) wurde das Zentrale Personenstandsregister (ZPR) geschaffen. In diesem vom BMI geführten Register

werden seit dem 1. November 2014 alle Personenstandsfälle eingetragen bzw. nacherfasst. 2017 wurden 6,7 Millionen Abfragen im ZPR durchgeführt, was viele bisher erforderliche Behördenwege für die BürgerInnen im Bereich des Personenstandswesens abgelöst hat und in der Zeitreihe einen konstant hohen Wert darstellt. Der Zielwert wurde auf Grund fehlender Vergleichswerte zu hoch angesetzt und für die kommenden Jahre korrigiert.

Als weitere Serviceleistung bietet das BMI mit dem Zentralen Melderegister (ZMR) eine eigene Abfragemöglichkeit für sonstige Abfrageberechtigte („Businesskunden“) an. Diese müssen glaubhaft machen, dass sie regelmäßig Meldeauskünfte zur erwerbsmäßigen Geltendmachung oder Durchsetzung von Rechten oder Ansprüchen benötigen, wie z. B. Banken, Versicherungen sowie Rechtsanwälte und Notare. Liegen die Voraussetzungen vor, können diese schnell und unbürokratisch Abfragen durchführen. Derzeit nutzen bereits 5.399 Businesspartner den Onlinezugriff auf das ZMR.

Bundesministerium für Inneres

UG 18

Asyl/Migration

Aufgrund der geänderten Budgetstruktur wird die UG 18 nunmehr als eigenständige UG beim Bundesministerium für Inneres ausgewiesen.

Leitbild der Untergliederung

Geordnete Migration und die Optimierung des Fremden- und Asylwesens stellt einen nachhaltigen Beitrag zu Sicherheit und sozialem Frieden in Österreich und auch Europa dar. Es wird Schutz für die, die ihn benötigen gewährleistet und ein friedliches und soziales Zusammenleben in Österreich gefördert.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

https://www.bmi.gv.at/107/EU_Foerderungen/Finanzrahmen_2014_2020/AMIF/start.aspx#pk_02

Asylstatistiken (UNHCR, EASO, Eurostat)

<https://www.easo.europa.eu/overview-situation-asylum-eu-2017>; <http://www.unhcr.org/globaltrends2017/>; <https://ec.europa.eu/eurostat/web/asylum-and-managed-migration/>

Rot-Weiß-Rot – Karte

<https://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhafte-zuwanderung-rot-weiss-rot-karte.html>

Bundesministerium für Inneres

<http://www.bmi.gv.at/>

Niederlassung und Aufenthaltsrecht

<http://www.bmi.gv.at/302/>

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl

<https://www.bfa.gv.at/>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Migration zeigt sich als komplexes und vielschichtiges Phänomen, das in den unterschiedlichen Formen der legalen Migration, der illegalen Migration sowie durch die Gewährung von internationalem Schutz (Asyl, subsidiärer Schutz) wirksam wird. Diese drei Bereiche stehen zueinander in Wechselwirkung und erfordern ein ganzheitliches Management zur Bewältigung der Herausforderungen. Eine nachhaltige, langfristige und auch moderne Asyl- und Migrationsstrategie bildet einen Arbeitsschwerpunkt im Innenressort.

Die Nachwirkungen der Flüchtlingskrise – sowie die auch damit in Zusammenhang stehende teilweise mangelnde Umsetzung der Dublin-Verordnung durch Mitgliedstaaten – sind immer noch spürbar, obwohl ein starker Rückgang der Antrags- und Verfahrenszahlen durch die Schließung der Balkan-Route und verstärkte Bemühungen im gemeinsamen Außengrenzschutz (Frontex) zu verzeichnen war. Die Antragszahlen sind von 42.285 (2016) auf 24.735 (2017) gesunken. Durch die Aufstockung des Personalstands des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA) zur Bewältigung der offenen Verfahren, und der Erhöhung des Qualitätsmanagements der Asylabwicklung konnte die Zahl der laufenden Verfahren im Jahr 2017 auf unter 31.500 gesenkt und damit im Vergleich zum Jahresbeginn mehr als halbiert werden. Die Verfahrensdauer konnte dabei, trotz Anstiegs, in einem kontrollierten Zustand gehalten werden. Durch die ebenfalls sinkende Anzahl der Grundversorgten pro Jahr bzw. die durchschnittliche Dauer an Versorgungstagen in Grundversorgung konnte dieser Bereich nachhaltig entlastet werden. Ein zusätzlicher Anstieg im Bereich der Außerlandesbringungen – 2017 wurden 12.121 negativ beschiedene Asylwerber außer Landes gebracht, davon waren 5.198 freiwillige Ausreisen, wurde erreicht.

Eine umfassende Abschätzung der Auswirkungen der aktuellen internationalen Konflikte für zukünftige Migrationsbewegungen ist schwierig, die Entwicklung einer gesamteuropäischen Asyl- und Migrationsstrategie ist hier jedenfalls notwendig. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich wird die Kriteriensteuerung der legalen Migration weiterhin verstärkt verfolgt – der Anteil der qualifizierten Zuwanderung konnte mit 5,71% leicht gesteigert werden.

Wirkungsziel Nr. 4

Aufgrund der geänderten Budgetstruktur wird das vor-malige Wirkungsziel Nr. 4 der UG 11 nunmehr bei der UG 18 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMI-UG-11-W0004.html

UG 18

Sicherstellung eines geordneten, rechtsstaatlichen Vollzugs und eines qualitativ hochwertigen Managements in den Bereichen Asyl, Fremdenwesen und der legalen Migration

Umfeld des Wirkungszieles

Europa, und damit auch Österreich ist seit 2015 mit der Migrationskrise bzw. deren Nachwirkungen konfrontiert. Die größte Migrationskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat Österreich, als Ziel- und Transitland von Migration, vor zentrale Herausforderungen gestellt.

Weltweit sind laut UNHCR derzeit mehr als 65 Millionen Menschen von Flucht und Vertreibung betroffen. Dieses Ausmaß, verursacht durch Krieg, Gewalt und Verfolgung, hat damit den höchsten jemals registrierten Stand erreicht. 22,5 Millionen dieser Menschen sind Flüchtlinge. Zahlreiche internationale Konflikte, Armut und auch der Klimawandel verursachen große Migrationsbewegung deren Entwicklung nicht detailliert abschätzbar ist.

Nachdem die Unruhen in Syrien seit 2011 nicht abklingen, bleibt das Land weiterhin das größte Herkunftsland von Flüchtlingen (6,3 Millionen gem. UNHCR), gefolgt von Afghanistan, Süd-Sudan, Myanmar und Somalia. Ein großer neuer Faktor ist hier der Süd-Sudan, wo der katastrophale Zusammenbruch der Friedensbemühungen im Juli 2016 zu einer Massenflucht führte. Weitere Herkunftsländer sind auch Nigeria, Pakistan und Eritrea. Ein Großteil der Flüchtlinge lässt sich in den Nachbarländern wie Türkei, Libanon, Iran, Uganda nieder, der Migrationsdruck in diesen Ländern ist enorm.

Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei ist eine wichtige politische Grundlage um den Migrationsdruck in Europa zu senken. Nach der größten Migrationswelle in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die mit 679.639 gezählten Fremden zwischen September und Dezember 2015 an Österreichs Grenzen ihren Höhepunkt erreichte, nahm der Ansturm kontinuierlich ab, rund 50.000 Anträge auf Asyl pro Monat werden derzeit in Europa laut EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen) registriert, in Österreich waren es 2017 ca. 2.000 pro Monat mit sinkender Tendenz. Die Anzahl an Anlandungen ist zwar im Sinken begriffen, die Mittelmeerländer Griechenland und Italien sind jedoch weiterhin stark betroffen. Zahlreiche weitere Flüchtlinge befinden sich in den nordafrikanischen Staaten Libyen, Tunesien und Ägypten.

Migration wird auch in Zukunft ein herausforderndes Thema bleiben, zahlreiche Rahmenbedingungen können hier weiteren Einfluss auf die Migrationsströme haben. Entsprechende Vorsorgemaßnahmen in verschiedene Blickrichtungen wie bspw. im Bereich Entwicklungshilfe, Integration oder Asyl zu treffen ist hier essentiell, ebenso, wie die Entwicklung einer gesamteuropäischen Asyl- und Migrationsstrategie.

Ergebnis der Evaluierung

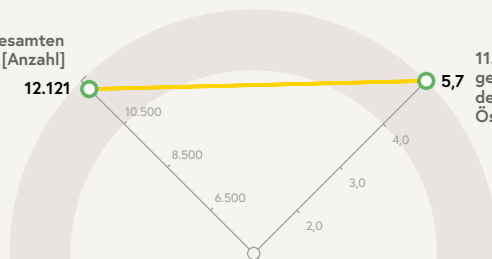
Geordneter, rechtsstaatlicher Vollzug und qualitativ hochwertiges Management in den Bereichen Asyl, Fremdenwesen und der legalen Migration
Untergliederung: Inneres, Wirkungsziel: 2017-BMI-UG11-W4

11.4.1 Anzahl der gesamten
Außerlandesbringungen [Anzahl]

12.121

11.4.2 Anteil der kriterien-
gesteuerten Zuwanderung an
der Gesamtzuwanderung nach
Österreich [%]

5,7



1 Anzahl der gesamten Außerlandesbringungen [Anzahl]

Summe der Außerlandesbringungen gemäß Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)

2 Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an der Gesamtzuwanderung nach Österreich [%]

Anteil der vergebenen „Rot-Weiß-Rot – Karten“ und „Blauen Karten EU“ an allen erteilten
Erstaufenthaltstiteln für Drittstaatszugehörige

überplanmäßig erreicht

zur Gänze erreicht

überwiegend erreicht

teilweise erreicht

nicht erreicht

Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
11.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	≥10.500	≥12.500
	IST	n. v.	n. v.	8.355	10.805	12.121	
11.4.2	ZIEL	>2,9	>4	>4	>4	>4	>4
	IST	4,8	4,5	4,6	4,8	5,7	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

11.4.1 Anzahl der gesamten Außerlandesbringungen [Anzahl]

Der Zielwert 2017 wurde weit übertroffen, insgesamt wurden 12.121 Außerlandesbringungen durchgeführt, davon 6.923 zwangsweise (57 %) und 5.198 freiwillige Ausreisen (43 %).

11.4.2 Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an der Gesamtzuwanderung nach Österreich [%]

Die gesetzlichen Grundlagen für die Zuwanderung von qualifizierten Drittstaatsangehörigen wurden im Juli 2011 durch Schaffung der Rot-Weiß-Rot-Karte neu geregelt. Durch eine Novelle dieser Bestimmungen im Oktober 2017 wurde die Rot-Weiß-Rot-Karte für potentielle Zuwanderer noch attraktiver gestaltet und der Anwendungsbereich auf Start-Up-GründerInnen ausgedehnt. Der Zielwert 2017 konnte mit 5,71 % überplanmäßig erreicht werden und somit der Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an

der Gesamtzuwanderung nach Österreich im Vergleich zum Vorjahr auf dem erreichten Niveau gehalten werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das BMI sorgt in den Bereichen Migration, Asyl und Staatsbürgerschaft für ein rechtsstaatliches und geordnetes Management. Dazu werden insbesondere die Asylverfahren effizient und sachgerecht geführt, die legale Migration effektiv gesteuert und illegale Migration hintangehalten.

Im Asylwesen ist das BMI durch die Flüchtlingsbewegungen aus Syrien, Afghanistan, Irak und anderen Krisenregionen nach wie vor sehr stark gefordert. Ausgehend vom Rekordjahr 2015 sind die Asylanträge von 88.340 auf 24.735 2017 deutlich gesunken. Im Vergleich zu den Vorjahren liegen die Werte 2017 auf dem Niveau der Jahre vor der Flüchtlingskrise. Man kann auf Grund diverser internationaler Entwicklungen und Krisenherde nicht ein erneutes Ansteigen der Antragszahlen ausschließen. Die Nachwirkungen des massiven Ansturms 2015 sind anhand der Kennzahlen im Bereich Asyl abzulesen. Als Reaktion auf die Verdreifachung der Asylanträge im Jahr 2015 gegenüber 2014 wurde das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) personell aufgestockt. 2017 wurden bereits 60.142 Asylentscheidungen getroffen. Die Zahl der offenen Verfahren wurde von knapp 64.000 zu Jahresbeginn auf 31.500 reduziert. Damit hat sich die Zahl jener Personen, die auf eine Entscheidung vor dem BFA warten, mehr als halbiert. Es wird auch in Zukunft mit einer deutlichen Reduktion der Dauer des Asylverfahrens gerechnet, die derzeit bei durchschnittlich 16,5 Monaten liegt.

Ein weiterer Schwerpunkt im Zusammenhang mit der Effizienzsteigerung des BFA war die Forcierung der Außerlandesbringungen bzw. der freiwilligen Ausreisen. Bei den zwangsweisen Außerlandesbringungen konnte eine Steigerung von knapp 42 % gegenüber dem Vorjahr erzielt werden während die freiwilligen Ausreisen im Jahr 2017 zurückgegangen sind. Nach einer Steigerung der Ausreisen um 30 % im Jahr 2016 konnte 2017 ein erneuter Anstieg von 12 % verzeichnet werden. Insgesamt erfolgten 12.121 Außerlandesbringungen, davon 57 % zwangsweise (Dublin-Überstellungen, Abschiebungen) und 43 % freiwillige Ausreisen. Es wurden 83 Charter per Flug und Bus in 18 Destinationen organisiert. Damit konnten sowohl die Zahl der Charter, als auch die Destinationen deutlich gesteigert werden und es wurde der höchste bisherige Wert seit Bestehen des BFA erreicht. Die Top-5 Nationalitäten bei Außerlandesbringungen 2017 waren Nigeria, Serbien, Irak, Afghanistan und die Russische Föderation.

Im Bereich der legalen Migration wird die Zuwanderung unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und arbeitsmarktrechtlichen Bedürfnisse effektiv gesteuert, um Österreich als Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. Auf Grund der zunehmenden Mobilität und der Attraktivität Österreichs als Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort sowie als ein Staat mit hoher Lebensqualität ist unser Land Ziel zahlreicher zuwanderungswilliger Menschen. Das zeigt die Notwendigkeit einer gewissen Steuerung der Zuwanderung nach Kriterien und einer Ausrichtung auf die Bedürfnisse Österreichs und seiner BürgerInnen. Mit Einführung des kriteriengeleiteten Zuwanderungssystems

der „Rot-Weiß-Rot – Karte“ wurde der Anteil der qualifizierten Zuwanderung gegenüber 2011 deutlich erhöht und konnte 2017 mit 5,71 % deutlich gesteigert werden. Der Anteil von „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ InhaberInnen konnte auf hohem Niveau gehalten werden und betrug 2017 89 %. Das zeigt, dass das Modell funktioniert und qualifizierte Arbeitskräfte das Angebot annehmen. InhaberInnen einer „Rot-Weiß-Rot – Karte“ erlangen diese, wenn sie innerhalb der letzten zwölf Monate zumindest zehn Monate bzw. (seit Oktober 2017) innerhalb der letzten 24 Monate zumindest 21 Monate unter den für die Zulassung maßgeblichen Voraussetzungen beschäftigt waren.

In der Grundversorgung wird die Versorgung von AsylwerberInnen sowie sonstigen hilfs- und schutzbedürftigen Fremden sichergestellt. Im Rahmen der Grundversorgung werden im Sinne der Aufnahmerichtlinie (RL 2003/9/EG und deren Neufassung 2013/33/EU) alle elementaren Bedürfnisse der EmpfängerInnen, wie z. B. Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung und Bekleidung gewährleistet.

Der mit der Migrationskrise ab 2015 einhergehende Rekordwert an asylsuchenden Menschen in Österreich führte dazu, dass sich auch der Stand der Grundversorgten erhöhte. Die Nachwirkungen des verstärkten Migrationsaufkommens sind an den Kennzahlen abzulesen. Nach dem Höchststand mit rund 87.300 Grundversorgten im März 2016 ist diese Zahl trotz der weiterhin hohen Asylantragszahlen bis Ende 2017 auf rund 60.000 Personen zurückgegangen und weiterhin kontinuierlich sinkend. Der Anteil der identifizierten Leistungsmissbrauchsfälle in der Grundversorgung fiel auch 2017 mit 2,8 % gering aus.

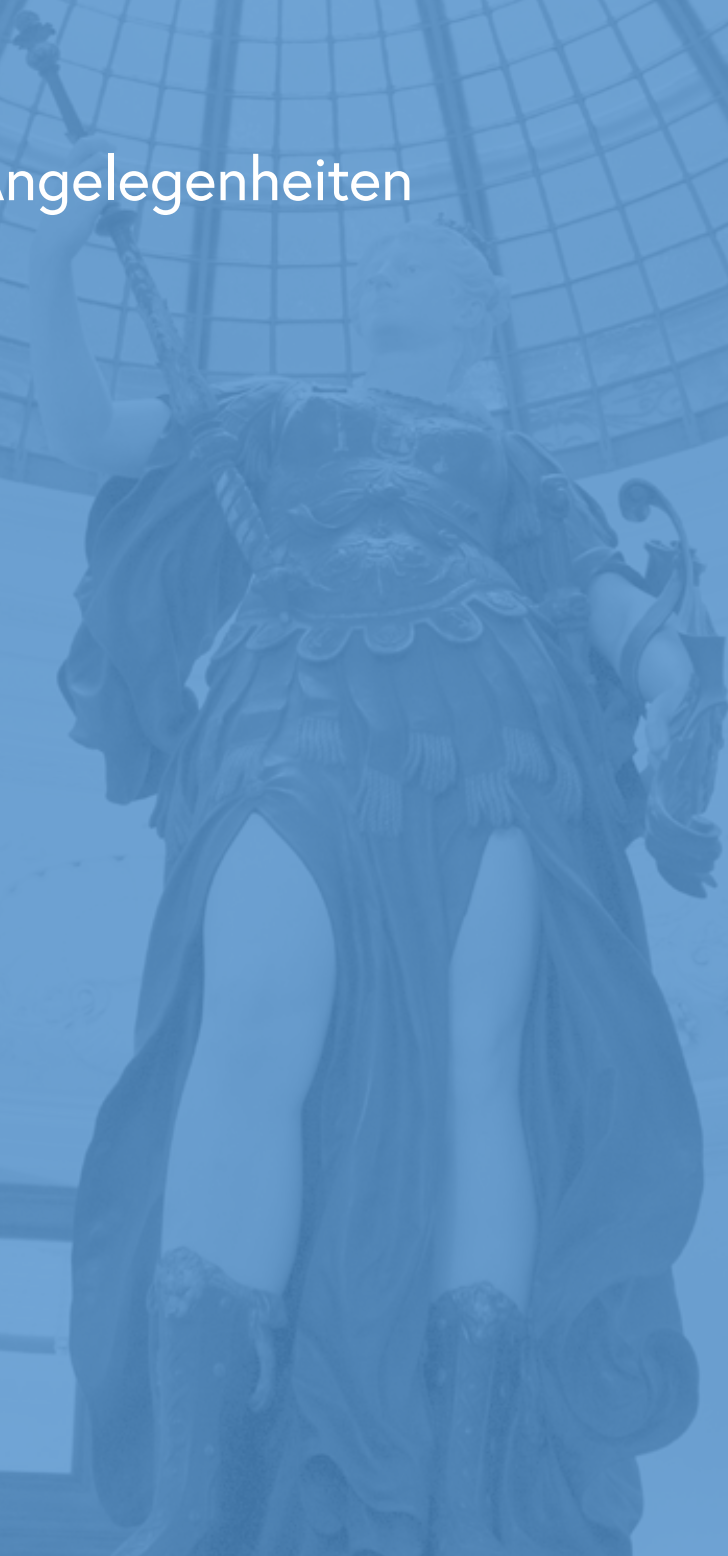
Die Aufteilung der grundversorgten Personen in der Länderbetreuung wird mittels Quote festgelegt. Ende 2017 haben nur zwei Bundesländer die Quote zu zumindest 95 % erfüllt und die negativen Abweichungen der anderen Bundesländer kompensiert.

Die durchschnittliche Dauer in der Grundversorgung stieg zwar im Vergleich zu 2016 auf 785 Tage an, bleibt aber deutlich unter dem Zielwert. Es werden jedoch für die kommenden Jahre stark abfallende Werte in diesen Kategorien erwartet, durch Schließung der Balkanroute und drastische Reduktion in den Asylantragszahlen und der effizienten Arbeitsweise des BFA wird die Aufenthaltsdauer von Asylwerbern durch kürzere Verfahrensdauern verringert und hat damit auch Einfluss auf die Kennwerte im Grundversorgungsbereich.

Bundesministerium für Landes- verteidigung

UG 14

Militärische Angelegenheiten



Leitbild der Untergliederung

Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) leistet im Rahmen der militärischen Landesverteidigung einen nachhaltigen Beitrag zum Schutz der staatlichen Souveränität und steht ständig für Hilfs- und Katastrophenhilfeeinsätze für die Bevölkerung sowie für den Schutz der strategischen Infrastruktur Österreichs zur Verfügung. Das ÖBH leistet mit bestens ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten und modern ausgestattet einen Beitrag zu internationalen Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Der Bundesvoranschlag für 2017 in der Höhe von 2,318 Milliarden Euro (inklusive Sport) ermöglichte es dem ÖBH im Rahmen von „Landesverteidigung 21.1“ Beschaffungen adäquater Ausrüstung für den Schutz der Soldaten, moderner Fahrzeuge zur Verbesserung der Mobilität, Investitionen in die Bereiche Nachrichtengewinnung, Aufklärung und Cyber Defence, die Stärkung der Miliz und ergänzende Investitionen in die Luftflotte fortzusetzen.

Die Einsätze im In- und Ausland sowie die Bereitstellung von Kräften für Katastrophenhilfe, Verstärkungskräfte für Einsätze am Balkan konnten sichergestellt und die Einsatzvorbereitung der Kräfte für die EU-BG 2018 (European Battle Group) erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Attraktivierungsmaßnahmen, bezogen auf den Personalaufwuchs und die Grundwehrdiener haben sich bewährt. Das ÖBH ist 2017 als Arbeitgeber attraktiver geworden.

Wirkungsziel Nr. 1

Sicherstellung einer angemessenen Reaktionsfähigkeit im Rahmen der militärischen Landesverteidigung auf sich dynamisch ändernde sicherheitspolitische Verhältnisse unter Gewährleistung der staatlichen Souveränität

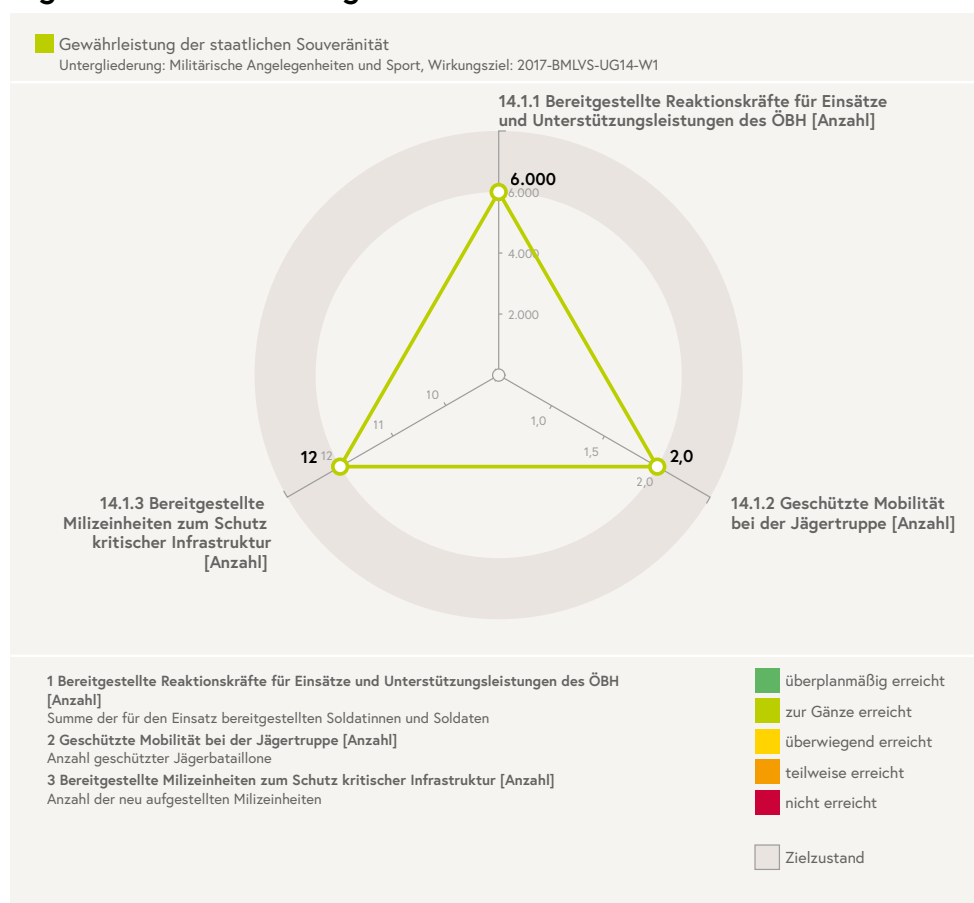


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLVS-UG-14-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die jüngste Geschichte hat gezeigt, dass die Gefahr von Terror- und Cyber-Anschlägen im innereuropäischen Raum zunimmt, wodurch speziell die kritische Infrastruktur im Anlassfall eine rasche Schutzreaktion zwingend erfordert. Daneben gibt es in den europäischen Randbereichen schwelende Konflikte, bei denen die weitere Entwicklung offen ist und die jederzeit zu neuen Flüchtlingsströmen nach EUROPA führen können.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
14.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	6.000	6.000
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	3.900	
14.1.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1	2	2
	IST	1	1	1	1	2	
14.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	12	12
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	0	12	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

14.1.1 Bereitgestellte Reaktionskräfte für Einsätze und Unterstützungsleistungen des ÖBH [Anzahl]

Bis zum beabsichtigten vollständigen Aufwuchs der Reaktionskräfte (Kaderpräsenzeinheiten [KPE]) auf insgesamt 6.000 KPE setzen sich diese aus der Gesamtheit an KPE sowie jeweils präsent verfügbaren und einsetzbaren Kaderrahmeneinheiten, Rahmeneinheiten sowie Kadereingreifkräften zusammen. Die Teilmenge an verfügbaren KPE im Rahmen der 6.000 Reaktionskräfte betrug mit Stichtag 31.12.2017 insgesamt 2.623 Soldaten (= rd. 44 % v. 6.000 Soldaten). Im Vergleich zu 2016 (2.245) entspricht dies einem Realaufwuchs der KPE und somit einer anteiligen Erhöhung der KPE an den Reaktionskräften um 378 Soldaten.

14.1.2 Geschützte Mobilität bei der Jägertruppe [Anzahl]

Ausstattung von Jägerbataillonen zur geschützten Bewegung unter Waffeneinwirkung (z. B. Radpanzer).

14.1.3 Bereitgestellte Milizeinheiten zum Schutz kritischer Infrastruktur [Anzahl]

Beginnend 2016 wurden bis Ende 2017 insgesamt 12 selbständig strukturierte Jägerkompanien, jeweils 210 SOLL-Stärke, Hauptaufgabe SCHUTZ, neu aufgestellt, wobei die Masse dieser Kompanien personell bereits voll besetzt ist. Ab 2018 erfolgen die personelle und materielle Konsolidierung sowie die Durchführung von Übungen mit diesen Kompanien.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

2017 wurde die Einnahme der Neuausrichtung des ÖBH mit der „Landesverteidigung 21.1“ weiter fortgesetzt, um die Einsatzorganisation zu stärken und sie im Krisenfall noch reaktionsfähiger und effektiver zu machen. Die Brigaden wurden spezialisiert, die Militärkommanden in den Bundesländern wurden gestärkt und die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten bei den Kaderpräsenzeinheiten konnte im Jahr 2017 um 378 auf 2.623 erhöht werden.

Der Bundesvoranschlag für 2017 in der Höhe von 2,318 Milliarden Euro ermöglichte es dem ÖBH, das 2016 eingeleitete Investitionsprogramm fortzusetzen. Die Schwerpunkte der Beschaffungen betrafen adäquate Ausrüstung für den Schutz der

Soldaten, moderne Fahrzeuge zur Verbesserung der Mobilität, Investitionen in die Bereiche Nachrichtengewinnung, Aufklärung und Cyber Defence, die Stärkung der Miliz und ergänzende Investitionen in die Luftflotte. Durch diverse Maßnahmen wurde zur Stärkung der Miliz beigetragen.

Wirkungsziel Nr. 2

Gewährleistung der unmittelbaren Hilfestellung für die österreichische Bevölkerung im Katastrophenfall und des der Bedrohungslage angepassten Schutzes der kritischen Infrastruktur des Landes sowie Berücksichtigung einer angemessenen Assistenz und Unterstützungsfähigkeit zur Bewältigung der Auswirkungen der Migrationslage

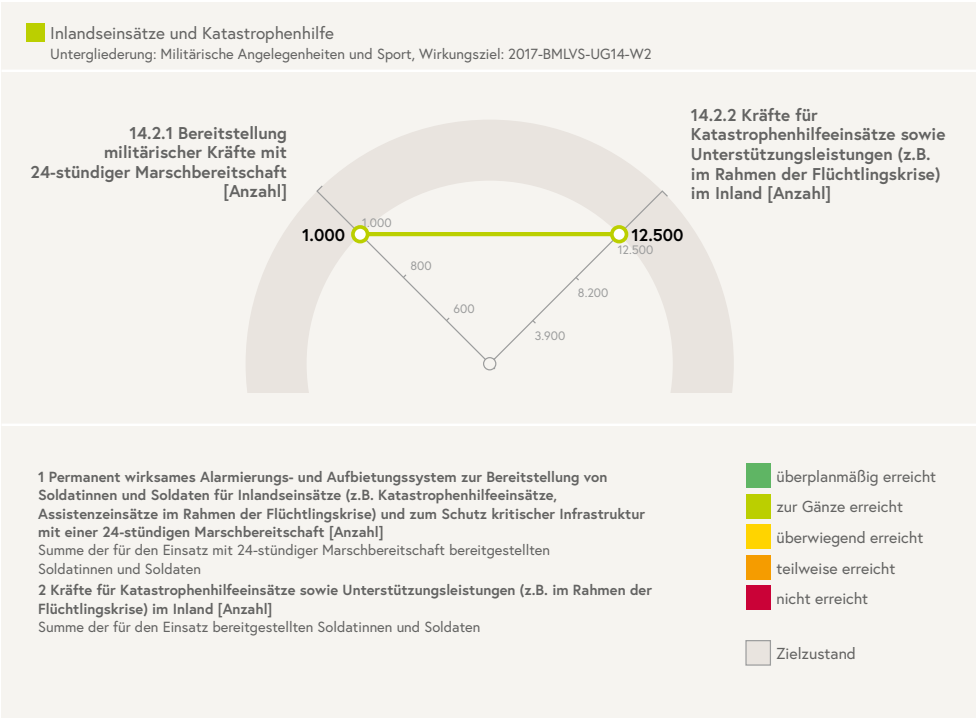


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLVS-UG-14-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Neben der Gefahr von Terror- und Cyber-Anschlägen im innereuropäischen Raum treten durch den Klimawandel immer häufiger Wetter-Großereignisse mit katastrophalem Ausgang auf. Die Beseitigung erfordert immer mehr Kräfte und immer mehr Zeit, weshalb mit Freiwilligenorganisationen wie Feuerwehr, Rettung etc. auf Grund der nicht gegebenen langen Durchhaltefähigkeit vermehrt nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Daneben gibt es in den europäischen Randbereichen schwelende Konflikte, bei denen die weitere Entwicklung offen ist und die jederzeit zu neuen Flüchtlingsströmen nach EUROPA führen können.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
14.2.1	ZIEL	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	IST	n. v.	2.358	1.736	1.824	1.000	
14.2.2	ZIEL	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500
	IST	n. v.	14.609	15.175	15.968	12.500	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

14.2.1 Permanent wirksames Alarmierungs- und Aufbietungssystem zur Bereitstellung von Soldatinnen und Soldaten für Inlandseinsätze (z. B. Katastrophenhilfeeinsätze, Assistenzeinsätze im Rahmen der Flüchtlingskrise) und zum Schutz kritischer Infrastruktur mit einer 24-stündigen Marschbereitschaft [Anzahl]

Insgesamt konnten 4.400 Soldatinnen und Soldaten im Jahr 2017 für Schutzaufgaben im Inland bereitgestellt werden. Diese Kräfte beinhalten auch die geforderten 1.000 Personen, die binnen 24 Stunden marschbereit sein müssen. Das Ziel ist ohne Einschränkung erreicht.

14.2.2 Kräfte für Katastrophenhilfeeinsätze sowie Unterstützungsleistungen (z. B. im Rahmen der Flüchtlingskrise) im Inland [Anzahl]

Zahlenangabe „mind. 12.500“ gemäß Sicherheitsstrategie.

Für Katastrophenhilfeeinsätze wurden 2017 562 Soldatinnen und Soldaten an 8.262 Personentagen mit 93.643 Personenstunden eingesetzt. Für den Assistenzeinsatz Migration waren für 2017 pro Monat im Durchschnitt 913 Soldaten und Soldatinnen im Einsatz. Für Unterstützungsleistungen wurden 2017 in 283 Einsätzen 57.366 Arbeitsstunden geleistet.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsatz zur Unterstützung der Exekutive bei der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit sowie zur Bewachung ausgewählter internationaler und diplomatischer Einrichtungen in WIEN wurde fortgesetzt. Im August 2017 wurden die Aufgaben um die Aufnahme lageangepasster Kontrollen im Hinterland und um die intensivierten Fahrzeug- und Personenkontrollen auf Straßen und Bahnverbindungen erweitert. Die durchschnittliche Einsatzstärke des ÖBH in diesem Assistenzeinsatz lag 2017 bei rund 913 Soldatinnen und Soldaten.

Für Katastrophenhilfeeinsätze waren insgesamt 562 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt, die insgesamt über 93.000 Arbeitsstunden leisteten. Die Luftstreitkräfte leisteten hierzu insgesamt über 226 Flugstunden. Dabei wurde unter anderem bei großflächigen Vermurungen in den Bezirken MURAU, MURTAL und LIEZEN in der STEIERMARK und Windwurfereignissen in KÄRNTEN und in der SÜDSTEIERMARK geholfen.

Wirkungsziel Nr. 3

Gewährleistung eines angemessenen solidarischen Beitrags zur internationalen Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe

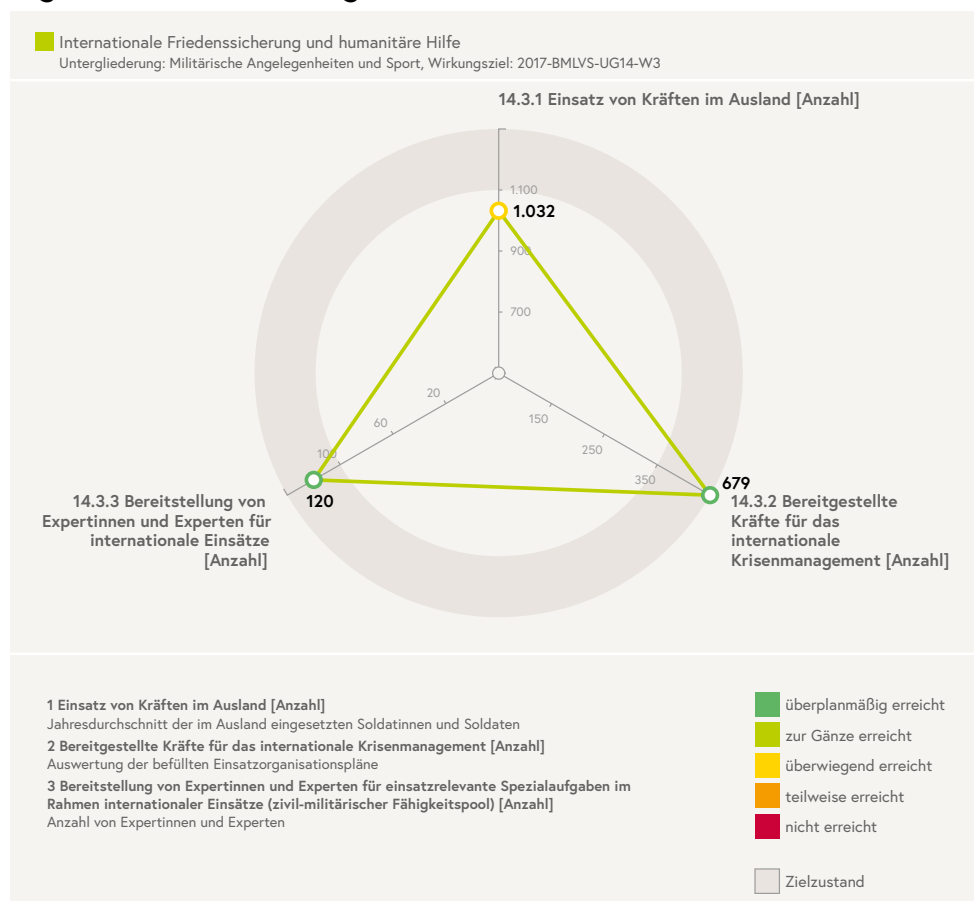


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLVS-UG-14-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Neben den Konflikten in den europäischen Randbereichen gibt es in Dritte-Welt-Ländern offene Konflikte mit teilweisen Völkerrechtsverletzungen und zielgerichteter Gewalt gegen Teile der Bevölkerung. ÖSTERREICH unterstützt die Internationalen Organisationen beim Versuch die politische Lage zu stabilisieren und stellt Kräfte für humanitäre Hilfe bei der Bewältigung der Folgen aus den Konflikten und den vermehrt auftretenden Naturkatastrophen bereit.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
14.3.1	ZIEL	1.400	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100
	IST	1.037	909	1.028	1.011	1.032	
14.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	350	350	1.450
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	900	679	
14.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	80	100	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	149	120	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

14.3.1 Einsatz von Kräften im Ausland [Anzahl]

Zahlenangabe „mind. 1.100“ gemäß Sicherheitsstrategie. Der Frauenanteil betrug ca. 2,8 %. Die Abweichung vom SOLL ergibt sich im Wesentlichen aus der geringer benötigten Einsatzstärke (durchschnittlich 49 Soldaten im Einsatz anstelle geplanter 85 Soldaten) und der raschen Fertigstellung der humanitären Unterstützung für die ungarische Armee („AUTCON/HUN“) im Laufe des Jahres 2017. Darüber hinaus ergab sich entgegen der ursprünglichen Einsatzplanung mangels internationalen Bedarfs nur ein einziger einmonatiger Einsatzturnus für Spezialeinsatzkräfte des Bundesheeres im Rahmen der EU-geführten europäischen Krisenbewältigungsoperation im südlichen zentralen Mittelmeer („EUNAVFOR MED“).

14.3.2 Bereitgestellte Kräfte für das internationale Krisenmanagement [Anzahl]

In Österreich zusätzlich bereitgehaltene Kräfte für einen Einsatz im Ausland. Der Frauenanteil beträgt 2,5 %. Die überdurchschnittliche Abweichung ergibt sich dadurch, dass die für die operativen Reserven der NATO und der EU in Österreich für Einsätze am Balkan bereit gehaltenen Kräfte ursprünglich nicht im Zielwert enthalten waren. Für den BVA 2018 wurde daher der Zielwert angepasst.

14.3.3 Bereitstellung von Expertinnen und Experten für einsatzrelevante Spezialaufgaben im Rahmen internationaler Einsätze (zivil-militärischer Fähigkeitspool) [Anzahl]

Die dem Zielzustand entsprechende Befüllung des Expertenpools ist mit 120 Expertinnen und Experten (Stand 31.01.2018) gegeben. Der Rückgang gegenüber 2016 ist mit der Nichtberücksichtigung von Experten, welche nicht unmittelbar verfügbar sind (es handelt sich um Experten, die von ihrer Dienststelle nicht abkömmlich sind), zu erklären. Der Anteil an Expertinnen beträgt weiterhin 10 %.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Schwergewicht der Auslandseinsätze des ÖBH lag weiterhin am Westbalkan bei der Beteiligung an der KOSOVO-Force der NATO und der EU-geführten Operation ALTHEA. Die Mission EUTM RCA (Ausbildungsmission in der ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK) sowie AUTCON HUN (humanitärer Einsatz zur Unterstützung der ungarischen Behörden an der serbisch-ungarischen Grenze) wurden Ende 2017 beendet.

ÖSTERREICH beteiligte sich 2017 an 17 Auslandsmissionen mit durchschnittlich 1.032 Soldatinnen und Soldaten. Für die humanitäre Hilfe im Ausland waren AFDRU (Austrian Armed Forces Disaster Relief Unit) und als Verstärkung für Einsätze am Balkan waren ORF (Operational Reserve Forces-)Kräfte bereitgestellt, die aber beide nicht abgerufen wurden. Die Einsatzvorbereitung der Kräfte für die EU-BG 2018 (European Battle Group) konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Wirkungsziel Nr. 4

Positionierung des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport und des Österreichischen Bundesheeres als attraktiver Dienstgeber für Frauen und Männer sowie Gewährleistung einer aufgabenorientierten, effektiven und effizienten Ausbildung für alle Soldatinnen und Soldaten und Zivilbediensteten



wirksamonitoring.gv.at/2017-BMLVS-UG-14-W0004.html

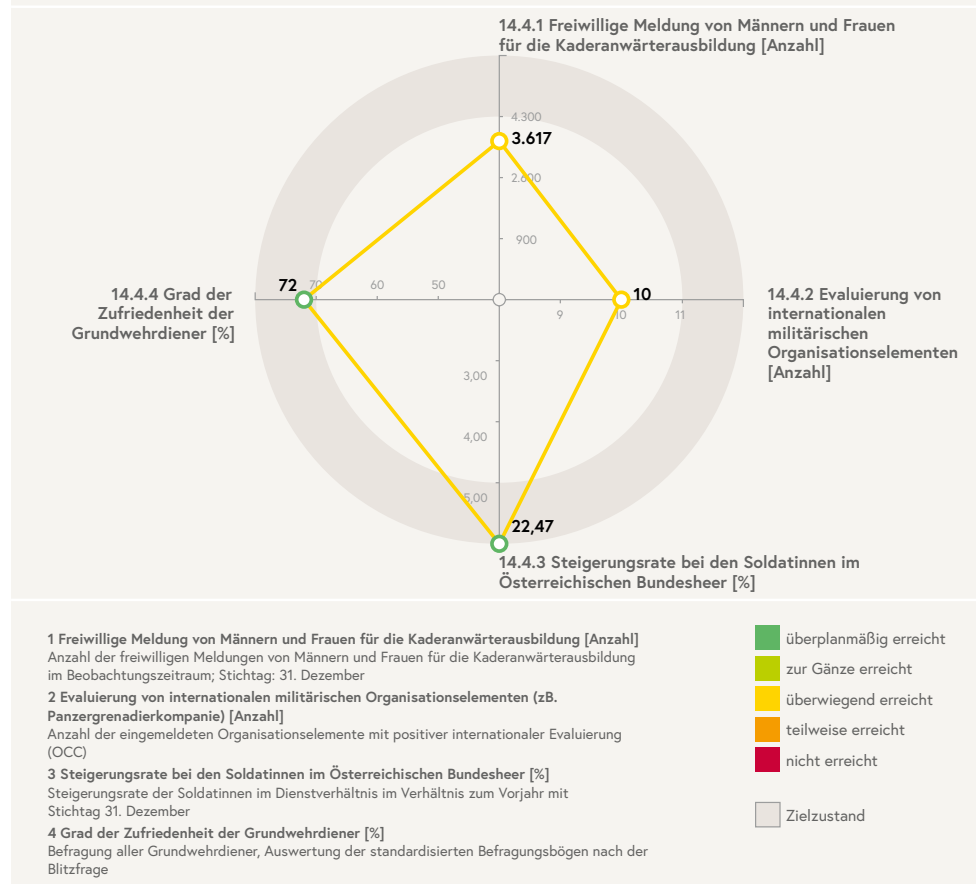
Umfeld des Wirkungszieles

Bedingt durch absehbare Personalabgänge auf Grund der hohen Altersstruktur aber auch durch die gesteigerten Anforderungen an das ÖBH ist der Aufbau von Nachwuchs ein Schlüsselfaktor. Es ist zu beachten, dass der unter Umständen damit verbundene fehlende Wissenstransfer nicht zu einem Know How Verlust führt. Das ÖBH steht bei der Personalsuche in starker Konkurrenz mit der Wirtschaft. Die vermehrte Werbung von Frauen vergrößert den Pool der potenziellen Kandidaten erheblich.

Ergebnis der Evaluierung

Attraktiver Dienstgeber für Frauen und Männer

Untergliederung: Militärische Angelegenheiten und Sport, Wirkungsziel: 2017-BMLVS-UG14-W4



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
14.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	3.600	4.300	5.000
	IST	n. v.	n. v.	1.400	2.337	3.617	
14.4.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	10	11	12
	IST	n. v.	10	10	11	10	
14.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	5,00	5,00	7,00
	IST	n. v.	3,00	7,00	10,55	22,47	
14.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	69,0	70,0	74,0
	IST	n. v.	n. v.	67,8	72,0	72,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

14.4.1 Freiwillige Meldung von Männern und Frauen für die Kaderanwärterausbildung [Anzahl]

Die geplante Anzahl an Freiwillige Meldungen konnte nicht ganz erreicht werden. Die Ausbildungskontingente für den Beginn der Kaderausbildung 1 konnten aber auf Grund der positiv absolvierten Eignungsprüfungen problemlos erfüllt werden.

14.4.2 Evaluierung von internationalen militärischen Organisationselementen (z. B. Panzergrenadierkompanie) [Anzahl]

Die dem Zielzustand entsprechende Anzahl der eingemeldeten Organisationselemente mit positiver internationaler Evaluierung (OCC) konnte nicht ganz erreicht werden. Der Rückgang gegenüber 2016 ist mit der Blockade Österreichs, als Teilnehmer des internationalen Evaluierungsprogrammes, durch die TÜRKEI begründet. Aufgrund dieser konnte ein Evaluierungsvorhaben 2017 ausschließlich national durchgeführt werden und wird somit international nicht anerkannt. Für 2018 sollten alle Evaluierungsvorhaben in vollem Umfang möglich sein, da die Durchführung dieser unter Abstützung auf einen bilateralen Partner/Sponsor Nation (NATO Mitglied DEU) geplant sind.

14.4.3 Steigerungsrate bei den Soldatinnen im Österreichischen Bundesheer [%]

Die überproportionale Steigerung 2017 beruht einerseits auf der konsequenten Fortführung der Rekrutierungsmaßnahmen sowie auf den Änderungen betreffend Aufnahme nach 6 monatigen Wehrdienst in ein Dienstverhältnis (Anrechnung wegen dem Besoldungsdienstalter) und der Entsendung ins Ausland als AE-VB.

14.4.4 Grad der Zufriedenheit der Grundwehrdiener [%]

Die Daten zeigen, dass der positive Trend der letzten Jahre anhält; kausale Rückschlüsse auf spezifische Ursachen können jedoch nicht gezogen werden. Zu beachten ist, dass sich die Daten auf den Auswertungsstand von 1.7.2018 beziehen und für eine Gesamtauswertung noch ein Datenfehl von einigen tausend Fragebögen (Befragung GWD Teil 3 für die ET 2017) besteht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Personaloffensive wurde fortgesetzt, durch die Job-Möglichkeiten für Soldatinnen und Soldaten beim ÖBH entstehen. Das Image des ÖBH als Arbeitgeber ist, insbesondere auch für den Beruf als Soldatin, 2017 weiter gestiegen. Mehr als 1.100 Grundwehrdiener haben sich nach dem Präsenzdienst freiwillig zu einem weiteren Engagement im ÖBH gemeldet (2016 waren es 876 und im Jahr 2015 waren 693). Dieser klare Aufwärtstrend zeigt, dass das ÖBH als Arbeitgeber auch für Rekruten attraktiver geworden ist.

Die Maßnahmen wie Einsatz von „Virtual Reality“ bei der Personalwerbung, Investitionen in die sechs Stellungsstraßen, in Neubau und Sanierung von Unterkünften, Sporthallen und Fitnessräumen, Erhöhung des Gehalts bei den Chargen und Zusammen-



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLVS-UG-14-W0005.html

legung der Verwendungsgruppen bei den Unteroffizieren und eine damit verbundene Erhöhung der Einstiegsgehälter bei den Unteroffizieren, haben sich positiv auf den Personalaufwuchs ausgewirkt.

Auch die Maßnahmen zur beabsichtigten Steigerung des Frauenanteils zeigen Wirkung – so haben sich 2017 rund 3.300 Mädchen und junge Frauen für den Girls Day angemeldet, um sich über die Jobmöglichkeiten beim ÖBH zu informieren – das sind mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2016.

Den hohen Ausbildungsstand der Soldaten des ÖBH dokumentiert stellvertretend die Teilnahme an der „Strong Europe Tank Challenge“ (SETC) in GRAFENWÖHR in DEUTSCHLAND, bei dem die Soldaten des Panzerbataillons 14 aus WELS den ersten Platz erringen konnten.

Wirkungsziel Nr. 5

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird das Wirkungsziel Nr. 5 nunmehr bei der UG 17 ausgewiesen.

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

UG 42

Landwirtschaft, Natur und Tourismus

Leitbild der Untergliederung

- Wir stehen für die umweltgerechte Entwicklung, den Schutz der Lebensräume in Stadt und Land, den effektiven Schutz vor Naturgefahren sowie die Ökologisierung der Flusslandschaften Österreichs.
- Die nachhaltige Produktion sicherer und hochwertiger Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe und Energieträger sowie die Erhaltung einer nachhaltigen Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sind unsere Kernanliegen, für die wir uns auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene einsetzen.
- Im partnerschaftlichen Dialog erarbeiten wir innovative Konzepte für vitale ländliche Regionen zur Steigerung von Beschäftigung und Wertschöpfung. Der Schutz der Natur und die nachhaltige Nutzung des ländlichen Raums werden durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen und Programme der Landwirtschafts- und Umweltförderung sichergestellt. Eine ausgewogene Berücksichtigung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen ist uns wichtig.
- Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung in agrarischen und forstlichen Berufen als wesentlichen Beitrag zum Erhalt und Schutz unseres Lebensraumes ein.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

<https://www.bmnt.gv.at/>

Statistik Austria

<http://www.Statistik.gv.at>

Programm LE 14-20

https://www.bmnt.gv.at/land/laendl_entwicklung/leprogramm.html

Grüner Bericht 2017

<https://gruenerbericht.at/cm4/>

Hochwasserrisiko

<http://www.hora.gv.at/>

WISA – Wasserinformationssystem Austria

<https://www.bmnt.gv.at/wasser/wisa/>

Hydrografie Österreichs

<http://ehyd.gv.at/>

Österreichische Waldstrategie 2020+

<https://www.bmnt.gv.at/forst/oesterreich-wald/waldstrategie-2020.html>

Datenbank zum Arbeitsprogramm der Österreichischen Waldstrategie 2020+

<https://bfw.ac.at/ws/strat2020public.main?seite=110>

Indikatorenset des Österreichischen Walddialogs

<https://www.bmnt.gv.at/forst/walddialog/dokumente/indikatoren0.html>

Österreichische Raumordnungskonferenz

<https://www.efre.gv.at/>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Für den Fachbereich Forstwirtschaft sind das Wirkungsziel 1 „Schutz vor Naturgefahren“ und das Wirkungsziel 4 „Stärkung der Wirkungen des Waldes“ relevant. Der Schutz der österreichischen Bevölkerung und ihres Lebensraums vor Naturgefahren konnte auch im Jahr 2017 vollständig erreicht werden. Bezüglich des Wirkungszieles 4 „Nachhaltige Stärkung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Lebensraumes Wald“ konnten teilweise die Ziele nicht erreicht werden. Besonders bemerkbar macht sich hier die große Abhängigkeit der Kennzahlentwicklung von externen Einflussfaktoren, wie etwa den langen Produktionszeiten, den Witterungsverhältnissen und der zunehmend spürbaren Klimaänderung.

Hinsichtlich des Wirkungsziels 2 „Zukunftsraum Land – Nachhaltige Entwicklung eines vitalen ländlichen Raumes sowie Sicherung einer effizienten, ressourcenschonenden, flächendeckenden landwirtschaftlichen Produktion und der in- und ausländischen Absatzmärkte“ konnten die angestrebten Wirkungen und Ziele erreicht werden, sodass sich die insgesamt positive Entwicklung des Vorjahres fortsetzen konnte. Im Bereich beider Säulen der europäischen Agrarpolitik, auf die das Wirkungsziel 2 abstellt, konnten im Jahr 2017 wichtige Schritte im Rahmen der Umsetzung europäischer Vorgaben auf nationaler Ebene gesetzt werden.

In Bezug auf die Wasserwirtschaft sind das Wirkungsziel 3 „Nachhaltige Sicherung der Wasserressourcen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch und Natur“ und wie im Forstbereich das Wirkungsziel 1 „Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und der Lebensräume vor den Naturgefahren Hochwasser, Lawinen, Muren, Steinschlag und Hangrutschungen“ zentrale Anliegen. Zum Schutz unserer Wasserressourcen bzw. vor Hochwasser wurden im Sinne der beiden entsprechenden EU-Richtlinien (Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserschutzrichtlinie) weitere nationale Fortschritte erreicht und Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen.

Beim Wirkungsziel 5 (Gleichstellungsziel) „Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Schülerinnen und Schülern in den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen“ konnten 2017 durch die erfolgreich umgesetzten Maßnahmen Fortschritte sowohl bei der Erhöhung der SchülerInnenanzahl in den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen als auch bei der Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze erreicht werden. Darüber hinaus laufen die Arbeiten am neuen agrarischen Bildungszentrum in Tirol, der HBLFA Tirol, zufriedenstellend, die neue Fachrichtung „Lebensmittel- und Biotechnologie“ soll im Schuljahr 2019/20 starten, der neue Standort Rotholz soll 2020 seinen Betrieb aufnehmen.

Im Bereich Tourismus haben die getroffenen Maßnahmen dazu beigetragen, dass der österreichische Tourismus wettbewerbsfähig bleibt und Arbeitsplätze sichert.

Wirkungsziel Nr. 1

Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und der Lebensräume vor den Naturgefahren Hochwasser, Lawinen, Muren, Steinschlag und Hangrutschungen



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-42-W0001.html

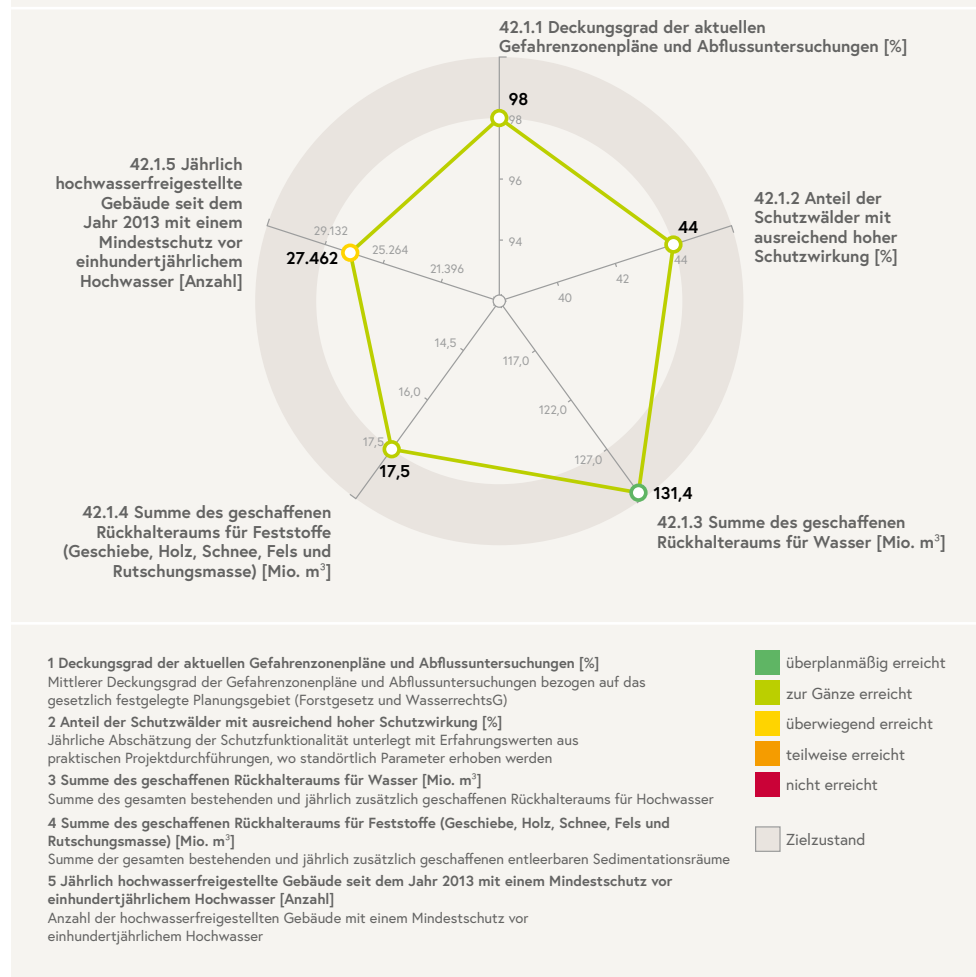
Umfeld des Wirkungszieles

Gegenüber dem Vergleichszeitraum haben sich die naturräumlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verändert. Das Risikopotenzial durch Naturgefahren in Österreich ist – in Abhängigkeit der Klimaentwicklung und des Witterungsverlaufs – latent hoch (z. B. befinden sich ca. 20% des österreichischen Gesamtgebäudebestandes im Einflussbereich von Hochwasser, Muren, Lawinen, Steinschlag oder Rutschungen) und erfordert eine nachhaltige Fortsetzung der Schutzleistungen der Wildbach- und Lawinenverbauung sowie der Bundeswasserbauverwaltung auf konstantem Niveau. Eine Verlagerung der Investitionen von der Errichtung neuen Schutzes in Richtung der Erhaltung und Erneuerung des Schutzbestandes (so befinden sich allein in wildbach- und lawinenrelevanten Einzugsgebieten ca. 250.000 Schutzinfrastrukturbauwerke) ist im Gange, führt jedoch zu keiner Änderung des Finanzierungsbedarfs für den Bundesvoranschlag. Dabei ist auf das implizite Risiko des globalen Rückgangs der Schutzleistung bei Verringerung der Investitionen hinzuweisen, da aktuell der altersbedingte Wirkungsverlust („Abschreibung der Schutzbauten“) gerade durch Neuinvestitionen kompensiert werden kann. Widrigenfalls wäre mittelfristig mit einer deutlichen Ausweitung von Gefahrenzonen zu rechnen. Dieser Trend kann – obwohl heute noch nicht gesichert abschätzbar – bei Verstärkung der klimabedingten Risiken noch intensiviert werden. Hohe Relevanz hat die zunehmende Nachfrage der Bevölkerung auf Naturgefahreninformationen (z. B. im Rahmen der Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie, aber auch im Rahmen der Sachverständigentätigkeit und Beratungsleistung im Raumordnungs-, Widmungs- oder Bauverfahren durch die Dienststellen) und Risikokommunikation, der auch als Anspruch im Sinne des Umweltinformationsgesetzes sowie der INSPIRE-RL ausgeprägt ist. Dieser Anspruch kann im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung sowie der Bundeswasserbauverwaltung nur durch eine intensive Kombination von digitaler Datenbereitstellung und lokaler Präsenz für Beratung und Expertise der Bevölkerung und kommunalen Entscheiderinnen und Entscheider gewährleistet werden. Den steigenden Anforderungen für die Sicherheit und den Bestand der Schutzanlagen (einschließlich Haftungsrisiken) kann durch die Weiterentwicklung der technischen Standards und die Etablierung des – in Kooperation mit den Kommunen und Wassergenossenschaften entwickelten – Erhaltungsmanagements gewährleistet werden. Der zunehmenden Verlagerung der Entwicklungs- und Siedlungstätigkeit in Hanglagen wird durch eine Weiterentwicklung des Risikomanagements für Steinschlag- und Rutschungsgefahren entsprochen.

Auch im internationalen und nationalen Kontext konnten im Rahmen der Ressortstrategie „Vorsorge“ Schwerpunkte für die Positionierung Österreichs als Kompetenzzentrum des Naturgefahrenmanagements sowie als Knotenpunkt internationaler Fachnetzwerke (Interpraevent, FAO, PLANALP, EUSALP) fortgesetzt werden.

Ergebnis der Evaluierung

■ Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und der Lebensräume vor den Naturgefahren Hochwasser, Lawinen, Muren, Steinschlag und Hangrutschungen
Untergliederung: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Wirkungsziel: 2017-BMLFUW-UG42-W1



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
42.1.1	ZIEL	95,0	96,0	97,0	97,0	98,0	99,0
	IST	95,0	96,0	97,0	97,0	98,0	
42.1.2	ZIEL	42,0	42,0	42,0	42,0	44,0	44,0
	IST	42,0	42,0	42,0	42,0	44,0	
42.1.3	ZIEL	108,5	119,0	119,5	123,0	127,0	128,0
	IST	118,4	122,0	123,0	124,2	131,4	
42.1.4	ZIEL	16,0	16,5	17,0	17,3	17,5	17,8
	IST	16,0	16,5	17,0	17,3	17,5	
42.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	24.132	29.132	31.500
	IST	6.300	13.159	19.132	21.943	27.462	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

42.1.1 Deckungsgrad der aktuellen Gefahrenzonenpläne und Abflussuntersuchungen [%]

Ziel- und Ist-Zustand 2017 sind erwartungsgemäß deckungsgleich und es ist im Jahr 2019 der Zielzustand 100 % erreichbar. Im Teilbereich der Wildbach- und Lawinenverbauung konnte die Flächendeckung (= 100 % Ausstattung aller Gemeinden mit Einzugsgebieten nach § 99 ForstG) mit Gefahrenzonenplänen bereits 2015 erreicht werden. Im Bereich der Bundeswasserbauverwaltung konnte die Flächendeckung für Gebiete mit potentiell signifikantem Hochwasserrisiko noch nicht erreicht werden und liegt bei annähernd 98 %. Die Aufgabe der Gefahrenzonenplanung ist mit ungeminderter Intensität fortzusetzen, um dem gesetzlichen Auftrag der Aktualität und fachlichen Richtigkeit der Gefahrenzonenpläne sowie der digitalen Bereitstellung der Gefahrenzonen für die Öffentlichkeit gerecht zu werden. Voraussetzung ist, dass die personellen und finanziellen Ressourcen in derselben Höhe verfügbar sind. Nach Erreichen der Flächendeckung im Jahr 2019 ist diese Kennzahl strukturell anzupassen.

42.1.2 Anteil der Schutzwälder mit ausreichend hoher Schutzwirkung [%]

Zwar wurde bereits im Jahr 2016 mit der Datenaufnahme der Parameter für „Wälder mit Objektschutzwirkung“ im Gelände begonnen. Diese aktuellen Daten sind noch für zwei Bundesländer/Ämter der Landesregierungen (Landesforstdirektionen/Landesforstinspektionen) ausständig und stehen erst mit Jahresende 2018 in genehmigter Form zur Verfügung. Für das Jahr 2017 wurde daher die Fläche fachgutachtlich geschätzt. Zukünftig (2019) werden die Ergebnisse der Aufnahmen mit den Daten der Österreichischen Waldinventur ergänzt und ausgewertet.

42.1.3 Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Wasser [Mio. m³]

Eine wichtige Hochwasserschutzmaßnahme ist die Bereitstellung/Errichtung von Rückhalteraum für Hochwasser. Im Durchschnitt werden österreichweit jährlich circa 1 Million m³ Rückhalteraum für Wasser geschaffen. Das Jahr 2017 war nicht repräsentativ, da außergewöhnlich viele und große Projekte zur Schaffung von Wasserrückhalteraum im Ausmaß von über 7 Millionen m³ (z. B. das Zeller Becken mit 3,6 Mio. m³) gefördert wurden.

42.1.4 Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Feststoffe (Geschiebe, Holz, Schnee, Fels und Rutschungsmasse) [Mio. m³]

Die Retentionsvolumina aller Bauwerke konnten noch nicht im Wildbach- und Lawinenkataster erfasst und hinsichtlich des Erhaltungszustandes bewertet werden. Bis dahin können die dargestellten Werte teils nur als Schätzgrößen verstanden werden. Auch für die Jahre davor können daher zurzeit nur Schätzwerte angegeben werden.

42.1.5 Jährlich hochwasserfreigestellte Gebäude seit dem Jahr 2013 mit einem Mindestschutz vor einhundertjährlichem Hochwasser [Anzahl]

Der Zielzustand mit 29.132 Gebäuden war für 2017 sehr hoch angesetzt. Obwohl der Zielzustand 2017 nur überwiegend erreicht werden konnte, wurde der Durchschnitt der letzten Jahre in der Höhe von rd. 5.000 Wohnobjekten pro Jahr, die zumindest vor einem einhundertjährlichen Hochwasser geschützt werden, im Jahr 2017 mit rd. 5.500 zusätzlich freigestellten Gebäuden sogar überdurchschnittlich erreicht. Damit wird die positive Entwicklung fortgesetzt.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Schutz der österreichischen Bevölkerung und ihres Lebensraums vor Naturgefahren konnte auch im Jahr 2017 – bereits unter Bezugnahme auf den strategischen Rahmen der Hochwasserrisikomanagementpläne – vollständig erreicht werden. Eine weitere Schwerpunktsetzung ist auf Grund der spürbaren Veränderungen durch den Klimawandel im Naturraum im Bereich der Steinschlag-Felssturzsicherung sowie der Stabilisierung von Rutschhängen bemerkbar.

Im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung konnten in allen sechs Kernleistungsfeldern (Naturgefahreninformation, Gefahrenzonenplanung, Sachverständigentätigkeit, Maßnahmenplanung, Maßnahmensetzung, Investitionsmanagement) sämtliche gesetzten Ziele und Vorgaben umgesetzt werden.

Hervorzuheben sind die Anstrengungen, die erreichte Flächendeckung mit Gefahrenzonenplänen (100 % Ausstattung aller Gemeinden mit Einzugsgebieten nach § 99 ForstG) mittels Revisionen zu halten sowie die vollständige Umsetzung von 762 Schutzmaßnahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV) mit Gesamtinvestitionen von 158,4 Millionen Euro (davon 87,04 Millionen Euro Bundesmittel). Im Bereich der Bundeswasserbauverwaltung (BWV) wurden insgesamt 602 Maßnahmen mit einem förderrelevanten Investitionsvolumen von 181,2 Millionen Euro (davon 97,3 Millionen Euro Bundesmittel) neu genehmigt. Der hohe Wirkungsgrad der bestehenden Schutzmaßnahmen konnte durch die Verhinderung zahlreicher Katastrophen (wie z.B. in Tirol, Salzburg, Kärnten und Steiermark) in gesicherten Einzugsgebieten nachgewiesen werden. Nicht unerwähnt sollen die Investitionen in die Erhaltung und den Ausbau objektschutzwirksamer Schutzwälder sein, die unter anderem auch durch die Dienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung getätigt werden.

Die Wirkungen der Maßnahmen bestätigen im Wesentlichen die festgelegten Schutzziele und Schutzstrategien, sodass das abstrakte Schutzniveau in Österreich nachweislich gestiegen ist. Insbesondere tragen die Wirkung der Gefahrenzonenpläne in der Raumplanung, die Sanierung der Schutzwälder sowie die Umsetzung neuer Schutzvorhaben bzw. die Erhaltung des Bestandes zur signifikanten Risikoreduktion bei. Die Folgen des Klimawandels haben in wenigen Fällen zur Überschreitung des technischen Sicherheitsniveaus von Schutzanlagen geführt und machen eine weitere Anpassung der Sicherheitsstandards für Schlüsselbauwerke erforderlich. Aktive Risikokommunikation und die intensive Schulung lokaler Akteure in den Aufgaben der Eigenvorsorge, Wildbachaufsicht und Bauwerkszustandsaufsicht haben die Selbsthilfefähigkeit auf kommunaler

Ebene drastisch erhöht. Aktuelle Studien (z.B. WIFO 2016) belegen weiters die hohe lokale Wertschöpfung und den Sicherheitsgewinn durch die gesetzten Maßnahmen sowie insgesamt die volkswirtschaftliche Bedeutung der Wildbach- und Lawinenverbauung und der Bundeswasserbauverwaltung.

Wirkungsziel Nr. 2

Zukunftsraum Land – nachhaltige Entwicklung eines vitalen ländlichen Raumes sowie Sicherung einer effizienten, ressourcenschonenden, flächendeckenden landwirtschaftlichen Produktion und der in- und ausländischen Absatzmärkte



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-42-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union verfolgt als Hauptziele die Verbesserung der Produktivität in der Landwirtschaft, die Gewährleistung der Versorgung der Konsumentinnen und Konsumenten mit leistbaren Lebensmitteln sowie die Sicherstellung eines angemessenen Einkommens für die Landwirtinnen und Landwirte. Die GAP besteht aus zwei Säulen (Direktzahlungen und Politik zur Entwicklung ländlicher Räume), die über die Jahre kontinuierlich weiterentwickelt wurden.

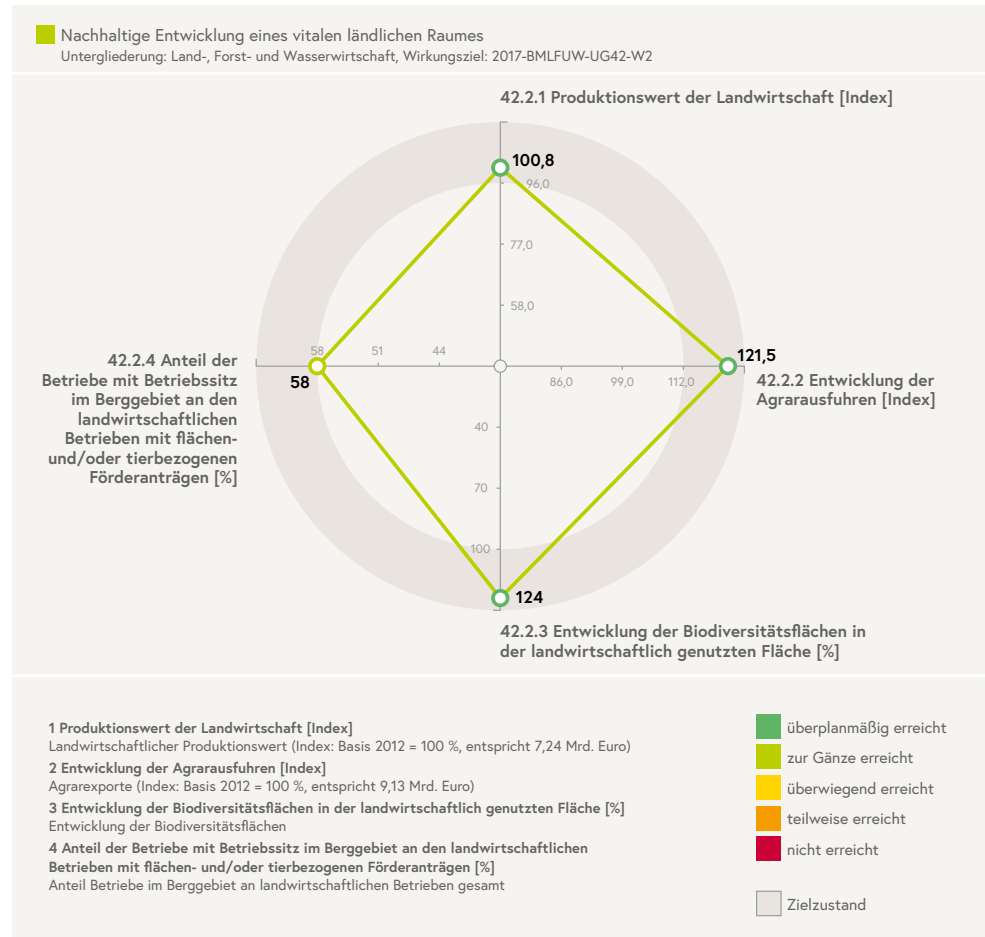
Bei den Direktzahlungen stehen die landwirtschaftliche Produktion, die Einkommenssituation, die Lebensmittelversorgungssicherheit zu leistbaren Preisen und die Marktstabilisierung im Mittelpunkt. Zusätzlich haben die Aspekte Umwelt- und Naturschutz bzw. Klimawandel an Bedeutung gewonnen, was sich u. a. durch die Einführung des „Greening“ in der letzten Reform manifestierte. Ein wesentliches Merkmal der Direktzahlungen ist, dass die Finanzierung zu 100 % aus EU-Mitteln erfolgt. Die maximal mögliche Auszahlungsobergrenze für Österreich im Zeitraum von 2015 – 2020 beträgt rund 693 Millionen Euro pro Jahr.

Die Politik zur ländlichen Entwicklung nimmt eine zentrale Stellung in der österreichischen Agrarpolitik ein. Sie unterstützt eine moderne, effizient und nachhaltig produzierende Landwirtschaft, aber auch die regionale Wirtschaft und die Gemeinden und setzt soziale Akzente. Die Europäische Union beteiligt sich über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) an der Finanzierung des Programms. Für die ländliche Entwicklung gilt das Prinzip der Kofinanzierung, d.h. den EU-Mitteln werden nationale Mittel gegenübergestellt. Die nationalen öffentlichen Mittel werden dabei durch den Bund und die Bundesländer aufgebracht, in der Regel im Verhältnis 60:40. Damit wird in Österreich über den Programmzeitraum ein durchschnittliches Programmvolumen von 1.100 Millionen Euro pro Jahr erreicht.

Die flächendeckende und kleinstrukturierte Bewirtschaftung durch die heimischen Bäuerinnen und Bauern garantiert in Österreich Ernährungssicherheit und Lebensmittelvielfalt. Die heimischen Produkte aus kontrollierter Herkunft und streng geprüfter Verarbeitung werden wegen ihrer hohen Qualität auch international stark nachgefragt. So sind die Agrar- und Lebensmittelexporte 2017 im Vergleich zum Vorjahr weiter ge-

stiegen und haben somit dazu beigetragen, dass das Exportniveau der österreichischen Volkswirtschaft im Jahr 2017 wieder leicht ausgebaut werden konnte.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
42.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	99,0	100,0	96,0	98,0
	IST	97,4	96,1	93,6	94,0	100,8	
42.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	108,0	110,0	112,0	115,0
	IST	104,2	106,7	110,2	114,0	121,5	
42.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	95,0	100,0	100,0	100,0
	IST	98,0	92,0	115,0	120,0	124,0	
42.2.4	ZIEL	n. v.	n. v.	57,0	57,0	58,0	58,0
	IST	57,0	57,0	58,0	58,0	58,0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

42.2.1 Produktionswert der Landwirtschaft [Index]

Der Gesamtproduktionswert der österreichischen Landwirtschaft betrug 2017 rund 7,3 Mrd. Euro, mit einem Zuwachs von 6,8% gegenüber dem Vorjahr. Kräftige wertmäßige Zuwächse waren dabei vor allem in der tierischen Erzeugung (+11,7%) zu verzeichnen, wozu neben den deutlich gestiegenen Milchpreisen auch die höheren Schweinepreise beitrugen. Der Wert der pflanzlichen Produktion erhöhte sich um 3,1%. Die Erzeugerpreise für pflanzliche Produkte lagen dabei laut vorläufigen Berechnungen im Mittel um 2,9% über dem Vorjahresniveau. Das pflanzliche Produktionsvolumen blieb in Summe stabil, allerdings mit einer recht unterschiedlichen Entwicklung bei den einzelnen Kulturen. So hatten Hitze und Trockenheit Ertragseinbußen bei Feldfrüchten und Futterpflanzen zur Folge. Das zweite Jahr in Folge von Spätfrostschäden betroffen, kam es beim Frischobst zu neuerlichen Ertragsminderungen; im Vergleich zum extrem schlechten Vorjahresergebnis nahm das Erzeugungsvolumen im Obstbau jedoch deutlich zu. Im Weinbau konnte nach den frostbedingten Ausfällen des Vorjahres eine mengenmäßig und qualitativ gute Ernte eingebracht werden.

42.2.2 Entwicklung der Agrarausfuhren [Index]

Im Jahr 2017 sind die Agrarexporte (KN 01–24) kräftig um +752 Mio. Euro oder +7,2% gegenüber 2016 auf 11,14 Mrd. Euro gestiegen. Die Agrarimporte sind nur um +539 Mio. Euro oder +4,7% gestiegen. Das agrarische Außenhandelsdefizit ging somit 2017 auf -821 Mio. Euro zurück.

Die größten Exportanstiege waren mit +493 Mio. Euro bei Waren der Lebensmittelindustrie und Getränken (Kap. 16–24), +151 Mio. Euro bei lebenden Tieren und Waren tierischen Ursprungs (Kap. 01–05), +71 Mio. Euro bei Waren pflanzlichen Ursprungs (Kap. 06–14) und mit +1,6 Mio. Euro von tierischen u. pflanzlichen Fetten und Ölen (Kap. 15) zu beobachten.

Verantwortlich für das gute Ergebnis sind verstärkte Agrar- und Lebensmittelverbringungen innerhalb Europas +648 Mio. Euro, Amerika (Kontinent) +155 Mio. Euro und Asien +33 Mio. Euro, gebremst durch Exportrückgänge nach Ozeanien (-59 Mio. Euro) und Afrika (-27 Mio. Euro). Exporte in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten stiegen um +67 Mio. Euro oder +28%, aber nur in den von den Russland-Sanktionen nicht betroffenen Zollgruppen.

Basierend auf der Entwicklung der letzten Jahre und einem allgemeinen Konjunkturaufschwung wird mit einer Fortsetzung dieser Tendenz für 2018 gerechnet.

42.2.3 Entwicklung der Biodiversitätsflächen in der landwirtschaftlich genutzten Fläche [%]

Durch die Umgestaltung des Agrarumweltprogramms wurde das Ziel im Jahr 2017 überschritten. Es bleibt abzuwarten, ob das hohe Niveau bis zum Ende der Periode gehalten werden kann.

42.2.4 Anteil der Betriebe mit Betriebssitz im Berggebiet an den landwirtschaftlichen Betrieben mit flächen- und/oder tierbezogenen Förderanträgen [%]

Eine Stabilisierung des Anteils der Betriebe mit Betriebssitz im Berggebiet konnte besonders durch die Ausgleichszulage sowie durch deren stärkere Fokussierung in der laufenden Förderperiode auf Betriebe mit erhöhter Erschwernis (diese Betriebe liegen hauptsächlich im Berggebiet) erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Wirkungsziel 42.2 wurde (bezogen auf den im Jahr 2017 angestrebten Erfolg) zur Gänze erreicht. Drei der fünf gewählten Kennzahlen wurden sogar überplanmäßig erreicht. Die gesetzten Maßnahmen eignen sich sehr gut zur Erreichung des angestrebten Erfolgs des Wirkungsziels 2.

Die Vielfalt ländlicher Regionen in Österreich ist nicht nur durch die Landschaften oder die natürlichen Ressourcen bedingt, sondern wird insbesondere durch die Wirtschaftskraft, das Arbeitsplatzangebot, die Erreichbarkeiten, die (soziale) Infrastruktur, die demographische Entwicklung sowie durch die Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner bestimmt.

Die Maßnahmen der ländlichen Entwicklungspolitik tragen umfassend dazu bei, den ländlichen Raum als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zu entwickeln und leisten wesentliche Beiträge zur Verringerung der Chancenungleichheit im ländlichen Raum. Sie tragen dazu bei, lokale Arbeitsplätze zu schaffen, Abwanderung zu verringern und somit die ländlichen Räume attraktiv zu erhalten und zu machen.

Wirkungsziel Nr. 3

Nachhaltige Sicherung der Wasserressourcen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch und Natur



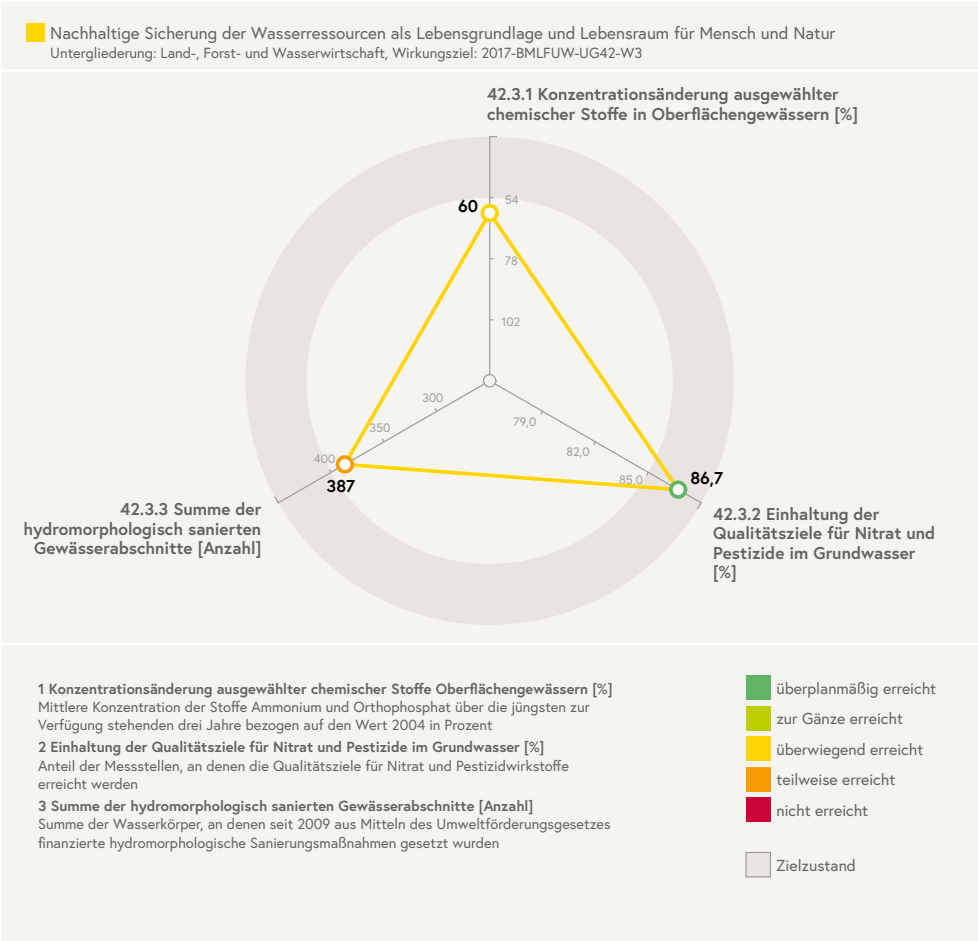
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-42-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie bzw. das Wasserrechtsgesetz geben vor, dass in allen Gewässern (Grund- und Oberflächengewässern) mit Fristerstreckung bis zum Jahr 2027, der gute Zustand erhalten bzw. wiederhergestellt werden muss. Die gewonnenen Erfahrungen aus der laufenden Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im 1. Planungszyklus (2009 – 2015) fließen in den 2. Planungszyklus (2015 – 2021) mit ein. Es zeigt sich, dass die Nutzungsansprüche an die Wasserressourcen vor allem im Bereich der Energieerzeugung aber auch der Landwirtschaft weiterhin hoch sind und z. T. sogar weiter steigen. Die Auflösung dieses Spannungsfeldes zwischen Nutzung und Schutz des Wassers steht immer mehr im Mittelpunkt der Diskussionen im Zuge der Planungen.

Im Grundwasser werden die vorgegebenen Schwellenwerte von den meisten der circa 180 untersuchten Parameter deutlich unterschritten.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
42.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	55,0	54,0	n. v.
	IST	70,0	65,0	56,0	57,0	60,0	
42.3.2	ZIEL	84,00	86,00	86,00	84,00	85,00	85,50
	IST	86,16	81,80	83,60	84,70	86,70	
42.3.3	ZIEL	130	290	330	380	400	440
	IST	236	328	345	345	387	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

42.3.1 Konzentrationsänderung ausgewählter chemischer Stoffe

Oberflächengewässern [%]

Ammonium ist ein guter Indikator für punktuelle Belastungen (Abwasser), Phosphat für diffuse Belastungen (landwirtschaftliche Tätigkeit). Die Konzentration der zwei Parameter ist von der jährl. Wasserführung abhängig. Daher ergeben sich, wie z. B. für den Ist-Wert 2017, mitunter starke natürliche Schwankungen.

42.3.2 Einhaltung der Qualitätsziele für Nitrat und Pestizide im Grundwasser [%]

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt bei dieser Kennzahl ein schwankendes Niveau, aber eine grundsätzlich positive Entwicklung. Aufgrund der Trägheit des Systems, die vor allem durch Grundwasserneubildungsraten in der Größenordnung von Jahrzehnten geprägt ist, ist auch weiterhin nur mit langsamen und mittelfristigen Veränderungen zu rechnen. Gegenüber dem Ist-Zustand 2016 (84,7 %) kann für 2017 eine Steigerung des Anteils der Messstellen ohne Belastungen festgestellt werden. Die häufigsten Überschreitungen der Qualitätsziele erfolgten durch Nitrat oder bereits verbotene Wirkstoffe (z. B. Atrazin) bzw. deren relevante Abbauprodukte.

42.3.3 Summe der hydromorphologisch sanierten Gewässerabschnitte [Anzahl]

Für das Jahr 2017 standen noch Restmittel zur Förderung gewässerökologischer Maßnahmen zur Verfügung. Dadurch konnten in Summe weitere 42 Gewässerabschnitte saniert werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Wirkungsziel wurde (bezogen auf den im Jahr 2017 angestrebten Erfolg) überwiegend erreicht. In einigen Bereichen (z. B. Grundwasser) lief die Umsetzung der Maßnahmen planmäßig, sodass die erwarteten Wirkungen erreicht wurden. Die Kennzahl zu Nitrat und Pestiziden im Grundwasser zeigt grundsätzlich eine positive Entwicklung, in den letzten Jahren treten Schwankungen auf. Die Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln des Bundes stellt einen wichtigen Erfolgsfaktor zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie dar. Die Umsetzung der Maßnahmen basiert in Österreich auf einer Kombination aus hoheitlichen Vorgaben und freiwilligen Initiativen ausgelöst durch finanzielle Anreize.

Wirkungsziel Nr. 4

Nachhaltige Stärkung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Lebensraumes Wald



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-42-W0004.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung ist die Voraussetzung für die Stärkung und Sicherung der vielfältigen Funktionen des Waldes. In diesem Sinn ist die zentrale Bestrebung der österreichischen Waldpolitik (Österreichische Waldstrategie 2020+) das Konzept der nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Zentral ist dabei die Weiterentwicklung und Absicherung von rechtlichen, finanziellen und informationellen Instrumenten.

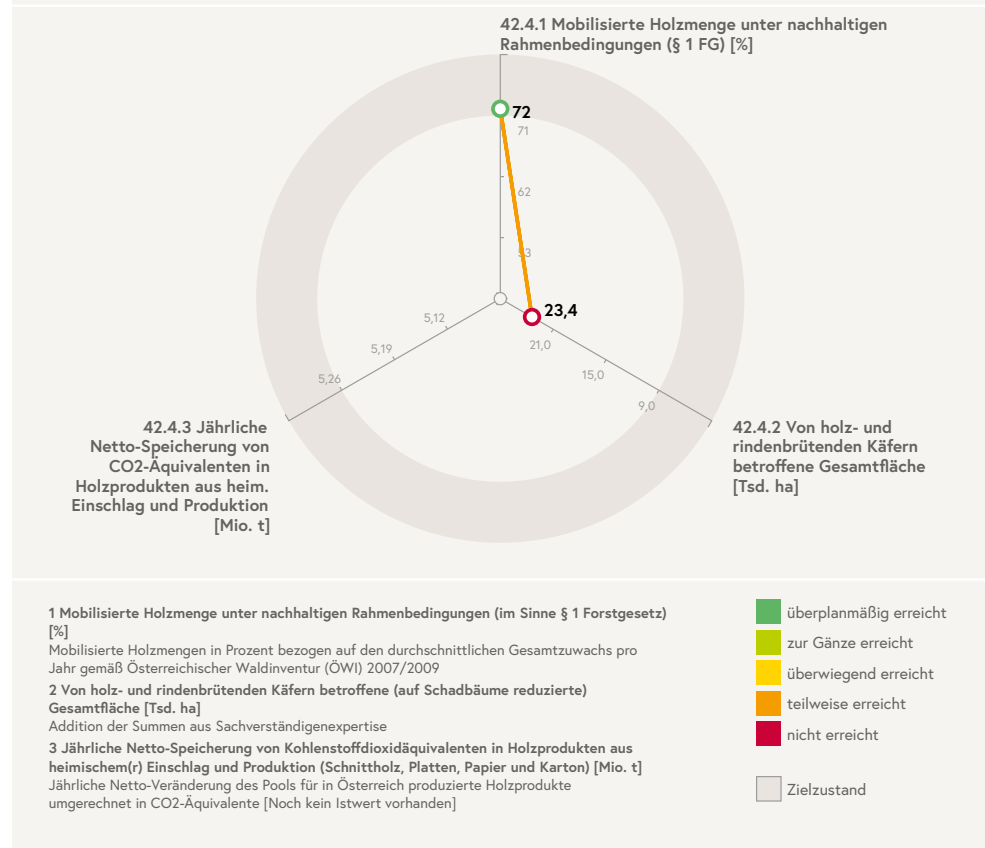
Mit der Österreichischen Waldstrategie 2020+ werden strategische Lösungswege für Herausforderungen erarbeitet und es wird versucht, die verschiedenen Interessen am Wald in Einklang zu bringen. Die Strategie stellt auch einen wichtigen Beitrag zum gemeinsamen Verständnis einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung dar. Konzeptionell ist die nachhaltige Waldbewirtschaftung auf mehreren Ebenen abgestützt, insbesondere von den Beschlüssen der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa, der EU-Waldstrategie und dem nationalen Forstgesetz. Zur Umsetzung der Österreichischen Waldstrategie 2020+ wurde ein umfangreiches Arbeitsprogramm erarbeitet sowie im Jahr 2017 im Rahmen eines Waldforums des Österreichischen Walddialogs präsentiert.

47,6 Prozent der Fläche Österreichs sind mit Wald bedeckt (Quelle: Österreichische Waldinventur 2007–2009). Die Waldbewirtschaftung liefert nicht nur den wertvollen Rohstoff Holz, sondern bietet 139.583 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern und ihren Familien ein Einkommen (Quelle: Agrarstrukturerhebung 2016). Insgesamt arbeiten in der österreichischen Forst- und Holzwirtschaft rund 300.000 Menschen, die einen Produktionswert von jährlich circa 12 Milliarden Euro erwirtschaften. Damit ist dieser Sektor nach dem Tourismus der zweitwichtigste Wirtschaftszweig in Österreich. Ohne Schutz durch die Wälder könnten knapp 50 % des Lebens- und Wirtschaftsraums in Österreich nicht genutzt werden. Vor allem die Sicherung der Trinkwasserressourcen stellt im Hinblick auf den Klimawandel eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

Die Anpassung der Wälder an das sich ändernde Klima erweist sich immer mehr als Notwendigkeit, um nicht nur die Wirkungen des Waldes, sondern auch den Fortbestand des Waldes selbst, langfristig zu sichern. Daneben gibt es weitere Faktoren, die ein Mindestmaß an Waldbewirtschaftung erfordern, wie zum Beispiel die an Intensität und Vielfalt wachsende Freizeitnutzung der Wälder, die große Nachfrage nach dem Rohstoff und Energieträger Holz in Österreich, die steigenden Schutzansprüche in den immer dichter besiedelten Tallagen oder die Zielsetzungen zur Erhaltung der Artenvielfalt. Gleichzeitig führt der Kostendruck dazu, dass Forstbetriebe, die ihre Einnahmen nach wie vor zum größten Teil aus der Holznutzung lukrieren, zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen samt einhergehendem Personalabbau gezwungen sind. Der Strukturwandel im ländlichen Raum führt vor allem im Kleinwald zu Herausforderungen.

Ergebnis der Evaluierung

■ Nachhaltige Stärkung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Lebensraumes Wald
Untergliederung: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Wirkungsziel: 2017-BMLFUW-UG42-W4



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
42.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	75,0	71,0	72,0
	IST	69,0	70,0	72,0	69,0	72,0	
42.4.2	ZIEL	<15	9,0	9,0	9,0	9,0	n. v.
	IST	10,0	11,0	17,5	13,3	23,4	
42.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	5,32	5,33	5,33
	IST	1,09	1,38	1,26	1,04	n. v.	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

42.4.1 Mobilisierte Holzmenge unter nachhaltigen Rahmenbedingungen (im Sinne § 1 Forstgesetz) [%]

Unter Holzmobilisierung wird die Gesamtheit der organisatorischen, finanziellen, beratenden und logistischen Aktivitäten verstanden, die den Holzeinschlag (Holzernte) erhöhen sollen. Durch die Holzmobilisierung soll der jährliche Holzzuwachs unter Beachtung aller Kriterien einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung bestmöglich ausgeschöpft werden. Großes Potenzial gibt es im Privatwald und hier vor allem im Klein- und Kleinstprivatwald, der häufig nur extensiv wirtschaftlich genutzt wird. Allerdings stellt sich die Mobilisierung von Holz aus Wäldern, welche im Eigentum von hoffernen bzw. „neuen“ Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern stehen, als sehr schwierig heraus. Eine Studie des Bundesforschungszentrums für Wald und der Universität für Bodenkultur belegt, dass auch finanzielle Anreize diese Eigentümergruppe nicht zur aktiven Bewirtschaftung ihrer Wälder motivieren.

Die mobilisierte Holzmenge ist im Vorjahresvergleich (69 %) gestiegen und der Zielwert 2017 wurde überplanmäßig erreicht. Das ist angesichts des vom Strukturwandel zunehmend betroffenen Kleinwaldbereichs durchaus beachtlich. Allerdings gibt es insgesamt nach wie vor ein Optimierungspotenzial bei der Bewirtschaftung von Waldflächen in Bereichen wie Ernte, Logistik und Vermarktung.

Die Entwicklung der Kennzahl ist nur mittelbar und langfristig beeinflussbar. Maßnahmen, die im Programm LE2020 sowie in der Österreichischen Waldstrategie 2020+ (z. B. Klimafitter Wald) enthalten sind, zielen auf eine nachhaltige Steigerung der mobilisierten Holzmenge ab.

42.4.2 Von holz- und rindenbrütenden Käfern betroffene (auf Schadbäume reduzierte) Gesamtfläche [Tsd. ha]

Die Entwicklung der Kennzahl ist von natürlichen Schadereignissen und dem Witterungsverlauf abhängig und ist im unteren Schwellenbereich kaum beeinflussbar. Der Schadholzanteil 2017 betrug 6,5 Millionen Erntefestmeter. Dies entspricht circa 38 % des Gesamteinschlags des Jahres 2017. Aufgrund der extremen klimatischen Bedingungen (Trockenheit) wurde 2017 der Zielwert von maximal 9.000 ha betroffener Waldflächen nicht erreicht. Auch für die kommenden Jahre ist auf Grund der Klimaänderung mit einem weiteren Anstieg der Schadflächen zu rechnen. Seitens des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus wird mittels eines umfangreichen Maßnahmenpakets gegen den Befall durch Borkenkäfer angekämpft.

42.4.3 Jährliche Netto-Speicherung von Kohlenstoffdioxidäquivalenten in Holzprodukten aus heimischem(r) Einschlag und Produktion (Schnittholz, Platten, Papier und Karton) [Mio. t]

Die Daten basieren auf der nationalen THG-Emissionsinventur. In der derzeit neuesten verfügbaren Fassung (Stand: 11.1.2018) werden die Ist-Werte bis 2016 präsentiert.

Die Systematik der Berechnung und damit die Daten sind seit Beginn der 2. Kyoto-Periode laufenden Änderungen unterworfen. Durch die geänderten Berechnungsmethoden müssen auch Ist-Werte an die in den Datenquellen angegebenen aktuellen Werte angepasst werden.

Die Daten für den Ist-Wert 2017 werden ab Jänner 2019 vorliegen. Langfristig wird auf Grund dieser zeitlichen Verschiebung der Verfügbarkeit der Daten, den wechselnden Berechnungsmethoden sowie der nur bedingt schlüssigen Aussagekraft überlegt, diese Kennzahl zu ersetzen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Laut den in Österreich angewandten Kriterien und Indikatoren zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung (Indikatorenset des Österreichischen Walddialogs) kann dem Wirkungsziel insgesamt eine positive Bilanz bescheinigt werden. In Anbetracht der Herausforderungen des Klimawandels sowie den langen Produktionszeiträumen in der Forstwirtschaft ist festzuhalten, dass die einzelnen Kennzahlen nur mittel- bis langfristig beeinflussbar sind. Die zur Zielerfüllung notwendigen Maßnahmen finden sich in der Österreichischen Waldstrategie 2020+ bzw. in dessen Arbeitsprogramm. Das Programm Ländliche Entwicklung spielt dabei eine wichtige Rolle. Die für die Umsetzung der Österreichischen Waldstrategie 2020+ in Form eines Arbeitsprogramms notwendigen sektorübergreifenden Abstimmungsmaßnahmen erfolgen im Rahmen des Österreichischen Walddialoges.

Die Kennzahl „Mobilisierte Holzmenge unter nachhaltigen Rahmenbedingungen“ ist im Vorjahresvergleich (69 %) gestiegen und der Zielwert 2017 wurde überplanmäßig erreicht. Das ist angesichts des vom Strukturwandel zunehmend betroffenen Kleinwaldbereichs durchaus beachtlich. Der geplante Zielwert der Kennzahl „Von holz- und rindenbrütenden Käfern betroffene Gesamtfläche“ konnte auf Grund von Vorschädigungen und ungünstiger Witterungsverläufe trotz massiver Gegenmaßnahmen nicht erreicht werden. Für die Kennzahl „Jährliche Netto-Speicherung von Kohlenstoffdioxidäquivalenten in Holzprodukten aus heimischem(r) Einschlag und Produktion (Schnittholz, Platten, Papier und Karton)“ sind die Daten für 2017 noch nicht verfügbar. Diese werden erst im Jänner 2018 präsentiert.

Wirkungsziel Nr. 5

Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Schülerinnen und Schülern in den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-42-W0005.html

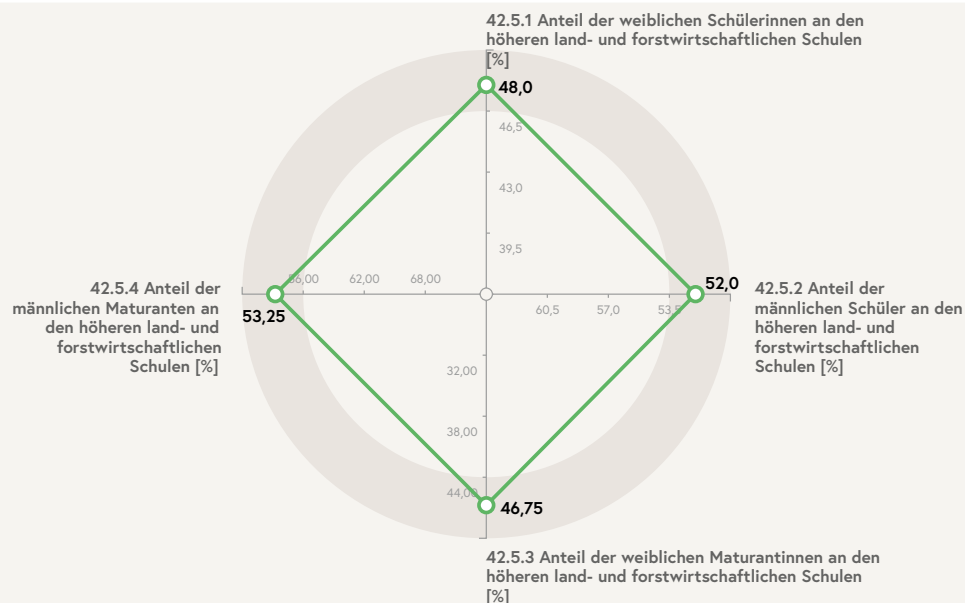
Umfeld des Wirkungszieles

Die land- und forstwirtschaftlichen Schulen sind in ganz Österreich verteilt, vorwiegend im ländlichen Raum. Mit den elf höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen stehen Kompetenzzentren für unsere ländliche Jugend zur Verfügung, wo sie die heimische Land- und Forstwirtschaft weiterentwickelt, damit sie auch in Zukunft innovativ, naturnah und produzierend bleibt. Von den elf Schulstandorten haben fünf Standorte neben dem Schulbetrieb ein Forschungszentrum. Die höheren Schulen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus leisten einen wichtigen Beitrag für den Erhalt und die Sicherung unseres Lebensraumes. Fast 80 % der österreichischen Bevölkerung leben in ländlichen Regionen. Die Entwicklung im ländlichen Raum voranzubringen, bedeutet die Entwicklung Österreichs voranzubringen. Darum müssen wir den ländlichen Raum als attraktiven Wirtschafts-, Arbeits-, Siedlungs- und Erholungsraum weiterhin stärken. So können wir die Zukunftsperspektiven der dort lebenden Menschen absichern.

Ein wesentlicher Faktor für die Rahmenbedingungen des Wirkungsziels ist die Geburtenrate, sie hat Auswirkungen auf den Schulbesuch von Mädchen und Burschen. Weiters ist die wirtschaftliche Entwicklung ein Faktor – ob junge Menschen im ländlichen Raum in Lehrberufe gehen oder eine schulische Ausbildung anstreben. Ein zusätzlicher Einflussfaktor für die Schulen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus ist das schulische Angebot von anderen Schultypen. Daher ist es wichtig, moderne und innovative Ausbildungen anzubieten, um sich vom Wettbewerb abzuheben.

Ergebnis der Evaluierung

Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Schülerinnen und Schülern in den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen
 Untergliederung: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Wirkungsziel: 2017-BMLFUW-UG42-W5



- 1 Anteil der weiblichen Schülerinnen an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]**
 Anteil der weiblichen Schülerinnen an den 11 höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen zum Stichtag 1.10. des jeweiligen Jahres
- 2 Anteil der männlichen Schüler an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]**
 Anteil der männlichen Schüler an den 11 höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen zum Stichtag 1.10. des jeweiligen Jahres
- 3 Anteil der weiblichen Maturantinnen an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]**
 Anteil der weiblichen Maturantinnen an den 11 höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen zum Stichtag 1.10. des jeweiligen Jahres
- 4 Anteil der männlichen Maturanten an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]**
 Anteil der männlichen Maturanten an den 11 höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen zum Stichtag 1.10. des jeweiligen Jahres

- überplanmäßig erreicht
- zur Gänze erreicht
- überwiegend erreicht
- teilweise erreicht
- nicht erreicht
- Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
42.5.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	46,0	46,5	47,0
	IST	n. v.	n. v.	46,0	47,1	48,0	
42.5.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	54,0	53,5	53,0
	IST	n. v.	n. v.	54,0	52,9	52,0	
42.5.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	44,00	44,00
	IST	47,00	45,00	42,00	45,40	46,75	
42.5.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	56,00	56,00
	IST	53,00	55,00	58,00	54,60	53,25	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

42.5.1 Anteil der weiblichen Schülerinnen an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]

Eine Annäherung der Schülerinnen- und Schülerquote auf 50 % Schülerinnen und 50 % Schüler kann nur über einen langfristigen Zeitraum erreicht werden. Der Anteil der Schülerinnen im Jahr 2017 wird mit einem Wert von 48 % überplanmäßig erfüllt. Gegenüber dem Ausgangspunkt von 46 % Schülerinnen im Jahr 2015 ist das eine positive Entwicklung in Richtung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus.

42.5.2 Anteil der männlichen Schüler an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]

Eine Annäherung der Schülerinnen- und Schülerquote auf 50 % Schülerinnen und 50 % Schüler kann nur über einen langfristigen Zeitraum erreicht werden. Der Anteil der Schüler im Jahr 2017 hat sich entsprechend zur Steigerung des Anteils der Schülerinnen verringert und wird überplanmäßig erfüllt. Gegenüber dem Ausgangspunkt von 54 % Schülern im Jahr 2015 ist das eine positive Entwicklung in Richtung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus.

42.5.3 Anteil der weiblichen Maturantinnen an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]

Der Anteil der weiblichen Maturantinnen im Jahr 2017 wird mit einem Wert von 46,75 % überplanmäßig erreicht. Zwar lag der Anteil weiblicher Maturantinnen im Ausgangsjahr 2013 bei 47 %, gegenüber 2016 (45,40 %) zeichnet sich 2017 allerdings bereits eine deutliche Erholung ab.

42.5.4 Anteil der männlichen Maturanten an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen [%]

Der Anteil der männlichen Maturanten hat sich im Jahr 2017 entsprechend zur Steigerung des Anteils der weiblichen Maturantinnen verringert und wird mit einem Wert von 53,25 % überplanmäßig erreicht. Im Vergleich mit dem Ausgangsjahr 2013 (53 %) und einem höheren Anteil im Jahr 2015 (58 %) kann insgesamt eine Annäherung an das Ziel von 50 % im Jahr 2027 festgestellt werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Gleichstellungsziel „Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Schülerinnen und Schülern in den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen“ wird (bezogen auf den im Jahr 2017 angestrebten Erfolg) auf Grundlage der überplanmäßigen Erreichung der Kennzahlen sowie der zur Gänze umgesetzten Maßnahmen insgesamt mit überplanmäßig erreicht beurteilt. So konnte 2017 die Anzahl der Ausbildungsplätze an den höheren

land- und forstwirtschaftlichen Schulen erhöht werden. Durch die Aufstockung um eine zusätzliche Schulklasse können mehr Schülerinnen und Schüler das Ausbildungsangebot des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus annehmen.

Auch die Vorarbeiten für die Erweiterung des Bildungsangebotes an den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen laufen plangemäß. Zusätzlich zu der Fachrichtung „Landwirtschaft und Ernährung“ wird es im Zuge des Neubaus der HBLFA Tirol ab 2019/20 auch eine inhaltliche Weiterentwicklung geben: Mit dem Angebot der zusätzlichen Fachrichtung „Lebensmittel- und Biotechnologie“ sollen auch insbesondere Schulabgängerinnen der Sekundarstufe I für dieses Angebot gewonnen werden. Für diese Zielgruppe wurden 2017 auch weitere Bewusstseinsbildungsmaßnahmen zur Attraktivierung des höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens durchgeführt.

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 40 und der UG 42 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-40-W0001.html

Wirkungsziel Nr. 1

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft mit Fokus auf KMU und Tourismusunternehmen.

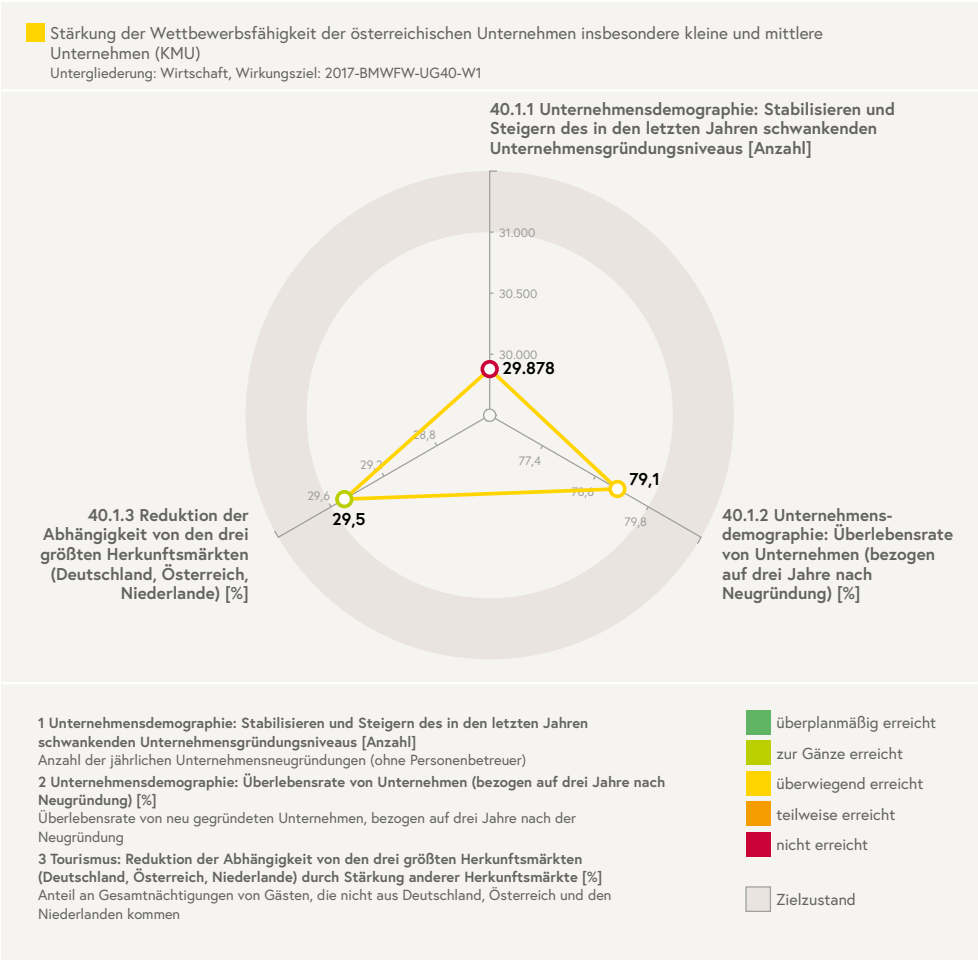
Umfeld des Wirkungszieles

Wirtschaftsforscher wie zuletzt das WIFO schätzen das Konjunkturklima zunehmend optimistisch ein. Sichtbares Zeichen ist ein seit der zweiten Jahreshälfte 2017 spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit am österreichischen Arbeitsmarkt. Die hohe Beschäftigungsdynamik des Vorjahres verstärkte sich zu Jahresbeginn nochmals. Aufgrund der hohen Dynamik im 1. Halbjahr wird die österreichische Wirtschaft 2018 insgesamt um 3,2% wachsen. Die Expansion wird im 2. Halbjahr und 2019 etwas schwächer sein, das Wirtschaftswachstum verringert sich 2019 auf +2,2%.

Der Global Competitiveness Report des Weltwirtschaftsforums ermittelt für Österreich einen guten Rang 18 (von 137), was einer weiteren Verbesserung von einem Platz entspricht.

Der Tourismus ist von vielen externen Faktoren wie z.B. der internationalen Wirtschaftsentwicklung, der Kaufkraft in Herkunftsmärkten, politischen Entwicklungen, Terroranschlägen, dem Wetter usw. betroffen. Die Auswirkungen dieser sind aber vorab nur schwer bzw. gar nicht zu prognostizieren.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
40.1.1	ZIEL	28.656	30.000	30.500	31.000	31.000	31.000
	IST	28.213	28.211	28.438	29.327	29.878	
40.1.2	ZIEL	n. v.	79,6	79,8	79,8	79,8	79,8
	IST	n. v.	79,1	79,1	79,1	79,1	
40.1.3	ZIEL	27,8	28,1	29,0	29,3	29,6	n. v.
	IST	27,8	28,6	29,3	28,9	29,5	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

40.1.1 Unternehmensdemographie: Stabilisieren und Steigern des in den letzten Jahren schwankenden Unternehmensgründungsniveaus [Anzahl]

Bei der Zahl der Gründungen ist seit 2012 ein Aufwärtstrend sichtbar. So gab es 2017 ein Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr (Ist-Zustand 2017: 29.878; +551). Zwar wurde der sehr ambitionierte Zielwert nicht erreicht, der Trend der steigenden Gründungszahlen ist dennoch sichtbar und dient als Auftrag, den Unternehmergeist weiter zu fördern.

Zusätzlich hängen die Gründungszahlen stark von konjunkturellen Entwicklungen ab. Aber auch in der konjunkturellen Hochphase ist feststellbar, dass der Anstieg neuer Unternehmensgründungen zunehmend schwieriger wird. Ausgehend von einem sehr hohen Unternehmensneugründungsniveau wurde ein Erreichen bzw. Halten des ambitionierten Zielwertes der Unternehmensgründungen als Erfolg angenommen.

Durch Initiativen der letzten Jahre wurden wichtige Impulse gesetzt und eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Standortes Österreich realisiert (z.B. Crowdfunding; das Fördern neuer Inkubatoren; verbesserte Fördervoraussetzungen im Neugründungs-Förderungsgesetz – NeuFÖG; Ausweitung aus Garantien für KMU).

40.1.2 Unternehmensdemographie: Überlebensrate von Unternehmen (bezogen auf drei Jahre nach Neugründung) [%]

Die Zahl wird nur alle zwei Jahre erhoben (letztmalig 2016; Ist-Zustand 2017: 79,1). Die Überlebensrate ist in Österreich bereits sehr hoch und stellt auch im europäischen Vergleich einen Spitzenwert dar. Der Zielwert von 79,8 % wurde nur knapp verfehlt – dies ist angesichts der hohen Nachhaltigkeit der Gründungen in Österreich trotzdem ein höchst positives Ergebnis. So sind nach 3 Jahren noch knapp 8 von 10 Unternehmen aktiv. Das Halten dieses Niveaus stellt bereits ein Ziel an sich dar.

Durch die Fortführung und Weiterentwicklung der bestehenden Unterstützungsmaßnahmen zum Aufbau von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung mit Fokus auf KMU wurden die entsprechenden Rahmenbedingungen weiter verbessert, die den Unternehmen das Wirtschaften erleichtern und damit auch die Überlebensrate positiv beeinflussen.

40.1.3 Tourismus: Reduktion der Abhängigkeit von den drei größten Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich, Niederlande) durch Stärkung anderer Herkunftsmärkte [%]

Die Zahl der Nächtigungen erreichte ein neues Rekordvolumen von insgesamt 144,50 Mio. und lag damit über dem bisherigen Höchstwert des Jahres 2016. Der Anteil der drei wichtigsten Herkunftsmärkte (Deutschland, Österreich und Niederlande) an den Gesamtnächtigungen konnte im Jahr 2017 von 71,1 % auf 70,5 % reduziert werden, was im Umkehrschluss eine Zunahme von Gästen aus anderen Ländern bedeutet. Angestrebt wurde ein Zielzustand von 29,6 % Gästenächtigungen aus diesen anderen Ländern, erreicht wurden 29,5 %. Hintergrund dafür ist, dass 2017 vor allem auf Grund der

geopolitischen Lage ein weiteres Ausnahmejahr mit starkem Gästeanstieg aus den genannten, traditionellen Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich und Niederlande) war.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Kennzahlen „Gründungsrate“ und „Überlebensrate“ bilden die Entwicklung der Unternehmensgründungen ab, welche von konjunkturellen und maßnahmenorientierten Faktoren (Förderungspolitik, Verbesserung des rechtlichen Umfeldes etc.) abhängig ist.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Zahl der Gründungen mit 29.878 (ohne Personenbetreuer; vorläufiger Wert mit Stand Jänner 2018) weiterhin steigend ist – ein Plus von 1,9 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Überlebensrate von Unternehmen bleibt seit 2012 im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau (8 von 10 Unternehmen bestehen noch nach 3 Jahren am Markt). Durch Initiativen der letzten Jahre wurden wichtige Impulse in einer konjunkturell schwachen Phase gesetzt und eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Standortes Österreich realisiert (z.B. Crowdfunding; das Fördern neuer Inkubatoren; verbesserte Fördervoraussetzungen im Neugründungsförderungsgesetz – NeuFÖG; Ausweitung der Garantien für KMU). Durch die Finanzierungsleistung der aus Unterstützungsmassnahmen im Bereich KMU-FG konnte ein zusätzliches Investitionsvolumen ausgelöst werden.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Österreich im Global Competitiveness Report seinen guten Rang bestätigen bzw. sogar im Vergleich zum Vorjahr sein Ranking um einen Platz verbessern konnte. Österreich liegt nun auf dem guten 18. Rang (von 137). Erfolgsfaktoren bilden der hohe Entwicklungsstand der Unternehmen, eine gute Ausbildung, qualitative Infrastruktur und hochentwickelte Institutionen. Insbesondere in den Säulen Innovation und Infrastruktur kann Österreich mit den Rängen 13 bzw. 14 besser abschneiden als im Gesamtindex. Für die Zukunft gilt es jedoch vor allem zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich die Chancen der neuen Technologien zu nutzen und Unterstützung durch Verbesserung der Wachstumsbedingungen des Unternehmenssektors sowie Förderung von Unternehmensgründungen anzubieten. Neben einer Erhöhung der kurz- und langfristigen Beschäftigungschancen soll auch der Digitalisierungsgrad zum Wohle für die Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung gesteigert werden. Dafür werden Angebote für Bürger/innen und Unternehmen im Bereich E-Government im Sinne einer Vereinfachung von Behördenwegen und zur Entbürokratisierung ausgebaut.

Zudem wurde am weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energie gemäß Ökostromgesetz und der Fortführung der thermischen Sanierung gearbeitet. Die thermische Sanierung wird trotz ambitionierter Förderkriterien sehr gut angenommen, sodass allein im Jahr 2017 im Bereich der Betriebe und des privaten Wohnbaus ein Investitionsvolumen von rund 332 Millionen Euro ausgelöst werden konnte.

Im Bereich Tourismus unterstreichen rund 145 Millionen Nächtigungen im Jahr 2017 die Bedeutung des Tourismuslandes Österreich. Wesentlich dafür waren das kontinuierliche Tourismusmarketing der Österreich Werbung und gezielte Investitionsanreize für die kleinstrukturierten heimischen Tourismusbetriebe über die Österreichische

Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H. Ein weiterer Faktor der positiven Entwicklung war die enge Zusammenarbeit aller Player im Tourismus.

Wirkungsziel Nr. 3

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, UG 17 und der UG 42 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0003.html

Das Bundeskanzleramt als inhaltlicher Impulsgeber, Koordinator und Brückenbauer. Angestrebte Wirkung: Koordination der Regierungs- und Europapolitik, Sicherstellung einer modernen und effizienten Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie diverser Menschen und Zielgruppen (=Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Förderung von Diversität)

Umfeld des Wirkungszieles

Eine proaktive, effiziente Vertretung der österreichischen Interessen erfordert eine verstärkte ressortübergreifende Koordination durch das Bundeskanzleramt sowie eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU-2020 Strategie und dem Nationalen Reformprogramm.

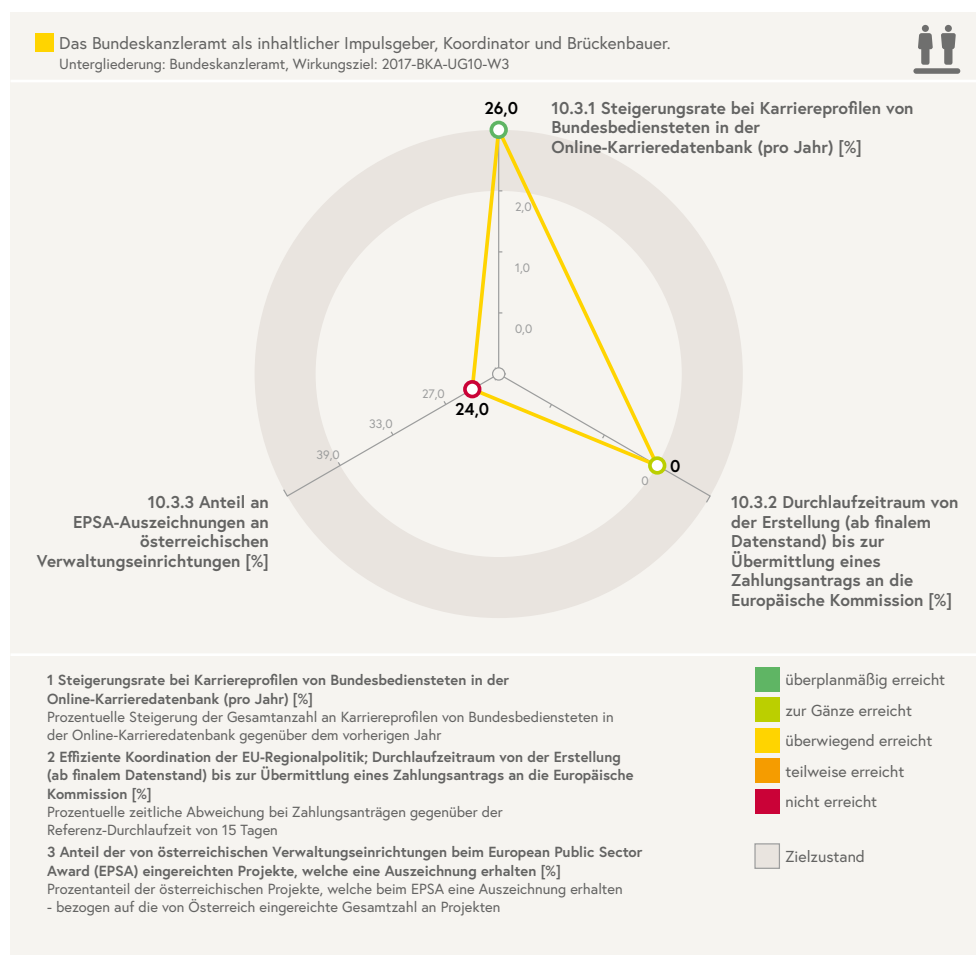
Die Jobbörse der Republik Österreich mit der Online-Karrieredatenbank wurde zur Erzielung von Synergieeffekten von Beginn an als Shared Service aufgebaut. Sie unterstützt die Ressorts umfassend im Recruitingprozess. Die Anzahl der Karriereprofile in der Jobbörse konnte weiter erhöht werden. Dies ist von hoher Bedeutung, um die Personalabgänge auf Grund der demografischen Struktur des Bundesdiensts durch Besetzungen mit geeigneten Bundesbediensteten entgegen wirken zu können. Im Fokus des Cross Mentoring Programms des Bundes stehen motivierte, an Karriere interessierte MitarbeiterInnen. Als Instrument der Personalentwicklung bietet es den TeilnehmerInnen die Möglichkeit, ihren Standort zu bestimmen, um sich anschließend im Sinne eines festzulegenden Ziels weiterzuentwickeln. Im Zeitraum 2005 bis Juni 2017 haben 1030 Mentorinnen/Mentoren und Mentees aus allen Bundesministerien und der Parlamentsdirektion am Programm teilgenommen.

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein in der österreichischen Bundesverfassung verankertes Ziel. Demgemäß sind über Jahre hinweg kontinuierliche Verbesserungen in Bezug auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern wahrnehmbar (Rückgang des Gender-Pay-Gaps von 21,8 % im Jahr 2006 auf 15,9 % im Jahr 2016; Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von 62,2 % im Jahr 2006 auf 67,7 % im Jahr 2016) – dieser Weg wurde auch im Jahr 2017 weiterverfolgt. Da es sich bei diesem Vorhaben um eine Querschnittsmaterie handelt, die sämtliche Politikbereiche umfasst, muss das gemeinsame Vorgehen aller Ministerien und oberster Organe durch das Bundeskanzleramt (2017) bzw. das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (ab 2018) koordiniert werden, um die Entwicklung voranzutreiben.

Auch bei knapper werdenden Ressourcen stellen Verwaltungspreise und die daran anschließenden Transferveranstaltungen ein kostengünstiges Instrument dar, um Innovationen vor den Vorhang zu holen und eine Übertragung der Ideen auf andere

Verwaltungseinrichtungen zu ermöglichen. Eine proaktive, effiziente Vertretung der österreichischen Interessen erfordert eine verstärkte ressortübergreifende Koordination durch das Bundeskanzleramt sowie eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU-2020 Strategie und dem Nationalen Reformprogramm. Im Mittelpunkt der europäischen Regionalpolitik standen die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Abschluss der Strukturfondsperiode 2007 – 2013 in Funktion der Bescheinigungsbehörde für die neun EFRE-Regionalprogramme und den drei grenzüberschreitenden Programmen AT-HU, AT-CZ, SK-AT, der Abschluss von Designierungsverfahren der Programmbehörden verschiedener EFRE-Programme sowie die Umsetzung des EFRE-Österreich-Programms 2014 – 2020 einschließlich der Vorbereitung und Durchführung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission. Zum Abschluss der Strukturfondsperiode 2007 – 2013 müssen auch die Prüfungen und Abschlussberichte der Prüfbehörde ordnungsgemäß und zeitgerecht erfolgen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2	2	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	1,5	34	26	
10.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	0,0	0,0	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	0,0	0,0	0,0	
10.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	39	n. v.
	IST	45	n. v.	39	n. v.	24	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.3.1 Steigerungsrate bei Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank (pro Jahr) [%]

Aufgrund der hohen Anzahl an Stellenausschreibungen wurden überdurchschnittlich viele Bedienstete motiviert, ein Karriereprofil anzulegen.

10.3.2 Effiziente Koordination der EU-Regionalpolitik; Durchlaufzeitraum von der Erstellung (ab finalem Datenstand) bis zur Übermittlung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission [%]

Trotz eines herausfordernden Umfelds, das durch überbordende administrative Anforderungen der Europäischen Kommission im Zuge des Designierungsverfahrens, wesentliche personelle Änderungen bei den Programmbehörden und Verschiebung von Kompetenzen für Kohäsionspolitik bzw. EFRE vom Bundeskanzleramt zum Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus auf Basis der BMG-Novelle 2017 gekennzeichnet waren, konnte 2017 die Designierungsprüfung für die Programmbehörden fristgerecht abgeschlossen, ein Zahlungsantrag eingebracht und somit das n+3 Ziel für 2017 erreicht werden.

10.3.3 Anteil der von österreichischen Verwaltungseinrichtungen beim European Public Sector Award (EPSA) eingereichten Projekte, welche eine Auszeichnung erhalten [%]

Generell ist anzumerken, dass sich die Entwicklung der Kennzahl als unzureichend stabil herausgestellt hat und nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächliche Qualität der Einreichungen zulässt. Für den BVA 2018 wurde die Berechnungsmethode der Kennzahl daher abgeändert. Hinsichtlich des Jahres 2017 ist zu vermerken, dass der Zielzustand auf Basis der Ergebnisse der Vergangenheit zu hoch angesetzt wurde. Eine qualitative Betrachtung des Abschneidens der österreichischen Verwaltung beim EPSA 2017 zeigt jedoch, dass diese sogar sehr gut war. Das Projekt „Open Heart“ der Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg erzielte einen Hauptpreis und das Projekt „Talents for Austria“ der Stadtgemeinde Trofaiach wurde ebenfalls für einen Preis nominiert. Der dennoch (im Vergleich zum Zielwert) niedrige Wert der Kennzahl ergibt sich lediglich aus der

erfreulich hohen Anzahl der österreichischen Einreichungen (die bei der Berechnung im Nenner stehen) sowie aus der Tatsache, dass im Jahr 2017 in Summe deutlich weniger Best-Practice-Zertifikate als 2015 vergeben wurden (34 gegenüber 64). Aus den genannten Gründen wird die Berechnungsmethode ab dem BVA 2018 adaptiert.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die ressortübergreifende Abstimmung von Strategien und Positionen in Zusammenhang mit der effektiven Vertretung der Interessen Österreichs in allen Politikbereichen wurde erfolgreich umgesetzt.

Durch die erfolgte Steigerung an Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank werden die für die Personaleinstellung zuständigen Bediensteten weiter unterstützt, die freien Stellen mit Personen zu besetzen, welche bereits Erfahrung im Bundesdienst gesammelt haben.

Die zentrale Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Rahmen der Wirkungsorientierung erfolgt gemäß Bundesministeriengesetz durch die ressortübergreifende Wirkungscontrollingstelle des Bundes im Bundeskanzleramt (2017) bzw. im Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (ab 2018). In einem horizontal-partizipativen Prozess wurde durch die Nutzung von Themenclustern (Arbeitsmarkt und Bildung, Entscheidungspositionen und -prozesse, Infrastruktur und Umwelt, Familie und Beruf, Schutz vor Gewalt, Gesundheit sowie Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung) und durch Metaindikatoren (wie dem Gender Pay Gap, dem Beschäftigungsausmaß oder dem relativen Anteil von Frauen in Aufsichtsgremien an denen der Bund mit 50 Prozent und mehr beteiligt ist etc.) Weiterentwicklungen sowohl initiiert als auch gemessen und berichtet. Dieser österreichische Weg wurde im vergangenen Jahr auf internationaler Ebene mehrmals als Best Practice Beispiel (IWF, OECD) angeführt (siehe unter anderem <http://www.oecd.org/gender/governance/toolkit/government/assessment-of-gender-impact/normative-frameworks/>). Auf die inhaltlichen Schwerpunkte und Fortschritte im Rahmen dieses Koordinierungsprozesses wird im Kapitel zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern dieses Berichts näher eingegangen.

Die Rolle als Impulsgeber für eine moderne und effiziente Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Chancengleichheit wird auch durch die Auswahl der Kategorien für den Österreichischen Verwaltungspreis wahrgenommen. Neben Themen wie moderne Führung und Steuerung, innovatives Service Design und Kooperation wird auf die Aspekte Gleichstellung, Diversität und Integration besonders Wert gelegt. Für einen nachhaltigen Austausch sorgt auch die Projektdatenbank www.verwaltungspreis.gv.at, die inzwischen über 400 Projekteinträge umfasst.

Durch die Organisation des österreichischen Verwaltungspreises und die Unterstützung beim europäischen Verwaltungspreis EPSA (European Public Sector Award) sowie beim internationalen Wettbewerb UNPSA (United Nations Public Service Award) wird Austausch und Vernetzung in Lernplattformen gefördert und die Übertragung gelungener Projekte unterstützt. Die Tatsache, dass beim EPSA ein österreichisches Projekt

einen der drei Hauptpreise gewann, ein weiteres Projekt für einen Preis nominiert wurde und drei Best Practice-Zertifikate erreicht wurden, ist Beleg für die hohe Innovationskraft der österreichischen Verwaltung – auch im europäischen Vergleich.

Eine effiziente Koordination der europäischen Regionalpolitik wurde insbesondere über die Reform des Verwaltungs- und Kontrollsystems für das EFRE-Regionalprogramm Österreich 2014 – 2020 erreicht. Auch die Jahresberichte 2016 über die Prüftätigkeit ergingen fristgerecht an die Europäische Kommission. Was den Meilenstein „Durchführung der Designierungsprüfungen“ zur Maßnahme „Ex-Post-Prüftätigkeit im Rahmen der Abwicklung des EFRE“ auf Ebene des Globalbudgets 10.03 anbelangt, so wurden alle wesentlichen Programme, bei denen finanzielle Verluste im Fall von Verzögerungen gedroht hätten, zeitgerecht geprüft und designiert, so dass Zahlungsanträge an die Europäische Union gestellt werden können.

Das Wirkungsziel wird gesamthaft mit „überwiegend erreicht“ beurteilt, weil der infolge externer Faktoren nicht erreichten Wirkungszielkennzahl betreffend Verwaltungspreisverleihungen EPSA (Kennzahl 10.3.3) und der überwiegend erreichten Maßnahme betreffend EFRE-Ex-Post-Prüftätigkeit (Maßnahme 2, Globalbudget 10.03) die überplanmäßig bzw. zur Gänze erreichten Wirkungszielkennzahlen 10.3.1 und 10.3.2 sowie die zur Gänze erreichten Maßnahmen betreffend Diversity-Atlas (Maßnahme 4, Globalbudget 10.01) und betreffend EFRE-Zahlungsanträge (Maßnahme 1, Globalbudget 10.03) gegenüberstehen.

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

UG 43

Umwelt, Energie und Klima

Leitbild der Untergliederung

- Unser Engagement gilt der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität, der Erhaltung der Vielfalt des Lebens und der Kulturlandschaften, der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen, der Abfallvermeidung und -verwertung sowie den Maßnahmen gegen den Klimawandel.
- Durch das Forcieren moderner Technologien, umweltschonender Mobilität und den gezielten Einsatz der Umweltförderung verbessern wir unsere Lebensgrundlagen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftige Generationen auf ausreichende Wasserressourcen in hervorragender Qualität zugreifen können und Versorgungssicherheit in allen Regionen gewährleistet ist.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

<http://www.bmnt.gv.at>

Österreichische Umwelttechnologiebranche

www.ecotechnology.at

Ressourceneffizienzaktionsplan

https://www.bmnt.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/ressourcennutzung_daten_trends/aktionsplan.html

Best of Austria

<https://www.bmnt.gv.at/umwelt/exportinitiative/best-of-austria.html>

Das grüne Karriereportal Österreichs

www.ecotechnology.at

Exportinitiative

<https://www.bmnt.gv.at/umwelt/exportinitiative.html>

Qualifizierungsanbieter Umwelttechnik

www.kursfinder.at

Betriebliches Umweltmanagementsystem

https://www.bmnt.gv.at/umwelt/betriebl_umweltschutz_uvp/emas

Österreichischer Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

<http://www.nachhaltigebeschaffung.at>

Globaler Ressourcenverbrauch

<http://www.materialflows.net/materialflowsnet/home/>

Informationen zur Treibhausgasbilanz 2016

http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/news2018/news_180116/

Umweltgesamtrechnungen

<http://www.umweltgesamtrechnung.at/>

11. Umweltkontrollbericht

<http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/umweltkontrollbericht/ukb/>

klimaaktiv mobil Förderprogramm: Heute investieren in die emissionsfreie Mobilität von morgen

<https://www.klimaaktiv.at/service/publikationen/mobilitaet/Leistungsbericht2016.html>

klimaaktiv Jahresbericht 2017

<https://www.klimaaktiv.at/service/publikationen/klimaaktiv/jahresbericht2017.html>

Strategische Lärmkartierung

www.laerminfo.at

Bundesabfallwirtschaftsplan

<https://www.bmnt.gv.at/umwelt/abfall-ressourcen/bundes-abfallwirtschaftsplan.html>

REACH (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien)

www.reachhelpdesk.at

Biozide

www.biozide.at

Verdachtsflächenkataster und Altlastenatlas, Stand 1.1.2018

<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0649.pdf>

Abfallvermeidung

<https://www.bmnt.gv.at/umwelt/abfall-ressourcen/abfallvermeidung.html>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Wirkungsziel 1 umfasst die Bereiche Umwelttechnologie, Arbeitsplätze im Umweltsektor und ökologische Beschaffung. Die Evaluierung der Kennzahlen und Globalbudgetmaßnahmen in diesem Sektor zeigt – wie auch schon in den letzten Jahren – für 2017 ein positives Bild. Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds wächst die österreichische Umwelttechnikindustrie schneller als die heimische Wirtschaft. Da Österreich in Sachen Umwelttechnologie auch international Maßstäbe setzt, stellt die Exportinitiative Umwelttechnologien eine wichtige Initiative dar. Seit 2005 wurden unter der Leitung des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus Umwelttechnologieunternehmen in 16 Staaten beim Markteintritt und der Vernetzung unterstützt und begleitet. Die Initiativen und Bemühungen im Rahmen des Masterplans Umwelttechnologie und des Masterplans Green Jobs zeigen, dass Umweltschutz und wirtschaftlicher Erfolg kein Gegensatz sind, vielmehr Umweltschutz sowie Ressourcenmanagement einen wichtigen Wirtschafts- und Jobmotor darstellen.

Im Bereich des Wirkungsziels 2 sind bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen und der Forcierung des Einsatzes erneuerbarer Energien und hocheffizienter Energiesysteme („Energiewende“) eindeutig Fortschritte durch die Umsetzung des Maßnahmenprogramms nach dem Klimaschutzgesetz und die erfolgreiche Durchführung von Klimaschutz- und Energiemaßnahmen nach den Förderprogrammen (insbesondere Umweltförderung im Inland, klimaaktiv mobil und durch den Klima- und Energiefonds) sowie durch die Klimaschutzinitiative klimaaktiv erzielt worden. Auch hinsichtlich der Stärkung der Rolle der Frau im Klimaschutz konnten Fortschritte erzielt werden, die Anzahl der Projekte in diesem Bereich wurde erhöht.

Beim Wirkungsziel 3, der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität und der biologischen Vielfalt, kann ein klarer Trend hin zur Verbesserung der Luftqualität durch erhebliche Reduktion der Grenzwertüberschreitungen festgestellt werden, der auch auf die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft zurückzuführen ist.

Durch die Biodiversitäts-Strategie Österreich 2020+ wurde der Rahmen für vielfältige Maßnahmen geschaffen und ein 8-Punkte-Programm zur Umsetzung der Strategie erstellt. Der Erhalt und die Wiederherstellung der Biodiversität ist eine der Prioritäten des Österreichischen Programms zur ländlichen Entwicklung 2014 – 2020. Zahlreiche Projekte im Rahmen der Ländlichen Entwicklung wurden gestartet, die auf den Erhalt der Biodiversität abzielen. Durch Schutzprogramme konnte der Zustand zahlreicher gefährdeter Arten verbessert werden (z. B. Großtrappe). Eine nationale Datenbank zu den Umsetzungsmaßnahmen zur Biodiversitäts-Strategie Österreich 2020+ wurde errichtet.

Ein erster Umsetzungsbericht liegt vor. Projekte zum Mainstreaming der Biodiversität in Sektoren wurden gestartet (Biodiversität & Business, Biodiversität & Gesundheit).

Die Rahmenbedingungen für die Anwendung der Verordnung der Europäischen Union zu gebietsfremden invasiven Arten Nr. 1143/2014 wurden im Wesentlichen geklärt. Nationale zuständige Behörden für die Anwendung der Verordnung wurden ernannt. Eine nationale Invasive Alien Species-Plattform wurde errichtet. Die Website www.neobiota-austria.at gibt Informationen zur Verordnung, deren Relevanz und Umsetzung in Österreich sowie zur Thematik generell.

Im Rahmen der Verfolgung von Wirkungsziel 4 wurden zahlreiche Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen zwecks Forcierung der unverzichtbaren Weiterentwicklung zum Ressourcenmanagement und zu einer nachhaltigen Recyclingwirtschaft gesetzt. Zwar stehen die Ist-Werte 2017 für die Kennzahl im Bereich des Abfallmanagements erst im November 2018 zur Verfügung, aber der diesbezügliche bisherige Trend zeigt eine Stabilisierung auf hohem Niveau. Die Kennzahlen im Altlasten- und Chemikalienbereich zeigen ebenso eine erfreuliche Entwicklung wie jene im Bereich des Umweltmanagements. Bei den Globalbudgetmaßnahmen sind die erfolgreichen Aktivitäten sowohl im Bereich der Abfallvermeidung als auch im Chemikalien- und Biozidbereich hervorzuheben.

Mit dem Wirkungsziel 5 wurde auf Trinkwasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung, die Kernbereiche der Siedlungswasserwirtschaft, Bezug genommen. Im Jahr 2017 konnte durch die Novelle zum Umweltförderungsgesetz, mit der ein Zusagerahmen zur weiteren Bereitstellung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft für die Jahre 2017 bis 2021 festgeschrieben wurde, neuerlich ein wesentlicher Schritt zum Fortbestand entsprechender Förderungen und Maßnahmen getroffen werden. Damit wurde diese wichtige Grundlage für Lebensqualität und Wohlstand in allen Regionen Österreichs wie vorgesehen weiterentwickelt bzw. fortgeführt.

Hinsichtlich der Themen Versorgungssicherheit und Entwicklung der Ressourceneffizienz bei Energie und mineralischen Rohstoffen wird auf Basis des 2014 in Kraft getretenen Energieeffizienzgesetzes das Ziel einer kontinuierlichen Energieeinsparverpflichtung konsequent weiterverfolgt. Die Anstrengungen werden darüber hinaus durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energie gemäß Ökostromgesetz und der Fortführung der thermischen Sanierung unterstützt.

Wirkungsziel Nr. 1



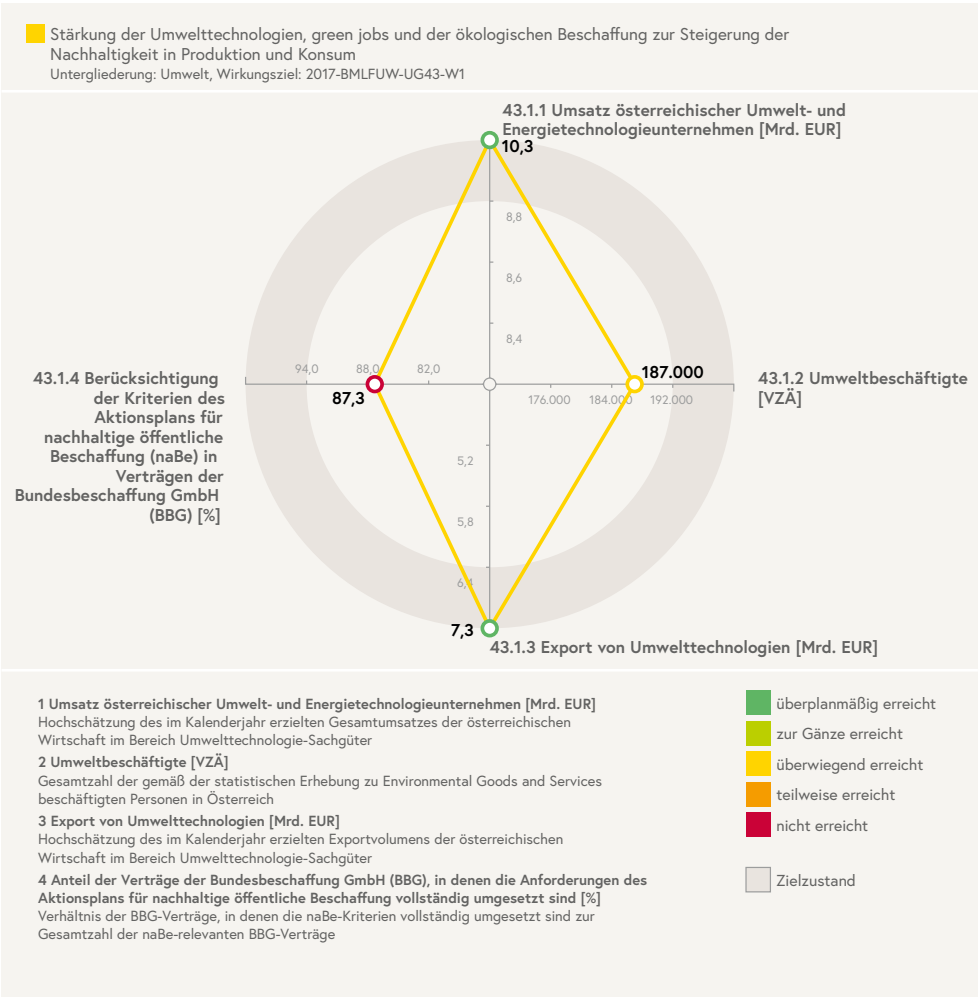
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-43-W0001.html

Stärkung der Umwelttechnologien, green jobs (Arbeitsplätze im Sektor Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz) und der ökologischen (öffentlichen) Beschaffung zur Steigerung der Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum

Umfeld des Wirkungszieles

Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds zeichnet sich die Umwelttechnikindustrie durch positive Zahlen und hohe Wettbewerbsfähigkeit aus. Die in der Umwelttechnik tätigen Unternehmen sind in allen wichtigen Segmenten vertreten, im Vergleich zur Sachgütererzeugung sind eine überdurchschnittliche Forschungsintensität und ein sehr hoher Innovationsanteil zu beobachten. Die Umsatz- und Beschäftigungszuwachszahlen in dieser Branche liegen deutlich über dem Durchschnitt der Sachgüterindustrie. Die Umweltwirtschaft (Environmental Goods and Services Sector, EGSS), deren Kernbereich die Umwelttechnik-Industrie darstellt, ist nach den Ergebnissen einer Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts bis 2015 deutlich gewachsen. Der erwirtschaftete Umsatz hat sich seit 1993 mehr als versechsfacht und erreichte im Jahr 2011 8,2 Milliarden Euro, davon entfielen 6 Milliarden Euro auf Exporte. Von 2011 bis 2015 wuchs der Umsatz auf 9,7 Milliarden Euro, und hat nach Schätzungen mittlerweile die 10 Milliarden-Grenze überschritten. Gegenüber dem vorangegangenen Erhebungszeitraum im Jahr 2011 beträgt das Plus beim Umsatz rund 18,3 %, beim Export rund 16,7 % und bei den Beschäftigten rund 8,6 %. Während 2008 rund 167.700 Beschäftigte in der Umweltwirtschaft tätig waren, nahm dieser Wert bis 2014 auf 185.000 zu und steigerte sich nach Schätzungen zuletzt auf 187.000. Die Exporte der Umwelttechnikindustrie haben sich zwischen 1997 und 2015 mehr als vervierfacht. Seit 2007 erfolgte eine stärkere Diversifizierung der Exportmärkte, die Anbieterinnen und Anbieter sind zunehmend auf außereuropäischen Märkten aktiv. Mit einer Forschungsintensität von 4,8 % ist die Umwelttechnikindustrie überdurchschnittlich innovationsorientiert.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
43.1.1	ZIEL	7,5	7,6	7,7	8,7	8,8	10,6
	IST	8,2	8,3	9,7	9,99	10,3	
43.1.2	ZIEL	175.000	176.000	180.000	190.000	192.000	195.000
	IST	174.000	185.000	183.378	184.000	187.000	
43.1.3	ZIEL	4,7	4,8	4,9	6,3	6,4	7,5
	IST	6,0	6,1	7,0	7,1	7,3	
43.1.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	92,0	94,0	95,0
	IST	n. v.	89,0	89,6	94,0	87,3	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

43.1.1 Umsatz österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunternehmen [Mrd. EUR]

Vollerhebungen werden nur alle vier bis fünf Jahre vorgenommen, zuletzt für das Jahr 2015 durch das Industriegewerkschaftliche Institut. Für die dazwischenliegenden Jahre erfolgen Schätzungen unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung. Nach dem Ergebnis einer Studie des Industriegewerkschaftlichen Instituts beträgt der Ist-Zustand 2015 hinsichtlich Umsatz 9,7 Milliarden Euro. Ausgehend von der positiven Entwicklung der letzten Jahre wurde der Ist-Zustand 2017 mit 10,3 Milliarden Euro abgeschätzt. Maßgebliche Faktoren für diese Einschätzung sind die Technologiekompetenzen, die stabile Unternehmens- und Branchenstruktur, die überdurchschnittliche Forschungs- und Innovationsquote und die breite Palette an Produkten und Leistungen der österreichischen Umwelttechnikunternehmen. Der heimische Umwelttechniksektor stellt einen wesentlichen Pfeiler der österreichischen Volkswirtschaft dar und weist – nicht zuletzt auf Grund des weltweiten Marktpotenzials – weiterhin beachtliche Wachstums- und Entwicklungspotenziale auf.

43.1.2 Umweltbeschäftigte [VZÄ]

In den Jahren 2015 und 2016 war im Vergleich zu den Jahren davor ein leichter Rückgang der im Sektor Umweltgüter und Umweltdienstleistungen Beschäftigten zu beobachten, wobei dieser Umstand einerseits auf die angespannte wirtschaftliche Situation zurückzuführen und andererseits durch Änderungen in der Statistik selbst begründet ist. Da die Werte für 2017 von der Statistik Austria erst im 2. Quartal 2019 veröffentlicht werden, beruht der Ist-Zustand 2017 auf einer die bisherige Entwicklung berücksichtigenden Schätzung. Im Langfristvergleich zeigt die Kennzahl eine relativ stabile Entwicklung.

43.1.3 Export von Umwelttechnologien [Mrd. EUR]

Vollerhebungen werden nur alle vier bis fünf Jahre vorgenommen, zuletzt für das Jahr 2015 durch das Industriegewerkschaftliche Institut. Für die dazwischenliegenden Jahre erfolgen Schätzungen unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung. Nach dem Ergebnis einer Studie des Industriegewerkschaftlichen Instituts beträgt der Ist-Zustand 2015 hinsichtlich Export 7,0 Milliarden Euro. Ausgehend von der positiven Entwicklung der letzten Jahre wurde der Ist-Zustand 2017 mit 7,3 Milliarden Euro abgeschätzt. Internationalisierung und Exportorientierung sind wesentliche Kennzeichen der Umwelttechnik-Wirtschaft und große globale Trends und Entwicklungen wie die Herausforderungen des Klimawandels, das weltweite Bevölkerungswachstum und die zunehmende Urbanisierung treiben den Bedarf nach innovativen Energie- und Umwelttechnologien in allen Bereichen an. Das wirkt sich förderlich auf die österreichische Umwelttechnik-Industrie aus. Der heimische Umwelttechniksektor stellt einen wesentlichen Pfeiler der österreichischen Volkswirtschaft dar und weist – nicht zuletzt auf

Grund des weltweiten Marktpotenzials – weiterhin beachtliche Wachstums- und Entwicklungspotenziale auf.

43.1.4 Anteil der Verträge der Bundesbeschaffung GmbH (BBG), in denen die Anforderungen des Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung vollständig umgesetzt sind [%]

Im BVA 2017 wurde die ursprüngliche Kennzahl „Anteil der Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber, in denen Umweltaspekte berücksichtigt wurden“ zwecks Schaffung einer kontinuierlicheren Datenbasis durch die aktuelle, auf BBG-Daten basierende Kennzahl ersetzt. Der für 2016 ausgewiesene Ist-Zustand von gerundet 94 % setzt sich wie folgt zusammen: 2016 erfüllten 84,25 % der von der BBG abgeschlossenen Verträge die Kriterien für nachhaltige öffentliche Beschaffung vollständig, in 9,89 % der Verträge erfolgte sogar eine Übererfüllung. Da es sich beim Prozentsatz der Übererfüllung aber um Verträge für Produkte handelt, die mehrjährig ausgeschrieben wurden, müsste der Ist-Zustand 2016 zwecks Vergleichbarkeit um diesen Anteil bereinigt werden, ebenso die Jahre davor. Unter dem Blickwinkel der dargestellten bereinigten Ausgangssituation wären auch die in den BVA 2018 und 2019 eingeflossenen Zielzustände zu betrachten und dementsprechend zu relativieren. Im Jahr 2017 erfüllten 87,30 % der von der BBG abgeschlossenen Verträge die Kriterien für nachhaltige öffentliche Beschaffung vollständig, sodass gegenüber der bereinigten Ausgangssituation 2016 eine Steigerung um rund 3 % zu beobachten ist.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die positive Entwicklung der österreichischen Umwelttechnologiebranche ist nach wie vor gekennzeichnet durch ein überdurchschnittliches Umsatz- und Beschäftigungswachstum. So hat sich der Umsatz in diesem Wirtschaftssegment seit 1993 mehr als versechsfacht. Auch wenn der Zielerreichungsgrad bei zwei von vier Kennzahlen (Umsatz und Export) im dunkelgrünen Bereich liegt, wird Wirkungsziel 1 im Evaluierungszeitraum 2017 auf Grund der leichten Seitwärtsentwicklung im Bereich der Umweltbeschäftigten und des Ergebnisses der Kennzahl im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (auf die Erläuterungen zur Entwicklung von Kennzahl 43.1.4 wird an dieser Stelle hingewiesen) als überwiegend erreicht eingestuft. Umfangreiche Aus- und Weiterbildungsprogramme (z. B. klimaaktiv, www.kursfinder.at) erhöhen das Qualifikationsniveau in der Umwelttechnik und führen zu Wettbewerbsvorsprüngen. Jede bzw. jeder neue Beschäftigte in den Unternehmen der Umwelttechnikindustrie schafft annähernd zwei zusätzliche Arbeitsplätze in anderen Bereichen der österreichischen Volkswirtschaft. Auch die „Exportinitiative Umwelttechnologie“ des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich leistet einen wesentlichen Beitrag zur Zielerreichung und trägt dazu bei, neue Märkte zu erschließen und die Bekanntheit österreichischer Umwelttechnologien international zu steigern.

Wirkungsziel Nr. 2



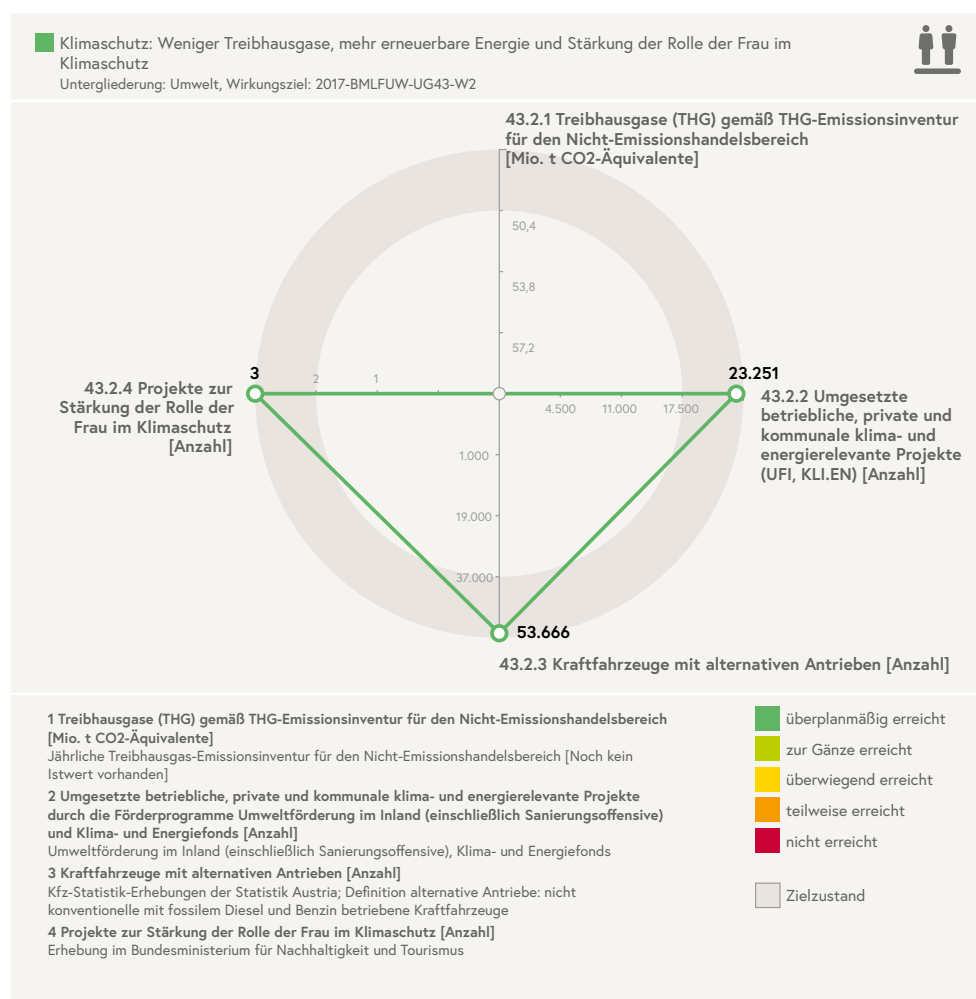
wirkungsmonitoring.
gv.at/2017-BMLFUW-UG-
43-W0002.html

Reduktion der Treibhausgasemissionen und Steigerung des Einsatzes von erneuerbaren Energien mit dem Ziel, langfristig ein hocheffizientes, auf erneuerbaren Energieträgern basierendes Energiesystem zu realisieren („Energiewende“) und Stärkung der Rolle der Frau im Klimaschutz

Umfeld des Wirkungszieles

Das 2°/1,5°C-Ziel des Pariser Übereinkommens ist nur durch ambitionierten Klimaschutz auf globaler Ebene zu erreichen. Österreichs Beitrag bedeutet eine 95 %-ige Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis 2050. Der damit verbundene Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2050 kann nur durch gesellschaftlichen Wandel erreicht werden. Die Eingliederung des Energiebereichs in das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus ermöglicht neue Synergien. Wichtige Zuständigkeiten liegen im Bereich der Bundesländer.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
43.2.1	ZIEL	51,55	51,00	51,50	51,00	<49,5	<48,9
	IST	50,10	48,20	49,30	50,60	n. v.	
43.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	21.500	17.500	17.500	n. v.
	IST	30.833	24.703	21.925	22.006	23.251	
43.2.3	ZIEL	18.000	22.000	25.000	28.000	37.000	48.000
	IST	22.944	27.455	32.241	40.657	53.666	
43.2.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1	2	7
	IST	n. v.	1	1	1	3	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

43.2.1 Treibhausgase (THG) gemäß THG-Emissionsinventur für den Nicht-Emissionshandelsbereich [Mio. t CO₂-Äquivalente]

Inventurdaten liegen grundsätzlich nur bis zu dem dem Vorjahr vorhergehenden Jahr vor, d.h. die Emissionen des Jahres 2017 werden erst mit der Inventur vom Jänner 2019 vorliegen.

Derzeit liegen Emissionsdaten bis 2016 vor. Die THG-Emissionen ohne LULUCF und abzüglich der Emissionen der Emissionshandelssektoren betrugen im Jahr 2016 50,6 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Laut Zielpfad durften im Jahr 2016 nicht mehr als 51,0 Millionen Tonnen emittiert werden, das Ziel wurde übertroffen.

43.2.2 Umgesetzte betriebliche, private und kommunale klima- und energie-relevante Projekte durch die Förderprogramme Umweltförderung im Inland (einschließlich Sanierungs offensive) und Klima- und Energiefonds [Anzahl]

Die Anzahl der geförderten klima- und energierelevanten Projekte entwickelt sich u. a. in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Zusagevolumina sowie der geförderten Technologien. Die Entwicklung für das Jahr 2017 ist zudem von den Projektzahlen im E-Mobilitätsbereich geprägt.

43.2.3 Kraftfahrzeuge mit alternativen Antrieben [Anzahl]

Die Rahmenbedingungen, insbesondere die EU-Verordnungen und Zielwerte in Bezug auf CO₂-Emissionen von neuen PKW sowie die Steuerreform zu Begünstigungen für elektrisch angetriebene Fahrzeuge und das klimaaktiv mobil Förderprogramm für Fuhrparkumstellungen auf alternative Antriebe, beeinflussten diese Entwicklung maßgeblich. Mit dem Aktionspaket zur Förderung der Elektromobilität mit erneuerbarer Energie in Österreich setzen das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus und das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie in Zusammenarbeit mit den Automobilimporteuren, den Zweiradimporteuren und dem österreichischen Sportfachhandel 2017–2018 einen weiteren wichtigen Schritt für die rasche Markteinführung der Elektromobilität.

43.2.4 Projekte zur Stärkung der Rolle der Frau im Klimaschutz [Anzahl]

Mit dem Gleichstellungsaspekt des Wirkungsziels wird auch seitens der Organisationseinheiten erhöhtes Augenmerk auf die Rolle der Frauen im Klimaschutz gelegt, so dass das Thema aktiver aufgegriffen wird.

Eine weitere Erhöhung der Projektanzahl ist sowohl aus diesem Grund als auch infolge der Eingliederung der Energieagenden in das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus zu erwarten.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Im Bereich des Wirkungsziels 2 sind bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen und der Forcierung des Einsatzes erneuerbarer Energien und hocheffizienter Energiesysteme („Energiewende“) eindeutig Fortschritte durch die Umsetzung des Maßnahmenprogramms nach dem Klimaschutzgesetz und die erfolgreiche Durchführung von Klimaschutz- und Energiemaßnahmen nach den Förderprogrammen (insbesondere Umweltförderung im Inland, klimaaktiv mobil und durch den Klima- und Energiefonds) sowie durch die Klimaschutzinitiative klimaaktiv erzielt worden. Auch hinsichtlich der Stärkung der Rolle der Frau im Klimaschutz konnten Fortschritte erzielt werden, die Anzahl der Projekte in diesem Bereich wurde erhöht.

Wirkungsziel Nr. 3

Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität und der biologischen Vielfalt, der Lebensqualität sowie Schutz vor ionisierender Strahlung



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-43-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

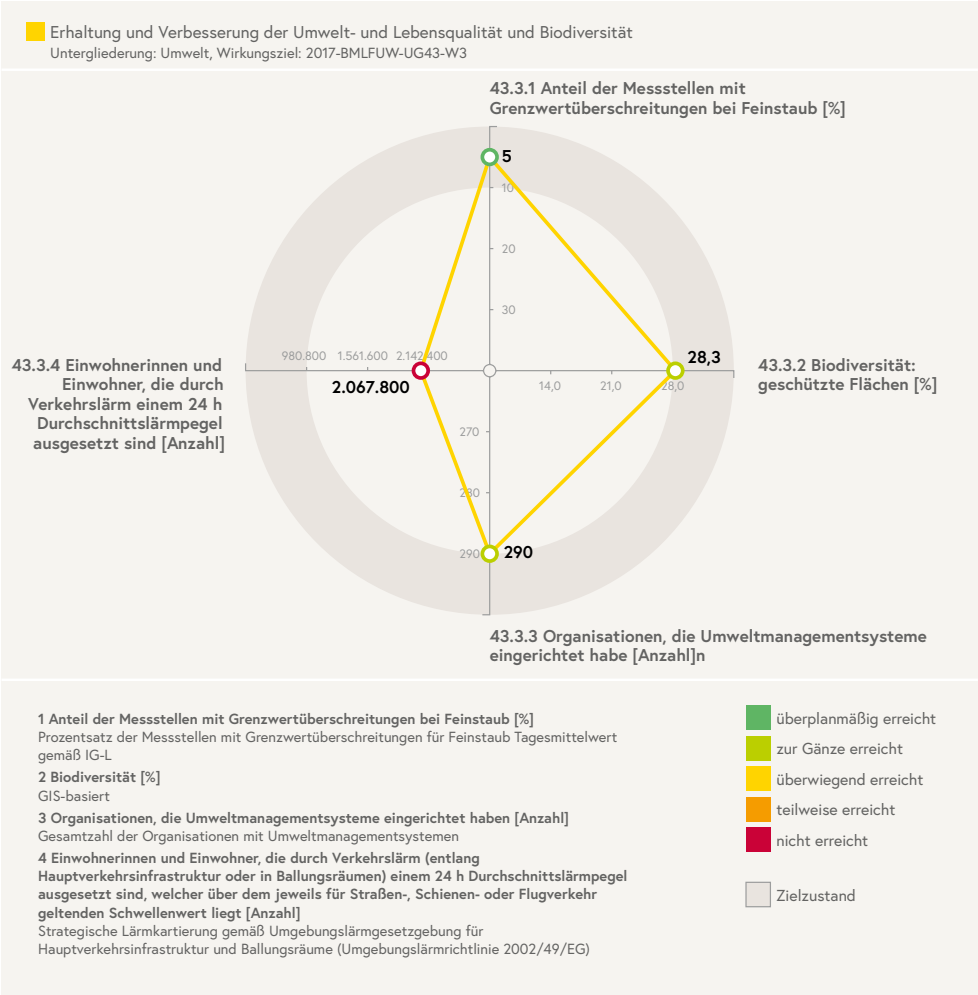
Der Rückgang der Luftbelastung wurde durch die laufende Umsetzung von Maßnahmen zur Luftreinhaltung, aber auch durch günstige meteorologische Bedingungen erreicht.

Für die Biodiversitätsstrategie 2020+ konnte breiter Konsens erreicht werden. Bei der Ausweisung weiterer geschützter Flächen im Bereich des Naturschutzes der Bundesländer ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Die Europäische Kommission hat einen Zwischenbericht zur Erreichung der europäischen Biodiversitäts-Ziele vorgelegt. Demnach müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um die 2020-Biodiversitäts-Ziele zu erreichen. Dies betrifft insbesondere auch die vollkommene Umsetzung der europäischen Naturschutz-Richtlinien.

Der fortschreitende Klimawandel beeinflusst die Biodiversität Österreichs, sowohl hinsichtlich räumlicher Verteilung als auch quantitativ sowie qualitativ. Andererseits ist biologische Vielfalt auch ein wichtiger Faktor für die Anpassung an den Klimawandel.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
43.3.1	ZIEL	<20,0	20,0	<20,0	<15,0	<10,0	<5,0
	IST	11,0	5,0	3,0	4,0	5,0	
43.3.2	ZIEL	30,0	30,0	32,0	33,0	28,0	28,0
	IST	28,0	28,0	28,0	31,0	28,3	
43.3.3	ZIEL	280	280	280	285	290	270
	IST	265	282	286	287	290	
43.3.4	ZIEL	n. v.	n. v.	<980.800	<980.800	<980.800	<980.800
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	2.067.800	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

43.3.1 Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub [%]

Ein klarer Trend hin zur Verbesserung der Luftqualität durch erhebliche Reduktion der Grenzwertüberschreitungen kann festgestellt werden, der auch auf die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft zurückzuführen ist. Zu berücksichtigen ist der starke Einfluss von Witterung (im Winter) und Ferntransport auf die Variabilität von Jahr zu Jahr. Die Einhaltung des Zielzustands ist sowohl durch die getroffenen Maßnahmen als auch durch eine günstige Witterung in den Wintermonaten bedingt. Unter ungünstigen Umständen kann der Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitung in künftigen Jahren auch höher als im Jahr 2017 liegen.

43.3.2 Biodiversität [%]

Die Nachnominierungen der Bundesländer sind noch am Laufen. Die Ausweisung von Schutzgebieten obliegt grundsätzlich den Bundesländern, der Bund hat darauf keinen Einfluss. Die Schätzung erfolgt durch verschiedene Datenquellen der neun Bundesländer, kompiliert durch das Umweltbundesamt.

43.3.3 Organisationen, die Umweltmanagementsysteme eingerichtet haben [Anzahl]

Die Anforderungen, die das Eco Management and Audit Scheme an die teilnehmenden Organisationen stellt, sind hoch. Gerade deshalb ist das Umweltmanagement nach diesem europäischen Standard ein aussagefähiges Qualitätsmerkmal. Neben der verbesserten Umweltleistung ist eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit Lohn für das freiwillige Engagement. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation steigt die Zahl registrierter Organisationen in den letzten Jahren nur langsam aber stetig.

43.3.4 Einwohnerinnen und Einwohner, die durch Verkehrslärm (entlang Hauptverkehrsinfrastruktur oder in Ballungsräumen) einem 24 h Durchschnittslärmpegel ausgesetzt sind, welcher über dem jeweils für Straßen-, Schienen- oder Flugverkehr geltenden Schwellenwert liegt [Anzahl]

Kartierung erfolgt im 5-Jahres-Intervall. Die Lärmkartierung 2017 ist nunmehr abgeschlossen.

Auf Grund unterschiedlicher durch die quellverantwortlichen Behörden durchgeführten Modellierungen und zu Grunde gelegter Verkehrsmodelle lieferte die Lärmkartierung 2017 eine Erhöhung der errechneten Betroffenenzahlen auf 2.067.800.

Die Veränderungen sind je Bundesland bzw. je nach Ballungsraum sehr unterschiedlich.

Detailaussagen dazu können den nachfolgenden Berichten entnommen werden.

Auswertung Aktionsplanung 2013:

http://www.laerminfo.at/dam/jcr:217086ec-4c25-4a06-9bf4-d5859c85c656/Aktionsplan_2013_Allgemeiner_Teil_ZusammenfassendeBetroffenenauswertung.pdf

Auswertung Aktionsplanung 2018:

http://www.laerminfo.at/dam/jcr:31824b08-1b9f-4aea-9844-c12ef365c44d/Aktionsplan_2018_Allgemeiner_Teil.pdf

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Beim Wirkungsziel 3, der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität und der biologischen Vielfalt, kann ein klarer Trend hin zur Verbesserung der Luftqualität durch erhebliche Reduktion der Grenzwertüberschreitungen festgestellt werden, der auch auf die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft zurückzuführen ist. Das wird von der positiven Entwicklung der entsprechenden Kennzahl „Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub“ bestätigt.

Die Kennzahl „Organisationen, die Umweltmanagementsysteme eingerichtet haben“ zeigt einen stetigen Anstieg, auch die Kennzahl „Biodiversität“ wurde 2017 zur Gänze erreicht. Lediglich bei der Kennzahl „Einwohnerinnen und Einwohner, die durch Verkehrslärm einem 24 h Durchschnittslärmpegel ausgesetzt sind“ lieferte die Lärmkartierung 2017 eine Erhöhung der errechneten Betroffenenzahlen auf Grund unterschiedlicher durch die quellverantwortlichen Behörden durchgeführten Modellierungen und zu Grunde gelegten Verkehrsmodelle.

Durch die Biodiversitäts-Strategie Österreich 2020+ wurde der Rahmen für vielfältige Maßnahmen geschaffen und ein 8-Punkte-Programm zur Umsetzung der Strategie erstellt. Der Erhalt und die Wiederherstellung der Biodiversität ist eine der Prioritäten des Österreichischen Programms zur ländlichen Entwicklung 2014 – 2020. Zahlreiche Projekte im Rahmen der Ländlichen Entwicklung wurden gestartet, die auf den Erhalt der Biodiversität abzielen. Durch Schutzprogramme konnte der Zustand zahlreicher gefährdeter Arten verbessert werden (z. B. Großtrappe). Eine nationale Datenbank zu den Umsetzungsmaßnahmen zur Biodiversitäts-Strategie Österreich 2020+ wurde errichtet. Ein erster Umsetzungsbericht liegt vor. Projekte zum Mainstreaming der Biodiversität in Sektoren (Biodiversität & Business, Biodiversität & Gesundheit) sowie zur Darstellung und Beurteilung der Leistungen der Ökosysteme wurden gestartet. Eine Strategie zur Lebensraumvernetzung in Österreich liegt vor. Die Website www.neobiota-austria.at gibt Informationen zur Verordnung, deren Relevanz und Umsetzung in Österreich sowie zur Thematik generell. Das Monitoring der Biodiversität in der offenen Kulturlandschaft wurde gestartet.

Die Rahmenbedingungen für die Anwendung der Verordnung der Europäischen Union zu gebietsfremden invasiven Arten Nr. 1143/2014 wurden im Wesentlichen geklärt. Nationale Behörden für die Anwendung der Verordnung in Österreich wurden ernannt. Eine nationale Invasive Alien Species-Plattform wurde errichtet.

Wirkungsziel Nr. 4



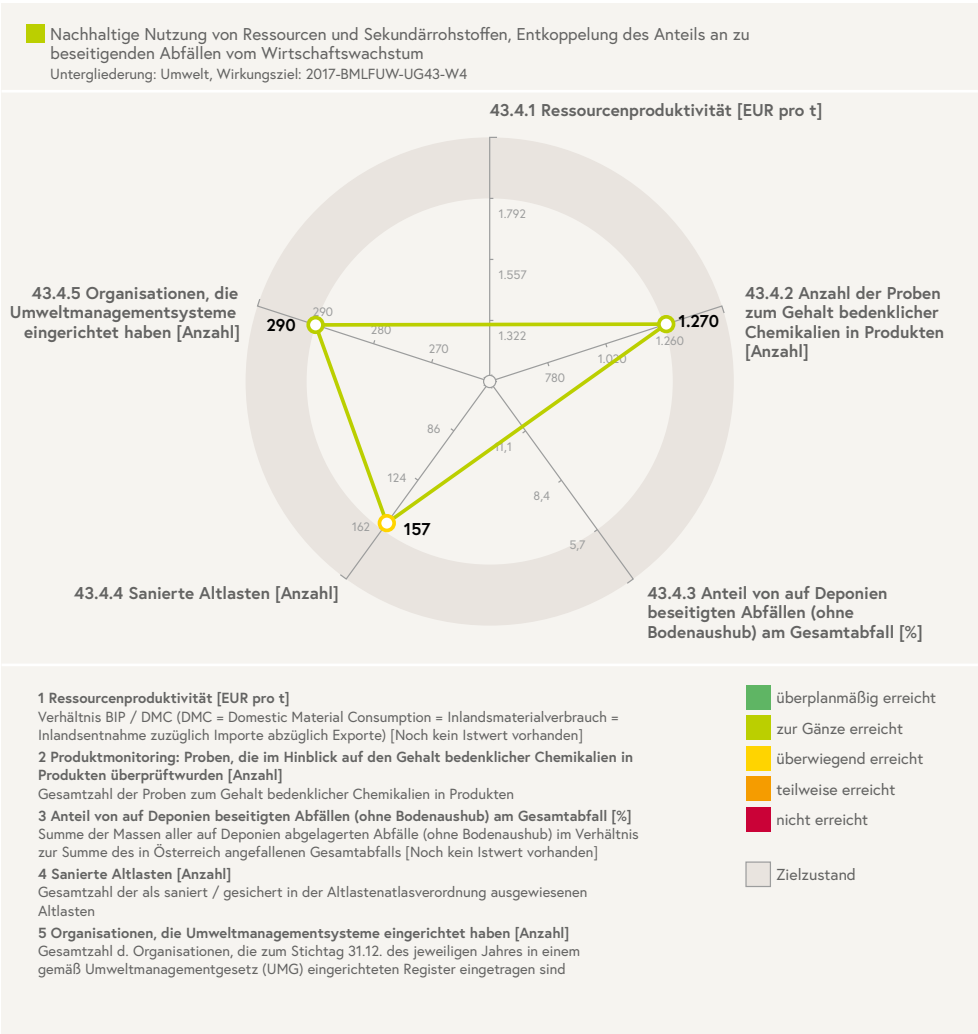
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-43-W0004.html

Nachhaltige Nutzung von Ressourcen und Sekundärrohstoffen, Entkoppelung des Anteils an zu beseitigenden Abfällen vom Wirtschaftswachstum

Umfeld des Wirkungszieles

Der sorgsame und effiziente Umgang mit Rohstoffen stellt ein unverzichtbares Element für eine nachhaltige Entwicklung dar, wobei die nachhaltige Bewirtschaftung von Abfällen diesbezüglich einen bedeutenden Beitrag leistet. Die regelmäßig hohen Recyclingquoten belegen, dass Sekundärrohstoffe bereits fixer Bestandteil der österreichischen Wirtschaft sind, die Abfallwirtschaft vermehrt als Rohstoffversorger fungiert und zwischenzeitlich zu einem essentiellen Lieferanten für einige Industriezweige geworden ist. Im Rahmen eines 2016 durchgeführten Ländervergleiches der Europäischen Union wurden im Bereich der Siedlungsabfälle für Deutschland und Österreich die höchsten stofflichen Verwertungsquoten ermittelt (Quelle: Eurostat). In Österreich werden lediglich 3 % der Siedlungsabfälle dem Wirtschaftskreislauf durch Deponierung entzogen. Von allen Abfällen Österreichs werden mittlerweile mehr als 60 % einer Aufbereitung bzw. einer Verwertung zugeführt. Das Umfeld für die Weiterentwicklung zum Ressourcenmanagement und zu einer nachhaltigen Recyclingwirtschaft kann trotz nach wie vor schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen als stabil bezeichnet werden. Ungeachtet der guten Ausgangssituation stellt die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftspakets der Europäischen Union und dessen ambitionierten Recyclingzielen eine Herausforderung für die österreichische Abfallwirtschaft dar.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
43.4.1	ZIEL	1.630	1.584	1.650	1.720	1.792	1.870
	IST	1.666	1.749	1.785	n. v.	n. v.	
43.4.2	ZIEL	800	1.000	1.200	1.250	1.260	1.280
	IST	n. v.	950	1.200	1.250	1.270	
43.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	5,30	5,70	7,00
	IST	6,00	5,90	6,50	7,10	n. v.	
43.4.4	ZIEL	131	144	149	161	162	168
	IST	135	141	147	152	157	
43.4.5	ZIEL	280	280	280	285	290	270
	IST	265	282	286	287	290	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

43.4.1 Ressourcenproduktivität [EUR pro t]

Die Daten für die Kennzahl „Ressourcenproduktivität“ werden im Rahmen der Materialflussanalyse bei der Statistik Austria mit einer Zeitverzögerung von 2 Jahren erhoben, d. h. es gibt die aktuellsten Zahlen erst für das Jahr 2015.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/umwelt/materialflussrechnung/index.html

Die Ressourcenproduktivität ist im Beobachtungszeitraum 2008 bis 2015 auf 1.785 Euro/Tonne gestiegen – eine Fortsetzung dieser Entwicklung ist zu erwarten.

43.4.2 Produktmonitoring: Proben, die im Hinblick auf den Gehalt bedenklicher Chemikalien in Produkten überprüft wurden [Anzahl]

Die Untersuchungsprogramme auf Bundesländer-, nationaler und europäischer Ebene haben sich planmäßig entwickelt. Auf die Erzielung von Synergien (Untersuchung mehrerer Parameter anhand einer Probe) wurde besonderer Wert gelegt. In Ergänzung zu den Routinekontrollen werden Schwerpunktprogramme zur Überwachung der Einhaltung der chemikalienrechtlichen Bestimmungen durchgeführt. Soweit bei diesen Untersuchungen eine Verletzung rechtlicher Vorgaben festgestellt wird, setzt die Chemikalieninspektion entsprechende Schritte je nach Art und Schwere des Vergehens.

43.4.3 Anteil von auf Deponien beseitigten Abfällen (ohne Bodenaushub) am Gesamtabfall [%]

Die Kennzahl wurde mit dem BVA 2017 zur Steigerung der Aussagekraft auf eine Verhältniszahl umgestellt. Mit endgültigen Daten betreffend den Ist-Zustand 2017 ist erst im November 2018 zu rechnen, da die ab Sommer 2018 verfügbaren Primärdaten einer Plausibilitätsprüfung zu unterziehen sind. Der Ist-Zustand für das Jahr 2016 beträgt 7,1 Prozent.

Unter aktuellen Planungsannahmen müsste für 2017 von einem Zielwert von 7 % ausgegangen werden (vgl. die entsprechenden Anmerkungen im BVA 2018 und 2019). Hinsichtlich der mittel- bis langfristigen Kennzahlenentwicklung ist eine Stabilisierung im Bereich von 7 % intendiert, welche aus dem bereits sehr niedrigen, überdies konjunkturellen Schwankungen (z. B. im Baubereich) unterliegenden Wert und aus Schwankungsbreiten im Zusammenhang mit dem Datenerfassungssystem (Abfallbilanzen und Elektronisches Datenmanagement) resultiert. Kennzeichnend für die österreichische Abfallwirtschaft sind hohe Verwertungsquoten und das damit verbundene Ausmaß der Ressourcenschonung, der geringe Anteil deponierter Abfälle sowie die technischen Standards der heimischen Behandlungsanlagen. Die Kennzahl spiegelt auch dieses im internationalen Vergleich hohe Niveau wieder und lässt Rückschlüsse auf den Grad der Vorbehandlung bzw. Verwertung der in Österreich angefallenen Abfälle zu.

43.4.4 Sanierte Altlasten [Anzahl]

Die Kennzahlenentwicklung ist auf Grund der angespannten wirtschaftlichen Situation nach wie vor durch einen leichten Seitwärtstrend geprägt. Obgleich für die Altlastensanierung zweckgebundene Mittel zur Verfügung stehen, ist die Anzahl sanierter Altlasten stets im Zusammenhang mit dem unterschiedlich hohen finanziellen Aufwand für die Sanierung einzelner Standorte zu sehen. Nicht zuletzt auf Grund der Entwicklung kostengünstiger innovativer Sanierungsmethoden und der geplanten Implementierung standort- und nutzungsspezifischer Sanierungsziele im Altlastenrecht ist langfristig von einem stabilen und kontinuierlichen Anstieg auszugehen.

43.4.5 Organisationen, die Umweltmanagementsysteme eingerichtet haben [Anzahl]

Die Anforderungen, die das Eco Management Audit Scheme an die teilnehmenden Organisationen stellt, sind hoch. Gerade deshalb ist das Umweltmanagement nach diesem europäischen Standard ein aussagefähiges Qualitätsmerkmal. Neben der verbesserten Umweltleistung ist eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit Lohn für das freiwillige Engagement. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation steigt die Zahl registrierter Organisationen in den letzten Jahren nur langsam aber stetig.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Österreich nimmt Dank des hohen Umweltbewusstseins seiner Bürgerinnen und Bürger und der hervorragenden Leistungen der Abfallwirtschaft in Europa in vielen Bereichen eine Spitzenstellung ein, beispielsweise bei der getrennten Sammlung von Altstoffen und Elektroaltgeräten und den nachfolgend erzielten Recyclingraten. Kennzeichnend für die österreichische Abfallbewirtschaftung sind die hohen Verwertungsquoten und das damit verbundene Ausmaß der Ressourcenschonung, der geringe Anteil deponierter Abfälle sowie die technischen Standards der heimischen Behandlungsanlagen, die für eine ökologisch verträgliche Abfallbehandlung unverzichtbar sind. Im internationalen Vergleich einzigartig ist auch, dass in Österreich seit 25 Jahren etablierte Altlastensanierungsmodell, welches weltweit große Beachtung findet. Innerhalb der Europäischen Union gibt es kein vergleichbares Finanzierungsmodell, das zweckgebundene Abgaben aus der Abfallwirtschaft der Altlastensanierung zuführt.

Aufgrund der planmäßigen Umsetzung der Maßnahmen im Abfallbereich, insbesondere hinsichtlich Abfallvermeidung, im Chemikalienbereich und auch im Bereich des Ressourceneffizienz-Aktionsplans ist eine positive Entwicklung festzustellen. Wenngleich bei den Kennzahlen im Abfall- und Altlastenbereich eine leichte Seitwärtsentwicklung zu beobachten ist, so zeigt sich im Bereich der Ressourcenproduktivität auf Grund des zuletzt für 2015 verfügbaren Wertes ein positiver Trend im Langfristvergleich. Mit Blick auf das gute Ergebnis im Bereich der Kennzahlen „Organisationen mit Umweltmanagementsystemen“ sowie „Proben zum Gehalt bedenklicher Chemikalien in Produkten“ kann das Wirkungsziel insgesamt als „zur Gänze erreicht“ beurteilt werden. Zu betonen sind als weitere Schwerpunkte die Weiterentwicklung von Applikationen des Elektronischen

Datenmanagements sowie laufende Bemühungen um Vereinfachungen im Abfallbereich für Bürgerinnen und Bürger einerseits und die Verwaltung andererseits.

Wirkungsziel Nr. 5



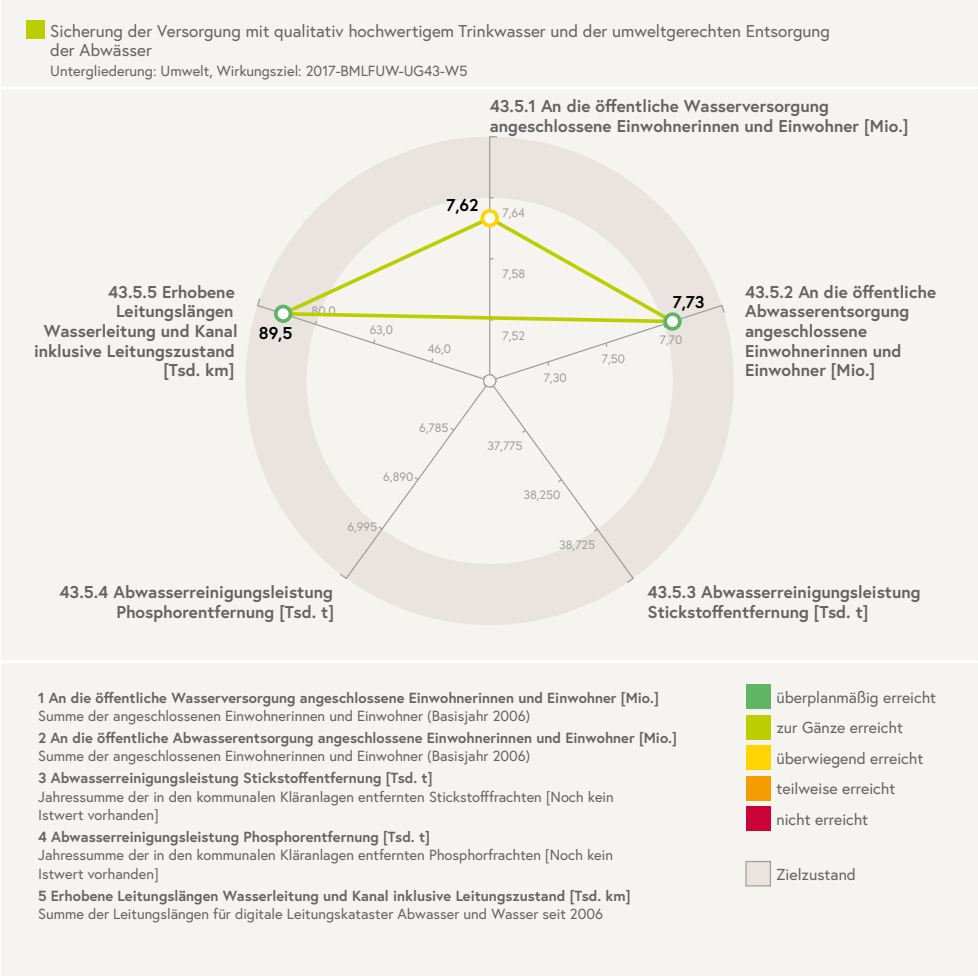
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLFUW-UG-43-W0005.html

Sicherung der Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser und der umweltgerechten Entsorgung der Abwässer

Umfeld des Wirkungszieles

Die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung sind wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge. Es wird weiterhin der Ausbau der Wasserinfrastruktur im ländlichen Raum sichergestellt, um Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Andererseits ist die Wasserinfrastruktur in Ballungsgebieten bereits relativ alt und sollte zur langfristigen Erhaltung ihrer Funktionalität rechtzeitig und gezielt erneuert werden. Eine effektive öffentliche Förderung ist ein Schlüsselement für die Anreizsetzung und Steuerung der notwendigen Investitionen und kann gleichzeitig für einen gewissen sozialen Ausgleich bei der Gebührengestaltung innerhalb des Bundesgebiets sorgen. Die Investitionen in die Wasserinfrastruktur beeinflussen durch die große Produktionswirkung und breite sektorale Vernetzung die Konjunktur und die Arbeitsplatzsituation, die Effekte sind durch volkswirtschaftliche Berechnungen belegt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
43.5.1	ZIEL	7,40	7,46	7,47	7,57	7,64	7,64
	IST	7,47	7,50	7,60	7,61	7,62	
43.5.2	ZIEL	7,54	7,58	7,59	7,68	7,70	7,81
	IST	7,58	7,61	7,66	7,71	7,73	
43.5.3	ZIEL	37,600	37,600	37,600	38,700	38,725	n. v.
	IST	38,509	38,509	38,635	n. v.	n. v.	
43.5.4	ZIEL	6,800	6,800	6,800	6,970	6,995	n. v.
	IST	6,961	6,961	6,993	n. v.	n. v.	
43.5.5	ZIEL	55,000	60,000	62,000	76,000	80,000	96,400
	IST	58,500	66,300	72,000	84,000	89,500	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

43.5.1 An die öffentliche Wasserversorgung angeschlossene Einwohnerinnen und Einwohner [Mio.]

Die Entwicklung des Anschlussgrades ist immer noch ansteigend, aber deutlich langsamer, weil Ausbaugrad und Anschlussgrad bereits hoch sind. Zwar konnte der Zielzustand 2017 nur überwiegend erreicht werden, im Vergleich zu 2016 (7,61 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner) ist allerdings eine Erhöhung des Anschlussgrades zu verzeichnen. Die Umsetzung der erforderlichen Investitionen in der Trinkwasserversorgung ist zudem abhängig von der Finanzlage der Gemeinden und der Verfügbarkeit von Fördermitteln. Ein erhöhter Anschlussgrad der Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung führt auch unter dem Blickwinkel des Klimawandels zu einer erhöhten Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität, besonders bei veralteten Hausbrunnen, in Notsituationen oder z. B. auch in Regionen, die von Trockenheit betroffen sind.

43.5.2 An die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossene Einwohnerinnen und Einwohner [Mio.]

Die Entwicklung des Anschlussgrades ist immer noch ansteigend, aber deutlich langsamer, weil Ausbaugrad und Anschlussgrad bereits hoch sind. Die Umsetzung der erforderlichen Investitionen in der Abwasserentsorgung ist zudem abhängig von der Finanzlage der Gemeinden und der Verfügbarkeit von Fördermitteln. Ein Anschluss der Bevölkerung an die öffentliche Abwasserentsorgung sichert auch in weniger dicht besiedelten Regionen die geordnete Sammlung und Reinigung der anfallenden Abwässer und trägt wesentlich dazu bei, dass die Wasserressourcen durch einen schonenden Umgang auch für künftige Generationen erhalten werden.

43.5.3 Abwasserreinigungsleistung Stickstoffentfernung [Tsd. t]

Für das Berichtsjahr 2017 sind noch nicht alle Daten im Emissionsregister Oberflächengewässer eingelangt. Diese Kennzahl wird ab dem BVA 2018 nicht mehr fortgeführt.

Die Entwicklung wird gleichbleibend bis leicht steigend erwartet, weil Ausbau- und Anschlussgrad in der Abwasserreinigung in Österreich flächendeckend bereits hoch sind.

43.5.4 Abwasserreinigungsleistung Phosphorentfernung [Tsd. t]

Für das Berichtsjahr 2017 sind noch nicht alle Daten im Emissionsregister Oberflächengewässer eingelangt. Diese Kennzahl wird ab dem BVA 2018 nicht mehr fortgeführt.

Die Entwicklung wird gleichbleibend bis leicht steigend erwartet, weil Ausbau- und Anschlussgrad in der Abwasserreinigung in Österreich flächendeckend bereits hoch sind.

43.5.5 Erhobene Leitungslängen Wasserleitung und Kanal inklusive Leitungszustand [Tsd. km]

Als wichtige Grundlage zur Feststellung des Anlagenzustandes und für die Planung von notwendigen Reinvestitionen wird von der Förderung gemäß Umweltförderungsgesetz

die Erstellung von Leitungsinformationssystemen gefördert. Die Entwicklung ist seit der Einführung der Förderung im Jahr 2006 steigend, da die Betreiber dieses Instrument nun gut akzeptieren und die Notwendigkeit einer effizienten und effektiven Reinvestitionsplanung erkannt haben.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Wirkungsziel wurde – bezogen auf den im Jahr 2017 angestrebten Erfolg – unter Betrachtung der drei Kennzahlen mit verfügbaren Ist-Zuständen 2017 sowie der planmäßig umgesetzten Maßnahme zur Gänze erreicht. Zwei Kennzahlen wurden überplanmäßig erreicht. Der Zielzustand 2017 der Kennzahl „An die öffentliche Wasserversorgung angeschlossene Einwohnerinnen und Einwohner“ wurde zwar nicht zur Gänze erreicht, im Vergleich zu 2016 ist der Anschlussgrad allerdings gestiegen. Für die Kennzahlen „Abwasserreinigungsleistung Stickstoffentfernung“ und „Abwasserreinigungsleistung Phosphorentfernung“ sind noch nicht alle Daten 2017 im Emissionsregister Oberflächengewässer eingelangt, die Entwicklung der beiden Kennzahlen wird gleichbleibend bis leicht steigend erwartet. Die weitere Infrastrukturerrichtung im ländlichen Raum sowie die Erhaltung der geschaffenen Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, den hohen Versorgungs- und Entsorgungsgrad in diesem Bereich der Daseinsvorsorge zu erhalten bzw. auszubauen und so die wertvollen Wasserressourcen durch einen schonenden Umgang auch für künftige Generationen als Lebensgrundlage zu sichern.

Wirkungsziel Nr. 4

Stärkung der Versorgungssicherheit und Entwicklung der Ressourceneffizienz bei Energie und mineralischen Rohstoffen

Umfeld des Wirkungszieles

Der Verbrauch an mineralischen Rohstoffen folgt im Wesentlichen der konjunkturellen Entwicklung. Insbesondere seit 2007 ist eine Steigerung der Ressourceneffizienz durch Reduktion des Ressourcenverbrauches und Steigerung des Bruttoinlandsprodukts festzustellen. Die Preise eines Großteils der international handelsfähigen Rohstoffe sind im Steigen. Somit steigt der Kostendruck auf Importeure, gleichzeitig verbessern sich die Wettbewerbsbedingungen für recycelte Rohstoffe. Für die wichtigsten Industriemetalle sind keine Versorgungsengpässe zu erwarten, da Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht sind. Durch verstärkte integrative Betrachtung des primären und sekundären

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird das vormalige Wirkungsziel Nr. 4 der UG 40 nunmehr bei der UG 43 ausgewiesen.



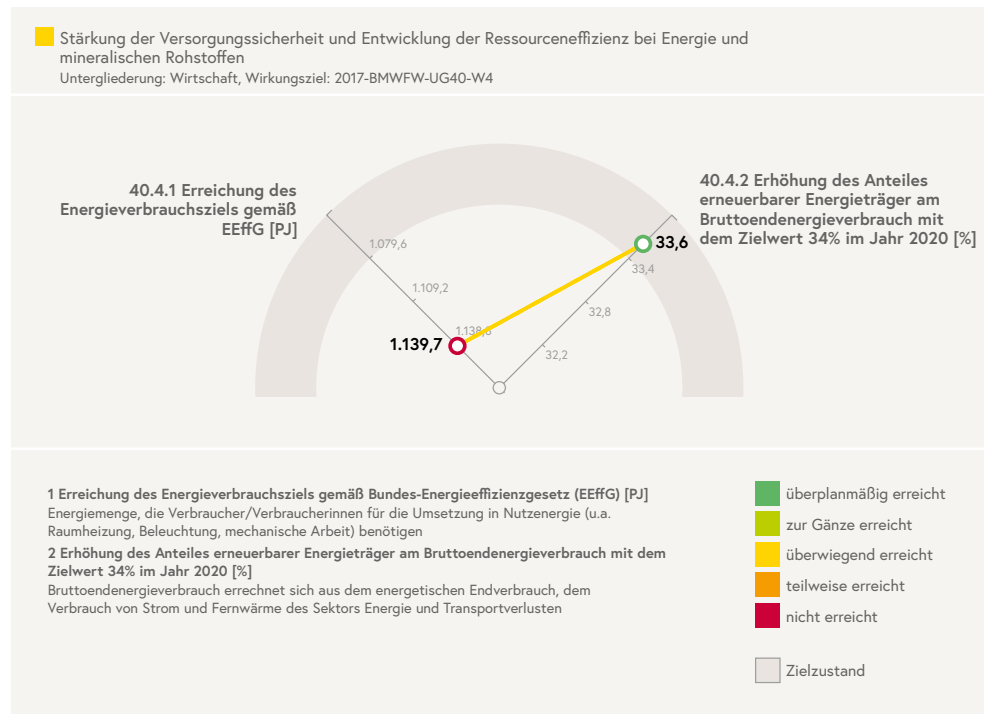
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMWFW-UG-40-W0004.html

Rohstoffsektors und konsequente Verfolgung von handelspolitischen Interessen wird danach getrachtet, die Versorgungssicherheit weiter zu verbessern.

In den Bereichen energetische Versorgungssicherheit und Energieeffizienz werden derzeit die europäischen Ziele und Vorgaben überarbeitet. Die Entwicklungen der Vergangenheit und neue Herausforderungen, wie z. B. das Klimaschutzabkommen von Paris, machen eine Neugestaltung des europäischen Rahmens erforderlich.

Neben den sich verändernden Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene stellen auch die vielfältigen Einflussfaktoren auf den Ressourcenverbrauch eine große Herausforderung für die Zielerreichung dar. Energieverbrauch und Energieträgermix hängen entscheidend von klimatischen, demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ab und sind damit nur bedingt und tendenziell beeinflussbar.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
40.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	1.099,4	1.089,5	1.079,6	n. v.
	IST	1.110,7	1.063,3	1.090,2	1.120,8	1.139,7	
40.4.2	ZIEL	31,50	32,65	32,87	33,10	33,40	33,60
	IST	32,20	32,90	33,00	33,50	33,60	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

40.4.1 Erreichung des Energieverbrauchsziels gemäß Bundes-Energieeffizienzgesetz (EEffG) [PJ]

Diese Kennzahl entspricht laut Bundesvoranschlag 2017 dem energetischen Endverbrauch gemäß Energiebilanz der Statistik Austria. Da die endgültige Energiebilanz für 2017 noch nicht vorliegt, wurde der angegebene Ist-Zustand 2017 aus der vorläufigen Energiebilanz der Statistik Austria entnommen.

Die Abweichung des Ist-Zustandes vom Zielzustand in Höhe von rund 5 % resultiert insbesondere aus dem erfreulicherweise gestiegenen realen Wirtschaftswachstum mit einem Plus von 2,9 %. Dieser, den Energieverbrauch erhöhende Einflussfaktor, relativiert die Aussagekraft der Zielbewertung mittels Endenergieverbrauch laut Energiebilanz.

Es ist zu beachten, dass 2014 das Energieeffizienz-Gesetz in Kraft getreten ist, das einen Zielwert für 2020 in Höhe von 1.050 PJ festlegt.

40.4.2 Erhöhung des Anteiles erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch mit dem Zielwert 34 % im Jahr 2020 [%]

Die Daten der Statistik Austria liegen in ihrer endgültigen Form erst jeweils im Herbst des Folgejahres auf. Die Daten für 2017 liegen daher noch nicht vor. Der Wert für 2017 ist daher ein vorläufiger und errechnet sich linear aus dem Ist-Wert 2016 in Höhe von 33,5 % und dem Zielwert 2020 in Höhe von 34 %. Die Daten für 2016 liegen bereits vor. Zum Zeitpunkt der Evaluierung wurden daher die Daten aus der Energiebilanz 2016 für das Jahr 2017 herangezogen.

Rückblickend kann festgestellt werden, dass der Anteil der Erneuerbaren 2016 33,5 % betrug und sich somit gegenüber dem Jahr 2015 um 0,5 Prozentpunkte erhöhte.

Es wird darauf verwiesen, dass auf Grund der verbesserten Datenlage sich auch rückwirkend die Zahlen für die vergangenen Jahre ändern können.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Stärkung der Versorgungssicherheit und die Entwicklung der Ressourceneffizienz bei Energie und mineralischen Rohstoffen ist ein Ziel, an dem kontinuierlich gearbeitet wird. Zur Stärkung der Versorgungssicherheit bei mineralischen Rohstoffen wird die Umsetzung der Rohstoffstrategie betrieben.

Die effiziente Nutzung von Energie wird durch das am 11.8.2014 kundgemachte und in einigen Teilen bereits am 12.8.2014 in Kraft getretene Energieeffizienzgesetz angestrebt. Neben einer Energieeinsparverpflichtung für Energielieferanten und den Bund verpflichtet das Gesetz große Unternehmen zur Durchführung von Energieaudits, gibt die Einrichtung einer Monitoringstelle zur Evaluierung der Zielerreichung vor und formuliert das Ziel der Republik Österreich, die Energieeffizienz derart zu steigern, dass der auf ein Regeljahr bezogene Endenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2020 die Höhe von 1.050 PJ (Energieeffizienzrichtwert) nicht überschreitet.

Zudem wurde am weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energie gemäß Ökostromgesetz und der Fortführung der thermischen Sanierung gearbeitet. Die thermische Sanierung wird trotz ambitionierter Förderkriterien sehr gut angenommen, sodass allein im Jahr 2017 im Bereich der Betriebe und des privaten Wohnbaus ein Investitionsvolumen von rund 332 Millionen Euro ausgelöst werden konnte.

Im Sinne des Pariser Klimaübereinkommens und der EU-Klima- und Energieziele bleibt die gezielte Unterstützung des Ausbaus erneuerbarer Energien zentrales Element der österreichischen Energiepolitik. Neben der Senkung von CO₂-Emissionen wird damit die Versorgungssicherheit weiter gewährleistet, eine Reduktion von Energieimporten erreicht und den weltweit führenden heimischen Green Tech-Unternehmen ein starker Heimmarkt geboten. Mit der „Kleinen Ökostromnovelle“ ist ein erster Schritt in Richtung Optimierung des bestehenden Systems gelungen: Für Anlagenbetreiber, insbesondere im Bereich Wind, Wasserkraft und Photovoltaik, werden bessere Rahmenbedingungen geschaffen, Ausgleichsenergiekosten gesenkt, Bürokratie abgebaut und die Effizienz erhöht. Die großen und erfolgreichen Anstrengungen der Verwaltung zur Erreichung des „Energieverbrauchsziels gemäß Energieeffizienzgesetz“ sowie zum „Anteil erneuerbarer Energieträger“ werden oftmals von gegenläufigen Entwicklungen konterkariert. Auf die Indikatoren wirken in diesem Zusammenhang starke externe Einflüsse ein, wie z. B. Witterung, Wasserführung der Flüsse, inländische Energieproduktion, Entwicklung des Bevölkerungswachstums sowie das Bruttoinlandsprodukt, sodass häufig schwer beeinflussbare Schwankungen die Folge sind. So verursachte insbesondere das reale Wirtschaftswachstum mit einem Plus von erfreulicherweise 2,9 % eine Abweichung vom Endenergieverbrauchsziel 2017 um rund 5 %.

Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport

UG 17

Öffentlicher Dienst und Sport

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten und der geänderten Budgetstruktur wird die UG 17 nunmehr als eigenständige UG beim neu geschaffenen Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport ausgewiesen.

Leitbild der Untergliederung

Wir sichern und fördern Leistungsfähigkeit. Durch ein professionelles Personal- und Organisationsmanagement im Bundesdienst sichern wir die öffentliche Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung und bieten geeignete Steuerungsinstrumente und Services an.

Die Förderung der sportlichen Leistungsfähigkeit im Spitzensport und in der breiten Bevölkerung trägt dazu bei, dass die Gesundheit und das Wohlbefinden sowie die Begeisterung an den Höchstleistungen unserer Sportlerinnen und Sportler weiter verbessert werden.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf

Bundes-Sportförderungsgesetz 2017 – BSFG 2017

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009941>

Homepage Öffentlicher Dienst

www.oeffentlicherdienst.gv.at

Jobbörse der Republik Österreich

<https://www.jobboerse.gv.at/>

Wirkungsmonitoring

www.wirkungsmonitoring.gv.at

GovLabAustria

www.govlabaustralia.gv.at

Österreichischer Verwaltungspreis Homepage

www.verwaltungspreis.at

Faktenatlas

www.faktenatlas.gv.at

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Die UG 17 (Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport) wurde mit der Novelle des Bundesministeriengesetzes im Jänner 2018 neu gegründet. Die Sektion für öffentlichen Dienst und Verwaltungsinnovation war im Jahr 2017 noch Teil des Bundeskanzleramts (UG 10), die Sektion Sport war Teil des Bundesministeriums für Landesverteidigung (UG 14).

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kennzahlen der UG 17 ergibt sich in Verbindung mit den entsprechenden Maßnahmen das Gesamtbild, dass der angestrebte Erfolg überwiegend „überplanmäßig erreicht“ oder „zur Gänze erreicht“ wurde.

Das Wirkungsziel der Sektion Sport, welches sowohl den Spitzen- als auch den Breitensport umfasste, wurde im Jahr 2017 überplanmäßig erreicht. Die beiden Kennzahlen („Internationale Topplatzierungen von österreichischen Sportlerinnen und Sportlern“ sowie „Bewegungseinheiten in Kindergärten und Volksschulen“) konnten überplanmäßig erreicht werden. Alle drei Maßnahmen auf Globalbudget-Ebene im Bereich Sport konnten zur Gänze erreicht werden („Schaffung von Instrumenten für ein transparentes Fördermanagement“, „Vertiefung des Abstimmungsprozesses zwischen dem Bund und den Ländern als Grundlage für die Freigabe von Fördermitteln“ sowie „Intensivierung der Partnerschaften zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen“).

Das Wirkungsziel 2 der UG 10 („Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Politik und Unternehmen“) wurde im Jahr 2017 zur Gänze erreicht. Die beiden Kennzahlen, die das BMöDS betreffen, konnten überplanmäßig („Verwaltungseinrichtungen mit gültigem CAF-Gütesiegel“) bzw. zur Gänze („Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes“) erreicht werden.

Das Wirkungsziel 3 der UG 10 („Das Bundeskanzleramt als inhaltlicher Impulsgeber, Koordinator und Brückenbauer“) wurde im Jahr 2017 überwiegend erreicht. Die beiden Kennzahlen, die das BMöDS betreffen, konnten überplanmäßig („Steigerungsrate bei Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank“) bzw. nicht („Anteil an EPSA-Auszeichnungen an österreichische Verwaltungseinrichtungen“) erreicht werden. Der Anteil an EPSA-Auszeichnungen konnte nur deshalb nicht erreicht werden, weil im Jahr 2017 eine erfreulich hohe Anzahl an österreichischen Einreichungen verzeichnet wurde und insgesamt deutlich weniger Best-Practice-Zertifikate vergeben wurden als im Jahr 2015. Die Maßnahme auf Globalbudget-Ebene zum Diversity Atlas, welche einen Beitrag zu den Wirkungszielen 2 und 3 leistete, konnte zur Gänze erreicht werden.

Wirkungsziel Nr. 5

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird das vormalige Wirkungsziel Nr. 5 der UG 14 nunmehr bei der UG 17 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMLVS-UG-14-W0005.html

Steigerung der Zahl, bzw. des Anteils der Menschen in Österreich, die gesundheitsfördernde Bewegung treiben, durch Aufklärung und Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung und Durchführung derselben sowie Positionierung österreichischer Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in der Weltklasse unter Nutzung der jeweils zur Verfügung stehenden Möglichkeiten

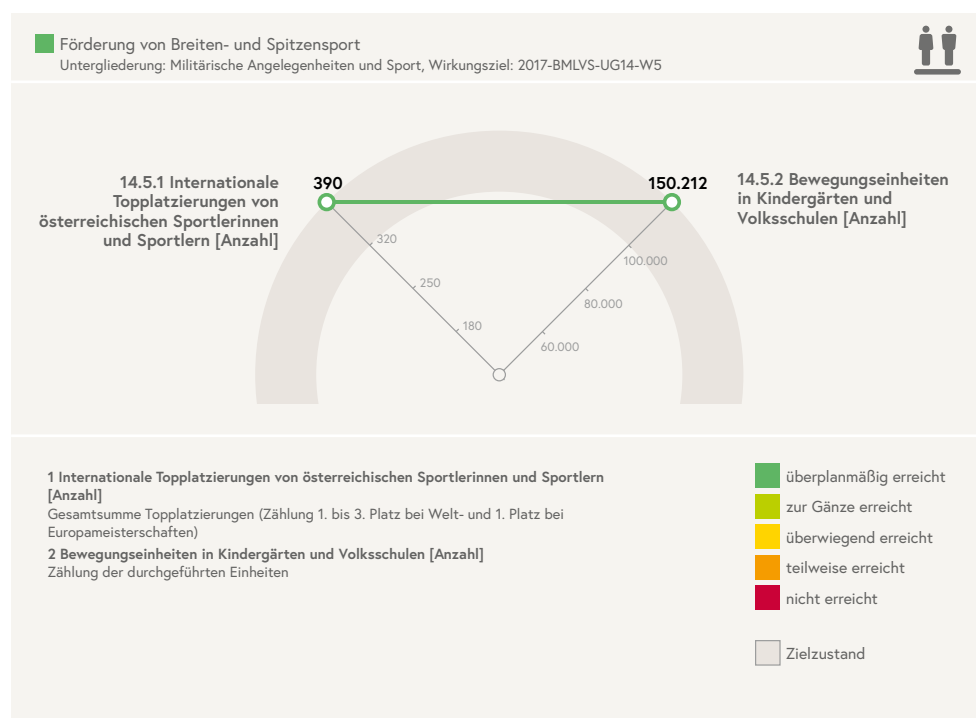
Umfeld des Wirkungszieles

Mit dem Bundes-Sportfördergesetz 2013 (BSFG 2013) wurde auf Bundesebene der Bundes-Sportförderungsfonds (BSFF) geschaffen, welcher für die Vergabe der Bundes-Sportfördermittel, die sich aus dem § 20 des Glücksspielgesetzes speisen, zuständig ist. Der BSFF ist eine juristische Person öffentlichen Rechts und mit dieser Rechtsperson wird ein Bereich der Förderungsverwaltung des Bundes ausgegliedert.

Durch die weitgehend durch Gesetz und darauf aufbauende Richtlinie geregelten Vorgaben der Förderungsvergabe durch den BSFF konnte die Förderungstätigkeit in diesem Bereich einheitlicher und transparenter gestaltet werden. Der Lernprozess aus den laufenden Förderungen ist jedoch nicht abgeschlossen, sondern es werden immer wieder Verbesserungsmöglichkeiten erkannt und in den kommenden Vergaben berücksichtigt.

Aufbauend auf diesen Erfahrungswerten wurde das Bundes-Sportfördergesetz 2017 (BSFG 2017) mit der Gründung einer Bundes-Sport GmbH (BSG) beschlossen, welches mit 1. Jänner 2018 in Kraft getreten ist.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
14.5.1	ZIEL	208	260	260	300	320	145
	IST	351	313	322	327	390	
14.5.2	ZIEL	n. v.	n. v.	50.000	90.000	100.000	155.000
	IST	n. v.	50.211	81.974	149.879	150.212	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

14.5.1 Internationale Topplatzierungen von österreichischen Sportlerinnen und Sportlern [Anzahl]

Die Berechnungsmethode wurde ab dem Jahr 2018 auf Grund einer Überarbeitung der Erfolgsbilanz verändert. Unschärfen (Einzel-/Mannschaft, zahlreiche andere Unterschiede...) sind bereinigt. Künftig erfolgt die Konzentration auf aussagekräftige, qualitativ relevante Ergebnisse der Allgemeinen Klasse unter Berücksichtigung des Teilnehmerfeldes (Nationen, Teilnehmer – Nationen/Teilnehmeranzahl über 5).

Im Jahr 2017 kam es zu einem Anstieg der Teilnahme an Großsportveranstaltungen um ca. 20 % (v. a. EM/WM und die Teilnahme an den Deaflympics) im Vergleich zu 2016.

14.5.2 Bewegungseinheiten in Kindergärten und Volksschulen [Anzahl]

Durch den Erhalt und Ausbau nachhaltiger Kooperationen mit Kindergärten und Volksschulen konnte die Anzahl an durchgeführten Einheiten kontinuierlich gesteigert werden. Die Zielvorgabe für 2017 konnte überplanmäßig erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Ziel der Bundes-Sportförderung konnte insgesamt erreicht werden. Dabei wurde dem Zukunftsaspekt intensiver Rechnung getragen, indem der Bewegung im Rahmen des schulischen Tagesablaufs unserer Kinder noch mehr Beachtung geschenkt wurde.

Die Förderungsprojekte „Tägliche Bewegungs- und Sporteinheit“ und „Kinder gesund bewegen“ sind wichtige Projekte innerhalb der Wirkungszielerreichung.

Die Übererfüllung der Zielerreichung im Spitzensport konnte auf Grund der intensiveren Unterstützung der Fachverbände über die Förderschienen „Team Rot-Weiss-Rot“ und dem Projekt „OLYMPIA“ realisiert werden. Beide Spitzensportfördermaßnahmen werden im Jahr 2018 weitergeführt (BSFG 2017 § 5 Abs.3).

Durch den Erhalt und Ausbau nachhaltiger Kooperationen mit Kindergärten und Volksschulen konnte die Anzahl an durchgeführten Einheiten kontinuierlich gesteigert werden. Der Ausbau nachhaltiger Kooperationen beruht unter anderem auf Anpassungen des Konzepts der Initiative „Kinder gesund bewegen“, welches entsprechende Anreize in Hinblick auf die verstärkte Einbindung von lokalen Vereinen geschaffen und identifizierte Teilnahmebarrieren abgebaut hat. Obwohl sich die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Initiative „Kinder gesund bewegen“ in den Bundesländern teilweise

erheblich unterscheiden, konnte sukzessive eine verbesserte Abstimmung zwischen den Landes- Sportdachverbänden in Hinblick auf die regional vorhandenen Ressourcen für die bestmögliche Betreuung der Kindergärten und Volksschulen durch den organisierten Sport realisiert werden.

Wirkungsziel Nr. 2

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, der UG 17 und der UG 40 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0002.html

Das Bundeskanzleramt als Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Politik und Unternehmen. Angestrebte Wirkung: hoher Nutzen der (elektronischen) Informations- und Serviceleistungen des Ressorts

Umfeld des Wirkungszieles

Wie bereits in den Jahren zuvor, war auch 2017 eine sehr hohe Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger nach umfassender Information über Staat, Verwaltung und Regierungsarbeit zu verzeichnen. Es bleibt daher prioritäres Ziel des Bundeskanzleramts bzw. Bundespressediensts, diese Informationen schnell, aktuell und präzise bereitzustellen. Angesichts immer knapper werdender Budgetmittel und Personalressourcen wird in der Verwaltung der Trend zu Shared Services bestehen bleiben und die Servicefunktionen des Bundespressediensts im Bereich Foto- und Videoservice und Grafik sowie jene der Sektion III Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation (nunmehr BMöDS) z. B. im Bereich Aus- und Weiterbildung an der Verwaltungsakademie des Bundes weiterhin gut angenommen werden.

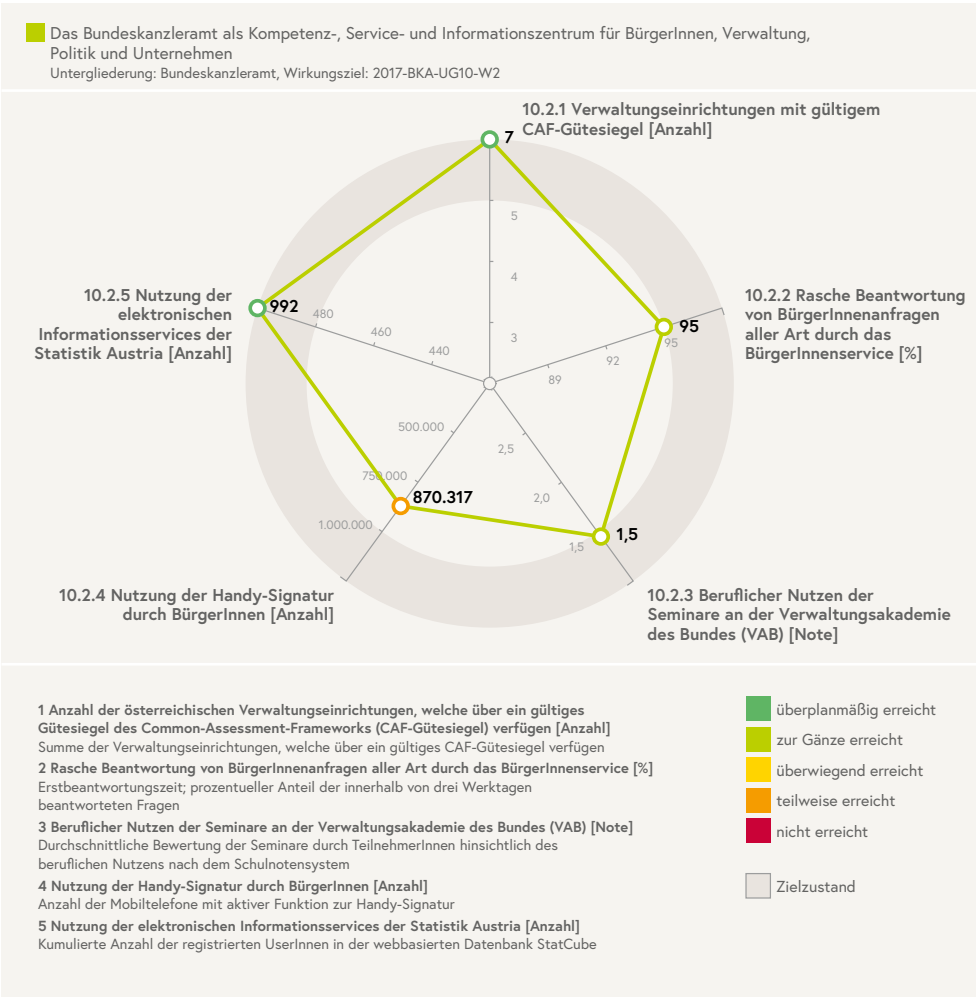
Laut dem jüngsten OECD-Bericht „Governance at a Glance 2017“ ist ein steiler Anstieg bei der Nutzung digitaler Verwaltungsservices innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten feststellbar. Im Jahr 2016 nutzten etwa 36 % der Bürgerinnen und Bürger in den OECD-Ländern die auf Internetseiten öffentlicher Verwaltungseinrichtungen abrufbaren Online-Formulare. Um diesem Trend zu begegnen, muss das Angebot digitaler Verwaltungsservices sukzessive erweitert und der Zugang für Bürgerinnen und Bürger vereinfacht werden. Vor diesem Hintergrund setzte das Bundeskanzleramt unter anderem die Content-Syndizierung bei Lebenssachverhalten auf der Internetseite help.gv.at erfolgreich um.

Qualitätsmanagement sichert zielorientiertes, effizientes und effektives Vorgehen in der Bundesverwaltung. Um erfolgreiches Arbeiten bei verändernden Rahmenbedingungen garantieren zu können, muss auch das Instrument des Qualitätsmanagements ständig weiterentwickelt werden. Um den dynamischen Umwelten gerecht werden zu können, erfolgte eine Spezifizierung des Qualitätsmanagementinstrumentes Common Assessment Framework (CAF): Im Zuge dieses Anpassungsprozesses wurde nach dem Vorbild des „CAF-Wirkungsorientierung“ der „CAF-Diversität“ entwickelt. Darüber hinaus – wohl auch auf die eingangs beschriebenen Rahmenbedingungen zurückzuführen – ist ein verstärkter Trend innerhalb der österreichischen Verwaltung in Richtung neuer innovativer Denk- und Steuerungsansätze spürbar. Diese Entwicklung wurde beispielsweise durch die nachhaltige Verankerung der Konferenz zum Innovations-

management im öffentlichen Sektor („Innovate“) als auch durch die Schaffung eines Innovationslabors („GovLabAustria“) aufgegriffen.

Es ist zu erwarten, dass die Datenbank STATCube der Statistik Austria hinsichtlich der Anzahl an Nutzerinnen und Nutzern ihren Plafond erreicht hat. Die Rahmenbedingungen für weitere Entwicklungen zur Verbesserung des Angebots für Nutzerinnen und Nutzern sind durch die Strategie 2020 der Bundesanstalt vorgegeben. Schwerpunkte werden in der Weiterentwicklung des grafischen und kartographischen Angebots und in der Entwicklung von Apps für mobile Geräte zur Darstellung statistischer Ergebnisse liegen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.2.1	ZIEL	n. v.	n. v.	4	4	5	7
	IST	4	4	5	8	7	
10.2.2	ZIEL	80	96	96	95	95	95
	IST	95	96	96	95	95	
10.2.3	ZIEL	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,0–1,5	1,5
	IST	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	
10.2.4	ZIEL	184.602	400.000	550.000	750.000	1.000.000	n. v.
	IST	251.440	440.971	586.097	735.051	870.317	
10.2.5	ZIEL	n. v.	n. v.	370	400	480	800
	IST	175	311	429	658	992	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.2.1 Anzahl der österreichischen Verwaltungseinrichtungen, welche über ein gültiges Gütesiegel des Common-Assessment-Frameworks (CAF-Gütesiegel) verfügen [Anzahl]

Die überplanmäßige Erreichung ist auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mehrerer CAF-Anwenderinnen- und Anwender-Organisationen aus dem Sozialbereich zurückzuführen, welche den Gütesiegelprozess gemeinsam durchführten. Vor dem Hintergrund der dreijährigen Gültigkeit des Gütesiegels wurde der Zielwert für das Jahr 2018 wiederum auf sieben gesetzt und soll mittelfristig einen Wert von zehn erreichen.

10.2.2 Rasche Beantwortung von Bürgerinnen- und Bürgeranfragen aller Art durch das Bürgerinnen- und Bürgerservice [%]

Dank der effizient gestalteten Leistungsprozesse des Bürgerinnen- und Bürgerservices gelang es, das hohe Volumen an Anfragen in der angestrebten Zeit zu beantworten.

10.2.3 Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) [Note]

Der für 2017 angestrebte Zielkorridor konnte nicht nur erreicht, sondern auf diesem hohen Niveau noch leicht verbessert werden, unter anderem auf Grund der großen Relevanz der Seminarinhalte für die Bundesbediensteten und der hohen Qualität der Seminarorganisation.

10.2.4 Nutzung der Handy-Signatur durch Bürgerinnen und Bürger [Anzahl]

Aufgrund der Nationalratswahlen 2017, des Regierungswechsels und der daraus resultierenden neuen kurzfristigen Schwerpunktsetzungen kam es zu einer Verzögerung der E-ID-Umsetzung (elektronische Identität). Diese Verzögerung war dafür ausschlaggebend,

dass der Zielzustand nur teilweise erreicht werden konnte. Dennoch entwickelt sich die Handy-Signatur positiv. Gerade die neu eingeführte Möglichkeit, Volksbegehren elektronisch zu unterstützen führte dazu, dass im Mai 2018 bereits über eine Million aktive Handy-Signaturen registriert waren. Die tendenzielle Dynamik scheint sich, wenn auch nicht auf dem zuletzt hohen Niveau, so aber grundsätzlich fortzusetzen. Es ist zu erwarten, dass die neue Online-Plattform oesterreich.gv.at mittelfristig einen Anstieg der Userinnen- und Userzahlen bewirken wird.

10.2.5 Nutzung der elektronischen Informationsservices der Statistik Austria [Anzahl]

Durch intensive Promotion der Datenbank, Erweiterungen des Datenangebots und Verbesserungen der Usability konnte der für 2017 angestrebte Zielzustand deutlich übertroffen werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

In einer Gesamtbetrachtung wurde das Wirkungsziel, ein Kompetenz-, Service- und Informationszentrum für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Unternehmen anzubieten, in vollem Umfang erreicht. Die Serviceangebote entfalteten einen hohen Nutzen. So wurde beispielsweise das verwaltungsspezifische Qualitätsmanagementinstrument Common Assessment Framework (CAF) aktiv zur Weiterentwicklung der Verwaltungsorganisationen genutzt. Das CAF-Gütesiegel zur Zertifizierung des Prozesses wurde mit einem Ist-Wert von 7 gegenüber einem Zielwert von 5 in einem stärker als erwarteten Ausmaß von Organisationen angestrebt und auch erreicht. Weiters wurde die Bundesstrategie Wissensmanagement („Wissenssicherung bei Personalabgang“) über Netzwerktreffen und Schulungsangebote etabliert und das digitale Reporting im Rahmen der Wirkungsorientierung weiter professionalisiert. Im Bereich e-Government wurde die angestrebte Anzahl der für die Handy-Signatur freigeschalteten Mobiltelefone auf Grund leicht verzögerter Umsetzung der elektronischen Identität (e-ID) zwar knapp verfehlt. Allerdings lassen sowohl die 2017 geschaffene Online-Antragsmöglichkeit auf help.gv.at für Verwaltungsverfahren in den häufigsten Lebenssituationen als auch die bis Mai 2018 gestiegene Anzahl an Handy-Signatur-Freischaltungen auf eine positive Entwicklung dieses Bereichs schließen. Die Reichweite der Informationskampagne des Bundeskanzleramts sowie die hohe Auslastung des Bürgerinnen- und Bürgerservice zeigen, dass der Bundespressedienst dem Wirkungsziel nach umfassender Information der österreichischen Bevölkerung gerecht wird. Eine wertvolle Ergänzung zum bestehenden Informationsangebot des Bundeskanzleramts ist das hausintern produzierte Livestreaming von Pressekonferenzen des Bundeskanzlers, welches insbesondere von den Medienvertreterinnen und -vertretern gut angenommen wird. Die Ergebnisse aus den Feedbackgesprächen und andere Kontakte mit Nutzerinnen und Nutzern zeichnen nach wie vor ein positives Bild über die Qualität der Daten von Statistik Austria. Der Statistik Austria ist es durch die nach wie vor intensive Promotion der Datenbank STATCube und deren Anreicherung um weitere Sachmaterien gelungen, erneut eine deutliche und in diesem Umfang nicht zu erwartende Steigerung bei der Nachfrage dieser Publikationsschiene zu erreichen.

Wirkungsziel Nr. 3

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10, UG 17 und der UG 42 ausgewiesen.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0003.html

Das Bundeskanzleramt als inhaltlicher Impulsgeber, Koordinator und Brückenbauer. Angestrebte Wirkung: Koordination der Regierungs- und Europapolitik, Sicherstellung einer modernen und effizienten Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie diverser Menschen und Zielgruppen (=Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Förderung von Diversität)

Umfeld des Wirkungszieles

Eine proaktive, effiziente Vertretung der österreichischen Interessen erfordert eine verstärkte ressortübergreifende Koordination durch das Bundeskanzleramt sowie eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU-2020 Strategie und dem Nationalen Reformprogramm.

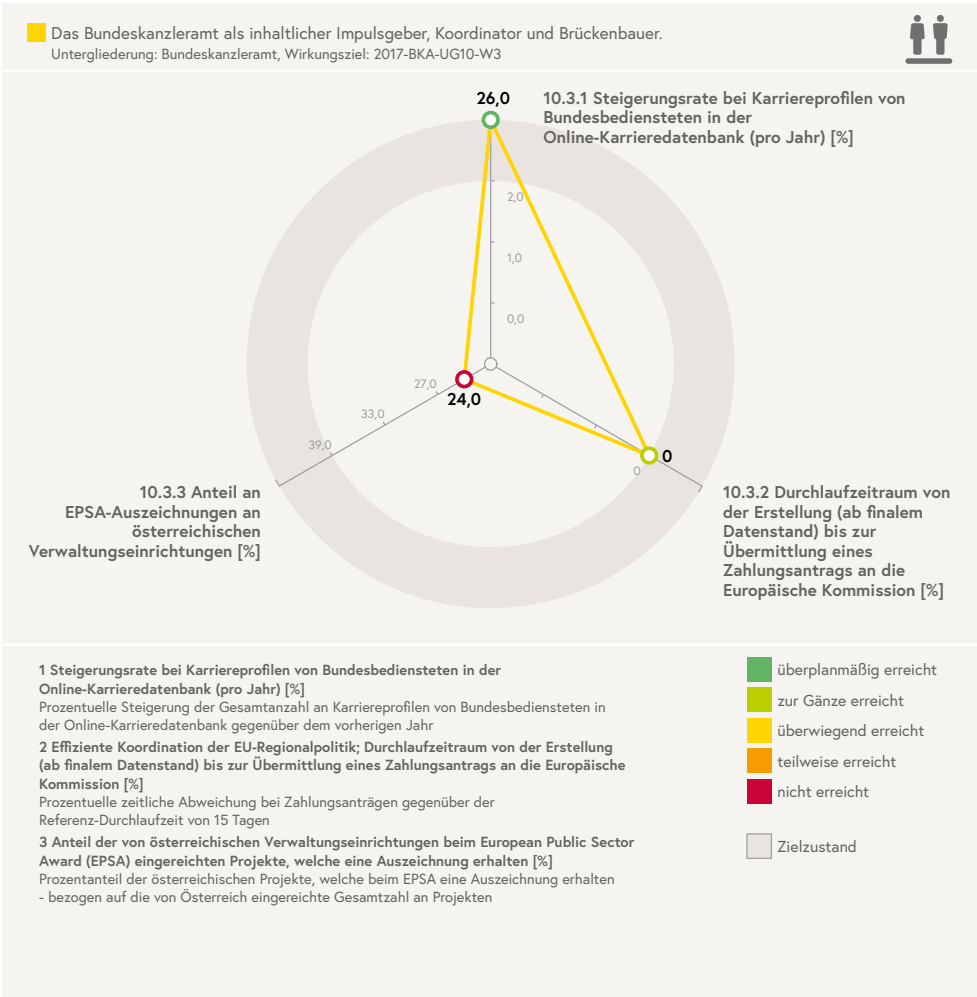
Die Jobbörse der Republik Österreich mit der Online-Karrieredatenbank wurde zur Erzielung von Synergieeffekten von Beginn an als Shared Service aufgebaut. Sie unterstützt die Ressorts umfassend im Recruitingprozess. Die Anzahl der Karriereprofile in der Jobbörse konnte weiter erhöht werden. Dies ist von hoher Bedeutung, um die Personalabgänge auf Grund der demografischen Struktur des Bundesdiensts durch Besetzungen mit geeigneten Bundesbediensteten entgegen wirken zu können. Im Fokus des Cross Mentoring Programms des Bundes stehen motivierte, an Karriere interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als Instrument der Personalentwicklung bietet es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, ihren Standort zu bestimmen, um sich anschließend im Sinne eines festzulegenden Ziels weiterzuentwickeln. Im Zeitraum 2005 bis Juni 2017 haben 1030 Mentorinnen/Mentoren und Mentees aus allen Bundesministerien und der Parlamentsdirektion am Programm teilgenommen.

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein in der österreichischen Bundesverfassung verankertes Ziel. Demgemäß sind über Jahre hinweg kontinuierliche Verbesserungen in Bezug auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern wahrnehmbar (Rückgang des Gender-Pay-Gaps von 21,8% im Jahr 2006 auf 15,9% im Jahr 2016; Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von 62,2% im Jahr 2006 auf 67,7% im Jahr 2016) – dieser Weg wurde auch im Jahr 2017 weiterverfolgt. Da es sich bei diesem Vorhaben um eine Querschnittsmaterie handelt, die sämtliche Politikbereiche umfasst, muss das gemeinsame Vorgehen aller Ministerien und oberster Organe durch das Bundeskanzleramt (2017) bzw. das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (ab 2018) koordiniert werden, um die Entwicklung voranzutreiben.

Auch bei knapper werdenden Ressourcen stellen Verwaltungspreise und die daran anschließenden Transferveranstaltungen ein kostengünstiges Instrument dar, um Innovationen vor den Vorhang zu holen und eine Übertragung der Ideen auf andere Verwaltungseinrichtungen zu ermöglichen. Eine proaktive, effiziente Vertretung der österreichischen Interessen erfordert eine verstärkte ressortübergreifende Koordination durch das Bundeskanzleramt sowie eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU-2020 Strategie und dem Nationalen Reformprogramm. Im Mittelpunkt der europäischen Regionalpolitik standen die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Abschluss

der Strukturfondsperiode 2007 – 2013 in Funktion der Bescheinigungsbehörde für die neun EFRE-Regionalprogramme und den drei grenzüberschreitenden Programmen AT-HU, AT-CZ, SK-AT, der Abschluss von Designierungsverfahren der Programmbehörden verschiedener EFRE-Programme sowie die Umsetzung des EFRE-Österreich-Programms 2014–2020 einschließlich der Vorbereitung und Durchführung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission. Zum Abschluss der Strukturfondsperiode 2007–2013 müssen auch die Prüfungen und Abschlussberichte der Prüfbehörde ordnungsgemäß und zeitgerecht erfolgen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2	2	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	1,5	34	26	
10.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	0,0	0,0	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	0,0	0,0	0,0	
10.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	39	n. v.
	IST	45	n. v.	39	n. v.	24	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.3.1 Steigerungsrate bei Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank (pro Jahr) [%]

Aufgrund der hohen Anzahl an Stellenausschreibungen wurden überdurchschnittlich viele Bedienstete motiviert, ein Karriereprofil anzulegen.

10.3.2 Effiziente Koordination der EU-Regionalpolitik; Durchlaufzeitraum von der Erstellung (ab finalem Datenstand) bis zur Übermittlung eines Zahlungsantrags an die Europäische Kommission [%]

Trotz eines herausfordernden Umfelds, das durch überbordende administrative Anforderungen der Europäischen Kommission im Zuge des Designierungsverfahrens, wesentliche personelle Änderungen bei den Programmbehörden und Verschiebung von Kompetenzen für Kohäsionspolitik bzw. EFRE vom Bundeskanzleramt zum Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus auf Basis der BMG-Novelle 2017 gekennzeichnet waren, konnte 2017 die Designierungsprüfung für die Programmbehörden fristgerecht abgeschlossen, ein Zahlungsantrag eingebracht und somit das n+3 Ziel für 2017 erreicht werden.

10.3.3 Anteil der von österreichischen Verwaltungseinrichtungen beim European Public Sector Award (EPSA) eingereichten Projekte, welche eine Auszeichnung erhalten [%]

Generell ist anzumerken, dass sich die Entwicklung der Kennzahl als unzureichend stabil herausgestellt hat und nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächliche Qualität der Einreichungen zulässt. Für den BVA 2018 wurde die Berechnungsmethode der Kennzahl daher abgeändert. Hinsichtlich des Jahres 2017 ist zu vermerken, dass der Zielzustand auf Basis der Ergebnisse der Vergangenheit zu hoch angesetzt wurde. Eine qualitative Betrachtung des Abschneidens der österreichischen Verwaltung beim EPSA 2017 zeigt jedoch, dass diese sogar sehr gut war. Das Projekt „Open Heart“ der Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg erzielte einen Hauptpreis und das Projekt „Talents for Austria“ der Stadtgemeinde Trofaiach wurde ebenfalls für einen Preis nominiert. Der dennoch (im Vergleich zum Zielwert) niedrige Wert der Kennzahl ergibt sich lediglich aus der

erfreulich hohen Anzahl der österreichischen Einreichungen (die bei der Berechnung im Nenner stehen) sowie aus der Tatsache, dass im Jahr 2017 in Summe deutlich weniger Best-Practice-Zertifikate als 2015 vergeben wurden (34 gegenüber 64). Aus den genannten Gründen wird die Berechnungsmethode ab dem BVA 2018 adaptiert.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die ressortübergreifende Abstimmung von Strategien und Positionen in Zusammenhang mit der effektiven Vertretung der Interessen Österreichs in allen Politikbereichen wurde erfolgreich umgesetzt.

Durch die erfolgte Steigerung an Karriereprofilen von Bundesbediensteten in der Online-Karrieredatenbank werden die für die Personaleinstellung zuständigen Bediensteten weiter unterstützt, die freien Stellen mit Personen zu besetzen, welche bereits Erfahrung im Bundesdienst gesammelt haben.

Die zentrale Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Rahmen der Wirkungsorientierung erfolgt gemäß Bundesministeriengesetz durch die ressortübergreifende Wirkungscontrollingstelle des Bundes im Bundeskanzleramt (2017) bzw. im Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (ab 2018). In einem horizontal-partizipativen Prozess wurde durch die Nutzung von Themenclustern (Arbeitsmarkt und Bildung, Entscheidungspositionen und -prozesse, Infrastruktur und Umwelt, Familie und Beruf, Schutz vor Gewalt, Gesundheit sowie Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung) und durch Metaindikatoren (wie dem Gender Pay Gap, dem Beschäftigungsausmaß oder dem relativen Anteil von Frauen in Aufsichtsgremien an denen der Bund mit 50 Prozent und mehr beteiligt ist etc.) Weiterentwicklungen sowohl initiiert als auch gemessen und berichtet. Dieser österreichische Weg wurde im vergangenen Jahr auf internationaler Ebene mehrmals als Best Practice Beispiel (IWF, OECD) angeführt (siehe unter anderem <http://www.oecd.org/gender/governance/toolkit/government/assessment-of-gender-impact/normative-frameworks/>). Auf die inhaltlichen Schwerpunkte und Fortschritte im Rahmen dieses Koordinierungsprozesses wird im Kapitel zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern dieses Berichts näher eingegangen.

Die Rolle als Impulsgeber für eine moderne und effiziente Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Chancengleichheit wird auch durch die Auswahl der Kategorien für den Österreichischen Verwaltungspreis wahrgenommen. Neben Themen wie moderne Führung und Steuerung, innovatives Service Design und Kooperation wird auf die Aspekte Gleichstellung, Diversität und Integration besonders Wert gelegt. Für einen nachhaltigen Austausch sorgt auch die Projektdatenbank www.verwaltungspreis.gv.at, die inzwischen über 400 Projekteinträge umfasst.

Durch die Organisation des österreichischen Verwaltungspreises und die Unterstützung beim europäischen Verwaltungspreis EPSA (European Public Sector Award) sowie beim internationalen Wettbewerb UNPSA (United Nations Public Service Award) wird Austausch und Vernetzung in Lernplattformen gefördert und die Übertragung gelungener Projekte unterstützt. Die Tatsache, dass beim EPSA ein österreichisches Projekt

einen der drei Hauptpreise gewann, ein weiteres Projekt für einen Preis nominiert wurde und drei Best Practice-Zertifikate erreicht wurden, ist Beleg für die hohe Innovationskraft der österreichischen Verwaltung – auch im europäischen Vergleich.

Eine effiziente Koordination der europäischen Regionalpolitik wurde insbesondere über die Reform des Verwaltungs- und Kontrollsystems für das EFRE-Regionalprogramm Österreich 2014 – 2020 erreicht. Auch die Jahresberichte 2016 über die Prüftätigkeit ergingen fristgerecht an die Europäische Kommission. Was den Meilenstein „Durchführung der Designierungsprüfungen“ zur Maßnahme „Ex-Post-Prüftätigkeit im Rahmen der Abwicklung des EFRE“ auf Ebene des Globalbudgets 10.03 anbelangt, so wurden alle wesentlichen Programme, bei denen finanzielle Verluste im Fall von Verzögerungen gedroht hätten, zeitgerecht geprüft und designiert, so dass Zahlungsanträge an die Europäische Union gestellt werden können.

Das Wirkungsziel wird gesamthaft mit „überwiegend erreicht“ beurteilt, weil der infolge externer Faktoren nicht erreichten Wirkungszielkennzahl betreffend Verwaltungspreisverleihungen EPSA (Kennzahl 10.3.3) und der überwiegend erreichten Maßnahme betreffend EFRE-Ex-Post-Prüftätigkeit (Maßnahme 2, Globalbudget 10.03) die überplanmäßig bzw. zur Gänze erreichten Wirkungszielkennzahlen 10.3.1 und 10.3.2 sowie die zur Gänze erreichten Maßnahmen betreffend Diversity-Atlas (Maßnahme 4, Globalbudget 10.01) und betreffend EFRE-Zahlungsanträge (Maßnahme 1, Globalbudget 10.03) gegenüberstehen.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

UG 34

Verkehr, Innovation und Technologie
(Forschung)

Leitbild der Untergliederung

Wir arbeiten für einen Forschungs-, Technologie- und Innovationsstandort Österreich auf hohem Niveau, der mit der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen die Wettbewerbsfähigkeit und die FTI-Intensität des relevanten Teils des österreichischen Unternehmenssektors erhöht. Damit sollen qualitativ hochwertige Arbeitsplätze gesichert und kann den großen Herausforderungen der Zukunft mittels Entwicklung von Technologien begegnet werden.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?67runv

Forschungs- und Technologiebericht 2018

https://www.bmvit.gv.at/innovation/publikationen/technologieberichte/downloads/ftb_2018.pdf

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Die Steigerung der Intensität von Forschung, Technologie und Entwicklung stellt die zentrale Zielsetzung der Untergliederung 34 dar. Mit der Stärkung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, der Förderung innovationsorientierter FTI-Kooperationen sowie der Steigerung der Qualität und Quantität angewandter Forschung entlang der Themen des BMVIT wurden geeignete Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Wirkung gesetzt.

Es bedarf weiters moderner (Forschungs-)Infrastruktur, um einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu sichern, Innovationen zu ermöglichen und ökologische, soziale und wirtschaftliche Problemstellungen auch zukünftig zu bewältigen. Die Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT trägt somit in hohem Maß zur Erreichung der angestrebten Wirkung bei, die Struktur von Forschung und Entwicklung und somit die Ermöglichung von Innovationen wurden verbessert.

Neben einer allgemeinen Steigerung der Zahl von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wird vor allem eine deutliche Erhöhung des derzeit unterdurchschnittlichen Anteils von Frauen an diesen Arbeitsplätzen angestrebt. Während bei der absoluten Anzahl der weiblichen Beschäftigten in F&E im Unternehmenssektor (insbesondere im „kooperativen Bereich“) weitere Steigerungen beobachtbar sind, konnte bisher noch keine Erhöhung des

Anteils an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten nicht-wissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor erreicht werden. Veränderungen, vor allem in der Bewusstseinsbildung, finden weiterhin nur langsam statt, die Erreichbarkeit der gesetzten Zielzustände unter der Annahme von Steigerungen muss somit als sehr ambitioniert eingeschätzt werden. Eine verstärkte Fortführung der bisherigen Maßnahmen erscheint daher umso notwendiger. Als Beispiel kann die Weiterentwicklung des Gendermonitorings sowohl in der FFG als auch im BMVIT erwähnt werden.

Mit den Zielsetzungen der Detailbudgets der Untergliederung 34 dürfte jedenfalls die richtige Fokussierung erfolgt sein. Die Zielwerte für die entsprechenden Indikatoren werden überplanmäßig erreicht. Insbesondere bei Fragen der Gleichstellung konnte durch die Erhöhung des Anteils von Projektleiterinnen in geförderten Projekten ein wichtiger Schritt in Richtung Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen erreicht werden. Der Anteil von Frauen in Bewertungsgremien (Jurys bei Förderungen durch die FFG) soll von einem bereits guten Niveau noch weiter gesteigert werden, um schließlich den Anteil von Frauen bei Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung zu erhöhen (role model).

Wirkungsziel Nr. 1

Steigerung der Forschungs-, Technologie- und Innovations-Intensität (FTI-Intensität) des österreichischen Unternehmenssektors



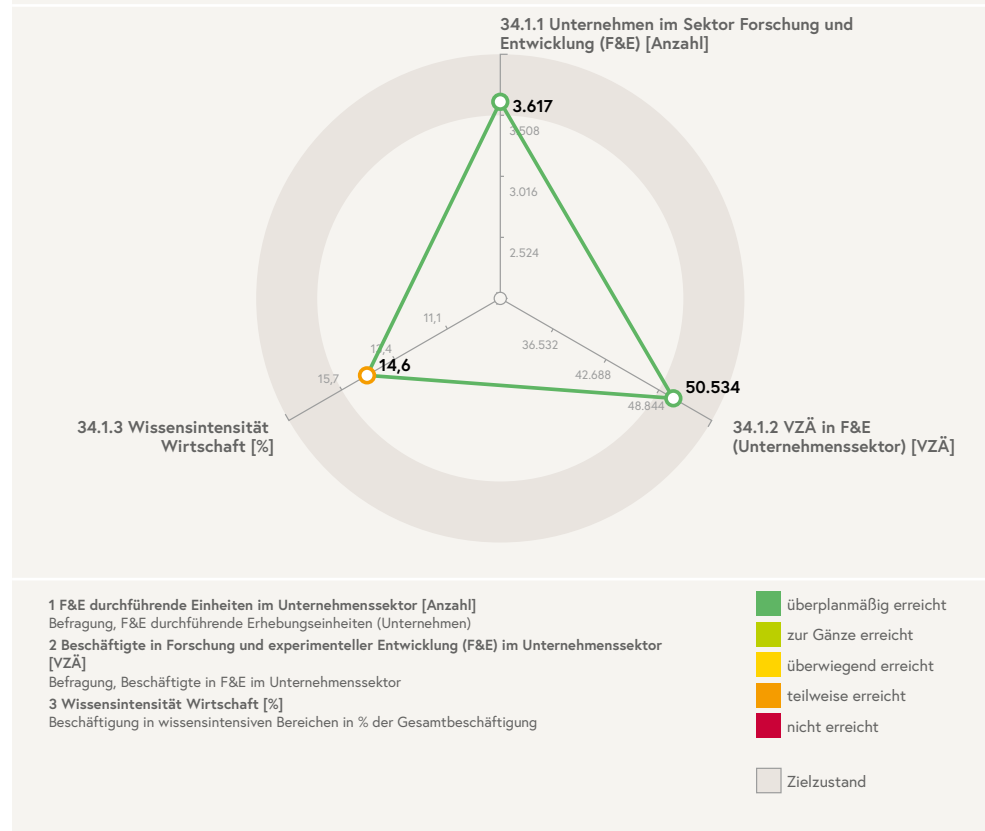
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMVIT-UG-34-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Es sind keine wesentlichen Beeinflussungen des Umfelds durch externe Faktoren (wie z. B. EU-Rahmenprogramm, globaler Wettbewerb, Bewusstseinsbildung) sowie von Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben (intern) seit Planung der Wirkungsziele und Maßnahmen zu verzeichnen. Die positive volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs hat zu weiteren Investitionen innovativer Unternehmen im Bereich Forschung, Technologie und Innovation (FTI) geführt. Die Kompetenzen der Förderung von FTI lagen wie in den Vorjahren beim BMVIT. Der systemische Schwerpunkt der angewandten und wirtschaftsnahen Forschungsförderung positioniert sich an den Schnittstellen zwischen Grundlagenforschung und marktnaher Innovations- und Investitionsförderung, im Jahr 2017 waren das die Kompetenzen des BMVFW, Verwaltungsbereich Wissenschaft respektive Verwaltungsbereich Wirtschaft.

Ergebnis der Evaluierung

■ Steigerung der FTI-Intensität des Unternehmenssektors
Untergliederung: Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung), Wirkungsziel: 2017-BMVIT-UG34-W1



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
34.1.1	ZIEL	>3.241	>3.305	>3.372	3.439	3.508	3.578
	IST	3.316	3.316	3.326	3.617	3.617	
34.1.2	ZIEL	>43.398	>44.699	>46.041	47.422	48.844	50.310
	IST	46.390	46.390	46.412	50.534	50.534	
34.1.3	ZIEL	14,80	15,00	15,20	15,40	15,70	15,90
	IST	14,20	14,60	14,70	14,60	14,60	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

34.1.1 F&E durchführende Einheiten im Unternehmenssektor [Anzahl]

Basierend auf den Daten gemäß der im 2-Jahres-Rhythmus erhobenen F&E-Statistik als zuverlässigstes Zahlenmaterial für den FTI-Bereich, ist eine positive Entwicklung und Erhöhung der Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) unter anderem auf Grund von zielgerichtetem Mitteleinsatz und wirkungsvoller Maßnahmensetzung ablesbar. Der Zielpfad laut FTI-Strategie beschreibt eine Steigerung um +10 % bis 2013 und +25 % bis 2020 (=ca. +2 % pro Jahr), ausgehend vom Ist-Wert von 2.946 Einheiten im Jahr 2010. Der IST-Wert für 2017 entspricht: F&E-Statistik, STATISTIK AUSTRIA, erstellt am 21.07.2017.

34.1.2 Beschäftigte in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor [VZÄ]

Die angenommenen Zielzustände entsprechen dem Beschäftigtenziel (Vollzeitäquivalente) der FTI-Strategie der Bundesregierung und wurden für das Jahr 2017 überplanmäßig erreicht. Die positive Entwicklung lässt sich unter anderem auf den zielgerichteten Mitteleinsatz und wirkungsvolle Maßnahmensetzung zurückführen. Das Erreichen der längerfristigen Zielzustände unter der Annahme einer 3%-igen Steigerung pro Jahr kann weiterhin als realistisch abgeschätzt werden. Der IST-Wert für 2017 entspricht: F&E-Statistik, STATISTIK AUSTRIA, erstellt am 21.07.2017.

34.1.3 Wissensintensität Wirtschaft [%]

Eine Steigerung der Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen ist in den letzten Jahren erkennbar. Der angestrebte Zielzustand für 2020 von 16,3 % bleibt ambitioniert. Eine wissensintensive Wirtschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung für entwickelte innovative Volkswirtschaften. Die Steigerung dieser Kennzahl erscheint daher nach wie vor von Bedeutung, da mit einer gesteigerten Wissensintensität in einzelnen Wirtschaftszweigen (z. B. Telekommunikation) Spillovers für alle Wirtschaftszweige möglich werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Steigerung der Intensität an Forschung, Technologie und Entwicklung intendiert den Anteil innovativer Produkte und Dienstleistungen in Unternehmen zu erhöhen. Durch die Erfolge insbesondere in der gesteigerten Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) und der deutlichen Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor kann eine positive Entwicklung abgeleitet werden – weitere positive Entwicklungen sind hier nicht zuletzt auf Grund der erhöhten F&E-Ausgaben in Österreich zu erwarten.

Mit der Stärkung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, der Förderung innovationsorientierter FTI-Kooperationen sowie der Steigerung der Qualität und Quantität angewandter Forschung entlang der Themen des BMVIT wurden sehr gute Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Wirkung gesetzt.

Eine wissensintensive Wirtschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung für entwickelte innovative Volkswirtschaften. Eine Abbildung dieser Entwicklung erfolgte in Abstimmung mit dem BMDW mit der Kennzahl 34.1.3. Es fanden und finden laufend Abstimmungs- und Koordinationsgespräche in Form von Sitzungen und Telefonkonferenzen bzw. strategische Gespräche insbesondere mit dem BMDW zur Definition von Arbeitsprogrammen und Programmdokumenten in den (gemeinsamen) Förderagenturen statt, um auch zukünftig geeignete Fördermaßnahmen setzen zu können.

Wirkungsziel Nr. 2



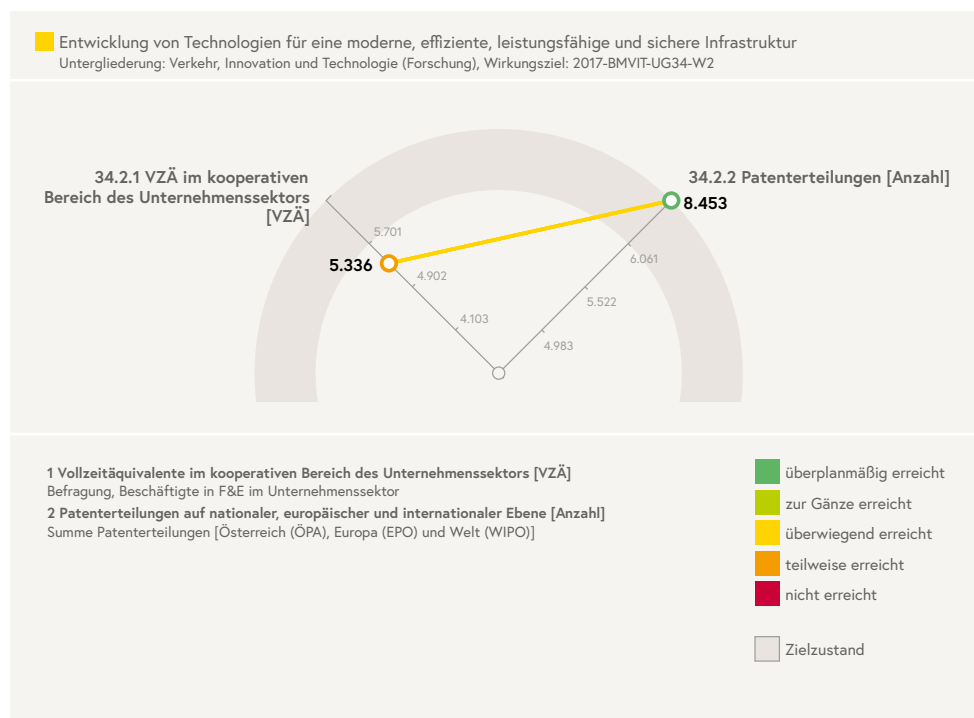
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMVIT-UG-34-W0002.html

Entwicklung von Technologien für eine moderne, effiziente, leistungsfähige und sichere Infrastruktur zur Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen Klimawandel und Ressourcenknappheit

Umfeld des Wirkungszieles

Es sind keine wesentlichen Beeinflussungen des Umfelds durch externe Faktoren (wie z. B. EU-Rahmenprogramm, globaler Wettbewerb, Bewusstseinsbildung) sowie von Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben (intern) seit Planung der Wirkungsziele und Maßnahmen zu verzeichnen. Die positive volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs hat zu weiteren Investitionen innovativer Unternehmen im Bereich Forschung, Technologie und Innovation (FTI) geführt. Die Kompetenzen der Förderung von FTI lagen wie in den Vorjahren beim BMVIT. Der systemische Schwerpunkt der angewandten und wirtschaftsnahen Forschungsförderung positioniert sich an den Schnittstellen zwischen Grundlagenforschung und marktnaher Innovations- und Investitionsförderung, im Jahr 2017 waren das die Kompetenzen des BMWFW, Verwaltungsbereich Wissenschaft respektive Verwaltungsbereich Wirtschaft.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
34.2.1	ZIEL	4.690	4.925	5.171	5.429	5.701	n. v.
	IST	4.872	4.872	4.872	5.336	5.336	
34.2.2	ZIEL	5.385	5.547	5.713	5.884	6.061	n. v.
	IST	5.698	6.237	7.091	8.453	8.453	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

34.2.1 Vollzeitäquivalente im kooperativen Bereich des Unternehmenssektors [VZÄ]

Aus den Ist-Zuständen der Vorjahre und des Jahres 2017 – hinsichtlich der Anzahl der Vollzeitäquivalente im kooperativen Bereich – ist eine positive Entwicklung unter anderem auf Grund von zielgerichtetem Mitteleinsatz und wirkungsvoller Maßnahmensetzung in Richtung der Förderung außeruniversitärer Forschung zu sehen. Die außeruniversitäre Forschung stellt (neben universitärer und unternehmensinterner FTI) einen bedeutenden komplementären Teil im FTI-System dar, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie z. B. das AIT entwickeln sich sowohl thematisch als auch personell stetig weiter. Die wachsende Abweichung des Ziel- und Ist-Werts kann auf Grund der Fortschreibung der vorhandenen Daten erklärt werden. Der IST-Wert für 2017 entspricht: F&E-Statistik, STATISTIK AUSTRIA, erstellt am 21.07.2017, erfasst wird dabei das Jahr 2015.

34.2.2 Patenterteilungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene [Anzahl]

Der Indikator setzt sich seit 2013 neu zusammen. Diese adaptierte Zusammensetzung garantiert eine stabile Erhebung (Datenverfügbarkeit). IST-Wert für 2017 entspricht: Fortschreibung 2016, da die Daten der World Intellectual Property Organization (WIPO) jeweils erst mit Ende des Folgejahres verfügbar sind. Basierend auf dem Ist-Zustand 2016 weisen die Real-Werte für 2017 voraussichtlich eine äußerst positive Entwicklung aus. Allgemein entwickelt sich der Indikator deutlich positiv, eine Fortführung dieses Trends ist unter anderem durch neue, akzentuierte Maßnahmen des Österreichischen Patentamts jedenfalls zu erwarten.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Es bedarf moderner Infrastruktur, um einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu sichern, Innovationen zu ermöglichen und ökologische, soziale und wirtschaftliche Problemstellungen zukünftig zu bewältigen. Durch die gesteigerte Zahl an Vollzeit-äquivalenten im kooperativen Bereich (Erfassungszeitraum siehe Indikator 34.2.1) sowie insbesondere in der Steigerung der Anzahl der Patenterteilungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene kann eine positive Entwicklung in Richtung einer modernen, effizienten, leistungsfähigen und sicheren Infrastruktur abgeleitet werden, weitere positive Entwicklungen werden angestrebt und weiterverfolgt. Mit der Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT wurden sehr gute Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Wirkung gesetzt. Darüber hinaus fanden und finden laufend Abstimmungs- und Koordinationsgespräche in Form von Sitzungen und Telefonkonferenzen bzw. strategische Gespräche insbesondere mit dem BMDW zur Definition von Arbeitsprogrammen und Programmdokumenten in den (gemeinsamen) Förderagenturen statt.

Wirkungsziel Nr. 3

Steigerung der Zahl der Beschäftigten im Bereich Technologie und Innovation mit besonderem Augenmerk auf Erhöhung des Anteils der Frauen

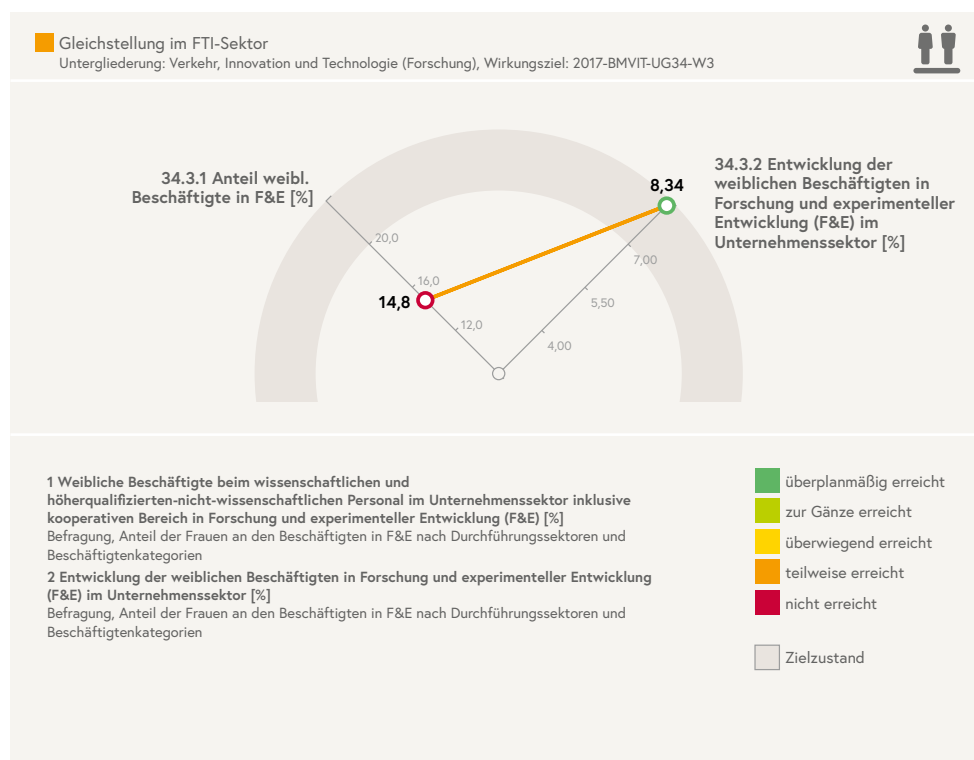


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMVIT-UG-34-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Es sind keine wesentlichen Beeinflussungen des Umfelds durch externe Faktoren (wie z. B. wirtschaftliche Entwicklung, EU-Rahmenprogramm, globaler Wettbewerb, Bewusstseinsbildung) sowie von Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben (intern) seit Planung der Wirkungsziele und Maßnahmen zu verzeichnen. Änderungen gesetzlicher Vorgaben (bspw. Quotenregelungen in Aufsichtsräten) führen bereits zu einer verstärkten Gleichstellung in Entscheidungspositionen und -prozessen. Insbesondere im Bereich der Gleichstellungspolitik wäre aber eine darüber hinausgehende stärkere Dynamik des Umfelds notwendig und wünschenswert, um nachhaltig eine bessere Geschlechterparität auch in wissenschaftlichen und gehobenen akademischen Positionen zu ermöglichen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
34.3.1	ZIEL	18,0	19,0	20,0	20,0	>20,0	>20,0
	IST	14,8	14,8	14,8	14,8	14,8	
34.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	>7,00	n. v.	>7,00	>7,00
	IST	n. v.	n. v.	6,65	n. v.	8,34	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

34.3.1 Weibliche Beschäftigte beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-wissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor inklusive kooperativen Bereich in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) [%]

Aus den Beobachtungen der Vorjahre muss ein Ist-Zustand konstatiert werden, in dem Veränderungen der MitarbeiterInnenstruktur im Unternehmenssektor nur sehr langsam stattfinden. Der Zielzustand 2017 ist sehr ambitioniert festgelegt und dessen Erreichbarkeit bedarf noch weiterer Zeit und vertiefter Bemühungen. Ein Abgehen von den (möglicherweise zu) ambitionierten Zielzuständen sollte zu diesem Zeitpunkt noch nicht stattfinden. Der IST-Wert für 2017 entspricht: F&E-Statistik, STATISTIK AUSTRIA, erstellt am 21.07.2017.

34.3.2 Entwicklung der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor [%]

Aus den Ist-Zuständen der Vorjahre und des Jahres 2017 hinsichtlich der Anzahl der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor, basierend auf der originären Annahme einer 4%-igen Steigerung pro Jahr, kann eine positive Entwicklung gemessen an absoluten Zahlen (!) unter anderem auf Grund von zielgerichtetem Mitteleinsatz, wirkungsvoller Maßnahmensetzung und einer konsequenten Förderungspolitik abgeleitet werden. Eine Änderung des Indikators auf eine Flussgröße erfolgte erstmalig mit dem BVA 2016, als Erfolg wird eine biennial gemessene Steigerung von >7% angesehen. Werte in nicht erhobenen Jahren werden fortgeschrieben. Der Ist-Wert für 2017 entspricht: F&E-Statistik, STATISTIK AUSTRIA, erstellt am 21.7.2017.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Neben einer allgemeinen Steigerung der Zahl von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wird vor allem eine deutliche Erhöhung des derzeit unterdurchschnittlichen Anteils von Frauen an diesen Arbeitsplätzen angestrebt. Während bei der absoluten Anzahl der weiblichen Beschäftigten in F&E im Unternehmenssektor weitere Erfolge erzielt werden konnten, konnte bisher noch keine Erhöhung des Anteils an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten nichtwissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor erreicht werden. Veränderungen – in der Bewusstseinsbildung sowie strukturell – finden nur langsam statt, die Erreichbarkeit der gesetzten Zielzustände unter der Annahme

von Steigerungen muss somit als sehr ambitioniert eingeschätzt werden. Eine verstärkte Fortführung der bisherigen Maßnahmen und eine weiterhin konsequente Förderungs- politik erscheinen daher umso notwendiger. Als Beispiel kann die Weiterentwicklung des Gendermonitorings sowohl in der FFG als auch im BMVIT erwähnt werden.

Eine Koordination von haushaltsrechtlich relevanten Aspekten der Gleichstellung findet in regelmäßigen Abständen durch das BMÖDS über alle Ressorts hinweg statt, die UG 34 übernimmt hierbei die Rolle der Cluster-Koordination zu „Frauen in Entscheidungs- positionen und -prozessen“. Zusätzliche Maßnahmen (zur Bewusstseinsbildung) befinden sich im Aufbau. Eine Abstimmung zur Gleichstellung erfolgt im Rahmen des Berichts zur WO (Berichtskapitel zur „Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern“) im Rahmen des gemeinsamen Themenclusters und auch regelmäßig direkt mit dem BMDW (UG 33).

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

UG 41

Verkehr, Innovation und Technologie

Leitbild der Untergliederung

Wir arbeiten für ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Verkehrs- und Telekommunikationssysteme, die für den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiv sind und die Mobilität der Bevölkerung gewährleisten.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Zu den wesentlichsten Herausforderungen im Umfeld der Untergliederung 41 gehört, neben der leistungsfähigen, sicheren sowie ökologisch nachhaltigen Sicherung der Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen, der Infrastrukturausbau zur nachhaltigen Bewältigung des Verkehrsaufkommens sowie zur nachhaltigen Verbesserung der Versorgungssituation im Bereich des Breitbandzugangs von Unternehmen und privaten Haushalten bei gleichzeitiger Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Ein besonderes Anliegen hierbei ist die Forcierung des öffentlichen Verkehrs zum Schutz und Bewahrung der heimischen Lebensgrundlagen und der natürlichen Ressourcen sowie zur Intensivierung des Klimaschutzes. Diesen Herausforderungen wird insbesondere durch Zielsetzungen im Bereich der Verkehrssicherheit, der Mobilität sowie der Gendergerechtigkeit in der Mobilität Rechnung getragen.

Die Zielsetzung des Wirkungsziels 1 im Bereich der Verkehrssicherheit konnte zur Gänze erreicht werden, insbesondere durch die vom Bund unterstützten technischen Unterwegskontrollen sowie nicht zuletzt durch die bewusstseinsbildenden Maßnahmen.

Das positive Ergebnis im Bereich des Wirkungsziels 2 im Jahr 2017 konnte einerseits durch Gestaltung und Verfolgung von verkehrspolitischen Rahmenbedingungen, unter anderem zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger sowie durch vertragliche Regelungen, insbesondere im Schienenverkehr erreicht werden.

Der im Rahmen des Wirkungsziels 3 formulierte Anspruch zur Sicherstellung der Gendergerechtigkeit ist weitreichend und bedarf eines ausreichenden Bewusstseins und Wissens über genderspezifische Ansprüche, insbesondere um die Reproduktion von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten zu vermeiden. Die positive Entwicklung in diesem Bereich ist der Akkumulation von Handlungsgrundlagen durch entsprechende Studien geschuldet.

Wirkungsziel Nr. 1

Verbesserung der Verkehrssicherheit



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMVIT-UG-41-W0001.html

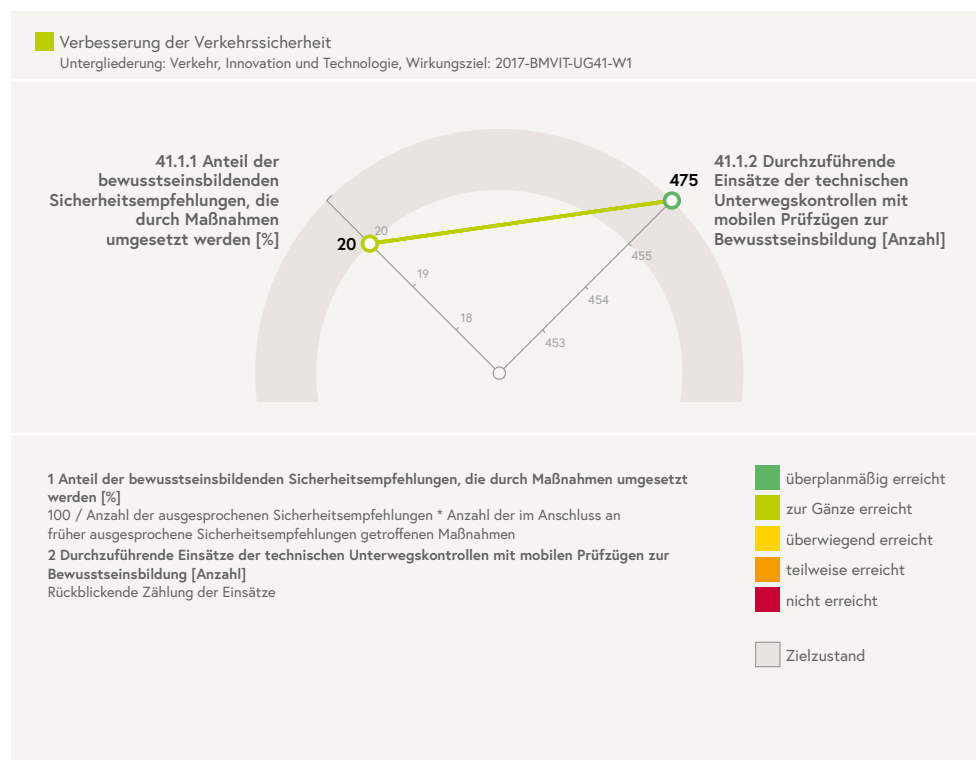
Umfeld des Wirkungszieles

Im Rahmen des Wirkungsziels 1 „Verbesserung der Verkehrssicherheit“ zeigt die Kennzahl 41.1.1 „Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden“ eine weitgehend stabile Entwicklung.

Die Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes (SUB) ist für die Untersuchung von Unfällen in der Schifffahrt, mit Seilbahnen, Schienen- und Zivilluftfahrzeugen in Österreich zuständig. Das Ziel dieser Untersuchungen ist die Feststellung der wahrscheinlichen Ursachen und die Ausarbeitung von Sicherheitsempfehlungen zur Vermeidung gleichartiger Vorkommnisse. Sicherheitsempfehlungen sind Verbesserungsvorschläge, die von den angesprochenen Stellen, wie Behörden, Herstellern, Verkehrsunternehmen u. a., umgesetzt werden sollten. Sie dienen der Vermeidung von gleichartigen oder weiteren Unfällen. Eine kontinuierliche Umsetzung der ausgesprochenen Sicherheitsempfehlungen trägt daher maßgeblich zur stetigen Verbesserung der Verkehrssicherheit bei.

Die Rahmenbedingungen der Kennzahl 41.1.2 „Durchzuführende Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung“ haben sich Mitte 2015 verändert (Zuständigkeitswechsel von der Bundesanstalt für Verkehr (BAV) zur ASFINAG und Wegfall der technischen Unterwegskontrollen im Bundesland Wien). Diese Veränderung hatte Auswirkungen auf die Entwicklung der Kennzahl. Dennoch wurde ein leichter Anstieg der beim Bund verbliebenen technischen Unterwegskontrollen im Jahr 2016 verzeichnet. Auch 2017 wurde das Angebot der ASFINAG von den Bundesländern intensiv in Anspruch genommen und es fanden um insgesamt 20 mehr Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen statt als ursprünglich geplant. Bei technischen Unterwegskontrollen werden Fahrzeuge in schlechtem Zustand, die eine Gefährdung für die anderen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer darstellen beziehungsweise auch Unfälle verursachen könnten, aus dem Verkehr gezogen. Zusätzlich werden Schädigungen an der Infrastruktur durch diese schadhaften Fahrzeuge verhindert. Eine höhere Anzahl der Einsätze führt daher ebenso zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
41.1.1	ZIEL	10,0	10,0	10,0	20,0	20,0	20,0
	IST	15,0	20,0	13,5	20,0	20,0	
41.1.2	ZIEL	650	650	650	650	455	455
	IST	648	658	417	478	475	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

41.1.1 Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden [%]

20% der Sicherheitsempfehlungen wurden innerhalb des Jahres 2017 umgesetzt. Die kontinuierliche Umsetzung der ausgesprochenen Sicherheitsempfehlungen, welche sich an Behörden, Hersteller, Verkehrsunternehmen u. a. richten, trägt maßgeblich zur stetigen Verbesserung der Verkehrssicherheit bei und dient der Vermeidung gleichartiger Vorkommnisse.

41.1.2 Durchzuführende Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung [Anzahl]

Es fanden 2017 475 vom Bund unterstützte technische Unterwegskontrollen statt. Diese wurden vertragsbedingt von der ASFING in Zusammenarbeit mit dem BMI in den Bundesländern Burgenland, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg durchgeführt.

Die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben unterlagen zwischen der Planung des Wirkungsziels im BVA 2016 und der Umsetzung der Maßnahmen 2016 einer wesentlichen Änderung im Bereich der technischen Unterwegskontrollen gemäß § 58 KFG 1967.

Die vom Bund angebotene Unterstützung bei Einsätzen zu technischen Unterwegskontrollen gemäß § 58 KFG 1967 wurde in der Vergangenheit von 6 Bundesländern in Anspruch genommen. In den letzten 5 Jahren fanden von der Gesamtzahl der vom Bund unterstützten technischen Unterwegskontrollen jährlich rund 400 Einsätze (entspricht durchschnittlich 33,33 Einsätze pro Monat) im Bundesland Wien statt.

Beginnend mit Juni 2015 hat Wien Vorkehrungen getroffen, um die Einsätze zu technischen Unterwegskontrollen ohne eine diesbezügliche Unterstützung des Bundes vorzunehmen. Da im Bundesland Wien mit den personellen und technischen Ressourcen von Seiten der Landesprüfstelle Wien und der Landesverkehrsabteilung der Polizei Wien das Auslangen gefunden wird, besteht seither kein Bedarf mehr an einer Mitwirkung des Bundes bei der Durchführung der technischen Unterwegskontrollen. Es fanden 2016 nichtsdestotrotz 478 vom Bund unterstützte technische Unterwegskontrollen statt und 2017 475. Die Kennzahl weist eine stabile Entwicklung auf.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels

Verkehrsunfälle verursachen menschliches Leid und hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Senkung der Unfallzahlen ist daher aus sozialen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Gründen geboten. Bewusstseinsbildende Maßnahmen wie Sicherheitsuntersuchungen und technische Unterwegskontrollen, welche in Zusammenarbeit mit dem BMI durchgeführt werden, tragen wesentlich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bei. Ebenso erfolgte eine Evaluierung der bewusstseinsbildenden Verkehrssicherheitskampagne 2015/2016 zum Thema Geschwindigkeit. Damit konnte ein Meilenstein des Wirkungsziels abgeschlossen werden. Die Ergebnisse dieser Evaluierung werden ebenso in der Gestaltung künftiger Kampagnen berücksichtigt. Aufgrund der erzielten Einvernehmensherstellung mit dem BMF zu den VSF-Richtlinien, wurde zusätzlich der Grundstein für den Abschluss eines weiteren Meilensteins gelegt.

Wirkungsziel Nr. 2



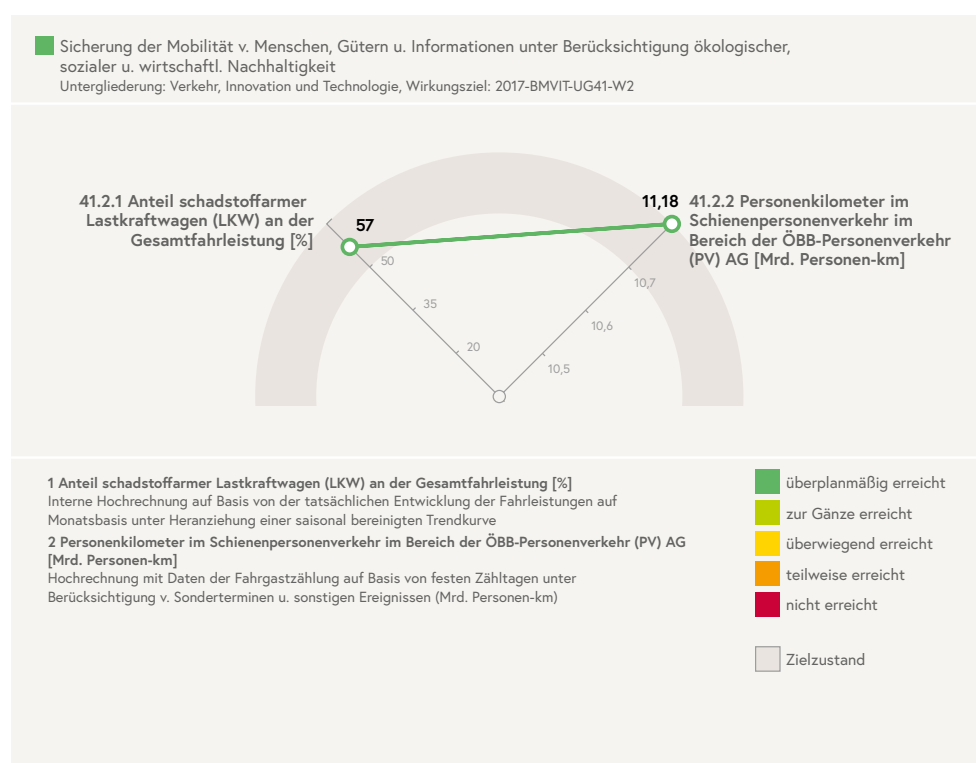
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMVIT-UG-41-W0002.html

Sicherung der Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit

Umfeld des Wirkungszieles

Vorhaltung und Ausbau der Infrastruktur sowie die nachhaltige Steuerung des Verkehrsaufkommens unter Veränderung des Modalsplits zu Gunsten umweltgerechter Verkehrsträger sind aus ökologischer und gesellschaftspolitischer Sicht neben der flächen-deckenden Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Kommunikationsdiensten zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich notwendig. Die Gewährleistung der Mobilität unter besonderer Berücksichtigung der Einführung neuer, umweltfreundlicher Mobilitätsformen und dem verkehrspolitischen Schwerpunkt der Förderung des öffentlichen Verkehrs ist eine Kernaufgabe des Ressorts.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
41.2.1	ZIEL	>30	>40	>50	60,0	50,0	63,0
	IST	35,1	46,0	57,0	66,7	57,0	
41.2.2	ZIEL	10,50	10,50	10,60	10,60	10,70	10,70
	IST	10,60	10,67	10,72	11,12	11,18	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

41.2.1 Anteil schadstoffarmer Lastkraftwagen (LKW) an der Gesamtfahrleistung [%]

Das österreichische Mautsystem wurde ab dem Jahr 2017 umgestellt. Die Ökologisierung erfolgt seitdem über die Anlastung der externen Kosten der verkehrsbedingten Luftverschmutzung und des Lärms in unterschiedlicher Höhe je nach EURO-Emissionsklasse des Fahrzeugs. Diese Veränderung bedurfte auch der Umstellung der Messgröße sowie der Anpassung der Zielwerte ab dem Jahr 2017 und folgende bei der Kennzahl „Anteil schadstoffarmer Lastkraftwagen (LKW) an der Gesamtfahrleistung“. Die dargestellte Entwicklung bezieht sich daher auf den Fahrleistungsanteil von EURO-VI-Fahrzeugen > 3,5 t hzG an der Gesamtfahrleistung. Die starken Anstiege der in diese umweltfreundlichste Kategorie der Maut fallenden LKW zeigen, dass diese Maßnahme wirkungsvoll, zielgerichtet und effektiv ist.

41.2.2 Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-Personenverkehr (PV) AG [Mrd. Personen-km]

Die Personenkilometer konnten im Vergleich zum Vorjahr um 0,54 % gesteigert werden, langfristig ergibt sich eine erfreuliche Entwicklung. Der Zielwert wurde jedenfalls bei weitem übertroffen und das Ziel überplanmäßig erreicht. Dies ist vor allem auf die Leistungsoptimierung im Rahmen des Verkehrsdienstvertrages, die Ausweitung des Einsatzes moderner Wagengarnituren (cityjet), ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem, eine neutrale Leistungsüberwachung und den laufenden Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur zurückzuführen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Zu den wesentlichsten Herausforderungen im Umfeld des Wirkungsziels 2 gehört, neben der leistungsfähigen, sicheren sowie ökologisch nachhaltigen Sicherung der Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen, der Infrastrukturausbau zur nachhaltigen Bewältigung des Verkehrsaufkommens sowie zur nachhaltigen Verbesserung der Versorgungssituation im Bereich des Breitbandzugangs von Unternehmen und privaten Haushalten bei gleichzeitiger Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Ein besonderes Anliegen hierbei ist die Forcierung des öffentlichen Verkehrs zum Schutz und

Bewahrung der heimischen Lebensgrundlagen und der natürlichen Ressourcen sowie zur Intensivierung des Klimaschutzes.

Ein wesentliches Element stellt hierbei die Förderung des Umstiegs auf emissionsärmere Lastkraftwagen dar. Diese Zielsetzung wird durch die Ausgestaltung des LKW-Mautsystems verfolgt, indem die externen Kosten der verkehrsbedingten Luftverschmutzung und des Lärms in unterschiedlicher Höhe je nach EURO-Emissionsklasse des Fahrzeugs angelastet werden. Die bereits in den letzten Jahren belegten starken Anstiege der in die umweltfreundlichste Kategorie der Maut fallenden LKW zeigen, dass diese Maßnahme wirkungsvoll, zielgerichtet und effektiv ist und belegen die positive Entwicklung der diesbezüglichen Kennzahl.

Das außerordentliche Resultat in diesem Bereich wird einerseits durch die positive Entwicklung der gewählten Indikatoren bestätigt und zeigt auf der anderen Seite, dass die richtigen Maßnahmen gesetzt wurden, unter anderem im Zusammenhang mit der Leistungsoptimierung im Rahmen des Verkehrsdienstevertrages. Der Einsatz moderner Wagengarnituren, die Ausweitung des Qualitätsmanagementsystems, der laufende Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur (Beschleunigungsmaßnahmen, Elektrifizierung) tragen zur Sicherung der Mobilität bei und spielen eine tragende Rolle bei der Etablierung und Aufrechterhaltung eines performanten Verkehrssystems.

Wirkungsziel Nr. 3

Sicherstellung der Gendergerechtigkeit in der Mobilität sowie eines gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu allen Verkehrsdienstleistungen

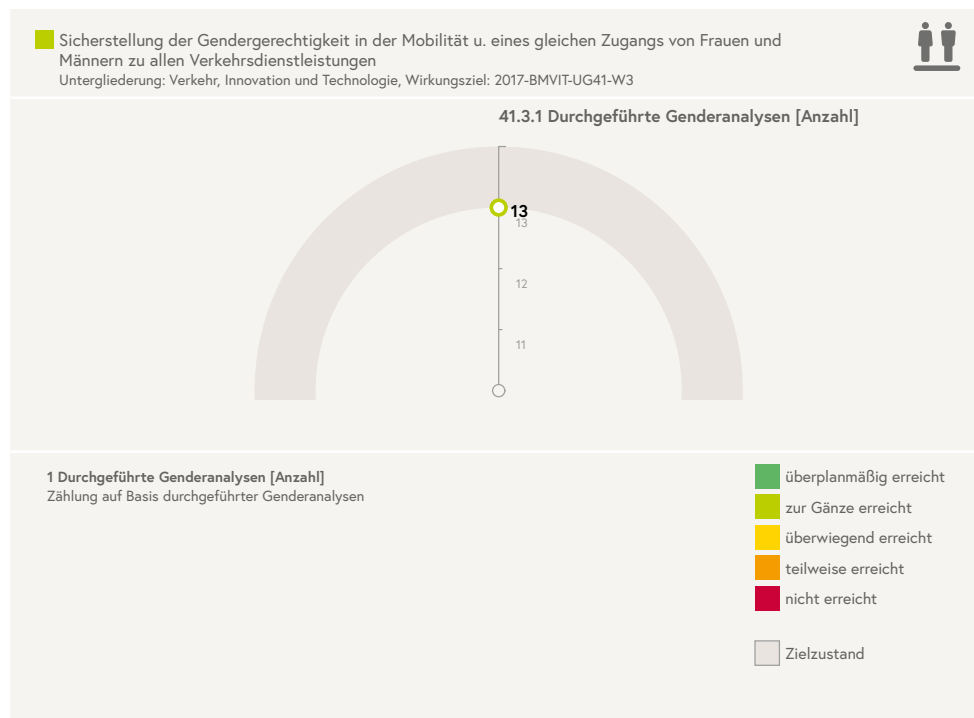


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMVIT-UG-41-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Grundlagen des Wirkungsziels finden sich im Regierungsprogramm wieder. Im Kapitel „Verkehr und Infrastruktur“ wurde festgehalten, dass für die Lebensqualität und den Wohlstand die Mobilität von Personen und Gütern eine wesentliche Voraussetzung darstellt. Bei allen Mobilitätsformen ist besondere Rücksicht auf Barrierefreiheit, ältere Menschen und Familien sowie Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu nehmen. Eine gendergerechte Mobilität sowie ein gleichberechtigter Zugang zu allen Verkehrsdienstleistungen dienen dem Wohl der Gesellschaft und erhöhen die Qualität des Verkehrssystems als Ganzes. Im Umfeld dieses Wirkungszieles wurden hinsichtlich der Zielerreichung keine negativen Einflussfaktoren erkannt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
41.3.1	ZIEL	≥6	7	≥8	9	13	n. v.
	IST	6	7	8	10	13	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

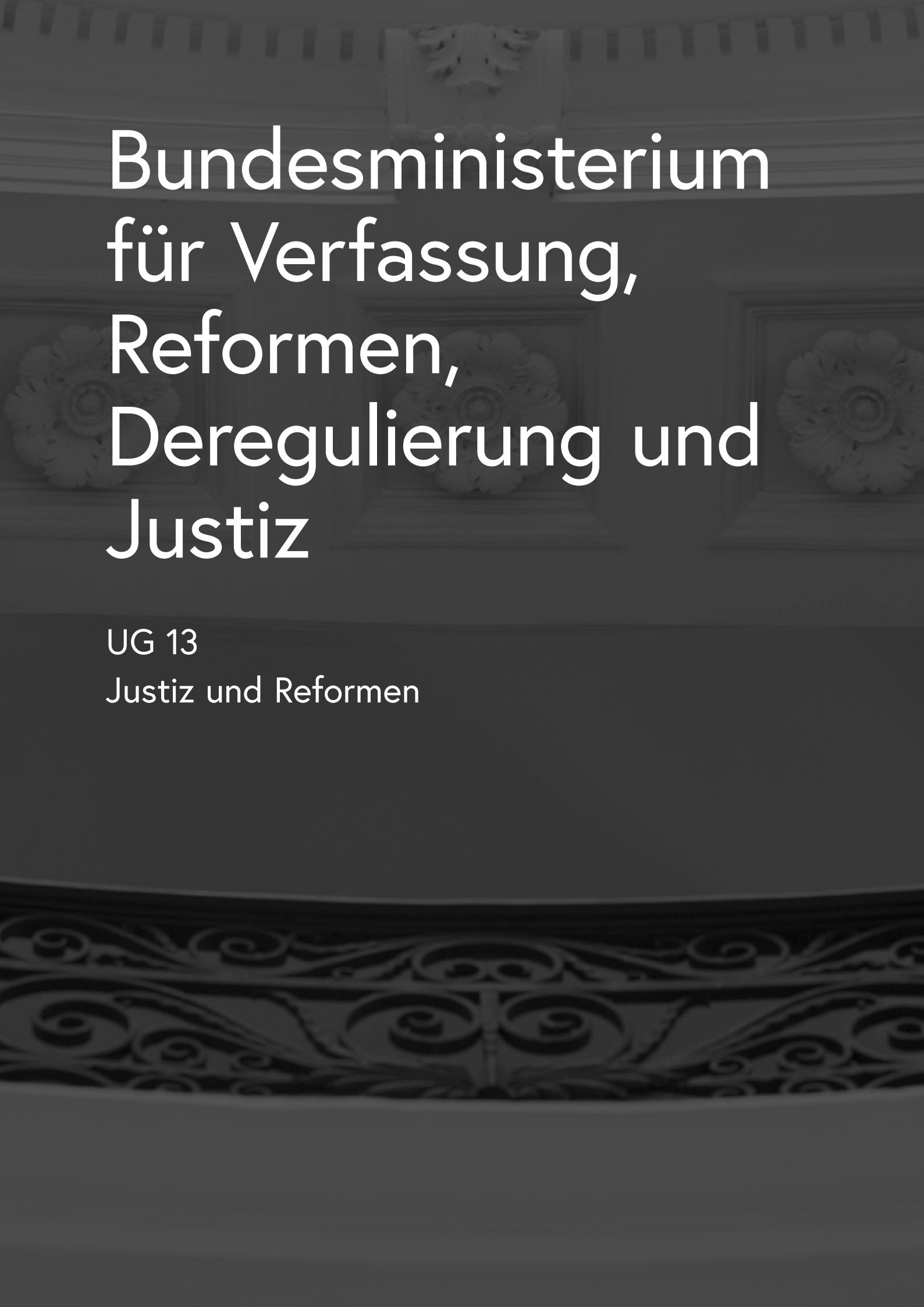
41.3.1 Durchgeführte Genderanalysen [Anzahl]

Ausgehend vom Ist-Zustand 2016 (10 Genderanalysen) konnte die Zielsetzung 2017 mit der Durchführung der drei nachfolgenden Genderanalysen zur Gänze erreicht werden.

- Awareness-Veranstaltung zur Bewusstseinsbildung von gendersensiblen Aspekten in der Mobilität und damit verbunden ein Podiumsbeitrag aus Genderperspektive zur Fachkonferenz zu „Österreich unterwegs“
- Statistische Detailauswertung „Mobilität von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebenslagen“, Sekundärdatenanalyse zur großen österreichweiten Mobilitätserhebung „Österreich unterwegs 2013/14“
- Studie zur „Entwicklung von Indikatoren für die Messung einer gendergerechten Mobilität“. Die Studie wurde durch interne und externe Workshoprunden begleitet.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der im Rahmen des Wirkungsziels 3 formulierte Anspruch zur Sicherstellung der Gendergerechtigkeit in der Mobilität ist weitreichend und fordert die Schaffung ausreichenden Wissens über genderspezifische Ansprüche, um insbesondere die Reproduktion von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten zu vermeiden. Im Jahr 2017 wurden daher aufbauend auf den Empfehlungen vorangegangener Genderanalysen eine weitere konkrete Detailauswertung „Mobilität von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebenslagen“, als Sekundärdatenanalyse zur österreichweiten Mobilitätserhebung „Österreich unterwegs 2013/14“ wie auch eine Beratungstätigkeit zur Entwicklung von Indikatoren für die Messung des verkehrspolitischen Ziels einer gendergerechten Mobilität beauftragt. Letzteres war notwendig, da es für gendergerechte Mobilität weltweit keine – zumindest leicht verfügbare – messbare quantitative Indikatoren gibt. Basierend auf den vom Ressort beauftragten statistischen Auswertungen zu den unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen- bzw. Verhalten der Geschlechter wurde daher im Jahr 2017 in mehreren Workshoprunden (sowohl intern als auch mit Hilfe externer Experten) ein Indikatorenset für gendergerechte Mobilität entwickelt.



Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz

UG 13

Justiz und Reformen

Leitbild der Untergliederung

Wir stehen für die Wahrung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit, gewährleisten eine unabhängige Rechtsprechung, handeln unter Achtung der Grund- und Menschenrechte in sozialer Verantwortung und sichern durch unsere Leistungen den Rechts- und Wirtschaftsstandort Österreich.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Homepage BMVRDJ

https://www.justiz.gv.at/web2013/service_navigation/home-60.de.html

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Grundsätzlich weist das Umfeld keine markanten Änderungen auf. Lediglich kleinere Anpassungen der politischen Präferenzen und der budgetären Rahmenbedingungen führten zu geringen Zielabweichungen. Im Bereich des Maßnahmenvollzugs sind die geplanten Reformen abzuwarten.

Als Schwerpunkt im Rahmen des Wirkungsziels „Sicherstellung des Zugangs zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmässigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen“ wird der Optimierung von Klarheit und Verständlichkeit sowie leichteren Fassbarkeit der Rechtssprache insbesondere in (auch deutschsprachigen) Formularen und häufig verwendeten Textbausteinen besonderes Augenmerk gewidmet.

Die steigende Akzeptanz der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten hat gerade im Bereich der Gerichtssachverständigen und Dolmetscherinnen eine verfahrensbeschleunigende Wirkung.

Die zur Erreichung des Wirkungsziels beitragende Reduktion der Zahl von besonders kleinen Bezirksgerichten wurde weiterverfolgt.

Trotz angespannter Budget- und Personalsituation konnten in diesem Jahr die Zielsetzungen im Strafvollzug erreicht werden: Die Beschäftigungsquote von Insassen konnte sowohl hinsichtlich der Straf- als auch Untersuchungshäftlinge im Verhältnis zur Vorperiode gesteigert werden, was unter den gegebenen Voraussetzungen (knappe Ressource) als großer Erfolg zu werten ist.

Im Allgemeinen konnten die Zielvorgaben im Politikfeld Justiz überwiegend erreicht oder sogar übertroffen werden.

Wirkungsziel Nr. 1

Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens (durch Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse)

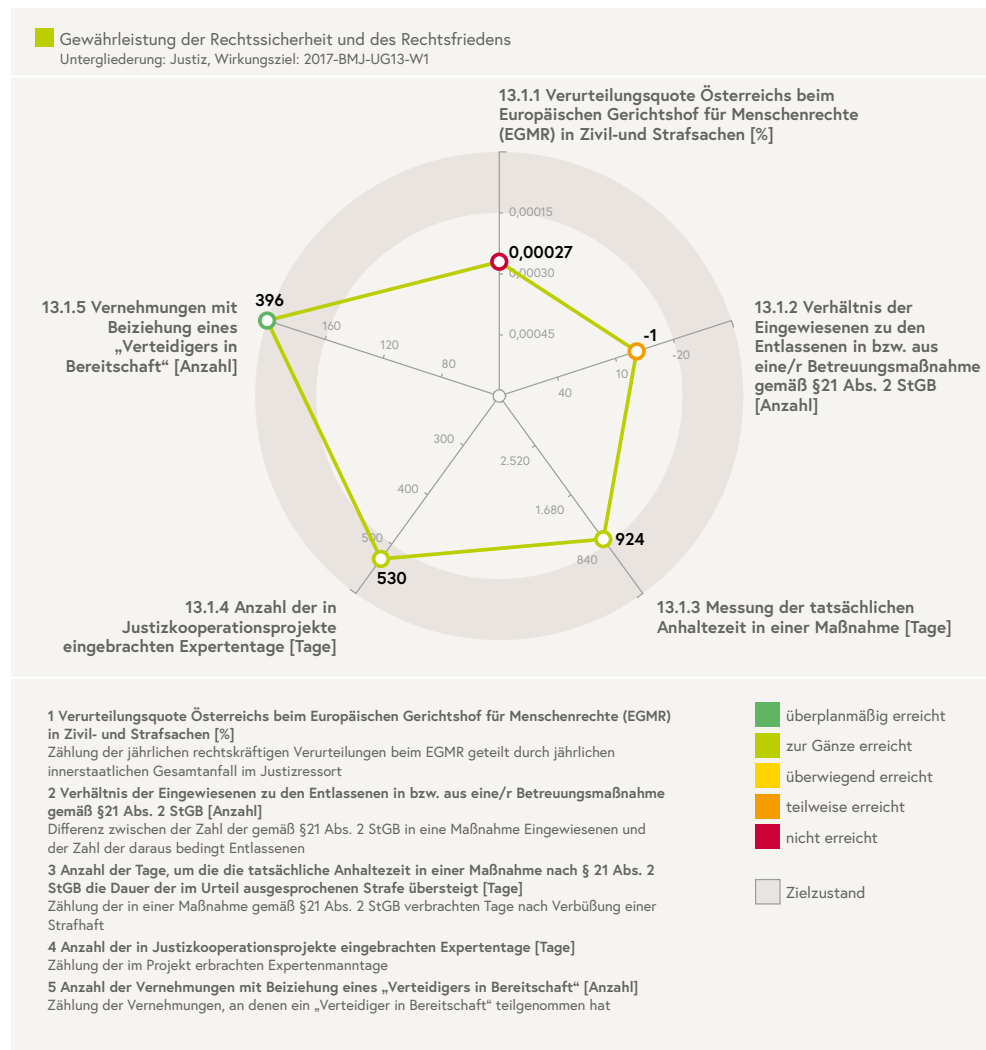


wirksamonitoring.gv.at/2017-BMJ-UG-13-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Trotz einer immer kritischeren Öffentlichkeit und ständig verknüpften Ressourcen ist das Vertrauen in die Justiz auf Grund des überdurchschnittlichen Einsatzes der Bediensteten besonders hoch; der als Maßstab für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden dienende Indikator der rechtskräftigen Verurteilungen Österreichs beim EGMR im Verhältnis zu den im selben Jahr in der Justiz angefallenen gerichtlichen Verfahren, bezieht sich auf eine geringe Zahl an Verurteilungen und unterliegt daher natürlichen Schwankungen. Dies ändert jedoch nichts an seiner langfristig positiven Entwicklung, wie auch bei allen übrigen Indikatoren dieses Wirkungsziels.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
13.1.1	ZIEL	0,000190	0,000180	0,000150	0,000150	0,000150	0,000180
	IST	0,000060	0,000080	0,000060	0,000059	0,000270	
13.1.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	-20	-20	n. v.
	IST	-1	-29	-16	-1	-1	
13.1.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	840	840	830
	IST	990	870	1.188	1.384	924	
13.1.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	500	500	300
	IST	45	37	182,4	511,8	530,0	
13.1.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	150	160	370
	IST	77	79	105	109	396	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

13.1.1 Verurteilungsquote Österreichs beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Zivil- und Strafsachen [%]

Der als Maßstab für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden dienende Indikator der rechtskräftigen Verurteilungen Österreichs beim EGMR (2016: 2, 2017: 9) im Verhältnis zu den im selben Jahr in der Justiz angefallenen gerichtlichen Verfahren (fortgesetzt leicht rückgängig), bezieht sich auf eine geringe Zahl an Verurteilungen und unterliegt daher natürlichen Schwankungen. Der Zielzustand konnte daher im Jahr 2017 nur knapp nicht erreicht werden. Dies sollte sich jedoch um eine singuläre Abweichung handeln. Die Prognose zu dieser Kennzahl ist daher fortgesetzt positiv.

13.1.2 Verhältnis der Eingewiesenen zu den Entlassenen in bzw. aus eine/r Betreuungsmaßnahme gemäß §21 Abs. 2 StGB [Anzahl]

momentan stagnierend 2015 = -25; 2016 = -1; 2017: -1;

13.1.3 Anzahl der Tage, um die die tatsächliche Anhaltezeit in einer Maßnahme nach § 21 Abs. 2 StGB die Dauer der im Urteil ausgesprochenen Strafe übersteigt [Tage]

Gegenüber den letzten Jahren ist eine deutliche Verbesserung erkennbar (2016: 1384 Tage; 2017: 924 Tage).

An Maßnahmen wurden ergriffen: Einrichtung einer zentralen Begutachtungsstelle im BMVRDJ; Einrichtung von eigenständigen Einheiten für den Maßnahmenvollzug innerhalb der Justizanstalten Garsten, Stein, Graz-Karlau (Departments) unter fachlicher Leitung; Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards; Als gemeinsame Sprache für die Risikokommunikation wurde das Risikoprognose-Instrument „Violence Risk Scale“ (für Gewalt- und für Sexualstraftäter) zur verbindlichen Anwendung innerhalb des Maßnahmenvollzugs implementiert; Die Etablierung der Betreuungsform des klinischen Case-Managements stellt eine direkte Maßnahme zur Intensivierung und Individualisierung der Behandlung dar.

13.1.4 Anzahl der in Justizkooperationsprojekte eingebrachten Expertentage [Tage]

Durch Intensivierung der internationalen Projektaktivitäten der Justiz konnte der angestrebte Zielwert im letzten Jahr trotz geringer Personalressource erreicht werden.

13.1.5 Anzahl der Vernehmungen mit Beiziehung eines „Verteidigers in Bereitschaft“ [Anzahl]

Im Sicherheitsbericht 2017 sind 396 Teilnahmen an einer Vernehmung im Rahmen des Rechtsanwaltschaftlichen Bereitschaftsdienst ausgewiesen. im Jahr 2016 waren es 109. Der Anstieg ist mit der am 1.1.2017 wirksam gewordenen vollständigen Umsetzung der Richtlinie 2013/48/EU über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafver-

fahren und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs zu begründen, weil ein ausdrückliches Teilnahmerecht des Verteidigers an der Vernehmung des Beschuldigten über die Voraussetzungen der Untersuchungshaft durch das Gericht (§ 174 Abs. 1 StPO) eingeführt wurde. Der Zielzustand 2018 liegt daher bei 400.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Bei der Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens durch Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse handelt es sich um einen gut funktionierenden gleichförmigen justizpolitischen Prozess im Diskurs zwischen dem Fachressort und dem Parlament. Dabei ist die Einhaltung des Zeitplans legislativer Vorhaben immer auch von kurzfristigen Prioritäten abhängig.

Der als Maßstab für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden dienende Indikator der rechtskräftigen Verurteilungen Österreichs beim EGMR im Verhältnis zu den im selben Jahr in der Justiz angefallenen gerichtlichen Verfahren bezieht sich auf eine geringe Zahl an Verurteilungen und unterliegt daher natürlichen Schwankungen. Dies ändert jedoch nichts an seiner langfristig positiven Entwicklung. Die Neuordnung des Maßnahmenvollzugs ist noch Teil des politischen Diskurses, erste positive Auswirkungen der gesetzten Erstmaßnahmen sind jedoch bereits sichtbar.

Am 1. Juli 2018 tritt in Österreich die umfassendste Reform im Rechtsfürsorgebereich seit Einführung des Sachwaltergesetzes 1983 in Kraft (das 2. Erwachsenenschutz-Gesetz (2. ErwSchG) wurde am 25. April 2017 im Bundesgesetzblatt I Nr. 59/2017 veröffentlicht).

Die Sachwalterschaft wird durch die gerichtliche Erwachsenenvertretung ersetzt, die alternativen Vertretungsarten werden ausgebaut. Die Rolle der Sachwaltervereine, die künftig Erwachsenenschutzvereine heißen, wird ebenfalls erweitert.

Das intensivierte Engagement in internationalen Kooperationsprojekten schlägt sich in der entsprechenden Kennzahl positiv nieder.

Wirkungsziel Nr. 2

Sicherstellung des Zugangs zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmässigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen

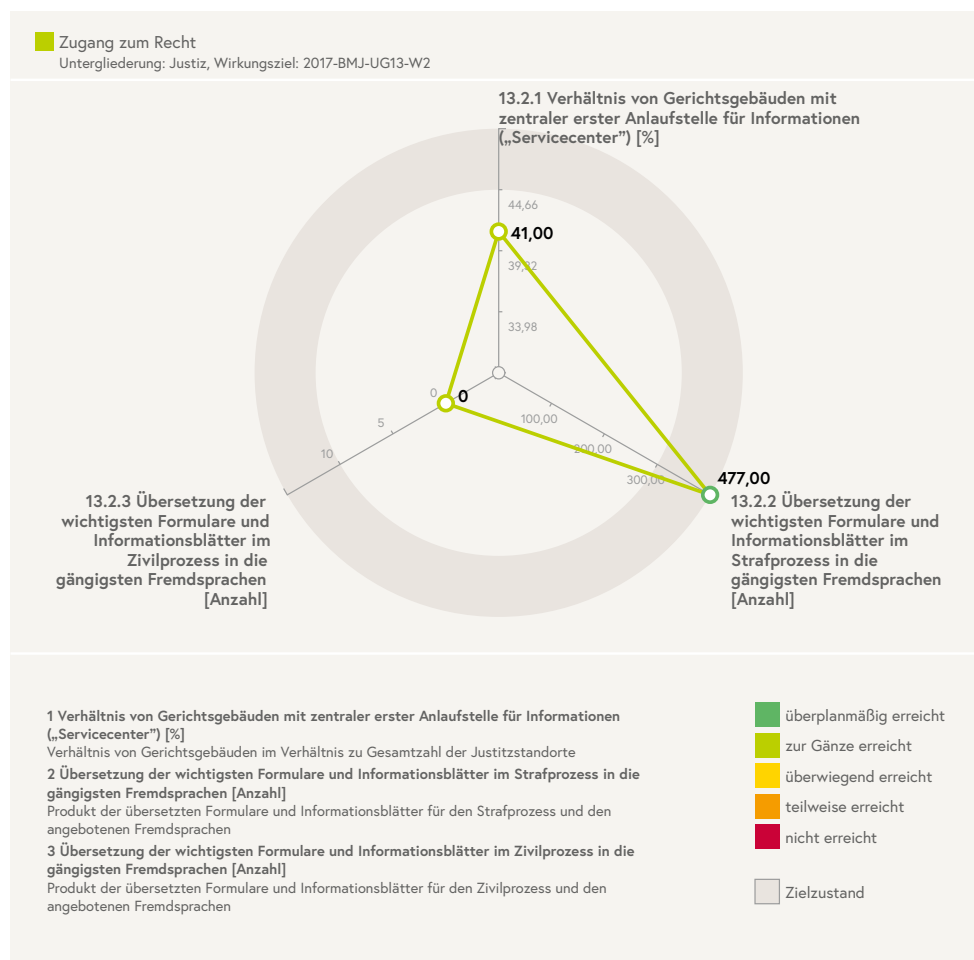


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMJ-UG-13-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Das Ziel der Sicherstellung des Zugangs zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmässigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen konnte trotz eingeschränkter budgetärer und personalpolitischer Rahmenbedingungen fast gänzlich erfüllt werden: Die fortgesetzte Ausstattung der Justizgebäude mit zentralen ersten Anlaufstellen für Informationen stellt eine justizpolitische Priorität dar.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
13.2.1	ZIEL	n. v.	34,00	43,00	33,06	44,66	n. v.
	IST	16,18	23,78	25,24	43,00	41,00	
13.2.2	ZIEL	73	146	146	240	300	347
	IST	0	116	256	286	477	
13.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	100	10	n. v.
	IST	0	0	0	0	0	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

13.2.1 Verhältnis von Gerichtsgebäuden mit zentraler erster Anlaufstelle für Informationen („Servicecenter“) [%]

Die Zahl bezüglich der Kennzahl 1 im Rahmen des Wirkungsziels 2 ist für das Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr niedriger ausgewiesen, weil an dieser Stelle eine Unterscheidung der Justizservicecenter in Betrieb von den baulich umgesetzten Justizservicecentern vorgenommen wurde. Die Ziel kann daher als „erreicht“ angesehen werden.

13.2.2 Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter im Strafprozess in die gängigsten Fremdsprachen [Anzahl]

Die ursprünglich vorgesehenen 9 Formulare haben sich auf 45 Formulare (teils in 16 Sprachen übersetzen zu lassen) erhöht. Da inzwischen die Überarbeitung von Formblättern auf Grund des Inkrafttretens der im StPRÄG I 2016 bzw. im StPRÄG II 2016 enthaltenen Bestimmungen zur Umsetzung der RL Rechtsbeistand bzw. RL Opferschutz notwendig war, mussten diese erneut übersetzt werden. Die Übersetzung der Formulare und Informationsblätter im Strafprozess in die gängigsten Fremdsprachen schreitet jedoch trotzdem überplanmäßig voran.

13.2.3 Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter im Zivilprozess in die gängigsten Fremdsprachen [Anzahl]

Die ursprünglich verfolgte Maßnahme und ihre (formal daher nicht erreichte) Kennzahl wurde einer Überarbeitung unterzogen:

Neben dem unverändert aufrechten Ziel einer Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter in gängige Fremdsprachen auch für den zivilprozessualen Bereich wurde mit der Universität Innsbruck, Institut für Sprachen und Literaturen, Einvernehmen über eine sprachwissenschaftliche Begleitung bei der inhaltlichen Gestaltung von (auch deutschsprachigen) Formularen und häufig wiederkehrenden Textbausteinen im Hinblick auf eine Verbesserung deren Verständlichkeit und leichtere Fassbarkeit für die Adressaten über alle Bevölkerungs- bzw. Bildungsschichten hinweg erzielt. Weiter sollen wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Verständlichkeitsforschung in Form theoretischer Inputs und praktischer Beispiele in einen „Leitfaden“ für die Aus- und Fortbildung der

Justizbediensteten einfließen und damit mittel- bis langfristig auch zu einer besseren Verständlichkeit von Protokolls- und Entscheidungstexten beitragen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die kundenfreundliche und barrierefreie Adaptierung der öffentlichen Räume in Gerichtsgebäuden samt Einrichtung zentraler erster Anlaufstellen für Informationen genießt justizpolitische Priorität und trägt – obwohl Im Jahr 2017 auf Grund angepasster Ressourcenlage nicht so viele „Servicecentren“ eingerichtet werden konnten, wie geplant – so zum Wirkungsziel der Sicherstellung des Zugangs zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen wesentlich bei. Darüber hinaus werden sprachliche Barrieren beim Zugang zum Recht durch fremdsprachige Formulare und verbesserte Dolmetschleistungen weiter abgebaut. Als neuer Schwerpunkt im Rahmen dieses Wirkungszieles wird der Optimierung von Klarheit und Verständlichkeit sowie leichteren Fassbarkeit der Rechtssprache insbesondere in (auch deutschsprachigen) Formularen und häufig verwendeten Textbausteinen besonderes Augenmerk gewidmet.

Wirkungsziel Nr. 3

Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer



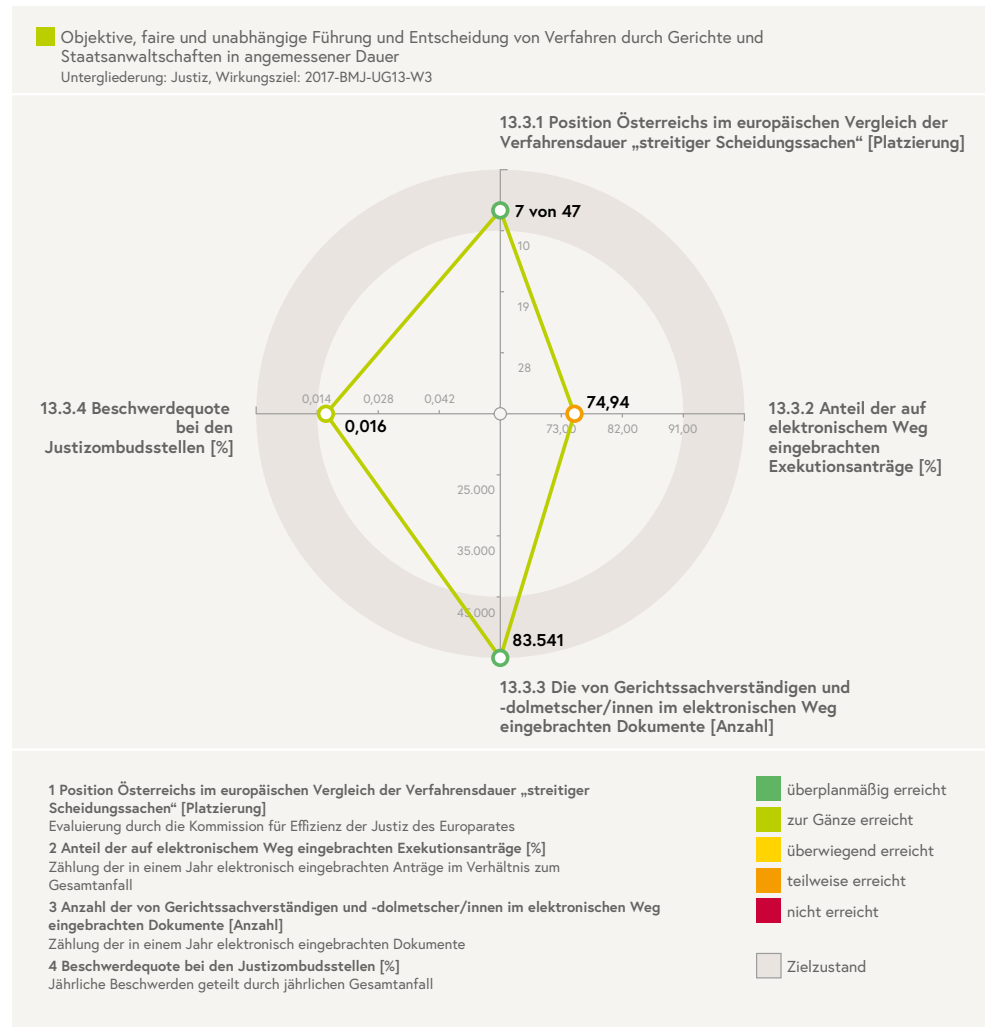
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMJ-UG-13-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Grundsätzlich steigt in der Gesellschaft die Akzeptanz elektronischer Kommunikation. Deren gesteigerter Einsatz kommt einer effizienten Verfahrensführung zu Gute. Dies zeigt sich insbesondere in einer raschen Verfahrensführung.

Erfreulich positiv ist die nach wie vor geringe Beschwerdequote.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
13.3.1	ZIEL	<10 von 47	<10 von 47	<10 von 47	10 von 47	10 von 47	10 von 47
	IST	7 von 47	7 von 47	8 von 47	n. v.	7 von 47	
13.3.2	ZIEL	n. v.	76,00	77,00	78,00	91,00	76,00
	IST	75,00	75,14	75,93	75,77	74,94	
13.3.3	ZIEL	n. v.	3.500	4.000	30.000	45.000	85.000
	IST	n. v.	19.622	34.346	52.443	83.541	
13.3.4	ZIEL	0,130	0,016	0,016	0,014	0,014	0,014
	IST	0,017	0,015	0,018	0,016	0,016	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

13.3.1 Position Österreichs im europäischen Vergleich der Verfahrensdauer „streitiger Scheidungssachen“ [Platzierung]

Für das Jahr 2017 stehen noch keine Daten des Europarats zur Verfügung (Veröffentlichung im Herbst 2018). Im Rahmen des EU-Justizbarometers belegt Österreich den 5. Platz im Vergleich der Verfahrensdauer europäischer Staaten bei der Erledigung von streitigen Zivilsachen.

Österreich scheint im Bericht zur Evaluierung der Justizsysteme des Europarats (Ausgabe 2018 bezogen auf das Jahr 2016) an 7. Stelle von 47 Mitgliedstaaten auf. Im Rahmen des EU-Justizbarometers belegt Österreich den 5. Platz im Vergleich der Verfahrensdauer europäischer Staaten bei der Erledigung von streitigen Zivilsachen.

13.3.2 Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge [%]

Die Vorteile digitaler Kommunikation sind für alle Beteiligten offenkundig und führen damit bei allen darauf abstellenden Kennzahlen zu konstanten Zuwächsen. Es ist jedoch zu beachten, dass gerade bei den elektronisch eingebrachten Exekutionsanträgen und den elektronischen Zustellungen schon ein sehr großer Grad an Abdeckung erreicht wurde, sodass – wenn überhaupt – künftig keine exorbitanten Zuwächse zu erwarten sein dürften. Diese Einschätzung wurde durch die aktuellen Zahlen für das Jahr 2017 bestätigt.

Der ursprünglich falsch übermittelte Ist-Wert für 2015 bei „Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge“ von 90,60 % ist auf 75,93 % zu korrigieren. Korrespondierend dazu müssen die Zielwerte für die Folgejahre auf einheitliche 76 % herabgesetzt werden.

13.3.3 Anzahl der von Gerichtssachverständigen und -dolmetscher/innen im elektronischen Weg eingebrachten Dokumente [Anzahl]

Im Bereich des Dokumenteneinbringungsservice (DES) wurde und wird versucht, das Bewusstsein für diese optimierte Einbringungsform zu verstärken. Die stetig steigende Nutzung ist Indikator für die wachsende Akzeptanz der elektronischen Kommunikation auch in diesem Umfeld, weshalb in Aussicht genommen ist, möglichst rasch eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung zu schaffen. Mit Einführung der Authentifizierung mittels Bürgerkarte bzw. Handysignatur war ein nochmaliger Anstieg der digitalen Einbringung verbunden.

13.3.4 Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen [%]

Ein leichter Rückgang der Beschwerden bei gleichzeitig stärkerem Rückgang des Anfalls führt zu einer leicht negativen Entwicklung des trotzdem äußerst positiven Indikators.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer wurde insbesondere durch die weitere Intensivierung der digitalen Kommunikation gestärkt. Die steigende Akzeptanz der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten hat gerade im Bereich der Gerichts-

sachverständigen und Dolmetscherinnen eine verfahrensbeschleunigende Wirkung. Die Beschwerdequote ist dabei ein wichtiger Indikator.

Wirkungsziel Nr. 4



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMJ-UG-13-W0004.html

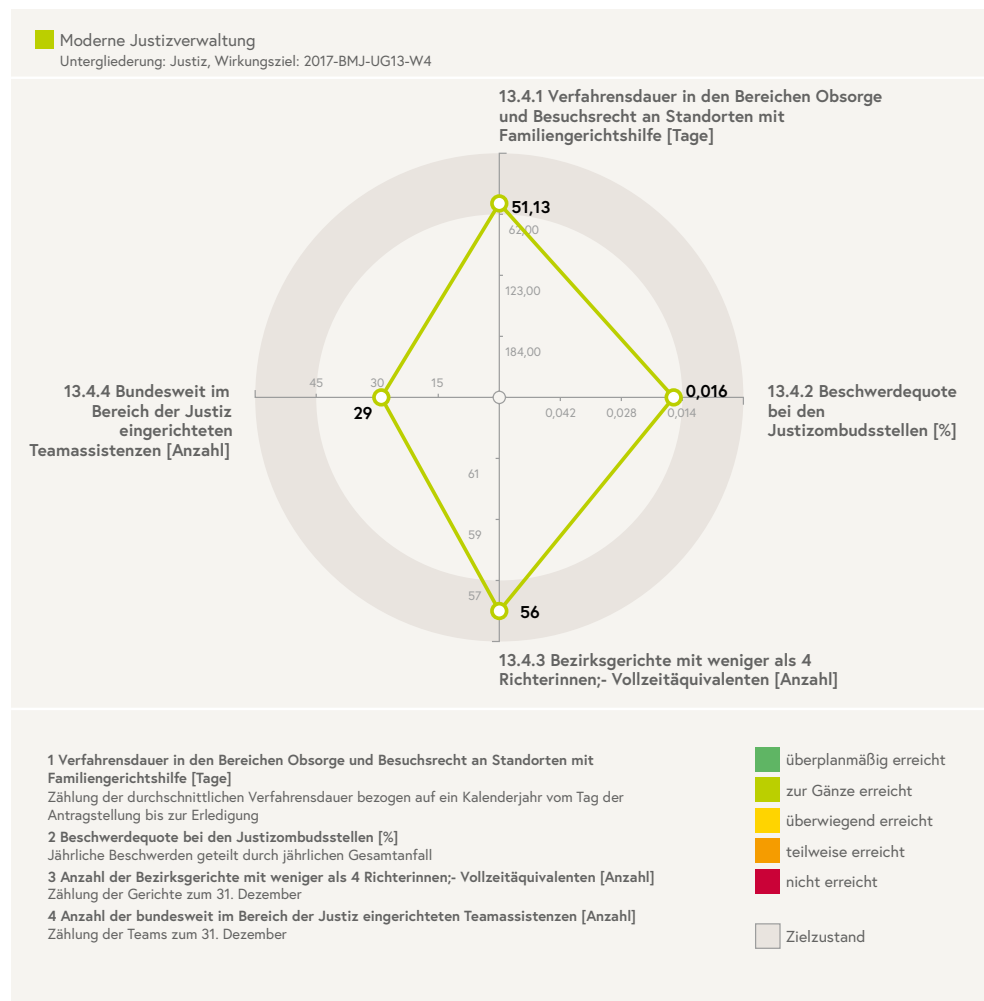
Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und – durchsetzung durch die Justizverwaltung

Umfeld des Wirkungszieles

Die Einrichtung der Familiengerichtshilfe verläuft weiterhin sehr erfreulich und wird positiv angenommen.

Die zum Erreichen des Wirkungszieles beitragende Reduktion der Zahl von besonders kleinen Bezirksgerichten konnte erfolgreich weiter umgesetzt und die Anzahl der Bezirksgerichte mit weniger als vier systemisierten Richter/innen-Planstellen reduziert werden.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
13.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	65,11	62,00	n. v.
	IST	n. v.	68,18	50,62	48,95	51,13	
13.4.2	ZIEL	0,130	0,016	0,016	0,014	0,014	0,014
	IST	n. v.	0,015	0,018	0,016	0,016	
13.4.3	ZIEL	77	61	61	58	57	55
	IST	77	58	58	58	56	
13.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	27	45	48
	IST	0	15	15	11	29	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

13.4.1 Verfahrensdauer in den Bereichen Obsorge und Besuchsrecht an Standorten mit Familiengerichtshilfe [Tage]

Trotz eines schwierigen Umfeldes kann der Zielwert einer raschen Verfahrensdauer in diesem sensiblen Bereich nach wie vor gewährleistet werden.

13.4.2 Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen [%]

Ein leichter Rückgang der Beschwerden bei gleichzeitig stärkerem Rückgang des Anfalls führt zu einer leicht negativen Entwicklung des trotzdem äußerst positiven Indikators.

13.4.3 Anzahl der Bezirksgerichte mit weniger als 4 Richterinnen;- Vollzeitäquivalenten [Anzahl]

Mit 1. Juli 2017 erfolgte die Aufnahme des BG Montafon durch das BG Bludenz sowie die Aufnahme des BG Saalfelden durch das BG Zell am See.

13.4.4 Anzahl der bundesweit im Bereich der Justiz eingerichteten Teamassistenzen [Anzahl]

Die Einführung der Teamassistenzen erfolgt schrittweise, in einem von Evaluierungen begleiteten Prozess. Im Jahr 2018 wurden bereits an weiteren Dienststellen Teams eingerichtet bzw. ist die Schaffung weiterer Teams im Jahresverlauf geplant, so dass mit einem Fortschreiten der positiven Entwicklung zu rechnen ist.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die zur Erreichung des Wirkungszieles beitragende Reduktion der Zahl von besonders kleinen Bezirksgerichten wurde weiterverfolgt. Mit 1. Juli 2017 erfolgte die Aufnahme des BG Montafon durch das BG Bludenz sowie die Aufnahme des BG Saalfelden durch das BG Zell am See.

Trotz eines schwierigen Umfeldes kann das Ziel einer raschen Verfahrensdauer in diesem sensiblen Bereich der familiengerichtlichen Verfahren nach wie vor gewährleistet werden.

Die Einführung der Teamassistenzen erfolgt in einem von Evaluierungen begleiteten Prozess; nach den Fortschritten im Jahr 2017 ist auch weiterhin mit einem weiteren Anstieg der Zahl der Teams bei Gerichten und Staatsanwaltschaften zu rechnen.

Wirkungsziel Nr. 5



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BMJ-UG-13-W0005.html

Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmenvollzug

Umfeld des Wirkungszieles

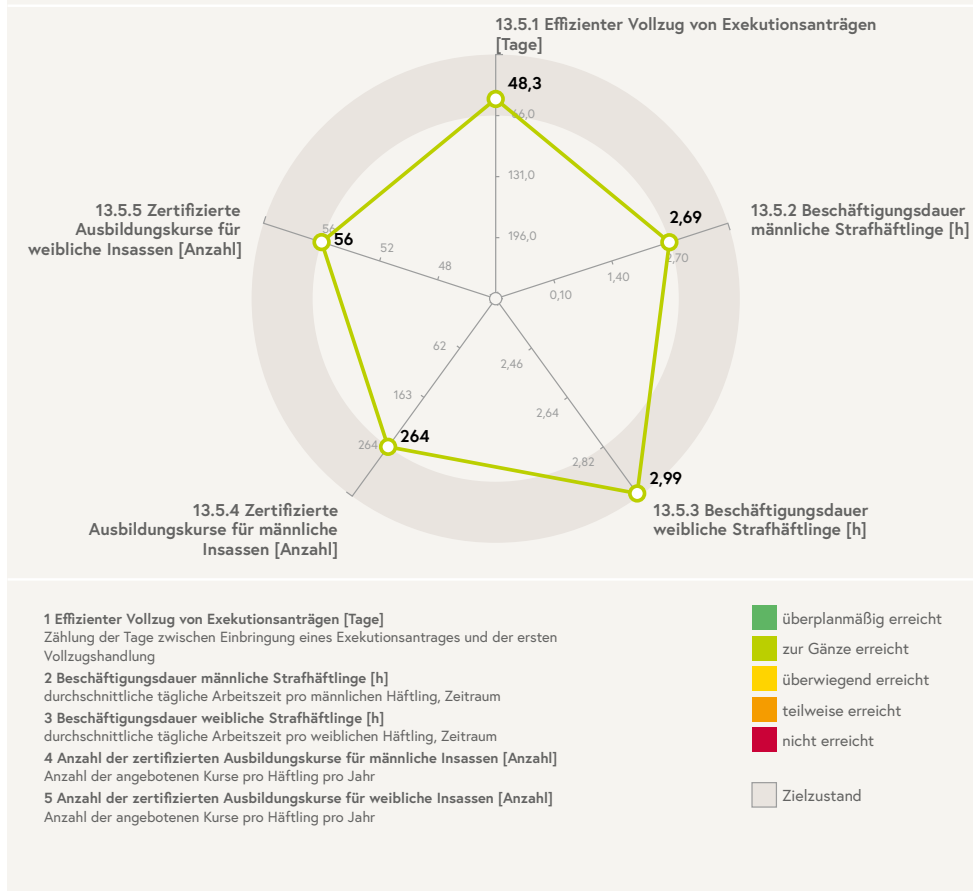
Die positive Entwicklung des Wirkungsziels ist aus rechtsstaatlicher Sicht erfreulich.

Trotz verstärkt angespannter Budget- und Personalsituation konnten die Zielsetzungen im Strafvollzug zur Gänze erreicht werden.

Im Bereich des Strafvollzugs wird laufend verstärkt in die Personalressource investiert, um eine verstärkte Zielerreichung sicher zu stellen.

Ergebnis der Evaluierung

Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug
Untergliederung: Justiz, Wirkungsziel: 2017-BMJ-UG13-W5



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
13.5.1	ZIEL	n. v.	75,5	74,0	68,0	66,0	47,0
	IST	73,3	71,5	60,7	58,2	48,3	
13.5.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2,68	2,70	2,72
	IST	2,64	2,64	2,69	2,68	2,69	
13.5.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2,80	2,82	2,84
	IST	2,67	2,76	2,96	2,99	2,99	
13.5.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	252	264	276
	IST	n. v.	223	240	247	264	
13.5.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	57	56	58
	IST	n. v.	48	52	57	56	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

13.5.1 Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen [Tage]

Im Interesse aller Beteiligten ist die Justiz stets darum bemüht, nachfolgende Verfahrensschritte möglichst zeitnah zu setzen und die Dauer von Verfahren möglichst kurz zu halten, was auch aus der Beschleunigung des Verfahrens (bzw. der Verkürzung der Zeitspanne) in diesem Bereich ersichtlich ist.

13.5.2 Beschäftigungsdauer männliche Strafgefangene [h]

die Entwicklung ist leicht steigend von 2,68 (2015 und 2016)

13.5.3 Beschäftigungsdauer weibliche Strafgefangene [h]

die Entwicklung befindet sich derzeit schon auf einem sehr hohen Niveau (2,96 – 2015, 2,99 – 2016)

13.5.4 Anzahl der zertifizierten Ausbildungskurse für männliche Insassen [Anzahl]

Die noch neue Kennzahl entwickelte sich in der ersten Periode positiv.

13.5.5 Anzahl der zertifizierten Ausbildungskurse für weibliche Insassen [Anzahl]

Die noch neue Kennzahl entwickelte sich in der ersten Periode positiv.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die rasche Vollziehung von Entscheidungen der Gerichte in Zivilsachen ist maßgeblich für die Rechtssicherheit und schafft rechtskonformes Verhalten im Wirtschafts- und Geschäftsleben.

Trotz angespannter Budget- und Personalsituation konnten in diesem Jahr die Zielsetzungen im Strafvollzug erreicht werden.

Die Beschäftigungsquote von Insassen konnte sowohl hinsichtlich der Straf- als auch Untersuchungshäftlinge im Verhältnis zur Vorperiode gesteigert werden, was unter den gegebenen Voraussetzungen (knappe Ressource) als großer Erfolg zu werten ist.

Die Gleichstellungswirkung wurde mit den Themenclustern anderer Ressorts koordiniert.

Wirkungsziel Nr. 4

Das Ressort Bundeskanzleramt, als Garant und Weiterentwickler der Rechtsstaatlichkeit. Angestrebte Wirkung: hoher Nutzen der Rechtsberatung und -vertretung, der Legistik sowie der Dokumentation des Rechts; standardisierte und qualitätsgesicherte Abläufe in Verfahren der Datenschutzbehörde und in Rechtsmittelverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht; verbesserter Zugang zum Gleichbehandlungsrecht

Aufgrund geänderter Ressortzuständigkeiten wird dieses Wirkungsziel bei den Evaluierungsergebnissen der UG 10 und der UG 13 ausgewiesen.

Umfeld des Wirkungszieles

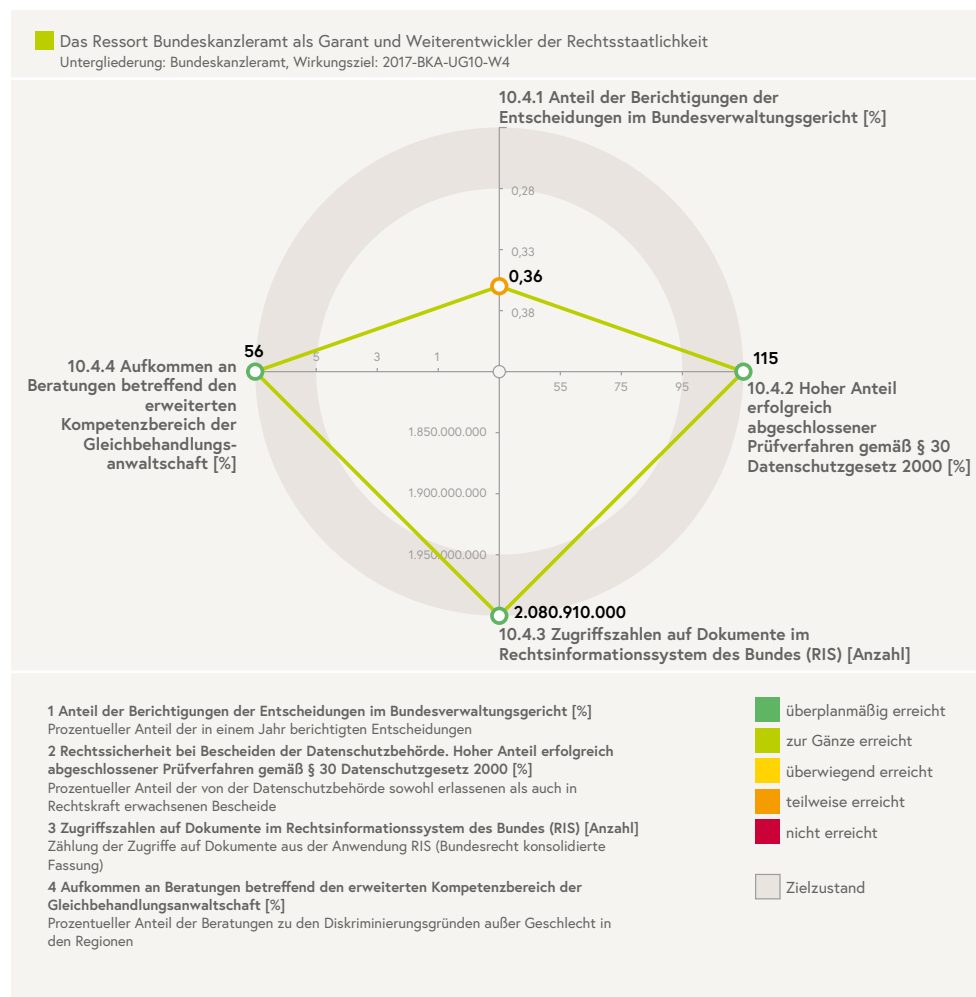
Die Anzahl an Verfahren im Bundesverwaltungsgericht weist insbesondere auch auf Grund der Migrationswelle der letzten Jahre eine steigende Tendenz auf. Die Nachfrage nach elektronisch abrufbaren Rechtsinformationen steigt ebenfalls stetig an. Der Arbeitsschwerpunkt der Datenschutzbehörde stand im Jahr 2017 ganz im Zeichen der am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen Datenschutz-Grundverordnung der EU: Vorbereitung für die Vornahme einer neuen Personal- und Geschäftseinteilung samt neuen Akten- und Zuteilungsplänen, Abhaltung von Vorträgen, Abhaltung von Workshops für die MitarbeiterInnen betreffend die aktuellen Entwicklungen im nationalen sowie europäischen Datenschutzrecht, Teilnahme an Subgroupmeetings der Art. 29 Datenschutz-Gruppe, Weiterentwicklung bzw. Anpassung des Newsletters der Datenschutzbehörde, Umsetzung des legistischen Vorhabens „white list“.

Im Bereich der Gleichbehandlungsanwaltschaft ist eine stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft für das Thema Diskriminierung feststellbar. Verstärkt durch Medienkampagnen (z. B. metoo) ergibt sich stetig steigender Bedarf an Beratungs- und Informationsleistungen zu diesem Thema.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-BKA-UG-10-W0004.html

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
10.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	0,70	0,70	0,28	n. v.
	IST	n. v.	0,54	0,28	0,30	0,36	
10.4.2	ZIEL	n. v.	n. v.	80,0	85,0	95,0	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	94,0	94,2	115,0	
10.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	1.800.000.000	1.900.000.000	1.950.000.000	1.720.000.000
	IST	1.175.042.653	1.602.289.100	1.739.992.027	1.838.140.373	2.080.910.000	
10.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	5,00	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	56,00	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

10.4.1 Anteil der Berichtigungen der Entscheidungen im Bundesverwaltungsgericht [%]

Es kam zu einem Anstieg der Kennzahl im Vergleich zum Ist-Zustand 2016, wobei auch die Zahl der Entscheidungen 2017, insbesondere im Bereich Fremdenwesen und Asyl, gestiegen ist.

10.4.2 Rechtssicherheit bei Bescheiden der Datenschutzbehörde. Hoher Anteil erfolgreich abgeschlossener Prüfverfahren gemäß § 30 Datenschutzgesetz 2000 [%]

Aufgrund der hohen Bescheidqualität der Datenschutzbehörde konnte das Ziel übertroffen werden.

10.4.3 Zugriffszahlen auf Dokumente im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) [Anzahl]

Die Anzahl der Zugriffe auf die Anwendung RIS betrug im Jahr 2017 genau genommen 2.080.905.036. Infolge einer automatischen Rundung auf 10.000er-Stellen im elektronischen Reporting-Tool fällt der oben genannte Ist-Zustand geringfügig höher aus als er tatsächlich ist. Obgleich im Erläuterungsfeld zur Kennzahl 10.4.3 im Bundesvoranschlag 2017 angeführt wurde, dass sich bei den Zugriffszahlen ein Plafond abzeichnet, konnte der Zielzustand 2017 übertroffen werden. Ein Erklärungsansatz für die hohe Nutzungsfrequenz der Anwendung RIS besteht darin, dass die abrufbaren Dokumente des Bundesrechts in der konsolidierten Fassung vom Bundeskanzleramt stets auf den aktuellen Stand gehalten werden.

10.4.4 Aufkommen an Beratungen betreffend den erweiterten Kompetenzbereich der Gleichbehandlungsanwaltschaft [%]

Die der Kennzahl zugrundeliegende Verordnung sieht vor, dass die Regionalbüros in Innsbruck für die Regionen Vorarlberg, Tirol und Salzburg, in Graz für die Region Steiermark, in Klagenfurt für die Region Kärnten und in Linz für die Region Oberösterreich nunmehr für die Beratung und Unterstützung zu allen Diskriminierungsgründen neben Geschlecht zuständig sind – und zwar für ethnische Zugehörigkeit, Religion und Weltanschauung, Alter und sexuelle Orientierung in der Arbeitswelt und ethnische Zugehörigkeit und Geschlecht beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen. Diese Verordnung ist erst mit 1.7.2017 in Kraft getreten. Daher wurden bei der Berechnung des Ist-Zustands das Beratungsvolumen zu Diskriminierungsgründen außer Geschlecht in den eingangs erwähnten örtlichen Zuständigkeitsbereichen der Regionalbüros und in den Zeiträumen 1.7.-31.12.2016 und 1.7.-31.12.2017 miteinander verglichen. Die prozentuelle Steigerung fiel sehr hoch aus, obwohl der öffentliche Fokus infolge der metoo-Kampagne weiterhin auf Geschlecht gelegen ist und die Regionalbüros faktisch nur von September bis Dezember 2017 Zeit hatten, die neuen Gründe bekannt zu machen. Es zeigt sich, dass das neue Beratungsangebot vor Ort jedenfalls zu einer Erhöhung der Beratungszahlen führt und der Bedarf da ist.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Bundeskanzleramt leistete im Jahr 2017 einen hohen Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit in Österreich. Dies wird durch die nachstehenden Ausführungen zu den Wirkungsangaben untermauert, welche eine Gesamtbeurteilung des Wirkungsziels 4 mit „zur Gänze erreicht“ rechtfertigen.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) konnte den mit der Kennzahl 10.4.1 angestrebten Anteil der Berichtigungen bei Entscheidungen trotz gestiegener Verfahrenszahl immerhin teilweise erreichen. Dies ist insbesondere auf die vorbildliche Prozessorganisation im BVwG zurückzuführen, welche auch 2017 die Zertifizierung nach ISO 9001 erhielt – siehe zur Gänze erreichte Maßnahme 5 zum Globalbudget 10.01. Die Rechtssicherheit bei Bescheiden der Datenschutzbehörde hat, wie die positive Entwicklung der Kennzahl 10.4.2 zeigt, überdurchschnittlich zugenommen. Dank der stets aktuellen Dokumente des Bundesrechts konnte der Zielzustand der Kennzahl 10.4.3 hinsichtlich Abfragen im Rechtsinformationssystem (RIS) übertroffen werden. Im Bereich der Regionalbüros der Gleichbehandlungsanwaltschaft ist ein hoher Bedarf an Beratungsleistungen zu den Diskriminierungsgründen neben Geschlecht feststellbar, was sich in der deutlich übertroffenen Kennzahl 10.4.4 manifestiert.

Parlamentsdirektion

UG 02

Bundesgesetzgebung

Leitbild der Untergliederung

Das Parlament ist der zentrale Ort jeder Demokratie. Zur Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben und zur Besorgung der Verwaltungsangelegenheiten der Organe der Bundesgesetzgebung ist die Parlamentsdirektion berufen. Sie garantiert den reibungslosen Ablauf des parlamentarischen Geschehens und versteht sich als serviceorientiertes Dienstleistungsunternehmen für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments sowie für Institutionen und alle am parlamentarischen Geschehen Interessierten.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf

Homepage Projekt Sanierung Parlament

<https://sanierung.parlament.at/>

Jahresbericht 2017 – Nationalrat

https://www.parlament.gv.at/ZUSD/SONSTIGES/20180307_JB2017_FINAL_acc.pdf

Tätigkeitsbericht 2016/2017 – Bundesrat

https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Taetigkeitsbericht_des_Bundesrates_2016_2017_ACC.pdf

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Kernaufgabe der Parlamentsdirektion (Art. 30/3 B-VG) ist die Gewährleistung bestmöglicher Rahmenbedingungen für die VolksvertreterInnen zur Unterstützung ihres verfassungsmäßigen Auftrags (Gesetzgebung und Kontrolle) im Interesse der BürgerInnen.

Sie garantiert den reibungslosen Ablauf des parlamentarischen Geschehens und versteht sich als serviceorientiertes Dienstleistungsunternehmen für die Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments sowie für Institutionen und alle am parlamentarischen Geschehen Interessierten.

Dieser spezielle Aufgabenbereich bietet nur im eingeschränkten Rahmen aussagekräftige, vergleichbare Kennzahlen. Die angegebenen Indikatoren scheinen allerdings ausreichend, um das Erreichen der intendierten Wirkungen abschätzen zu können. Aus

Kosten-Nutzen-Erwägungen (administrativer Aufwand im Verhältnis zur Steuerungsrelevanz) wird von der Erhebung weiterer Kennzahlen Abstand genommen.

Die Überlagerung der Wirkung durch externe Faktoren erschwert die Messbarkeit und erfordert zum Teil Indikatoren, die nur einen mittelbaren Hinweis auf die erzielte Wirkung bieten.

Die starke Fremdbestimmung und teilweise hohe Sensibilität bei der Erbringung der Kernleistungen durch das parlamentarische Geschehen und folglich fehlende Planbarkeit bzw. Steuerbarkeit der zu erbringenden Leistungen hat in manchen Bereichen zu einer zu vorsichtigen Abschätzung der erreichbaren Ziele geführt. Die Parlamentsdirektion ist trotz administrativer Zusatzaufgaben durch das Projekt Sanierung bestrebt, das bisherige hohe Serviceniveau weiterhin zu halten.

Die hoch priorisierten Maßnahmen in den Bereichen Projekt Sanierung Parlament und Untersuchungsausschuss konnten 2017 erfolgreich weitergeführt werden.

Die Schwerpunkte 2017 waren das Projekt Sanierung Parlament und die damit verbundene Übersiedlung in die Interimslokation, der Eurofighter-Untersuchungsausschuss, die Angelobung des Bundespräsidenten, das neue Format des Tag der offenen Tür an 5 Standorten des Demokratiequartiers und das Begutachtungsverfahren, mit dem BürgerInnen die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu Ministerialentwürfen und im Rahmen einer öffentlichen Ausschussbegutachtung während offener Begutachtungsfrist über die Website einzubringen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit in dieser Frist einzelnen Stellungnahmen online zuzustimmen.

Die jährliche Serviceumfrage wurde im Jahr 2017 auf Grund der Nationalratswahl nicht durchgeführt.

Wirkungsziel Nr. 1



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-Parl-UG-02-W0001.html

Sicherung der hohen Servicequalität für MandatarInnen und Klubs zur Schaffung von Gestaltungsräumen für die Politik im parlamentarischen Verfahren

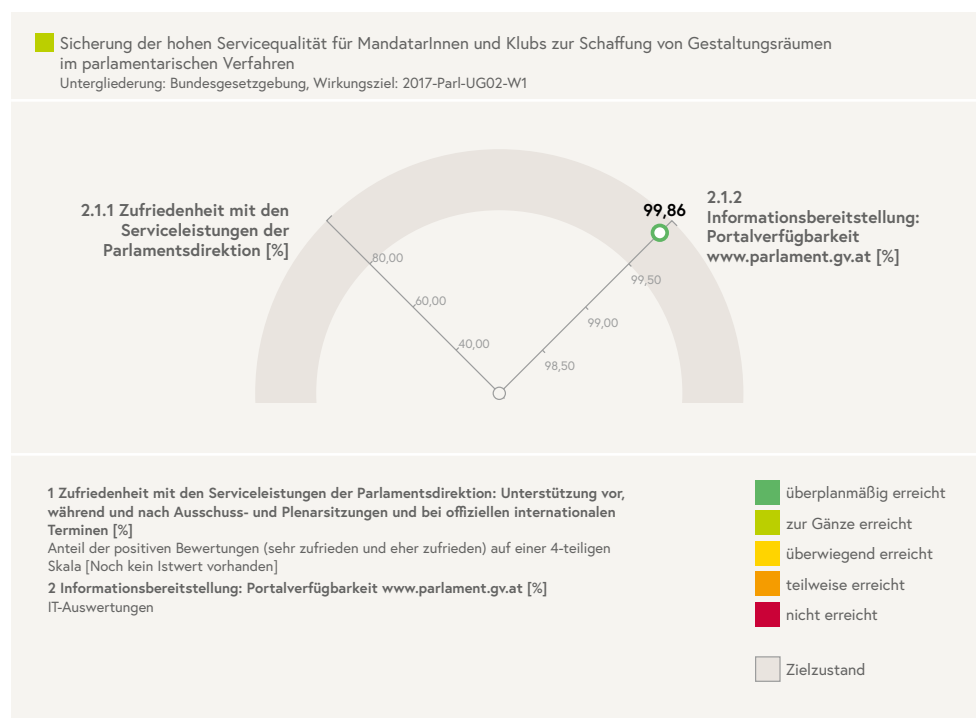
Umfeld des Wirkungszieles

Mit der Reform des Untersuchungsausschussverfahrens gehen zahlreiche Zusatzanforderungen einher. Diese bestehen sowohl in der Interaktion mit Organen außerhalb des Hohen Hauses als auch innerhalb des Parlaments wie auch der organisatorischen und juristischen Betreuung des Untersuchungsausschussverfahrens.

Der Hypo-Untersuchungsausschuss – der erste nach der neuen 2014 beschlossenen Verfahrensordnung – konnte am 12.10.2016 mit der Behandlung des diesbezüglichen Ausschussberichts im Plenum des Nationalrates abgeschlossen werden. Am 29.03.2017 konstituierte sich bereits der Eurofighter-Untersuchungsausschuss.

Nach erfolgreicher Übersiedlung in die Interimslokationen konnte am 20.09.2017 bereits die 194. Sitzung des Nationalrates der XXV. Gesetzgebungsperiode in der Hofburg regulär stattfinden.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
2.1.1	ZIEL	>75,00	>75,00	>75,00	>80,00	>80,00	>80,00
	IST	93,10	98,86	98,77	96,84	n. v.	0,00
2.1.2	ZIEL	>99,50	>99,50	>99,50	>99,50	>99,50	>99,50
	IST	99,50	99,93	99,94	99,96	99,86	0,00

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

02.1.1 Zufriedenheit mit den Serviceleistungen der Parlamentsdirektion:

Unterstützung vor, während und nach Ausschuss- und Plenarsitzungen und bei offiziellen internationalen Terminen [%]

Die jährliche Befragung aller MandatarInnen wurde auf Grund der Nationalratswahlen im Herbst und des damit verbundenen Wechsels von MandatarInnen nicht durchgeführt.

02.1.2 Informationsbereitstellung: Portalverfügbarkeit www.parlament.gv.at [%]

Der hohe Standard konnte trotz Übersiedlung in die Interimslokationen und steigender Anforderungen an die IT – insbesondere im Bereich Medien, Applikationen und der Digitalisierung von Dokumenten und Prozessen – gehalten werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Wie schon beim Leitsatz ausgeführt, besteht eine der Kernaufgaben der Parlamentsdirektion in der Gewährleistung bestmöglicher Rahmenbedingungen für MandatarInnen. Die Dienstleistungen der Parlamentsdirektion reichen von der Betreuung von Plenar- und Ausschusssitzungen des Nationalrates und des Bundesrates und der Aufbereitung parlamentarischer Materialien über die Bereitstellung von Infrastruktur sowie personellen und finanziellen Ressourcen für die VolksvertreterInnen und die Parlamentsklubs bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit, Informationsdiensten, Organisation von Veranstaltungen und Konferenzen und der Betreuung internationaler Kontakte. Die 2016 durchgeführte Befragung der ParlamentarierInnen zu allen Serviceangeboten der Parlamentsdirektion zeigt eine sehr hohe Zufriedenheit mit den angebotenen Leistungen. Die jährliche Serviceumfrage wurde im Jahr 2017 auf Grund der Nationalratswahl nicht durchgeführt. Die Parlamentsdirektion ist darüber hinaus bestrebt, insbesondere die Anforderungen im Informationsbereich durch Nutzung neuer Medien und Applikationen weiterhin bestmöglich zu erfüllen.

Die Parlamentsdirektion hat es sich zum Ziel gesetzt, während der Zeit in der Interimslokation und der damit verbundenen Übersiedlung und der Sanierung des Parlamentsgebäudes den hohen Standard der Zufriedenheit der ParlamentarierInnen mit den Serviceleistungen zu halten.

Wirkungsziel Nr. 2



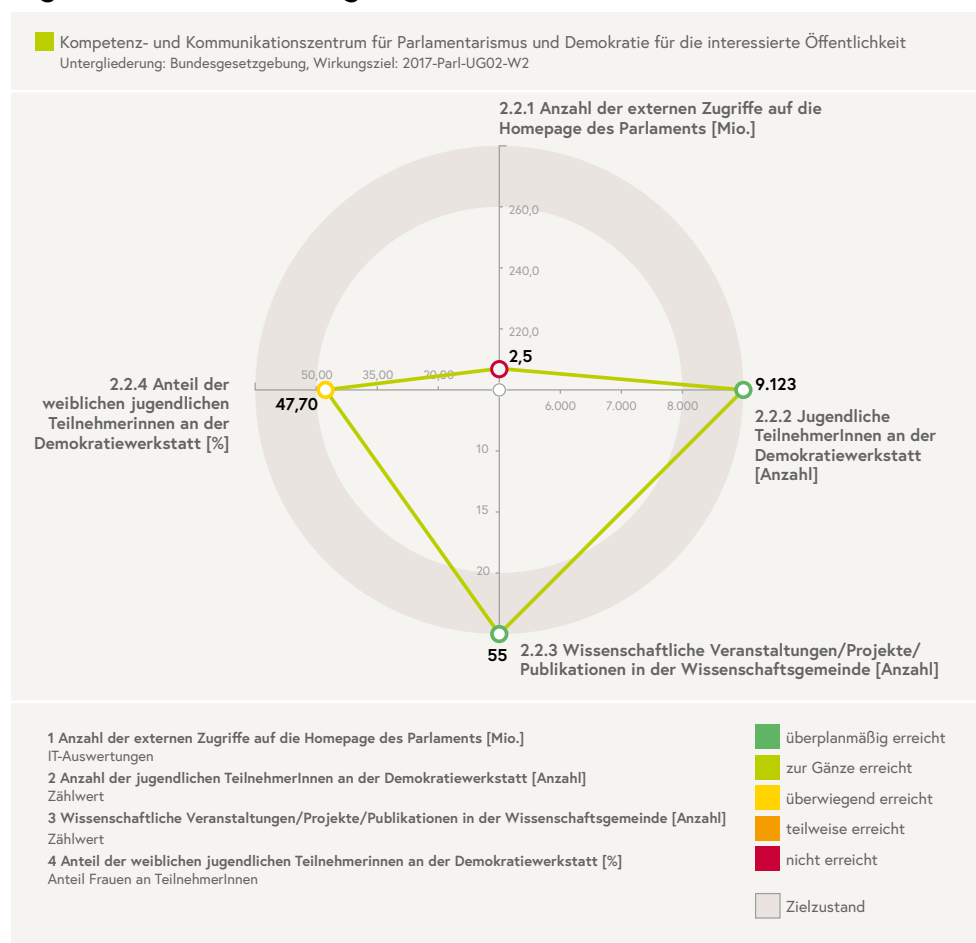
wirkungsmonitoring.
gv.at/2017-Parl-UG-
02-W0002.html

Ausbau der Parlamentsdirektion zum Kompetenz- und Kommunikationszentrum für Parlamentarismus und Demokratie für die interessierte Öffentlichkeit

Umfeld des Wirkungszieles

Wesentliche Voraussetzung einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie sind Transparenz über Entscheidungsprozesse und freier Zugang zu Informationen für interessierte BürgerInnen. Für die Bevölkerung soll das Parlament zentraler Ort für Fragen zu Parlamentarismus und Demokratie sein, nicht zuletzt ein aus der Gewaltentrennung abgeleiteter Anspruch und ein klares Signal der Aufgaben des Parlaments im demokratischen Gefüge und in Abgrenzung zur Regierungstätigkeit. Die Parlamentsdirektion verfolgt dieses Ziel durch Ausrichtung als zentrale Einrichtung mit öffentlich wahrnehmbarer Kompetenz, Teilnahme an fachspezifischen Konferenzen, Förderung der Publikationstätigkeit wissenschaftlicher MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion, den Ausbau des Informations- und Bildungsangebotes im Internet für BürgerInnen sowie die „Demokratiewerkstatt“ und das „Jugendparlament“ für jugendliche BesucherInnen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
2.2.1	ZIEL	>165	>165	>165	>350	>260	>2
	IST	246	369	264	n. v.	2,5	
2.2.2	ZIEL	>11.000	>10.000	>10.000	>10.000	>8.000	>9.500
	IST	9.780	9.651	8.723	9.812	9.123	
2.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	>20	>20	>35
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	33	55	
2.2.4	ZIEL	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
	IST	51,00	49,55	49,25	48,30	47,70	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

02.2.1 Anzahl der externen Zugriffe auf die Homepage des Parlaments [Mio.]

Das vormals verwendete Analysetool AWStats lieferte nur ungenügend genaue Ergebnisse, insbesondere hinsichtlich der grafischen Darstellung von Besucherstromanalysen, weshalb ein Wechsel zu PIWIK vorgenommen wurde. PIWIK ist ein Open Source Tool, das ähnliche Analyseergebnisse wie das weit verbreitete Google Analytics bietet, aber im Gegensatz zu Google Analytics ohne datenschutzrechtliche Bedenken zum Einsatz kommen kann. Die Statistikauswertung mit PIWIK generiert niedrigere BesucherInnenzahlen als AWStats, weil PIWIK die Aktivierung von Javascript erfordert. BesucherInnen, die das nicht aktiviert haben, werden nicht erfasst. Darüber hinaus zählt PIWIK den Besuch als „Ganzes“ nur 1x, auch wenn dieser Besucher/diese Besucherin mehrere Seiten anklickt. AWStats hat jede einzelne dieser Seiten extra gezählt und ausgewiesen. Der Einsatz des neuen Analysetools hat zur Folge, dass der Zielwert nicht erreicht werden konnte. Der Zielwert ist ab 2018 angepasst.

02.2.2 Anzahl der jugendlichen TeilnehmerInnen an der Demokratiewerkstatt [Anzahl]

Die Kennzahl wurde auf Grund der Übersiedlung in die Interimslokalation für 2017 von 10.000 auf 8.000 jugendliche Teilnehmerinnen reduziert. Der reduzierte Zielwert wurde trotz der neuen räumlichen Gegebenheiten übererfüllt und daher ab 2018 wieder nach oben angepasst.

02.2.3 Wissenschaftliche Veranstaltungen/Projekte/Publikationen in der Wissenschaftsgemeinde [Anzahl]

Erneut erhöhte Nachfrage zu Grundsatzthemen in den Bereichen Parlamentarismus und Demokratie sowie zu Datenschutzfragen, Rechtsvergleichen und Legistikthemen. Ebenso steigende Nachfrage hinsichtlich der Expertise im Budgetbereich durch weiteren Ausbau der Vernetzungen mit den Stakeholdern und wissenschaftlichen Institutionen. Der Zielwert wurde ab 2018 angepasst.

02.2.4 Anteil der weiblichen jugendlichen Teilnehmerinnen an der Demokratiewerkstatt [%]

Die angestrebte Geschlechterparität konnte, wie auch in den Vorjahren, in gegebener Bandbreite wieder erreicht werden. Es ist angestrebt, durch Einladungen den 50 %-Anteil möglichst zu erreichen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Bemühungen der Parlamentsdirektion sind in diesem Bereich stark von externen Faktoren überlagert, die Maßnahmen können teilweise erst längerfristig greifen. Soweit es sich bereits abschätzen lässt, sind die getroffenen Maßnahmen zur Erreichung des Wirkungszieles geeignet. So wurde beispielsweise ein neues Forum für Lehrlinge entworfen und angeboten. Mit der Parlaments-App, Twitter und Facebook wird versucht auf neuen Wegen BürgerInnen zu erreichen.

Die Kennzahl „Gesamtsumme der wissenschaftlichen Veranstaltungen/Projekte/Publikationen in der Wissenschaftsgemeinde, zu deren VertreterInnen der Parlamentsdirektion eingeladen wurden“ hat die Erwartungen wieder übertroffen und wurde nach oben angepasst. Ebenso soll die Demokratiewerkstatt ab 2018 von 9.500 jugendlichen TeilnehmerInnen besucht werden.

Wirkungsziel Nr. 3



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-Parl-UG-02-W0003.html

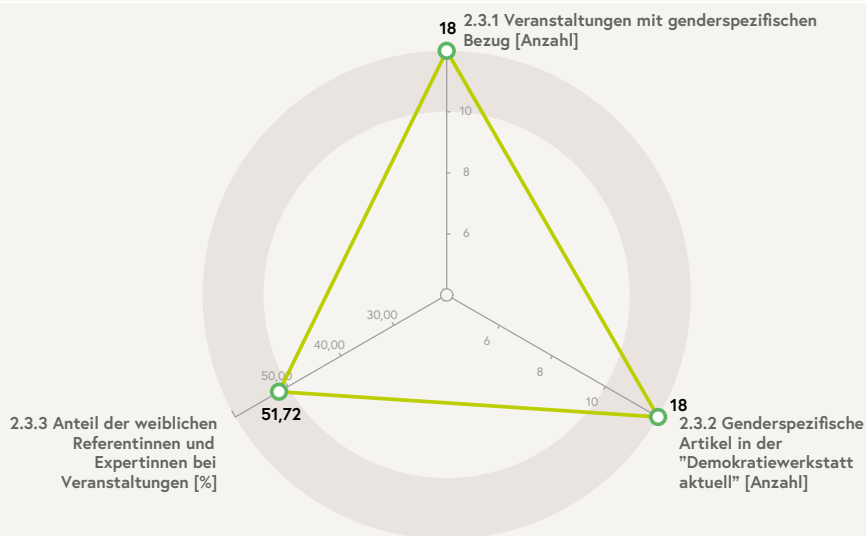
Förderung der Public Awareness (= Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit) für die Bedeutung der Partizipation in einer Demokratie unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterdemokratie

Umfeld des Wirkungszieles

Das Bestreben der Präsidentin des Nationalrates/des Präsidenten des Nationalrates und der Parlamentsdirektion auf Verankerung der Bedeutung der geschlechtergerechten Partizipation ist in der öffentlichen Wahrnehmung stark durch die Außenwirkung des Geschehens im Nationalratsplenum überlagert. Im gegebenen Einflussbereich (siehe Kennzahlen zu Veranstaltungskonzept, Demokratiewerkstatt, ReferentInnen auf Podien) wird die Zielerreichung prioritär behandelt.

Ergebnis der Evaluierung

■ Bewusstseinsbildung für die Bedeutung der Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterdemokratie
Untergliederung: Bundesgesetzgebung, Wirkungsziel: 2017-Parl-UG02-W3



1 Anzahl der Veranstaltungen mit genderspezifischen Bezug [Anzahl]
Zählwert Veranstaltungen der PräsidentInnen (organisiert durch die Parlamentsdirektion)
2 Anzahl der Artikel zu genderspezifischen Themen in der von den Kindern und Jugendlichen erstellten Zeitschrift „Demokratiewerkstatt aktuell“ [Anzahl]
Zählwert nach definierten Kriterien
3 Anteil der weiblichen Referentinnen und Expertinnen bei Veranstaltungen [%]
Prozentzahl (Anteil Frauen)

■ überplanmäßig erreicht
■ zur Gänze erreicht
■ überwiegend erreicht
■ teilweise erreicht
■ nicht erreicht
■ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
2.3.1	ZIEL	>5	>10	>10	>10	>10	>14
	IST	8	14	9	10	18	
2.3.2	ZIEL	>3	>3	>3	10	10	14
	IST	6	18	25	20	18	
2.3.3	ZIEL	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
	IST	43,00	49,25	47,00	38,94	51,72	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

02.3.1 Anzahl der Veranstaltungen mit genderspezifischen Bezug [Anzahl]

Durch die Schwerpunktsetzung im Bereich genderspezifische Veranstaltungen konnte der Zielwert 2017 erreicht werden.

02.3.2 Anzahl der Artikel zu genderspezifischen Themen in der von den Kindern und Jugendlichen erstellten Zeitschrift „Demokratiewerkstatt aktuell“ [Anzahl]

Trotz der Erhöhung des Zielwerts ab 2016 wurde die erwartete Anzahl der genderspezifischen Artikel durch gezielte Schwerpunktsetzung wieder übertroffen. Der Zielwert wurde für die Folgejahre angepasst.

02.3.3 Anteil der weiblichen Referentinnen und Expertinnen bei Veranstaltungen [%]

Durch gezielte Steuerungsmaßnahmen konnte die Geschlechterparität nahezu erreicht werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Chancengleichheit ist ein grundlegender Baustein des demokratischen Miteinanders, daher lag im Rahmen der Aktivitäten der Parlamentsdirektion zur Demokratievermittlung ein inhaltlicher Schwerpunkt auf der Gleichstellung von Frauen und Männern. Unter der Annahme, dass der Besetzung von Podien eine Signalwirkung zukommt, liegt das Bestreben darauf, bei Veranstaltungen Frauen als Referentinnen zu gewinnen, um auch hier Geschlechterparität zu erreichen. Im Jahr 2017 konnte die Ausgewogenheit bei ReferentInnen und ExpertInnen bei Veranstaltungen damit erreicht werden.

Die Schwerpunkte im Bereich Veranstaltungen, Demokratie und Parlamentarismus, gleichberechtigte Partizipation und Europa konnten 2017 durch eine Vielzahl von Veranstaltungen thematisiert werden; hier seien genannt:

Die Präsentation der Arena-Analyse – „Demokratie neu starten“ und die Verleihung des Demokratiepreises der Lupac-Stiftung.

Jugendliche konnten 2017 als wichtige Player in diesem Bereich einbezogen werden, die folgenden Veranstaltungen belegen dies anschaulich:

Die Ausstellung zum Thema UN-Kinderrechte in der Säulenhalle „Achtung! Kinderrechte“, der Girls Day, eine Diskussionsrunde mit SchülerInnen zum Thema „Unsere Welt. Unsere Zukunft.“, eine Veranstaltung mit MaturantInnen zum Thema Sustainable Development Goals (SDGs) in Österreich, SDGs – BE PART OF IT sowie die Abhaltung des Jugendparlaments in Zusammenarbeit mit der Demokratiewerkstatt.

Aber auch genderspezifische Veranstaltungen standen 2017 wieder im Fokus des öffentlichen Auftritts des Parlaments:

„Baumeisterinnen der Republik“ anlässlich des Internationalen Frauentages, Überreichung des Frauen-Integrations-Awards, Empfang für eine Gruppe von Mia Mentoring und im Rahmen des Literaturfestivals „Österreich liest“, „Frauen am Wort oder Der lange Weg der Erkenntnis“.

Wirkungsziel Nr. 4

Europäisierung des österreichischen Parlaments durch Schaffung optimaler Voraussetzungen für ein aktives Mitwirken von Nationalrat und Bundesrat in EU-Angelegenheiten und Intensivierung der Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den anderen nationalen Parlamenten in der Union

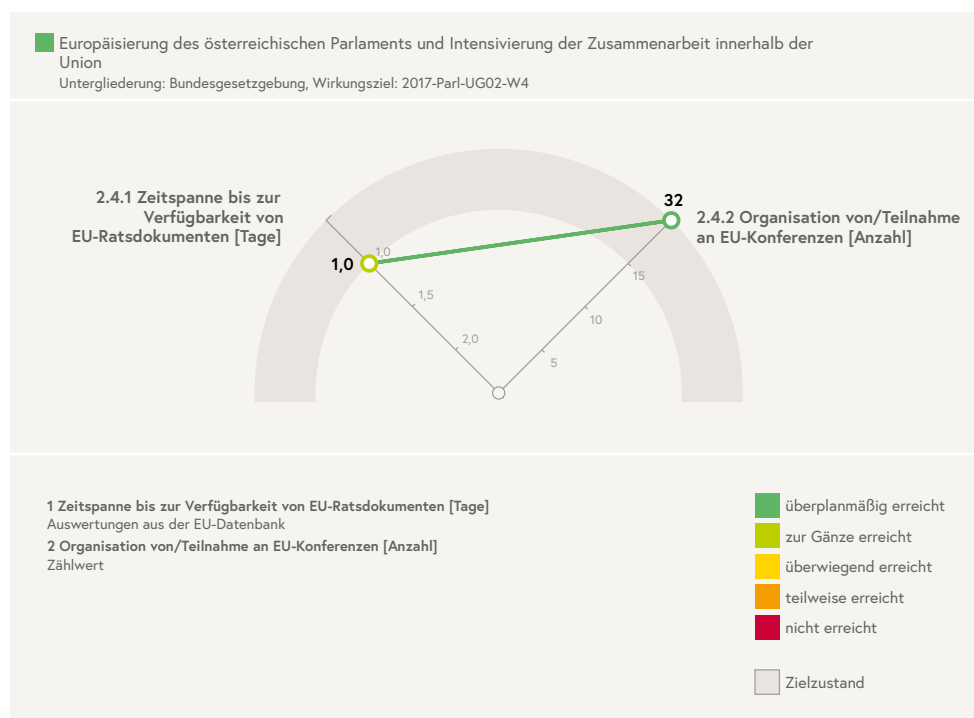


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-Parl-UG-02-W0004.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die verstärkte Mitwirkung nationaler Parlamente im EU-Rechtsetzungsprozess bildet weiterhin einen natürlichen Schwerpunkt. Insbesondere Themen wie die Zukunft der EU (Weißbuchprozess, 60 Jahre Röm. Verträge), Brexit, Migration und Freihandel standen auf der Agenda. Zudem war dieses Jahr bereits von den Vorbereitungen der parlamentarischen Dimension des EU-Ratsvorsitzes geprägt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
2.4.1	ZIEL	1	1	1	1	1	1
	IST	1	1	1	1	1	
2.4.2	ZIEL	>4	>4	>4	>15	>15	>25
	IST	4	10	17	22	32	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

02.4.1 Zeitspanne bis zur Verfügbarkeit von EU-Ratsdokumenten [Tage]

Mit der Einrichtung der EU-Datenbank wird die nahezu unmittelbare Verfügbarkeit von EU-Dokumenten ermöglicht, Sie stellt damit ein wichtiges Informations- und Arbeitsinstrument nicht nur für die parlamentarischen Klubs sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit dar.

02.4.2 Organisation von/Teilnahme an EU-Konferenzen [Anzahl]

Verstärkte Mitwirkung durch nationale Parlamente z. B. die Einsetzung des Gemeinsamen parl. Kontrollausschusses zu Europol, die Subsidiaritätskonferenz gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen und Themen wie die Zukunft der EU, Finanzen und Europäisches Semester, Migration, Erweiterung und Kohäsion führten zu einer verstärkten Konferenztätigkeit.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Bedeutung Europas und des Zusammenspiels nationaler und überregionaler Institutionen wird auf verschiedenste Weise Rechnung getragen:

Über den Austausch mit anderen Parlamenten wird ein Know-how-Transfer auch im Hinblick auf Verwaltungsführung (best practice) erreicht.

Das Service der Parlamentsdirektion – die Subsidiaritätsvorprüfung und die EU-Datenbank – als zentrales Instrument zur Wahrnehmung der verfassungsrechtlich verankerten Mitwirkungsrechte wird von den MandatarInnen sehr gut angenommen.

Im Aus- und Weiterbildungsbereich wird ein Schwerpunkt auf den Erwerb von EU-Kompetenz gelegt.

Die Parlamentsdirektion nimmt aktiv an den Aktivitäten des Europäischen Zentrums für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) sowie am Interparlamentarischen Netzwerk auf EU-Ebene (IPEX) teil.

Durch verstärkte Konferenztätigkeiten wurde der gesetzte Zielwert deutlich übererfüllt und für die Folgejahre angepasst.

Präsidenschafts- kanzlei

UG 01

Präsidenschaftskanzlei



Leitbild der Untergliederung

Der Bundespräsident wird als einziges oberstes Vollzugsorgan vom Volk gewählt. Die Präsidentschaftskanzlei steht dem Bundespräsidenten zu Wahrnehmung seiner Kompetenzen und Aufgaben in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht zur Verfügung.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Der Bundespräsident ist eines der obersten Organe in der Vollziehung des Bundes. Er ist aber auch Staatsoberhaupt im Sinne der allgemeinen Staatsrechtslehre, dem bestimmte typische, in der Verfassung festgelegte Funktionen übertragen sind (z. B. die völkerrechtliche Vertretung nach außen, die Ernennung von anderen Staatsorganen, Oberbefehl über das Heer, Gnadenrecht etc. – siehe Art. 65 B-VG). Die Präsidentschaftskanzlei hat die Aufgabe, den Bundespräsidenten bei der Besorgung seiner Amtsgeschäfte zu unterstützen (Art. 67a B-VG). Diese Unterstützung erfolgt zum einen durch die Aufbereitung und administrative Behandlung der mit den Amtsgeschäften verbundenen Rechtsakte, darunter fallen etwa die Ratifikation von Staatsverträgen, die Beurkundung des verfassungsmäßigen Zustandekommens von Bundesgesetzen, die Entschließungen betreffend die dem Bundespräsidenten zustehenden Ernennungsrechte etc. Ebenso hat sie für die Abwicklung der mit den Kompetenzen des Bundespräsidenten verbundenen erforderlichen Veranlassungen zu sorgen, wie sie beispielsweise mit einer Ernennung oder Enthebung der Bundesregierung oder einer Angelobung der Landeshauptmänner verbunden sind. Gleiches gilt für die Organisation von internationalen Begegnungen in Ausübung der Vertretung nach außen im Rahmen von Besuchen ausländischer Staatsgäste bzw. von Besuchen des Bundespräsidenten im Ausland sowie sonstige Veranstaltungen. Die Präsidentschaftskanzlei erstellt darüberhinaus die Rechtsgutachten und Informationen zu allen Fragestellungen, die sich im Aufgabenbereich des Bundespräsidenten ergeben.

Wirkungsziel Nr. 2⁴

Unterstützung bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung demokratischer Prozesse, der sozialen Ausgewogenheit und der Gleichstellung von Frauen und Männern.

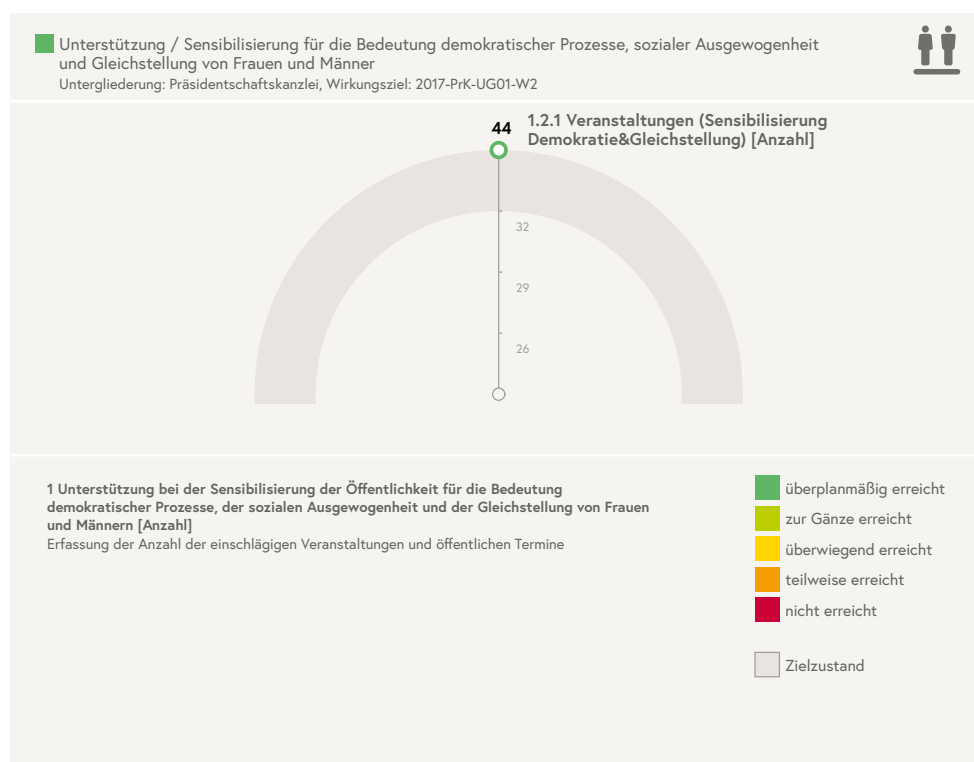


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-PrK-UG-01-W0002.html

Umfeld des Wirkungszieles

Nach der Sedisvakanz im zweiten Halbjahr 2016 hat sich durch den Amtsantritt von Bundespräsident Dr. Van der Bellen im Jänner 2017 die Anzahl der Begegnungsveranstaltungen im Jahr 2017 erhöht.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
1.2.1	ZIEL	32	32	32	32	32	32
	IST	33	28	32	19	44	

- 4 Mangels verfügbarer Kennzahlen zum Wirkungsziel 1 „Die Kompetenzen des Bundespräsidenten sind verfassungsrechtlich festgelegt. Die Präsidentschaftskanzlei hat die Aufgabe, den Bundespräsidenten bei der Besorgung seiner Amtsgeschäfte zu unterstützen (Art. 67 a B-VG)“ erfolgt keine nähere Darstellung bzw. Visualisierung im gegenständlichen Bericht.

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

01.2.1 Unterstützung bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung demokratischer Prozesse, der sozialen Ausgewogenheit und der Gleichstellung von Frauen und Männern [Anzahl]

Nach der Sedisvakanz im zweiten Halbjahr 2016 hat sich nach dem Amtsantritt von Bundespräsident Dr. Van der Bellen die Anzahl der Begegnungsveranstaltungen erhöht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Durch die Amtsführung des Bundespräsidenten soll in der Öffentlichkeit das Verständnis und das Interesse für die genannten Themen sowie für das Staatsganze gefördert werden. Der Bundespräsident soll nicht nur als Organ im juristischen Sinn sondern auch als Gesprächspartner erlebt werden. Dafür sind regelmäßige Kontakte mit ausgewählten Gruppen der Bevölkerung notwendig, insbesondere mit solchen, die sich in einer besonderen Situation befinden.

Wirkungsziel Nr. 3

Unterstützung bei der Vertretung der Republik nach außen durch internationale Begegnungen und Kontakte auf hoher staatlicher Ebene.

Umfeld des Wirkungszieles

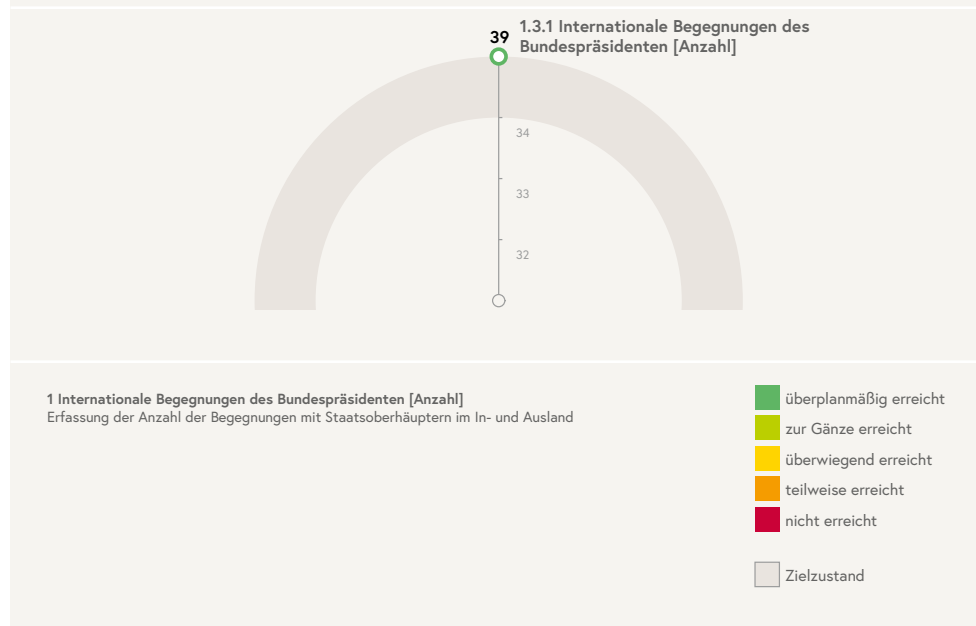
Nach der Sedisvakanz im zweiten Halbjahr 2016 hat sich durch den Amtsantritt von Bundespräsident Dr. Van der Bellen im Jänner 2017 die Anzahl der Begegnungen auf internationaler Ebene im Jahr 2017 erhöht.



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-PrK-UG-01-W0003.html

Ergebnis der Evaluierung

■ Unterstützung bei der Vertretung der Republik nach außen durch internationale Begegnungen und Kontakte auf hoher staatlicher Ebene
Untergliederung: Präsidentschaftskanzlei, Wirkungsziel: 2017-PrK-UG01-W3



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
1.3.1	ZIEL	34	34	34	34	34	34
	IST	35	34	24	17	39	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

01.3.1 Internationale Begegnungen des Bundespräsidenten [Anzahl]

Nach der Sedisvakanz im zweiten Halbjahr 2016 hat sich durch den Amtsantritt von Bundespräsident Dr. Van der Bellen im Jänner 2017 die Anzahl der internationalen Begegnungen und Kontakte auf hoher staatlicher Ebene im Jahr 2017 erhöht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Zusammentreffen des Bundespräsidenten mit ausländischen EntscheidungsträgerInnen auf der obersten politischen und wirtschaftlichen sowie auf wissenschaftlicher und kultureller Ebene unterstützt und fördert österreichische Interessen und RepräsentantInnen aus den genannten Bereichen in ihren internationalen Aktivitäten.

Rechnungshof

UG 06

Rechnungshof

J 2 62

Leitbild der Untergliederung

Der Rechnungshof überprüft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene im Rahmen der ihm verfassungsgemäß zukommenden Unabhängigkeit, ob die zur Verfügung gestellten Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt werden. Seine Kernaufgabe ist das Prüfen und Beraten. Er trägt dazu bei, das Vertrauen in die Demokratie und in ihre Einrichtungen zu untermauern, Transparenz über den Einsatz der öffentlichen Mittel zu schaffen und damit Effizienz und Effektivität im öffentlichen Bereich zu steigern. Er schafft so einen wesentlichen Mehrwert und Nutzen für die Gesellschaft. Als wichtigstes Ziel strebt er den bestmöglichen Einsatz der öffentlichen Mittel im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung an, das heißt, eine Verringerung der Kosten bzw. eine Erhöhung des Nutzens beim Einsatz der öffentlichen Mittel.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Bahnprojekt: Brenner Basistunnel (Reihe Bund 2017/4)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/berichte/teilberichte/bund/Bund_2017_04/Bund_2017_04_1.pdf

Mittelflüsse im Gesundheitswesen (Reihe Bund 2017/10)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/berichte/teilberichte/bund/Bund_2017_10/Bund_2017_10_1.pdf

Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Wien (Reihe Bund 2017/32)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/berichte/teilberichte/bund/Bund_2017_32/Bund_2017_32_1.pdf

Transparenzdatenbank – Kosten und Nutzen, Ziele und Zielerreichung (Reihe Bund 2017/45)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/berichte/berichte_bund/Bund_2017_45.pdf

Allgemeiner Einkommensbericht 2016 (Reihe Einkommen 2016/1)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2016/berichte/einkommensberichte/Einkommensbericht_2016.pdf

Genderaspekte im Einkommensteuerrecht mit dem Schwerpunkt Lohnsteuer (Reihe Bund 2017/52)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/berichte/berichte_bund/Bund_2017_52.pdf

Bezüge der Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer von gemeinnützigen Bauvereinigungen (Reihe Bund 2017/62)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/berichte/berichte_bund/Bezeuge_Vorstand_GF_gemeinn_Bauvereinigung.pdf

Umsetzung der Gleichstellung im Rahmen der Wirkungsorientierung im BKA, BMLFUW und BMVIT (Reihe Bund 2017/51)

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2017/berichte/teilberichte_bund/Bund_2017_51/Bund_2017_51_1.pdf

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Der Rechnungshof setzte auch im Jahr 2017 seine Ressourcen gezielt für die Umsetzung der festgelegten Maßnahmen zur Erreichung seiner Wirkungsziele ein. Dabei achtete er insbesondere darauf, dass die Zielinhalte bereits bei der Auswahl der Prüft Themen mitberücksichtigt wurden und dadurch in weiterer Folge die veröffentlichten Berichte die Transparenz in budget- und ressourcenintensiven Bereichen erhöhten sowie einen Beitrag zur qualitativ hochwertigen Beratung von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern leisten konnten.

Insbesondere der Bürgernutzen war für den Rechnungshof ein relevantes Thema. Mit der Berücksichtigung von Rückmeldungen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern stellte der Rechnungshof die Auswahl seiner Prüft Themen auf eine breitere Basis und konnte treffsicherer und bedarfsorientierter werden bzw. seine Wirkung für Bürgerinnen und Bürger verstärken.

Neben dem Ressourceneinsatz für seine Kernleistungen Prüfen und Beraten setzte der Rechnungshof weitere wesentliche Maßnahmen, um seine Wirkung zu erhöhen. Darunter fielen zum Beispiel die Nutzung sozialer Medien (Facebook und Twitter), die Konzeption einer neuen, modernen Homepage und die Barrierefreiheit seiner Berichte. Weitere Ressourcen flossen in die laufende Qualifizierung der Prüferinnen und Prüfer und in die Überlegungen für eine neue Geschäftsverteilung, die ein effizienteres und effektiveres Arbeiten ermöglichen wird und die Verfolgung der Wirkungsziele unterstützt.

Wirkungsziel Nr. 1



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-RH-UG-06-W0001.html

Wirkungsvolle Beratung des Nationalrates und der Landtage durch den Rechnungshof auf Basis von Gebarungsüberprüfungen zur Umsetzung von Reformen

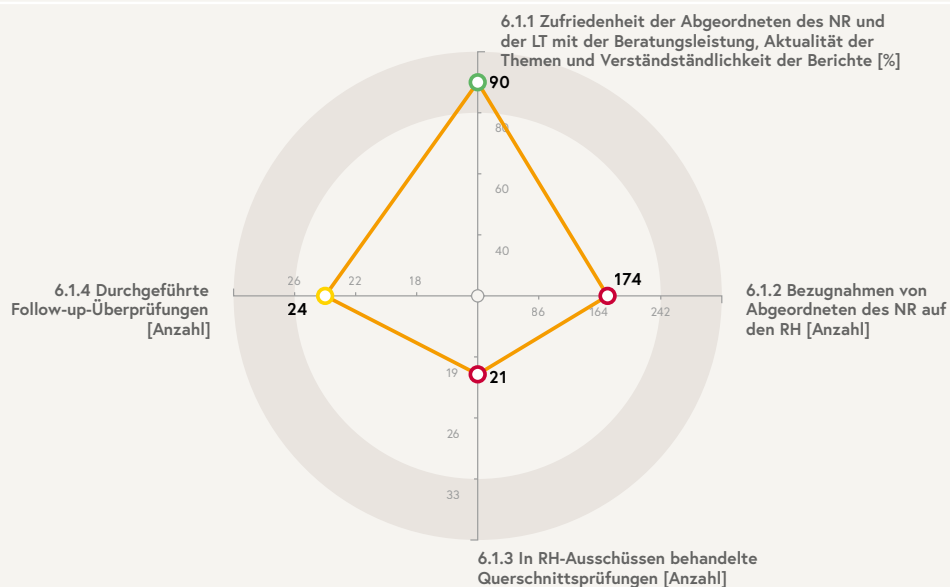
Umfeld des Wirkungszieles

Der öffentliche Mitteleinsatz mit seinen zahlreichen Querschnittsthemen ist insbesondere bei gebietskörperschaftenübergreifenden Themen vielfach durch Aufgabenverflechtungen und eine geringe Transparenz bei Zahlungsflüssen gekennzeichnet. Auch Doppelgleisigkeiten und Ineffizienzen stellen aus Sicht des Rechnungshofs ein hohes Risiko dar. Nach Ansicht des Rechnungshofs fehlen – wie schon in den Vorjahren aufgezeigt – die Abstimmung und der Informationsaustausch zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften sowie eine ausreichende Transparenz bei den Zahlungsströmen. Deshalb ist für den Rechnungshof die Verstärkung der gesamtstaatlichen Betrachtungsweise hinsichtlich des öffentlichen Mitteleinsatzes in Verbindung mit einer wirkungsvollen Beratung des Nationalrates und der Landtage ein wesentliches Anliegen.

Der Rechnungshof verfolgt sein Ziel, die Wirksamkeit seiner Prüfungs- und Beratungstätigkeit zu erhöhen, mit fundierten und aktuellen Berichten. Indem er immer wieder bestehende Verbesserungspotenziale aufzeigt und lösungsorientierte Empfehlungen anbietet, unterstreicht er seinen Beratungsansatz und schafft einen Mehrwert für die überprüften Stellen. Zur Verstärkung seiner Wirkung verfolgt der Rechnungshof den Umsetzungsstand seiner Empfehlungen. In diesem Bereich finden sich stabile Rahmenbedingungen: Die Empfehlungen der Berichte des Vorjahres werden bei den jeweiligen überprüften Stellen auf ihren Umsetzungsstand abgefragt. In der Folge verifiziert der Rechnungshof bei ausgewählten Berichten – im Rahmen sogenannter Follow-up-Überprüfungen – die Angaben der überprüften Stellen.

Ergebnis der Evaluierung

Wirkungsvolle Beratung des Nationalrates und der Landtage durch den Rechnungshof auf Basis von Gebarungsüberprüfungen zur Umsetzung von Reformen
Untergliederung: Rechnungshof, Wirkungsziel: 2017-RH-UG06-W1



1 Zufriedenheit der Abgeordneten des Nationalrates und der Landtage mit der Beratungsleistung durch den Rechnungshof sowie mit der Aktualität der Themen und Verständlichkeit der Berichte [%]
Befragung der Abgeordneten des Nationalrates und der Landtage

2 Bezugnahmen von Abgeordneten des Nationalrates auf den Rechnungshof, z.B. durch Parlamentarische Anfragen, Entschlieungen bzw. Entschlieungsentwürfe und Ausschussfeststellungen [Anzahl]
Gesamtsumme der Parlamentarischen Anfragen, Entschlieungen bzw. Entschlieungsentwürfe und Ausschussfeststellungen mit Bezug auf den Rechnungshof in einem Jahr

3 In Rechnungshof-Ausschüssen behandelte Querschnittsprüfungen [Anzahl]
Gesamtsumme der in einem Jahr inhaltlich behandelten gebietskörperschaftenübergreifenden Querschnittsprüfungen

4 Durchgeführte Follow-up-Überprüfungen [Anzahl]
Gesamtsumme der in einem Jahr durchgeführten Follow-up-Überprüfungen

überplanmäßig erreicht
zur Gänze erreicht
überwiegend erreicht
teilweise erreicht
nicht erreicht
Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
6.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	80	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	90	
6.1.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	242	220
	IST	276	220	232	311	174	
6.1.3	ZIEL	30	30	30	30	33	n. v.
	IST	20	34	32	56	21	
6.1.4	ZIEL	20	20	20	20	26	n. v.
	IST	19	21	26	21	24	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

06.1.1 Zufriedenheit der Abgeordneten des Nationalrates und der Landtage mit der Beratungsleistung durch den Rechnungshof sowie mit der Aktualität der Themen und Verständlichkeit der Berichte [%]

Die Befragung der Abgeordneten erfolgte im Jahr 2017 erstmalig. Der Rechnungshof plant alle drei Jahre sämtliche Abgeordnete des Nationalrates und der Landtage zu drei Themenstellungen zu befragen: Zufriedenheit mit seiner Beratungsleistung, Aktualität der Themen und Verständlichkeit der Berichte. Die nächste Befragung ist für das Jahr 2020 vorgesehen.

Die Rücklaufquote der ersten Befragung war zwar gering (10 % Nationalrat, 19 % Landtage), aber der Zufriedenheitswert mit rd. 90 % ein sehr hoher. Der Rechnungshof ist bestrebt, diesen hohen Zielwert zu halten und hofft bei der nächsten Umfrage auf eine höhere Rücklaufquote mit wertvollen Anregungen für seine Arbeit.

06.1.2 Bezugnahmen von Abgeordneten des Nationalrates auf den Rechnungshof, z. B. durch Parlamentarische Anfragen, Entschließungen bzw. Entschlieungsentwürfe und Ausschussfeststellungen [Anzahl]

Der Rechnungshof ist bestrebt, die Zielwerte seiner Indikatoren ambitioniert festzulegen und nicht einen Sollwert zu definieren, der ohne Anstrengungen erreichbar ist. Auf der Wirkungsebene kann eine Erreichung des Zielwertes nicht zu 100 % beeinflusst werden, weil auch Abhängigkeiten von externen Faktoren bestehen, wie es bei dieser Kennzahl der Fall ist. Bedingt durch die geringere Anzahl an Ausschüssen und Plenarsitzungen (2017: insgesamt 55 Ausschüsse, davon 14 im Nationalrat und 41 in Ländern; 2016: insgesamt 66 Ausschüsse, davon 20 im Nationalrat und 46 in Ländern) konnte der Zielwert 2017 nicht erreicht werden.

06.1.3 In Rechnungshof-Ausschüssen behandelte Querschnittsprüfungen [Anzahl]

Es handelt sich um eine weitere Kennzahl, bei der die Erreichung des Zielwertes nicht vollständig im Einflussbereich des Rechnungshofs liegt. Auch hier ist die Unterschreitung des Zielwerts im Jahr 2017 auf die geringe Anzahl an Ausschüssen und Plenarsitzungen zurückzuführen.

Querschnittsprüfungen sind vergleichende Gebarungsüberprüfungen, z. B. zwischen Gebietskörperschaften, die mit einem hohen Mehrwert durch das Aufzeigen von strukturellen Defiziten und das Ableiten von Benchmarks verbunden sind. Um die Einflussnahme des Rechnungshofs auf die Zielerreichung bei dieser wichtigen Kennzahl zu erhöhen, erfolgte im Bundesvoranschlag 2018 eine Anpassung: Anstelle der in Rechnungshof-Ausschüssen behandelten Querschnittsprüfungen werden nunmehr die veröffentlichten Querschnittsprüfungen ausgewiesen.

06.1.4 Durchgeführte Follow-up-Überprüfungen [Anzahl]

Bei dieser Kennzahl kam es nur durch die zeitliche Verschiebung zweier Follow-up-Überprüfungen zum Nichterreichen des Zielwertes. Grundsätzlich ist der Rechnungshof bestrebt, die geplanten Follow-up-Überprüfungen auch durchzuführen.

Ab dem Jahr 2018 sind die Ergebnisse der Follow-up-Überprüfungen durch den neuen Wirkungsindikator zum Wirkungsziel 1 „Umgesetzte bzw. teilweise umgesetzte Empfehlungen auf Basis von Follow-up-Überprüfungen (2–3 Jahre nach Berichtsveröffentlichung)“ transparent nachlesbar.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Kernleistungen des Rechnungshofs sind das Prüfen und das Beraten im Rahmen von Gebarungsüberprüfungen. Seit dem Jahr 2017 verfolgt der Rechnungshof das Wirkungsziel, die Abgeordneten der Allgemeinen Vertretungskörper durch seine Berichte wirkungsvoll und qualitativ hochwertig zu informieren bzw. zu beraten. Als ersten Schritt führte der Rechnungshof dazu eine Befragung der Abgeordneten zur Zufriedenheit mit seinen Leistungen durch, um auf Basis des Ergebnisses Verbesserungen aufzugreifen und umzusetzen. In einem weiteren Schritt legte er einen Fokus auf seine zentralen Empfehlungen und hob diese in seinen Berichten hervor.

Mit zahlreichen aktuellen Berichten zu relevanten, budgetintensiven Themen sorgte der Rechnungshof für Transparenz und schuf fundierte Entscheidungsgrundlagen. So zeigte er beispielsweise im Gesundheitsbereich die unübersichtliche, verzweigte und aufgesplitterte Finanzierung über mehrere Institutionen und Einrichtungen auf und wies darauf hin, dass auch nach der Gesundheitsreform 2013 die Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung weiterhin auseinanderfallen. Um öffentliche Leistungen mittel- bis langfristig sicherzustellen, empfahl der Rechnungshof außerdem die Einleitung von Reformmaßnahmen (z. B. Mindestsicherung).

Zur Bewusstseins-schaffung und als Impulsgeber hielt der Rechnungshof im Jahr 2017 fest, was aus seiner Sicht getan werden muss. Dazu erarbeitete er für die aus seiner Sicht zehn wichtigsten Themen eine Darstellung der relevantesten Handlungsfelder.

Seine Berichte stellt der Rechnungshof nunmehr barrierefrei zur Verfügung und zum Teil erfolgt eine elektronische Zustellung. Mit modernen Grafiken ist er bestrebt, auch komplexe Sachverhalte leicht verständlich darzustellen.

Der Rechnungshof widmete im Jahr 2017 einen hohen Ressourcenanteil der Verfolgung des Wirkungszieles. Mit seinen 90 veröffentlichten Berichten und zahlreichen darüber hinaus gesetzten relevanten Maßnahmen leistete er einen wesentlichen Beitrag zur wirkungsvollen Beratung des Nationalrates und der Landtage.

Wirkungsziel Nr. 2



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-RH-UG-06-W0002.html

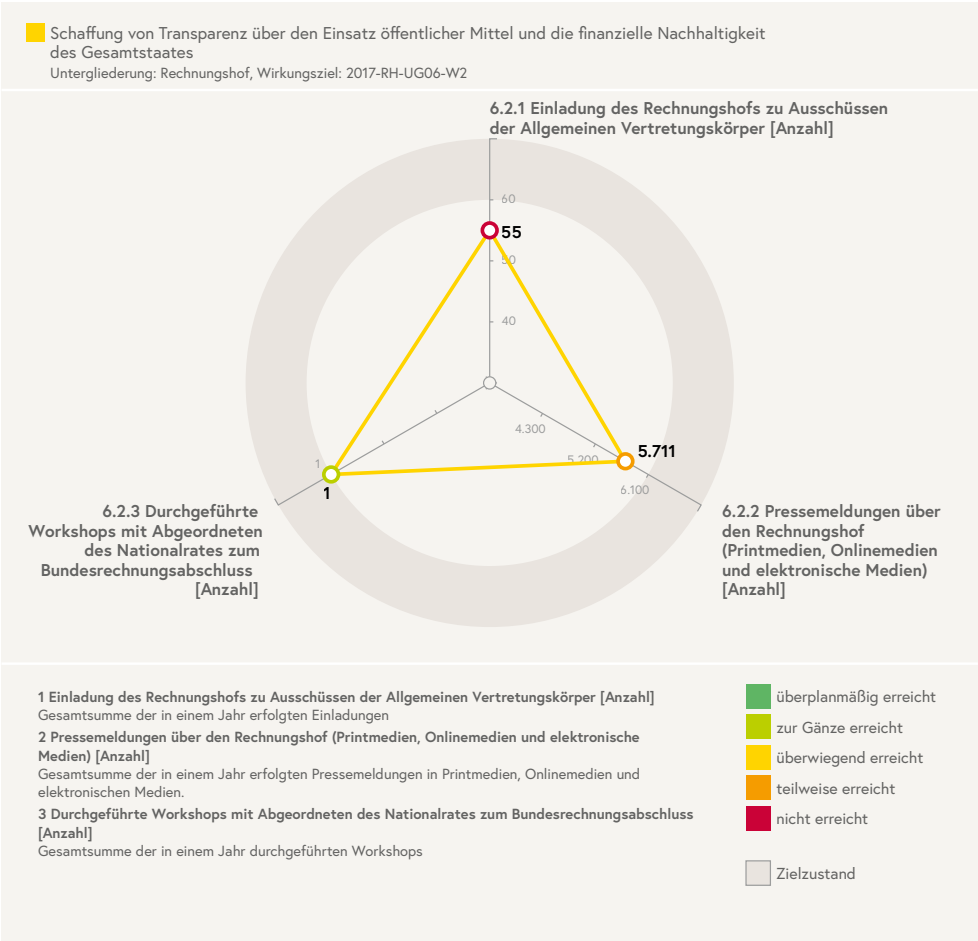
Schaffung von Transparenz über den Einsatz öffentlicher Mittel und die finanzielle Nachhaltigkeit des Gesamtstaates

Umfeld des Wirkungszieles

Im Jahr 2017 betrug der öffentliche Schuldenstand des Staates gemäß ESVG 2010 289,490 Mrd. EUR (78,4 % des BIP). Trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr ist die Schuldenquote Österreichs hoch. Gleichzeitig werden steigende Ausgaben im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung (z. B. Pflege, Pensionen) prognostiziert und erfordern einen sorgsamen und sparsamen sowie effektiven Mitteleinsatz. Insbesondere ist auch ein Überblick über jene finanzielle Lasten zu schaffen, die an künftige Generationen weitergegeben werden.

Um den Herausforderungen gewachsen zu sein, müssen Effizienzpotenziale gehoben werden und wirksame Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen. Die Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierbarkeit öffentlicher Leistungen steht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und kann nur mit einem sparsamen und wirtschaftlichen Mitteleinsatz erreicht werden. Der Rechnungshof sieht es als seine Aufgabe, die interessierte Öffentlichkeit über jene Bereiche verstärkt zu informieren, in denen noch Handlungsbedarf besteht. Er achtet neben dem sparsamen und zweckmäßigen Mitteleinsatz insbesondere auch auf die Qualität der erbrachten Leistungen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
6.2.1	ZIEL	70	65	70	60	60	60
	IST	40	56	58	63	55	
6.2.2	ZIEL	5.950	6.200	6.300	6.300	6.100	n. v.
	IST	6.369	6.130	5.667	5.272	5.711	
6.2.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	1	1
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	1	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

06.2.1 Einladung des Rechnungshofes zu Ausschüssen der Allgemeinen Vertretungskörper [Anzahl]

Der ambitioniert festgelegte Zielwert wurde im Jahr 2017 nach der letztjährigen Zielerreichung knapp verfehlt. Der Rechnungshof war bestrebt auf Basis von aktuellen Berichten ein aktiver Partner der Allgemeinen Vertretungskörper zu sein und wird diese Bemühungen in den nächsten Jahren weiter intensivieren, um den angestrebten Zielwert zu erreichen.

06.2.2 Pressemeldungen über den Rechnungshof (Printmedien, Onlinemedien und elektronische Medien) [Anzahl]

Der Rechnungshof konnte seinen Zielerreichungsgrad von rd. 84% im Jahr 2016 auf nunmehr rd. 94% steigern. Dies zeigt, dass seine Bemühungen, Veränderungen und Modernisierungen in der Öffentlichkeitsarbeit vorzunehmen, erfolgreich waren.

Ab dem Jahr 2018 findet sich diese Kennzahl nicht mehr in den Wirkungsangaben des Rechnungshofs. Er wird jedoch auch in Zukunft darauf bedacht sein, die Öffentlichkeit zeitnah über seine Feststellungen zu informieren, wobei er weiterhin den qualitativen Aspekt der Pressemeldungen über den quantitativen stellen wird. Mit der Nutzung von Facebook und Twitter tritt der Rechnungshof außerdem seit dem Jahr 2016 direkt mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt.

06.2.3 Durchgeführte Workshops mit Abgeordneten des Nationalrates zum Bundesrechnungsabschluss [Anzahl]

Der Rechnungshof bietet den Abgeordneten im Nationalrat seine Expertise zum Bundesrechnungsabschluss an und strebt jährlich das Zustandekommen eines gemeinsamen Workshops an.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Strategie des Rechnungshofs, alle seine Berichte auf die Homepage zu stellen und auch über soziale Medien an die Öffentlichkeit zu kommunizieren, verstärkt die von ihm angestrebte Wirkung, Transparenz über den Einsatz öffentlicher Mittel zu schaffen.

Intransparenzen stellen ein wesentliches Kriterium im Rahmen der risiko-orientierten Prüfungsplanung des Rechnungshofs dar: Der Rechnungshof konzentriert sich bei seinen Gebarungsüberprüfungen insbesondere darauf, Missstände aufzuzeigen und einen fundierten Überblick über aktuelle, relevante Themen zu bieten. So gab der Rechnungshof zum Beispiel zur Transparenzdatenbank zahlreiche Empfehlungen ab, die zu einer effektiven und effizienten Ausgestaltung der Förderungslandschaft führen sollen. Er wies auf das Potenzial der Transparenzdatenbank hin, einen Überblick über die Leistungslandschaft (insbesondere von direkten und indirekten Förderungen und von Transfers) sicherzustellen und steuerungsrelevante Informationen über die Verteilungswirkung der Leistungen zu liefern.

Der Rechnungshof setzt sich seit dem Jahr 2017 mehrjährige Prüfungsschwerpunkte. Diese gewährleisten eine fundierte Informationsbasis und generelle Aussagen zu ausgewählten Themenbereichen. Fast die Hälfte der Prüfungsressourcen fließen zum Beispiel derzeit in bürgerrelevante Themenstellungen. Dazu ermunterte der Rechnungshof auch die Bürgerinnen und Bürger, Vorschläge für seine Prüfungsplanung einzubringen.

Die laufende Weiterentwicklung des Bundesrechnungsabschlusses ist ein Schwerpunkt des Rechnungshofs. Besser aufbereitete Informationen unterstützen die Verständlichkeit und bieten einen raschen und fundierten Überblick über die einzelnen Budgetuntergliederungen.

Wirkungsziel Nr. 3

Schaffung von Transparenz bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sowie bei der Diversität



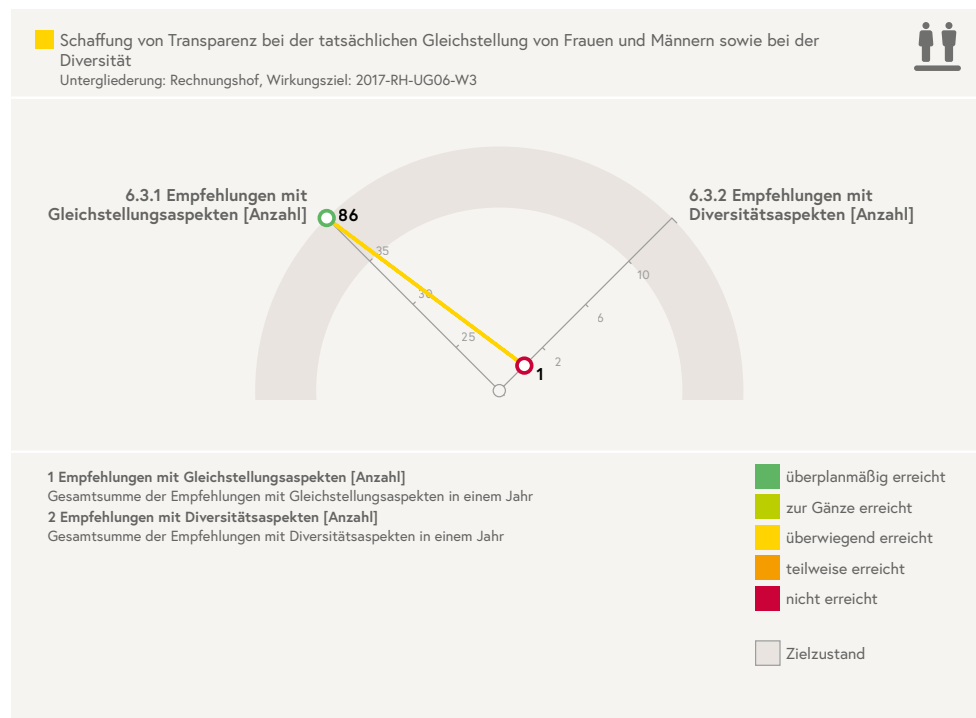
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-RH-UG-06-W0003.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern stellt eine Querschnittsmaterie über alle Bereiche dar. Der „Allgemeine Einkommensbericht 2016“ (Reihe Einkommen 2016/1) des Rechnungshofs zeigte, dass es noch immer beträchtliche Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern gibt. Ein Teil der Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtern lässt sich zwar auf Teilzeitarbeit der Frauen zurückführen, aber auch wenn nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigte verglichen werden, erreicht der Median des Bruttojahreseinkommens der Frauen nur 83 % des mittleren Männereinkommens.

In einigen Gebarungsüberprüfungen stellte der Rechnungshof in der Vergangenheit fest, dass fundierte genderdisaggregierte Datengrundlagen fehlten und somit nicht sichergestellt war, dass sämtliche relevante Gender Gaps evident waren und Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen wurden. Zur Erreichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist der Rechnungshof bestrebt, Bereiche aufzuzeigen, in denen es noch immer Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern gibt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
6.3.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	30	35	n. v.
	IST	n. v.	27	69	25	86	
6.3.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	10	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	1	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

06.3.1 Empfehlungen mit Gleichstellungsaspekten [Anzahl]

Der Rechnungshof hat im Jahr 2017 eine sehr hohe Anzahl an Empfehlungen zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ausgesprochen und wird auch zukünftig bestrebt sein, zumindest in jedem fünften seiner Berichte eine Aussage zur Gleichstellung bzw. Diversität zu machen.

06.3.2 Empfehlungen mit Diversitätsaspekten [Anzahl]

Hier konnte der Zielwert durch zeitliche Verzögerungen bei der Prüftätigkeit nicht erreicht werden, insbesondere auch weil die dem Rechnungshof übertragenen administrativen Aufgaben (z. B. Medientransparenzgesetz, Unvereinbarkeits- und Parteiengesetz) ohne Bereitstellung der dazugehörigen personellen Ressourcen erfolgte. Zu diesem Thema wird der Rechnungshof jedoch im Jahr 2018 interessante Prüfungsergebnisse veröffentlichen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Sowohl innerorganisatorisch als auch im Rahmen von Gebarungsüberprüfungen legte der Rechnungshof im Jahr 2017 einen Schwerpunkt auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. So führte er zum Beispiel zwei Gleichstellungsprüfungen durch, in denen er Defizite in der Ambition, in der Abstimmung mit anderen Organisationen und in der Steuerung aufzeigte. In zahlreichen Berichten wies der Rechnungshof auf die unausgeglichenen Besetzungen von Entscheidungs- und Führungsgremien hin. In circa jedem fünften Bericht fanden sich Ausführungen zum Thema Gleichstellung. Im Hinblick auf seine Vorbildwirkung verfügt der Rechnungshof über einen Anteil von rund 48 % an weiblichen Bediensteten und rund 40 % an weiblichen Führungskräften sowie durchgängig gemischten Prüfteams. Der Rechnungshof erarbeitete ein Führungskräfteleitbild, welches ausdrücklich festlegt, dass er Diversität schätzt. Der Rechnungshof nutzt die Vielfalt und unterschiedlichen Stärken seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wirkungsziel Nr. 4

Wirksame öffentliche Finanzkontrolle durch Stärkung der Kooperation mit anderen Kontrollinstitutionen



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-RH-UG-06-W0004.html

Umfeld des Wirkungszieles

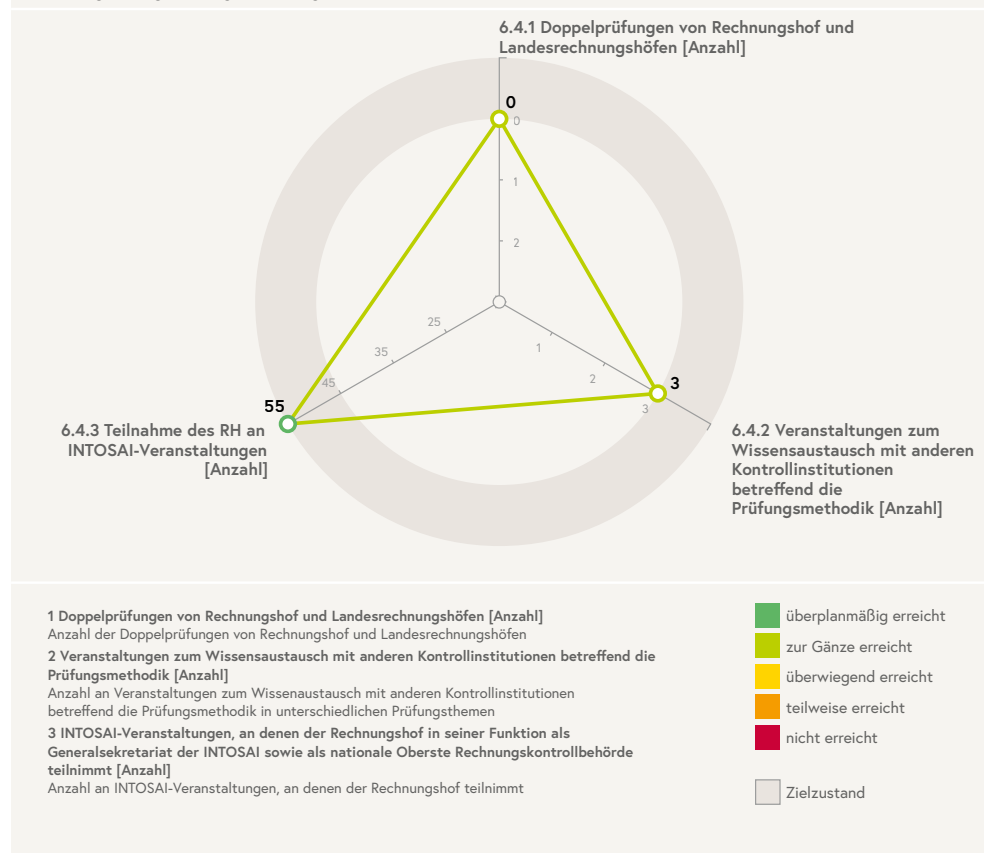
Der Rechnungshof möchte seine Erfahrungen im Kerngeschäft des Prüfens und Beratens international einbringen, um damit weltweit die öffentliche Finanzkontrolle zu stärken. Auch im europäischen und internationalen Kontext erfordern gemischte Finanzierungen, gemeinsame Institutionen sowie die bestehende Verbundenheit der öffentlichen Mittel eine gesamthafte Sicht und eine einheitliche externe Finanzkontrolle, die nicht durch Abgrenzung, sondern nur durch Vernetzung und Zusammenarbeit erreicht werden kann.

Dazu steht der Rechnungshof mit ausländischen Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) in bi- bzw. multilateralen Beziehungen und pflegt auch einen fachbezogenen Gedankenaustausch.

In Österreich ist der Rechnungshof eng mit den Landesrechnungshöfen und dem Stadtrechnungshof Wien vernetzt, was zu einem aktiven Erfahrungsaustausch führt. Dabei ist er bestrebt, gemeinsam mit seinen Partnern in den Ländern eine einheitliche Spruchpraxis in der Finanzkontrolle auf- und auszubauen.

Ergebnis der Evaluierung

■ Wirksame öffentliche Finanzkontrolle durch Stärkung der Kooperation mit anderen Kontrollinstitutionen
Untergliederung: Rechnungshof, Wirkungsziel: 2017-RH-UG06-W4



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
6.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	0	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	0	
6.4.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	3	n. v.
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	3	
6.4.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	n. v.	45	n. v.
	IST	48	60	44	38	55	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

06.4.1 Doppelprüfungen von Rechnungshof und Landesrechnungshöfen

[Anzahl]

Diese Kennzahl wurde im Jahr 2017 erstmalig eingeführt und soll sicherstellen, dass im Sinne eines sparsamen, effizienten und effektiven Einsatzes der Ressourcen von Kontrolleinrichtungen keine Doppelprüfungen stattfinden. Die Abstimmung der Prüfungsprogramme findet im Rahmen einer jährlichen Konferenz statt.

06.4.2 Veranstaltungen zum Wissensaustausch mit anderen Kontrollinstitutionen betreffend die Prüfungsmethodik [Anzahl]

Die Förderung und Intensivierung des Erfahrungsaustauschs mit anderen Kontrolleinrichtungen ist dem Rechnungshof ein großes Anliegen. Insbesondere bei der Erarbeitung von Prüfungsstandards, z. B. für Gemeindeprüfungen, sollen die Qualität und die angewandten Methoden weiterentwickelt werden. Um jedoch den Wissenstransfer nicht nur auf einen Bereich zu beschränken, wurde diese Kennzahl ab dem Jahr 2018 auf sämtliche Veranstaltungen mit anderen Kontrollinstitutionen erweitert.

06.4.3 INTOSAI-Veranstaltungen, an denen der Rechnungshof in seiner Funktion als Generalsekretariat der INTOSAI sowie als nationale Oberste Rechnungskontrollbehörde teilnimmt [Anzahl]

Die Stärkung der Unabhängigkeit anderer Oberster Rechnungskontrollbehörden, beispielsweise durch Wissensaustausch, Bereitstellung von Fachkompetenz oder die Teilnahme an Peer Reviews, ist dem Rechnungshof ein großes Anliegen. Zukünftig möchte er außerdem ein Augenmerk auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen legen und deren Implementierung auf Ebene der INTOSAI und durch eigene Prüfungen vorantreiben.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Rechnungshof ist von der Wichtigkeit der nachhaltigen Entwicklungsziele überzeugt und forciert deren Implementierung und Verfolgung. Insbesondere im internationalen Rahmen trug er im Jahr 2017 wesentlich zum Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Obersten Rechnungskontrollbehörden auf diesem Gebiet bei. Er führte außerdem eine Gebarungsüberprüfung dazu durch.

Für eine bessere Kooperation mit anderen Kontrollinstitutionen erarbeitete der Rechnungshof mit den Landesrechnungshöfen eine gemeinsame Grundausbildung. Darin erhalten die Teilnehmenden sowohl einen Fachinput zur Finanzkontrolle als auch praktische Inputs zu Herangehensweisen und Prüfmethodiken im Rahmen von Gebarungsüberprüfungen. In sogenannten Wissensgemeinschaften sucht der Rechnungshof den Erfahrungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Landesrechnungshöfen und Internen Revisionen (z. B. Baufachtagung). Mit den gesetzten Maßnahmen hat der Rechnungshof im Jahr 2017 sein Ziel, die Finanzkontrolle zu stärken, wirksam verfolgt.



Verfassungs- gerichtshof

UG 03

Verfassungsgerichtshof

Leitbild der Untergliederung

Der Verfassungsgerichtshof ist zur Sicherung der Verfassungsmäßigkeit staatlichen Handelns in Gesetzgebung und Vollziehung berufen. Im Besonderen obliegt ihm die Garantie der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Gesetzgeber und der Verwaltung. Mit seinen Entscheidungen bietet der Verfassungsgerichtshof dem Gesetzgeber Orientierungssicherheit bei seinen rechtspolitischen Entscheidungen.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017 – 2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?67runv

Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes 2017

https://www.vfgh.gv.at/downloads/taetigkeitsberichte/VfGH_Taetigkeitsbericht_2017.pdf

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Auch das Jahr 2017 war für den Verfassungsgerichtshof wieder ein sehr arbeitsintensives und auch ein sehr erfolgreiches Jahr. Das Berichtsjahr brachte erneut einen Anstieg des Geschäftsanfalls: Die Zahl der neu anhängig gemachten Verfahren stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund 30%, wobei zu bemerken ist, dass ein hoher Prozentsatz davon auf Verfahren in Asylrechtssachen entfiel. Betrachtet man den Gesamtzugang an Fällen im Jahr 2017, so ist festzustellen, dass Beschwerden in Asylrechtsangelegenheiten rd. 45% des Neuanfalles ausmachten. Ungeachtet dieses Umstandes konnte die Anzahl der Erledigungen im Berichtsjahr erhöht und die durchschnittliche Verfahrensdauer erneut gesenkt werden. Konkret auf nunmehr weniger als fünf Monate vom Eingang der Rechtssache bis zur Abfertigung der Entscheidung. Im internationalen Vergleich zeigt sich erneut, dass die durchschnittliche Dauer der Verfahren vor dem österreichischen Verfassungsgerichtshof bemerkenswert kurz ist. Diese konnte gegenüber der erwarteten Entwicklung bereits in den vergangenen Jahren reduziert und im Berichtsjahr 2017 sogar noch weiter verkürzt werden. Die elektronische Aktenführung und die Vereinfachung des Verfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof tragen wesentlich dazu bei. Anzumerken ist, dass sich eine über dem Durchschnitt liegende Verfahrensdauer im Einzelfall insbesondere wegen der Unterbrechung eines Verfahrens zur Durchführung eines Normenprüfungsverfahrens oder eines Vorabentscheidungsverfahrens beim Europäischen Gerichtshof ergeben kann.

Die Umstellung auf die elektronische Aktenführung hat ablauftechnische Vereinfachungen mit sich gebracht – wie etwa die Möglichkeit der Übernahme von Metadaten aus Eingaben mittels Elektronischem Rechtsverkehr (ERV), die automatisierte Einspielung erfasster Daten bei der Erstellung von Schriftstücken und eine bessere Daten- und Dokumentenübersicht, was – in Verbindung mit vielfältigen Suchmöglichkeiten – auch eine wesentliche Verbesserung für allfällige Recherchen mit sich bringt. Zudem erspart der elektronische Akt den physischen Aktentransport. Auch die durch den Umstieg auf die elektronische Aktenführung eröffnete Möglichkeit der elektronischen Abwicklung des Schriftverkehrs und des Gebühreneinzugs mit Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten stellt für den Verfassungsgerichtshof einen großen Schritt in Richtung Modernisierung, Effizienz und Effektivität dar. Der Verfassungsgerichtshof entwickelt sich weiter in Richtung Vorzeigemodell für andere Gerichte und vergleichbare Institutionen. Der Verfassungsgerichtshof sieht auch als seine Aufgabe, den bei ihm tätigen verfassungsrechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine bestmögliche Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen und damit seiner wichtigen Funktion bei der Heranbildung hochqualifizierter juristischer Nachwuchskräfte nachzukommen. Zum Wirkungsziel der Gleichstellung von Männern und Frauen und zu den definierten Kennzahlen ist anzumerken, dass angestrebt wird, die Anzahl der Telearbeitsplätze und Telearbeitsstunden kontinuierlich zu erhöhen. Die optimale Festlegung der Qualitätskriterien an die technische Ausgestaltung des Telearbeitsplatzes, die vereinbarte Anwesenheit am Arbeitsplatz zur sozialen Interaktion, das Erfordernis der Führung von Leistungsblättern, das regelmäßige Feedback der Vorgesetzten zur Evaluierung und die Akzeptanz der unmittelbaren Kolleginnen und Kollegen fördert das große Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einem Telearbeitsplatz.

Wirkungsziel Nr. 1



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VfGH-UG-03-W0001.html

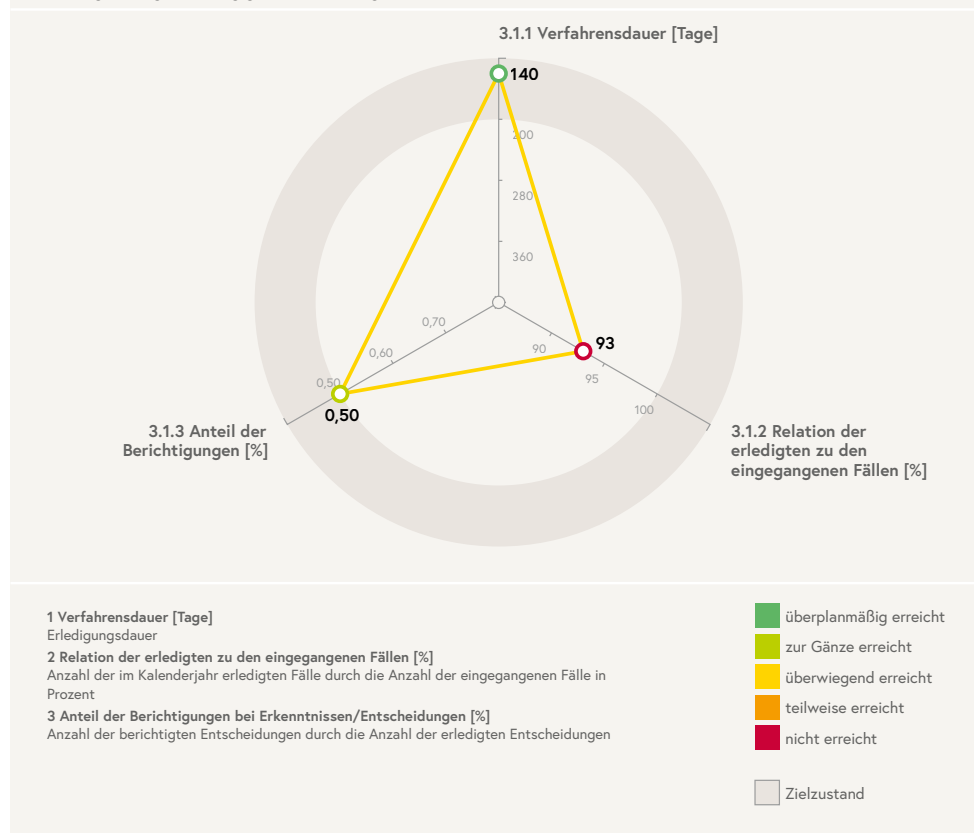
Gewährleistung der Verfassungsmäßigkeit des staatlichen Handelns

Umfeld des Wirkungszieles

Im Jahr 2017 wurden beim Verfassungsgerichtshof 5047 neue Fälle anhängig; dies entspricht einer Steigerung des Arbeitsanfalls um rund 30 % gegenüber dem Jahr 2016 (3920 neue Fälle) und sogar um knapp 70 % gegenüber dem Jahr 2014 (2995 neue Fälle). Ein überdurchschnittlich hoher Arbeitsanfall war insbesondere in Asylrechtssachen (2280 neue Fälle, + 32 % gegenüber dem Jahr 2016) sowie in Rechtssachen aus dem Glücksspielrecht (736 neue Fälle, + 59 % gegenüber dem Jahr 2016) zu verzeichnen. Um ungeachtet der gestiegenen Belastung des Gerichtshofes eine zügige Fallbearbeitung zu gewährleisten, erwies es sich daher als unumgänglich, mit Wirkung vom 1. Jänner 2017 ein weiteres Mitglied zum ständigen Referenten (§ 2 VfGG) zu bestellen. Die mit dieser Maßnahme erzielte Erhöhung der richterlichen Arbeitskapazität ermöglichte es, die Zahl der Erledigungen (4719) dem hohen Eingang an Rechtssachen anzupassen; auch ist es gelungen, die durchschnittliche Verfahrensdauer abermals zu senken. Der Verfassungsgerichtshof weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass jede Beschleunigung der Erledigung von Asyl- und Fremdenrechtssachen beim Bund und bei den Ländern zu einer Kostenersparnis in Millionenhöhe im Bereich der Grundversorgung führt.

Ergebnis der Evaluierung

Gewährleistung der Verfassungsmäßigkeit des staatlichen Handelns
 Untergliederung: Verfassungsgerichtshof, Wirkungsziel: 2017-VfGH-UG03-W1



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
3.1.1	ZIEL	<245	210	210	200	200	150
	IST	208	205	153	143	140	
3.1.2	ZIEL	100	100	100	100	100	100
	IST	107	106	100	97	93	
3.1.3	ZIEL	<0,50	<0,50	<0,50	0,50	0,50	0,50
	IST	0,45	0,45	0,45	0,40	0,50	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

03.1.1 Verfahrensdauer [Tage]

Im internationalen Vergleich ist die durchschnittliche Dauer der Verfahren vor dem österreichischen Verfassungsgerichtshof bemerkenswert kurz und konnte gegenüber der erwarteten Entwicklung bereits in den vergangenen Jahren reduziert und im Berichtsjahr 2017 sogar noch weiter verkürzt werden. Die deutliche Verringerung der Verfahrensdauer ab dem Berichtsjahr 2015 erklärt sich durch eine Änderung des Verfassungsgerichts-

hofgesetzes, die eine Vereinfachung des Verfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof ermöglichte. Ebenso wurde ein weiteres Mitglied zum ständigen Referenten gewählt, um den stetig steigenden Arbeitsanfall bewältigen zu können und dabei auch die kurze Verfahrensdauer beibehalten zu können.

03.1.2 Relation der erledigten zu den eingegangenen Fällen [%]

Im Berichtsjahr konnte der prognostizierte Zielzustand 2017 nahezu erreicht werden. Durch die Wahl eines weiteren Mitglieds zum ständigen Referenten mit Wirkung vom 1. Jänner 2017 und die engagierte Tätigkeit der verfassungsrechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte die Zahl der Erledigungen (4719) dem hohen Eingang an Rechts-sachen (5047) angepasst und der prognostizierte Zielzustand in etwa erreicht werden; auch ist es gelungen, die durchschnittliche Verfahrensdauer abermals zu senken.

03.1.3 Anteil der Berichtigungen bei Erkenntnissen/Entscheidungen [%]

Der Anteil der Berichtigungen bei Erkenntnissen/Entscheidungen im Vergleich zu den erledigten Erkenntnissen/Entscheidungen entspricht im Berichtsjahr dem prognostizierten Zielwert. Aufgrund der laufenden Fortbildung der verfassungsrechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihres dadurch gewonnenen umfassenden Wissens, erledigen diese Mitarbeiter die zugeteilten Geschäftsfälle auf äußerst hohem rechts-wissenschaftlichem Niveau; dadurch konnte der Anteil der Berichtigungen niedrig gehalten werden. Ziel ist es, den Anteil der Berichtigungen weiter zu senken.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Möglichkeit, dass Parteien eines Verfahrens vor einem ordentlichen Gericht ver-fassungsrechtliche Bedenken gegen im gerichtlichen Verfahren anzuwendenden Vor-schriften unmittelbar an den Verfassungsgerichtshof herantragen können, spiegelt sich auch an den stetig steigenden Fallzahlen wider. Ebenso Beschwerden in Asylrechtssachen und z. B. Rechtssachen aus dem Glücksspielrecht. Das zeigt sehr deutlich auf, dass der Verfassungsgerichtshof in seiner Funktion, die Verfassungsmäßigkeit des staatlichen Handelns zu gewährleisten, verstärkt wahrgenommen und beansprucht wird. Aus-gewählte Entscheidungen finden sich auf der Homepage wieder und ermöglichen auch den Bürgerinnen und Bürgern, sich detaillierter zu informieren.

Anzumerken ist auch, dass im Berichtsjahr die Anzahl der Erledigungen erhöht und die durchschnittliche Verfahrensdauer erneut gesenkt werden konnte. Konkret auf nunmehr weniger als fünf Monate, vom Eingang der Rechtssache bis zur Abfertigung der Entscheidung. Im internationalen Vergleich zeigt sich erneut, dass die durchschnittliche Dauer der Verfahren vor dem österreichischen Verfassungsgerichtshof bemerkenswert kurz ist. Diese konnte gegenüber der erwarteten Entwicklung bereits in den vergangenen Jahren reduziert und im Berichtsjahr 2017 sogar noch weiter verkürzt werden.

Ein weiterer Punkt, der in der Gesamtbeurteilung zu diesem Wirkungsziel zu er-wähnen ist, sind die im Bereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgerservice laufend stattfindenden internen Qualitätsschulungen; durch diese Schulungen wird eine

kompetente Auskunftserteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet.

Wirkungsziel Nr. 2

Stärkung des Bewusstseins für die besondere rechtsstaatliche Bedeutung, für die Leistungen und die Arbeitsweise des Verfassungsgerichtshofs sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene



[wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VfGH-UG-03-W0002.html](https://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VfGH-UG-03-W0002.html)

Umfeld des Wirkungszieles

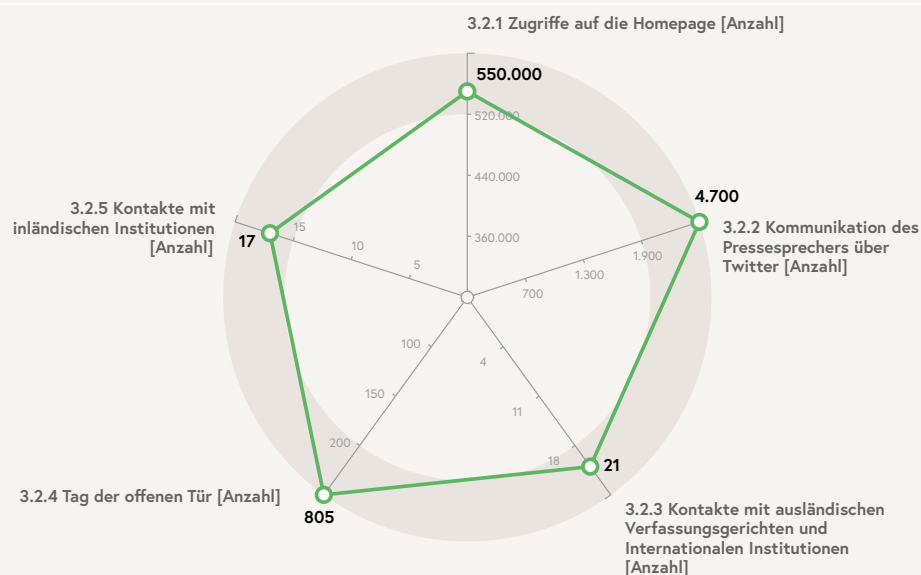
Dem Verfassungsgerichtshof obliegt es, die Einhaltung der Verfassung zu kontrollieren. Durch seine Aufgabe als „Grundrechtsgerichtshof“ und seine Zuständigkeit zur Prüfung von Gesetzen und Verordnungen ist er in besonderer Weise dazu berufen, der demokratisch-rechtsstaatlichen Grundordnung Wirksamkeit zu verschaffen und ihren Bestand zu sichern. Dazu kommen die Grund- und Menschenrechte, die die Freiheit aller Menschen, die in einem Staat leben, sichern sollen. Kein Gesetz darf den Grundrechten widersprechen, alle Gesetze müssen auch vor Gerichten durchgesetzt werden können. Das garantiert in Österreich vor allem der Verfassungsgerichtshof.

Der österreichische Verfassungsgerichtshof ist ebenso Teil eines europä- und weltweiten Verbundes von Gerichten mit dem Ziel der Sicherung des Rechtsstaats und der Menschenrechte. Zu diesem Verbund gehören einerseits andere Verfassungsgerichte und andererseits europäische Gerichtshöfe wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH). Als das weltweit erste Gericht mit der Zuständigkeit für eine Normenprüfung im Sinne einer konzentrierten Verfassungsgerichtsbarkeit nimmt der Verfassungsgerichtshof eine Pionierrolle bei der Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit ein.

In der Konferenz der Europäischen Verfassungsgerichte und der Weltkonferenz der Verfassungsgerichtsbarkeit ist die Zusammenarbeit institutionalisiert worden. Der Verfassungsgerichtshof ist in beiden Einrichtungen Gründungsmitglied und federführend tätig. Der Verfassungsgerichtshof pflegt außerdem intensive Kontakte zu anderen Verfassungsgerichten, vor allem zu den Verfassungsgerichten der Nachbarländer.

Ergebnis der Evaluierung

■ Stärkung des Bewusstseins für die besondere rechtsstaatliche Bedeutung des Verfassungsgerichtshofs
 Untergliederung: Verfassungsgerichtshof, Wirkungsziel: 2017-VfGH-UG03-W2



1 Zugriffe auf die Homepage [Anzahl]
 Anzahl der im Kalenderjahr getätigten Zugriffe

2 Kommunikation des Pressesprechers über Twitter [Anzahl]
 Anzahl der Follower

3 Kontakte mit ausländischen Verfassungsgerichten und Internationalen Institutionen [Anzahl]
 Anzahl an bilateralen Kontakten mit anderen Verfassungsgerichten und Internationalen Institutionen

4 Tag der offenen Tür [Anzahl]
 Anzahl der Besucherinnen und Besucher

5 Kontakte mit inländischen Institutionen durch Abhaltung von Vorträgen, Konferenzen und sonstigen Veranstaltungen im Veranstaltungszentrum des Verfassungsgerichtshofes [Anzahl]
 Anzahl von Vorträgen, Konferenzen und sonstigen Veranstaltungen im Veranstaltungszentrum des Verfassungsgerichtshofes

■ überplanmäßig erreicht
 ■ zur Gänze erreicht
 ■ überwiegend erreicht
 ■ teilweise erreicht
 ■ nicht erreicht
 ■ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
3.2.1	ZIEL	>300.000	>440.000	>480.000	520.000	520.000	550.000
	IST	408.000	410.000	460.000	600.000	550.000	
3.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	1.800	1.900	5.200
	IST	n. v.	900	1.600	3.562	4.700	
3.2.3	ZIEL	13	11	15	18	18	18
	IST	13	11	17	22	21	
3.2.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	200	200	700
	IST	n. v.	n. v.	n. v.	900	805	
3.2.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	15	15	17
	IST	15	15	15	15	17	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

03.2.1 Zugriffe auf die Homepage [Anzahl]

Im Jahr 2017 wurden mit ca. 550.000 Visits der Website fast die Spitzenwerte des Vorjahres erreicht. Die Medienarbeit des Verfassungsgerichtshofs im Jahr 2017 war geprägt vom Bemühen, für eine breite Öffentlichkeit interessante Entscheidungen zu veröffentlichen. Auf Interesse weit über die österreichischen Grenzen hinaus stießen im Berichtsjahr die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare sowie die Ab- bzw. Zurückweisung des Antrags der früheren Eigentümerin des Geburtshauses von Adolf Hitler. Sie hatte die gesetzliche Enteignung der Liegenschaft angefochten. In beiden Fällen wurde auch durch internationale Nachrichtenagenturen berichtet.

Breiten Widerhall in der Öffentlichkeit fanden auch das Verfahren im Zusammenhang mit dem Buwog-Strafverfahren (Ablehnung der Richterin durch einen Angeklagten), die Aufhebung der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur dritten Piste des Flughafens Wien-Schwechat sowie die Entscheidungen zu Bettelverboten und zur Pensionsübertragung der Bank Austria.

03.2.2 Kommunikation des Pressesprechers über Twitter [Anzahl]

Es wurde auch 2017 an der Praxis festgehalten, Entscheidungen und Mitteilungen des Gerichtshofes auch über Twitter zu verbreiten. Die erheblich gestiegene Anzahl der Follower bekräftigt den eingeschlagenen Weg, verschiedenste Kommunikationsmittel zum Einsatz zu bringen, um die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Ebenso ist es ein Ziel der Medienarbeit des Verfassungsgerichtshofes, Journalistinnen und Journalisten dabei zu unterstützen, inhaltlich zutreffend über die Entscheidungen des Gerichtshofes zu berichten.

03.2.3 Kontakte mit ausländischen Verfassungsgerichten und Internationalen Institutionen [Anzahl]

Die Zahl der internationalen Kontakte des Verfassungsgerichtshofes blieb 2017 konstant hoch. Als ältestes und erfahrenstes Gericht ist der Verfassungsgerichtshof ein gefragter Dialogpartner. Der Gerichtshof leitet aus diesem Status zudem eine besondere Verantwortung ab, die er in den vergangenen Jahren wiederholt durch Solidaritätsbekundungen für andere, in ihrer Unabhängigkeit bedrohte Verfassungsgerichte wahrnahm. Im Berichtsjahr initiierte der Gerichtshof beim XVII. Kongress der Konferenz der Europäischen Verfassungsgerichte in Georgien eine Resolution, in der die Vertreter der Gerichte an die Entscheidungsträger der Staaten appellierten, für die Wahrung und Sicherung der Unabhängigkeit von Verfassungsgerichten zu sorgen. Ein Schwerpunkt der internationalen Kontakte lag wieder auf dem fachlichen Austausch mit den Gerichten der Nachbarstaaten. So trafen Delegationen des Verfassungsgerichtshofes in Lausanne bzw. Pannonhalma mit Schweizer und ungarischen Kollegen zusammen. Weiters hat der Verfassungsgerichtshof auch den Gerichtshöfen von Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Slowenien, Bayern und Tschechien Besuche ab-

gestattet. Im Gegenzug wurden einige Delegationen von ausländischen Gerichtshöfen in Wien empfangen, wie z. B. die Verfassungsgerichte von Bosnien und Herzegowina, der Russischen Föderation und von Kroatien.

03.2.4 Tag der offenen Tür [Anzahl]

Der Verfassungsgerichtshof veranstaltete am Nationalfeiertag 2017 zum bereits zweiten Mal einen Tag der offenen Tür. Mehr als 800 Personen nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand über das Höchstgericht und seine Tätigkeit zu informieren. Wie sich aus den Feedback-Karten ablesen lässt, war der persönliche Kontakt zum Präsidenten, zur Vizepräsidentin und zu den anwesenden Mitgliedern des Gerichtshofes für viele Besucherinnen und Besucher besonders wertvoll. Außerdem standen zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gerichtshofes für Auskünfte zur Verfügung. Ergänzt wurde das Angebot durch Videos über den Verfassungsgerichtshof.

03.2.5 Kontakte mit inländischen Institutionen durch Abhaltung von Vorträgen, Konferenzen und sonstigen Veranstaltungen im Veranstaltungszentrum des Verfassungsgerichtshofes [Anzahl]

Das Veranstaltungszentrum des Gerichtsgebäudes, welches auch für externe Veranstaltungen angemietet werden kann, hat sich als gut frequentierter Austragungsort für zahlreiche wissenschaftliche Veranstaltungen etabliert. Unter den Veranstaltungen des Berichtsjahres sind Buchpräsentationen und Vorträge hervorzuheben. Zudem wurden zahlreiche Weiterbildungsseminare anderer Institutionen (z. B. Johannes Kepler Universität Linz, Wirtschaftsuniversität Wien, Theresianische Militärakademie) in den Räumlichkeiten des Verfassungsgerichtshofes abgehalten.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die bi- und multilateralen Kontakte werden weiter intensiv gepflegt, um auch national und international das Bewusstsein der rechtsstaatlichen Bedeutung des Verfassungsgerichtshofes zu stärken. Die internationalen Kontakte blieben auch im Berichtsjahr konstant hoch. Dies lässt sich auf zwei Phänomene zurückführen: Aus der zunehmenden Verbreitung der Verfassungsgerichtsbarkeit auf den Kontinenten – und zwar durch zu meist nach dem österreichischen Modell eingerichteten Verfassungsgerichten – resultiert ein erhöhter Informations- und Kommunikationsaustausch auf globaler Ebene. Gleichzeitig bedingt der fortschreitende Prozess der Europäisierung des Verfassungsrechts eine intensivere Kooperation und Vernetzung der europäischen und nationalen Gerichte.

2017 erfolgte noch einmal eine Überarbeitung der Website im Medienbereich. Dabei wurde insbesondere der Bereich der aktuellen Informationen ausgebaut.

Der Verfassungsgerichtshof veranstaltete am Nationalfeiertag 2017 zum bereits zweiten Mal einen Tag der offenen Tür. Mehr als 800 Personen nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand über das Höchstgericht und seine Tätigkeit zu informieren. Wie sich aus den Feedback-Karten ersehen lässt, war der persönliche Kontakt zum Präsidenten,

zur Vizepräsidentin und zu den anwesenden Mitgliedern des Gerichtshofes für viele Besucherinnen und Besucher besonders wertvoll.

Die festgelegten Maßnahmen haben entscheidend zur Erreichung der angestrebten Wirkung beigetragen. Der Wirkungserfolg wird auch damit begründet, dass durch eine gezielte Informationspolitik das Interesse der Bevölkerung an der Verfassungsgerichtsbarkeit gesteigert werden konnte.

Wirkungsziel Nr. 3

Umfassende Modernisierung des Verfassungsgerichtshofs zu einem Vorzeigemodell für andere Gerichte und vergleichbare Institutionen



[wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VfGH-UG-03-W0003.html](https://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VfGH-UG-03-W0003.html)

Umfeld des Wirkungszieles

Die Einführung des Elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) und des Elektronischen Aktes hat zahlreiche ablauftechnische Vereinfachungen und damit weitere Effizienzsteigerungen im Verfassungsgerichtshof mit sich gebracht, wie etwa den Wegfall von Datenerfassungen und Kontrolltätigkeiten durch die Übernahme von Metadaten aus dem ERV, bessere Daten- und Dokumentenübersicht und vielfältige Suchmöglichkeiten für die Recherche. Zudem erspart der elektronische Aktenlauf den physischen Aktentransport.

Gemäß § 14a Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 VfGG sind Rechtsanwälte und Behörden, soweit sie über die technischen Möglichkeiten verfügen, zur Einbringung von Schriftsätzen und Beilagen zu Schriftsätzen in elektronischer Form verpflichtet.

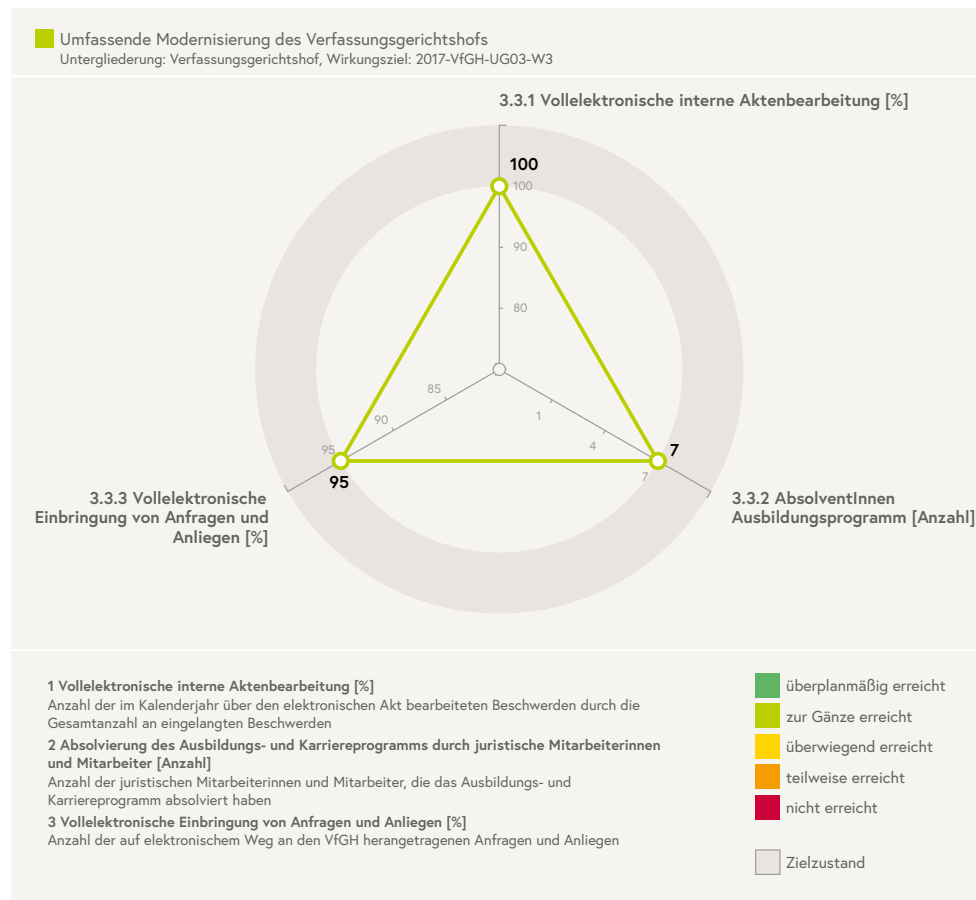
Auf der Homepage des Verfassungsgerichtshofes ist u. a. der Ablauf vom Einbringen des Antrags bis zur Zustellung der Entscheidung in einer neuen und einfach verständlichen Form dargestellt (https://www.vfgh.gv.at/service/e-government/e-government_ueberblick.de.html).

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet jährlich zwischen 3000 und 5000 Fälle. Ausgewählte Entscheidungen des Gerichtshofes können auf der Homepage des Verfassungsgerichtshofes unter der gleichnamigen Rubrik „Ausgewählte Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes“ angesehen werden.

Die ab 1980 gefällten Erkenntnisse und ausgewählten Beschlüsse sind darüber hinausgehend im Rechtsinformationssystem des Bundes nachles- und recherchierbar. Die in der Amtlichen Sammlung veröffentlichten Entscheidungen von 1919 bis 1979 können in digitalisierter Form im ALEX-Portal der Österreichischen Nationalbibliothek nachgelesen werden.

Der Verfassungsgerichtshof sieht es als seine Aufgabe an, bei ihm tätigen juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine bestmögliche Aus- und Weiterbildung anzubieten und damit seiner wichtigen Funktion bei der Heranbildung hochqualifizierter juristischer Nachwuchskräfte zu entsprechen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
3.3.1	ZIEL	>85	90	95	95	100	100
	IST	85	93	95	98	100	
3.3.2	ZIEL	>5	7	7	7	7	7
	IST	5	7	7	7	7	
3.3.3	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	90	95	100
	IST	n. v.	75	80	93	95	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

03.3.1 Vollelektronische interne Aktenbearbeitung [%]

Am 8. April 2013 erfolgte die Produktivsetzung des „ELAK Gericht“, eines elektronischen Aktenführungssystems, mit dem der Verfassungsgerichtshof – an Stelle der bisher in Papierform geführten Akten – auf eine elektronische Aktenführung umgestiegen ist. Im Verfassungsgerichtshof sind im Berichtsjahr – wie prognostiziert – 100 % der eingelangten Beschwerden über den elektronischen Akt bearbeitet worden.

03.3.2 Absolvierung des Ausbildungs- und Karriereprogramms durch juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter [Anzahl]

Der Verfassungsgerichtshof sieht es als seine Aufgabe an, bei ihm tätigen verfassungsrechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine bestmögliche Aus- und Weiterbildung anzubieten und damit seiner wichtigen Funktion bei der Heranbildung hochqualifizierter juristischer Nachwuchskräfte zu entsprechen. Dass der Verfassungsgerichtshof sich diesbezüglich auf dem richtigen Weg befindet, ersieht man unter anderem daran, dass im Berichtsjahr eine verfassungsrechtliche Mitarbeiterin mit Wirkung vom 1. September 2017 zum Mitglied des Bundesverwaltungsgerichtes ernannt wurde. Ein verfassungsrechtlicher Mitarbeiter wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 2017 zum Mitglied eines Landesverwaltungsgerichtes ernannt. Eine verfassungsrechtliche Mitarbeiterin wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 2017 zur Richterin des Bundesfinanzgerichtes ernannt. In Kooperation mit Universitäten werden Verwaltungspraktika am Verfassungsgerichtshof ermöglicht. Auch befristeten Zuteilungen von Bediensteten von Gerichten oder Landesdienststellen zum Verfassungsgerichtshof wird nach Möglichkeit nachgekommen, um einen Einblick in die Arbeitsweise des Gerichtshofes zu erlangen und die Weiterbildung zu fördern.

Der Verfassungsgerichtshof wird die bei ihm tätigen verfassungsrechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch weiterhin fördern und bei ihrer Aus- und Weiterbildung unterstützen.

03.3.3 Vollelektronische Einbringung von Anfragen und Anliegen [%]

Im Berichtsjahr 2017 sind im Verfassungsgerichtshof 95 % der Anfragen und Anliegen vollelektronisch eingebracht worden. Ziel ist die Einbringung aller Anfragen und Anliegen in vollelektronischer Form. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgerservice sind angewiesen, verstärkt darauf hinzuwirken, dass Anfragen und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern an den Verfassungsgerichtshof auf elektronischem Weg eingebracht werden. Auch die Landesverwaltungsgerichte werden laufend ersucht und motiviert, den Aktentransfer und sonstige Kontaktnahmen mit dem Verfassungsgerichtshof elektronisch abzuwickeln. Den Landesverwaltungsgerichten wird seitens des Verfassungsgerichtshofes auch angeboten, sie bei allfälligen technischen Problemen im Zusammenhang mit der Einbringung zu unterstützen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Das Einbringen von Akten, Anfragen, Anliegen sowie auch das Einlangen von Beschwerden und Anträgen auf elektronischem Weg und die weitere Aktenführung mittels ELAK oder ELAK-Gericht ermöglicht eine vollelektronische Arbeitsweise und fördert eine zügige Aktenbearbeitung.

Darüber hinaus sieht der Verfassungsgerichtshof es als seine Aufgabe an, den bei ihm tätigen verfassungsrechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine bestmögliche Aus- und Weiterbildung anzubieten und damit seiner wichtigen Funktion bei der Heranbildung hochqualifizierter juristischer Nachwuchskräfte zu entsprechen. Trotz budgetärer Einsparungsvorgaben wurden die Budgetmittel in diesem Bereich nicht

gekürzt. Dass der Verfassungsgerichtshof sich diesbezüglich auf dem richtigen Weg befindet, ist auch daran zu messen, dass im Berichtsjahr drei der verfassungsrechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Mitgliedern des Bundesverwaltungsgerichts, eines Landesverwaltungsgerichts und des Bundesfinanzgerichtes ernannt wurden.

Wirkungsziel Nr. 4



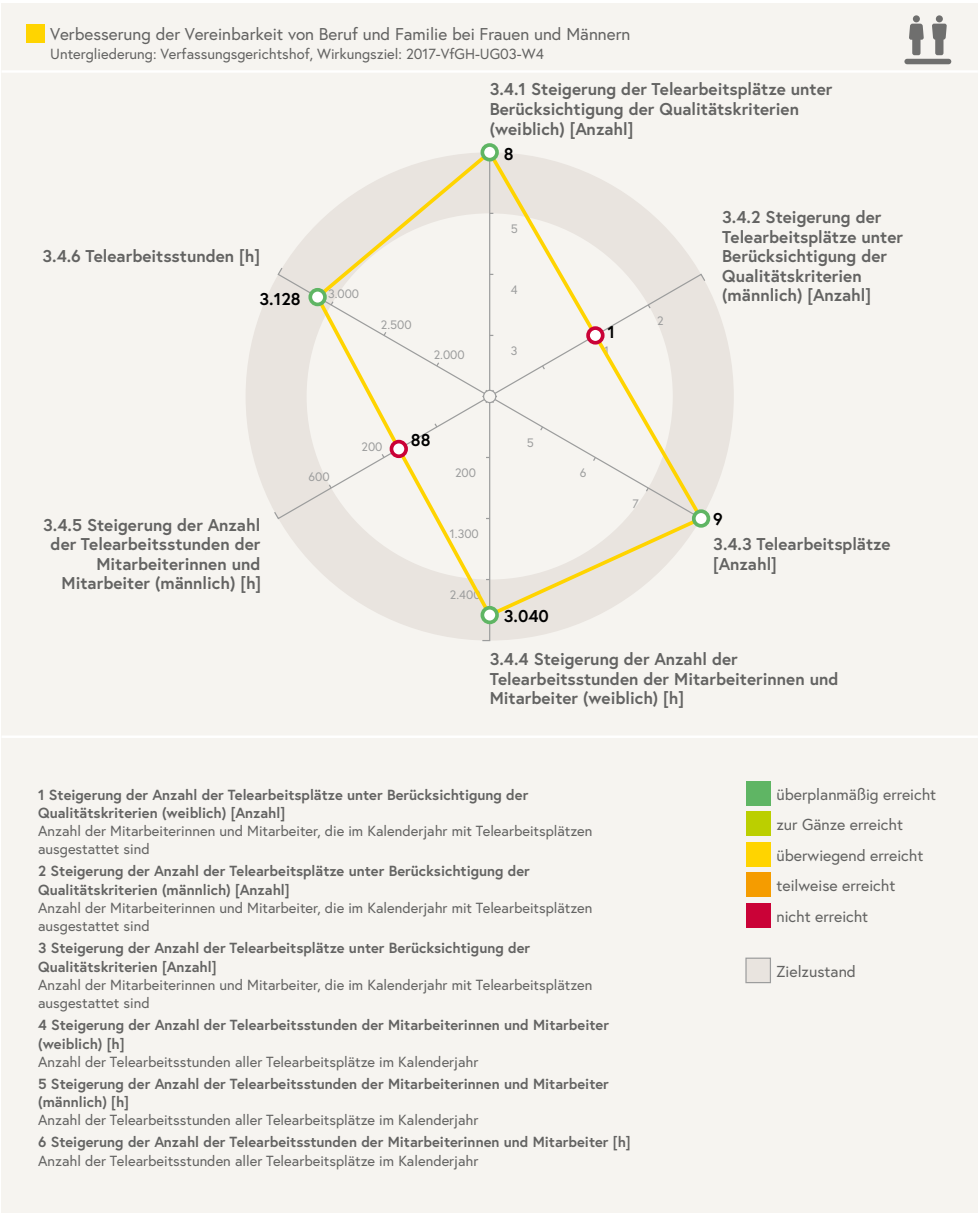
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VfGH-UG-03-W0004.html

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern

Umfeld des Wirkungszieles

Im Jahr 2017 wurden weitere Bemühungen dahingehend gemacht, dass flexible Arbeitszeitmodelle geprüft wurden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern zu erleichtern. Berücksichtigt wurden Anfahrtszeiten an den Dienort, Betreuungszeiten für Kinder und etwaiger privater Pflegebedarf. Auf Sessionszeiten inklusive Vorbereitungsarbeiten wurde Bedacht genommen, um die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichtshofes zu gewährleisten. Auch auf die technischen Komponenten, um ein einwandfreies Arbeiten von extern zu ermöglichen, wurde entsprechendes Augenmerk gelegt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
3.4.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	5	5	4
	IST	4	5	5	8	8	
3.4.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2	2	3
	IST	1	2	2	1	1	
3.4.3	ZIEL	4	6	7	7	7	7
	IST	5	7	7	9	9	
3.4.4	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	2.400	2.400	2.000
	IST	1.869	2.122	2.385	2.375	3.040	
3.4.5	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	600	600	1.500
	IST	188	511	508	22	88	
3.4.6	ZIEL	1.000	2.500	2.900	3.000	3.000	3.500
	IST	2.057	2.633	2.893	2.397	3.128	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

03.4.1 Steigerung der Anzahl der Telearbeitsplätze unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien (weiblich) [Anzahl]

Aufgrund der optimalen Festlegung der Qualitätskriterien an die technische Ausgestaltung des Telearbeitsplatzes, die vereinbarte Anwesenheit am Arbeitsplatz zur sozialen Interaktion, das Erfordernis der Führung von Leistungsblättern, das regelmäßige Feedback der Vorgesetzten zur Evaluierung und die Akzeptanz der unmittelbaren Kolleginnen und Kollegen besteht großes Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einem Telearbeitsplatz. Im Verfassungsgerichtshof hat sich Telearbeit positiv weiterentwickelt; die Anzahl der Telearbeitsplätze ist in den letzten Jahren angestiegen.

03.4.2 Steigerung der Anzahl der Telearbeitsplätze unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien (männlich) [Anzahl]

Da der Frauenanteil im Verfassungsgerichtshof mit 64 % sehr hoch ist, werden Telearbeitsplätze überwiegend von weiblichen Bediensteten besetzt. Der Verfassungsgerichtshof ist bestrebt, wenn Telearbeit auf Grund der dienstlichen Aufgabenstellungen möglich ist, diese allen Antragstellerinnen und Antragstellern zu gewähren.

03.4.3 Steigerung der Anzahl der Telearbeitsplätze unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien [Anzahl]

Siehe Erläuterungen zu Kennzahl 03.4.1.

03.4.4 Steigerung der Anzahl der Telearbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (weiblich) [h]

Siehe Erläuterungen zu Kennzahl 03.4.1.

03.4.5 Steigerung der Anzahl der Telearbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (männlich) [h]

Siehe Erläuterungen zu Kennzahl 03.4.2.

03.4.6 Steigerung der Anzahl der Telearbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter [h]

Siehe Erläuterungen zu Kennzahl 03.4.1.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der Verfassungsgerichtshof ermöglicht neben der Nutzung von Telearbeit auch flexible Arbeitszeitmodelle, soweit der Aufgabenbereich dies zulässt. Bei diesen Arbeitszeitmodellen wird darauf geachtet, dass z. B. bei Müttern nach der Karenz auf etwaige eingeschränkte Kinderbetreuungszeiten Rücksicht genommen wird. Ebenso wird Vätern ermöglicht, durch flexiblere Arbeitszeitmodelle aktiv an der Kinderbetreuung teilzunehmen. Ein nunmehr schnelleres Internet, welches im Jahr 2017 eingerichtet wurde, und dadurch ein rascher Zugang zum elektronischen Arbeitsplatz unter Bereitstellung des erforderlichen technischen Equipments erleichtert auch das Arbeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es fördert auch die Zufriedenheit jener Bediensteten, die bei Bedarf, z. B. während einer Dienstreise, ebenfalls auf ihren elektronischen Schreibtisch zugreifen können.

Verwaltungs- gerichtshof

UG 04

Verwaltungsgerichtshof

Leitbild der Untergliederung

Der Verwaltungsgerichtshof garantiert als Höchstgericht den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtssicherheit im Umgang mit der österreichischen Verwaltung. Als höchste Rechtsschutzinstanz stellt er das gesetzmäßige Handeln der Verwaltungsbehörden sicher und stärkt damit das Vertrauen in die Institutionen unserer demokratischen Gesellschaft.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes 2017

<https://www.vwgh.gv.at/gerichtshof/taetigkeitsberichte/taetigkeitsbericht2017.pdf>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Zur Verdeutlichung der Rolle des Verwaltungsgerichtshofes wird zunächst ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dem Verwaltungsgerichtshof im Sinne des Art 133 Bundes-Verfassungsgesetz die Erfüllung von Rechtsprechungsaufgaben als Kernbereich zukommt. Vor diesem Hintergrund stellt der Verwaltungsgerichtshof in diesem verfassungsgesetzlichen Rahmen als höchste Rechtsschutzinstanz und Kontrollorgan das gesetzmäßige Handeln sämtlicher Verwaltungsbehörden sicher. Die Evaluierung für das Jahr 2017 bringt für den Verwaltungsgerichtshof in diesem Zusammenhang deutlich zum Ausdruck, dass die angestrebten Wirkungen nicht nur erreicht, sondern bei einigen Kennzahlen sogar deutlich übertroffen wurden, wie den Grafiken entnommen werden kann.

Wirkungsziel Nr. 1

Steigerung der Effizienz des Rechtsschutzes

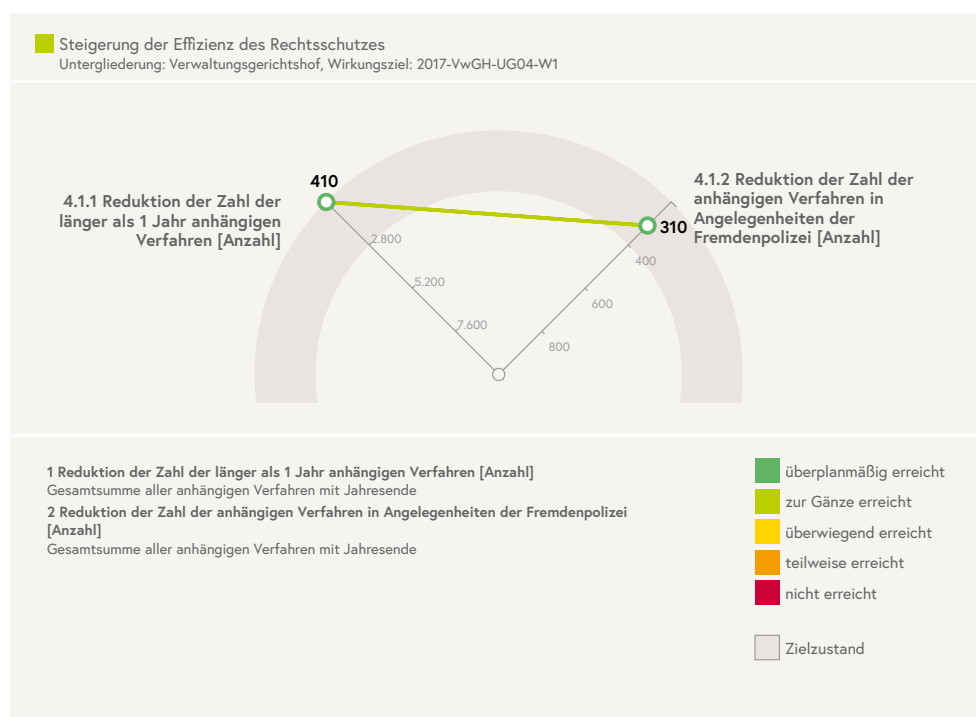


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VwGH-UG-04-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Verkürzung der Verfahrensdauer bringt rascher Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung. Der Verwaltung werden rascher Leitlinien für ihr Handeln zur Verfügung gestellt und dadurch Rechtsstreitigkeiten vorgebeugt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
4.1.1	ZIEL	3.500	3.200	3.000	3.000	2.800	2.600
	IST	1.780	1.650	1.000	600	410	
4.1.2	ZIEL	800	600	500	500	400	400
	IST	601	200	300	350	310	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

04.1.1 Reduktion der Zahl der länger als 1 Jahr anhängigen Verfahren [Anzahl]

Seit Einführung der „Verwaltungsgerichtsbarkeit neu“ mit 1. Jänner 2014 konnte durch effizienten Personaleinsatz der Abbau von länger als ein Jahr anhängigen Verfahren vorangetrieben werden.

04.1.2 Reduktion der Zahl der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei [Anzahl]

Seit Einführung der „Verwaltungsgerichtsbarkeit neu“ mit 1. Jänner 2014 konnte durch effizienten Personaleinsatz der Abbau von anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei vorangetrieben werden.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Seit Einführung der „Verwaltungsgerichtsbarkeit neu“ mit 1. Jänner 2014 konnte durch effizienten Personaleinsatz der Abbau von länger als ein Jahr anhängigen Verfahren und von anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei genutzt werden. Die Entwicklung des Aktenanfalles ist angesichts der noch nicht längerfristig vorhersehbaren Auswirkungen der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie der in den letzten Jahren erfolgten Änderungen im Asyl- und Fremdenrecht für die nächsten Jahre nicht näher prognostizierbar.

Wirkungsziel Nr. 2

Erleichterung der Kommunikation der Verfahrensparteien mit dem Verwaltungsgerichtshof

Umfeld des Wirkungszieles

Für Bürgerinnen und Bürger wird der Zugang zum Recht erleichtert, insbesondere werden bestehende Unsicherheiten betreffend die Wirksamkeit unstrukturierter elektronischer Übermittlung beseitigt.



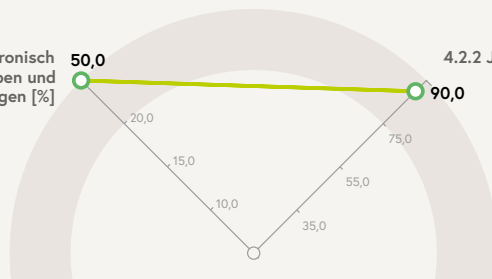
wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VwGH-UG-04-W0002.html

Ergebnis der Evaluierung

■ Erleichterung der Kommunikation der Verfahrensparteien mit dem Verwaltungsgerichtshof
Untergliederung: Verwaltungsgerichtshof, Wirkungsziel: 2017-VwGH-UG04-W2

4.2.1 Anteil der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen [%] 50,0

4.2.2 Judikaturdokumentation [%] 90,0



1 Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen [%]
Anteil der elektronischen Eingaben und Zustellungen gemessen am Gesamtwert mit Jahresende
2 Judikaturdokumentation [%]
Anteil der Erkenntnisse, welche binnen eines Monats im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) veröffentlicht werden gemessen am Gesamtwert

überplanmäßig erreicht
zur Gänze erreicht
überwiegend erreicht
teilweise erreicht
nicht erreicht
Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
4.2.1	ZIEL	90,0	10,0	20,0	20,0	20–40	20–40
	IST	0,0	5,5	20,0	30,0	50,0	
4.2.2	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	75–80	75–80	75–80
	IST	n. v.	78	75	95	90	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

04.2.1 Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen [%]

Der „Elektronische Rechtsverkehr – ERV“ wurde mit Verordnung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes über die elektronische Einbringung von Schriftsätzen und Übermittlung von Ausfertigungen von Erledigungen des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH-elektronische-Verkehr-Verordnung-VwGH-EVV), BGBl. II Nr. 360/2014 am 1. Jänner 2015 (zuletzt geändert mit BGBl. II Nr. 421/2016) in Kraft gesetzt. Dieses Wirkungsziel wird sich erst in den kommenden Jahren nachhaltig manifestieren.

04.2.2 Judikaturdokumentation [%]

Die Frist zur Aufnahme ins Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) orientiert sich am Abfertigungsdatum. Nicht erfasst ist die nicht verpflichtende Bildung von Rechtssätzen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Der „Elektronische Rechtsverkehr – ERV“ wurde mit Verordnung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes über die elektronische Einbringung von Schriftsätzen und Übermittlung von Ausfertigungen von Erledigungen des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH-elektronische-Verkehr-Verordnung-VwGH-EVV), BGBl. II Nr. 360/2014 am 1. Jänner 2015 (zuletzt geändert mit BGBl. II Nr. 421/2016) in Kraft gesetzt. Dieses Wirkungsziel wird sich erst in den kommenden Jahren nachhaltig manifestieren.

Wirkungsziel Nr. 3



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VwGH-UG-04-W0003.html

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern

Umfeld des Wirkungszieles

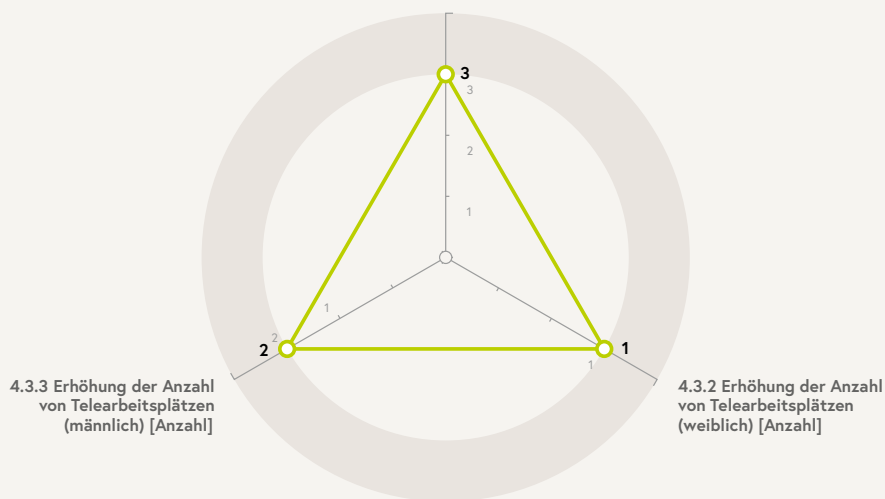
Selbstbestimmung bei der Gestaltung von Arbeitszeit und -umfeld wirkt leistungssteigernd. Motivation und Bereitschaft zum Erwerb von beruflicher Qualifikation werden dadurch gefördert. Mit der Umsetzung dieses Wirkungszieles soll ein nachhaltiger Beitrag mit Vorbildwirkung zur Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden.

Ergebnis der Evaluierung

■ Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern
Untergliederung: Verwaltungsgerichtshof, Wirkungsziel: 2017-VwGH-UG04-W3



4.3.1 Telearbeitsplätze [Anzahl]



1 Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien [Anzahl]
Anzahl der Telearbeitsplätze mit Jahresende

2 Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien (weiblich) [Anzahl]
Anzahl der Telearbeitsplätze mit Jahresende

3 Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien (männlich) [Anzahl]
Anzahl der Telearbeitsplätze mit Jahresende

überplanmäßig erreicht
zur Gänze erreicht
überwiegend erreicht
teilweise erreicht
nicht erreicht

■ Zielzustand

Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
4.3.1	ZIEL	4	3	3	3	3	3
	IST	2	3	3	3	3	
4.3.2	ZIEL	2	1	1	1	1	1
	IST	1	1	1	1	1	
4.3.3	ZIEL	2	2	2	2	2	2
	IST	1	2	2	2	2	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

04.3.1 Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien [Anzahl]

Aufgrund der Personalstruktur (siehe Personalplan) und der Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Organisationseinheiten am Verwaltungsgerichtshof wurden bis Ende des Jahres 2017 insgesamt 3 Telearbeitsplätze geschaffen.

04.3.2 Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien (weiblich) [Anzahl]

Aufgrund der Personalstruktur (siehe Personalplan) und der Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Organisationseinheiten am Verwaltungsgerichtshof wurde bis Ende des Jahres 2017 insgesamt 1 Telearbeitsplatz geschaffen.

04.3.3 Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien (männlich) [Anzahl]

Aufgrund der Personalstruktur (siehe Personalplan) und der Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Organisationseinheiten am Verwaltungsgerichtshof wurden bis Ende des Jahres 2017 insgesamt 2 Telearbeitsplätze geschaffen.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Aufgrund der Personalstruktur (siehe Personalplan) und der Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Organisationseinheiten am Verwaltungsgerichtshof ist die Schaffung von Telearbeitsplätzen auf einige wenige Bereiche beschränkt.

Volksanwaltschaft

UG 05

Volksanwaltschaft

Leitbild der Untergliederung

Die Volksanwaltschaft – Ihr Recht auf gute Verwaltung

Die Volksanwaltschaft kontrolliert die öffentliche Verwaltung in Österreich, denn alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf eine transparente und faire Verwaltung. Die Volksanwaltschaft ist mit den von ihr eingesetzten Kommissionen nationaler Mechanismus zur Verhütung von Folter.

Weiterführende Hinweise

Bundesfinanzrahmengesetz 2017–2020

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009553&FassungVom=2017-04-24>

Strategiebericht 2017–2020

https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Strategiebericht_2017-2020_2.pdf?5te3r9

Bundesfinanzgesetz 2017

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/bfg/Bundesfinanzgesetz_2017.pdf

Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat 2017, Präventive Menschenrechtskontrolle

<http://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/3ge1p/Parlamentsbericht%202017%20-%20Pr%C3%A4ventive%20Menschenrechts-kontrolle.pdf>

Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat 2017, Kontrolle der öffentlichen Verwaltung

<http://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/6gq39/Parlamentsbericht%202017%20-%20Kontrolle%20der%20%C3%B6ffentlichen%20Verwaltung.pdf>

Narrative Gesamtbeurteilung der Wirkungsziele der Untergliederung gesamt

Wirkungsziel 1: Die Volksanwaltschaft hat grundsätzlich keine Steuerungsmöglichkeit der Beschwerdegründe und der beschwerdeführenden Menschen. Dessen ungeachtet bemüht sich die Volksanwaltschaft insbesondere in Fällen, denen eine übergeordnete Bedeutung zukommt – also über den Einzelfall hinausgehende Wirkung besitzen – eine Annäherung an eine ausgewogene gendergemäße Verteilung zwischen Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführern zu erreichen

20.097 Menschen wandten sich 2017 mit einem Anliegen an die Volksanwaltschaft. Insgesamt wurden 10.333 Prüfverfahren eingeleitet. In Summe leitete die Volksanwalt-

schaft 7.155 Prüfverfahren in der Bundesverwaltung ein. Dies entspricht einer Steigerung von rund 17 % gegenüber dem Vorjahr. Unverändert hoch ist das Beschwerdeaufkommen von Menschen mit Behinderung. In der Landes- und Gemeindeverwaltung führte die Volksanwaltschaft 2017 3.178 Prüfverfahren durch.

Im Jahr 2017 wurden bei den eingeleiteten Prüfverfahren 29,8 % Frauen als Beschwerdeführerinnen und 62,4 % männliche Beschwerdeführer registriert. 7,7 % wurden von sonstigen Personen (z. B. juristischen Personen, Vereinen, Bürgerinitiativen, ...) eingebracht. Mit ein Grund für das Überwiegen der männlichen Beschwerdeführer liegt darin, dass 42,3 % aller Prüfverfahren in der Bundesverwaltung auf den Bereich der inneren Sicherheit fallen. Auffällig ist, dass die Prüfverfahren in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr erneut stark gestiegen sind (3.026 Fälle gegenüber 2.130 im Jahr 2016). Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die hohe Anzahl asylrechtlicher Beschwerden. Der Anteil von Beschwerden im Asylbereich macht 22,4 % der gesamten Prüfverfahren der Volksanwaltschaft im Jahr 2017 aus (der Anteil der von Männern eingebrachten asylrechtlichen Beschwerden beträgt rd. 82,1 %, jener von Frauen nur rd. 15,7 %, Rest sind Beschwerden sonstiger Personen).

Das Ziel wurde daher knapp verfehlt.

Wirkungsziel 2: Intensivierung der unabhängigen Verwaltungskontrolle im internationalen Bereich

Neben dem Aufbau vertiefter Kooperationen mit Partnerorganisationen und der finanziellen Unterstützung von Projekten in den unterschiedlichen International Ombudsman Institute (IOI) Regionen, waren der Ausbau des Trainingsangebots und die Entwicklung einer neuen Publikationsreihe die Schwerpunkte für 2017.

Im Februar 2017 wurde für Mitglieder der afrikanischen Region ein Training zum Thema „Ombudsman und Folterprävention“ angeboten. Im Juni 2017 unterstützte das IOI ein Training, das im Rahmen einer Konferenz der Karibischen Ombudsman Vereinigung (CAROA) in Bonaire abgehalten wurde. Ein vom IOI entwickelter Ausbildungszyklus zum Thema der Prävention von Menschenrechtsverletzungen wurde im September 2017 mit einem Workshop in Wien erfolgreich fortgesetzt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Verbesserung der Kommunikations- und Interviewtechnik, insbesondere in der Interaktion mit Gesprächspartnern in Einrichtungen wie Altenheimen, Psychiatrien oder dem Maßnahmenvollzug.

Das IOI startete 2017 eine neue Publikationsreihe der sogenannten „Best Practice Papers“. Ziel ist es in einer Reihe von Abhandlungen unterschiedliche Themen, die für Ombudseinrichtungen von besonderer Relevanz sind, aufzugreifen und so unterstützende Informationen in Leitlinien oder Handbüchern bereit zu stellen. Damit soll die Schaffung von starken, unabhängigen Kontrolleinstellungen weltweit gefördert und vorangetrieben werden.

Im Jahr 2009, als das IOI seinen Sitz an die Volksanwaltschaft nach Wien verlegte, gab es 122 Mitgliederorganisationen. Ende 2017 waren es nicht zuletzt auf Grund der geschilderten umfangreichen Bemühungen 188 Mitglieder.

Das Ziel wurde überplanmäßig erreicht.

Wirkungsziel 3: Sicherstellung eines wirksamen und unabhängigen Überwachungs- und Präventionsmechanismus zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch in allen Situationen der Freiheitsentziehung (z. B. Strafhaft, Psychiatrie) im Rahmen des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) vom 18. Dezember 2002 und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) im Einklang mit internationalen Standards

Über 500 Empfehlungen haben die Volksanwaltschaft und ihre Kommissionen ausgesprochen und darin Standards definiert, die in den Einrichtungen – auch internationalen Erfahrungen zufolge – gewährleistet sein sollten. Viele Erfolge zur Verbesserung der menschenrechtlichen Lage konnte die Volksanwaltschaft bereits erzielen. In einigen Bereichen sind aber von Seiten der Politik tiefergreifende Reformen notwendig, die nicht kurzfristig zu beschließen und schon gar nicht schnell zu implementieren sind.

2017 führten die Kommissionen der Volksanwaltschaft insgesamt 495 Kontrollen durch. Rund 91 % der Kontrollen entfielen auf den Besuch von Einrichtungen, in denen Menschen angehalten werden. 89-mal wurden Einrichtungen für Menschen mit Behinderung überprüft und 44-mal wurden Polizeieinsätze begleitet. Die Kontrollen erfolgten in der Regel unangekündigt, um einen möglichst unverfälschten Eindruck zu erhalten. Lediglich 5 % der Kontrollen waren angekündigt.

Das Ziel wurde überplanmäßig erreicht.

Wirkungsziel 4: Beibehaltung der hohen Qualität der Prüftätigkeit der Volksanwaltschaft sowie des formlosen, kostenlosen und einfachen Zugangs zur Volksanwaltschaft

Die Volksanwaltschaft ist sich bewusst, dass sie ihre Funktion am besten erfüllen kann, wenn sie für die Bevölkerung leicht erreichbar ist. Ihr ist es daher besonders wichtig, dass der Zugang zur Volksanwaltschaft möglichst einfach und formlos gestaltet ist. Beschwerden können persönlich, telefonisch oder schriftlich eingebracht werden. Auf der Homepage ist ein Beschwerdeformular abrufbar, das eine besonders einfache Kontaktaufnahme ermöglicht. 2.311 Personen machten davon Gebrauch. Der Auskunftsdienst ist unter einer kostenlosen Servicenummer erreichbar und nimmt auch Beschwerden entgegen. 8.754 Personen kontaktierten den Auskunftsdienst persönlich oder telefonisch. Sehr gut angenommen werden auch die österreichweit abgehaltenen Sprechtage. 1.554 Bürgerinnen und Bürger nutzten die Möglichkeit, ihr Anliegen mit der Volksanwältin oder dem Volksanwalt zu besprechen. Insgesamt fanden 234 Sprechtage statt, entsprechend der demografischen Verteilung gab es die meisten Sprechtage in Wien. Aber auch in den anderen Bundesländern wurden über das Jahr verteilt regelmäßig Sprechtage abgehalten.

Das Ziel wurde überplanmäßig erreicht.

Wirkungsziel Nr. 1

Die Volksanwaltschaft hat grundsätzlich keine Steuerungsmöglichkeit der Beschwerdegründe und der Beschwerdeführenden Menschen. Dessen ungeachtet bemüht sich die Volksanwaltschaft insbesondere in Fällen, denen eine übergeordnete Bedeutung zukommt – also über den Einzelfall hinausgehende Wirkung besitzen – eine Annäherung an eine ausgewogene gendergemäße Verteilung zwischen Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführern zu erreichen

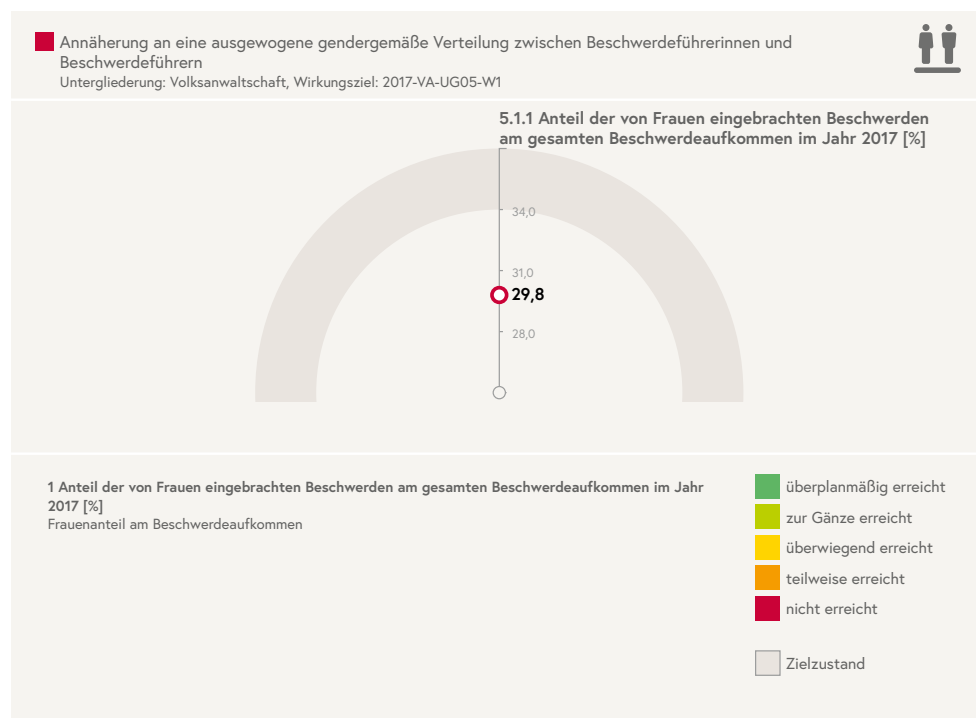


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VA-UG-05-W0001.html

Umfeld des Wirkungszieles

20.097 Menschen wandten sich 2017 mit einem Anliegen an die Volksanwaltschaft. Insgesamt wurden 10.333 Prüfverfahren eingeleitet. Jede hoheitliche Verwaltungstätigkeit, die dem Bund zuzurechnen ist sowie dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten unterliegt der Kontrolltätigkeit der Volksanwaltschaft. Alle Behörden und Dienststellen, die mit dem Vollzug der Bundesgesetze beauftragt sind, werden daher von der Volksanwaltschaft kontrolliert. Insgesamt leitete die Volksanwaltschaft 7.155 Prüfverfahren in der Bundesverwaltung ein. Dies entspricht einer Steigerung von rund 17% gegenüber dem Vorjahr. Wie in den letzten Jahren betrafen die meisten Prüfverfahren den Bereich Innere Sicherheit. 42,3% aller Verfahren fallen auf diesen Bereich. An zweiter Stelle rangiert der Sozialbereich. Rund ein Fünftel aller Beschwerden, die zu einem Prüfverfahren führten, betraf sozialversicherungsrechtliche oder arbeitsmarktbezogene Probleme. Gegenstand der Beschwerden waren in den meisten Fällen Mängel im Bereich des Arbeitsmarktservice, der Pflegegeldeinstufung sowie Probleme rund um das Pensionsversicherungsrecht. Unverändert hoch ist das Beschwerdeaufkommen von Menschen mit Behinderung. In der Landes- und Gemeindeverwaltung führte die Volksanwaltschaft 2017 3.178 Prüfverfahren durch.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
5.1.1	ZIEL	n. v.	n. v.	n. v.	34,0	34,0	34,0
	IST	33,8	33,9	35,7	29,8	29,8	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

05.1.1 Anteil der von Frauen eingebrachten Beschwerden am gesamten Beschwerdeaufkommen im Jahr 2017 [%]

Die Kennzahl wird insbesondere durch die hohe Anzahl asylrechtlicher Beschwerden beeinflusst. Der Anteil von Beschwerden im Asylbereich macht 22,4 % der gesamten Prüfverfahren der Volksanwaltschaft im Jahr 2017 aus (der Anteil der von Männern eingebrachten asylrechtlichen Beschwerden beträgt rd.82,1 %, jener von Frauen nur rd.15,7 %, Rest sind Beschwerden sonstiger Personen).

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Um die Erreichung des Wirkungszieles zu konkretisieren, wurde folgende Berechnungsmethode definiert: Aus der Anzahl aller Prüfverfahren in einem Kalenderjahr wird der Anteil der von Frauen eingebrachten Beschwerden ausgewertet und im Verhältnis zu von Männern und sonstigen Personen (z.B. juristischen Personen, Vereinen, Bürgerinitiativen, ...) eingebrachten Beschwerden dargestellt. Im Jahr 2017 wurden bei den

eingeleiteten Prüfverfahren 29,8 % Frauen als Beschwerdeführerinnen und 62,4 % männliche Beschwerdeführer registriert. 7,7 % wurden von sonstigen Personen eingebracht.

Mit ein Grund für das Überwiegen der männlichen Beschwerdeführer liegt darin, dass 42 % aller Prüfverfahren in der Bundesverwaltung auf den Bereich der inneren Sicherheit fallen. Auffällig ist, dass die Prüfverfahren in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr erneut stark gestiegen sind (3.026 Fälle gegenüber 2.130 im Jahr 2016). Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die hohe Anzahl asylrechtlicher Beschwerden. Der Anteil von Beschwerden im Asylbereich macht 22,4 % der gesamten Prüfverfahren der Volksanwaltschaft im Jahr 2017 aus (der Anteil der von Männern eingebrachten asylrechtlichen Beschwerden beträgt rd.82,1 %, jener von Frauen nur rd.15,7 %, Rest sind Beschwerden sonstiger Personen).

Das Ziel wurde daher knapp verfehlt.

Wirkungsziel Nr. 2

Intensivierung der unabhängigen Verwaltungskontrolle im internationalen Bereich

Umfeld des Wirkungszieles

Das International Ombudsman Institute (IOI) unterstützt seine Mitglieder auf verschiedene Weise. Es fördert die Errichtung und Entwicklung von Ombudsmaneinrichtungen, wo es noch keine gibt, finanziert Forschung, bietet Ausbildung, unterstützt den Informationsaustausch, sorgt für den Austausch von Erfahrungen und steht in ständigem Dialog mit wichtigen internationalen Organisationen und Interessengruppen.

In Ausübung seiner Rolle ist das IOI bestrebt, zwei Hauptziele in Einklang zu bringen, die seiner Zielsetzung und seiner Tätigkeit zugrunde liegen. Das erste Ziel ist Inklusivität. Das Institut erkennt die Vielfältigkeit der Ombudsman-Einrichtungen an, die wiederum die Verschiedenheit der Länder und Regionen widerspiegelt, in denen die jeweiligen Ombudsman-Einrichtungen tätig sind. Es entstehen auch verschiedene Rechts- und Rechenschaftsmodelle, die für Ombudsman-Einrichtungen Geltung haben und auf bestimmten verfassungsmäßigen Ordnungen und Kulturen beruhen können. Das IOI möchte, dass diese Vielfalt durch seine Mitglieder zum Ausdruck kommt. Das zweite Ziel des IOI ist der Schutz von Werten und die Sicherung der zentralen Werte Unabhängigkeit, Objektivität und Gerechtigkeit, die jeder Ombudsman-Einrichtung und deren Tätigkeit zugrunde liegen.

Das IOI möchte auch sicherstellen, dass seine Mitglieder zwei wesentliche Arten von Einrichtungen repräsentieren – jene Einrichtungen, die die zentralen Kriterien bereits in vollem Umfang erfüllen und jene Einrichtungen, die zwar noch nicht alle zentralen Kriterien erfüllen, sich den Zielen und Vorhaben des IOI aber verpflichtet fühlen und bestrebt sind, sämtlichen Anforderungen gerecht zu werden.



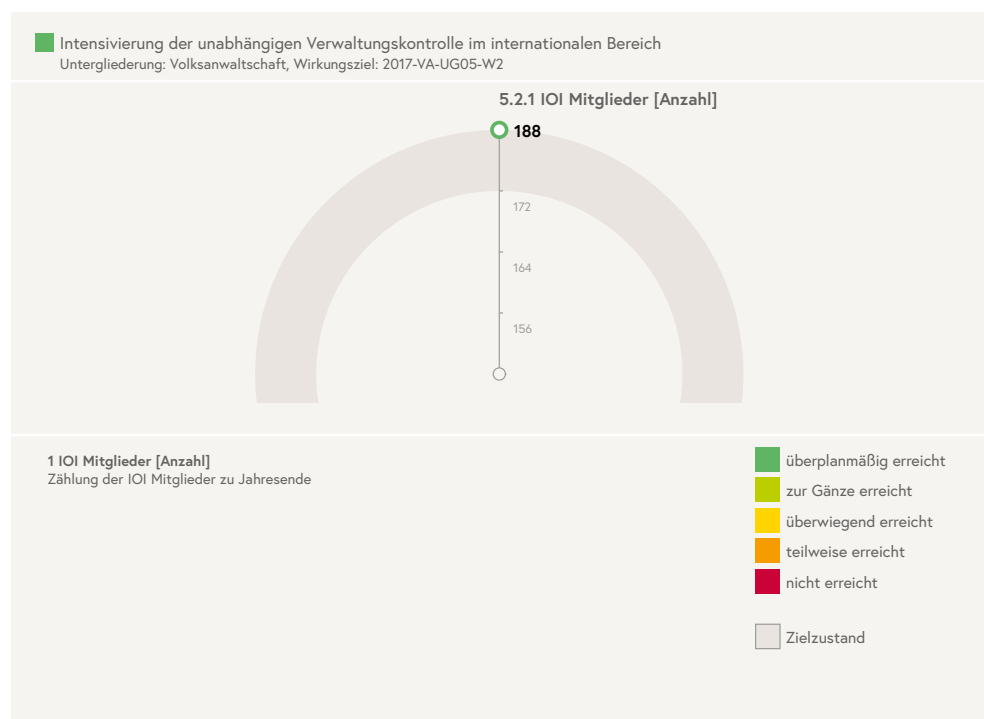
[wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VA-UG-05-W0002.html](https://www.wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VA-UG-05-W0002.html)

Das IOI erkennt in vollem Maße an, wie wichtig die Entwicklung von Kriterien für die Mitgliedschaft ist, die die Errichtung von neuen Ombudsman-Einrichtungen unterstützen, wo es noch keine gibt. Ebenso ist das IOI bestrebt, jene Einrichtungen zu bestärken, die die zentralen Kriterien zwar noch nicht erfüllen, diese aber als Instrument sehen, um die uneingeschränkte Verwirklichung der zentralen Grundsätze zu erreichen.

Jede Institution, Einrichtung und natürliche Person, die die folgenden Zielsetzungen und Grundsätze unterstützt, kann Mitglied des IOI werden: Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten; Bekenntnis zum Rechtsstaatsprinzip; effektive Demokratie; Verwaltungs- und Verfahrensgerechtigkeit bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen; Verbesserung öffentlicher Dienste; offene und rechenschaftspflichtige Regierung und Zugang zum Recht für alle.

Die Mitglieder sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag in einer Höhe zu bezahlen, die von der Generalversammlung in angemessenen Abständen auf der Grundlage einer Empfehlung oder einer Festlegung des Vorstands festgelegt wird.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
5.2.1	ZIEL	147	165	170	172	172	190
	IST	160	172	175	181	188	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

05.2.1 IOI Mitglieder [Anzahl]

Im Jahr 2009, als das IOI seinen Sitz an die Volksanwaltschaft nach Wien verlegte, gab es 122 Mitgliederorganisationen. Ende 2017 waren es auf Grund der umfangreichen Bemühungen 188. Das Ziel wurde überplanmäßig erreicht.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Neben dem Aufbau vertiefter Kooperationen mit Partnerorganisationen und der finanziellen Unterstützung von Projekten in den unterschiedlichen IOI Regionen, waren der Ausbau des Trainingsangebots und die Entwicklung einer neuen Publikationsreihe die Schwerpunkte für 2017.

Trainings

Im Februar 2017 wurde für Mitglieder der afrikanischen Region ein Training zum Thema „Ombudsman und Folterprävention“ angeboten. Als Gastgeber fungierte der Ombudsman der Elfenbeinküste. Organisiert und finanziert wurde das Training vom IOI in enger Zusammenarbeit mit der afrikanischen Ombudsman Vereinigung. Geschult wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Expertinnen und Experten der in Genf ansässigen Association for the Prevention of Torture (APT) sowohl in englischer als auch französischer Sprache.

Im Juni 2017 unterstützte das IOI ein Training, das im Rahmen einer Konferenz der Karibischen Ombudsman Vereinigung (CAROA) in Bonaire abgehalten wurde. Die renommierte Queen Margaret Universität (Schottland) führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei durch einen eineinhalbtägigen Kurs über allgemeines Beschwerdemanagement und die Abwicklung von Prüfverfahren.

Ein vom IOI entwickelter Ausbildungszyklus zum Thema der Prävention von Menschenrechtsverletzungen wurde im September 2017 mit einem Workshop in Wien erfolgreich fortgesetzt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Verbesserung der Kommunikations- und Interviewtechnik, insbesondere in der Interaktion mit Gesprächspartnern in Einrichtungen wie Altenheimen, Psychiatrien oder dem Maßnahmenvollzug. Bei der organisatorischen Vorbereitung stand das Prinzip der Schadensvermeidung („do no harm principle“) im Vordergrund und konnte mit innovativen Lösungsansätzen umgesetzt werden. In der ersten Trainingseinheit kamen professionelle Schauspielerinnen und Schauspieler zum Einsatz. Mit unterschiedlichen Krankheitsprofilen vertraut, konnten sie in die Rolle von Patientinnen und Patienten schlüpfen (z. B. Personen mit Demenzerkrankung, traumatisierte Häftlinge oder Psychiatriepatienten mit Angststörungen) und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Rollenspielen unterschiedliche Interviewsituationen durchgehen. So konnte die Kommunikationsfähigkeiten erprobt und in anschließenden Feedbackrunden Anregungen zur Verbesserung erworben werden. Der begleitende Besuch einer Kommissionsdelegation in einem Alten- und Pflegeheim konnte mittels neuester Technologie ebenfalls nach dem „do no harm“ Prinzip verwirklicht werden. Mittels Livestream folgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Trainingsraum einem

Interview mit Heimbewohnerinnen und -bewohnern und es war nicht nötig die Gruppe selbst in die Einrichtung zu bringen. Der Lerneffekt war damit gegeben, aber der tägliche Ablauf der Bewohnerinnen und Bewohner wurde nicht übergebührend gestört. Ein vierter Workshop im Rahmen dieses NPM Trainingszyklus ist bereits in Planung und wird voraussichtlich im November 2018 von der dänischen Ombudseinrichtung veranstaltet werden.

Publikationsreihe

Das IOI startete 2017 eine neue Publikationsreihe der sogenannten „Best Practice Papers“. Ziel ist es, in einer Reihe von Abhandlungen unterschiedliche Themen, die für Ombudseinrichtungen von besonderer Relevanz sind, aufzugreifen und so unterstützende Informationen in Leitlinien oder Handbüchern bereit zu stellen. Damit soll die Schaffung von starken, unabhängigen Kontrolleinrichtungen weltweit gefördert und vorangetrieben werden. Die ersten beiden Abhandlungen dieser neuen Reihe sind bereits auf der IOI Webseite abrufbar.

Die erste Ausgabe (Best Practice Paper – Issue 1 – How to develop Ombudsman institutions) befasst sich ganz allgemein mit den wichtigsten Grundelementen, die jede Ombudseinrichtung vorweisen sollte bzw. die bei der Schaffung einer solchen essentiell und daher in jedem Fall zu befolgen sind. Im Detail wird darin auf Punkte wie Bestellung der Amtsträger, Amtsdauer, Mandate, das Aussprechen und erfolgreich Umsetzen von Empfehlungen oder die Berichterstattung eingegangen.

Wirkungsziel Nr. 3



wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VA-UG-05-W0003.html

Sicherstellung eines wirksamen und unabhängigen Überwachungs- und Präventionsmechanismus zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch in allen Situationen der Freiheitsentziehung (z.B. Strafhaft, Psychiatrie) im Rahmen des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) vom 18. Dezember 2002 und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) im Einklang mit internationalen Standards

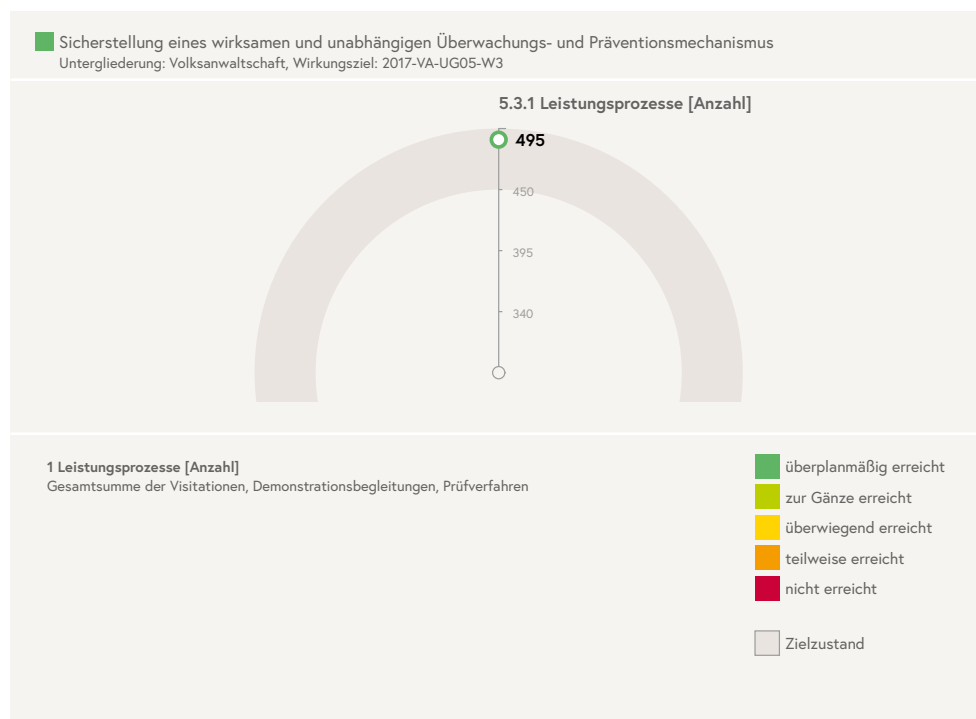
Umfeld des Wirkungszieles

Im Juli 2012 wurde der Volksanwaltschaft das Mandat zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte übertragen. Das Berichtsjahr 2017 kann als wichtiger Punkt in der Ausübung dieses präventiven Mandats angesehen werden: Seit fünf Jahren setzen sich die Volksanwaltschaft und ihre sechs Kommissionen dafür ein, dass Menschen, denen die Freiheit entzogen ist, vor Misshandlungen und unmenschlicher Behandlung geschützt werden.

In dieser Zeit wurden über 2.300 Einrichtungen kontrolliert, rund 300 Polizeieinsätze beobachtet. Durch die unangemeldeten Besuche, die Einsichtnahme in Dokumentationen und dank vertraulicher Gespräche mit dem Personal und den Betroffenen

in den geprüften Einrichtungen kamen viele Defizite zutage, die allermeisten sind als systembedingt zu qualifizieren. Diese Mängel sind also nicht auf Zufälle, Unachtsamkeiten oder punktuell Fehverhalten zurückzuführen, sondern durch die strukturellen Besonderheiten konstituiert. Die politisch Verantwortlichen und die Aufsichtsbehörden wurden darüber in Kenntnis gesetzt.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
5.3.1	ZIEL	500	500	500	450	450	450
	IST	530	426	501	522	495	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

05.3.1 Leistungsprozesse [Anzahl]

2017 fanden 495 Kommissionseinsätze statt. Die meisten Erstbesuche erfolgten in Psychiatrien, Krankenanstalten, Alten- und Pflegeheimen, Kinder- und Jugendeinrichtungen. Die klassischen Anhalteorte wie Justizanstalten, Polizeiinspektionen und Polizeianhaltezentren konnten hingegen vielfach wiederholt besucht werden. Alle Kontrollen erfolgen auf Basis der vom NPM entwickelten Prüfmethodik und nach einheitlichen Standards. Die meisten Kontrollen generell fanden in Alten- und Pflegeheimen, Jugendwohlfahrts-einrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung statt. Das ist darauf

zurückzuführen, dass diese Einrichtungen den Großteil aller von der Volksanwaltschaft und den Kommissionen zu prüfenden Institutionen ausmachen. Deutliche Unterschiede sind auch bei der Verteilung der Kontrollen auf die einzelnen Bundesländer zu erkennen. Die meisten Kontrollen fanden in Wien und Niederösterreich statt, da in diesen Bundesländern die Einrichtungsdichte sehr hoch ist. Die Wahrnehmungen der Kommissionen werden in standardisierten Protokollen umfassend festgehalten und in einer Datenbank anonymisiert erfasst. Das ermöglicht Auswertungen zu den Ergebnissen der im Jahr 2017 durchgeführten Kontrollen, etwa zur Anzahl der festgestellten Defizite: Bei 346 Einrichtungsbesuchen und 18 Polizeieinsätzen sahen sich die Kommissionen veranlasst, die menschenrechtliche Situation zu beanstanden. Bei 131 Kontrollen (105 Einrichtungen und 26 Polizeieinsätzen) gab es keinerlei Beanstandungen. Das bedeutet, dass 73,5% der Kontrollen Defizite zutage brachten.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Über 500 Empfehlungen haben die Volksanwaltschaft und ihre Kommissionen ausgesprochen und darin Standards definiert, die in den Einrichtungen – auch internationalen Erfahrungen zufolge – gewährleistet sein sollten. Viele Erfolge zur Verbesserung der menschenrechtlichen Lage konnte die Volksanwaltschaft bereits erzielen. In einigen Bereichen sind aber von Seiten der Politik tiefergreifende Reformen notwendig, die nicht kurzfristig zu beschließen und schon gar nicht schnell zu implementieren sind.

Die Volksanwaltschaft setzt alles daran, diese Prozesse zu beschleunigen. Dazu bedarf es auch der Unterstützung durch die Öffentlichkeit. Prävention braucht Öffentlichkeit, da auch Information und eine entsprechende Einstellung notwendig sind. Ein wichtiger Aspekt in der Arbeit der Volksanwaltschaft ist daher die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Menschenrechte. Mit zahlreichen Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen, mit Vorträgen, Kooperationen mit Medien und einer konsequenten Öffentlichkeitsarbeit ist die Volksanwaltschaft bestrebt, die Menschenrechte zu einem Thema zu machen und den Respekt vor der Menschenwürde in der Gesellschaft zu verankern.

Dass diese Anstrengungen bereits fruchten, zeigte nicht zuletzt das Medienecho auf den letzten Bericht der Volksanwaltschaft an das Parlament. Etliche Medien griffen die Feststellungen der Volksanwaltschaft und der Kommissionen auf. Die Betroffenheit über die festgestellten Missstände war groß und die Debatte über die Gewährleistung menschenrechtlicher Garantien erhielt neuen Schwung. Im Mittelpunkt der öffentlich geführten Diskussion standen vor allem Menschenrechtsverletzungen gegenüber Pflegeheimbewohnerinnen und -Bewohnern.

2017 führten die Kommissionen der Volksanwaltschaft insgesamt 495 Kontrollen durch. Rund 91% der Kontrollen entfielen auf den Besuch von Einrichtungen, in denen Menschen angehalten werden. 89-mal wurden Einrichtungen für Menschen mit Behinderung überprüft und 44-mal wurden Polizeieinsätze begleitet. Die Kontrollen erfolgten in der Regel unangekündigt, um einen möglichst unverfälschten Eindruck zu erhalten. Lediglich 5% der Kontrollen waren angekündigt.

Wirkungsziel Nr. 4

Beibehaltung der hohen Qualität der Prüftätigkeit der Volksanwaltschaft sowie des formlosen, kostenlosen und einfachen Zugangs zur Volksanwaltschaft

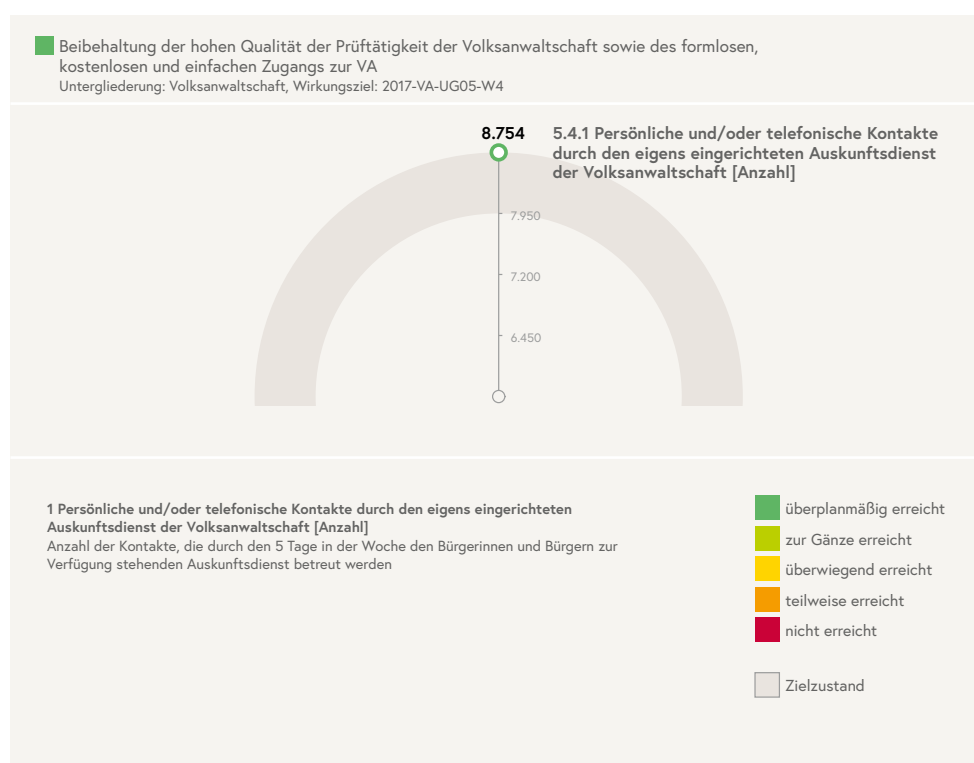


wirkungsmonitoring.gv.at/2017-VA-UG-05-W0004.html

Umfeld des Wirkungszieles

Die Volksanwaltschaft kontrolliert seit 40 Jahren als nachprüfende Kontrolleinrichtung die öffentliche Verwaltung in Österreich. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich wegen eines behaupteten Missstandes in der Verwaltung an die Volksanwaltschaft wenden. Die Volksanwaltschaft geht jeder zulässigen Beschwerde nach und informiert die Betroffenen über das Ergebnis der Prüfung. Die Volksanwaltschaft kann auch von sich aus tätig werden und Prüfverfahren einleiten, wenn sie Missstände vermutet. Sie ist auch ermächtigt, die Gesetzmäßigkeit von Verordnungen einer Bundesbehörde vom Verfassungsgerichtshof überprüfen zu lassen.

Ergebnis der Evaluierung



Kennzahl		2013	2014	2015	2016	2017	2018
5.4.1	ZIEL	7.600	7.900	7.950	7.950	7.950	8.000
	IST	7.850	9.102	7.974	8.060	8.754	

Erläuterungen zur Kennzahlenentwicklung

05.4.1 Persönliche und/oder telefonische Kontakte durch den eigens eingerichteten Auskunftsdienst der Volksanwaltschaft [Anzahl]

2017 wurden insgesamt 12.046 Prüfverfahren abgeschlossen, davon wurden 9.858 2017 eingeleitet. In 3.185 Fällen stellte die Volksanwaltschaft einen Missstand in der Verwaltung fest, was einem Anteil von 26,4% aller erledigten Verfahren entspricht. Das bedeutet, dass etwa jede vierte Beschwerde, die zu einem Prüfverfahren führte, berechtigt war. Bei 3.869 Beschwerden sahen die Mitglieder der Volksanwaltschaft hingegen keinen Anlass für eine Beanstandung, in 4.992 Fällen war die Volksanwaltschaft nicht zuständig. Die Volksanwaltschaft informierte die Betroffenen im Schnitt nach 48 Tagen über das Ergebnis der Überprüfung.

Narrative Gesamtbeurteilung des Wirkungszieles

Die Volksanwaltschaft ist sich bewusst, dass sie ihre Funktion am besten erfüllen kann, wenn sie für die Bevölkerung leicht erreichbar ist. Ihr ist es daher besonders wichtig, dass der Zugang zur Volksanwaltschaft möglichst einfach und formlos gestaltet ist. Beschwerden können persönlich, telefonisch oder schriftlich eingebracht werden. Auf der Homepage ist ein Beschwerdeformular abrufbar, das eine besonders einfache Kontaktaufnahme ermöglicht. 2.311 Personen machten davon Gebrauch. Der Auskunftsdienst ist unter einer kostenlosen Servicenummer erreichbar und nimmt auch Beschwerden entgegen. 8.754 Personen kontaktierten den Auskunftsdienst persönlich oder telefonisch. Sehr gut angenommen werden auch die österreichweit abgehaltenen Sprechtage. 1.554 Bürgerinnen und Bürger nutzten die Möglichkeit, ihr Anliegen mit der Volksanwältin oder dem Volksanwalt zu besprechen. Insgesamt fanden 234 Sprechtage statt, entsprechend der demografischen Verteilung gab es die meisten Sprechtage in Wien. Aber auch in den anderen Bundesländern wurden über das Jahr verteilt regelmäßig Sprechtage abgehalten.

4 Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern

4.1 Nationale und internationale Einbettung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern

Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wird der Fokus verstärkt auf die Herstellung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern gelegt. Zusammenarbeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Denn wie auch bei anderen Querschnittsmaterien, ist die Realisierung von Gleichstellung eine gemeinsame Anstrengung über Ebenen und Grenzen hinweg.

In Österreich hat die Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sowohl in rechtlicher als auch in politischer Hinsicht Priorität. Seit 1998 ist das Bekenntnis zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in der österreichischen Bundesverfassung verankert und wurde dadurch eines der Staatsziele Österreichs.⁵ Das Bekenntnis zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern stellt darüber hinaus die zentrale nationale Rechtsgrundlage für die Einbettung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern – neben der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes – als Ziel der Haushaltsführung⁶ und der Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung im Rahmen der im Jahr 2013 eingeführten Wirkungsorientierten Verwaltungsführung dar.⁷

„Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau“.⁸

5 Art. 7 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), StF: BGBl. Nr. 1/1930 (WV) idF BGBl. I Nr. 194/1999 (DFB).

6 § 2 (1) Bundesgesetz über die Führung des Bundeshaushaltes (Bundeshaushaltsgesetz 2013 – BHG 2013) StF: BGBl. I Nr. 139/2009 (NR: GP XXIV RV 480 AB 578 S. 51).

7 § 2 (1) Bundesgesetz über die Führung des Bundeshaushaltes (Bundeshaushaltsgesetz 2013 – BHG 2013) StF: BGBl. I Nr. 139/2009 (NR: GP XXIV RV 480 AB 578 S. 51).

8 Art. 7 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), StF: BGBl. Nr. 1/1930 (WV) idF BGBl. I Nr. 194/1999 (DFB).

Auf internationaler Ebene sind die Europäische Union (EU), die Vereinten Nationen (UN) und die Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) stark engagiert.

Die Herstellung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist einer der Leitgedanken der Europäischen Union. Bereits im Jahr 1957 wurde der Grundsatz der gleichen Bezahlung für die gleiche Arbeit im Vertrag von Rom festgeschrieben.⁹ Mit Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam im Jahr 1999 erfolgte die Aufnahme der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in das Primärrecht der Europäischen Union. Dies hatte zur Folge, dass jeder EU-Mitgliedsstaat das Prinzip des Gender Mainstreamings in seiner Politik anzuwenden hat.¹⁰ Im Jahr 2009 wurde dieser Leitgedanke im Rahmen des Vertrags von Lissabon erweitert.¹¹ Die Europäische Union ist seitdem eine wichtige Impulsgeberin in diesem Bereich; dies kommt unter anderem in dem Strategiepapier „Strategisches Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter 2016–2019“ zum Ausdruck.¹²

Im Jahr 1979 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen (CEDAW)¹³ verabschiedet. Heute findet sich der Themenbereich im Zusammenhang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) wieder. Das eigenständige Ziel der SDGs („Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“¹⁴) fokussiert dabei auf die Realisierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

In den letzten Jahren kamen die Bestrebungen der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) durch die Formulierung von Empfehlungen zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sowie dem darauf aufbauenden OECD Toolkit for Mainstreaming and Implementing Gender Equality, der die Planung von Maßnahmen in Bezug auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern erleichtern soll, zum Ausdruck.¹⁵

9 Online verfügbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11957E/TXT&from=DE> (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

10 Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/topics/treaty/pdf/amst-de.pdf> (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

11 Online verfügbar unter: http://publications.europa.eu/resource/cellar/688a7a98-3110-4ffe-a6b3-8972d8445325.0005.01/DOC_19 (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

12 Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/newsroom/document.cfm?doc_id=45145 (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

13 Online verfügbar unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/> (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

14 Online verfügbar unter: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/entwicklungsziele-agenda-2030#Ziel_5_Geschlechtergleichstellung_erreichen_und_alle_Frauen_und_Maedchen_zur_Selbstbestimmung_befaeihigen (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

15 Online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/gov/2015-oecd-recommendation-of-the-council-on-gender-equality-in-public-life-9789264252820-en.htm> (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018)
Sowie <http://www.oecd.org/gender/governance/toolkit/> (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

4.2 Zielgegenstände der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern

Um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern auf nationaler Ebene realisieren zu können, wird ein gemeinsamer Verständigungsrahmen benötigt. Dabei stehen verschiedene Ansätze zur Auswahl. Zum einen betrifft das den Ansatz bestehende Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen zu identifizieren und zu beseitigen, zum anderen gilt es, neue Ausprägungen von Diskriminierung und Ungleichbehandlung zu verhindern. Davon ausgehend wurden folgende drei Zugänge und Ausrichtungen gewählt:

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern bedeutet

- die Herstellung von geschlechtergerechten Verhältnissen innerhalb definierter Systeme (Finanzmarkt, Umwelt, Bildung etc.);
- die Förderung abgrenzbarer Personengruppen (Mädchen, Jungen, Frauen, Männer) ausgehend von einer bestehenden Diskriminierung;
- die Herstellung von Rahmenbedingungen, welche Anerkennung, Respekt und Würde für Personen und Personengruppen garantieren

4.3 Tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern und das System der Wirkungsorientierung

Ein bedeutender Hebel für die Herstellung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist deren Berücksichtigung im Rahmen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Das System der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung besteht im Wesentlichen aus zwei miteinander verschränkten Instrumenten: der Wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung und der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA). In beiden Instrumenten findet die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern starke Berücksichtigung.¹⁶

Wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung bedeutet grundsätzlich, dass eine Wendung von der Orientierung an Budgetmitteln hin zu einer Orientierung an tatsächlichen gesellschaftlichen Wirkungen unternommen wird. Das drückt sich auch in der engen

16 Im Fokus des vorliegenden Berichts steht das Instrument der Wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung. Der Bericht über die Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) wird jährlich am 31.05. dem Parlament vorgelegt. Der Bericht des Jahres 2017 (veröffentlicht am 31.05.2018) ist unter folgendem Link online aufrufbar: https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/wirkungsorientierte_verwaltung/dokumente/WFA-Bericht_2017_WEB_2.pdf?6h1gdz (zuletzt aufgerufen: 13.09.2018).

Verknüpfung mit dem jährlich zu erstellenden Bundesvoranschlag aus.¹⁷ Im Rahmen der jährlichen Planung sind pro Untergliederung maximal fünf Wirkungsziele zu definieren. Eines dieser Wirkungsziele muss ein Gleichstellungsziel sein. Die Zielerreichung wird mittels der Angabe diesbezüglicher Kennzahlen messbar gemacht. Darüber hinaus werden die Gleichstellungsziele durch Gleichstellungsmaßnahmen auf Globalbudgetebene operationalisiert. Nach Abschluss des Budgetjahres wird die Zielerreichung anhand der festgelegten Indikatoren überprüft, um aus den gewonnen Erkenntnissen lernen zu können.

Durch diese Vorgehensweise lässt sich die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der jeweiligen Ressorts und obersten Organe auf Untergliederungsebene rational steuern und setzt darüber hinaus einen permanenten Lernprozess in Gang, gewährleistet Legitimität und schafft Transparenz.

4.4 Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung

4.4.1 Relevanz, Zielsetzung und Handlungsspielraum

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern kann nur unzureichend durch Bestrebungen eines einzelnen Ressorts oder leitenden Organs verfolgt und erreicht werden. Insbesondere in Themenbereichen wie Familie und Beruf oder Arbeitsmarkt und Bildung ist das Zusammenwirken mehrerer Ressorts und oberster Organe erforderlich, um bestehende Diskriminierungen zu beseitigen und nicht geschlechtergerechte Verhältnisse aufzulösen. Das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport übernimmt im Zuge der Wahrnehmung der Funktion als ressortübergreifende Wirkungscontrollingstelle des Bundes die voraussetzungsvolle Aufgabe der zentralen Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung.¹⁸

Das Ziel der Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist es, den Diskurs zwischen Ressorts zu fördern und systematisch zu begleiten, um so gemeinsame Zielsetzungen und Wirkungen durch abgestimmte Maßnahmen leichter erreichbar zu machen. Die Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung bündelt für dieses anspruchsvolle Ziel das Engagement und das Knowhow der Ressorts und obersten Organe. Ein weiteres Ziel ist es, die Qualität der Wirkangaben im Bereich der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern – insbesondere im Hinblick auf deren horizontale Ausrichtung – zu erhöhen.

17 Die Planung und Evaluierung der Gleichstellungsziele erfolgt auf Untergliederungsebene. Somit beziehen sich die Gleichstellungsziele auch ausschließlich auf den Einflussbereich der jeweiligen Ressorts und obersten Organe.

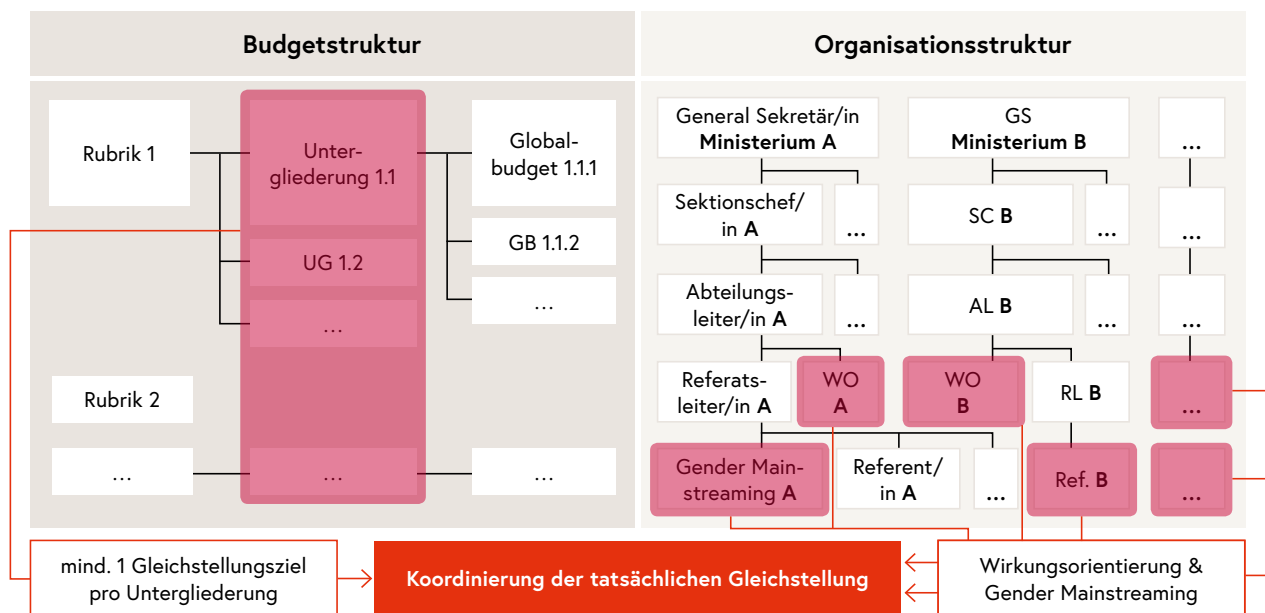
18 Teil 2, B. Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport, 2. Allgemeine Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, Lit a-c, Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76/1986.

Die Leitprinzipien der Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung sind: Ressorthoheit, Transparenz, Partizipation und Unterstützung. Die Koordinierung basiert demnach auf einem horizontal-partizipativen Prozess, welcher der freiwilligen Beteiligung und Ressorthoheit einen besonderen Stellenwert einräumt.

4.4.2 Akteurinnen und Akteure

Sämtliche Ressorts und oberste Organe sind in den Koordinierungsprozess eingebunden. Die Festlegung der Wirkungsziele erfolgt einmal jährlich im Zuge der Budgetplanung und liegt in der Verantwortung der jeweiligen Führungsebene. Die Teilnehmenden jenes Teils des Koordinierungsprozesses, der zwischen den Festlegungen der Wirkungsziele durchgeführt wird, kommen aus diversen Bereichen und unterscheiden sich je nach Ressort bzw. oberstem Organ in Ebene und Funktion (z. B.: Wirkungsorientierung, Budgetabteilung, Gendermainstreaming Beauftragte).

Abbildung 11: Akteurinnen und Akteure im Koordinierungsprozess



Quelle: Wirkungscontrollingstelle des Bundes im BMöDS (Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation)

4.4.3 Themencluster und Metaindikatoren

Ausgehend von den europäischen Schwerpunkten im Bereich der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern („Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010–2015“¹⁹ und die Fortsetzung „Strategisches Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter 2016–2019“²⁰) wurden für die Koordinierung Schwerpunktsetzungen akkordiert. Diesen Themenschwerpunkten wurden im Rahmen der Koordinierung nach inhaltlichen Anknüpfungspunkten die Gleichstellungswirkungsziele zugeordnet. Die dadurch entstandenen Themencluster machen sichtbar, in welchen Bereichen die Ressorts und obersten Organe Handlungsbedarf sehen und entsprechende Prioritäten in Form von Gleichstellungszielen und -maßnahmen setzen. Darüber hinaus ermöglicht die Zusammenfassung der Gleichstellungsziele zu Themenclustern die Sicht- und Nutzbarmachung von Synergien.

Wirkungsziele – und damit auch Gleichstellungsziele – spiegeln die Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Ressorts und obersten Organe wieder. So, wie sich Schwerpunktsetzungen mittel- und langfristig weiterentwickeln, gilt dies auch für die Wirkungsziele. Diesem Umstand wird bei der Clusterung der Themen Rechnung getragen. Die Themencluster sind zwar grundsätzlich stabil, Veränderungen in Thema, Bezeichnung oder Zusammensetzung der jeweiligen Themencluster sind jedoch ein konstituierendes Element des Koordinierungsprozesses.

Im Jahr 2017 bestanden folgende Themencluster:

- Arbeitsmarkt und Bildung
- Entscheidungspositionen und -prozesse
- Infrastruktur und Umwelt
- Familie und Beruf
- Schutz vor Gewalt
- Gesundheit
- Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung

Um die ressortübergreifende Zusammenarbeit themen- und zielorientierter zu gestalten, wurde auf Anregung der Ressorts und obersten Organe im Berichtsjahr 2015 damit begonnen, Metaindikatoren für die Themencluster zu entwickeln. Metaindikatoren stellen in diesem Zusammenhang Kennzahlen dar, die strukturell über jenen auf Gleichstellungsziel-ebene anzuordnen sind und auf deren Ergebnisse sämtliche im Themencluster beteiligten Ressorts und obersten Organe unmittelbar oder mittelbar Einfluss haben.

19 Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0491:FIN:DE:PDF> (zuletzt aufgerufen am 12.09.2018).

20 Online verfügbar unter: ec.europa.eu/newsroom/document.cfm?doc_id=45145 (zuletzt aufgerufen am 12.09.2018).

4.4.4 Koordinierung der Querschnittsmaterie

Um eine laufende Koordinierung in Bezug auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung ermöglichen zu können, werden sowohl themenclusterübergreifende als auch -interne Koordinierungsveranstaltungen durchgeführt.

Die themenclusterübergreifenden Koordinierungsveranstaltungen finden drei bis sechs Mal pro Jahr statt und behandeln jene Themen, die für den Koordinierungsprozess im Allgemeinen relevant sind. Dabei werden insbesondere Themen wie die Planungen und Evaluierungen der Wirkangaben im Allgemeinen sowie die Struktur der Themencluster und der internationale Kontext behandelt.

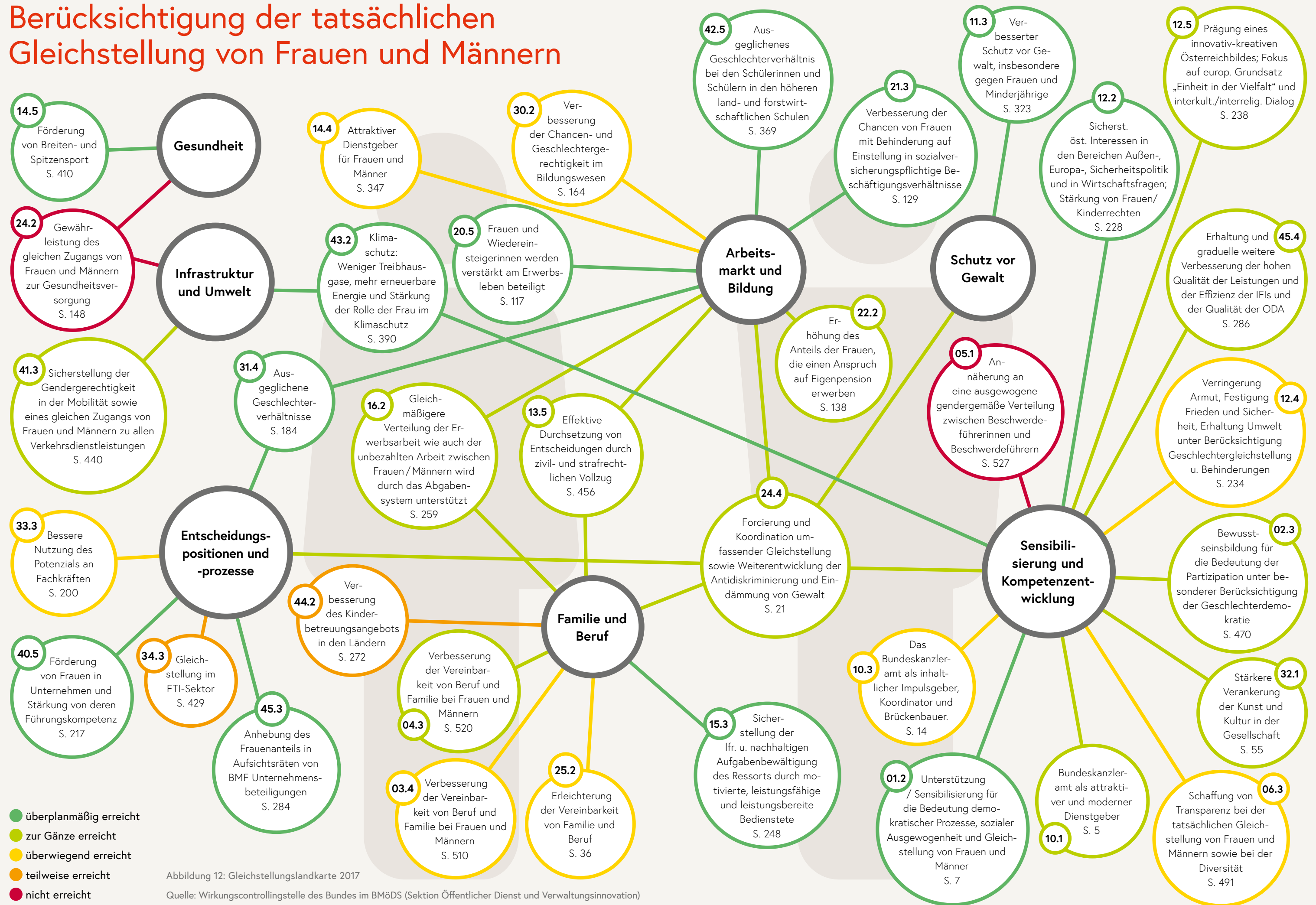
Der Charakter der themenclusterinternen Koordinierungsveranstaltungen ist stark von Organisationsnotwendigkeit und -grad des jeweiligen Themenclusters abhängig. Die Anzahl der themenclusterinternen Koordinierungsveranstaltungen unterscheidet sich somit wie die zu behandelnden Themen von Themencluster zu Themencluster.

Darüber hinaus finden Veranstaltungen mit unmittelbarem oder mittelbarem Bezug zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern statt, die von verschiedenen Verantwortlichen organisiert werden.

4.4.5 Darstellung der Ergebnisse

Die Darstellung der Ergebnisse der Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern erfolgt in zwei Schritten. Im ersten Schritt erfolgt die übersichtliche Darstellung der Gleichstellungsziele, deren Zielerreichungsgrade und Themenclusterzuordnungen im Rahmen der Gleichstellungslandkarte (siehe Abbildung 12). Im zweiten Schritt werden die zusammengefassten Ergebnisse auf der Ebene der Themencluster dargestellt und die Entwicklungen auf themenclusterübergreifender Ebene ausführlich beschrieben.

Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern



4.5 Zusammenfassung

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern kann nicht durch ein Ressort oder oberstes Organ alleine hergestellt werden. Um Fortschritte erzielen zu können, bedarf es einer Form der Zusammenarbeit die sich über sämtliche Politikfelder und Ministeriumsgrenzen erstreckt. Die Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung stellt einen Ansatz dar, der es ermöglicht, diese anspruchsvolle Aufgabe zu bewältigen.

Die Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung stellt einen lebendigen, iterativen und horizontal-partizipativen Prozess dar, der dank dem großem Engagement der beteiligten Ressorts und obersten Organe auch im sechsten Jahr der Umsetzung der Wirkungsorientierung weiterentwickelt wurde.

Der Koordinierungsprozess findet im Wesentlichen auf zwei Ebenen statt: auf der Ebene der Themencluster und themenclusterübergreifend. Die vorliegende Zusammenfassung soll dies entsprechend strukturiert zum Ausdruck bringen. Zunächst wird jedoch kurz auf Zahlen und Fakten in Bezug auf die Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung eingegangen.

Anzahl Themencluster	7
Anzahl Gleichstellungsziele	35
Anzahl Kennzahlen der Gleichstellungsziele	125

4.5.1 Ergebnisse auf Themencluster-Ebene

Um die Zusammenarbeit über Politikfelder und Ministeriumsgrenzen hinweg zu ermöglichen, wurde der Modus der Clusterung der Gleichstellungsziele nach Themenschwerpunkten in einem Bottum-Up-Prozess erarbeitet. Die Themencluster haben in weiterer Folge Metaindikatoren entwickelt, um den Erfolg der gemeinsamen Arbeit messbar zu machen. Im Rahmen dieses Kapitelabschnitts werden aus diesem Grund die Themencluster anhand der involvierten Ressorts und obersten Organe sowie der gewählten Metaindikatoren und deren Ergebnis dargestellt.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse auf der Ebene der Themencluster gliedert sich wie folgt: Die linke Spalte der Tabelle stellt die Abkürzungen der am Themencluster beteiligten Ressorts und obersten Organe, die Nummer der Untergliederung und die Nummer des Gleichstellungsziels dar.²¹ Die mittlere Spalte enthält die übergeordneten Metaindikatoren und die rechte Spalte das aktuelle Ergebnis des jeweiligen Metaindiktors. Im Zuge der Zusammenfassung wird auf drei der sieben Themencluster eingegangen. Detaillierte Informationen zu den Ergebnissen sämtlicher Themencluster sind den diesbezüglichen Kapitelabschnitten im Bericht zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung 2017 zu entnehmen.

4.5.1.1 Themencluster Arbeitsmarkt und Bildung

BMVRDJ (WZ 13.5)	Beschäftigungsausmaß	82 % (♂, Normalarbeitszeit)
BMLV (WZ 14.4)		46 % (♀, Normalarbeitszeit)
BMF (WZ 16.2)		7 % (♂, Teilzeit)
BMASGK (WZ 20.5, 21.3 und 22.2)		38 % (♀, Teilzeit)
BKA (WZ 24.4)		11 % (♂, Atypisch)
BMBWF (WZ 30.2 und 31.4)		16 % (♀, Atypisch)
BMNT (WZ 42.5)	Gender Pay Gap (EUROSTAT-Berechnung)	20,1 % (zuungunsten ♀)
	Dissimilaritätsindex zur Abbildung der geschlechterspezifischen Segregation (Wert 0 = keine Segregation; Wert 1 = extreme Segregation)	0,52 (Sekundarbereich) 0,29 (Tertiärbereich) 0,43 (Gesamt)

4.5.1.2 Themencluster Entscheidungspositionen- und Prozesse

BKA (WZ 24.4)	Glasdecken Index (GDI) in universitärer und außeruniversitärer Forschung	GDI öffentliche Universitäten 2016: 1,53
BMBWF (WZ 31.4)	(Wert >1 = Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen)	GDI außeruniversitäre Forschung 2015: 1,7
BMDW (WZ 33.3 und 40.5)		GDI gesamt (Gewichtung 6:1): 1,55
BMVIT (WZ 34.3)		
BMF (WZ 45.3)	Frauen in Aufsichtsgremien, an denen der Bund mit 50 Prozent und mehr beteiligt ist	46,7 % (2017)

21 BKA (Bundeskanzleramt), BMASGK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz), BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung), BMDW (Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), BMEIA (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres), BMF (Bundesministerium für Finanzen), BMI (Bundesministerium für Inneres), BMLV (Bundesministerium für Landesverteidigung), BMNT (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus), BMöDS (Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport), BMVRDJ (Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz), BMVIT (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie), Parl (Parlamentsdirektion), PrK (Präsidentschaftskanzlei), RH (Rechnungshof), VA (Volksanwaltschaft), VfGH (Verfassungsgerichtshof), VwGH (Verwaltungsgerichtshof).

4.5.1.3 Themencluster Infrastruktur und Umwelt

BMASGK (WZ 24.2)	Treibhausgasausstoß (ohne	50,6 Mio. t CO ₂ Äquivalent
BMVIT (WZ 41.3)	Emissionshandel)	
BMNT (WZ 43.2)	Feinstaubbelastung	n. v.
	Anzahl geschulter Expertinnen und Experten in den jeweiligen Ressorts	n. v. (ab nächstem Jahr verfügbar)

4.5.1.4 Weitere Themencluster

Die Darstellung der Ergebnisse der Themencluster Familie und Beruf, Schutz vor Gewalt, Gesundheit sowie Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung erfolgt im Rahmen der diesbezüglichen Kapitelabschnitte im Bericht zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierung.

4.5.2 Themenclusterübergreifende Aktivitäten

Die Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2017 hatte zum Ziel, die kontinuierliche Weiterentwicklung der vergangenen Jahre fortzusetzen und gleichzeitig eine Verstetigung der etablierten Prozesse zu bewirken.

Die Weiterentwicklung im Koordinierungsprozess kam vor allem durch drei hervorzuhebende Aktivitäten zum Ausdruck: die Erweiterung der Möglichkeiten des Berichtswesens durch den Online-Gang des Faktenatlas, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Indikatoren im Rahmen der Veranstaltung „Gender Pay Gap: Fakten, Handlungen und Ergebnisse“ sowie die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Evaluierung der Haushaltsrechtsreform.

Der Faktenatlas bildet Lebensrealitäten auf verschiedenen regionalen Ebenen in Österreich ab, visualisiert ausgewählte Fragestellungen in ihrer räumlichen Dimension und kommuniziert komplexe Zusammenhänge. Am 26.2.2018 wurde mit dem Online-Gang des Faktenatlas auf www.faktenatlas.gv.at ein wesentlicher Meilenstein realisiert. Der Faktenatlas schafft eine umfassende regionalisierte Datenbasis zu Themen, die für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Verwaltung und Politik relevant sind und etabliert gleichzeitig eine Informationsplattform für Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit. Der Faktenatlas ist darüber hinaus stark mit der Wirkungsorientierung verknüpft und ermöglicht die Darstellung von Kennzahlenergebnissen auf regionaler Basis.

Die Durchführung der Veranstaltung „Gender Pay Gap: Fakten, Handlungen und Ergebnisse“ am 13.11.2017 diente der inhaltlichen Auseinandersetzung mit einem zentralen Indikator in Bezug auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Beiträge von Mag.^a Angelika Flatz (Leiterin der Sektion III des Bundesministeriums für öffentlichen Dienst und Sport), Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Christine Zulehner (Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien), Dr.ⁱⁿ Margit Schratzenstaller-Altzinger (Stellvertretende Leiterin des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Wien) und Mag.^a Ursula Rosenbichler (Leiterin der Abteilung III/C/9 des Bundesministeriums

für öffentlichen Dienst und Sport) stellen eine Grundlage für Weiterentwicklungen des Koordinierungsprozesses in Bezug auf Aspekte bestehender Ungleichbehandlungen am Arbeitsmarkt im Allgemeinen und bei ungleicher Bezahlung im Speziellen dar.

Die im Laufe des Jahres 2017 durchgeführte und am 19.6.2018 veröffentlichte Evaluierung der Haushaltsrechtsreform²² des Bundes enthält fünf explizite Empfehlungen in Bezug auf die Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Empfehlungen werden in weiterer Folge als Impuls für Weiterentwicklungen im Koordinierungsprozess behandelt. Neben Empfehlungen enthält der Bericht aber auch allgemeine Beurteilungen zum Erfolg der Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung im Rahmen der Wirkungsorientierung:

„Österreich wird auf Grund dieses übergreifenden Ansatzes zur Sicherstellung der Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Haushaltsführung als international führendes Beispiel angesehen. IMF und OECD stellen ebenfalls fest, dass sich die Transparenz und Aufmerksamkeit zum Thema Gleichstellung von Frauen und Männern erhöht hat und insgesamt eine reichhaltigere Diskussion zu beobachten ist.“²³

Die positive Rezeption des österreichischen Ansatzes zur Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung im Rahmen der Wirkungsorientierung findet darüber hinaus in weiteren zentralen Publikationen von International Monetary Fund (IMF) und Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) Eingang. Die im Zuge einer Study Visit des International Monetary Fund (IMF) im Februar 2017 gewonnenen Erkenntnisse dienten als Grundlage für die ausführliche Darstellung des österreichischen Ansatzes im Rahmen des Berichts des International Monetary Fund (IMF) zu Gender Budgeting in G7 Countries.²⁴

22 Online verfügbar unter: https://www.bmf.gv.at/budget/haushaltsrechtsreform/Endbericht_Externe_Evaluierung_Bundeshaushaltsgesetz_April_2.pdf?6i61yf (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

23 Online verfügbar unter: https://www.bmf.gv.at/budget/haushaltsrechtsreform/Endbericht_Externe_Evaluierung_Bundeshaushaltsgesetz_April_2.pdf?6i61yf (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

24 Online verfügbar unter: <https://www.imf.org/~media/Files/Publications/PP/pp041917gender-budgeting-in-g7-countries.ashx> (zuletzt aufgerufen am 12.9.2018).

“Gender equality is a cross-cutting policy field, and various mechanisms have been established to coordinate the dialog among ministries and agencies, and subnational governments.”

“Overall, increased transparency, awareness, and accountability for gender equality issues and objectives, and a richer discussion on gender equality and gender budgeting has been achieved.”

Neben dem International Monetary Fund (IMF) ging auch die Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) im Rahmen des am 8.3.2018 veröffentlichten „OECD Toolkit for Mainstreaming and Implementing Gender Equality“²⁵ mehrfach auf Österreich als Good-Practice-Beispiel ein. Dieser ist, auf Basis der im Jahr 2015 von der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) veröffentlichten „OECD Recommendations of the Council on Gender Equality in Public Life“, im Jahr 2017 erarbeitet worden und soll dazu dienen, die Good-Practice-Beispiele der einzelnen OECD-Länder vor den Vorhang zu holen und es anderen Ländern ermöglichen, diese als Inspiration zu nehmen und ihre Strukturen und Maßnahmen danach auszurichten. Österreich ist mit Schweden und Kanada am öftesten als Good-Practice Beispiel im Rahmen des Toolkits erwähnt. Dabei wird insbesondere auf den Prozess der Koordinierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hingewiesen:

“Gender equality is a cross-cutting policy field, therefore various mechanisms have been established to coordinate the dialogue among ministries and agencies, and sub-national governments. One important mechanism is the inter-ministerial coordination for gender related performance budgeting by the Federal Performance Management Office in the Federal Chancellery in which all ministries participate. The efforts undertaken and the progress made due to this coordination are reported to Parliament and the public in the ‘Annual Report on Outcome Orientation’.”²⁶

25 Online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/gender/governance/toolkit/> (zuletzt aufgerufen am 19.09.2018).

26 Online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/gender/governance/toolkit/government/institutionalmechanisms/coordinated-initiatives/> (zuletzt aufgerufen am 19.09.2018).

5 Schlussbemerkungen und Ausblick

Wie bereits im Kapitel 2 dargelegt wurde, zeichnet der im Juni 2018 veröffentlichte Evaluierungsbericht²⁷ des Bundeshaushaltsgesetzes ein grundsätzlich positives Bild des österreichischen Systems der Wirkungsorientierung. Gleichzeitig wurden seitens der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) und des International Monetary Fund (IMF) Optimierungspotenziale aufgezeigt, welche es in weiterer Folge mit allen am System beteiligten Akteurinnen und Akteuren zu diskutieren und schrittweise umzusetzen gilt.

Das im Jahr 2013 eingeführte umfassende System der Wirkungsorientierung befindet sich im sechsten Jahr der Umsetzung und es zeigt sich – auch im Rahmen der vorgenommenen externen Evaluierung –, dass Österreich hinsichtlich des professionellen Einsatzes von Performance Management deutlich gegenüber anderen Staaten zugelegt hat. Nun gilt es, ausgehend vom kritischen Blick von Außen, gemeinsam mit allen weiteren Stakeholderinnen und Stakeholdern, Bilanz zu ziehen und zu definieren, wie die weitere Fokussierung und Ausrichtung des Instruments ausschauen wird. Es ist zu klären, welche Aspekte im System Wirkungsorientierung verstärkt werden sollen, weil sie funktional sind. Bereiche des Systems, die in den letzten Jahren nicht ihre intendierten Wirkungen entfalten konnten, sind in ihrer Anwendung kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu adaptieren.

Die im Evaluierungsbericht zur Haushaltsrechtsreform enthaltenen Empfehlungen²⁸ sind facettenreich und betreffen im Themenbereich der Wirkungsorientierung die Gestaltung der Budgetunterlagen, das jährliche Berichtswesen, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern sowie das Instrument der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung. Für den vorliegenden Bericht zur Wirkungsorientierung 2017 sind insbesondere die vorgeschlagene Straffung der Wirkungscontrollingberichte sowie der Wunsch einer Überarbeitung des digitalen Berichtswesens von Relevanz.

So stellt die Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) fest, dass die dargestellten Informationen zur Wirkungsorientierung in den Budgetdokumenten zwar sehr umfangreich, dennoch für den Nationalrat und auch für die Bürgerinnen und Bürger verständlich sind (sobald sie mit der Logik des Systems vertraut sind). Weiterentwicklung wird dort empfohlen, wo die Wirkungscontrollingberichte gestrafft und Hauptaussagen erkennbar in den Vordergrund gestellt werden können. Aus Sicht der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle im BMöDS ergeben sich diesbezüglich

27 Siehe: <https://www.bmf.gv.at/budget/haushaltsrechtsreform/externe-evaluierung-bundeshaushaltsrecht.html>.

28 Anmerkung: 18 von in Summe 42 Empfehlungen betreffen das Thema Wirkungsorientierung.

mehrere Umsetzungsoptionen, bei welchen es Vor- und etwaige Nachteile abzuwägen gilt. Dabei ist klar, dass eine bloße Reduktion von Wirkangaben, sei dies im Zuge der Bundesvoranschläge oder im Rahmen der Evaluierungsberichte, lediglich eine Reduktion an Komplexität mittels Simplifizierung darstellen würde – eine Attraktivierung des Gesamtansatzes bei gleichzeitiger Anhebung der einhergehenden Steuerungsrelevanz würde durch dieses Vorgehen nur wenig unterstützt werden. Es wird daher genaue Umsetzungsanalysen unter Beiziehung von Systemanwenderinnen und -anwendern brauchen.

Auch der seitens einiger Akteurinnen und Akteure geäußerte Wunsch, welcher auch Bestandteil des Evaluierungsberichts ist, den Wirkungscontrollingberichten eine seitens der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle im BMöDS zu erstellende Executive Summary voranzustellen, ist nachvollziehbar. Hier gilt es mit großer Sorgfalt die „Kosten-Nutzen-Relation“ zu prüfen, da diesbezügliche aussagekräftige Analysen im Rahmen des bestehenden Systems bereits durch den Parlamentarischen Budgetdienst in seiner Funktion als „Watch dog“ erstellt werden.

Zudem wäre nach Ansicht der OECD das interaktive Tool auf der Internetseite www.wirkungsmonitoring.gv.at weiterzuentwickeln, um die Darstellungsqualität und die Zugänglichkeit weiter zu erhöhen. Diesbezüglich gilt es festzuhalten, dass der Sektion III im BMöDS die empfohlene Weiterentwicklung des adressatinnen- und adressatengerechten Berichtswesens, sei es der vorliegende Druckbericht, die elektronische Berichterstattung oder eben das digitale Reporting unter www.wirkungsmonitoring.gv.at, ein großes Anliegen ist. Um den Informationsgehalt des wirkungsorientierten Berichtswesens zu erhöhen, wurden bereits in der Vergangenheit Schritte gesetzt. Im Jahr 2017 wurde betreffend die generelle Professionalisierung der in Verbindung mit der Wirkungsorientierung im Einsatz befindlichen IT-Systeme eine Machbarkeitsstudie erstellt, die auch www.wirkungsmonitoring.gv.at umfasste. Einigkeit besteht jedenfalls darüber, dass eine verbesserte Version dieses Reportinginstruments einen leichteren Einstieg auf die Seite (inklusive optimierter Navigationsmöglichkeiten) beinhalten soll. Weiters wären Print On Demand-Funktionen zwecks Generierung personalisierter Berichte sowie verbesserte Datenvisualisierungen umzusetzen, auch wären bestehende Datenschnittstellen zu Vor-systemen zu optimieren.

Abschließend darf an dieser Stelle festgehalten werden, dass es allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sektion III im BMöDS ein Anliegen ist, auch zukünftig an dem voraussetzungsvollen Projekt „Weiterentwicklung der Wirkungsorientierung“ mit großem Engagement und aller Expertise zu arbeiten.

Gemeinsam wird es uns gelingen, die Steuerungsrelevanz und Attraktivität des Gesamtsystems für alle Nutzerinnen- und Nutzergruppen weiter zu erhöhen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Berichte zur Wirkungsorientierung 9

Abbildung 2: Zuständigkeitsänderungen im Mehrjahresvergleich 13

Abbildung 3: Beispiel einer Kennzahl im Jahresverlauf unter
www.wirkungsmonitoring.gv.at 14

Abbildung 4: Beispiel einer Visualisierung im aktuellen Bericht zur
Wirkungsorientierung 2017 15

Abbildung 5: Tabellarische Darstellung der Kennzahlen im aktuellen
Bericht zur Wirkungsorientierung 2017 16

Abbildung 6: Wirkungsziele – Zielerreichungsgrade 20

Abbildung 7: Gleichstellungsziele – Zielerreichungsgrade 21

Abbildung 8: Kennzahlen auf Wirkungszielebene – Zielerreichungsgrade 22

Abbildung 9: Entwicklung der Kennzahlen im Zeitverlauf 22

Abbildung 10: Korrelationen Zielerreichungsgrade – Bewertung Kennzahlen 23

Abbildung 11: Akteurinnen und Akteure im Koordinierungsprozess 542

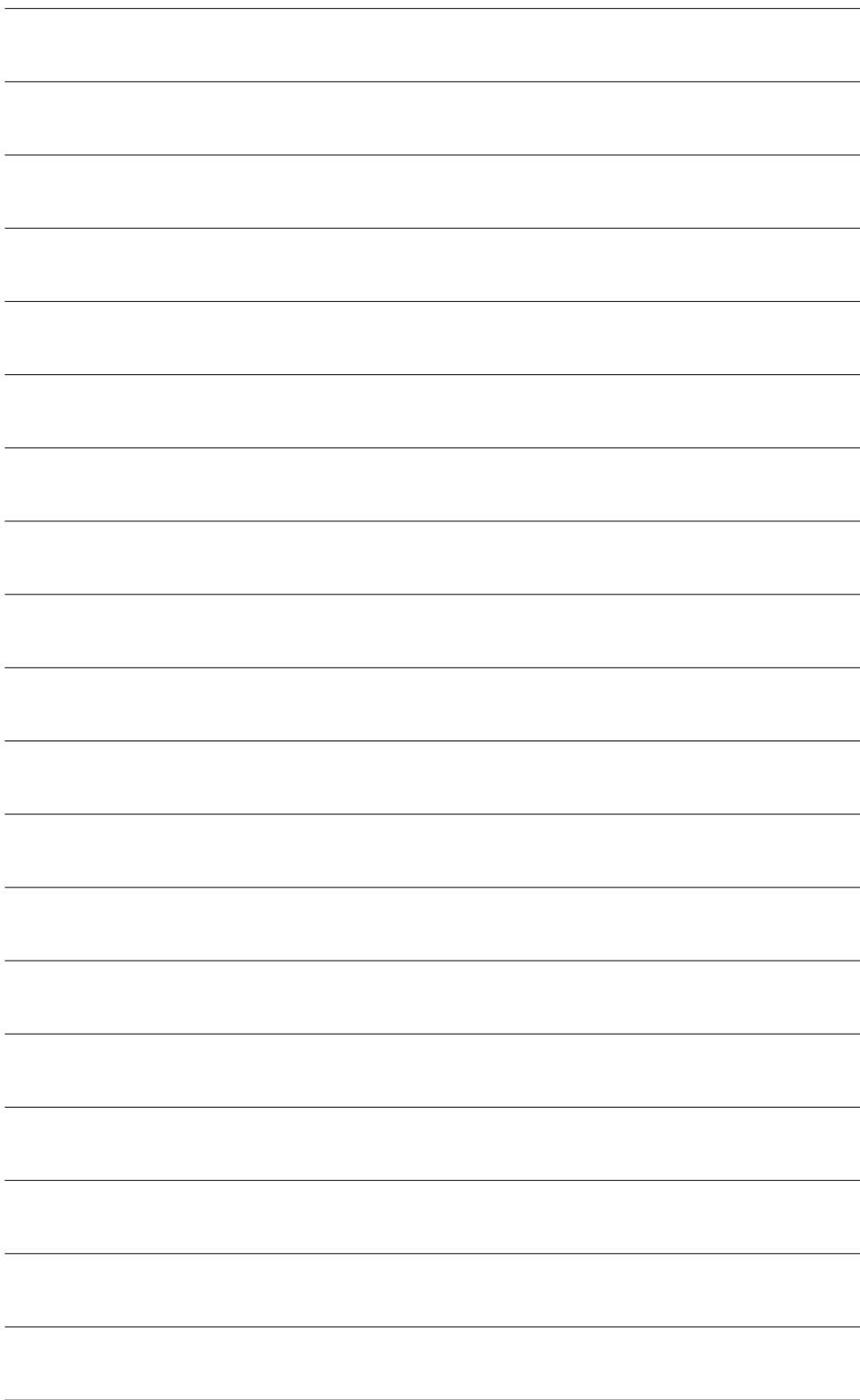
Abbildung 12: Gleichstellungslandkarte 2017 546

This image shows a single sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

[illegible]

[illegible]

[illegible]



[illegible]



